

Die Soziale Stadt

**Eine erste Bilanz
des Bund-Länder-Programms
»Stadtteile mit besonderem
Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt«**

**Im Auftrag des
Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen
herausgegeben vom
Deutschen Institut für Urbanistik
Mai 2002**

Impressum

Redaktion: Deutsches Institut für Urbanistik
Bildbearbeitung und -redaktion: Wolf-Christian Strauss
Gestaltung und Satz: Reschke, Steffens & Kruse, Berlin
Umschlag: Runze & Casper, Berlin
Herstellung: MercedesDruck, Berlin
Bindung: Heinz Stein, Berlin

ISBN 3-88118-321-3

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme
Die soziale Stadt : eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms
»Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt« /
Difu, Deutsches Institut für Urbanistik. - Berlin : Difu, 2002
ISBN 3-88118-321-3

Diese Veröffentlichung ist beim
Deutschen Institut für Urbanistik erhältlich.

Bestellmöglichkeit beim Institut:

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin
Telefon: 030/3 90 01-253
Telefax: 030/3 90 01-275

Vorwort 8

Kurt Bodewig, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Grußwort 9

Dieter Posch, Hessischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und Vorsitzender der Bauministerkonferenz

1 BUNDESWEITE ERFAHRUNGEN MIT DEM PROGRAMM

**Drei Jahre Programm Soziale Stadt –
eine ermutigende Zwischenbilanz 12**

Heidede Becker, Thomas Franke, Rolf-Peter Löhr, Verena Rösner

2 BERICHTE AUS DEN MODELLGEBIETEN

Vorbemerkung 54

Heidede Becker

Berlin-Kreuzberg – Kottbusser Tor 56

Ingeborg Beer, Reinfried Musch

Bremen – Gröpelingen 72

Thomas Franke, Ulrike Meyer

Cottbus – Sachsendorf-Madlow 84

Kerstin Jahnke, Thomas Knorr-Siedow, Britta Trostorff

Flensburg – Neustadt 96

Matthias Frinken, Helga Rake

Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord 110

Klaus Austermann, Marcelo Ruiz, Matthias Sauter

Halle – Silberhöhe 126

Stefan Geiss, Julia Kemper, Marie-Therese Krings-Heckemeier

Hamburg-Altona – Lurup 138

Ingrid Breckner, Heike Herrmann

Hannover – Vahrenheide-Ost 152

Heiko Geiling, Thomas Schwarzer, Claudia Heinzelmann, Esther Bartnick

Kassel – Nordstadt 168

Christine Mussel, Peter Kreisl, Antonia Vettermann

Leinefelde – Südstadt 182

Martina Buhtz, Margit Lindner, Heike Gerth, Rotraut Weeber

Leipzig – Leipziger Osten 196

Christa Böhme, Thomas Franke

Ludwigshafen – Westend 210

Delia Schröder, Manfred Werth

Neunkirchen – Innenstadt 222

Sabine Herz, Andreas Jacob, Sonja Mazak, Martina Pauly

Nürnberg – Galgenhof-Steinbühl 236

Cathy Cramer, Wolf-Christian Strauss

Schwerin – Neu Zippendorf 252

Cathy Cramer, Ulla-Kristina Schuleri-Hartje

Singen – Langenrain 266

Stefan Geiss, Meike Heckenroth, Marie-Therese Krings-Heckemeier

3 OFFENE STADT – EIN AMERIKANISCHES PROJEKT

Stadt in Angst oder Offene Stadt? 280

John Friedmann

4 INTERNATIONALE ERFAHRUNGEN

**Europäische und amerikanische Erfahrungen
mit der sozialen Stadtteilentwicklung 296**

Robert Sander

5 ANHANG

Ansprechpartnerinnen und -partner auf Länderebene 324

Teams der Programmbegleitung-vor-Ort (PvO) 327

Ansprechpartnerinnen und -partner in den Modellgebieten 331

Veröffentlichungen zu den Modellgebieten 337

Themenhefte und Sammelbände zur Sozialen Stadt 345

**Veröffentlichungsreihen des Deutschen Instituts für Urbanistik
zur Sozialen Stadt 345**

**Arbeitsgruppe Soziale Stadt des Deutschen Instituts
für Urbanistik 347**



Vorwort

In unseren Städten bündeln sich, wie unter einem Brennglas, Chancen und Risiken des gesellschaftlichen Wandels und der wirtschaftlichen Dynamik. Um die Chancen zu nutzen, investieren wir in die Zukunft unserer Städte. Denn zukunftsfähige Städte leisten einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Stabilität in Deutschland. Damit unsere Städte eine gute Zukunft haben, brauchen wir Sicherheit im Wandel. Daran setzt die Politik der Bundesregierung an: Wir verbessern die Rahmenbedingungen sowohl für Innovationen als auch für den sozialen Ausgleich.

Das Programm »Die soziale Stadt« ist Teil unserer Politik für die Zukunft der Städte. Mit diesem Programm haben wir ein neues Kapitel moderner Stadtentwicklungspolitik begonnen. Zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf haben Bund, Länder und Kommunen bisher rund 767 Millionen Euro bereitgestellt.

Bei der Programmumsetzung sind bereits wichtige kurzfristige Programmziele erreicht worden. Das zeigen die Ergebnisse der Programmbegleitung, die hier veröffentlicht werden. Sie verdeutlichen, wie sehr das Programm eine immer breitere Mitwirkung und Unterstützung findet. Diese Bündelung der Kräfte kennzeichnet das neue Programm. Denn es zielt darauf ab, Bürgerinnen und Bürgern in einer Zeit struktureller Umbrüche im unmittelbaren Lebensumfeld Sicherheit, Orientierung und Perspektive zu bieten und ihnen zugleich die Mitwirkung an lokalen Prozessen zu ermöglichen.

Das Buch regt dazu an, aktuelle und praktische Erfahrungen zur sozialen Stadtentwicklung aus den Blickwinkeln der Programmbegleitung-vor-Ort (PvO) zu diskutieren. Dem Erfahrungsaustausch dient auch der Kongress »Die soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft« im Mai 2002, zu dem dieses Buch erscheint. Denn der Erfahrungsaustausch ist nicht weniger wichtig als die finanzielle Unterstützung. Wir wollen allen Akteuren Mut machen und voneinander lernen. Deswegen engagieren wir uns, wollen Ausgrenzung entgegenwirken und mithelfen, dass Zusammenhalt und gesellschaftliche Stabilität möglich sind.

Kurt Bodewig
Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Grußwort

Die Bauministerkonferenz der Länder hat im November 1996 in Potsdam eine Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative beschlossen. Sie soll der drohenden Polarisierung in den Städten Einhalt bieten.

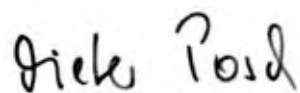
Mit dieser Initiative ist ein nationales Aktionsprogramm ins Leben gerufen worden, das eine nachhaltige Entwicklung in Stadt- und Ortsteilen mit besonderen sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Problemen sicherstellen soll.

Seit 1999 ist das Städtebauförderungsprogramm von Bund und Ländern um einen Programmbereich »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« ergänzt. Heute werden bereits rund 250 Standorte im Bund-Länder-Programm gefördert.

Die über 30 Jahre bewährte Partnerschaft zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird mit dem integrierenden Ansatz der Gemeinschaftsinitiative im öffentlichen Bereich insbesondere um die Politikfelder Bürgermitwirkung und Stadtteilleben zur Stärkung der Identifikation mit dem Stadtteil, um Soziales, lokale Ökonomie, Arbeit und Beschäftigung sowie Wohnen und Wohnumfeld deutlich erweitert. Die entscheidende Herausforderung liegt aber in der praktizierten Partnerschaft mit dem privaten Sektor, den zivilgesellschaftlichen Akteuren, den Investoren und Unternehmern, den einzelnen Bürgern und auch Bürgerinitiativen oder kirchlichen Organisationen.

Der anspruchsvolle Ansatz einer Gemeinschaftsinitiative ist natürlich auch anfällig für Kritik, weil er hohe Ansprüche an viele stellt. Der Kongress »Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft« bietet die Möglichkeit zur Standortbestimmung, zur Bestätigung und Weiterentwicklung.

Die positive Erfahrung aus den inzwischen gut drei Förderjahren ermutigt uns Länder, auf diesem Weg weiterzugehen.



Dieter Posch

Hessischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
und Vorsitzender der Bauministerkonferenz



Bundesweite Erfahrungen mit





1

dem Programm

Drei Jahre Programm Soziale Stadt – eine ermutigende Zwischenbilanz

Heidede Becker, Thomas Franke, Rolf-Peter Löhr, Verena Rösner

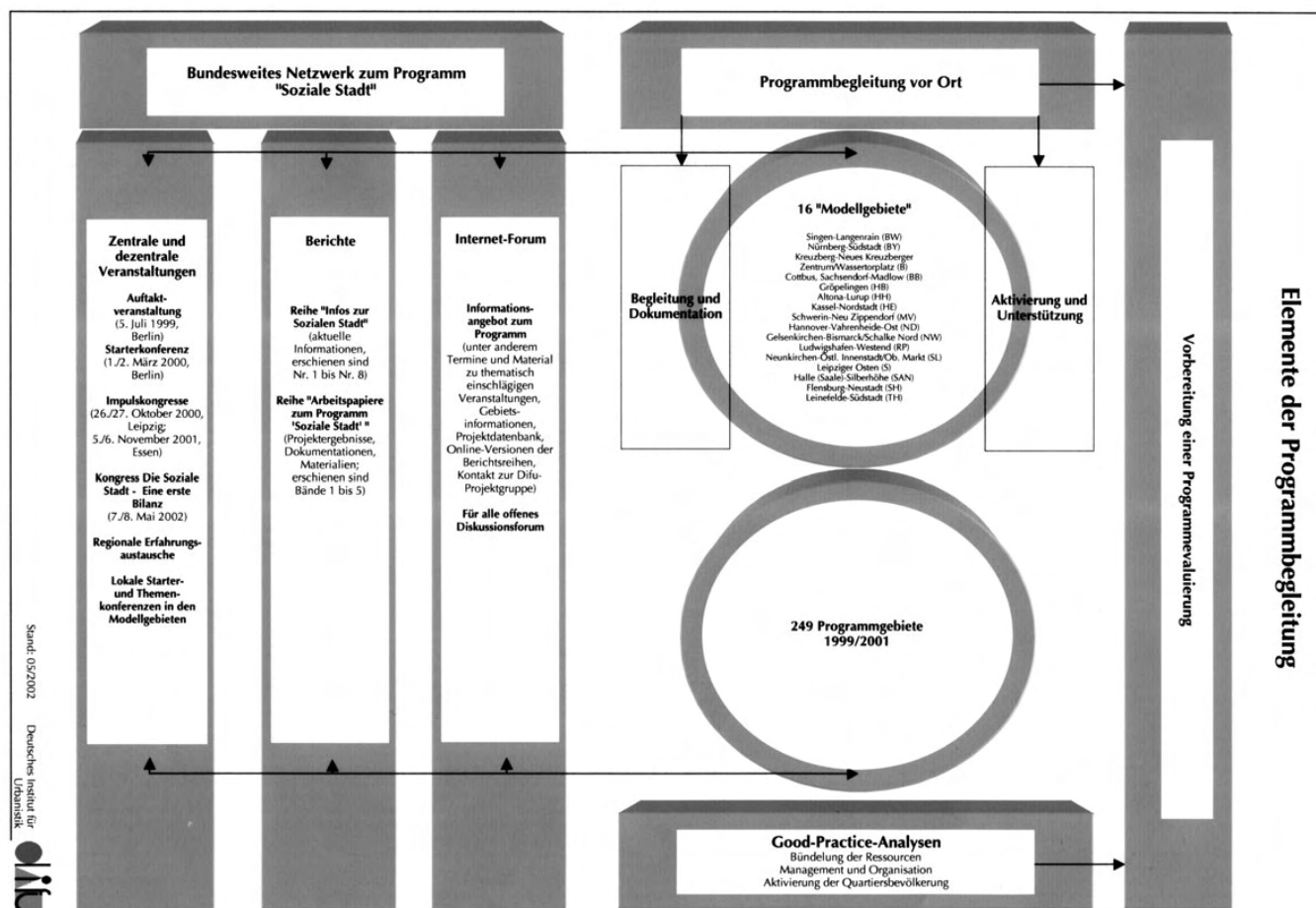
Vorbemerkungen

Das Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« (kurz: Soziale Stadt) wurde politisch mit der Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen 1998 beschlossen. Im September 1999 wurde das Programm durch Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern etabliert. Es stellt eine Ergänzung zur baulich-räumlich orientierten traditionellen Städtebauförderung dar. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) hat dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) für die erste Phase der Programmumsetzung (Ende 1999 bis Frühjahr 2003) die Funktion einer Vermittlungs-, Beratungs- und Informationsagentur übertragen, die mehrere zentrale Aufgaben umfasst (vgl. Graphik): Der hohe Bedarf an Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zur Umsetzung des Programms war maßgeblich für die Entscheidung, ein bundesweites Netzwerk zur Sozialen Stadt aufzubauen, das unter anderem aus folgenden Elementen besteht: zentrale und dezentrale Veranstaltungen, kontinuierliches Berichtswesen (»Infos zur Sozialen Stadt« und »Arbeitspapiere zur Sozialen Stadt«) und Internetpräsentation (www.sozialestadt.de) mit Informationen zum Programm, den beteiligten Gebieten, zu Veranstaltungen und Veröffentlichungen sowie Datenbanken zu Projekten und Maßnahmen im Sinne der Sozialen Stadt und zu Literatur.

Als zweites zentrales Element der bundesweiten Programmbegleitung wurde im Sommer 2000 die Programmbegleitung-vor-Ort (PvO) in den 16 von den Ländern ausgewählten Modellgebieten der Sozialen Stadt eingerichtet; die dort gesammelten Erfahrungen stehen im Mittelpunkt dieses Begleitbuchs (Kapitel 2). Der besseren Einschätzung der Leistungsfähigkeit und Wirksamkeit von Maßnahmen und Projekten dient außerdem eine »good-practice«-Analyse – sie wird auf Basis der im Frühjahr 2001 im Internet geschalteten und seitdem kontinuierlich fortgeschriebenen Projektdatenbank vorgenommen. Die Befunde dieser Untersuchung, die Ergebnisse zweier Befragungen zu den Gebieten der Sozialen Stadt (Programmjahre 1999, 2000 und 2002) und die Erkenntnisse der Programmbegleitung-vor-Ort sind Teil der Vorbereitung einer bundesweiten Evaluierung des Programms Soziale Stadt.

Die hiermit vorgelegte erste Bilanz zum Programm Soziale Stadt nach einer Laufzeit von knapp drei Jahren basiert auf

- Erfahrungen aus vielen bundesweiten, regionalen und lokalen Veranstaltungen sowie den beiden vom Difu gemeinsam mit dem BMVBW veranstalteten Impulskongressen (zum Quartiermanagement im Oktober 2000 in Leipzig, zum integrativen Handeln im November 2001 in Essen);
- Ergebnissen der ersten Difu-Umfrage, bei der Probleme, Potenziale, Ziele und (geplante) Maßnahmen im Vordergrund standen!;
- Zwischenberichten zur ersten Phase der Programmbegleitung-vor-Ort;
- Ergebnissen eines Strategieworkshops zur Mittelbündelung, an dem auch die Städtebauförderungsreferenten des Bundes und der Länder teilnahmen,



sowie zweier Treffen von Netzwerken, deren Arbeitsinhalte sich auf Themen der Sozialen Stadt beziehen;

- Mitarbeit in Arbeitskreisen und Netzwerken (z.B. Netzwerk »Kommunen der Zukunft«, Arbeitsgruppe »Soziale Stadt« der Fachkommission Städtebau der Bauministerkonferenz).

1. Soziale Stadt – ein Programm gegen soziale und räumliche Ausgrenzung

Trotz seiner kurzen Laufzeit ist die öffentliche Resonanz auf das Programm Soziale Stadt bereits jetzt sehr groß. Es hat in vielen als benachteiligt eingestuften Stadtteilen Aufbruchstimmung erzeugt. In den beteiligten Kommunen gibt es neu geschaffene Organisations- und Managementformen für integrierte Stadtteilentwicklung – von ressortübergreifenden Arbeitsgruppen auf der Verwaltungsebene bis zu Stadtteilbüros in den Quartieren –, man berücksichtigt die unterschiedlichsten Probleme, aber ebenso die Potenziale in benachteiligten Stadtteilen, wie sie im Rahmen vielfältiger Maßnahmen- und Projektlandschaften anzutreffen sind, und bezieht die lokalen Akteure in Prozesse und Entscheidungen ein. Dies alles dient in den meisten Fällen nicht nur der »technischen« Programmumsetzung, sondern spiegelt viel-

mehr die Entstehung einer neuen »Philosophie« gebietsbezogenen und ganzheitlichen Verwaltungshandelns auf der Basis eines intensiven Dialogs zwischen Bewohnerschaft, Politik und Verwaltung wider.

Damit kann das Programm Soziale Stadt auch als ein Pilotprojekt für eine Reform der Stadterneuerungspolitik, vielleicht sogar einer Stadtpolitikerneuerung insgesamt gesehen werden. Dafür spricht auch das breite Interesse an dem Programmansatz in Politik und Verwaltung, in Wirtschaft und Wissenschaft, Verbänden, Organisationen und Initiativen, das sich beispielsweise in zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen sowie in der Entwicklung von programmbezogenen Studiengängen und Fortbildungsmaßnahmen niederschlägt.

Das Programm Soziale Stadt basiert zu einem großen Teil auf Vorerfahrungen einiger europäischer Nachbarstaaten und einzelner Bundesländer mit spezifischen Landesprogrammen. Insbesondere das bereits seit 1993 laufende nordrhein-westfälische Landesprogramm »Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf« (ILS 2000) sowie das 1994 begonnene Hamburger »Pilotprojekt zur Armutsbekämpfung« (Freie und Hansestadt Hamburg 1997) spielten eine wichtige Vorreiterrolle. Darüber hinaus flossen Erkenntnisse aus anderen europäischen Ländern – insbesondere aus Frankreich, England und den Niederlanden – sowie Ergebnisse aus der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN I in die Gestaltung des Programms ein. In der 1996 gestarteten Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt der ARGEBAU (heutige Bauministerkonferenz) wurden diese Erkenntnisse zusammengetragen, im Laufe des Prozesses auch durch Erfahrungen aus den jüngeren Landesprogrammen in Hessen, Berlin und Bremen ergänzt sowie mit dem Ziel gebündelt, bundesweit eine »nachhaltige Aufwärtsentwicklung« in »Stadtteilen mit Entwicklungspriorität« zu sichern (ARGEBAU 2000). Ergänzende konzeptionelle Vorarbeiten für die Ausgestaltung des Bund-Länder-Programms wurden vom Deutschen Institut für Urbanistik unter anderem im Rahmen der Anhörung des Deutschen Bundestages zur Städtebauförderung Anfang 1997 sowie mit einer Wirkungsuntersuchung bisheriger bundesweiter Stadterneuerungsprogramme geleistet (Becker u.a. 1998).

Aufgrund der Neuartigkeit des Programmansatzes wurde eine besondere Form für dessen Implementierung gewählt: Am 5.7.1999 wurde das Programm in Berlin im Rahmen einer Auftaktveranstaltung bundesweit publik gemacht. Mehr als 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Bereichen informierten sich über Erfahrungen, die in Großbritannien und den Niederlanden mit vergleichbaren Ansätzen gesammelt worden waren, sowie über Hintergründe, Zielsetzungen und die konkrete Ausgestaltung dieses neuen, von vielen sehr begrüßten Programmansatzes zur Bekämpfung der wachsenden sozialen und räumlichen Spaltung in deutschen Städten. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten, die unter anderem der Komplexität des neuen Programms geschuldet waren, konnte es zum Jahresende in die Umsetzungsphase überführt werden. Weitere Grundsteine für die Durchführung des Programms wurden Anfang März 2000 auf der »Starterkonferenz« in Berlin mit mehr als

1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gelegt: Sowohl von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und dem damaligen Vorsitzenden der ARGEBAU als auch von Verantwortlichen aus den 16 Modellgebieten wurden – unterstützt von Fachleuten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen – erste Erfahrungen mit integrierter Stadtteilentwicklung vermittelt. Auch die jeweils mit mehreren hundert Teilnehmenden sehr gut besuchten Impulskongresse zum Quartiermanagement im Herbst 2000 in Leipzig und zu integrierten Handlungskonzepten ein Jahr später in Essen ließen das breite Interesse an der neuen Programmphilosophie erkennen, aber auch die noch verbreiteten Unsicherheiten bei der Programmumsetzung.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen durchaus auch, dass zwischen der Formulierung von Visionen und Zielen auf der programmatischen Ebene und der konkreten Arbeit in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zum Teil erhebliche Diskrepanzen bestehen. Befürchtungen eines gewissen Verlusts von Macht und Einfluss, Sorge vor einer Deprofessionalisierung öffentlicher Leistungserbringung sowie Angst um die eigene finanzielle Ausstattung begründen bei einigen Akteuren auch Widerstand und Reibungsverluste. Auch die mancherorts vorhandenen überzogenen Erwartungen rascher und messbarer Erfolge führen bei vielen Beteiligten eher zu überzogener Ungeduld. Ohne langen Atem und Beharrlichkeit aber wird das Programm angesichts der Komplexität der Probleme und der Unumgänglichkeit grundlegender Arbeit in den Gebieten der Sozialen Stadt keinen nachhaltigen Erfolg haben. Erfahrungen aus dem europäischen Ausland belegen, dass eine auf Nachhaltigkeit angelegte soziale und wirtschaftliche Stadtteilentwicklung nicht in kurzen Fristen erreichbar ist.

1.1 Programmhintergrund: Die Entstehung benachteiligter Stadtteile

Die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Veränderungen seit Ende der 60er-Jahre finden ihren räumlichen Niederschlag in einer wachsenden sozialen und stadträumlichen Fragmentierung mit der Folge einer selektiven Auf- und Abwertung einzelner Stadtteile (Franke/Löhr/Sander 2000, S. 244–246). Dabei spielt die starke Segmentierung des Wohnungsmarktes eine wesentliche Rolle: So hat sich seit Anfang der 1980er-Jahre beispielsweise die Zahl der Belegungsbindungen bei gleichzeitig starkem Anstieg von Haushalten, die auf den Bezug von Transferleistungen angewiesen sind, bundesweit mehr als halbiert. Alternativen auf dem sich in vielen Städten entspannenden freien Wohnungsmarkt sowie die eher geringe Attraktivität der verbliebenen Sozialwohnungen veranlassen Bewohnerinnen und Bewohner mit vergleichsweise höheren Einkommen zum Fortzug aus benachteiligten Gebieten – dies gilt für die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen. In die frei werdenden Wohnungen ziehen sodann vor allem Haushalte mit Migrationshintergrund – dies gilt überwiegend für die alten Bundesländer – sowie einkommensschwache deutsche Haushalte. Durch fortschreitende soziale Entmischung und die dadurch entstehende Konzentration benachteiligter Haus-

halte wachsen und verstärken sich in vielen Quartieren soziale Konfliktpotenziale. In den neuen Bundesländern leiden viele Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf darüber hinaus unter wachsendem Leerstand aufgrund negativer Wanderungssalden.

Bundesweit ist spätestens seit Beginn der 1990er-Jahre eine neue Form sozialer und (stadt-)räumlicher Ungleichheit festzustellen, die sich unter anderem in der Herausbildung benachteiligter Quartiere niederschlägt. Solche Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf sind meistens durch eine Mischung komplexer, miteinander zusammenhängender Probleme charakterisiert. Zu den häufigsten gehören:

- hoher Sanierungs- und Modernisierungsbedarf bis hin zu Verfallserscheinungen, Desinvestition, Wohnumfeldmängel, hohe Bebauungsdichte und hoher Versiegelungsgrad, Verkehrsprobleme, oftmals eingeschränkte Erreichbarkeit;
- fehlende Grün- und Freiflächen, Lärm- und Abgasbelastungen;
- schlechte Versorgungsinfrastruktur, unzureichende soziale und kulturelle Infrastruktur, mangelndes Freizeitangebot vor allem für Kinder und Jugendliche;
- Deindustrialisierung, Rückgang von Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, zurückgehendes oder fehlendes Arbeits- und Ausbildungsplatzangebot;
- überdurchschnittlich hohe Jugend- und/oder Langzeit-Arbeitslosigkeit, überdurchschnittlich starke Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, Kaufkraftverlust, Armut;
- Überalterung der deutschen Bevölkerung, überproportional starke Zuwanderung von benachteiligten Haushalten und solchen mit Migrationshintergrund (in Westdeutschland liegt der Anteil in den entsprechenden Stadtteilen bei durchschnittlich 25 Prozent gegenüber 13 Prozent in den Gesamtstädten; in Ostdeutschland bei rund 4 Prozent in Gesamtstädten und benachteiligten Stadtteilen), hoher Anteil Alleinerziehender (vor allem Frauen), Abwanderung einkommensstärkerer Haushalte, hohe Fluktuation, zunehmender Wohnungsleerstand vor allem in Ostdeutschland;
- Konzentration benachteiligter Haushalte, Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Vandalismus und Kriminalität, mangelnde Gesundheitsvorsorge, schulische Probleme bei Kindern und Jugendlichen, fehlendes Zusammengehörigkeitsgefühl, Vereinsamung, Anonymität, Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit, Drogen- und Alkoholmissbrauch, geringe Eigeninitiative der Bewohnerinnen und Bewohner;
- Negativimage sowohl in der Innen- als auch in der Außenwahrnehmung.

Nahezu für alle in der ersten Difu-Umfrage erfassten Stadtteile werden soziale Schwierigkeiten und Belastungen sowie Mängel der Wohnungen und des Wohnumfelds als Probleme genannt (mehr als 95 Prozent), für deutlich über 80 Prozent der Gebiete auch Defizite der Nahversorgung und der (Stadtteil-)Zentren, für etwa drei Viertel fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten und ein Mangel an Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosigkeit in den Programmgebieten liegt mit durchschnittlich 19 Prozent weit über den Durchschnittszahlen der jeweiligen Städte (13 Prozent). Für die Hälfte aller Gebiete gilt, dass deut-

lich mehr als ein Fünftel der Bewohnerinnen und Bewohner keine Arbeit hat. Dies trifft für die alten wie auch die neuen Bundesländer fast gleichermaßen zu. Auch die Quote der Sozialhilfeempfänger übersteigt – in den Modellgebieten – den gesamtstädtischen Durchschnitt deutlich.

In vielen benachteiligten Quartieren gibt es keine ausgeprägten sozialen Netzwerke mehr. In einigen Gebieten ist die Entstehung einer »abweichenden Kultur« von Kindern und Jugendlichen zu beobachten, die in einem Umfeld mit nur wenigen positiven Vorbildern und Repräsentanten eines »normalen« Lebens den Sinn von Schule, Ausbildung und Beruf nicht mehr vermittelt bekommen. Staatliche Transferleistungen und Kleinkriminalität ersetzen in einem durch Arbeitslosigkeit geprägten Umfeld oftmals Arbeit als materielle Basis für Lebensunterhalt und Konsum. Viele benachteiligte Stadtteile sind mit dem Verlust der Anerkennung durch die gesellschaftliche Mehrheit konfrontiert; ihnen haftet oftmals ein Negativimage an. Die ungünstigen Rahmenbedingungen, die sich in vielen Stadtteilen finden, wirken zusätzlich benachteiligend: Benachteiligte Quartiere sind somit oft zugleich benachteiligende Quartiere.

Die dort lebenden Bewohnerinnen und Bewohner sind gleich mehrfach ausgegrenzt: in ökonomischer Hinsicht, da vielen von ihnen aufgrund des Mangels an passenden Qualifikationen der Zutritt zum ersten Arbeitsmarkt dauerhaft verwehrt bleibt; kulturell durch den Verlust des Selbstwertgefühls aufgrund von Stigmatisierung und Diskriminierung; in sozialer Hinsicht durch Abkopplung von der gesellschaftlichen Mehrheit »aufgrund sozialer Isolation und einem Leben in einem geschlossenen Milieu« (Häußermann 2000, S. 13); und schließlich institutionell, da der Kontakt zwischen Betroffenen und politischen oder sozialstaatlichen Institutionen immer schwächer wird.

Gleichzeitig gibt es in allen Gebieten aber auch eine Vielzahl von Potenzialen: In der Difu-Umfrage von 1999/2000 wurde überwiegend der baulich-städtebauliche Bereich genannt – Instandsetzungs- und Modernisierungsmöglichkeiten in der vorhandenen Bausubstanz, Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten von Grün-, Frei- und Brachflächen sowie des öffentlichen Raums; doch gab immerhin mehr als die Hälfte der Kommunen an, dass sie wichtige Potenziale zudem im lokalökonomischen Bereich, in Neuan siedlungsmöglichkeiten von Gewerbe und Existenzgründungen sehen, aber auch und vor allem Potenziale in den Quartierbewohnerinnen und -bewohnern selbst als zentralen Akteuren der Stadtteilentwicklung.

1.2 Programmansatz: Die »Abwärtsspirale« unterbrechen

Ohne sozialstaatliche Intervention wird sich die Abwärtsspirale einiger benachteiligter Stadtteile immer weiterdrehen. Die hier ablaufenden Prozesse verstärken sich selbst, wenn sie nicht durch koordinierte Anstrengungen von Politik, Verwaltung, Bewohnerinnen und Bewohnern, Wirtschaft und lokal relevanten Akteuren unterbrochen werden. Es sind Ansätze einer integrierten Stadtteilpolitik notwendig, die sich auf das Quartier als Ganzes richten und die es erlauben, die vorhandenen Potenziale zur Verbesserung der loka-

len Lebensverhältnisse und den Aufbau möglichst selbsttragender Strukturen zu fördern. Für diese Aufgabe sind die bisherigen sektoralen Vorgehensweisen der einzelnen Fachbereiche nicht mehr geeignet; außerdem lässt sich eine zunehmende Diskrepanz zwischen sozial-ökonomischen Problemen und baulich-technischen Maßnahmen konstatieren. Daher und weil die Städte die Herausforderungen, mit denen sie durch die kritische Entwicklung in vielen Quartieren konfrontiert sind, nicht alleine bewältigen können, wurde vom BMVBW im Juli 1999 entsprechend der Koalitionsvereinbarung das Programm Soziale Stadt aufgelegt. Zu seinen Kernelementen gehören laut Verwaltungsvereinbarung folgende grundsätzliche Punkte:

- Die bisherige Städtebauförderung wird durch das Programm Soziale Stadt ergänzt, mit anderen stadtentwicklungspolitisch relevanten Politikfeldern verbunden und daraus ein neuer integrierter Ansatz entwickelt.
- Ziel dieses umfassenden Programmansatzes ist es, investive und nicht investive Maßnahmen aus verschiedenen Programmen der EU, des Bundes und der Länder mit dem Schwerpunkt der städtebaulichen Erneuerung zu kombinieren und zu integrieren, um über ein Programm »aus einer Hand« zu verfügen.
- Als Grundlage für die Programmumsetzung Soziale Stadt ist von den teilnehmenden Kommunen ein auf Fortschreibung angelegtes, gebietsbezogenes integriertes Handlungskonzept aufzustellen.

Die Umsetzung des Programms stellt hohe Anforderungen an effizientes Verwaltungshandeln, insbesondere in Bezug auf

- Mittelbündelung, Integration und Kooperation,
- Aktivierung und Beteiligung lokaler und lokal wirksamer Akteure sowie
- das Etablieren neuer Management- und Organisationsformen.

Zwar bezieht sich das Programm Soziale Stadt auf ausgewählte Gebiete, doch sollen gesamtstädtische Zusammenhänge stets berücksichtigt werden, um die Entwicklungsdynamik eines Quartiers in ihren Wechselwirkungen mit anderen regional- und stadträumlichen Einheiten beobachten und analysieren zu können. Gefordert ist daher nicht nur ein ressortübergreifender, sondern gleichzeitig auch ein gebietsübergreifender Ansatz der Stadterneuerung und Stadtentwicklung.

Der Bund stattete das Programm, das wie die Städtebauförderung jährlich fortzuschreiben ist, zunächst mit 100 Mio. DM jährlich aus; seit dem Jahr 2001 stellt der Bund 150 Mio. DM bereit. Da Länder und Kommunen die Bundesförderung mit weiteren 300 Mio. DM kofinanzieren, steht für das Programm zur Zeit ein Gesamtvolumen von rund 230 Mio. Euro (das wären 450 Mio. DM) jährlich zur Verfügung. Diese Summe soll im Rahmen einer Verstärkung des Programms möglichst gehalten werden, so Bundesminister Bodewig im Herbst 2001 auf dem Impulskongress »Integratives Handeln für die soziale Stadtteilentwicklung« in Essen-Katernberg.

1.3 Programmgebiete: Auswahl und Zuschnitt

Voraussetzung für den Einsatz von Mitteln der Städtebauförderung – dies gilt auch für das Programm Soziale Stadt – ist die Ausweisung von Gebieten.

Die Gebietskulisse der Sozialen Stadt ist sehr heterogen; sie umfasst aber ausschließlich Gebiete mit hoher Problemdichte. Die Tatsache, dass mit dem Programm Soziale Stadt allein die aufgeworfenen Probleme nicht zu lösen sind, verweist auf die Notwendigkeit, dass stadtteilbezogene Aktivitäten durch gesamtstädtische Strategien ergänzt werden müssen; der »besondere« Entwicklungsbedarf in den Programmgebieten der Sozialen Stadt setzt den gesamtstädtischen Vergleich voraus, denn es muss begründet werden, dass für diese Gebiete im Vergleich zu anderen Stadtteilen ein dringlicherer Handlungsbedarf besteht und ihrer Entwicklung eine höhere Priorität einzuräumen ist. Dabei sollte das Auswahlverfahren transparent und nachvollziehbar sein, um auch kommunalpolitisch legitimiert werden zu können. Eine fundierte Auswahl der Programmgebiete erfordert allerdings genaue Daten über den Ist-Zustand von Stadtquartieren und der Gesamtstadt – Daten, die erst in wenigen Städten durch kontinuierliche Herausgabe von Sozialraumberichten beispielsweise zur Sozialen Lage, zu Armut und Gesundheit oder den Aufbau von Monitoring-Systemen vorliegen (z.B. in Berlin, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen und München).

1999 wurden von den Bundesländern insgesamt 161 Stadtteile in 124 Städten und Gemeinden ins Programm Soziale Stadt aufgenommen; inzwischen sind 249 Stadtteile in 184 Städten und Gemeinden Programmgebiete der Sozialen Stadt². Allein in den Programmgebieten der Jahre 1999 und 2000 leben etwa 1,8 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner. Die neuen Bundesländer sind mit einem Fünftel der Gebiete beteiligt. Gut die Hälfte (54 Prozent) der Programmgebiete liegt in Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern, davon 23 Prozent in Städten mit über 500 000 Einwohnern. Fast ein Drittel aller Gebiete gehört zu Städten mit weniger als 50 000 Einwohnern. Damit handelt es sich beim Programm Soziale Stadt nicht um ein Großstadtprogramm, wie von manchen vermutet wurde. Nach ihrer Lage in der Stadt handelt es sich um jeweils gut ein Drittel Stadtrandgebiete und Stadtteile in innerstädtischer Randlage, in knapp einem Fünftel der Fälle geht es um Innenstadtgebiete.

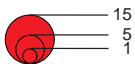
Zwei Quartierstypen zeichnen sich schon länger als Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf ab: zum einen verdichtete, häufig gründerzeitliche, auch altindustrialisierte, teilweise vernachlässigte Altbaugelände, manchmal mit einem vielfältigen Nebeneinander kleinteiliger Siedlungsstrukturen, und zum anderen überwiegend industriell gefertigte Neubausiedlungen der 60er- bis 80er-Jahre, die westlichen Großtafel- und die östlichen Plattensiedlungen, die mit 44 Prozent fast die Hälfte der Gebiete ausmachen. Dieser hohe Anteil an Neubau-Großsiedlungen verweist auf die besondere Bedeutung, die den Wohnungsunternehmen als Trägern und Akteuren der integrierten Stadtteilentwicklung zukommt.

Bereits im Rahmen der traditionellen Städtebauförderung spielten und spielen Fragen der Gebietsauswahl, der Größe und des Zuschnitts der Gebiete eine besondere Rolle für die Programmumsetzung, wobei Fragen der Finanzierbarkeit und der zügigen Durchführung im Vordergrund standen. Dem-

Bund-Länder-Programm »Die soziale Stadt« und URBAN II - Städte



Am Programm »Die soziale Stadt« teilnehmende Gemeinden mit Anzahl geförderter Maßnahmen (Stand: Programm 2001)



URBAN II - Städte
U

Kreise: Stand 1999

Quellen: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie Website www.inforegio.cec.eu.int

Anmerkung: Es wurden nur laufende sowie ruhende Maßnahmen der »sozialen Stadt« berücksichtigt, bereits ausfinanzierte hingegen nicht.

entsprechend war der Zuschnitt der Sanierungsgebiete mit bundesweit durchschnittlich 10,6 Hektar (1984) relativ klein (Autzen u.a. 1986, S. 51 f.). Dagegen sind die Programmgebiete zur Sozialen Stadt mit einer durchschnittlichen Größe von 116 Hektar mehr als zehn mal so groß. Dies kann als ein Hinweis darauf verstanden werden, dass die Stadterneuerungsphilosophie, die nicht mehr allein auf städtebauliche Missstände ausgerichtet ist und sich stärker an integrierten Ansätzen orientiert, auch Veränderungen von Gebietsauswahl und -zuschnitt zur Folge hat. Eine Betrachtung der Stadtteile nur nach siedlungsstrukturellen, räumlich-funktionalen Aspekten ist nicht mehr sachgerecht.

Die Größe der für die Soziale Stadt ausgewählten Gebiete schwankt beträchtlich; sie bewegt sich zwischen 950 Hektar (Boy/Welheim in Bottrop) und 0,5 Hektar (Ortskern Spiesen im Saarland). Die mit Abstand größten Gebiete hat das Land Nordrhein-Westfalen mit einem Durchschnittswert von 301 Hektar ausgewiesen, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit durchschnittlich 161 Hektar großen Gebieten. Die kleinsten Programmgebiete finden sich in Baden-Württemberg (35 Hektar) und Rheinland-Pfalz (39 Hektar).

Die durchschnittliche Einwohnerzahl der Gebiete beträgt 9 200 mit deutlichen Differenzen zwischen alten (8 400) und neuen (11 600) Bundesländern; darin spiegelt sich der deutlich höhere Anteil an Großsiedlungen in den neuen Ländern wider. Die erhebliche Bandbreite in der einwohnerbezogenen Gebietsgröße wird besonders augenfällig, wenn man sich beispielsweise die einwohnerschwächsten Gebiete (Schwabach – Schwalbenweg mit nur 60 Einwohnern oder Husterhöhkaserne in Pirmasens mit 107 Einwohnern) und die einwohnerstärksten (Dortmund – Nördliche Innenstadt mit rund 54 000 und Flingern/Oberbilk in Düsseldorf mit 42 000 Einwohnern) vor Augen führt. Bei den bevölkerungsreichsten Gebieten mit mehr als 25 000 Einwohnern fallen einerseits umfangreiche gründerzeitliche Altstadtquartiere auf (z.B. Leipziger Osten, Köln-Kalk, Bremen-Gröpelingen), andererseits die östlichen Plattenbausiedlungen (z.B. Halle-Neustadt, Berlin-Marzahn, Jena-Lobeda).

Manche Städte haben also sehr große Areale ausgewiesen mit einer Vielzahl von Teilräumen, in denen teilweise »soziale Brennpunkte« oder »Problemeinseln« identifiziert werden. Bei anderen scheint dagegen eher die im Wesentlichen investiv ausgerichtete Städtebauförderung die Sicht bestimmt zu haben. Sehr kleine Gebiete, deren Zuschnitt sich fast ausschließlich am Investitionsvolumen der baulich-städtebaulichen Maßnahmen orientiert, stehen dann eher quer zu Erfordernissen der Sozialen Stadt, wenn eine Berücksichtigung von Potenzialen des Umfelds – beispielsweise zur Förderung der lokalen Ökonomie – ausgeblendet oder benachbarte Infrastruktur in Entwicklungs- und Nutzungskonzepten nicht einbezogen wird. Vor diesem Hintergrund wird beispielsweise in der nordrhein-westfälischen Evaluationsstudie für eine »erweiterbare flexible Gebietsabgrenzung« plädiert (ILS 2000, S. 18) oder auf dem Impulskongress zum Integrativen Handeln für die Berücksichtigung von »Ergänzungsgebieten«, die »institutionell abgesichert« werden sollten (Spiegel o. S.).

2. Ressourcenbündelung – neue Kooperationsformen und zielgerichteter Mitteleinsatz

Das wichtigste Element zur Initiierung einer Aufwärtsentwicklung in den Gebieten der Sozialen Stadt ist die Entwicklung guter Ideen engagierter Netzwerke, gekoppelt mit der Bereitstellung von Fördermitteln. Dabei kommen neben den Mitteln des Programms Soziale Stadt selbst auch Mittel weiterer Förderprogramme zum Einsatz. Ressourcenbündelung im Sinne des Bund-Länder-Programms »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« ist dabei ein strategischer Ansatz zum gebietsorientierten Einsatz von vorhandenen Ressourcen. Sie beschränkt sich nicht auf die Verbindung von verschiedenen Fördertöpfen zur Finanzierung einer Maßnahme oder eines Projekts. Zur Umsetzung dieser Strategie bedarf es deshalb konzeptioneller Abstimmungsprozesse auf allen staatlichen Ebenen. Das Programm ist ein eigenständiges Investitionsprogramm auf der Basis von Art. 104 a Abs. 4 Grundgesetz (GG) mit einem eigenen Haushaltstitel im Bundeshaushalt und ist gleichzeitig, wie auch das Programm »Stadtumbau Ost«, beispielhaft für die Verzahnung von Städtebau- und Wohnungspolitik (Krautzberger/Richter 2001, S. 17).

2.1. Ressourcenbündelung: ein zentrales Ziel des Programms

Die finanziellen Mittel und die rechtlichen Möglichkeiten des Programms Soziale Stadt reichen zur Bewältigung der komplexen Problematik in den Gebieten nicht aus, auch wenn seit Programmbeginn zusammen mit den Komplementärmitteln von Ländern und Gemeinden bereits rund 770 Mio. Euro in die Programmgebiete geflossen sind. Das Programm ist daher darauf angelegt, durch Bündelung der Mittel aus verschiedenen Ressorts und der Privatwirtschaft das benötigte Geld und zugleich das Know-how dieser anderen Stellen in die Gebiete zu lenken.

Dementsprechend heißt es in dem Leitfaden der ARGEBAU zum Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« in der Fassung vom 1.3.2000 unter 6.1 »Allgemeine Finanzierungsgrundsätze«: »Die Problembewältigung der ›Sozialen Stadt‹ erfordert eine integrierende Zusammenführung von Aufgaben und Förderprogrammen für investive und nicht-investive Maßnahmen. Deshalb sollen vorrangig die bestehenden Programme der beteiligten Fachressorts bzw. Ämter zur Finanzierung herangezogen werden ... Der neue Ansatz stellt die Bündelung der für die Stadtteilentwicklung relevanten Finanzen und Maßnahmen (Städtebau- und Wohnungsbauförderung, Wohnungswesen, Verkehr, Arbeits- und Ausbildungsförderung, Sicherheit, Frauen, Familien- und Jugendhilfe, Wirtschaft, Umwelt, Stadtteilkultur, Freizeit) als vordringliche Aufgabe auf der Ebene des Landes und der Gemeinde deutlich heraus.« Und unter 6.2 »Förderrechtliche Grundlage« wird ausgeführt: »Mittel Dritter (z.B. Wohnungsunternehmen, Mittel der europäischen Strukturfonds, Arbeitsförderprogramme) sind in die Projektfinanzierung einzubinden.« Der Leitfaden wird durch die zwischen Bund und Ländern getroffenen jährlichen Verwaltungsvereinbarungen zur Städtebauförderung der Programmumsetzung zugrunde gelegt; er ist verbindlich.

Keiner Mittelbündelung bedarf es für nicht investive Maßnahmen, wie beispielsweise für die Finanzierung eines Quartiermanagements. Es ist unmittelbar über das Programm selbst förderfähig, weil sie eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung von investiven Maßnahmen und deren nachhaltige Werterhaltung darstellen.

2.2. Ressourcenbündelung auf Bundes- und EU-Ebene

Ländern und Gemeinden kommt bei der Ressourcenbündelung besondere Verantwortung zu. Doch sind auch Intensivierung und Verbesserung der fachübergreifenden Zusammenarbeit auf Bundesebene Voraussetzung für den Erfolg des Programms (Leitfaden, 4.4 »Handeln auf Bundesebene«). Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen kommt dieser Verantwortung durch Aktivitäten auf vier Ebenen nach³:

- Auf der Basis einer Bestandsaufnahme aller für die Stadtteilentwicklung relevanten Fördermöglichkeiten des Bundes⁴ hat das Ministerium auf die Ausgestaltung anderer Bundesprogramme Einfluss genommen, bereits laufende Programme für die Gebiete der Sozialen Stadt fruchtbar gemacht und Informationen über diese Programme auf seiner eigenen Internetseite und der des Deutschen Instituts für Urbanistik den Akteuren vor Ort zugänglich gemacht. Dies gilt etwa für das Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend »Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten – E&C«, das zwar keine eigenen Projektfördermittel zur Verfügung stellt, aber darauf angelegt ist, dass Mittel des Kinder- und Jugendplans durch die Mittelempfänger zu einem nicht unerheblichen Teil in Gebieten der Sozialen Stadt eingesetzt werden⁵. Auch das Programm zur Aussiedlerintegration des Bundesministeriums des Innern konzentriert sich auf Gebiete der Sozialen Stadt⁶. Weitere Bündelungseffekte ergeben sich daraus, dass andere, nicht spezifisch auf die Gebiete der Sozialen Stadt bezogene Programme gleichwohl in erheblichem Maße in diesen Gebieten eingesetzt werden. Dabei handelt es sich vor allem um Bundesmittel aus der Städtebauförderung, der sozialen Wohnraumförderung und dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Die Bundesanstalt für Arbeit hat die Arbeitsämter ausdrücklich auf den besonderen Förderbedarf in den Gebieten der Sozialen Stadt hingewiesen. Von besonderer Bedeutung ist hier das bewusst offen angelegte Programm der »Freien Förderung« nach § 10 Arbeitsförderungsgesetz. In diesem Rahmen kann unter anderem auch die Unterstützung regionaler, das heißt auch gebietsbezogener Aktivitäten zur Ausbildung und Qualifizierung Jugendlicher erfolgen. Inzwischen ist in die Ausführungsbestimmungen zur Freien Förderung ein Hinweis auf das Programm der Sozialen Stadt aufgenommen worden.

- Außerhalb von Förderprogrammen wurde die interministerielle Kooperation verstärkt. So wurde über die Mitarbeit in einer interministeriellen Arbeitsgruppe die Arbeit des neu gegründeten Deutschen Forums für Kriminalprävention auch für die Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf fruchtbar gemacht. Außerdem ist das Ministerium am Staatssekretärsausschuss »Jugendpolitik« beteiligt. Gemeinsam mit dem Diakonischen Werk

der Evangelischen Kirche in Deutschland führte das Ministerium am 6./7. Februar 2002 in Berlin eine Tagung durch mit dem Titel »Soziale Stadt: Entwicklung und Chancen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in benachteiligten Vierteln«, in der es vor allem um die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Stadterneuerung und Jugendhilfe ging, eine sehr wichtige Aufgabe, da in den Gebieten der Sozialen Stadt der Anteil von Kindern und Jugendlichen deutlich über dem städtischen Durchschnitt liegt. Weiterhin unterstützt es gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik die seit Jahren jährlich stattfindenden internationalen Kongresse »Armut und Gesundheit«, um so die Aufgabe der in den Gebieten der Sozialen Stadt besonders wichtigen Gesundheitsförderung zu betonen und stärker bewusst zu machen, dass von deren erfolgreichem Wirken auch ein guter Fortgang der Gebietsentwicklung abhängt⁷.

■ Auch die Wohlfahrtsverbände und sonstigen freien Träger sozialer Arbeit sind für den Erfolg der Stadtteilentwicklung von zentraler Bedeutung. Um hier Synergieeffekte zu ermöglichen, führt das BMVBW Gespräche mit den Repräsentanten der Verbände und Initiativen auf Bundesebene, teils auf Fach- und Arbeitsebene, teils auf politischer Ebene durch den Minister selbst.

■ Schließlich unterstützt das BMVBW den von Deutschem Städtetag, AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V., Schader-Stiftung, vhw Deutsches Volksheimstättenwerk e.V. – Bundesverband für Wohneigentum, Wohnungsbau und Stadtentwicklung und anderen Trägern bundesweit ausgelobten Wettbewerb »Preis Soziale Stadt«. Allerdings ist auch das Programm Soziale Stadt an die grundgesetzlich vorgegebene Kompetenzverteilung nach dem Ressortprinzip (Art. 65 GG) und die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern (Art. 83 ff. GG) gebunden. Dies erschwert eine Bündelung auf Bundesebene, weil das BMVBW die Forderung anderer Ressorts, die auch eine gebietsbezogene Förderung durchführen, wie etwa das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie mit der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung, nach Beteiligung an der Gebietsauswahl nicht erfüllen kann. Denn die Gebietsauswahl für das Programm Soziale Stadt obliegt den Ländern. Hier ist noch kein Weg einer förderlichen Kooperation gefunden.

Als problematisch erweisen sich in der Praxis auch die unterschiedlichen Fördermodalitäten (Voraussetzungen, Zeiträume, Subsidiaritäten) der einzelnen Programme. Während beispielsweise die Stadterneuerung ihre Mittel raumbezogen einsetzt, werden Förderungen von Beschäftigung und Qualifizierung (z.B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)) oder der Sozial- und Jugendhilfe personenbezogen entschieden. In fast allen Politiksektoren wird jedoch diskutiert und teilweise schon praktiziert, die Förderung auch sozialraumorientiert zu gestalten. Dies gilt etwa für die Bereiche der Jugendhilfe und der Gesundheitsförderung, wenngleich es hier noch erhebliche Umsetzungsschwierigkeiten gibt.

Auf EU-Ebene stellt sich dieses Kompetenzverteilungs- und Subsidiaritätsproblem so nicht. Das URBAN-II-Programm ist dadurch gekennzeichnet, dass die

verfügbaren Mittel für alle notwendigen Aufgaben im Rahmen der Stadtteilentwicklung bereits gebündelt sind und daher die verschiedensten Anträge aus einem Fördertopf bedient werden können. Dafür sind hier allerdings die Hürden für die Aufnahme in das Programm wesentlich höher (z.B. Ex-ante-Evaluation, genaue Festlegung der angestrebten Ziele, Verpflichtung zu fortlaufendem Monitoring und Evaluation); zudem kommen bundesweit nur zwölf Städte in den Genuss dieses Programms.

Darüber hinaus wird das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt durch die Strukturfondsförderung 2000–2006 der EU ergänzt. Ermöglicht wird dies durch die Mittel und Projekte der EU-Strukturpolitik zur »Erneuerung städtischer Problemgebiete«. Förderungen durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) können nicht nur über URBAN II, sondern auch über die EU-Regelförderung für Ziel-1- und Ziel-2-Gebiete erfolgen. Förderungen des Europäischen Sozialfonds (ESF) können mit EFRE-Mitteln kombiniert werden.

2.3 Ressourcenbündelung auf Länderebene

In vielen Ländern wurden interministerielle Arbeitsgruppen von den jeweiligen Landesregierungen eingesetzt – so beispielsweise 1999 in Mecklenburg-Vorpommern, wo Vertreter aus dem Ministerium für Arbeit und Bau, dem Sozialministerium, dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, dem Innenministerium, dem Wirtschaftsministerium, dem Umweltministerium, dem Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e.V. und dem Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. sowie dem Deutschen Institut für Urbanistik als Programmbegleitung zusammenkamen. Unter der Federführung des Ministeriums für Arbeit und Bau werden dort Förderanträge beraten, programmbegleitende Arbeitshilfen und Veröffentlichungen erstellt sowie die Bündelung von Finanzmitteln gesichert. Eine Förderfibel für das Land Mecklenburg-Vorpommern wurde 2001 in Abstimmung mit der hier IMAG genannten Gruppe vom Ministerium für Arbeit und Bau vorgelegt. In Nordrhein-Westfalen übernehmen die Mitglieder der interministeriellen Arbeitsgruppe koordinierende Aufgabe in ihrem jeweiligen Ressort; gleichzeitig sind sie Ansprechpartner für die Kommunen und das federführende Städtebauministerium. Diese Arbeitsgruppe entscheidet unter anderem über Aufnahmeanträge von Kommunen in das Programm Soziale Stadt und harmonisiert laufende Förderprogramme.

Andere Länder, wie z.B. Baden-Württemberg, verzichten auf solche interministeriellen Arbeitsgruppen und begnügen sich mit einem Kabinettsbeschluss, der die Ressorts dazu auffordert, ihre Programme bevorzugt in Gebieten der Sozialen Stadt einzusetzen. In wieder anderen Ländern, wie z.B. Hamburg, hat es sich als sinnvoll erwiesen, über Mittelbündelung nicht in einem größeren Kreis mehrerer Ressorts, sondern in einem zweiseitigen Gespräch mit dem je beteiligten Ressort zu verhandeln.

Einen weitergehenden Ansatz verfolgt das Land Sachsen-Anhalt mit seinem Programm Urban 21, das eine Bündelung aller für die Stadtentwicklung einsetzbarer Landesprogramme vorsieht. In die Förderung aufgenommen wer-

den nur Konzepte, die mehrere der Leitziele verfolgen, die die EU in ihrem Aktionsrahmen »Nachhaltige Stadtentwicklung in der Europäischen Union« aufgeführt hat. Die Landesinitiative URBAN 21 wird begleitet von einem Arbeitskreis, dem unter Vorsitz des Wirtschaftsministeriums Vertreterinnen und Vertreter der hauptsächlich beteiligten Ressorts, der Regierungspräsidien, des Städte- und Gemeindebundes, der Wohnungswirtschaftlichen Landesverbände und wissenschaftlicher Begleitinstitute wie des Deutschen Seminars für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) angehören. Dieser Arbeitskreis entscheidet im Einvernehmen mit dem jeweiligen Fondsverwalter über die grundsätzliche Annahme eines Antrags.

Eine Vereinheitlichung der Förderrichtlinien verschiedener Ressorts oder die Einführung einer dem Prinzip der Einheit der Landesverwaltung eigentlich entsprechenden zentralen Antragstelle für alle an das Land gerichteten Förderanträge sind sonst nirgends verwirklicht. In Niedersachsen jedoch berät die Landestreuhandstelle, die auch einen umfangreichen Katalog der in Gebieten der Sozialen Stadt einsetzbaren Förderprogramme erarbeitet hat, alle Antragsteller und hilft ihnen, die richtige Stelle für ihr Förderanliegen zu finden. In Nordrhein-Westfalen wurden durch die landeseigene Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung (G.I.B.) und das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) Beratungseinrichtungen für die Beantragung und Bündelung von Fördermitteln geschaffen. Manche Länder, wie z.B. Bayern oder Nordrhein-Westfalen, nutzen auch ihre Bezirksregierungen als Bündelungsbehörde. Doch ist auch hier oftmals der Anspruch einer effektiven Mittelbündelung nicht zu verwirklichen. Die in Ost wie West eingefahrene und seit Jahrzehnten durchaus auch bewährte vertikale Versäulung der jeweiligen Fachverwaltungen vom Bund über das Land und die Bezirksregierungen bis zu den kommunalen Ämtern ist für das Verwaltungshandeln in Deutschland nach wie vor prägend⁸.

Gleichwohl mehren sich über die erwähnten Initiativen hinaus die Ansätze vernetzten Vorgehens. Denn inzwischen gibt es zunehmend ressortspezifische Programme, die insbesondere in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf eingesetzt werden. So wurden z.B. in Nordrhein-Westfalen das 1000-Lehrerstellen-Programm des Schulministeriums, das Sonderprogramm zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit durch das Sozialministerium, das Programm für Jugend mit Zukunft – Bewegung, Spiel und Sport in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf (jetzt Werkstatt Sport) aufgelegt. Das hessische Sozialministerium unterstützt das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt durch die Förderung flankierender nicht investiver sozialer Maßnahmen im Rahmen der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt – HEGISS⁹.

2.4 Ressourcenbündelung auf kommunaler Ebene

Trotz Bündelungsbemühungen auf übergeordneten Ebenen bleibt die Projektebene der entscheidende Ort für die Bündelung der Ressourcen. Mittel, die nicht bereits weiter oben gebündelt wurden, wie dies etwa bei dem EU-Programm URBAN II der Fall ist, müssen hier zusammengeführt werden.

Defizite von Absprachen und Abstimmungen auf Bundes- und Landesebene werden hier schmerzlich erfahrbar. Die Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik bei den Programmgemeinden der Förderjahrgänge 1999 und 2000 hat denn auch ergeben, dass sich die Bündelung in den weitaus meisten Fällen auf die traditionellen Felder der Städtebauförderung, der Wohnungsbauförderung, des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes und der Arbeitsverwaltung beschränkte. Die Erfahrungen der Programmbegleitungen vor Ort aus dem Jahr 2001 lassen auch in Gebieten, in denen die Umsetzung des Programms bereits fortgeschritten ist, zum Teil erhebliche Umsetzungsprobleme bei der Mittelbündelung erkennen. Es bleibt abzuwarten, ob die zweite Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik bei den Programmgemeinden Ende 2002 hier erkennbare Fortschritte signalisieren wird.

In vielen Bundesländern und von einzelnen Regierungsbezirken sind integrierbare Förderprogramme auf Länderebene (in Förderfibern) zusammengestellt worden. In anderen müssen sie noch erarbeitet werden. Die in den 16 Modellgebieten eingesetzten Programmbegleitungen vor Ort machen immer wieder auf dieses Defizit aufmerksam¹⁰. Neben fehlenden oder unzureichenden oder nicht aktuellen Zusammenstellungen der integrierbaren Förderprogramme werden auch Defizite in der Harmonisierung von Förderprogrammen beklagt. Hilfreich wäre es nach Auffassung der Gemeinden, wenn Förderrichtlinien, -zeiträume und -voraussetzungen so aufeinander abgestimmt wären, dass die Mittel von den Kommunen mit geringem Aufwand sinnvoll gebündelt werden könnten. Dies ist z.B. wegen wechselseitiger Subsidiaritätsforderungen teilweise nur schwer oder gar nicht möglich.

Auch scheint es im Allgemeinen große Unsicherheiten über Fördermittel und Antragswege zu geben. Es fehlen zentrale Stellen zur Fördermittelberatung. In fast allen Modellgebieten des Bund-Länder-Programms wurden auf kommunaler Ebene ämter- bzw. dezernatsübergreifende Lenkungsgremien als Steuerinstrument eingesetzt. Als allgemeine Tendenz wird von einigen Programmbegleitungen vor Ort der hohe Aufwand bei der Abstimmung zwischen verschiedenen Verwaltungsebenen auf kommunaler Ebene, aber auch in den Länderverwaltungen, beschrieben. Konzeptionelle Absprachen zwischen den Ebenen fanden nicht im ausreichenden Maße statt.

Die Gemeinden selbst haben vielfach ämterübergreifende Strukturen geschaffen, um über Anträge aus den Gebieten der Sozialen Stadt zügig entscheiden zu können. Hier finden sich enge Verbindungen mit den Einrichtungen von Quartiermanagement. Auch gibt es Überlegungen, die Stadtverwaltung zur Effizienzsteigerung generell gebietsbezogen zu organisieren, um auf diese Weise räumlich abgestimmtes und präventives Verwaltungshandeln zu erleichtern (Grimm/Micklinghoff/Wermker 2001).

2.5 Bedeutung nicht staatlicher Ressourcen

Die größten privaten Investoren der Sozialen Stadt sind die Wohnungsunternehmen. Sie modernisieren ihren Bestand an Wohnungen vor allem in den Großsiedlungen oder Plattenbauten, verbessern auf eigenem Grund und

Boden das Wohnumfeld, stellen Hausmeister oder Concierges ein – nicht selten Langzeitarbeitslose aus dem Gebiet, die so die Möglichkeit zur Weiterqualifikation erhalten – und beschäftigen zum Teil sogar Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, um die Wohngebiete zu stabilisieren (Sachs 2001, S. 133 ff.). Ihre Investitionssumme übertrifft die der staatlichen Förderung durch das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt um ein Vielfaches. Die wirtschaftlichen Interessen der Wohnungsunternehmen werden hier zum tragfähigem Motiv für dieses Engagement¹¹. Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. erfasst die Investitionsmittel seiner Mitglieder, die in die Programmgebiete fließen, erst seit kurzem statistisch, weshalb sie für diese erste Bilanz nicht zur Verfügung standen. In den Altbauquartieren kommt den hier primär vertretenen privaten Einzeleigentümern eine zentrale Rolle zu. Auch bei ihnen besteht der Konflikt zwischen kurzfristiger Gewinnerwartung und langfristiger Sicherung des Gebäudewerts, zwischen Stabilisierung der vorhandenen Bevölkerungsstruktur und Aufwertung des Gebiets mit Verdrängungsfolgen.

Die Auslobung des Wettbewerbs Soziale Stadt in den Jahren 2000 und 2002 zeigt ein weiteres Engagement unterschiedlicher Beteiligter, die die Ansätze und Ziele des Programms unterstützen. Bei diesem Wettbewerb, der nicht auf die Programmgebiete beschränkt ist, werden innovative Ansätze der Mittelbündelung und Zielintegration ausgezeichnet. Im Jahr 2000 beteiligten sich 101 Projekte an dem Wettbewerb, 15 erhielten Preise oder Anerkennungen. Der Wettbewerb zeigt ebenso wie zahlreiche Veranstaltungen und Initiativen der Wohnungsunternehmen, der Wohlfahrtsverbände und sonstiger Einrichtungen, wie z.B. von Stiftungen wie der Schader-Stiftung oder auch der ZEIT-Stiftung, dass die Ziele und Ansätze des Programms Soziale Stadt breite Zustimmung und Unterstützung erfahren. So wurde etwa in dem Netzwerk »Kommunen der Zukunft« der Bertelsmann-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und des Verbands für Kommunales Management (KGSt) ein Netzwerkknoten Quartiermanagement geschaffen.

Ein wichtiger Investor in den Gebieten der Sozialen Stadt ist auch die private Wirtschaft. Die Entwicklung der lokalen Ökonomie ist eine ganz wesentliche Voraussetzung für die positive und nachhaltige Entwicklung in den Gebieten. Die Summe der insgesamt privat investierten Mittel kann nicht erfasst werden. Es ist jedoch wie bei der traditionellen Städtebauförderung anzunehmen, dass diese Investitionen in dem Maße zunehmen, in dem sich in den Gebieten eine Stabilisierung oder gar Aufwärtsentwicklung abzeichnen.

Von erheblicher Bedeutung sind auch die Verbände der freien Wohlfahrtspflege, die Eigen- und Fremdfördermittel für soziale Zwecke in den Gebieten zum Einsatz bringen. Soziale Maßnahmen, Jugend- und Familienhilfe, Gesundheitsförderung, Ausländerintegration und zahlreiche weitere Funktionen werden von ihnen wahrgenommen. Die Höhe der so zum Einsatz kommenden Mittel ist ebenfalls nicht bekannt, dürfte aber erheblich sein.

3. Integriertes Handlungskonzept – ein strategisches Instrument

Der effiziente Einsatz der verfügbaren Mittel setzt konzeptionelles Handeln voraus. Bund und Länder messen daher dem Integrierten Handlungskonzept für die Programmumsetzung Soziale Stadt zentrale Bedeutung bei; sie binden die Förderfähigkeit eines Gebietes an die Erarbeitung eines solchen Konzepts (Art. 2, Abs. 4 der von Bund und Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarungen zur Städtebauförderung 1999 bis 2002): »Maßnahmebegleitend ist ein auf Fortschreibung angelegtes gebietsbezogenes integriertes stadtentwicklungspolitisches Handlungskonzept durch die Gemeinden aufzustellen. Das Handlungskonzept (Planungs- und Umsetzungskonzept sowie Kosten- und Finanzierungsübersicht) soll zur Lösung der komplexen Probleme zielorientierte integrierte Lösungsansätze aufzeigen, alle Maßnahmen zur Erreichung der Ziele – auch die anderer Bau- und Finanzierungsträger – erfassen sowie die geschätzten Ausgaben und deren Finanzierung darstellen.« Integrierte Handlungskonzepte müssen, um wirksam werden zu können, an den Interessen, Aktivitäten und Bedürfnislagen der Quartiersbevölkerung anknüpfen, das heißt gemeinsam mit Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den lokalen Akteuren erarbeitet und weiterentwickelt werden.

3.1 Bedeutung Integrierter Handlungskonzepte in der Praxis

Obwohl Integrierte Handlungskonzepte (Becker/Böhme/Meyer 2001) nach Aussage vieler am Programm Beteiligter als strategisches Instrument zur Steuerung der integrierten Stadtteilentwicklung gelten, herrschen in der bisherigen Praxis, was die Aufstellung solcher Konzepte betrifft, noch weitgehend Unsicherheit und Zurückhaltung. Erst für ein gutes Drittel der Modellgebiete wurden Integrierte Handlungskonzepte erarbeitet. Diese Unsicherheit erklärt sich zum Teil daraus, dass zum Zeitpunkt der Ausschreibung des Programms und der Antragstellung viele Grundinformationen über das Gebiet noch fehlen, Organisations-, Management- und Kommunikationsstrukturen erst aufgebaut werden müssen und in der Regel erheblicher Zeitdruck besteht.

Erschwerend wirkt sich offenbar auch aus, dass die große Erfolgserwartung im Gebiet und seitens der Politik ein eher pragmatisches Vorgehen mit Schwergewicht auf schnell realisierbaren Projekten stützt. Deshalb überrascht es nicht, dass als Folge der unterschiedlichen Geschwindigkeiten für die Projektbewilligung im Rahmen bestehender Förderprogramme und für die Entwicklung wirklich integrierter und im Quartier abgestimmter Handlungskonzepte häufig mit Projekten und Einzelmaßnahmen in Vorleistung getreten wird, obwohl noch gar kein Handlungskonzept vorliegt und deshalb auch kein allgemein verbindlicher Orientierungsrahmen für die Steuerung der Programmumsetzung im Hinblick auf Projektentwicklung und -realisierung; natürlich fehlt es dann auch an Überlegungen zur Bündelung des Mitteleinsatzes.

Dort wo bisher von Integrierten Handlungskonzepten die Rede ist, zeigt sich eine große Variationsbreite der Ansätze: von der kommentierten Projektübersicht über den städtebaulich dominierten Rahmen- und/oder Maßnahmen-

plan traditioneller Stadterneuerung bis zum umfassenden Kompendium mit vielen Elementen vom Leitbild hin zur Beschreibung von Einzelmaßnahmen. Für die Programmgebiete der Sozialen Stadt geht es darum, mit Blick auf ihre spezifischen Probleme, Potenziale und Ressourcen eine tragfähige und nachhaltig wirksame Zukunftsperspektive einschließlich der Verfahrensprogrammatisierung zu ihrer Realisierung zu entwickeln und zu begründen. Dabei müssen die Handlungsfelder präzisiert, Projektideen generiert, Prioritäten für deren Umsetzung aufgestellt, Förderung und Finanzierung akquiriert und koordiniert werden. Voraussetzung für ein solches Vorgehen sind die detaillierte Kenntnis der Lebens- und Wohnverhältnisse im Quartier sowie die Klärung seiner Funktion für die Gesamtstadt. Wenn entsprechende gebietsbezogene Erhebungen und Untersuchungen bereits vorliegen, sind deren Ergebnisse in das übergreifende Handlungskonzept aufzunehmen.

Elemente Integrierter Handlungskonzepte, die grundlegend für einen erfolgreichen Einsatz des Instruments sind, finden sich an vielen Orten: in den Verwaltungsvereinbarungen zur Städtebauförderung, im Leitfaden der ARGEBAU, in Erfahrungen aus den Modellgebieten und Diskussionen auf dem diesem Thema gewidmeten Impulskongress sowie in Anforderungen der Länder an Integrierte Handlungskonzepte, die ihnen als Grundlage für die Vergabe von Programm-Mitteln der Sozialen Stadt und der traditionellen Städtebauförderung sowie für deren Bündelung mit Fördermitteln aus anderen Programmen dienen. Bei diesen Elementen geht es vor allem um folgende:

- Begründung der Auswahl und Abgrenzung des Gebiets, Analyse seiner gesamtstädtischen Bedeutung und Funktion;
- Benennung der zentralen Problemfelder und Entwicklungspotenziale auf Basis einer Strukturanalyse;
- Zusammenführen bereits vorhandener Entwicklungsprogramme und Maßnahmen aller wichtigen Handlungsfelder;
- Formulierung eines Leitbildes für die Stadtteilentwicklung, Vernetzung von Zielen verschiedener Handlungsfelder, Einbindung der Entwicklungsziele für den Stadtteil in das gesamtstädtische Entwicklungskonzept;
- Darstellung von Strategien, Maßnahmen und Projekten mit Angabe von Trägern, Adressaten, Finanzierung, Zeitplan der Umsetzung usw.;
- Angaben zur Organisation und Projektsteuerung sowie zum Management;
- Maßnahmen zur aktiven Beteiligung der Quartiersbevölkerung und der Stadtteilakteure;
- Konzept für eine begleitende Prozessevaluierung und Vorbereitung der Ergebnisevaluierung;
- Kosten- und Finanzierungsübersicht mit geschätzten Gesamtkosten und Finanzierungsplan.

3.2 Verfahren der Aufstellung, Umsetzung und Fortschreibung

Voraussetzung für eine wirkungsvolle und effiziente Steuerung der Stadtteilentwicklung auf der Basis des Integrierten Handlungskonzepts ist die sorgfältige Abstimmung des Konzepts nicht nur zwischen allen zuständigen Ressorts

oder Ämtern und lokal wirksamen Akteuren, sondern vor allem mit der Bewohnerschaft. Dies gilt insbesondere für ressortübergreifende Maßnahmen und Projekte sowie für die Abstimmung privatwirtschaftlicher und gemeinwohlorientierter Interessen. Ganz unterschiedlich wird gegenwärtig in den Kommunen noch eingeschätzt, inwieweit bei der Erarbeitung und Fortschreibung von Integrierten Handlungskonzepten »bottom-up«- und »top-down«-Strategien miteinander verknüpft werden können oder müssen. Es zeichnet sich allerdings ab, dass vor allem für die Antragstellung zur Aufnahme ins Programm und für die Phase der Programmimplementierung stärker »top-down« erarbeitete Vorschläge unerlässlich sind, um den Prozess überhaupt in Gang zu setzen. Anschließend sind dann zügig »bottom-up«-Strategien einzuleiten, die für die Weiterentwicklung und Fortschreibung der Konzepte tragend werden. Erarbeitung, Umsetzung und Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts sind daher gleichzeitig Anstoß und Basis für Kommunikation und Koordination im Stadtteil zwischen Akteuren aller Ebenen: Bevölkerung, Verwaltung, intermediärer Instanz, Wirtschaft usw. Das Integrierte Handlungskonzept soll schließlich durch die Erarbeitung verlässlicher und motivierender Zukunftsperspektiven eine Grundlage für die Beteiligung der Bewohnerschaft am Stadtteilentwicklungsprozess bieten und auch die notwendige Vertrauensbasis für privatwirtschaftliches Engagement schaffen.

Die Entwicklung eines Integrierten Handlungskonzepts sollte mit Aktivierungs-, Beteiligungs- und Abstimmungsprozessen sowie öffentlichen Diskussionsrunden im Quartier intensiv und ernsthaft verknüpft werden. Die Formulierung von Zielen und Leitlinien als Element des Integrierten Handlungskonzepts erweist sich als abstrakte Aufgabe; sie muss deshalb auf Quartierebene so vermittelt werden, dass ein möglichst großer Teil der Quartiersbevölkerung sich daran beteiligt. Allerdings darf die Debatte über Leitlinien als Handlungs- und Orientierungsrahmen für die Gebietsentwicklung nicht losgelöst werden von jener über konkrete Maßnahmen, Projekte und Einzelschritte zur schnellen Verbesserung der Situation im Gebiet (so genannte Leuchtturmprojekte) und von der Diskussion über das Erreichen der Ziele. Kooperative Erarbeitung und Fortschreibung von Integrierten Handlungskonzepten bieten die Chance, ein gemeinsames Selbstverständnis und Wirbewusstsein im Quartier zu entwickeln und sich über vordringliche Maßnahmen, Projekte und Verfahren zu verständigen.

Integrierte Handlungskonzepte brauchen zu ihrer Umsetzung Rückhalt durch die Politik, das heißt die Selbstbindung des Stadtrates an das Konzept und an alle Stationen seiner Fortschreibung. Denn Integrierte Handlungskonzepte gewinnen erst in der Wechselwirkung zwischen Konzeptentwicklung und Umsetzungserfahrung – im Sinne der in der Verwaltungsvereinbarung gewählten Formulierung: »maßnahmenbegleitend« – schärfere Kontur. Deshalb ist es unerlässlich, die Handlungskonzepte als flexiblen Orientierungsrahmen anzulegen, sich kontinuierlich im gebietsöffentlichen Diskurs über Erfolg, Misserfolg und Änderungsbedarf zu verständigen und damit die Konzepte – quasi als lernende Systeme mit lernenden Akteuren – an gewan-

delte Bedingungen anzupassen. Daraus kann abgeleitet werden, dass der Fortschreibung der Handlungskonzepte kommunalpolitisch besonders hohes Gewicht zukommt.

Allerdings darf der gesamtstädtische Aspekt dabei nicht vernachlässigt werden. Zwar sind Integrierte Handlungskonzepte an den Problemen und Potenzialen einzelner Gebiete ausgerichtet, müssen aber als Bestandteil eines gesamtstädtischen Handlungskonzepts angelegt sein. Der Erfolg bei der Umsetzung des Programms Soziale Stadt hängt daher unter anderem auch davon ab, inwieweit es gelingt, gebietsbezogene Maßnahmen, Projekte, Verfahren und Strategien programmatisch mit der gesamtstädtischen Entwicklungspolitik zu verbinden und die gesamtstädtischen Wirkungszusammenhänge nicht aus dem Blick zu verlieren. Nur so kann ausgeschlossen werden, dass problematische Entwicklungen lediglich sozialräumlich verschoben werden oder dass quartierbezogenen Strategien durch übergeordnete Politiken entgegengewirkt wird. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Wohnungs- und Infrastrukturpolitik.

Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen, dem Land mit der bislang längsten Tradition integrierter Stadtteilentwicklung, machen deutlich, wie wichtig es ist, gleichzeitig Ziele und Leitvorstellungen weiterzuentwickeln und Teilschritte umzusetzen. Dies verweist auf die Notwendigkeit klarer Prioritätensetzungen für die Umsetzung von Maßnahmen und Projekten. So genannte Schlüssel- oder Leitprojekte zeichnen sich dadurch aus, dass sie Handlungsfeld übergreifend angelegt sind (also Mehrzielprojekte sind, das heißt, der integrative Gehalt ist bereits im Projekt verankert und eine Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichen Qualifikationen und Fähigkeiten ist an Entwicklung und Durchführung beteiligt). Zur Um- und Durchsetzung mehrzielorientierter Projekte und Maßnahmen bedarf es in besonderem Maße des Zusammenspiels und der Vernetzung zwischen den Akteuren aus den Bereichen Wirtschafts- und Stadtteilentwicklung, den lokalen Initiativen und der Kooperation zwischen Betrieben und Schulen im Stadtteil.

3.3 Zentrale Handlungsfelder integrierter Stadtteilentwicklung

In dem breiten Spektrum an Projekten und Maßnahmen der Sozialen Stadt spiegelt sich eine Vielfalt von Handlungsfeldern integrierter Stadtteilentwicklung. Diese sollen unter besonderer Berücksichtigung nicht investiver Maßnahmen in den Integrierten Handlungskonzepten zusammengeführt und vernetzt werden. Die Dokumentation von Projekten und Maßnahmen in der Difu-Datenbank¹² ist nach 16 Handlungsfeldern aufgeschlüsselt, die im Folgenden kurz umrissen werden.

Ein zentrales Ziel des Programms Soziale Stadt ist es, die Fähigkeit der Wohnerschaft zur Zusammenarbeit, zum Miteinander und zur sozialen Vernetzung zu stärken. In den Handlungsfeldern »Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen« sowie »Befähigung, Artikulation und politische Partizipation« sollen Selbsthilfe, Verantwortungsübernahme,



Soziale Stadt
Portalseite Internet

Kooperation und Kommunikation gefördert werden, indem die dazu nötige Infrastruktur mit Treffpunkten, Organisation von Begegnungen und Austausch sowie Beratungs- und Betreuungseinrichtungen entwickelt wird. Schwierigkeiten ergeben sich vor allem durch mangelhafte »Sprachkenntnisse beider Seiten«, also in der Kommunikation.

Den Handlungsfeldern »Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur« sowie »Schulen und Bildung im Stadtteil«, aber auch »Sport und Freizeit« kommt für die Organisation und Förderung des Zusammenlebens sowie für die Aktivierung vieler Bevölkerungsgruppen besondere Bedeutung zu, insbesondere dann, wenn Maßnahmen und Angebote ebenso wie die jeweiligen Akteure miteinander vernetzt sind. Vor allem, wenn sich die Schulen für den Stadtteil öffnen, übernehmen sie vielfach wichtige soziale Funktionen weit über ihre engeren Aufgaben der schulischen Bildung hinaus. Sie bieten individuelle und Elternförderung an, stellen Verbindungen zur lokalen Wirtschaft her, widmen sich der Sprachförderung und bieten als Offene Schule einen Ort als Bürgertreff und Stadtteilmittelpunkt.

Die drei Handlungsfelder »Beschäftigung«, »Qualifizierung und Ausbildung« sowie »Wertschöpfung im Gebiet« richten sich auf arbeitsmarkt-, beschäftigungs-, struktur- und sozialpolitische Ziele und umfassen damit Strategien zur Stärkung der lokalen Ökonomie. Die Steigerung der Wertschöpfung ist wesentliche Grundlage für die Entwicklung von längerfristig tragfähigen Strukturen in den Stadtteilen: einerseits durch die Herausbildung von Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen, die im Zuge der Integration in die Ökono-

mie des Stadtteils entsteht, andererseits durch die gestärkte Kaufkraft als wichtigem Unterstützungsfaktor für im Quartier ansässige Betriebe. Für rund 70 Prozent der Programmgebiete wurden Defizite der lokalen Ökonomie in der ersten Difu-Befragung genannt. Dass die Angaben für entsprechende (geplante) Maßnahmen deutlich geringer ausfallen, hat viel zu tun mit der noch kurzen Laufzeit; der Großteil der Gebiete stand zum Zeitpunkt der ersten Befragung noch ganz am Anfang der Programmumsetzung. Die Hälfte der bisher in den Modellgebieten für die Soziale Stadt durchgeführten Themenkonferenzen war denn auch dem Handlungsfeld »Lokale Ökonomie« gewidmet: in Flensburg-Neustadt, in Hamburg-Altona/Lurup und in Kassel-Nordstadt. **A**ls traditionelle Handlungsfelder der klassischen Städtebauförderung spielen »Lokaler Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft«, »Wohnumfeld und öffentlicher Raum«, »Umwelt« und »Verkehr« auch im Rahmen der Sozialen Stadt weiter eine dominante Rolle. Gründe dafür sind einerseits ein weiterhin großer Instandsetzungs- und Modernisierungsbedarf vor allem in den neuen Bundesländern; andererseits wirkt sich hier die stark investiv ausgerichtete Förderung aus, die den Einsatz der Mittel für baulich-städtebauliche Maßnahmen stärker stützt als andere, z.B. sozialintegrative Maßnahmen. Zudem lassen sich mit den klassischen Städtebauförderungsmaßnahmen schneller und unkomplizierter größere Mittelvolumen binden und zum Abfluss bringen. Dies begünstigt den Eindruck eines gut funktionierenden Programms. Wohnungswirtschaftliche Maßnahmen wie Mietverzicht, spezifische Belegungspolitik, Zusatzangebote gehörten auch schon zu Zeiten der behutsamen Stadterneuerung zum geläufigen Repertoire. Im Rahmen der Sozialen Stadt gewinnen darüber hinaus Ansätze wie »Wohnen Plus«, die Etablierung von Regiebetrieben der Wohnungsunternehmen und beschäftigungsorientierte Wohnumfeldmaßnahmen an Bedeutung. Auch die neuen Ansätze des Wohnraumförderungsgesetzes zur Schaffung oder Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen, wie z.B. der Kooperationsvertrag zwischen Stadt und Wohnungsunternehmen, die Freistellung von Belegungsbindungen, der Erwerb von Belegungsrechten oder die Übertragung von Belegungs- und Mietbindungen, sind hier von Bedeutung.

Beim Handlungsfeld »Gesundheit« besteht noch deutlicher Nachholbedarf. Es wird bisher im Rahmen der Sozialen Stadt noch zu wenig wahrgenommen und thematisiert, wenngleich es mittlerweile verstärkt ins Blickfeld vieler Akteure rückt. Tatsächlich erweisen sich Gesundheitsförderung im Sinne eines weiten Gesundheitsverständnisses, wie es die Weltgesundheitsorganisation (WHO) seit Ende der 80er-Jahre propagiert, das körperliches, seelisches, geistiges und soziales Wohlbefinden umfasst, als Schlüsselthemen in den Programmgebieten der Sozialen Stadt. Armut schränkt – das zeigen viele Untersuchungen – die Chancen zur Erhaltung der Gesundheit stark ein und fördert die Flucht in Risikoverhalten mit unregelmäßigen Tagesabläufen, ungesunder Ernährung und Drogenmissbrauch. Gesundheitsprobleme und Verhaltensauffälligkeiten von Kindern wie Konzentrationsmangel, motorische Störungen usw. werden vor allem in den Kindergärten und Schulen offensichtlich. Der

Ausbau von Beratungs- und Behandlungsangeboten zur gesundheitlichen Fürsorge und Förderung in den Gebieten der Sozialen Stadt ist ein grundlegendes Element zur Verbesserung und Stabilisierung der Lebensverhältnisse.

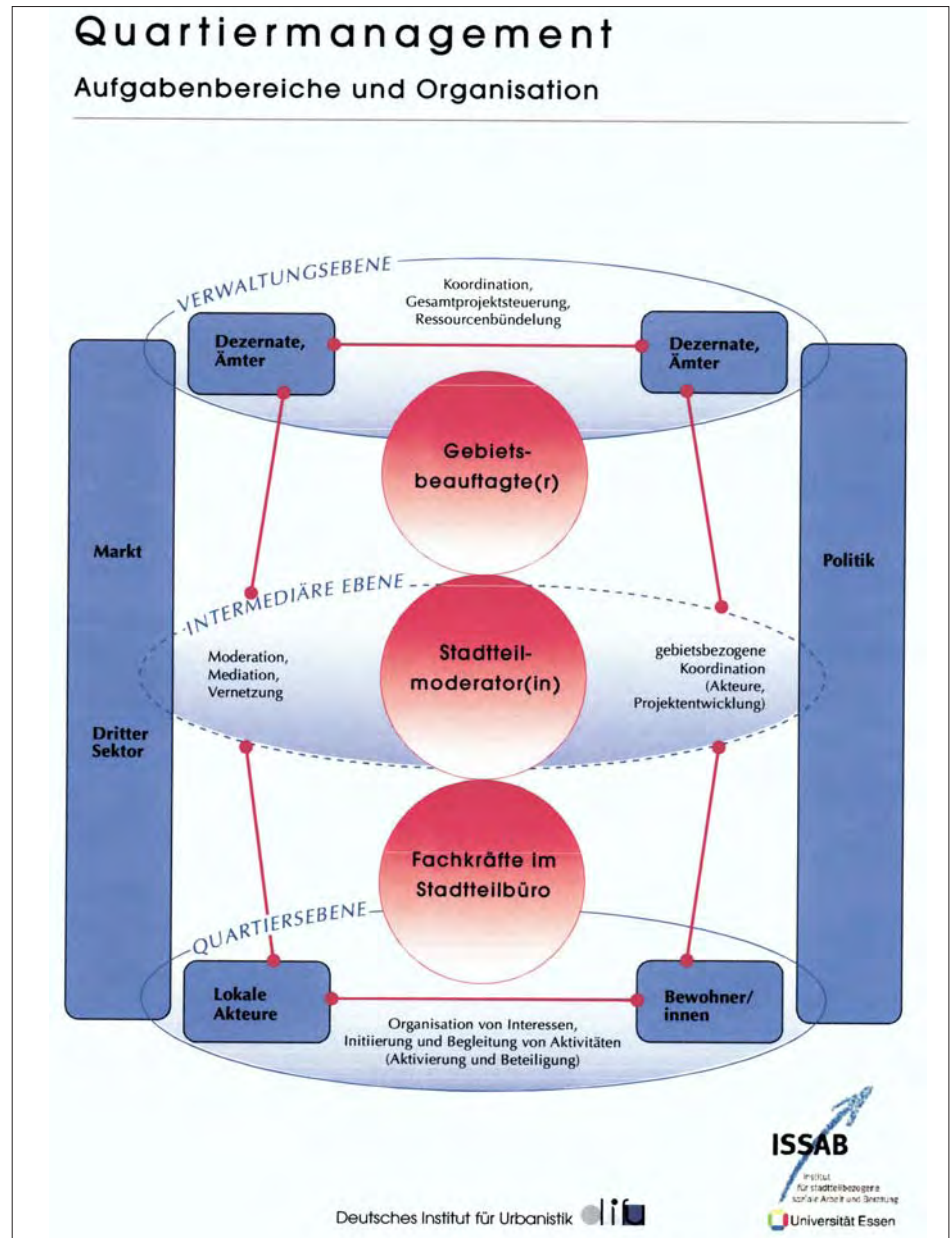
Das Fehlen von Zusammenarbeit zwischen »Kultur und Sozialem« wurde schon in den 80er-Jahren beklagt. Bisher spielte das Handlungsfeld »Stadtteilkultur« auch in den Programmgebieten der Sozialen Stadt eine eher untergeordnete Rolle. Kulturarbeit in den benachteiligten Quartieren kann dazu beitragen, die Kommunikation im Stadtteil zu fördern, die Menschen zu aktivieren, zu beteiligen und ihr kreatives Potenzial zu fördern, Stadtteil- und Orts-geschichte sichtbar zu machen, neue Erlebnis- und Wahrnehmungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Das Handlungsfeld »Image und Öffentlichkeitsarbeit« stellt sich als Querschnittsaufgabe der Sozialen Stadt dar, die alle anderen Handlungsfelder einbeziehen kann. Eine Korrektur des bereits bestehenden Negativimage in vielen Programmgebieten, das einer Identifikation mit dem Stadtteil als gesellschaftlichem Ort im Wege steht, sowie die Förderung der Herausbildung von Positivimages erfordern nicht nur handfeste Verbesserungen in den Quartieren, begleitet von offensiver Öffentlichkeitsarbeit. Die bisher schon praktizierten Maßnahmen zur Stärkung eines positiven Quartierimage sind sehr vielfältig. Allerdings scheint die nach innen gerichtete Öffentlichkeitsarbeit oftmals stärker ausgeprägt zu sein als die außen wirksame Medienarbeit.

Beim Handlungsfeld »Prozess- und Ergebnisevaluation, Monitoring« handelt es sich ebenfalls um eine Querschnittsaufgabe, die als grundlegender Bestandteil der Integrierten Handlungskonzepte angesehen wird. Insbesondere prozessbegleitende Evaluierung bietet die Chance, wenn erforderlich, Umorientierungen im Integrierten Handlungskonzept maßnahmenbegleitend vorzunehmen. Bei der Auswahl der Programmgebiete wurden Lücken im Wissen über die konkrete Situation deutlich, die sich auch auf die Statistik beziehen. Aussagen zum »besonderen Entwicklungsbedarf« von Stadtteilen könnten über verstärktes Monitoring mit neuen Erkenntnissen und Daten erhärtet werden.

4. Quartiermanagement – Schlüsselinstrument für die Programmumsetzung

Für die meisten Länder und Kommunen ist es unstrittig, dass eine effiziente Umsetzung des Programms Soziale Stadt auf flexible, kooperative politische und administrative Strukturen angewiesen ist. Nur auf dieser Basis können die im Quartier als erforderlich angesehenen Maßnahmen, Aktivitäten, Mobilisierungs- und Revitalisierungsprozesse umgesetzt werden. Die große Mehrheit der am Programm Soziale Stadt teilnehmenden Kommunen betrachtet in diesem Zusammenhang Quartiermanagement als das geeignete Instrument, welches angesichts der komplexen Aufgaben und Ziele integrierter Stadtteilentwicklung zum Einsatz kommen soll. Dabei zeigt sich allerdings, dass sich Quartiermanagement nicht auf die Vor-Ort-Arbeit beschränken lässt, sondern die umfassende Organisation von Stadtteilentwicklung auf allen beteiligten Steuerungs- und Handlungsebenen umfasst.



4.1 Aufgaben und Organisation von Quartiermanagement

Im Rahmen der Programmumsetzung Soziale Stadt wird deutlich, dass in Deutschland keine Einigkeit darüber herrscht, was das Instrument Quartiermanagement im Einzelnen bedeutet und wie es eingesetzt werden sollte. Dies spiegelt sich sowohl in unterschiedlichen Bezeichnungen – Stadtteil-, Gebiets-, Quartier(s)management, -moderation oder -koordination – als auch in ebenso vielfältigen Organisationsformen wider. Diese reichen je nach Land und Kommune von herkömmlichen »top-down«-Ansätzen mit oftmals nur eingeschränkten Beteiligungsmöglichkeiten für lokale Akteure bis zur starken Verlagerung der Verantwortlichkeit auf die mit Quartierma-

nagement betrauten, allerdings durch zu hohe Erwartungen vielfach überforderten Fachkräfte vor Ort.

Auf Basis der Erfahrungen vieler Städte mit der Umsetzung einzelner Landesprogramme wie auch des Programms Soziale Stadt können einige Eckpunkte für den Entwurf eines Anforderungsprofils für effektives Quartiermanagement entwickelt werden. Diese Erfahrungen werden unter anderem vom Institut für stadtteilbezogene soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) in Essen und dem Deutschen Institut für Urbanistik aufbereitet; eine Weiterentwicklung dieses Ansatzes erfolgt derzeit im Netzknoten Quartiermanagement im Rahmen des »Netzwerks: Kommunen der Zukunft«, für den das ISSAB und das Difu die Beratung übernommen haben (Franke/Grimm 2001): Danach kann Quartiermanagement generell als strategischer Ansatz zum systematischen Aufbau von selbsttragenden sowie nachhaltig wirksamen personellen und materiellen Strukturen zur Entwicklung eines Quartiers bezeichnet werden. Er umfasst folgende Elemente:

- gezielten Einsatz der kommunalen Ressourcen;
- Einbettung des gebietsbezogenen Quartiermanagement-Prozesses in eine gesamtstädtische Entwicklungspolitik;
- Handlungsfelder und verschiedene Ebenen übergreifende Arbeitsweisen;
- Aktivierung und Befähigung (Empowerment) der Quartiersbevölkerung unter intensiver Mitwirkung der lokalen Wirtschaft, ortsansässiger Institutionen (Schulen, Kindertageseinrichtungen, Kirchen, Polizei) sowie lokaler Vereine, Initiativen und Verbände.

Die zum Teil sehr differenzierten Erfahrungen derjenigen Städte, die bereits seit längerer Zeit an Landesprogrammen zur integrierten Stadtteilentwicklung teilnehmen, zeigen, dass Quartiermanagement als komplexer Prozess verstanden werden muss, der verschiedene Steuerungs- und Handlungsstrategien, Vorgehensweisen und Methoden umfasst, durch den das Zusammenwirken unterschiedlicher Funktionsbereiche realisiert wird und der sowohl auf der *Verwaltungs-* und der *Umsetzungsebene des Quartiers* als auch im *intermediären Bereich* angesiedelt ist (vgl. Grafik Quartiermanagement).

Nach diesen Erfahrungen (Franke/Grimm 2001) erweist sich für die Verwaltungsebene neben der Einrichtung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe die Nominierung einer/s *Gebietsbeauftragten* mit folgenden Aufgaben als sinnvoll:

- horizontale Vernetzung der involvierten Ämter (gebietsbezogene, ressortübergreifende Zusammenarbeit),
- Steuerung des Einsatzes kommunaler Ressourcen in Abstimmung mit den zuständigen Fachbereichen/Ämtern (Regiekompetenz),
- Entwicklung von Zielen/Standards/Indikatoren,
- Gesamtprojektsteuerung/Koordination der Umsetzung des integrierten Handlungskonzepts,
- Einzelprojektmanagement,
- Mittelakquisition, Finanzplanung und Finanzierungsberatung,
- Berichterstattung an politische Gremien,
- Monitoring.

Auf der Quartiersebene hat sich die Einrichtung von Vor-Ort-Büros mit qualifizierter personeller Besetzung sowie einer anforderungsgerechten Ausstattung als unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Programmumsetzung Soziale Stadt erwiesen. Zu den Aufgaben eines solchen Büros gehören:

- horizontale Vernetzung von und Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren,
- themenunspezifische und aufsuchende Arbeit/Aktivierung der Quartiersbevölkerung (unter anderem Kontaktpflege, Gewährleistung von Erreichbarkeit, Kennenlernen von wichtigen Akteuren, Kommunikationsstrukturen, Problemen und Potenzialen im Stadtteil, Anregung und Mobilisierung von Bewohnerinnen und Bewohnern, Beratung, Informationsarbeit, Bündelung von Interessen und Themen, Projektinitiierung).

Für die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure und deren Interessen im intermediären Bereich zwischen Politik, Verwaltung, Markt, Drittem Sektor und »Zivilgesellschaft« ist eine *Gebietsmoderatorin oder ein Gebietsmoderator* unverzichtbar, die/der – unter anderem im Rahmen von Beteiligungsforen – folgende Aufgaben wahrnimmt:

- Bündelung und Vermittlung von unterschiedlichen Formen des Bedarfs aus dem Quartier sowie Informationsvermittlung in das Quartier (vertikale Vernetzung zwischen »Verwaltungs«- und »Lebenswelt«),
- kreisförmige Vernetzung zwischen Verwaltung, Politik, Wirtschaft und »Zivilgesellschaft« (unter anderem zur Aktivierung der jeweiligen personellen und materiellen Ressourcen),
- Sicherstellung des Informationsflusses sowohl zwischen Verwaltungs- und Quartiersebene sowie intermediärem Bereich als auch zwischen den in die integrierte Stadtteilentwicklung involvierten Akteuren,
- Herstellung von Verfahrenstransparenz,
- Entwicklung und Stabilisierung von lokalspezifischen Kooperations- und Kommunikationsstrukturen,
- Moderation, Mediation, Dialogmanagement,
- Projektinitiierung,
- Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen.

Neben der jeweiligen Organisation der drei genannten Bereiche erscheint es ebenso wichtig, auch die Zusammenarbeit zwischen diesen Ebenen sowohl vertraglich als auch über formelle und informelle Kooperations- und Kommunikationsstrukturen zu regeln (»Schnittstellenmanagement«). Dies wird vor allem bei der Überschneidung von Aufgaben bedeutsam, wenn beispielsweise sowohl das Gebietsmanagement für den intermediären Bereich als auch die vor Ort tätigen Fachleute in die Organisation des Stadtteilbüros involviert sind oder wenn bei Organisation und Moderation von Veranstaltungen neben dem zuständigen Management im intermediären Bereich auch die Verwaltung beteiligt ist. Jenseits aller Strukturen spielt für die effektive Umsetzung eines integrierten Handlungskonzepts allerdings das Kooperationsklima zwischen den beteiligten Akteuren eine entscheidende Rolle. Auf und zwischen allen drei Ebenen kommt es entscheidend auf die hier handelnden Personen und ihre Kooperationsbereitschaft an, wie Erfahrungen aus fast allen Kommunen zeigen.

4.2 Praxiserfahrungen mit Quartiermanagement

Die Ergebnisse der Difu-Umfrage 1999/2000 zeigen, dass knapp die Hälfte der Kommunen bereits zum Zeitpunkt des Programmstarts Elemente von Quartiermanagement eingerichtet hatte. Gut 40 Prozent planten diesen Schritt mit Beginn der Programmumsetzung, während lediglich ein Zehntel zu diesem frühen Zeitpunkt weder ein Quartiermanagement geschaffen hatte noch dies in Erwägung zog.

Im jeweiligen Einzelfall hängt die detaillierte Organisation des Quartiermanagements von der Größe des Zielgebietes, den dort identifizierbaren spezifischen Problemen sowie der Kompetenz und Qualifikation der bereits vor Ort tätigen professionellen Akteure ab. So verdeutlicht die Auswertung der im Frühjahr 2001 erstellten PvO-Zwischenberichte denn auch, dass sich in den 16 Modellgebieten die Einrichtung von Quartiermanagement sowohl von Kommune zu Kommune teilweise erheblich unterscheidet als auch in der Organisation der drei Ebenen Verwaltung, intermediärer Bereich und Quartier unterschiedlich stark ausgeprägt ist:

Auf Dezernatsebene hatten im Jahr 2001 gut zwei Drittel der Modellgebiete einen übergeordneten Steuerungs- oder Lenkungsreis eingerichtet. Auf der darunter liegenden Ämterebene wurde zur gleichen Zeit nur noch bei der Hälfte der Modellgebiete eine ämter- oder ressortübergreifende Arbeitsgruppe installiert. In einigen Kommunen orientierte sich die dezernats- und ämterübergreifende Zusammenarbeit zudem noch sehr stark an der »traditionellen« Städtebauförderung, war damit nur wenig ganzheitlich ausgerichtet und berücksichtigte kaum nichtinvestive Handlungsfelder.

Knapp zwei Drittel der Modellgebiete hatten den intermediären Bereich in Quartiermanagement-Konzepte einbezogen – allerdings auch hier in unterschiedlicher Form und Intensität. Nur wenige Kommunen veranstalteten in ihren Modellgebieten Stadtteilkonferenzen oder Ähnliches zu grundsätzlichen Abstimmungsfragen. Häufigere Treffen im Rahmen von »Runden Tischen« oder »Stadtteilforen« mit konkreter Projektarbeit in (Themen-)Arbeitsgruppen bot knapp die Hälfte der Modellgebiete an. In einzelnen Gebieten wurden Abstimmungsfragen im intermediären Bereich dagegen ohne öffentliche Beteiligungsmöglichkeiten bearbeitet. Auf der Umsetzungsebene sind in zwölf der 16 Gebiete Vor-Ort-Büros eingerichtet worden oder standen im Sommer 2001 kurz vor der Eröffnung, wobei sich (geplante) Stellenausstattung, Erreichbarkeit und (vorgesehene) Arbeitsschwerpunkte teilweise erheblich voneinander unterscheiden.

Insgesamt zeichnet sich damit zumindest in den Modellgebieten als Trend ab, dass vor allem die übergeordnete Steuerungsebene in der Verwaltung sowie Vor-Ort-Büros im Quartier die ausgeprägtesten Organisationsformen im Rahmen von Quartiermanagement darstellen. Eine vergleichbar starke Organisation der ressortübergreifenden Verwaltungsarbeit auf Ämterebene sowie des intermediären Bereichs war im Jahr 2001 dagegen erst bei rund der Hälfte der Modellgebiete entstanden. Die Verbindung zwischen Quartier, intermediärem Bereich und Verwaltungsebene wurde in den meisten Fällen durch die

Teilnahme von Vor-Ort-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern an Sitzungen von Verwaltungsgremien hergestellt und damit nicht gesondert geregelt.

Der Erfolg von Quartiermanagement – dies ist eine wesentliche Erkenntnis aus der bisherigen Programmumsetzung – hängt nicht nur von der Organisation der drei Ebenen Verwaltung, Quartier und intermediärer Bereich, sondern in starkem Maße auch davon ab, dass politische Beschlüsse über integrierte Handlungskonzepte und eben jene neuen Kooperationsformen vorliegen. So erhält der gesamte Quartiersentwicklungsprozess die erforderliche »Rückendeckung« durch die Kommunalpolitik. Die Einbindung der Politik auf allen Entscheidungsebenen auch im laufenden Prozess ist eine weitere wichtige Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit von Quartiermanagement. Wenn (Lokal-)Politikerinnen und -Politiker die Einrichtung einer solchen Organisation als Machtverlust empfinden, können Konkurrenz und Blockadehaltungen an die Stelle von Partnerschaft und Unterstützung treten. Dieses »Konfliktpotenzial« kann im Vorfeld durch verbindliche Regelungen zur Beteiligung von Politik und zu Entscheidungskompetenzen von Beteiligungsgremien entschärft werden. Nur durch politische Integration entstehen echte Mitbestimmungsstrukturen im »Schatten der Hierarchie« von Rat und/oder Bezirksvertretung. Die Verantwortung für das Quartiermanagement selbst sollte an höchster Stelle innerhalb der Verwaltung angesiedelt werden, um auch von hier größtmögliche Unterstützung zu erhalten.

Von zentraler Bedeutung für ein effektives Quartiermanagement sind darüber hinaus die Überwindung von Ressortgrenzen und der Aufbau kooperativer Strukturen auf der Verwaltungsebene. Hier sollte die Vernetzungs- und Bündlungsfunktion der oder dem Gebietsbeauftragten übertragen werden, während für das Management von Einzelprojekten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen beteiligten Ressorts verantwortlich sein müssen, um die oder den Gebietsbeauftragte(n) nicht mit dem operativen Geschäft im Rahmen der Programmumsetzung Soziale Stadt zu überlasten.

Im intermediären Bereich erscheint es notwendig, das Verhältnis zwischen Gebietsmoderatorin oder -moderator und Verwaltung formal und inhaltlich zu klären, um beispielsweise im Konfliktfall zwischen beiden Bereichen keine Loyalitätsprobleme der jeweils im Rahmen von Quartiermanagement verantwortlichen Akteure hervorzurufen. Eine solche Regelung kann durch vertragliche Vereinbarung erzielt werden. Gleiches gilt für die Regelung des Verhältnisses von intermediärem Bereich und Quartiersebene – auch hier erscheint es sinnvoll, Aufgaben und Formen der Zusammenarbeit über Verträge und Qualitätsvereinbarungen festzuschreiben. Intermediäre und lokale Arbeitsgremien benötigen außerdem Entscheidungsbefugnisse und materielle Ressourcen, um Beschlüsse zeitnah umsetzen zu können. Eine zentrale Rolle spielen in diesem Zusammenhang Verfügungsfonds, für die ebenfalls Regeln zur Entscheidung über die Mittelvergabe aufgestellt werden müssen.

Für die konkrete Arbeit im Quartier hat sich die Einrichtung eines Vor-Ort-Büros (z.B. eines Stadtteilbüros) als unverzichtbare Voraussetzung erwiesen. Beteiligung und Aktivierung der Quartiersbevölkerung basieren auf der konti-

nuierlichen Präsenz von Fachleuten im Gebiet sowie auf der Erreichbarkeit offener Anlaufstellen mit niedrighschwelligem Angeboten. Wenn möglich, sollten Personen oder Gruppen, die bereits vor Ort eine aktive Rolle im Quartier übernommen haben, die Aufgabe des lokalen Quartiermanagements übernehmen. **Alle** mit Quartiermanagement betrauten Akteure auf der Verwaltungs- und der Quartiersebene sowie im intermediären Bereich benötigen spezifische Qualifikationen – an erster Stelle müssen sie über ausgesprochen gute kommunikative und organisatorische Fähigkeiten verfügen. Angesichts der vielfältigen und komplexen Anforderungen an Quartiermanagement bieten einige (Fach-)Hochschulen seit Ende der 1990er-Jahre Studiengänge zur Vermittlung einer entsprechend breiten Qualifikation an.

Diese Qualifikationen, persönliches Engagement und die Bereitschaft von Quartiermanagerinnen und -managern, sich mit ihren komplexen Aufgaben zu identifizieren, fallen dagegen kaum auf fruchtbaren Boden, wenn in den Kommunen nicht zumindest mittelfristig die zur Absicherung der Quartiermanagementtätigkeiten notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen garantiert sind.

4.3 Quartiermanagement als Prozess

Die bisherigen Erfahrungen mit der Programmumsetzung Soziale Stadt zeigen deutlich, dass erfolgreiches Quartiermanagement gleichzeitig auf politischen Beschlüssen, tragfähigen Strukturen inklusive klaren Aufgabendefinitionen und Qualitätsvereinbarungen sowie persönlichem Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen, in allen Handlungsfeldern und auf allen Aktionsebenen basiert. Damit – dies ist in allen Programmgebieten Soziale Stadt deutlich geworden – ist Quartiermanagement kein Instrument zur kurzfristigen Lösung sektoraler Teilaufgaben der Stadt(teil)entwicklung, sondern eine grundlegend neue, prozesshafte Herangehens- und Handlungsweise zur dauerhaften Entwicklung und Stabilisierung von Quartieren.

Aufgrund dieser Prozesshaftigkeit sowie der Tatsache, dass es sich bei Quartiermanagement im Rahmen der Programmumsetzung Soziale Stadt um ein neues Instrument handelt, sind bisher noch einige zentrale Aspekte zu dessen Ausgestaltung und Umsetzung vergleichsweise ungeklärt. Viele Fragen wirft beispielsweise noch das Gegenüber von »Verwaltungswelt« und »Lebenswelt« auf, das sich unter anderem im Problem der »zwei Geschwindigkeiten« äußert: dem durch die Antragstellung auf Fördermittel entstandenen zeitlichen Vorlauf der Verwaltung, ihrer zeitlichen Gebundenheit durch Vorgaben des Haushaltsrechts zur Jährlichkeit des Mitteleinsatzes und ihrem Zwang zur Einhaltung von Programmlaufzeiten und Bewilligungszeiträumen stehen die Prozesshaftigkeit, Eigendynamik, Komplexität und die damit meist deutlich anderen Geschwindigkeiten auf der Quartiersebene gegenüber.

Neue Kommunikationsprozesse entstehen nicht nur zwischen den verschiedenen Steuerungs- und Handlungsebenen, sondern auch zwischen den unterschiedlichen Akteuren, die im Rahmen von Quartiermanagement zusammenarbeiten (müssen). Besonders augenfällig wird dies bei der Kooperation

Impulskongress Quartiermanagement (Oktober 2000),
Plenum in Werk II,
Leipzig-Connewitz
Bildquelle:
Monika Vielitz, Berlin



von – im weitesten Sinne – Planungs- und Sozialberufen: In den Bereichen Stadtplanung, Bau- und Wohnungswesen sowie Stadterneuerung liegt bei weit mehr als der Hälfte aller Kommunen die Federführung für die Umsetzung des Programms Soziale Stadt und damit für die Einrichtung von Quartiermanagement. Gleichzeitig fordern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus sozialen Aufgabenbereichen (z.B. von Jugendämtern, Sozialämtern oder Trägern der Wohlfahrtspflege) oftmals eine stärkere Rolle in der Programmumsetzung, da Aktivierung, Beteiligung und Quartiermanagement originäre Aufgaben ihrer Disziplinen seien. Eine Lösung dieses Problems kann in der Teilung der Federführung bei der Programmumsetzung zwischen Amtsberreichen mit eher städtebaulichen und solchen mit sozialen Aufgaben liegen, was allerdings bisher in nur wenigen Kommunen realisiert wird. In den meisten Fällen erscheint die Zusammenarbeit zwischen sozialen und städtebaulichen Akteuren eher noch als unzureichend und daher verbesserungswürdig. Die in Hessen praktizierte »Tandemlösung«, das heißt die Besetzung von Vor-Ort-Büros mit je einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter aus den Bereichen Planung und Sozialarbeit, kann auf der Umsetzungsebene als ein Schritt in die »richtige« Richtung betrachtet werden.

5. Aktivierung und Beteiligung

Wesentliche Innovationen, die im Bereich Partizipation von dem Programm Soziale Stadt ausgehen sollen, sind die Schaffung ganzheitlicher quartiersbezogener Beteiligungsstrukturen, die quartiersbezogene Vernetzung lokaler Initiativen und Organisationen, die Erschließung der spezifischen Problemlösungskompetenzen auch bisher nicht organisierter Bürgerinnen und Bürger (Empowerment, Aktivierung) sowie die Einbeziehung der lokalen Wirtschaft

und anderer wichtiger, lokal wirksamer Akteure in die Stadtteilentwicklungsarbeit (Franke 2002).

5.1 Organisation der Interessen vor Ort

Bei der Umsetzung des Programms Soziale Stadt zeigt sich, dass ein von Kommune zu Kommune teilweise sehr unterschiedliches Verständnis von Aktivierung und Beteiligung vorherrscht. Oftmals ist unklar, mit welchen Techniken und mit welchen Zielen wer durch wen zu aktivieren oder zu beteiligen ist. Zudem wird vielfach darauf hingewiesen, man könne Aktivierung und Beteiligung nicht trennen, da Aktivierung immer beteiligend wirke und alle Beteiligungsformen zugleich aktivierenden Charakter hätten. Betrachtet man die Arbeit vor Ort, so lässt sich feststellen, dass viele Kommunen zwar herkömmliche, »top-down« initiierte Beteiligungsmöglichkeiten anbieten und sich davon Aktivierungseffekte erhoffen, dann aber feststellen müssen, dass die angebotenen Beteiligungsgremien nur in geringem Maße oder gar nicht von der »normalen« Quartiersbevölkerung genutzt werden. Deshalb ist es wichtig, den Aktivierungsaspekt gesondert zu betrachten.

»Stadtteilbezogene Arbeit in der Tradition von GWA [Gemeinwesenarbeit] bezeichnet einen projekt- und themenunspezifischen Prozess einer (in der Regel) mehrjährigen Aktivierung der Wohnbevölkerung, der ... vornehmlich über eine Vielzahl kleinerer Aktivierungsaktionen« darauf abzielt, die Interessen der Wohnbevölkerung zu organisieren und damit eine »Grundmobilisierung« herbeizuführen, die »Humus für größere Einzelprojekte darstellt« (Hinte 2001). Strategien der Stadtteilentwicklung ohne eine solche Mobilisierung wären ohne Fundament. Es geht »um Kommunikation, Ideenproduktion sowie Organisation von Menschen und Ressourcen«, um »an vorhandene Interessen, Aktivitäten und Bedürfnislagen anzuknüpfen und diese für das Zusammenleben im Gemeinwesen nutzbar zu machen« (Hinte 2001).

Vor diesem Hintergrund lassen sich unter Aktivierung alle Techniken verstehen, mit denen einzelne Personen oder Personengruppen im Quartier angesprochen und in Kommunikation (miteinander) gebracht werden können. Zu den Zielen von Aktivierung gehört es, Kontakt zu Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern aufzunehmen und zu pflegen, die in ihrer Lebenswelt erfahrbaren Probleme zu identifizieren und die Mitwirkungsbereitschaft bei der Stadtteilentwicklung nach dem Motto »Was wollt ihr?« zu wecken. Es handelt sich also in erster Linie um projektunspezifische, informelle und zu einem großen Teil an die Menschen direkt adressierte Vorgehensweisen: aktivierende Befragungen, Beratungsangebote, aufsuchende Arbeit, Streetwork, Vernetzung von und Vermittlung zwischen einzelnen Akteuren, Institutionen und Organisationen, Schlichtung von Interessenkonflikten (Mediation), Organisation von Versammlungen, (Stadtteil-)Festen, Veranstaltungen und Aktionen, Gebiets- und Gebäudebegehungen, Informationsangebote und -veranstaltungen. Auch quartiersbezogene Öffentlichkeitsarbeit über (mehrsprachige) Stadtteilzeitungen, Plakate, Flyer, Broschüren, Rundbriefe, Internetangebote sowie den Einsatz von Logos und Slogans ist Teil der Aktivierungsarbeit (Mohrlock u.a. 1993, S. 223 f.).

Beteiligung setzt meist auf einer eher formalen Ebene an und basiert auf mehr oder weniger geplanten Verfahren (konkretes Programm, bestimmter Ort, moderierter Ablauf) sowie konkreten Zielvorstellungen (z.B. Diskussion zu bestimmten Themen, Entwicklung von Projekten, Vertretung von Gruppeninteressen). Zu solchen Beteiligungsformen gehören Stadtteilkonferenzen, Stadtteil- oder Bürgerforen, Zukunftswerkstätten, Bürgergutachten, thematische Arbeitskreise oder -gruppen, Workshops und beteiligungsorientierte Projekte. Über die eingesetzten Aktivierungstechniken und Beteiligungsangebote hinaus erweist es sich für die Arbeit vor Ort als unerlässlich, den Kontakt zur Quartiersbevölkerung auch über bereits bestehende Initiativen und Organisationen wie Interessengemeinschaften – beispielsweise von lokalen Einzelhändlern –, Mieterforen/-initiativen/-runden/-beiräte, Bürgervereine, Elternbeiräte, Pfarrgemeinden oder Stadtteilbeiräte aufzunehmen und sie in die Vernetzungsarbeit einzubeziehen.

Die erwähnten Beteiligungsformen sind seit den 1970er- und 1980er-Jahren bekannt. Neu im Rahmen des Programms Soziale Stadt ist nun die Forderung sowohl einer gebietsbezogenen Vernetzung dieser Ansätze als auch der Ausrichtung von Organisations- und internen Managementstrukturen der Verwaltung auf diese Formen der Ressourcenaktivierung und -nutzung.

Mangelnde Entscheidungsbefugnisse auf der lokalen Ebene und damit das Fehlen von Möglichkeiten schnellen Handelns waren in der Vergangenheit ein wesentlicher Hinderungsgrund für erfolgreiche Aktivierung und Beteiligung. Es ist daher deutlich geworden, dass zur Aktivierung der Bevölkerung und zur Initiierung eines Selbstorganisationsprozesses die Einrichtung von Verfügungsfonds oder Stadtteilbudgets notwendig ist, aus denen kleinere Projekte und Maßnahmen schnell und unbürokratisch realisiert werden können. Dabei spielt weniger die Summe der verfügbaren Mittel eine Rolle als vielmehr die Möglichkeit, diese Gelder unkompliziert und auf Basis demokratisch legitimierter Entscheidungsstrukturen vor Ort direkt einzusetzen.

5.2 Erfahrungen mit Beteiligung und Aktivierung

Erfolgreiche Aktivierung und Beteiligung lassen sich vor allem in denjenigen Kommunen beobachten, die für die Programmumsetzung Soziale Stadt ein leistungsfähiges Quartiermanagement eingerichtet haben. Probleme ergeben sich dagegen vor allem dann, wenn die Arbeit mit der Quartiersbevölkerung in starkem Maße auf herkömmliche Beteiligungsverfahren im intermediären Bereich beschränkt bleibt und damit die Aktivierungsarbeit vor Ort zu geringe Bedeutung erhält. Als Folge davon werden Beteiligungsgremien in einigen Kommunen überwiegend von »Profis« besucht, während benachteiligte Bevölkerungsgruppen, um die es im Programm Soziale Stadt ja vorrangig gehen soll, kaum oder gar nicht erreicht werden.

In den 16 Modellgebieten stehen im Bereich Aktivierung vor allem (Stadtteil-)Feste, Veranstaltungen für bestimmte Zielgruppen sowie allgemeine Informationsarbeit im Vordergrund, während aktivierende Befragungen, auf-

suchende Arbeit, Beratungsangebote und andere kommunikationsintensive Techniken seltener eingesetzt werden. Hier gibt es noch Nachholbedarf, um das Programmziel »Aktivierung« tatsächlich zu erreichen, was auch einige PvO-Teams bestätigen: Im Jahr 2001 lag der Ansatz personenbezogener Aktivierungstechniken in fünf Modellgebieten noch weitgehend brach, und für ebenfalls fünf Modellgebiete wurde dringend angemahnt, die themenunspecifische aktivierende Arbeit zu erweitern.

Bei den Beteiligungsformen in den Modellgebieten dominierten Stadtteilkonferenzen oder Stadtteilforen, meistens in Verbindung mit selbständig arbeitenden Themen-Arbeitsgruppen. Gleichzeitig waren in fünf Gebieten noch keine Beteiligungsgremien eingerichtet worden, oder Beteiligung fand nur sehr punktuell statt.

Verschiedene Beteiligungs- und Aktivierungsmethoden können erfolgreich sein, wie die vielfältige Projektlandschaft der Programmgebiete zeigt. Entscheidend ist jedoch, dass die entsprechenden Maßnahmen auf das jeweilige Gebiet und deren meist heterogene Bewohnerschaft zugeschnitten sind. Eine einfache Übertragung von Erfahrungen aus anderen Gebieten funktioniert meist nicht. Bei der Aktivierung der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner kommt es darauf an, offen gegenüber Prozessen und Ideen zu sein und einen gut bestückten »Methodenkoffer« unter Berücksichtigung der örtlichen Ausgangssituation effektiv zu nutzen. Dabei sind Unterstützung von Ideen aus den Reihen der Bewohnerschaft und deren Mitwirkung bei der Maßnahmen- und Projektumsetzung zentrale Aspekte der Aktivierung. Die Ideen der Bewohnerschaft kollidieren jedoch oft mit konkreten Projekt-, Zeit- und Output-Vorstellungen der Verwaltung. Mangelnde Entscheidungsbefugnisse und das Fehlen eines Verfügungsfonds erschweren zudem die Arbeit. Eine wesentliche Erfahrung besteht darin, dass hinsichtlich der Realisierung von Bewohnerwünschen keine Illusionen erzeugt werden dürfen und dass Verfahren transparent gestaltet sein müssen. Dazu gehört unter anderem die Klärung der Fragen, welche Rechtsqualität oder Beschlusskraft die in Beteiligungsgremien getroffenen Entscheidungen haben, wer der Adressat von Empfehlungen oder Beschlüssen ist und wie das weitere Prozedere außerhalb der Beteiligungsgremien geregelt ist. Unabdingbare Voraussetzungen für Beteiligung und Aktivierung der Quartiersbevölkerung sind eine kontinuierliche Präsenz von Fachleuten vor Ort sowie das Angebot offener Anlaufstellen mit niedrigschwelligen Angeboten.

Schließlich sind nach bisherigen Erfahrungen aus der Programmumsetzung Soziale Stadt Aktivierung und Beteiligung – ebenso wie Quartiermanagement – auf den Rückhalt durch Politik und Verwaltung angewiesen, wenn sie als Instrumente und Methoden einer demokratischen Mitbestimmung tatsächlich ernst genommen werden sollen.

6. Soziale Stadt – Zwischenbilanz und Ausblick

Von Beginn an gab es zum Programm Soziale Stadt gleichermaßen zustimmende wie kritische Meinungen. Die positive Resonanz bezog sich vor allem

darauf, dass Bund und Länder auf die drängenden Probleme in den Städten mit einem neuen, auf Kooperation ausgerichteten Politik- und Förderansatz reagierten. Skepsis und Zurückhaltung wurden dem Programm entgegengebracht, weil es manchen so schien, als sollten die gesamtgesellschaftlichen Probleme – etwa Arbeitslosigkeit, Mängel des Gesundheits- und Bildungswesens – auf Stadtteilebene gelöst und ein Abbau sozialstaatlicher Leistungen damit kaschiert werden. Es wird moniert, dass die eigentlichen Ursachen der Probleme keineswegs Gegenstand der Bemühungen in den Stadtteilen seien. In der Logik der Vorwürfe steht ein weiterer: dass auch die staatlicherseits propagierte »neue Verantwortungsteilung« zwischen Staat und Gesellschaft allein den Menschen vor Ort die Bewältigung der gesamtgesellschaftlich verursachten Probleme aufbürde.

Bei allen Einwänden, die darüber hinaus auch das Fördervolumen und die Restriktionen durch die Anbindung an die Städtebauförderung betreffen, besteht inzwischen aber weitgehend Einigkeit darüber, dass mit dem Programm ein richtiger Kurs gesteuert wird, wichtige Impulse für die Stabilisierung der Lebensverhältnisse in den benachteiligten Stadtteilen gesetzt wurden und erste Schritte für den Aufbau einer längerfristig tragfähigen Infrastruktur unternommen worden sind. Einvernehmen besteht auch darüber, dass eine Gesellschaft, die Solidarität und sozialen Ausgleich als Anspruch formuliert, alles daran setzen muss, integrative und aktivierende Ansätze mitzutragen und vor Ort zu stützen: Solidarität in der Stadt setzt voraus, dass alle Bürgerinnen und Bürger in allen Stadtteilen an der Entwicklung ihrer Lebenswelt teilhaben und entscheidend mitwirken. Nur so kann sich bei allen Menschen das Gefühl von Zusammenhalt und Sicherheit einstellen, können sich zuversichtliche Einschätzungen herausbilden.

6.1 Chancen und Probleme der Programmumsetzung

Trotz wegen der noch kurzen Laufzeit des Programms lassen die Erfahrungen mit den ersten drei Jahren Programmumsetzung in weiten Teilen eine positive Bilanzierung zu. Vieles ist vor Ort, in kommunaler und staatlicher Verwaltung sowie in der Politik in Bewegung geraten:

- Als besonders positiv wird nicht nur in den Modellgebieten die »Aufbruchstimmung« vermerkt, die mit der neuen Aufmerksamkeit für Probleme und Leistungskraft der Gebiete verbunden ist, auch wenn sich konkrete Verbesserungen in den Quartieren aufgrund der kurzen Zeit allerdings noch in Grenzen halten. In vielen Stadtteilen konnte eine unheilvolle Entwicklung zumindest gestoppt werden.
- Besonderen Beifall bei Städten und Gemeinden findet der in vielen Ländern organisierte Erfahrungsaustausch (beispielsweise in Hessen mit der »Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt – HEGISS«) und in Nordrhein-Westfalen mit dem »Forum für ›Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf«) zwischen den am Programm teilhabenden Städten und Gemeinden. Der Transfer von Erfahrungswissen erweist sich für die Umstellung auf neues Handeln als wichtige Grundlage.

■ Trotz teilweise nach wie vor vorhandener Ressort- und Ämteregoismen auf Verwaltungsebene ist in vielen Kommunen und Ländern ressort- und ämterübergreifende Kooperation in Gang gekommen – für viele eine neue Erfahrung, die manche begeistert und anspricht und von der längerfristig ein Mentalitätswandel ausgehen kann.

Die größten Restriktionen für das Programm Soziale Stadt werden darin gesehen, dass die Orientierung an der Städtebauförderung den Spielraum für nicht investive Maßnahmen und Projekte einengt und die Bewältigung der Probleme vor Ort erschwert. Das zentrale Ziel des Programms, mit dem diese Grenzen überwunden oder relativiert werden sollen, um die Kooperation zwischen den Beteiligten zu stärken und dadurch die Ressourcen für die Stadtteilentwicklung zu bündeln, ist noch lange nicht erreicht. Nicht in allen Bundesländern fühlen sich die Kommunen in ihren Bemühungen darum ausreichend unterstützt. Dies betrifft in erster Linie Schwierigkeiten bei der Mittelbündelung – eine Aufgabe, die weiterhin vor allem auf den kommunalen und Vor-Ort-Akteuren lastet. Hier erweisen sich die zahlreichen Förder-töpfe mit einer Vielzahl von Ansprechpartnern und insgesamt nicht aufeinander abgestimmten Förderkonditionen (Laufzeit, Gebiets- oder Zielgruppenbezug, Modalitäten der Antragstellung) nach wie vor als nur schwer überwindbare Hürden. Die Länder sind bisher unterschiedlich erfolgreich, wenn es darum geht, die Harmonisierung ihrer Programme zu betreiben und ihren Gemeinden Arbeitshilfen an die Hand zu geben.

Auf der kommunalen Ebene sind Probleme und Restriktionen vor allem in zwei Bereichen zu konstatieren:

■ Die prekäre Finanzsituation der Städte schafft oftmals für die Antragstellung Barrieren. Zunehmend zeigen sich Probleme, den kommunalen Anteil der Soziale-Stadt-Mittel aufzubringen. Hier sind viele Kommunen, besonders stark in den neuen Ländern, darauf angewiesen, von ihrem Land stärker kofinanziert zu werden.

■ Trotz Aufbruch in Sachen Kooperation und Vernetzung erweist sich manche kommunale Verwaltung noch als nicht ausreichend flexibel. Teilweise werden Öffnungsansätze auch durch Vorgaben der Länder gebremst – vor allem aus Gründen noch wenig eingeübter Kooperation des Verwaltungshandelns, des Beharrens auf Machtpositionen und formalen Zuständigkeitsgrenzen.

Hinsichtlich mehrerer Komplexe besteht Umsteuerungsbedarf für die Programmumsetzung auf kommunaler Ebene:

■ Die Aktivierung vor allem benachteiligter Bevölkerungsgruppen muss noch deutlich verstärkt werden, denn in vielen Stadtteilen werden manche Personengruppen (z.B. Familien mit Migrationshintergrund, Langzeitarbeitslose, Jugendliche, alte Menschen) kaum oder gar nicht erreicht. Viele Aktivitäten bleiben mittelschichtorientierte Veranstaltungen.

■ Der interkulturelle Ansatz muss bei der Umsetzung des Programms noch stärker greifen. Dies verweist auf die große Bedeutung der Förderung von Spracherwerb und der Organisation kulturell übergreifender Aktivitäten.

■ Auch die Einbindung so wichtiger Akteure wie der Wohnungsunterneh-

men lässt teilweise noch zu wünschen übrig. In manchen Stadtteilen engagiert sich die Wohnungswirtschaft für die Soziale Stadt mit vielfältigen Maßnahmen (z.B. Angebote Wohnen Plus, Mieterbeteiligung, Beschäftigungsinitiativen), in vielen anderen verhält sie sich reserviert.

- Das Problem der »zwei Geschwindigkeiten« durch Handlungszwänge der »Verwaltungswelt« auf der einen Seite sowie der spontan artikulierten Bedürfnisse der »Lebenswelt« in den Stadtteilen auf der anderen Seite (bei Antragsverfahren, Bewilligungszeiträumen, Erarbeitung und Umsetzung von Integrierten Handlungskonzepten usw.) erfordert größeren Handlungsspielraum, wie er z.B. durch Zugriffsmöglichkeiten auf ungebundene gebietsbezogene Mittel eröffnet wird.

- Vielfach fehlt es an Rückhalt durch Politik und Verwaltungsspitze. Dies gilt beispielsweise für die Einrichtung des Quartiermanagements und für die Integrierten Handlungskonzepte.

6.2 Ausblick: Merkmale zur Weiterentwicklung des Programms

In der ersten Phase nach Etablierung des Bund-Länder-Programms gab es – angesichts der komplexen Aufgabe bei sich verschlechternden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – noch große Unsicherheit hinsichtlich der Verstetigung des Programms, gleichzeitig aber die Gewissheit, dass die Umsetzung des Programms mindestens zehn bis 15 Jahre in Anspruch nimmt, wenn das Ziel tragfähiger Strukturen in den Stadtteilen wirklich erreicht werden soll. Es ist daher sehr erfreulich, dass alle im Bundestag vertretenen Parteien die Bedeutung einer Verstetigung dieses innovativen Stadtentwicklungsprogramms betonen.

Für 90 Prozent der Programmgebiete wurde bereits ein Quartiermanagement eingerichtet, oder es ist in Planung. Die Erfahrungen mit diesem Schlüsselement der Programmumsetzung geben deutliche Hinweise für die Ausgestaltung eines erfolgreichen Quartiermanagements: Es muss sowohl auf politische Beschlüsse und tragfähige Organisationsstrukturen mit eindeutigen Aufgaben und Zuständigkeiten sowie auf Engagement gegründet sein und alle Handlungsfelder und Ebenen (Verwaltung, intermediärer Bereich, Stadtteil) einschließen. Die in einer Reihe von Stadtteilen eingerichteten Verfügungsfonds erweisen sich als überaus hilfreiche Stützen zur Förderung von Bewohnerengagement.

Nicht in allen Kommunen wird dem Integrierten Handlungskonzept als Orientierungsrahmen und strategischem Steuerungsinstrument bislang ausreichend Bedeutung beigemessen. Hier kommt den Ländern eine tragende Rolle zu, indem sie die Bewilligung und Vergabe der Fördermittel tatsächlich an die Entwicklung und Fortschreibung qualitativ hochwertiger Handlungskonzepte binden; gute Konzepte müssen auch »honoriert« und insoweit gefördert werden. Grundsätzliche Überlegungen gründen sich deshalb darauf, die Mittelbewilligung stärker an die Qualität der Handlungskonzepte zu binden. Für den Erfolg des Programms Soziale Stadt erscheint es unerlässlich, längerfristig die Messlatte bei der Beurteilung des integrativen Gehalts, der

Problemlösungskapazität und der Leistungsfähigkeit der Konzepte als Steuerungs- und Koordinierungsinstrument höher zu legen. Das heißt, man muss sich auf Qualitätsstandards für Integrierte Handlungskonzepte verständigen. **Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass dem Aufbau verlässlicher personeller und organisatorischer Infrastruktur und damit ihrer Institutionalisierung als Gerüst für die langfristig tragfähige Struktur in den Stadtteilen umsetzungsbegleitend von Anfang an stärkeres Gewicht beigemessen werden muss. Die Vielfalt von Projekten und Maßnahmen trägt nur dann zur positiven Stimmung im Stadtteil bei, wenn die Umsetzung der Projekte auf lange Sicht gewährleistet ist.**

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage begleitender Prozessevaluierung und Berichterstattung mit Nachdruck. Erfahrungen in den Modellgebieten machen deutlich, dass die aktivierende und dokumentierende Begleitforschung durch die PvO-Teams von den Kommunen als wichtige Unterstützung erlebt wird und deshalb auch der Wunsch nach Fortsetzung besteht.

Zwar gaben in der ersten Difu-Umfrage zwei Drittel der Gemeinden an, dass sie Erfolgskontrolle/Evaluation und Monitoring vorsehen oder bereits etabliert hätten; bei detaillierter Nachfrage zeigte sich aber, dass unter Evaluation und besonders unter Monitoring sehr Verschiedenes verstanden wird und erst in wenigen Fällen inhaltlich und methodisch ausgereifte Konzepte vorliegen. Im Schwerpunkt handelt es sich bei den bisherigen Ansätzen um die Fortschreibung der (üblichen) Statistik und Einzelbefragungen in den Programmgebieten, in der Regel als Vorbereitende Untersuchungen nach dem Städtebauförderungsgesetz. Hier zeichnet sich noch Nachholbedarf ab, denn die Evaluation ist gemäß Leitfaden der ARGEBAU »unabdingbarer Bestandteil integrierter Handlungskonzepte« (ARGEBAU 2000, S. 19). Auf Landesebene wurden auch bereits Evaluierungen in Auftrag gegeben (Bayern, Berlin, Hessen), für Nordrhein-Westfalen und Hamburg liegen bereits Evaluationsstudien vor.

Bereits Mitte der 80er-Jahre wurde mit Nachdruck aufgrund der bundesweiten Erfahrungen mit der Sanierung nach Städtebauförderung gefordert, »vorausschauend und vorbeugend das Absinken von Stadtquartieren zu Problemgebieten« zu verhindern und nicht zuzulassen, dass »soziale und räumliche Disparitäten wechselseitig verschärft werden« (Autzen u.a. 1986, S. 216). Kontinuierliche kleinräumige Beobachtung ist Basis von Prävention. Noch dominieren Nachholbedarf und Reaktion. Auch vor diesem Hintergrund sind alle vorsorgeorientierten Handlungsfelder von Sozialer Stadt (vor allem schulische und berufliche Ausbildung, Qualifizierung sowie Gesundheitsfürsorge) in besonderem Maße zu stützen, darüber hinaus aber auch der Aufbau von gesamtstädtischen Monitoringsystemen als »Seismographen« für sich abzeichnende problematische Entwicklungen in den Stadtteilen.

Anmerkungen

1 In dieser Difu-Umfrage sind 199 von 210 Gebieten der Programmjahre 1999 und 2000 erfasst; dies entspricht einer Rücklaufquote von 95 Prozent. 2 Vgl. Karte des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR), S. 20. 3 Einzelheiten zu den Bündelungsleistungen von Bund und Ländern finden sich auch in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU vom 14.11.2001 (vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 14/7459). 4 Ein vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zusammengestellter Katalog über die Initiativen auf Bundesebene für das Programm Soziale Stadt findet sich im Internet unter <http://www.sozialestadt.de/programm/foerderprogramme/uebersicht-bmvbw.shtml> 5 Nähere Informationen finden sich unter www.eundc.de 6 Eine Programmübersicht findet sich unter www.sozialestadt.de/programm/partnerprogramme 7 Hierzu weitere Informationen auf der Internetseite von www.gesundheitberlin.de zu Armut und Gesundheit. 8 Soweit die verschiedenen Ebenen involviert sind. 9 Die Richtlinie findet sich unter www.sozialestadt.de/gebiete/dokumente/hegiss.shtml 10 Eine Zusammenstellung der von den Bundesländern herausgegebenen Sammlungen über die in das Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« integrierbaren Förderprogramme finden sich im Internet unter www.sozialestadt.de/programm/foerderprogramme/buendelung-laender.pdf 11 Hans Fürst, Beitrag auf einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Starterkonferenz, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Dokumentation der Starterkonferenz, 1./2. März 2000 (= Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt; Bd. 4), Berlin 2000, S. 229. 12 Im Internet unter www.sozialestadt.de/praxisbeispiele/projekte

Literatur

ARGEBAU, Ausschuss für Bauwesen und Städtebau und Ausschuss für Wohnungswesen, Leitfa-
den zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative »Soziale Stadt«, Zweite Fassung, Stand
1.3.2000, abgedruckt in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Programmgrundlagen, Berlin
2000 (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 3). ■ Autzen, Rainer, Heidede Becker,
Rudolf Schäfer und Elfriede Schmidt, Erfahrungen mit der Sanierung nach dem Städtebauförde-
rungsgesetz – Perspektiven der Stadterneuerung, Bonn-Bad Godesberg 1986 (Schriftenreihe des
Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Nr. 02.036). ■ Becker, Heidede,
Christa Böhme und Ulrike Meyer, Integriertes Handlungskonzept. Steuerungs- und Koordinie-
rungsinstrument für die soziale Stadtentwicklung, in: Soziale Stadt info 6, Oktober 2001, S. 2–
6. ■ Becker, Heidede, Thomas Franke, Rolf-Peter Löhr, Robert Sander und Wolf-Christian
Strauss, Städtebauförderung und Ressourcenbündelung, Berlin 1998 (Difu-Materialien 3/98).
■ Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode (Hrsg.), Antwort der Bundesregierung auf die Große
Anfrage der Abgeordneten Peter Götz, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Dirk Fischer (Hamburg), weiterer
Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/6085 – Das Programm »Die sozia-
le Stadt« in der Bewährungsphase und seine Zukunftsperspektive für die Städte und Gemeinden,
Drucksache 14/7459 vom 14.11.2001. ■ Franke, Thomas, Aktivierung und Beteiligung im Rah-
men des Programms »Soziale Stadt«, in: Soziale Stadt info 7, Februar 2002, S. 2–6. ■ Franke,
Thomas, und Gaby Grimm, Quartiermanagement: Systematisierung und Begriffsbestimmung,
Themen- und Diskussionspapier vom September 2001. [http://www.sozialestadt.de/programm/
grundlagen](http://www.sozialestadt.de/programm/grundlagen) (Stand: 2/2002). ■ Franke, Thomas, Rolf-Peter Löhr und Robert Sander, Soziale Stadt
– Stadterneuerungspolitik als Stadtpolitikerneuerung, in: Archiv für Kommunalwissenschaften
(AfK), 39. Jg., H. 2 (2000), S. 243–268. ■ Freie und Hansestadt Hamburg, Stadtentwicklungs-
behörde (Hrsg.), Evaluation der Maßnahmen zur Armutsbekämpfung als Bestandteil sozialer
Stadtentwicklung, Hamburg 1997. ■ Grimm, Gaby, Gabriele Micklinghoff und Klaus Wermker,
Raumorientierung der Verwaltung. Vom Modell zur Regelstruktur: Erweiterung der Verwal-
tungsreform-Debatte um den räumlichen Aspekt, in: Soziale Stadt info 6, Oktober 2001, S. 13–17.
■ Häußermann, Hartmut, Die Krise der »sozialen Stadt«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. B
10-1 (2000). ■ Hinte, Wolfgang, Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und
Strukturen für ein effektives Quartiermanagement. [http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theo-
rie/Hinte/Quartiermanagement.htm](http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Hinte/Quartiermanagement.htm) (Stand: 9/2001). ■ ILS Institut für Landes- und Stadtentwick-
lungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Analyse der Umsetzung des integrier-
ten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund 2000.
■ Krautzberger, Michael, und Birgit Richter, Neue Herausforderungen im Städtebau, in: Bauen
und Siedeln, H. 3/4 (2001), S. 14–17. ■ Lüttringhaus, Maria, Förderung von Partizipation durch
integrierte Kommunalpolitik. [http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Luettringhaus/Buer-
gerbeteiligung.htm](http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Luettringhaus/Buergerbeteiligung.htm) (Stand: 9/2001). ■ Mohrlock, Marion, Michaela Neubauer, Rainer Neubauer
und Walter Schönfelder, Let's Organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organization im
Vergleich, München 1993 (Reihe Gemeinwesenarbeit, AG SPAK Bücher M 113). ■ Sachs, Michael,
Wohnungsunternehmen gestalten soziale Stadt, in: Bundes-SGK Sozialdemokratische Gemein-
schaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Hrsg.), Zukunft Stadt. Mit den Menschen für die
Menschen, Berlin 2001, S. 133–141. ■ Spiegel, Erika, Integrativ, kooperativ, aktivierend und um-
setzungsorientiert – Konzepte und Verfahren für die soziale Stadt, in: Deutsches Institut für
Urbanistik (Hrsg.), Integratives Handeln für die Stadtentwicklung. Dokumentation (Arbeits-
papiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 6, in Vorbereitung).



Berichte aus den Modellgebieten



2



Vorbemerkung

Heidede Becker

Zum Jahresbeginn 2000 wählten die Bundesländer jeweils einen der Stadtteile, die sie 1999 ins Programm Soziale Stadt aufgenommen hatten, als Modellgebiet für die Soziale Stadt aus. Damit trafen sie auch die Entscheidung darüber, dass in diesen Gebieten die so genannte Programmbegleitung-vor-Ort (PvO) als aktivierende Begleitforschung eingerichtet wurde (Sommer 2000). Der Auswahl lagen offensichtlich unterschiedliche Vorstellungen darüber zugrunde, was das »Modellhafte« in diesen Stadtteilen jeweils ausmacht:

- Zum einen wählten die Länder Gebiete aus, die als modellhaft hinsichtlich Konzept und Verfahrensstand beurteilt wurden. In diesen Stadtteilen waren bereits Integrierte Handlungskonzepte erarbeitet worden – z.B. auf Basis von Vorläuferprogrammen wie dem Landesprogramm »Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf« in Nordrhein-Westfalen oder im Rahmen von Sanierungsverfahren.

- Zum anderen wurden Gebiete ausgewählt, die modellhaft hinsichtlich ihrer Probleme und des sich daraus ergebenden Handlungsbedarfs waren und sich darüber hinaus noch ganz am Anfang der Programmumsetzung befanden.

Ausgangssituation und Verfahrensstand in diesen 16 Modellgebieten stellen sich höchst unterschiedlich dar. Bei der Hälfte der Gebiete handelt es sich um Großsiedlungen der 70er- und 80er-Jahre, ein Viertel sind altindustrialisierte Gebiete mit gründerzeitlicher Bebauung und das restliche Viertel gemischte Gebiete (Alt- und Neubau). Noch ganz am Anfang der Stadtteilentwicklung befanden sich die Modellgebiete in Cottbus, Halle, Ludwigshafen, Neunkirchen, Nürnberg, Schwerin und Singen. In Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und vor allem Nordrhein-Westfalen konnte dagegen auf eine schon längere Tradition integrierter Entwicklungsansätze aufgebaut werden.

Im Modellgebiet Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord wurde die integrierte Stadtteilentwicklung bereits 1994 auf Basis des nordrhein-westfälischen Landesprogramms begonnen. Das Stadtteilprogramm Bismarck/Schalke-Nord gehört mit diesem Vorlauf zu den besonders ambitionierten Ansätzen integrierter Stadtteilentwicklung in Nordrhein-Westfalen – auch im bundesweiten Vergleich. Dies wird unter anderem am breiten Spektrum der Handlungsfelder, an der großen Projektvielfalt, dem erheblichen Engagement der Beteiligten und der dichten Vernetzung von lokalen Akteuren und Projekten deutlich. Für dieses Modellgebiet wird gegenwärtig bereits diskutiert, wie die Umsetzungserfolge und Aktivitäten angesichts des für 2004 geplanten Auslaufens des Programms langfristig abgesichert werden können.

Für zwölf der 16 Modellgebiete wurden externe Teams mit der Programmbegleitung-vor-Ort beauftragt; für vier Modellgebiete übernahm das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) diesen Part. Die zentralen Aufgaben der Programmbegleitung-vor-Ort bestanden in

- der begleitenden und dokumentierenden Untersuchung von Umsetzungsschritten zum Programm Soziale Stadt;

- der Übernahme von aktivierenden und (durch Beratung, Information und Projektvorschläge) unterstützenden Funktionen, für die in beschränktem Umfang auch finanzielle Mittel zur Verfügung standen (»Technische Hilfen«);
- der Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung dezentraler Veranstaltungen wie lokale Starter- und Themenkonferenzen sowie eines regionalen Erfahrungsaustauschs.

Die Teams der Programmbegleitung vor-Ort wurden vom Difu in Abstimmung mit den Kommunen eingesetzt. In den Händen des Instituts lag und liegt auch die Gesamtkoordination, die vor allem notwendig ist, um eine Vergleichbarkeit der gebietsbezogenen Dokumentationen und Aktivitäten zu gewährleisten. Der Abstimmung und dem Erfahrungsaustausch dienten unter anderem fünf Treffen aller PvO-Teams, die im Juni 2002 durch ein sechstes Treffen ergänzt werden; bei diesem letzten PvO-Treffen wird eine abschließende Bilanzierung der Erfahrungen in den Modellgebieten im Mittelpunkt stehen.

Die kommunale Ebene der Programmumsetzung steht bei den folgenden Berichten über die Modellgebiete im Vordergrund; Namen und Adressen der Ansprechpartner für das jeweilige Modellgebiet sowohl auf Verwaltungs- als auch auf Gebietsebene finden sich im Anhang (Kapitel 5). Nur länderspezifische Besonderheiten, wie beispielsweise eigene Vorläuferprogramme oder besondere Vorgaben (Ausweisung als Sanierungsgebiet als Fördervoraussetzung), werden zu Beginn kurz erläutert. Die tabellarischen Übersichten zu den demographischen und sozialräumlichen Merkmalen der Modellgebiete basieren in der Regel auf Angaben der jeweiligen Statistischen Ämter, teilweise auch auf Ergebnissen von (Vorbereitenden) Untersuchungen.

Die unterschiedlichen Ausgangssituationen in den Modellgebieten, der mehr oder weniger weit gediehene Stand der Programmumsetzung und unterschiedliche Schwerpunkte bei den Handlungsfeldern der Sozialen Stadt spiegeln sich – bei allen Bemühungen um Vergleichbarkeit – in den Berichten; die Darstellungen variieren, was die Vielfalt der bereits begonnenen oder durchgeführten Projekte und Maßnahmen betrifft, im Verständnis dessen, was Schlüsselprojekte sind und leisten können, aber auch hinsichtlich der Organisationsform für die Umsetzung des Programms und der längerfristig angestrebten Ziele.

Berlin-Kreuzberg – Kottbusser Tor

Ingeborg Beer
Reinfried Musch

Mit dem Fall der Mauer und der Vereinigung der beiden Stadthälften hat sich in Berlin ein tief greifender Wandel vollzogen. Die Gleichzeitigkeit von politischen Transformationsprozessen (neue Eigentumsordnung, Wegfall von Subventionen, Standortfreiheit u.a.) und gesellschaftlichen Strukturveränderungen (Deindustrialisierung, Internationalisierung u.a.) erschütterte das städtische Gefüge gründlich. Dies führte zu gegensätzlichen Entwicklungssträngen von Aufbruch und Niedergang, die sich in der sozialräumlichen Struktur der Stadt widerspiegeln. Neue »Wohlstands- und Konsuminseln« stehen zahlreichen »Problemquartieren« gegenüber – Berlin präsentiert sich als vereinte Stadt mit starken sozialen Brüchen.

Seit Mitte der 90er-Jahre hat sich die Stadtentwicklungspolitik dieser Situation gestellt und auf unterschiedlichen Ebenen Gegenstrategien eingeleitet, um eine weitere Entmischung der Bevölkerung in den innerstädtischen Wohnquartieren und die Verstärkung von Segregationsprozessen in der Gesamtstadt einzudämmen. Neben der Aussetzung der Fehlbelegungsabgabe und der Belegungsbindung in festgelegten Gebietskulissen im Sozialen Wohnungsbau wurden bereits Anfang 1999 im Rahmen des Landesprogramms »Sozialorientierte Stadtteilentwicklung« 15 Gebiete als Pilotvorhaben ausgewählt, um dort mit dem sozialräumlichen Ansatz »Quartiersmanagement« weitere Abwärtsentwicklungen zu stoppen.

1. Gebietscharakter

Eines dieser Gebiete ist das Modellgebiet Kottbusser Tor in Kreuzberg. Es umfasst die unmittelbar um das Kottbusser Tor gelegenen Blöcke bzw. Teilblöcke. Als Großwohnsiedlungstypus in diesem innerstädtischen Altbauquartier zählt es zu den umstrittensten Schauplätzen der Berliner Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik. Autobahnplanung, Kahlschlagsanierung und hoch verdichtetes Bauen markieren die Etappen einer seit 1963 andauernden schwierigen Sanierungs- und Entwicklungsgeschichte.

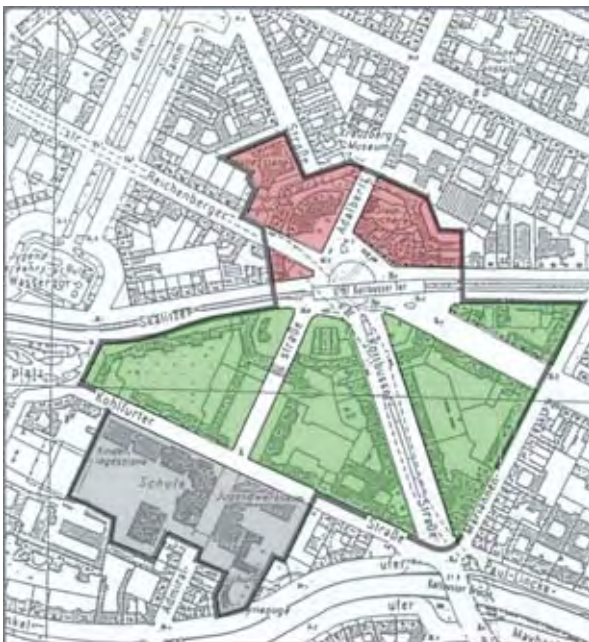
Der nördliche Teil des Modellgebiets wird dominiert vom »Zentrum Kreuzberg«, einem Wohn- und Gewerbekomplex, der in den 70er-Jahren als Abschreibungsobjekt einer privaten Bauherrengesellschaft für westdeutsche Kapitalanleger baulich und städtebaulich den Weg in die Moderne weisen und das Image von Kreuzberg aufwerten sollte.

Auch der südliche Bereich ist größtenteils Ergebnis der Flächensanierung der 70er-Jahre. Hier führte die »Straßenschlachtung«¹ zu einem rigorosen Umbau: Gegen die alte Mietskasernenstadt entstand »ein kleines »Märkisches Viertel« im Herzen von Kreuzberg«² mit überwiegend öffentlich geförderten Wohnungen.

Zwischen beiden Bereichen liegt die von der Skalitzer Straße flankierte Hochbahntrasse mit dem Bahnhof Kottbusser Tor. Der Platz ist ein bedeutender Verkehrsknotenpunkt, Umsteigebahnhof und belebter Ort: Auf den Platz zu-

¹ Dieter Hoffmann-Axthelm, Straßenschlachtung, Berlin 1984, S. 24

² Heinrich Kaak, Kreuzberg, Berlin 1988, S. 26



Bildquelle: Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung des Landes
Berlin

Bildquelle: Ingeborg Beer, Berlin

Wohn- und Gebäudekomplex
 »Zentrum Kreuzberg« am
 Kottbusser Tor
 Bildquelle: Ingeborg Beer, Berlin



laufende Straßen sorgen für hohes Verkehrsaufkommen, aufgrund zwei sich kreuzender U-Bahn-Linien und mehrerer Bushaltestellen wird er Tag und Nacht von zahlreichen Menschen frequentiert. Er ist ein bedeutender Standort für Banken, Handel und Dienstleistungen (Arztpraxen, Apotheken etc.). Heute leben im Modellgebiet etwa 4 350 Menschen, der überwiegende Teil von ihnen verfügt über einen nicht deutschen Pass (55,2 Prozent). Der Anteil der Kinder und Jugendlichen liegt weit über dem von Kreuzberg und Berlin. Zwei Kindertagesstätten, eine Grundschule, ein »Behindertenzentrum« mit Werkstätten und Schwimmbad sowie ein Seniorenwohnhhaus mit Freizeitstätte bilden das infrastrukturelle Grundgerüst. Im Zentrum Kreuzberg ist eine Moschee untergebracht. Die Stadtbücherei und das Museum Kreuzberg sind auch überörtlich bedeutsame Orte für Kultur und Begegnung.

2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Mit dem Fall der Mauer rückte Kreuzberg zwar mehr in die Mitte der Stadt, doch weder haben sich die Hoffnungen auf eine Stabilisierung der »Kreuzberger Mischung« noch die Befürchtungen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner durch eine Invasion von Yuppies und gehobenem Mittelstand verdrängt werden würden, erfüllt. Vor diesem Hintergrund ist das Modellgebiet heute durch folgende *zentrale Problemfelder* geprägt.

Konzentration von Migrantinnen und Migranten und Konflikte im Zusammenleben: Aus dem Modellgebiet wanderte der deutsche und türkische »Mittelstand« ab, die Armen, Älteren und »Verwurzelten« blieben. Neue Migrantengruppen zogen zu. Während in den 60er- und 70er-Jahren vor allem türkische Arbeitsmigranten mit ihren Familien herzogen, werden heute die Bestände des Sozialen Wohnungsbaus mit Zuwanderinnen und Zuwanderern belegt, die hohe Ausgrenzungsrisiken und geringe Chancen für eine Ar-

D E M O G R A P H I S C H E U N D S O Z I A L R Ä U M L I C H E M E R K M A L E

	Kottbusser Tor	Kreuzberg	Berlin
Größe	ca. 15 ha	1 038 ha	89 169 ha
Einwohnerzahl (2000)	4 354	145 645	3 382 169
Bevölkerungsverlust (1995–2000)	nicht verfügbar	5,1 %	2,6 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (2000)	2,8 Pers.	1,9 Pers.	1,9 Pers.
Anzahl der Wohnungen (2000)	1 576	75 334	1 862 766
Leerstand (2002)	nicht verfügbar	nicht verfügbar	ca. 5 %
Anteil der Wohngeldempfänger (2000)	nicht verfügbar	15,9 %	10,6 %
Arbeitslosenquote (2000)	23,1 %	26,2 %	16,3 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (2000)	42,2 %	17,8 %	7,9 %
Anteil ausländische Bevölkerung (2000)	55,2 %	33,0 %	13,1 %
Anteil der bis 18-Jährigen (2000)	33,2 %	19,8 %	17,0 %
Anteil der 65-Jährigen und älter (2000)	6,8 %	8,1 %	14,2 %

beitsmarktintegration mitbringen: Neben Familienangehörigen und Ehepartnern aus der Türkei zählen dazu Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo, arabische, kurdische und libanesische Flüchtlinge und Asylbewerber sowie Spätaussiedler. Der Anteil von Bewohnerinnen und Bewohnern nicht deutscher Herkunft wird von Experten auf 80 Prozent geschätzt, die Statistik weist einen Ausländeranteil von 55,2 Prozent aus. Die hier verbliebenen deutschen Bewohnerinnen und Bewohner fühlen sich in der Minderheit und oft als Opfer der veränderten Verhältnisse.

Einkommensarmut und Ausgrenzungen vom Arbeitsmarkt: Die Konzentration von Migrantinnen und Migranten geht mit Armut und sozialen Problemen einher – doch auch die Deutschen sind massiv betroffen. Viele Gebietsbewohnerinnen und -bewohner sind arbeitslos, und ein enorm hoher Anteil von ihnen – über 40 Prozent – lebt von Sozialhilfe. Niedriges Bildungs- und Ausbildungsniveau sowie Sprachprobleme erschweren die Konkurrenz selbst um unsichere und schlecht bezahlte Arbeitsplätze und verbauen den Zugang zu Ausbildungsplätzen. Die stigmatisierende »Adresse« Kottbusser Tor lässt Erfolgsaussichten bei Bewerbungen rapide schwinden. Besonders schwierig ist die Ausbildungs- und Beschäftigungssituation der ausländischen Jugendlichen. Dies bildet den Nährboden für Resignation und Überschätzung, Stilisierung und Aggression bis hin zu einer fundamentalistischen oder nationalistischen Orientierung.

Überforderte Betreuungs- und Bildungseinrichtungen: Die im Gebiet befindlichen Kindertagesstätten und insbesondere die Jens-Nydahl-Grundschule können in ihrer derzeitigen Struktur kaum einen Beitrag zur Minderung von Benachteiligungen leisten und Chancengleichheit nicht fördern. Ein hohes Maß an Resignation bei vielen Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern trägt zur Verfestigung bei. Die überwiegend ausländischen Schülerinnen



Zerstörte Eingangstüren – das stört auch die Kinder.
Bildquelle: Ingeborg Beer, Berlin



Im Modellgebiet lebt ein überproportional hoher Anteil Kinder nicht deutscher Herkunft.
Bildquelle: Ingeborg Beer, Berlin

und Schüler können in großen Klassenverbänden und angesichts mangelnder außerschulischer Integrationsunterstützung (Familie, Nachbarschaft etc.) die Sprachdefizite nicht aufholen. Da bei bildungsorientierten deutschen Eltern und aufstiegswilligen Migrantinnen und Migranten das Vertrauen in die Schule schwindet und sich ihre Wegzugsbereitschaft erhöht, verstärken sich die Probleme. Viele türkische und arabische Eltern verwehren aus materiellen und kulturellen Gründen ihren Kindern den Besuch des Kindergartens oder des schulischen Freizeitbereichs und schränken damit die Integrationschancen weiter ein.

Vernachlässigung des Wohnumfelds und des öffentlichen Raums: Benachteiligende und stigmatisierende Wirkungen gehen – trotz der Großzügigkeit der Wohnhöfe – stark vom Wohnumfeld und vom öffentlichen Raum aus. Hohe Verkehrsbelastung und fehlende Aufenthaltsqualitäten stellen nicht nur für die Kinder ein Problem dar, und der vernachlässigte Zustand der Wohnhöfe mindert deren Ausgleichsfunktion für beengte Wohnverhältnisse. Resignierte Verwaltungen fördern den »Vernachlässigungskreislauf«: Warum ein Müllkonzept entwickeln, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner sich ohnehin nicht daran halten? Warum zerstörte Türen reparieren, wenn sie bald wieder eingeschlagen sind?

Massive Beeinträchtigungen durch Drogenszene: Das Kottbusser Tor zählt seit über zehn Jahren zu den etablierten Treffpunkten der Drogenszene. Daraus ergibt sich eines der größten Problem- und Konfliktfelder. Bewohnerinnen und Bewohner sowie Gewerbetreibende am »Zentrum Kreuzberg« sehen sich weitgehend überfordert, die damit einhergehenden Belastungen hinzunehmen und damit umzugehen (Spritzenbestecke, Verunreinigungen, Belästigungen, Aggressionen etc.). Zahlreiche Akteure am Platz haben die Hoffnung weitgehend aufgegeben, dass hier gebietsbezogene Lösungen greifen könnten. Initiativen des Mieterbeirats, der Ärztinnen und Ärzte sowie der Apotheken (»Druckräume jetzt!«) an die Adresse der Politik und Verwaltung erbrachten bisher nicht die gewünschte Unterstützung. Zwar gibt es eine Reihe von kooperativen Strukturen der Betreuung und Beratung vor Ort,

doch fehlt eine langfristig tragfähige Gesamtstrategie, die jenseits der Alternativen von »law and order« und/oder »Duldung des Status quo« grundsätzliche Veränderungen einleiten könnte.

Das Modellgebiet Kottbusser Tor verfügt gleichzeitig über räumlich-funktionale *Entwicklungspotenziale*, welche die bestehenden Probleme mindern oder kompensieren, möglicherweise sogar neue Qualitäten fördern können. Es ist innerstädtisch und verkehrsgünstig gelegen und bietet beste Voraussetzungen für Handel, Gewerbe und Dienstleistungen. Allein im Gebiet befinden sich etwa 1 000 Arbeitsplätze. Die künftige Vermietung von leer stehenden Gewerbeeinheiten im »Zentrum Kreuzberg« und in anderen Gebäuden am Platz kann zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts und der Herausbildung einer differenzierteren Angebotsstruktur – wie von den Eigentümerinnen und Eigentümern beabsichtigt – beitragen.

Die Haltung der Bewohnerinnen und Bewohner zum Gebiet reicht von Identifikation und Engagement über Resignation bis hin zur Abstimmung mit Möbelwagen und Geldbeutel und hängt nicht zuletzt davon ab, ob sie gezwungenermaßen oder freiwillig ihren Wohn- und Lebensort wählen können. Zahlreiche Akteure und Bewohnerinnen und Bewohner lassen sich – trotz großer Armut, sozialer Probleme und langwieriger Veränderungsperspektiven – dennoch nicht unterkriegen, bringen Ideen ein, sind kreativ, wollen allein ihren Weg machen oder unterstützen sich gegenseitig.

Im Unterschied zu monostrukturellen Großsiedlungen am Stadtrand bietet auch der Verflechtungsbereich zwischen Landwehrkanal und Oranienstraße günstige Bedingungen für Integrationsstrategien. Leben, Arbeiten und Kultur sind hier vielfältig miteinander verknüpft. Einige Schritte vom »Zentrum Kreuzberg« entfernt befinden sich in den Straßen zahlreiche Gewerbebetriebe, Restaurants, türkische Läden, Szene-Treffs, Bäckereien, Buchläden und Künstlerateliers. Die Oranienstraße gilt nach wie vor als eine der interessantesten Straßen Kreuzbergs und Berlins und lockt zahlreiche Touristinnen und Touristen an.

An den südlichen Rändern am Ufer des Landwehrkanals sind in den 80er-Jahren am Fraenkelufer attraktive Wohnungen für Einkommensstärkere und alternative Lebensformen sowie eine attraktive Kneipenszene entstanden. Auch sie können zur Stärkung der Integrationsbemühungen – insbesondere im Hinblick auf kulturelle und bildungsorientierte Strategien – beitragen.

3. Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte

All diese auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten Probleme und Potenziale verweisen auf das Spannungsfeld von gesellschaftlicher Verursachung und notwendigen Eingriffen auf lokaler Ebene, von gesamtstädtischem Handeln und Gebietsbezug – eine Ambivalenz, die auch den Entwicklungsprozess hinsichtlich der Ziele und des Erfolgs von Maßnahmen und Projekten bestimmt.

Das übergeordnete Leitziel, mit dem 1999 der Entwicklungsprozess im Modellgebiet begann, hieß »Stabilisierung«. Der Monate zuvor öffentlich disku-



Arbeitssitzung der
Interessensgemeinschaft
der Gewerbetreibenden
Bildquelle: Reinfried Musch,
Berlin

tierte Abriss des »Zentrum Kreuzberg« war zu diesem Zeitpunkt vom Tisch, ein neuer Geschäftsführer der Eigentümergesellschaft im Amt, der Mieterbeirat wieder (re)aktiviert. Nun kam es darauf an, dass das Quartiersmanagement sichtbare Zeichen durch Projekte und Maßnahmen setzt, um weitere Abwanderung von Gewerbetreibenden und Bewohnern zu stoppen und der wahrnehmbaren und sichtbaren Resignation und Vernachlässigung von allen Seiten ein alternatives Motto entgegenzusetzen: »Hier geht's wieder aufwärts!« Das *Integrierte Handlungskonzept* vom August 1999 formulierte im Einzelnen folgende Ziele und Handlungsfelder:

1. Koordination und Vernetzung
2. Stärkung der lokalen Ökonomie
3. Verbesserung von Beschäftigung und Qualifizierung
4. Erhöhung der Ausbildungschancen
5. Aktivierung und Beteiligung der Bewohner
6. Öffentlichkeitsarbeit und Imageaufwertung
7. Verbesserung der Wohn- und Wohnumfeldqualität, Rückgewinnung des öffentlichen Raums
8. Bedürfnisgerechte Weiterentwicklung der Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung der Kinder und Jugendlichen

Seither sind drei Jahre vergangen. Kontrovers geführte grundsätzliche Diskussionen zum Instrument Quartiersmanagement sind in Berlin den Fragen nach dessen praktischem Erfolg vor Ort gewichen. Für das Modellgebiet lassen sich im Hinblick auf die bisher verfolgten *Handlungsschwerpunkte* unter anderem folgende Ergebnisse festhalten.

Lokale Ökonomie: Hier steht die selbstständige Erwerbstätigkeit im Mittelpunkt. Sie wird von vielen Migrantinnen und Migranten als Alternative zur Arbeitslosigkeit in Angriff genommen, jedoch aufgrund mangelnder Kenntnisse und Erfahrungen nicht immer erfolgreich. Zur Aktivierung und Unterstützung wurde eine Interessensgemeinschaft der Gewerbetreibenden (IG Kottbusser Tor) gegründet, finden Existenzgründerberatungen und Beratungen von Gewerbetreibenden sowie kontinuierlich Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Banken und Finanzdienstleistern statt.

Ausbildung, Beschäftigung und Qualifizierung: Auch in diesem Bereich wurden konkrete Fortschritte erzielt:

- Vermittlung von etwa 130 Jugendlichen in Betriebe (Lehre, Ausbildung) durch Beratung und Unterstützung des Quartiersmanagements seit 1999,
- Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten und begrenzten Qualifizierungen im Rahmen von Veranstaltungen (Organisation, Sicherheitsdienst, Jury etc.) und teilweise Weiterführung in geförderten Ausbildungsgängen für besonders benachteiligte Jugendliche,
- Einbeziehung von arbeitslosen oder transferabhängigen Bewohnerinnen und Bewohnern in bauliche Maßnahmen der Wohnumfeldgestaltung und im öffentlichen Raum,
- Schaffung von Praktikanten- und Qualifizierungsstellen im Stadtteilbüro KonTor.

Wohnen und Wohnumfeld, öffentlicher Raum: Der erste »Paukenschlag« in diesem Handlungsschwerpunkt wurde mit dem Umbau einer Treppe am »Zentrum Kreuzberg« getan. Was für Außenstehende unspektakulär erschien, war für das nähere Umfeld ein wichtiger Schritt, zumal die »Übergabe« durch den Senator für Stadtentwicklung und den Bezirksbürgermeister von Kreuzberg die politische Ernsthaftigkeit des neuen Kurses unterstrich. Ähnliche Impulse gingen auch von dem neu angelegten Spielplatz am »Zentrum Kreuzberg« aus, der seit Entstehung des Gebäudes immer wieder gefordert, aber erst im Jahr 2000 realisiert wurde: »Ein langer Traum ist Wirklichkeit geworden«, so ein Mietervertreter am Tag der Eröffnung. Mit den baulichen Verbesserungen der Hauseingänge und -aufgänge sowie der Umgestaltung eines Wohnhofs werden mehrere Ziele gleichzeitig erreicht: Die Einbeziehung von arbeitslosen oder transferabhängigen Bewohnerinnen und Bewohnern mindert Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut, mit der Beseitigung der Defizite erhöhen sich Nutzungs- und Aufenthaltsqualität, durch Bewohnerbeteiligung wachsen Akzeptanz und Rücksichtnahme gegenüber den Maßnahmen, schließlich lassen sich kostspielige Instandhaltungen für die Wohnungsunternehmen in Teilbereichen minimieren, eine öffentlichkeitswirksame Darstellung wirkt dem negativen Image entgegen.

Soziale Infrastruktur: Unter Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohnern wurden bisher vor allem Treffpunkte und Aktionen im »Zentrum Kreuzberg« und den Wohnhöfen eingerichtet und umgesetzt (Tischtennisraum, Café Aktuell, Nachbarschaftstreff der Anwohnerinitiative Bizim Ev und »Bambulahütte«). Künftig wird die Schule stärker ins Blickfeld rücken. Im Rahmen der Programmbegleitung-vor-Ort-wurden an der Jens-Nydahl-Grundschule eine Projektwoche und die Kinderkonferenz »Kids im Kiez« durchgeführt, die die Interessen und Wünsche der Kinder in den Mittelpunkt stellte, die Eltern einbezog und die Vernetzung mit der Schule stärkte. Als zentrales Projekt wird seither die Umgestaltung des Schulhofs in Angriff genommen und durch Fördermittel unterstützt.

4. Schlüsselprojekte

Nicht alle Projekte haben den gleichen Stellenwert. Das Quartiersmanagement definiert folgende Maßnahmen als »Schlüsselprojekte«, da sie an zentralen Problemfeldern ansetzen und einen hohen Vernetzungs- und Wirkungsgrad erzielen sollen.

In diesem Jahr wird mit der *Umgestaltung des Platzes Kottbusser Tor* begonnen. Bei diesem Projekt, das über die Anforderungen der unmittelbaren Wohnbevölkerung weit hinausreicht, heißt integriertes Handeln auch Einbeziehung von gesamtstädtischer und politischer Verantwortung: Mit Vergabe-ABM durchgeführt, vonseiten der Verwaltung konzipiert, vor Ort abgestimmt und öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt, wird es im Weiteren darauf ankommen, potente Partnerinnen und Partner wie die Berliner Verkehrsbetriebe und für die Drogenpolitik Verantwortliche zu gewinnen und in den Prozess einzubinden.



Kinder bringen Farbe an die Bambulahütte in Block 87.
Bildquelle: Kotti e.V., Berlin

Eine der ersten Gründerinnen
in den neuen Räumlichkeiten
Bildquelle: Ingeborg Beer, Berlin



Im »Zentrum Kreuzberg« wird jungen Firmen in der »Gründergalerie« zu günstigen finanziellen Bedingungen ein Schreibtischstandort und organisatorische Begleitung geboten. Die Nutzerinnen und Nutzer teilen sich einen Besprechungsraum, Teeküche, Faxgerät und Kopierer. Die ersten »Gründer« haben hier Platz genommen. Es wurde ein Verein aus verschiedenen Beschäftigungsträgern und Beratungseinrichtungen gegründet, sodass auch darüber Arbeitsplätze geschaffen und qualifizierte Beschäftigung für ABM-Mitarbeiter ermöglicht werden konnten.

Das Mehrzielprojekt *Schularbeitenzirkel (SCHATZ)* geht auf Initiative von Bewohnerinnen und Bewohnern zurück. Es richtet sich an Kinder ab der 7. Klasse, die mittels Betreuung durch zwei Lehrerinnen (Werkverträge) bei den Hausaufgaben unterstützt werden. Die Räume werden vonseiten des Eigentümers im »Zentrum Kreuzberg« zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt. Renovierung sowie Sachmittel und Honorare werden über Programmmittel der »Sozialen Stadt« und aus dem Quartiersfonds finanziert. Mit diesem Projekt wurden auch Impulse für andere Träger ausgelöst und weitere Hausaufgabenangebote für Kinder im Modellgebiet angeregt.

Das Projekt »Berlin am Kottbusser Tor: Bürger/innen richten ihr Stadtteilmuseum ein« wurde vom »Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs e.V.« initiiert. Es wird über den Quartiersfonds finanziert und zielt vor allem auf aktive und bildungsorientierte Bewohnerinnen und Bewohner. Auf einer Etage des Kreuzberg Museums wird eine Ausstellung (Bilder, Filme, Modelle, Erinnerungen und biografische Porträts) zu sehen sein, in der Bewohnerinnen und Bewohner die Geschichte des Quartiers präsentieren und zu Diskussionen einladen. Auch dieses Projekt ist beschäftigungswirksam angelegt.

Die Conciergeloge in der Admiralstraße 37 wurde um die »Kulturloge« ergänzt und findet großen Anklang bei den Bewohnerinnen und Bewohnern.

Bildquelle: Ingeborg Beer, Berlin



Im Zuge der baulichen Umgestaltung des Eingangsbereichs eines Wohngebäudes wurde mit ABM-Kräften eine *Conciergeloge*, im »Zentrum Kreuzberg« ein *Sicherheitsdienst* eingerichtet. An beiden Standorten war das Bedürfnis der Bewohnerinnen und Bewohner nach mehr Sicherheit im unmittelbaren Wohnbereich groß. Die Conciergeloge hat darüber hinaus auch die Funktion, dass Bewohnerinnen und Bewohner sich informieren, Nachrichten hinterlassen, Austausch mit anderen organisieren können. Inzwischen wurde dieses Projekt um die »Kulturloge« erweitert: monatlich stattfindende kleine Veranstaltungen im Foyer des Hauses – finanziert über den Aktionsfonds und organisiert von KOM (Kommunikation im Kiez), einem Kooperationsprojekt zwischen der Wohnungsgesellschaft GSW und dem Träger Lowtec.

Der *QuartiersRap Kotti* ist eine von Quartiersmanagement und Jugendlichen gemeinsam organisierte Veranstaltung, die 1999 zum ersten Mal stattfand. Einmal jährlich treffen sich etwa 20 Rap-Gruppen der Hip-Hop-Szene aus Deutschland und wetteifern auf einer Bühne um die besten Texte und gelungenste Präsentation. Eine Jury – bestehend aus »Szene« und Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern – wählt drei Gewinnerinnen und Gewinner aus. Die Preise werden von den Wohnungsunternehmen und Hauseigentümergruppen gestellt, die Veranstaltung deutschlandweit von einem Sponsor beworben. Viele Akteure aus dem Gebiet (Vereine, Bewohner, Unternehmen) beteiligen sich an der Durchführung dieses Events, Jugendliche übernehmen selbstständig Aufgaben und Verantwortung bis hin zur Mittelverwendung. Sie erhalten Beschäftigungsmöglichkeiten, einige von ihnen konnten in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden (Sicherheitsdienst). Bei der letzten Veranstaltung im September 2001 wurden etwa 600 Gäste gezählt. Besondere Wirkung: erhöhte Akzeptanz und quartiersübergreifender Imagegewinn.



Logo »Soziale Stadt«

für Berlin

Bildquelle: Senatsverwaltung

für Stadtentwicklung

des Landes Berlin

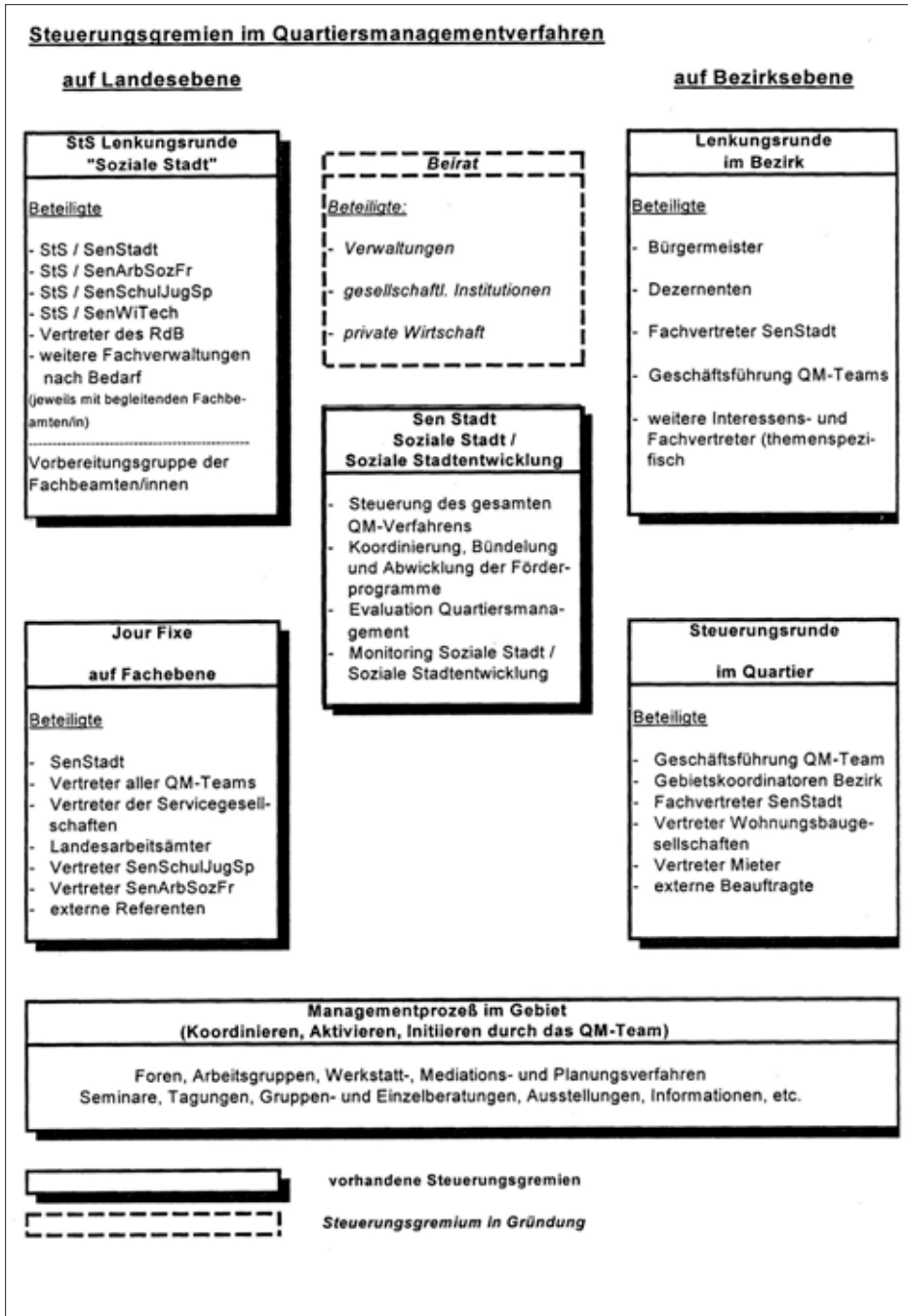
5. Management und Organisation

Von besonderer Bedeutung für Berlin und das Modellgebiet ist die Unterstützung der Programmphilosophie »Soziale Stadt« auf höchster politischer Ebene durch den Regierenden Bürgermeister und den Senator für Stadtentwicklung. Strategische Steuerung und politisches Controlling der sozialorientierten Stadtentwicklung liegen bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Es wurde ein *Referat »Soziale Stadt«* eingerichtet. In den Aufgabenbereich der Senatsverwaltung fallen: Koordinierung der Fachressorts auf Senatsebene, Controlling (Evaluierung), Vernetzung und Erfahrungsaustausch aller Quartiersmanagement-Gebiete, Weiterbildung und Bereitstellung von Informationsmaterialien, die Durchführung von Fachkonferenzen und Öffentlichkeitsarbeit etc.

Auf Ebene der Senatsverwaltung und der Bezirksverwaltung ist jeweils eine *Lenkungsrunde* eingesetzt, um die Verknüpfung der vorhandenen Instrumente wie der finanziellen Ressourcen herzustellen. In der Lenkungsrunde des Bezirks sind alle Fachressorts der Bezirksverwaltung, die Vertreterin der Senatsverwaltung sowie das Quartiersmanagement und nach Bedarf weitere Institutionen und Gruppen vertreten. Steuerung und Zusammenarbeit sind durch Bezirksreform (Zusammenlegung der Bezirke Kreuzberg und Friedrichshain) und damit einhergehende wechselnde Zuständigkeiten und politischen Verantwortlichkeiten in ihrer praktischen Arbeit seit geraumer Zeit jedoch stark blockiert. Zudem fehlen dem Bezirk finanzielle Mittel, und manch ein Mitarbeiter sieht in der Rückführung der Aufgaben in das Gebiet die Gefahr schwindender Einflussmöglichkeiten und Zuständigkeiten und verknüpft den Abbau von Arbeitsplätzen in der Verwaltung mit dem Aufbau des Quartiersmanagements.

Im Februar 1999 hat das *Quartiersmanagement-Team* im Modellgebiet seine Arbeit aufgenommen. Die Stiftung SPI – Geschäftsbereich Stadtentwicklung – wurde durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Abstimmung mit dem Bezirk Kreuzberg als Träger des Quartiersmanagements beauftragt. Das Stadtteilbüro KonTor befindet sich im »Zentrum Kreuzberg«. Kooperation und Vernetzung der Akteure, Interessen und Handlungsbezüge auf lokaler Ebene sowie Bewohneraktivierung und Projektinitiierung sind zentrale Aufgaben des Quartiersmanagements. Darüber hinaus findet eine intensive Zusammenarbeit mit den Verwaltungen auf Bezirks- und Senatsebene statt. Die Koordinatoren der Senats- und Bezirksverwaltung nehmen an den Team-sitzungen des Quartiersmanagements teil. Das Team wird aus fünf Personen mit jeweils einer halben Stelle gebildet, ihnen sind klare »Ressorts« bzw. Handlungsfelder zugeordnet (Beschäftigung und Qualifizierung, Ausbildungsplätze und Öffentlichkeitsarbeit, Lokales Gewerbe, Gebietskoordination, Aktions- und Quartiersfonds), sodass arbeitsteiliges Zusammenwirken notwendig ist. Der Erfolgs- und Effizienzdruck ist hoch.

Eine Schlüsselfunktion nimmt die so genannte »*Gestalttrunde*« für die Koordination und Vernetzung der unterschiedlichen Akteure (Stadtteilbüro, Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer, Parteien, Polizei, Planerinnen und



Steuerungsgremien
 Grafik: Senatsverwaltung
 für Stadtentwicklung
 des Landes Berlin

Planer, Verwaltungen, Schulen, Gewerbetreibende, Beschäftigungsträger, Initiativen, Vereine, Bewohnerinnen und Bewohner) bei der Umsetzung des Integrierten Handlungskonzepts ein. Hier werden umsetzungsorientiert Maßnahmen vorgestellt, diskutiert und Schritte des Vorgehens aufeinander abgestimmt. Mit diesem »Gremium« wird zum einen an traditionelle Kreuzberger Beteiligungs- und Abstimmungsstrukturen angeknüpft, zum anderen werden neue Wege eingeschlagen.

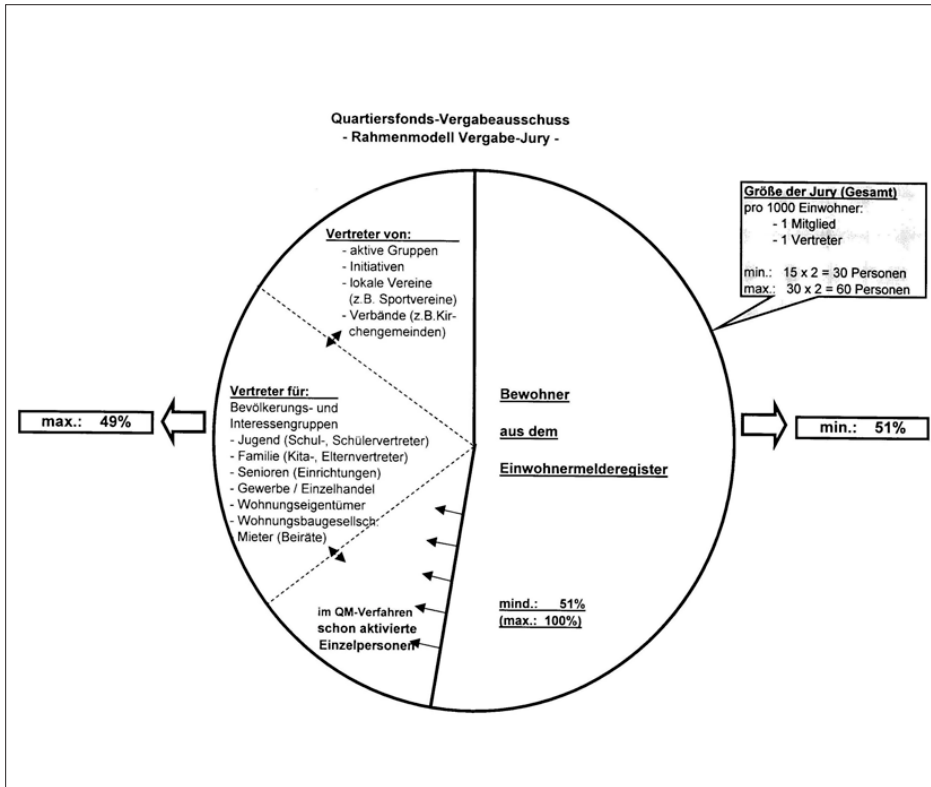
6. Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Seit dem »Einstieg« des Quartiersmanagements zur Erarbeitung und Umsetzung des Integrierten Handlungskonzepts – er fand über Multiplikatoren, Einzelgespräche und kulturelle Veranstaltungen statt – wurde eine »Kooperations- und Beteiligungsspirale« in Gang gesetzt, die sich derzeit auf zwei Ebenen konzentriert.

Einerseits gibt es die Ebene der Multiplikatoren, Fachleute und Akteure mit eigenen Interessen. Dazu zählen Wohnungsunternehmen und Einrichtungen, Vereine und Initiativen. Im Vordergrund dieser Kooperations- und Beteiligungsstruktur stehen Einzelprojekte und bauliche Themen in Verbindung mit Beschäftigung sowie die Organisation der Bewohnerinnen und -Bewohnerbeteiligung durch Kotti e.V.

Zum anderen wurden Strukturen der Bewohnermitwirkung und -entscheidung entwickelt, die ihren Ausgangspunkt bei innovativen politischen Strategien der Stadtentwicklungspolitik und -verwaltung haben: die Instrumente des Aktionsfonds und des Quartiersfonds. Hier steht neben der Beteiligung vor allem die *Aktivierung* im Vordergrund: Bewohnerinnen und Bewohner, Vereine und Initiativen können langfristig zu »Akteuren« der Entscheidung und Gestaltung im Quartier werden, es können sich selbst tragende und noch ausbaufähige Strukturen entwickeln.

Aktionsfonds – große Wirkung mit geringen Mitteln: Seit Oktober 2000 ist der Aktionsfonds mit einem jährlichen Budget von 30 000 DM eingerichtet. Zehn gewählte Vertreterinnen und Vertreter aus dem Gebiet – Bewohnerinnen und Bewohner, Hausmeister, Gewerbetreibende, Initiativen u.a. – entscheiden im so genannten »Vergabebeirat« über die Verwendung dieser Mittel. Projektanträge können von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Vereinen und Initiativen eingereicht werden. Während in der ersten Phase vor allem vonseiten der freien Träger Projekte angemeldet wurden, nehmen inzwischen die Ideen und Projektvorschläge von Bewohnerinnen und Bewohnern einen größeren Raum ein. Das Quartiersmanagement zieht sich mehr und mehr aus dem Prozess zurück, da sich bereits Ansätze einer »selbst tragenden Struktur« herausbilden. Mit Hilfe des Aktionsfonds wurden inzwischen 24 Projekte realisiert. Dabei geht es nicht immer um die Beseitigung von materiellen Defiziten oder um bauliche Maßnahmen, sondern mehr und mehr um Projekte, die das Zusammenleben der Bewohnerinnen und Bewohner fördern sollen (Ausstellungen, Feste, Sicherheitsmaßnahmen, Pflanzaktion u.a.)

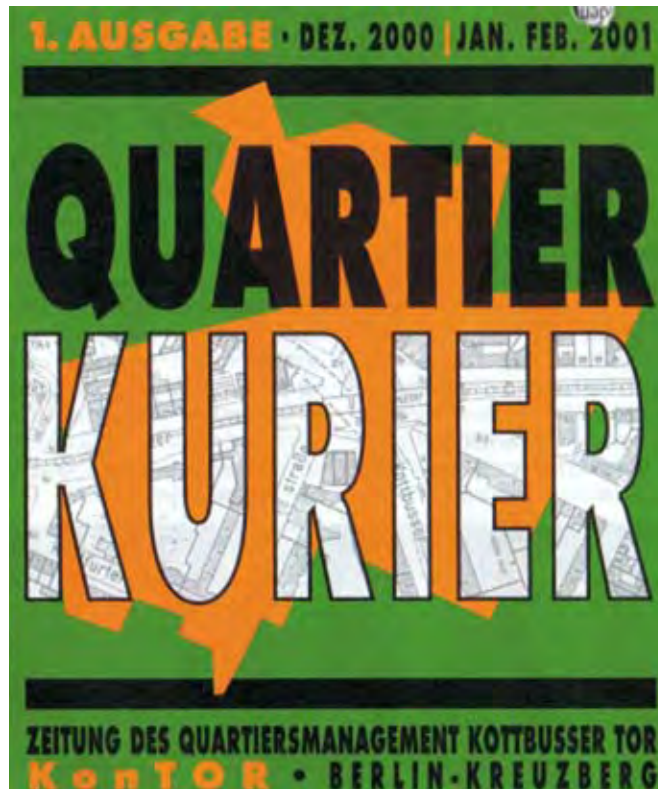


Einladung zur Kinderkonferenz
an der Jens-Nydahl-Schule
am 17.10.2001
Bildquelle: Ingeborg Beer, Berlin

Quartiersfonds:
Zusammensetzung des
Vergabeausschusses
Grafik: Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung
des Landes Berlin

Quartiersfonds – das Modellgebiet wird Millionär: Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung stellte zusätzlich zu den Projekten, die das Quartiersmanagement Kottbusser Tor über Förderprogramme moderiert, den Bewohnerinnen und Bewohnern des Modellgebiets – wie auch anderen Quartiersmanagement-Gebieten – einen »Quartiersfonds« mit etwa einer Million DM zur Verfügung. Eine 30-köpfige Jury, die sich mehrheitlich aus zufällig über das Einwohnermeldeamt ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern zusammensetzt, entscheidet über die Verwendung. Neben Bewohnerinnen und Bewohnern gehören ihr Vertreterinnen und Vertreter von Initiativen, Institutionen, Vereine sowie aktive Einzelpersonen an: 15 stimmberechtigte Personen und 15 Vertreterinnen und Vertreter mit Rederecht. Am 14.5.2001 trat die Jury zum ersten Mal zusammen. Das Stadtteilbüro KonTor arbeitet als Geschäftsstelle, hier gehen die Projektanträge ein und Bewohnerinnen und Bewohner werden zur Antragstellung beraten. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. 21 Projekte wurden seither bearbeitet, 15 werden realisiert. Dazu zählen: Schulaufgabenzirkel, Sicherheitsdienst im »Zentrum Kreuzberg«, Kinderkultursommer, Vorlesenachmittage in der Bibliothek, umweltverbessernde Dachbegrünung, Unterstützung des Kinderbauernhofs etc.

Für alle Handlungsfelder und als Querschnittsaufgabe stellen Öffentlichkeitsarbeit und Imageaufwertung eine wichtige Aufgabe dar. Die mehrsprachige Quartierszeitung »Quartierkurier« informiert seit Januar 2001 die Bewohnerinnen und Bewohner über Fortschritte und Termine. Feste, Ausstellungen, Lesungen und Graffiti-Aktionen sollen das Stadtteilleben fördern. Zwei Filme



Der »Quartierkurier« –
Zeitung des
Quartiersmanagements
Kottbusser Tor
Bildquelle:
Reinfried Musch, Berlin

über das »Zentrum Kreuzberg« und Jugendliche aus dem Gebiet – beide wurden von einer Kreuzberger Filmproduktion gemeinsam mit verschiedenen Bewohnergruppen über das Quartier gedreht – transportierten sowohl nach »innen« wie nach »außen«, dass die Menschen hier (noch) jede Menge Identifikation und Ideen mitbringen.

7. Fazit: Vom »Problemgebiet« zu einem »Standort mit Zukunft«?

Das vom Quartiersmanagement für die erste Etappe gesteckte Ziel der Gebietsstabilisierung scheint in Grundzügen erreicht und die Abwärtsspirale gestoppt. Es wurden investive Maßnahmen für mehr Sicherheit und Sauberkeit mit neuen Beschäftigungsmöglichkeiten, neue Spielangebote für Kinder und Jugendliche mit Treffpunkten für Mütter, der Einsatz öffentlicher Mittel mit dem Aufbau selbst tragender Beteiligungsstrukturen verknüpft. Vor allem für ausländische Jugendliche ist es gelungen, Qualifizierungs-, Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten zu schaffen und mehrere von ihnen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In Teilbereichen wurde der Wohn- und Gewerbestandort aufgewertet, der Leerstand geht zurück, und benachteiligende Wirkungen des Gebiets ließen sich in Ansätzen mindern. Mit Quartiersfonds, Vergabefonds, Beschäftigungs- und Beteiligungsprojekten sind viele Menschen (wieder) aktiv geworden und übernehmen Verantwortung. Auch die Außenwahrnehmung des Gebiets hat sich positiv verändert. Am Prozess beteiligte Akteure sind sogar davon überzeugt: »Der Standort hat wieder Zukunft«.

Dennoch wäre es verfrüht, diese Prozesse und Veränderungen als Anzeichen einer spürbaren »Aufwärtsspirale« zu werten. Niemand erwartet die Behebung von Armut und Ausgrenzung auf lokaler Ebene, und alle am Prozess Beteiligten wissen: Es wird Jahre dauern, um die verfestigte »Kultur der Abhängigkeit« zu durchbrechen und die Bedingungen für eine wirtschaftliche und soziale Integration nachhaltig zu verbessern. Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner sind nach wie vor transferabhängig und arbeitslos. Viele von ihnen wurden mit den bisherigen Aktivierungs- und Beteiligungsmodellen noch nicht erreicht. Die Drogenprobleme im öffentlichen Raum werden eine zentrale Herausforderung bleiben und – ebenso wie die Themen Bildung, Arbeit und Verkehr – noch stärker in eine gesamtstädtische Strategie eingebunden werden müssen.

»Wir steigen um«, so heißt das aktuelle interne Motto des Quartiersmanagements im Modellgebiet: hin zu mehr Bildung und Qualifizierung, zu umfassenderen und offeneren Beteiligungsstrukturen, der Einbeziehung von potentiellen Partnern der Wirtschaft in den Entwicklungsprozess, von der projekte- zur milieuorientierten Arbeitsweise. Beharrlichkeit und langer Atem werden weiterhin benötigt. Dennoch: Die »soziale Stadt« hat gegenüber der »sozialen Segregation« in Berlin ein Stück weit Boden gut gemacht.

Bremen – Gröpelingen

Thomas Franke

Ulrike Meyer

Der Stadtstaat Bremen setzt das Programm »Soziale Stadt« im Rahmen seines kommunalen Programms »Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln« um, das bereits 1999 gestartet wurde. Das Handlungskonzept des »WiN«-Programms weist in Bezug auf Zielsetzung, Ressourcenbündelung, Organisationsstrukturen, Aktivierung und Beteiligung grundlegende Parallelen zum Programm »Soziale Stadt« auf, weswegen beide Förderstrategien zum Bremer Ansatz »WiN/Soziale Stadt« verknüpft worden sind. Dabei werden die »WiN«-Mittel überwiegend nichtinvestiv, die Mittel aus dem Programm »Soziale Stadt« eher investiv eingesetzt.

1. Gebietscharakter

Das aus den drei Ortsteilen Lindenhof, Ohlenhof und Gröpelingen bestehende, 354 Hektar umfassende Modellgebiet Gröpelingen liegt im Westen der Hansestadt. Das siedlungsstrukturell sehr heterogene Gebiet wird im Süden durch altindustrielle Werftanlagen, Hafengebiete sowie die Weser, im Norden von einer Autobahn, einer Bahntrasse sowie Landwirtschafts- und Kleingartenflächen begrenzt.

Gröpelingen hatte sich – basierend auf dem Ausbau von Weserhafen und Eisenbahn – während des 19. Jahrhunderts zu einem industriellen Vorort Bremens entwickelt und war bis in die Gegenwart ein traditioneller Arbeiterstadtteil. Das »Aus« kam allerdings mit der Schließung der Werft »AG Weser« im Jahr 1983 als bis dahin größtem lokalem Arbeitgeber. Damit einher ging der Verlust von mehr als 2 500 Arbeitsplätzen.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden in Gröpelingen rund 75 Prozent des Gebäudebestands zerstört. Der im Zuge des Wiederaufbaus errichtete öffentlich geförderte Geschosswohnungsbau umfasst heute etwa 65 Prozent des Bestands. Gleichzeitig weisen noch heute ganze Straßenzüge geschlossen den Bautypus des »Bremer Hauses« mit einem sehr hohen Eigentumsanteil auf.

Insgesamt führten der industrielle Niedergang sowie die städtebauliche »Weichenstellung« der Nachkriegszeit zu teilweise erheblichen Problemen in Gröpelingen, wovon sich der »Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf« bis heute nur in Teilen erholt hat: soziale, wirtschaftliche, ökologische und städtebauliche Probleme konzentrieren sich auf einige »Probleminseln«, während andere Bereiche Gröpelingens – nicht zuletzt aufgrund umfangreicher Sanierungsmaßnahmen sowie der Umsetzung der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN – vergleichsweise intakt sind.

2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Zu den *zentralen Problemfeldern* in Gröpelingen gehört die überaus hohe Arbeitslosenquote: Sie liegt mit 20,2 Prozent weit über dem gesamtstädtischen



Luftaufnahme von Teilen
des Modellgebiets aus den
80er-Jahren

Bildquelle: Bremische Gesell-
schaft für Stadterneuerung,
Stadtentwicklung und
Wohnungsbau mbH, Bremen



Grenzen des Modellgebiets
»Gröpelingen«

und des »Fokusgebiets«

Grafik: Freie Hansestadt Bremen,
Der Senator für Bau und Umwelt

Geschosswohnungsbau im
»Fokusgebiet«
Bildquelle: Ulrike Meyer, Berlin



Durchschnitt von 13,1 Prozent (ohne Bremerhaven). Unzureichende Ausbildungsangebote für Jugendliche sowie fehlende wohnungsnahen Arbeitsplätze erschweren die Situation.

Auch die Anzahl der Personen, die Transferleistungen empfangen, ist im Modellgebiet weit höher als im gesamtstädtischen Durchschnitt: Gröpelingen weist die höchste Sozialhilfedichte Bremens auf; im Jahr 1999 bezogen rund 16 Prozent der lokalen Bevölkerung laufende Leistungen aus der Sozialhilfe. Mangelnde Kaufkraft ist ein wesentlicher Grund für den allmählichen Niedergang des Gröpelinger Einzelhandels.

Die sozial besonders benachteiligten Haushalte konzentrieren sich auf Teilbereiche im Nordosten des Modellgebiets, die durch eine Hauptverkehrsstraße von den weniger problematischen Bereichen Gröpelings abgegrenzt werden. Hier sind bis zu 60 Prozent des Bestands belegungsgebunden, ergänzt durch rund 600 der 1 000 Bremer »OPR-Wohnungen« zur Unterbringung von Obdachlosen. Soziale Probleme wie Alkoholismus sowie die Mehrzahl aller in Gröpelingen registrierten Delikte finden sich in diesen »Probleminseln«, die zudem Verwahrlosungstendenzen sowohl in der Bausubstanz als auch im Wohnumfeld aufweisen.

Angesichts der Größe und der geschilderten Heterogenität Gröpelings ist es schwierig, *Entwicklungspotenziale* für das gesamte Modellgebiet zu identifizieren. Eher kann dies für Teilbereiche gelingen:

Potenzial Gebietsstruktur: Neben den beschriebenen »Probleminseln« weist das Modellgebiet viele vergleichsweise intakte Bereiche auf, die positiv auf die benachteiligten Quartiere im Gebiet ausstrahlen können.

Städtebauliche Potenziale: Das Modellgebiet liegt innenstadtnah und ist sowohl per Individualverkehr als auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. Preiswerter Wohnraum und kleinteilige städtebauliche Strukturen

DEMOGRAPHISCHE UND SOZIALRÄUMLICHE MERKMALE

	Gröpelingen	Bremen Stadt
Größe	354 ha	40 428 ha
Einwohnerzahl (1999)	25 445	540 330
Bevölkerungsverlust (1995–1999)	1,8 %	1,6 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (2000)	1,9 Pers.	1,92 Pers.
Anzahl der Wohnungen (2000)	13 389	281 204
Leerstand	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Anteil der Wohngeldempfänger	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Arbeitslosenquote	21,5 % ¹ (1999)	13,5 % (2000)
Anteil der Sozialhilfeempfänger (1999)	15,8 %	9,5 %
Anteil der ausländischen Bevölkerung (2000)	22,6 %	12,5 %
Anteil der unter 18-Jährigen (1999)	18,3 %	16,5 %
Anteil der über 60-Jährigen (1999)	36,5 %	25,1 %

können als Potenziale für die Ansiedlung neuer Haushalte (Studierende, junge Menschen) betrachtet werden. Der hohe Eigentümeranteil im Gebiet ist Basis für Bewohnerstabilität und eine positive Identifikation mit Gröpelingen.

¹ Arbeitslosenziffer

Potenziale im Bereich lokale Ökonomie: Zwar wird der allmähliche Niedergang von (deutschem) Einzelhandel und Dienstleistungen beklagt, doch findet sich in Gröpelingen gleichzeitig eine vitale ethnische Ökonomie, die diesem Trend entgegenzuwirken scheint. Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen können mit Sanierungs-, Modernisierungs- und Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen im Modellgebiet gekoppelt werden.

Potenziale im Bereich bürgerschaftliches Engagement/Gemeinwesen/soziale Infrastruktur: Viele Akteure vor Ort beschreiben die Einwohnerinnen und Einwohner des Modellgebiets trotz unterschiedlicher sozialer Situation und ethnischer Herkunft als sehr offen, sodass Integrationsarbeit für ein besseres Zusammenleben hier noch vergleichsweise erfolgreich sei. Der Anteil an Migrantinnen und Migranten im Modellgebiet liegt mit 22,6 Prozent weit über dem gesamtstädtischen Durchschnitt (12,5 Prozent); in Teilen existiert eine türkische »Parallelwelt« neben der deutschen, allerdings in Form eines friedlichen Nebeneinanders, sodass hier Potenziale für eine weitere Annäherung gesehen werden. In Gröpelingen gibt es eine Vielzahl von Vereinen, Organisationen und Initiativen, die das soziale Zusammenleben fördern.

Potenzial Maßnahmen- und Programmvielfalt: In Gröpelingen wurden und werden verschiedene Förderungsprogramme und Maßnahmen – auch jenseits der Programme »WiN« und »Soziale Stadt« – umgesetzt, die nahezu alle Teilgebiete und -bereiche betreffen (insbesondere EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN, »Sofortprogramm Innenstadt und Nebenzentren«, klassische Städtebau- und Wohnungsbauförderung).



Kleinteilige städte-
bauliche Strukturen
mit hohem Anteil
an Wohneigentum

Bildquelle: Ulrike Meyer,
Berlin

3. Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte

Die Erarbeitung von *Entwicklungszielen* für das heutige Modellgebiet »Soziale Stadt« wie auch für neun weitere Bremer sowie ein Bremerhavener Programmgebiet fand bereits 1998 im Rahmen der Erarbeitung des Handlungsprogramms »Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln« statt. Zu den formulierten Zielen gehören unter anderem:

- Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse einzelner Zielgruppen (junge Menschen, Frauen),
- Förderung und Unterstützung des Engagements und der aktiven Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern an der Quartiersentwicklung unter anderem in »lokalen Foren«,
- Unterstützung der Zusammenarbeit lokaler und lokal wirksamer Akteure,
- Effektivitätssteigerung des Mitteleinsatzes durch Bündelung personeller und finanzieller Ressourcen,
- Förderung der privaten Investitionsbereitschaft.

Diese Programmziele beziehen sich auf sechs *Handlungsfelder*:

- Wohnungsbestand und Neubau,
- Städtebau,
- wirtschaftliche Effekte und regionale Ökonomie,
- Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung,
- gemeinwesenbezogene Prävention und Integration,

- soziale und kulturelle Netzwerke/Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation.

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen hat Ende 2000 eine Fokussierung des Mitteleinsatzes aus dem Programm »WiN/Soziale Stadt« auf die im Nordosten des Modellgebiets liegenden besonders benachteiligten »Probleminseln« beschlossen (»Fokusgebiet«). Handlungsschwerpunkte sollen sein:

- Rückbau von Schlichtwohnungen und Ersatzbebauung,
- Maßnahmen an den Wohngebäuden/Modernisierungsmaßnahmen,
- Veränderungen in der Belegungspolitik und der Belegungspraxis von Wohnungsbaugesellschaften,
- Privatisierung von Geschosswohnungsbau/Reihenhäusern,
- Verbesserungsmaßnahmen im öffentlichen Freiraum, bei Wegeverbindungen und Grünflächen,
- Beschäftigungsmaßnahmen im Wohnumfeldbereich/AB-Maßnahmen,
- Entwicklung der sozialen Infrastruktur,
- soziale Integration von Migranten- und benachteiligten deutschen Familien,
- präventive Angebote für Jugendliche.

4. Schlüsselprojekte

Aus der Projekt- und Maßnahmenvielfalt im Modellgebiet wurden als Schlüsselprojekte solche ausgewählt, die dem Programmcharakter »Soziale Stadt« in besonderem Maße entsprechen:

Die Projekte *JOB-TREFF WEST* im Jugendfreizeitheim Gröpelingen sowie *RAZ-Mobil* im Bremer Westen dienen der Unterstützung von Jugendlichen in Bezug auf Bildungserwerb und Berufsfindung. Zu den konkreten Maßnahmen zählen die Betreuung und Begleitung von Schülerinnen und Schülern bis zum Schulabschluss unter dem Slogan »Ran an die Zukunft – RAZ«, die Unterstützung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern bei der Berufsfindung, die Vermittlung von Praktikumsstellen, die Qualifizierung, Ausbildung und Beschäftigung junger Menschen, individuelle Beratung und Langzeitunterstützung einzelner Jugendlicher, die Kopplung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten mit Freizeitaktivitäten sowie sozialpädagogische Maßnahmen für Jugendliche mit schulischen und sozialen Problemen. *JOB-TREFF WEST* und *RAZ-Mobil* arbeiten eng mit Schulen und Betrieben zusammen.

Die gewaltpräventive Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern sowie anderen lokalen Akteuren in konflikthafter Situationen ist das Ziel des Projekts »*Schlichten in Nachbarschaften*«. Dafür wurde im Januar 2002 eine Schlichtungsstelle mit niedrigschwelligem Angebot im »Fokusgebiet« als Anlaufstelle für Konfliktbeteiligte eingerichtet; gewaltpräventive Initiativen im »Fokusgebiet« ergänzen das Projekt, welches mit anderen Organisationen und Institutionen in Gröpelingen zusammenarbeitet.

Im vom Amt für Soziale Dienste betriebenen *Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße* wird an zentralem Ort eine Vielzahl sozialer Dienstleistungen angeboten. Dazu gehören unter anderem ein offener Hort, soziale Gruppenarbeit mit Kindern und Jugendlichen, die Vermittlung von gemeinnützigen Tätig-

Bewohner streichen ihren Hausflur.
Bildquelle: Kay Borchers, Bremen



Job-Treff West im Freizeitheim
Gröpelingen
Bildquelle: Job-Treff West, Bremen



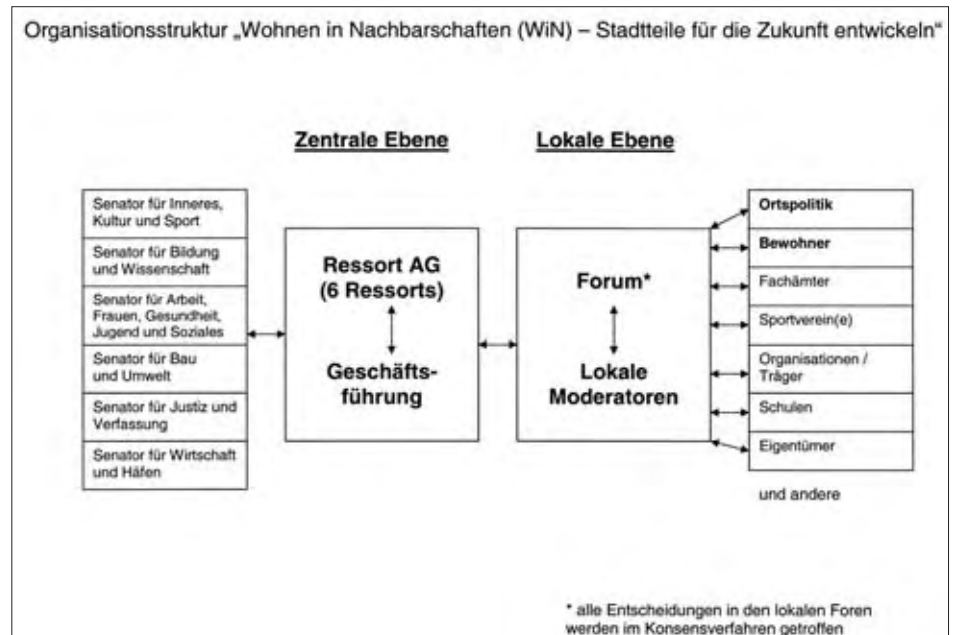
keiten im Rahmen einer »Nachbarschaftsbörse«, Raumangebote für Versammlungen und Besprechungen oder die Vorbereitung und Durchführung von Festen. Seit Januar 2002 ist hier zudem das Büro des »lokalen Managements« untergebracht. Die Angebote des Gemeinschaftshauses Stuhmer Straße werden durch in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene Einrichtungen – Streetball-Platz, betreuter Kinderspielplatz, Streichelzoo – ergänzt. Zu den wichtigen Maßnahmen im »Fokusgebiet« gehören seit mehreren Jahren die *Verbesserung von Wohnungen und Wohnumfeld* mit umfassender Bewohnerbeteiligung sowie die *Förderung der Eigeninitiative* in der Bewohnerschaft des Quartiers. In Kooperation von Amt für Soziale Dienste und Bremerischer Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH werden zusammen mit Bewohnerinnen und Bewohnern verschiedene identitätsstiftende Maßnahmen geplant und umgesetzt, so die gemeinschaftliche Gestaltung von Außenanlagen und Kinderspielplätzen, Pflanzaktionen, die Renovierung von Treppenhäusern und Eingangsbereichen, Müllbeseitigungen sowie gemeinsame Feste.

5. Organisation und Management

Aufgrund der Integration des Programms »Soziale Stadt« in das Bremer Programm »Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln« wurden hier keine neuen oder ergänzenden Organisations- und Managementstrukturen für die Umsetzung des Programms »Soziale Stadt« geschaffen. Quartiermanagement findet in Bremen allgemein auf einer zentralen Ebene (»Ressortübergreifende Arbeitsgruppe«) und einer lokalen Ebene (»Lokales Management«) statt. Von dieser im Rahmen des Programms »WiN« typischen Organisationsstruktur wurde bei der Umsetzung der »Sozialen Stadt« im Modellgebiet Gröpelingen bisher abgewichen; seit Anfang 2002 hat aber eine Angleichung an die in den meisten »WiN«-Gebieten üblichen Strukturen stattgefunden.

Verwaltungsebene

1. Die beiden für die Programme »WiN« und »Soziale Stadt« federführenden Senatoren für Bau und Umwelt sowie für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales haben eine gemeinsame *Geschäftsführung »Wohnen in Nachbarschaften (WiN)/Soziale Stadt«* eingerichtet, deren Hauptaufgabe die Steuerung, Organisation und Weiterentwicklung des gesamten »WiN/Soziale Stadt«-Prozesses ist. Dazu gehören unter anderem die Prüfung von Projektanträgen auf Erfüllung der Programmoraussetzungen, das Controlling und Monitoring von Mitteleinsatz und -abfluss, die Verteilung der Mittel analog einer laufzeitbezogenen »Gebietsquotierung«, die Anleitung und Begleitung von Fachkräften des »lokalen Managements« bei der Programmumsetzung, die ressortübergreifende Programmdokumentation sowie die Geschäftsführung der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe »WiN«. Die Geschäftsführung ist außerdem Informations- und Anlaufstelle für lokale und lokal arbeitende Akteure.



2. Die *ressortübergreifende Arbeitsgruppe* aus Vertreterinnen und Vertretern der federführenden Senatoren sowie der Senatoren für Inneres, Kultur und Sport, für Bildung und Wissenschaft, für Justiz und Verfassung, für Wirtschaft und Häfen sowie der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau stimmt über Projektanträge aus den zehn »WiN/Soziale Stadt«-Gebieten ab, vergibt Finanzierungszuschüsse aus dem Programm »WiN/Soziale Stadt« gemäß Vorlagen der Geschäftsführung »WiN/Soziale Stadt« und ist damit oberstes Lenkungsorgan für die Programmabwicklung.

3. Die *Steuerungsrunde »WiN/Soziale Stadt«* bereitet unter anderem Beschlussvorlagen in Grundsatzangelegenheiten und im Hinblick auf die Lenkungs-funktion der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe vor.

Intermediärer Bereich

Für Quartiermanagement-Funktionen im intermediären Bereich zwischen Politik, Verwaltung, Markt, Drittem Sektor und »Zivilgesellschaft« ist im Januar 2002 in Gröpelingen (»Fokusgebiet«) analog zu den anderen neun »WiN«-Gebieten ein »Bürgerforum« unter Leitung eines »lokalen Managers« als Diskussions- und Beteiligungsgremium eingerichtet worden.

Lokale Umsetzungsebene

Auf der Programmumsetzungsebene des Modellgebiets mit seinen unterschiedlichen Quartieren finden sich verschiedene soziale Einrichtungen und Projekte, von denen allerdings bis vor kurzem keines die Aufgaben eines lokalen Quartiermanagements übernommen hat. Dies änderte sich Anfang 2002 mit der Einrichtung des »lokalen Managements«, das die Vor-Ort-Arbeit vor allem im »Fokusgebiet« intensivieren und vernetzen sowie die verschie-



Anlaufstelle im »Fokusgebiet« –
Das Gemeinschaftshaus
Stuhmer Straße
Bildquelle: Foto-Studio Penz
GmbH, Bremen

denen zum Einsatz kommenden Förderprogramme auf der Umsetzungs-ebene zusammenführen soll.

6. Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Beteiligungsmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung und andere Stadtteilakteure sind bisher überwiegend im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen und der Umsetzung der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN in Teilgebieten Gröpelingens geschaffen worden. Partizipation erfolgte daher in erster Linie projekt- und maßnahmenbezogen in zeitlich und inhaltlich klar definierten Bereichen. Darüber hinaus lagen Beteiligungsmöglichkeiten bis Ende 2001 fast ausschließlich auf der politischen Ebene, d.h., sie wurden durch die gewählten Stadtteilbeiratsmitglieder wahrgenommen. Seit Januar 2002 werden im »Fokusgebiet« lokale Foren veranstaltet, in denen vor allem die Quartiersbevölkerung zusammenkommt und unter anderem über Anträge auf »WiN/Soziale Stadt«-Mittel berät.

Aktivierungsstrategien richten sich im Rahmen einzelner Maßnahmen und Projekte verschiedener Programme – und damit innerhalb begrenzter (Zeit-) Räume – an bestimmte Zielgruppen (Mädchen, Kinder und Jugendliche, Schülerinnen und Schüler, Arbeitslose). Ebenfalls projektspezifisch – beispielsweise zur Wohnumfeldverbesserung – wird versucht, mit gezielten Maßnahmen unterschiedliche Personengruppen anzusprechen und sie für eine Zusammenarbeit in ihrem Quartier zu gewinnen. Die Erreichbarkeit der Bevölkerung, insbesondere von Migrantinnen und Migranten, wird allerdings als insgesamt unzureichend bewertet.

Mit dem Aktionsprogramm »Wir für Gröpelingen« wird das Zusammenleben im Modellgebiet besonders gefördert, indem Mittel für die Durchführung von bürgerschaftlich initiierten Maßnahmen vergleichsweise formlos zur

Kinderfest im Streichelzoo
 Bildquelle: Kay Borchers,
 Bremen



Verfügung gestellt werden. Das Programm gewinnt damit den Charakter eines *Verfügungsfonds*, der zwar in anderen Bremer »WiN«-Gebieten, nicht aber in Gröpelingen eingerichtet worden ist.

Im Modellgebiet Gröpelingen gibt es viele gebietsbezogene Ansätze der *Öffentlichkeitsarbeit*: Eine Internetseite (www.groepelingen.de) sowie verschiedene Stadtteilzeitungen bieten Informationen zu Förderprogrammen und Projektfortschritten, Veranstaltungen, Beratungsangeboten, zur Stadtteilgeschichte und zum interkulturellen Zusammenleben. In einem Branchenführer stellen sich Einzelhandel, Dienstleistungen, Einrichtungen, Vereine und Initiativen vor. Mittels der seit drei Jahren laufenden Imagekampagne »Gröpelingen macht sich!« konnte ein Gemeinschaftsgefühl im Sinne einer »Corporate Identity« insbesondere bei Einzelhändlern und Dienstleistern im Modellgebiet aufgebaut werden. Bislang existiert für Gröpelingen allerdings noch kein Gesamtkonzept für eine modellgebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit.

7. Fazit: »Gröpelingen macht sich – weiter so!«

Bereits vor dem Start des Programms »Soziale Stadt« sind in Gröpelingen vielfältige Unterstützungsstrukturen aufgebaut, verschiedene Förderprogramme eingesetzt sowie Projekte und Maßnahmen erfolgreich durchgeführt worden. Als weitere Stufe der Entwicklung kann die Ausweisung des besonders benachteiligten »Fokusgebiets« im Nordosten des Modellgebiets betrachtet werden.

Im Rahmen des Programms »WiN/Soziale Stadt« sind Ziele und Handlungsfelder für Gröpelingen ausgearbeitet worden, allerdings fehlt zurzeit noch ein übergeordnetes, unter Beteiligung lokaler und lokal wirksamer Akteure erarbeitetes Integriertes Handlungskonzept, aus dem dezidierte Entwicklungsstrategien für das Modellgebiet, Projekt- und Maßnahmenvorschläge, ein Finanzierungsplan sowie der Aufbau einer für die Umsetzung notwendi-

gen Organisations- und Managementstruktur hervorgehen. Derzeit basiert der integrative Aspekt der Programmkulisse auf den für das kommunale Förderprogramm »Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln« erarbeiteten Leitlinien inklusive sechs integrierter Handlungsfelder sowie auf Akteurskontakten insbesondere im Rahmen der Steuerung der verschiedenen lokal wirksamen Förderprogramme.

Die bisherigen Organisations- und Managementstrukturen zur Programmumsetzung »WiN/Soziale Stadt« sind auf der Verwaltungsebene stark, im intermediären Bereich und vor Ort dagegen eher schwach entwickelt. Nach Öffnung und thematischer Erweiterung der Stadtteilbeiratssitzungen sowie der Einrichtung eines »lokalen Managements« im »Fokusgebiet« bleibt abzuwarten, ob sich hierdurch das organisatorische Gewicht der Quartiersentwicklung auf die Umsetzungsebene vor Ort verlagert. Insbesondere für eine stärkere und vor allem kontinuierliche Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung sollten nach Einschätzung der Programmbegleitung-vor-Ort (Difu-Team) die projektunspezifische Arbeit vor Ort erweitert sowie offene Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden, wie sie in den anderen Bremer »WiN«-Gebieten bereits zu finden sind.

Die modellgebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit weist viele Elemente auf, ist in Teilen allerdings noch verbesserungswürdig. Insgesamt fehlt im Rahmen der Programme »WiN« und »Soziale Stadt« eine gebündelte Öffentlichkeitsarbeit, die das Augenmerk – beispielsweise unter Verwendung von (mehrsprachigen) Flyern und Plakaten – noch stärker als bisher auf die unterschiedlichen Belange des Gebiets lenkt oder lokale Akteure stärker zu Wort kommen lässt. Ein Orientierungsrahmen für ein solches Konzept könnte die intensive Öffentlichkeitsarbeit sein, die – wenn auch überwiegend »top down« initiiert – im Zuge der Sanierung und der Umsetzung der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN in Teilbereichen des Modellgebiets geleistet wurde.

Aus Sicht der Programmbegleitung-vor-Ort sollten identitätsstiftende Maßnahmen wie die Imagekampagne für die lokalen Einzelhändler und Dienstleister auch auf andere Akteurskreise sowie die lokale Bevölkerung ausgeweitet werden, um die bisherigen positiven Entwicklungen noch stärker in der Innen- und Außenwahrnehmung des Gebiets zu verankern.

Cottbus – Sachsen-dorf-Madlow

Kerstin Jahnke

Thomas Knorr-Siedow

Britta Trostorff

1. Gebietscharakter

Mit Sachsen-dorf-Madlow wurde 1999 die größte in industrieller Bauweise erri-chtete Siedlung des Landes Brandenburg als Modellgebiet in das Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« auf-ge-nommen. Hinsichtlich seiner städtebaulichen Erscheinung, der Bevölke-rungsentwicklung und der sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die sich in den vergangenen Jahren entwickelt haben, ist dieser Stadtteil im Süden von Cottbus paradigmatisch für einen solchen Gebietstypus, der viele Städte im Osten Deutschlands prägt.

Sachsen-dorf-Madlow wurde zwischen 1974 und 1986 im Rahmen der plan-wirtschaftlichen Entwicklung der Energieregion Lausitz vor allem für die Be-schäftigten des Kraftwerks Jänschwalde und des Braunkohle-kombinats Cott-bus errichtet, bot aber damals auch eine Wohnalternative zur vernachlässig-ten Innenstadt. In vier Bauphasen entstand mit rund 12 000 Wohnungen die bis heute größte zusammenhängende Plattenbausiedlung des heutigen Lan-des Brandenburg, in der bis 1993 bis zu 30 000 Menschen lebten.

Entsprechend den Bauphasen sind vier Wohnquartiere zu unterscheiden, die den alten Ortskern mit Einfamilienhausbebauung umschließen. Die Wohnquar-tiere sind wesentlich durch eine fünf- und sechsgeschossige Blockbebauung ge-kennzeichnet. Acht- und elfgeschossige Hochhäuser dominieren im Zentrums-bereich und markieren als städtebauliche Dominanten die Eingangssituation zum Stadtteil. Während einige Quartiere ein »grünorientiertes Wohnen« mög-lich machen, fallen die nicht modernisierten nördlichen »Wohnscheiben« durch ihre monotone Massivität auf. Bereits vor 1989 erzwangen Sparmaßnahmen die Beschränkung der Infrastrukturen für Handel, Sport und Freizeit auf das nötig-ste, sodass der Stadtteil eine typische Wohn- und Schlafstätte für eine vollbe-schäftigte Industriegesellschaft wurde, die nach der Wende wenig Raum für die neu entstehenden Verhältnisse zwischen Arbeitslosigkeit und Wohlstands-entwicklung und die daraus resultierenden unterschiedlichen Lebensstile bot.

Am nördlichen Ost-West-Boulevard, der Gelsenkirchener Allee, befindet sich das Wohngebietszentrum mit Versorgungs- und Einkaufsmöglichkeiten, das im Jahre 2001 durch ein markantes Zeltdach als Fokus und Forum des Vier-tels hervorgehoben wurde. Trotz der zentralen Lage und der Aufwertung des Platzes sind Fluktuation und Leerstand von Läden unübersehbar. Bei gerin-ger Kaufkraft locken die Angebote in der Innenstadt und im hinter der Auto-bahn liegenden Einkaufszentrum Lausitzpark, das für ganz Cottbus Handel, Kinos und Dienstleistungen »vor den Toren« anbietet. Seit 1994 wird auf ei-nem früher verschlossenen Kasernengelände der Cottbuser Standort der Fachhochschule Lausitz entwickelt, der fünf Studiengänge, unter diesen Sozial- und Bauingenieurwesen, anbietet.



Östlicher Teil des Modellgebiets
mit der »grünen Mitte«
Bildquelle: Foto Kliche, Cottbus



Abgrenzung des Modellgebiets
Sachsendorf-Madlow
Bildquelle: Integriertes Hand-
lungskonzept 2001, StadtBüro
Hunger; Überarbeitung

— Grenze des Sanierungsgebietes
— Geltungsbereich der städtebaulichen Rahmenplanung
Großsiedlung Sachsendorf Madlow

Im vergangenen Jahrzehnt hat der Stadtteil eine fast völlige Umwertung erfahren, und seine Bewohnerinnen und Bewohner haben in unterschiedlicher Weise auf die Veränderung ihrer Lebensverhältnisse und des Images ihres Wohngebietes reagiert. Wo früher aufgrund der Wohnzufriedenheit eine große Nachfrage herrschte, bestimmt heute Leerstand die Situation. Die Vollbeschäftigung im »Energiebezirk der DDR« ist einer permanent hohen Arbeitslosigkeit gewichen und mit der Ausdifferenzierung der Einkommensverhältnisse bei gleichzeitig entspanntem Wohnungsmarkt haben viele, die »es geschafft haben«, das Gebiet verlassen, während oft nachzog, wer sich anderswo keine Wohnung leisten konnte.

Heute leben in Sachsendorf-Madlow rund 17 700 Einwohner, 43 Prozent weniger als im Jahr 1993. Trotz der gravierenden Abwanderung, die allein im Jahr 2000 zu einem negativen Wanderungssaldo von acht Prozent führte, zeichnet sich die Großsiedlung auch fast drei Jahrzehnte nach dem Erstbezug durch eine junge Bevölkerung aus. Der Anteil der 35- bis 45-Jährigen sowie der Jugendlichen liegt über dem Durchschnitt – noch immer in Folge der früheren Wohnraumbelegungspolitik der DDR, die vor allem junge Familien mit Kindern nach Sachsendorf-Madlow führte. Die sozio-ökonomischen Verhältnisse entsprachen bislang überwiegend der gesamtstädtischen Situation. Jedoch ist in den letzten Jahren ein deutliches Abfallen festzustellen, das sich auch im verringerten Qualifikationsniveau der Bevölkerung spiegelt.

2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Vor dem Hintergrund der schrumpfenden Bevölkerungszahl und angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Depression sowie der hohen Fluktuation sind Leerstand, Arbeitslosigkeit, Vernachlässigung der baulichen Substanz und die zunehmende soziale Erosion die *zentralen Problemfelder*.

Der dauerhafte Angebotsüberhang von Wohnungen in der gesamten Region verschärft den Leerstand im »Plattenbau«: 26 Prozent leere Wohnungen im Durchschnitt belasten das Wohnen, stören nachbarschaftliche Beziehungsnetze und führen dadurch auch bei den noch Ansässigen zu der Überlegung auszuziehen. Und wo Wohnungen leer stehen, machen aufgrund von Kundenmangel auch die Läden dicht, sind die Schulen in ihrem Bestand gefährdet. Negativ wirkt sich zugleich auch der im Vergleich zu anderen Cottbuser Großsiedlungen nur geringe Sanierungs- und Modernisierungsumfang in Sachsendorf-Madlow aus, obwohl inzwischen eine Mehrheit der Anwohnerschaft auf billige Mieten hochgradig angewiesen ist. Dies alles bedroht die wirtschaftliche Zukunft aller Wohnungsunternehmen.

Hohe Arbeitslosigkeit und mangelnde wirtschaftliche Aktivitäten im Stadtteil führen zu Einkommens- und Kaufkraftverlusten: In Folge des dramatischen Arbeitsplatzverlustes, bisher ohne Kompensation im Stadtteil oder der Region, ist der Anteil der arbeitslosen Bevölkerung in Sachsendorf-Madlow auf über 26 Prozent angestiegen und liegt deutlich über dem städtischen Mittel von 17 Prozent. Als besonders kritisch muss der hohe Anteil der Lang-

DEMOGRAPHISCHE UND SOZIALRÄUMLICHE MERKMALE

	Sachsendorf-Madlow ¹	Cottbus
Größe	230 ha	15 030 ha
Einwohnerzahl	19 620	108 200
Bevölkerungsverlust (1995–2000)	30,7 %	11,6 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,11 Pers.	2,11 Pers.
Anzahl der Wohnungen	12 057	60 800
Leerstand	3 040 WE	9 000 WE
Anteil der Wohngeldempfänger	6,5 %	4,5 %
Arbeitslosenquote	nicht verfügbar	16,5 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger	5,4 %	3,2 %
Anteil der ausländischen Bevölkerung	3,8 %	2,8 %
Anteil der bis 18-Jährigen	24,1 %	18,6 %
Anteil der über 60-Jährigen	15,2 %	24 %

zeitarbeitslosen von 40 Prozent angesehen werden, die sich oft ohne Perspektive als Verlierer des gesellschaftlichen Wandels sehen. Da im Stadtteil bisher weder Ansätze einer über den Dienstleistungssektor hinausreichenden lokalen Ökonomie oder größerer Investitionsvorhaben bestehen, sind aus dem Stadtteil selbst heraus nur bedingt positive Impulse zu erwarten.

Im letzten Jahrzehnt gebaute große Versorgungseinrichtungen am Stadtrand führen zum Attraktivitätsverlust für Investoren und behindern den Aufbau von lokalen Arbeitsplätzen. Die wirtschaftlichen Aussichten von Dienstleistungs- und Handelsbetrieben in Sachsendorf-Madlow werden durch die starke Konkurrenz des unmittelbar hinter dem südlichen Stadtrand gelegenen neuen Einkaufszentrums beeinträchtigt, die vorhandenen Flächenpotenziale in der Großsiedlung entwertet.

Die Ausdünnung der Infrastruktur bei Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie im kulturellen Bereich mindert die Attraktivität für die Bewohnerinnen und Bewohner: Die schlechte örtliche Versorgungssituation stellt einen erheblichen die Wohnqualität beeinträchtigenden Faktor dar, der die Abwanderung fördert und Zuzüge behindert. Auch die Verringerung des früher sehr guten städtischen Angebots kultureller Aktivitäten, die heute im Wesentlichen von Vereinen getragen werden, wird als ein Verlust an Lebensqualität empfunden, gerade wenn es mehr durch Arbeitslosigkeit »erzwungene Freizeit« gibt.

Besonders schwer wiegt, dass diese Problemfelder eng miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig bedingen. Um das Gebiet aus seiner Abwärtsspirale von problembedingtem Attraktivitätsverlust und in der Folge weiteren Problemverschärfungen herauszuführen, hat sich die Stadt entschlossen, an den verschiedenen Faktoren gleichzeitig und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und Methoden anzusetzen, baulich, sozial und

1 Statistische Bezirke
0231–0235

Problemfeld Wohnqualität:
geringer Modernisierungsgrad
und monotone Strukturen
Bildquelle: IRS, Erkner



gemeinwesenorientiert sowie durch wirtschaftliche Initiativen – also im Rahmen eines ressort- und themenübergreifend integrierten Handlungskonzepts. Dafür ist durchaus eine Reihe positiver *Entwicklungspotenziale* vorhanden.

Die räumliche Lage sowie die geringe Bebauungsdichte mit großzügigen Freiräumen zwischen den Wohngebäuden bietet gute Ansätze für eine Aufwertung der Freiflächen und der öffentlichen Räume. Durch eine gemeinsam mit den verschiedenen Bewohnergruppen entwickelte Freiraumgestaltung lassen sich Verbesserungen in der Nutzungsqualität und dem Erscheinungsbild der Siedlung erreichen. Sie wirken sowohl nach innen als Qualitätsverbesserung für die unterschiedlichen Alters- und Interessengruppen, als auch nach außen als Signal für ein besseres Image.

Mit dem bereits gefällten Beschluss zu Rückbau und einem qualitätsorientierten Stadtumbau bietet sich die Möglichkeit einer auf funktioneller Neubestimmung basierenden Umgestaltung und der notwendigen räumlichen sowie baulichen Neuorganisation des Stadtteils. Eine Anpassung an mittelfristig erwartbare quantitative Bedarfe und damit verbunden eine Verbesserung der Qualität für die Bewohnerschaft wird durch eine neue Betrachtung des Stadtteils im Gesamtkontext der Stadt möglich. Erste Beispiele, wie der Abriss einer großen »Wohnscheibe« und der folgende Bau von »Vorstadt villen« aus recycelten Platten am gleichen Ort zeigen den Bewohnerinnen und Bewohnern die Potenziale des »Gesundshrumpfens«.

Ein großer Teil der heutigen Bevölkerung Sachsenhof-Madlows gehört noch zu den ersten Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils. Entsprechend bestehen weiterhin *enge soziale Netze*, die ein wesentliches Potenzial für die Entwicklung des Stadtteils darstellen, wenn es gelingt, das aktive Gemeinwe-



Entwicklungspotenzial Stadtumbau: Wiederverwendung von abgebrochenen Plattensegmenten für die Errichtung von Stadtvillen
Bildquelle: IRS, Erkner

sen für die Umgestaltung zu aktivieren und in diese einzubinden. In generationenübergreifenden Aktivitäten können dabei die vielen jungen Menschen eine wichtige Rolle übernehmen, auch wenn das Gebiet für sie oft ein »Durchlauferhitzer« während der Ausbildungs- und Haushaltsgründungsphase bleiben wird.

In diesem Zusammenhang bilden die Ansiedlung der Fachhochschule Lausitz (fünf Studiengänge) auf dem Gebiet des Stadtteils und die Nähe der Brandenburgisch-Technischen Universität bisher kaum ausgeschöpfte Ansatzpunkte für eine »wissensbasierte« Entwicklung. Hochschulen bieten Arbeitsplätze (für Hochqualifizierte in Forschung und Lehre genauso wie für Reinigungspersonal), sie schaffen Wohnraumbedarf, und von leeren Wohnungen und Flächen könnten positive Impulse auf das kulturelle Leben im Stadtteil ausgehen. Gerade die Fachhochschule kann bei zunehmender Forschungsorientierung zudem als begünstigender Standortfaktor für klein- und mittelständische Unternehmen bei wirtschaftlichen Entscheidungen eingesetzt werden.

Mit dem im Südwesten auf Cottbuser Seite in enger Abstimmung mit einem Betrieb der Druck- und Medienbranche entwickelten Gewerbegebiet sind die Voraussetzungen für die Ansiedlung weiterer Betriebe gegeben. Hier arbeiten bereits über 40 Mitarbeiter und neun Auszubildende; weitere Flächen können zukünftig durch Rückbau gut erschlossen und in der Nähe von Autobahn und Wohnungen verfügbar werden.

Sachsendorf-Madlow profitiert schließlich direkt von der Durchführung der Internationalen Bauausstellung in der Lausitz durch gemeinsame Projekten bzw. die Präsenz der IBA im Stadtteil. In diesem Zusammenhang ist der IBA-

Stadtpfad zu nennen, ein gleichzeitig realer und virtueller Pfad durch den Stadtteil, der Bindungen durch Identifizierung schaffen und das Image verbessern helfen soll.

Festzuhalten bleibt: Sachsen-dorf-Madlow hat sich vom sozial stabilen und eher bevorzugten Stadtteil zu einem sozial und wirtschaftlich »überlasteten« Gebiet entwickelt. Aber trotz der Probleme gibt es belastungsfähige soziale Netze, und das Gebiet könnte durch die Initiativen der Sozialen Stadt und einen auch von Rückbau geprägten Stadtumbau zu einer neuen Qualität finden. Signale dafür sind bereits gesetzt. Seit 1997 wird durch städtebauliche Maßnahmen an einer Verbesserung des Wohnumfelds und der Zentrumsbildung am Stadtteilplatz gearbeitet.

3. Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte

Angesichts der Interdependenz, das heißt der gegenseitigen Bedingtheit und Verstärkung von Problemen und Chancen sowie aufgrund der erheblichen Bedeutung des Stadtteils für die Gesamtentwicklung der Stadt sieht es die Stadtverwaltung als erforderlich an, durch »integriertes Handeln« einen Prozess einzuleiten, der flexibel auf sich dynamisch verändernde Bedingungen reagieren hilft. Es kommt der Stadt deshalb darauf an, zu Verbesserungen im Stadtteil beizutragen und zugleich langfristig Handlungsoptionen offen zu halten, keinen »Plan«, sondern eine »pro-aktive« Stadtteilentwicklung »mit Gewinn für alle« anzuregen. Im Mittelpunkt steht die Aktivierung von Partnerschaften zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern, Stadt und Investoren, um Sachsen-dorf-Madlow (wieder) zu einem akzeptierten Wohnstandort zu machen. In der 1998 abgeschlossenen und mittels eines Selbstbindungsbeschlusses von der Stadtpolitik bestätigten »Städtebaulichen Rahmenplanung Sachsen-dorf-Madlow« wird als Leiddbild »Vom peripheren Wohngebiet zum integrierten Stadtteil« formuliert, das sich in der Vorbereitenden Untersuchung zur Ausweisung als Sanierungsgebiet aus dem Jahr 2001 unter den Sanierungszielen wiederfindet. Die hierin angelegten Strategien spielen eine zentrale Rolle für das im Dezember 2001 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedete *Integrierte Handlungskonzept* als dem wesentlichen Instrument zur Umsetzung des Programms Soziale Stadt.

Angesichts des massiven Leerstands und des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs wurde eine Doppelstrategie für den Stadtteil beschlossen, die einerseits die Aufwertung und Erhaltung von langfristig zu sichernden Wohnbereichen und andererseits den Rückbau und die städtebauliche Neuordnung anderer Bereiche umfasst. Dem sozialverträglichen Stadtumbau kommt eine zentrale Rolle zu: Er soll sicherstellen, dass es keine weitere Verunsicherung über die Zukunft gibt. Denn Bewohnerschaft und Gewerbetreibende akzeptieren durchaus, dass der Stadtteil angesichts des Leerstands und der Abwanderung nur mit »harten Schnitten« eine Zukunft hat. Weitere Unsicherheit darüber, was mit dem eigenen Wohnort künftig geschieht, gibt dagegen oft den Ausschlag, sich nach einer räumlichen Alternative umzusehen.



Zum Soziokulturellen Zentrum
umgebaute ehemalige
Kindertagesstätte im Quartier
Turower Straße
Bildquelle: IRS, Erkner

Information, persönliches Management der Rückbaumaßnahmen und Umzugsmanagement sind in diesem Zusammenhang wesentliche Ansätze für die Vertrauensbildung. Gleichzeitig zeigen modellhafte Sanierungen und sinnvolle Nachnutzungen der frei werdenden Flächen, welche räumlichen und sozialen Visionen Realität werden können. So entstehen entlang des zentralen Boulevards helle, geöffnete Fassaden im Bestand der großen Wohnscheiben, ebenso Stadtvillen aus recycelten Platten, die Wohnraum entsprechend den veränderten Wohnwünschen anbieten.

Mit Blick auf die Wünsche und Vorstellungen der Bewohnerinnen und Bewohner liegt ein weiterer Handlungsschwerpunkt in der Sicherung und Verbesserung der ökologischen Qualität »Wohnen im Grünen«. Daneben sollen lokale soziale Selbsthilfe, die Bündelung aller Möglichkeiten zur Stärkung der lokalen Wirtschaft und der lokalen Arbeitsmarktinitiativen und nicht zuletzt die Arbeit am Image des Stadtteils als Bausteine zur integrierten Entwicklung beitragen.

4. Schlüsselprojekte

Das Schlüssel- und Startprojekt der »Sozialen Stadt« in Sachsendorf-Madlow ist der *Umbau einer leer stehenden Kindertagesstätte zu einem Soziokulturellen Zentrum*. Das Gebäude liegt im Innenbereich des ältesten und bisher kaum sanierten Quartiers. Mit diesem Projekt wurde der umfassende Umbau des gesamten Quartiers angestoßen, der die Modernisierung der Wohnungen, den partiellen Rückbau und die Verbesserung des Wohnumfelds einschließt. Bei den im Oktober 2000 begonnenen Baumaßnahmen wurden neben örtlichen Firmen auch mehrere Arbeitskräfte im Rahmen eines »Arbeit statt Sozialhilfe (ASS)«-Projekts beschäftigt.

Mit dem Umbau zu einem Soziokulturellen Zentrum wurde ein Anlauf- und Treffpunkt sowie ein quartiersinterner Veranstaltungsort geschaffen, der den ansässigen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Initiativen zur Verfü-



Eröffnung des Soziokulturellen
Zentrums am 25.10.2001

Bildquelle: IRS, Erkner

gung steht. Neben sozialen, psychosozialen und kulturellen Einrichtungen wie einer Theater-Probenbühne ist Raum für wechselnde kulturelle Veranstaltungen vorhanden. Die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers haben auch die Möglichkeit, Mehrzweckräume kostengünstig zu nutzen, z.B. für Familienfeiern. Mit dem »Netzwerk Füreinander – Miteinander« und der »Freiwilligenagentur«, sind Akteure des Programms eingebunden, die sich die Vernetzung bestehender Initiativen im Stadtteil und die Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern zum Ziel gesetzt haben. Das starke Interesse und die hohe Besucherzahl seit der Einweihung im Oktober 2001 zeigen die positive Resonanz, die dieses Stadtteilprojekt erfährt.

5. Organisation und Management

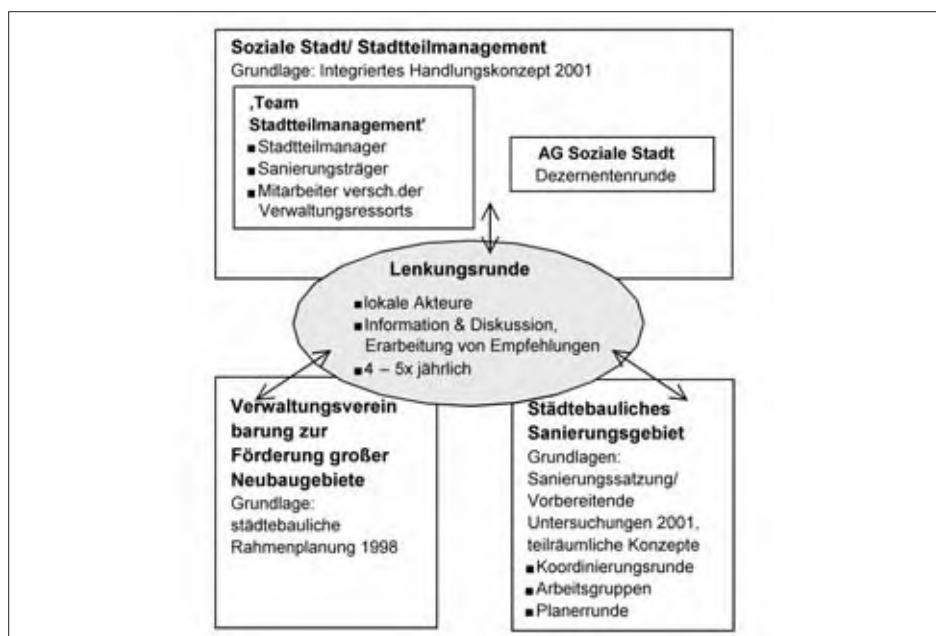
In Sachsen-dorf-Madlow sind bereits im Zuge des seit 1997 im Stadtteil umgesetzten Förderprogramms »Städtebauliche Weiterentwicklung großer Neubaugebiete« verschiedene integrative Organisations- und Managementstrukturen entstanden. Damit war eine Basis für die Umsetzung des Programms »Soziale Stadt« geschaffen. Auch wenn die Kooperation zwischen den Akteuren anfangs nicht einfach war, ist inzwischen eine Verfahrenskultur entstanden, die alle Ebenen der Beteiligung einschließt. Mit der Ausweisung des überwiegenden Teils des Modellgebiets zu einem städtebaulichen Sanierungsgebiet hat zum Jahresende 2001 eine neue Aufgabenbestimmung stattgefunden, die sich auch in der Organisationsstruktur niederschlägt.

Federführend für die *Stadtverwaltung* ist das Bauverwaltungsamt, das sowohl das Programm »Soziale Stadt« wie die »Städtebauliche Weiterentwicklung großer Neubaugebiete« umsetzt und verwaltungsintern koordiniert; es ist auch die verantwortliche Instanz für die Akteure auf intermediärer Ebene sowie vor Ort.

Prozesskoordination, Organisation des öffentlichen Diskurses und Betreuung der investiven Maßnahmen erfolgten auf *intermediärer Ebene* bislang durch die Gebietsbeauftragten (in Arbeitsgemeinschaft: StadtBüro Hunger und Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft [DSK]) und werden künftig vom Sanierungsträger übernommen.

Durch das Stadtteilmanagement sollen die Arbeit von Verwaltung, Investoren, sozialen Trägern und Bewohnerschaft stärker miteinander verflochten und die Integration verschiedener Handlungsstränge verbessert werden. Die kurzzeitig erprobte Zuordnung dieser hochgradig auf Flexibilität und Eigenständigkeit angewiesenen Moderatoren-aufgabe zur Stadtverwaltung hat sich nicht bewährt; zukünftig wird mit dieser Funktion ein verwaltungs- und eigentümerunabhängiger Akteur beauftragt.

Um der Bürgerschaft und den Akteuren vor Ort kompetente Mitsprache zu ermöglichen, werden sie im Rahmen der »Sozialen Stadt« unterstützt und in unterschiedliche Planungs- und Entscheidungsgremien einbezogen. Dabei kommt besonders dem *Bürgerverein* in seinem Verständnis als »Sprachrohr« der Bewohnerschaft und dem »Netzwerk Füreinander – Miteinander« aufgrund seiner die Stadtteilakteure vernetzenden Arbeit eine wichtige Rolle bei Entscheidungsfindungen im Stadtteil zu.



Stadteilladen an der Gelsenkirchener Allee
Bildquelle: IRS, Erkner

Organisation der Programmumsetzung

Zusammengeführt wurden die unterschiedlichen Ebenen und Beteiligungsstrukturen bislang durch die im Stadteilladen regelmäßig tagenden Lenkungsunden sowie in daraus hervorgegangenen Arbeitsgemeinschaften oder der übergeordneten Koordinierungsrunde. Künftig wird die *Lenkungsunde* den Charakter eines Informations- und Diskussionsgremiums haben, in dem die lokalen Akteure sich einbringen und Empfehlungen zum weiteren Vorgehen an alle Akteure aussprechen können. An den grundsätzlich offenen Runden sollen Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Verwaltungsressorts und des Stadtteilmanagements, der Sanierungsträger, der Wohnungswirtschaft, des Bürgervereins, der Internationalen Bauausstellung und der ansässigen Hochschulen teilnehmen. Je nach Thema wird diese Runde um geladene Gäste erweitert.

6. Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Für die Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung sind die Voraussetzungen in Sachsendorf-Madlow günstig: Aufgrund der gemeinsamen Wohntradition eines großen Teils der Bewohnerschaft kann auf ausgeprägte informelle Netze aufgebaut werden. Des Weiteren ist mit mehr als 80 aktiven Vereinen, Verbänden, Organisationen und freien Trägern ein breites Spektrum an Angeboten für alle Altersgruppen und unterschiedliche Interessfelder vorhanden, über das ebenfalls ein Großteil der Bevölkerung erreicht werden kann. Die bisher durchgeführten Bürgerversammlungen und Informationsveranstaltungen sowie die Arbeit des Soziokulturellen Zentrums zeigen: Auch ohne umfangreiche aktivierende Arbeitsformen ist es möglich, große Gruppen der Bewohnerschaft in die Aktivitäten für den Stadtteil einzubeziehen.

Einweihung des neu
gestalteten Stadtplatzes
beim Bürgerfest 2001
Bildquelle:
Der Sachsen-dorfer, Cottbus



Dennoch ist eine gezielte Aktivierungsarbeit unerlässlich, um eine breite Beteiligungskultur zu etablieren. Mit der Einrichtung eines Stadtteilmanagements wurde der wesentliche Grundstein hierfür gelegt. Zukünftig wird stärker auf eine aufsuchende und zielgruppenspezifische Beteiligungsarbeit sowie eine breite Öffentlichkeitsarbeit gesetzt, z.B. durch Mitarbeit in der viel gelesenen Stadtteilzeitung sowie über weitere Printmedien und das Internet. Wie bisher sollen die jährlichen Stadtteilster, die der »Bürgerverein« organisiert, und Bürgerversammlungen zu wichtigen den Stadtteil betreffenden Themen, zurzeit insbesondere Wohnungsrückbau, Kernstücke der Beteiligungskultur sein. Die über den Prozess der Rahmenplanung seit einigen Jahren entstandenen Arbeitskreise werden fortgeführt und deren Ergebnisse aktiv in die Stadtteilentwicklung eingebracht. Hinsichtlich Außenwahrnehmung und Bekanntheit dieser Partizipationsangebote lässt sich allerdings noch vieles verbessern. Hierin liegt eine wesentliche Aufgabe des »Netzwerks Füreinander – Miteinander«. Mit Unterstützung durch das Sozialamt sollen im Zuge des Programms »Soziale Stadt« die bereits vorhandenen Strukturen für die Entwicklung des Stadtteils verstärkt nutzbar gemacht werden.

Das aus Mitteln der »Soziale Stadt« finanzierte Soziokulturelle Zentrum sowie der Stadtteilladen im Gebietszentrum bilden die örtlichen Anlauf- und Informationsstellen für die Bewohnerinnen und Bewohner.

7. Fazit: Zwischen Abriss und qualitativem Neubeginn

Zum jetzigen Zeitpunkt ein abschließendes Fazit über die Wirksamkeit des Programms »Soziale Stadt« in Sachsendorf-Madlow ziehen zu wollen, erscheint verfrüht. Besonders die sozialen und ökonomischen Massnahmen haben einen mittel- bis langfristigen Charakter. Bereits heute lässt sich feststellen, dass ihr Erfolg, vor allem die Herausbildung einer neuen integrativen Planungskultur, in der Nachhaltigkeit ihrer Wirkung liegt. Anfangsschwierigkeiten waren unübersehbar. Städtische Akteure und, einem besonderen ökonomischen Druck ausgesetzt, die Wohnungswirtschaft konnten anfangs die Chancen schwer einschätzen, die sich aus dem integrativen Ansatz der »Sozialen Stadt« ergaben. Inzwischen ist es zu Akzentverschiebungen gekommen. Sie stellen eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsressorts, den Akteuren und der Bevölkerung sicher, die sich unter anderem auf Bewohnermitwirkung, eine weitergehende Berücksichtigung der Alltagsprobleme, Arbeitsmarktmaßnahmen und ein kompetentes Quartier(Prozess-)Management stützt.

Mit den im Rahmen der »Sozialen Stadt« angestoßenen Projekten und Entwicklungen wird ein wichtiger Schritt in Richtung zukunftsfähiger Strukturen des Stadtteils getan. In der Verknüpfung der »Sozialen Stadt« mit dem neu aufgelegten Programm »Stadtumbau Ost – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen« liegt eine zusätzliche Chance, eine neue Balance von sozialer Vielfalt und Kohäsion in einem baulich gestaltungsfähigen Viertel zu erreichen.

Die in Sachsendorf-Madlow im Rahmen des Integrierten Handlungskonzepts gewählten Ansätze lassen besonders in jüngster Zeit eine deutliche Stärkung der Artikulationskraft der Bewohnerschaft und deren engere Einbindung in die Entwicklung erkennen. Dies zeigt sich vor allem in Institutionen wie dem Soziokulturellen Zentrum, in Diskussionen im Stadtteilladen, in der Arbeit des »Netzwerks füreinander – miteinander« und auf Informations- und Beteiligungsveranstaltungen. Mit der Einrichtung eines Stadtteilmanagements wurde ein zentrales Instrument für Aktivierung und Beteiligung sowie die Förderung eines integrierten Vorgehens geschaffen.

Der Ausgang der gesamten Bemühungen für den Stadtteil ist durchaus noch offen. Konstatiert werden muss, dass die seit 1993 stattfindende Abwanderung der Bevölkerung bisher nicht gestoppt wurde. Im Gegenteil, sie hat sich im vergangenen Jahr wieder verschärft und ist zunehmend mit sozialer Segregation verbunden. Auf diese Dynamik wird insbesondere das Stadtumbaukonzept für die Stadt Cottbus durch Offenheit und Flexibilität reagieren und gleichzeitig sichere Schrittfolgen der Planung und der Umsetzung anbieten müssen. Der gerade begonnene Prozess der integrierten sozialökonomischen und baulichen Stabilisierung auf einem neuen Niveau braucht auch künftig die Kontinuität ressortübergreifenden Handelns der Verwaltung in Partnerschaft mit der Bürgerschaft und den wirtschaftlichen Akteuren, allen voran der Wohnungswirtschaft.

Flensburg – Neustadt

Matthias Frinken

Helga Rake

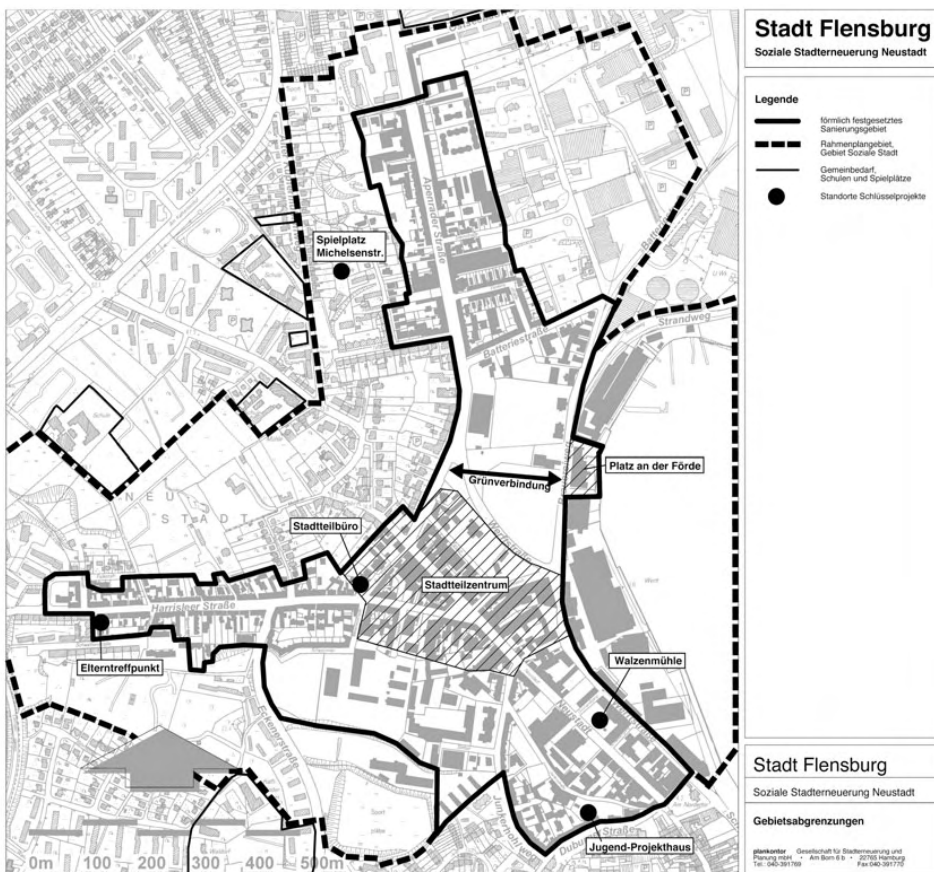
Das Modellgebiet »Soziale Stadterneuerung Flensburg-Neustadt« wurde 1999 in zwei Städtebauförderprogramme aufgenommen, das »klassische« Bundesländer-Programm der Stadtsanierung und das neue Programm »Soziale Stadt«. Es umfasst das etwa 51 Hektar große, zu Beginn des Jahres 2000 förmlich festgelegte Sanierungsgebiet »Neustadt« und das etwa doppelt so groß angelegte Rahmenplangebiet, das ringförmig darum gelegen ist. Nur im Sanierungsgebiet wird das gesamte Spektrum der klassischen investiven Maßnahmebereiche wie Modernisierung und Instandsetzung, Straßenbau- und Ordnungsmaßnahmen umgesetzt. Im Rahmenplangebiet werden lediglich Maßnahmen gefördert, die dem integrierten Ansatz der Programmatik »Soziale Stadt« entsprechen und bei denen eine enge Verflechtung mit den Lebenszusammenhängen im Sanierungsgebiet besteht (Gemeinbedarfseinrichtungen, Wegebeziehungen, Wohnumfeldverbesserung).

1. Gebietscharakter

Das Gebiet der sozialen Stadterneuerung Flensburg-Neustadt liegt unmittelbar nördlich der historischen Altstadt auf der Westseite der Förde. Die Bau- und Siedlungsgeschichte der ehemaligen Stadterweiterung Neustadt umfasst nur rund 200 Jahre, sie ist damit ein Spiegelbild der Flensburger Industriegeschichte mit allen ihren Entwicklungsschritten und Brüchen während dieser Zeit. Insbesondere hat sich in der Neustadt der in den letzten Jahrzehnten stattgefundene wirtschaftliche Strukturwandel in der Region ausgewirkt. Das Gebiet stellt heute eine Gemengelage aus gründerzeitlicher Wohnbebauung, Arbeiterwohnungs- und Miethausbau, Villen und Einfamilienhäusern, öffentlichen und Militärbauten, großflächigen Einzelhandelsmärkten aus den 60er- und 70er-Jahren sowie (alt-)industrieller und gewerblicher Nutzung dar. Eine Besonderheit bilden mehrere Grenzhandelsmärkte.

Im Zentrum des förmlich festgelegten Sanierungsgebiets liegt eine etwa sechs Hektar große Gewerbebrache: das zusammenhängende Gelände eines seit den 70er-Jahren nicht mehr genutzten ehemaligen Holzhandels und des 1993 abgerissenen Schlachthofes. Mehr als zehn Prozent der teilweise sehr stark modernisierungsbedürftigen Wohnungen stehen im Sanierungsgebiet leer. Das Rahmenplangebiet schließt auch industriell genutzte Flächen am Fördeufer mit ein, deren Zukunft zurzeit gesichert erscheint, sowie weitere gewerblich genutzte Flächen im Osten und überwiegend durch Wohnen und Gemeinbedarf gekennzeichnete Flächen im Westen.

Insgesamt leben im Sanierungsgebiet etwa 4 500 Einwohner, davon sind überdurchschnittlich hohe Anteile benachteiligten Bevölkerungsgruppen zuzuordnen. Die Quote der Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, Migrantinnen und Migranten, allein Erziehenden oder auch jungen Menschen ohne Hauptschulabschluss ist jeweils zwei- bis dreimal so hoch wie in der Gesamtstadt.



Bildquelle:
Stadt Flensburg

Bildquelle:
plankontor GmbH, Hamburg



An der Harrisleer Straße konzentrieren sich Leerstände; sie soll im Rahmen der Sanierung neu gestaltet werden. Bildquelle: Stefanie Hagen, Stadt Flensburg

Die Brachflächen des ehemaligen Schlachthofes ermöglichen Grünverbindungen, Spiel- und Sportflächen und neue gewerbliche Entwicklungen. Bildquelle: plankontor GmbH, Hamburg



2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Die Neustadt weist eine enorm hohe Komplexität von sich überlagernden sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Problemkonstellationen auf, die in ihren Ursachen auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungsprozesse und den ökonomischen Strukturwandel in der Region zurückzuführen sind. Gesamtstädtische und kleinräumige, lokale Probleme betreffen die Neustadt dabei gleichermaßen. Ein über Jahre entwickeltes Negativ-Image des Stadtteils sowie damit verbundene anhaltende soziale Segregation und fehlende Investitionsbereitschaft von privater Seite sind die Folge. Als *zentrale Problemfelder* sind neben dem Negativ-Image des Stadtteils zu nennen:

Baulich/städtebauliche Probleme: Großgemengelage mit gegenseitigen Nutzungsbeeinträchtigungen, (Gewerbe-)Brachflächen, hohe Anzahl untergenutzter Grundstücke und Gebäude, hohe Quote an Wohnungsleerstand, hohe Bebauungsdichte und hoher Versiegelungsgrad, hoher Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf, mangelhaftes Wohnumfeld, hohe Umweltbelastung durch emittierendes Gewerbe und Straßenverkehr auf Ausfallstraßen, unzureichendes Geh- und Fahrradwegenetz, mangelndes öffentliches Grün- und Freiflächenangebot sowie fehlende Spielplätze.

Soziale Probleme: einseitige Sozialstruktur, Segregation zum Nachteil der Neustadt, unterdurchschnittliches Haushaltseinkommen, überdurchschnittliche Abhängigkeit von Transferleistungen, niedriges Ausbildungs- und Qualifikationsniveau, soziale Spannungen, fehlende Jugendräume und Möglichkeiten der nicht kommerziellen Begegnung, unzureichende Ausstattung mit Gemeinbedarfs- und Beratungsangeboten sowie mangelnde Gesundheitsversorgung und unzureichendes Vorsorgeverhalten.

Gleichwohl bietet die Neustadt aber auch vielfältige *Entwicklungspotenziale* für eine Umkehr der Negativentwicklung. So müssen die derzeitige kleinteilige urbane Nutzungsstruktur und die vielfältige multikulturelle Bevölke-

DEMOGRAPHISCHE UND SOZIALRÄUMLICHE MERKMALE

	Neustadt ¹	Flensburg
Größe	51 ha (Sanierungsgebiet)	5 644 ha
Einwohnerzahl (1998)	4 532	85 547
Bevölkerungsverlust (1994–1999)	13,8 %	4,4 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (1998)	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Anzahl der Wohnungen	2 490 (1998)	43 296 (1987)
Leerstand (1998)	265 WE	nicht verfügbar
Anteil der Wohngeldempfänger (1998)	7,0 %	3,9 %
Arbeitslosenquote (1998)	30,0 %	16,4 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (1998)	22,0 %	9,0 %
Anteil ausländische Bevölkerung (1998)	24,1 %	8,6 %
Anteil der bis 18-Jährigen (1998)	20,7 %	17,9 %
Anteil der 60-Jährigen und älter (1998)	14,0 %	13,2 %

rungsmischung als Chance und als Ausgangspunkt für die Herausbildung eines ganz besonderen Charakters dieses Stadtteils angesehen werden. Ein weiteres wesentliches Potenzial stellt die Nähe zur Förde mit der naturräumlichen Situation der Hanglage zum Wasser hin dar. Brachflächen und Gebäudeleerstände bieten zahlreiche räumliche und funktionale Gestaltungs- und Umnutzungsmöglichkeiten. Damit können gleichzeitig Defizite, z.B. im öffentlichen Freiflächenbereich, beseitigt und Angebote zur Bewältigung des ökonomischen Strukturwandels geschaffen werden. Ferner ist die Herausbildung eines Stadtteilzentrums als Ort für Begegnung, Kultur und Versorgung möglich. Modernisierungen und Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes können zur Steigerung der Lebensqualität und des individuellen Wohlbefindens im Gebiet beitragen.

Gleichzeitig bietet die Neustadt Räume und Chancen, neue Bevölkerungsgruppen aufzunehmen und zu integrieren, die im Stadtteil arbeiten oder leben möchten und den Entwicklungsprozess mit beeinflussen. Diese besondere Neustädter Mischung kann zu einem positiven Stadtteil-Image führen.

3. Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte

Die Entwicklungsziele für die Neustadt sind in den Vorbereitenden Untersuchungen, in der Rahmenplanung sowie im Integrierten Handlungskonzept festgelegt. Sie orientieren sich an den Qualitäten und Potenzialen des Gebietes und zielen auf die Herausbildung eines neuen positiven Images für die Neustadt.

Das *Integrierte Handlungskonzept* wurde im Verlaufe des Jahres 2001 unter Beteiligung der AG Neustadt und des Stadtteilmanagements sowie von Arbeitskreisen im Gebiet erarbeitet. In einem Sanierungstreff im Gebiet soll es im Frühjahr 2002 abschließend diskutiert und danach von der Ratsversamm-

¹ Die Daten zur Neustadt basieren auf den 1999 durchgeführten Vorbereitenden Untersuchungen und beziehen sich daher weitgehend nur auf das Sanierungsgebiet. Neuere, kleinräumige Daten für das gesamte Modellgebiet sind zurzeit noch nicht vorhanden.

lung beschlossen werden. Es umfasst folgende *Handlungsschwerpunkte*, die gleichzeitig auch die wesentlichen Entwicklungsziele benennen:

- Einrichtung eines Stadtteilmanagements und -büros, Vernetzung von sozialen Aktivitäten und Gruppen im Gebiet, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit,
- Verbesserung der Wohn- und Beschäftigungssituation im Gebiet,
- Stabilisierung und Verbesserung der Lebensqualität,
- Verbesserung der Verkehrssituation, der öffentlichen Straßenräume, des Stellplatzangebotes,
- Integration von Schulen und Kulturarbeit in den Prozess der sozialen Stadtteilentwicklung,
- Verbesserung der Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen im Gebiet sowie der Gesundheitslage der Bevölkerung
- Förderung der kulturellen Vielfalt in der Neustadt,
- Stärkung des Miteinanders von Migranten und deutscher Bevölkerung,
- Durchführung von Modernisierungen, Wohnumfeldverbesserungen und zielgruppenorientiertem ergänzendem Wohnungsneubau,
- Stärkung der lokalen Wirtschaft, Sicherung von Arbeit, Beschäftigung und Qualifizierung, Einzelhandel und Versorgung,
- Verbesserung der Angebote für Aus- und Weiterbildung,
- Verbesserung des öffentlichen Grün- und Freiraumangebotes, Herstellung eines Zugangs zur Förde, Verbesserung der stadtteilinternen Wegebeziehungen sowie der stadtteilnahen Freizeit- und Naherholungsmöglichkeiten,
- Verbesserung der ökologischen Situation, Entsiegelung von Flächen, Altlastenbeseitigung,
- Aufwertung der städtebaulichen Strukturen und der Stadtgestalt.

Neben den klassischen investiven Sanierungsmaßnahmen besteht ein Handlungsschwerpunkt in Bereichen, die eines längeren und interdisziplinären Entwicklungsprozesses bedürfen, bis Projekte oder Erfolge sichtbar werden. Dies betrifft vorrangig die Stärkung der örtlichen Wirtschaft und die Verbesserung der sozialen Lagen im Gebiet. So werden interkulturelle Begegnungsmöglichkeiten – häufig ohne große Investitionen – ebenso selbstverständlich beraten und vorbereitet wie gewerbliche Großprojekte, die Neugestaltung öffentlicher Räume, Altlastensanierungen oder Betriebsverlagerungen. Einige Projekte, z.B. die Umnutzung der ehemaligen Walzenmühle oder die Wiedernutzung des ehemaligen Schlachthofgeländes, haben eine eher gesamtstädtische Dimension, andere, wie z.B. die Herausbildung eines Stadtteilzentrums, zielen auf lokale Bedürfnisse.

In einem gemeinsamen Workshop mit Stadtverwaltung, externen Planern, Bürgerinnen und Bürgern der Neustadt sowie Kommunalpolitikern im September 1999 ist man übereingekommen, dass bei jeder Erneuerungsmaßnahme im Stadtteil – auch anstehenden Großinvestitionen – für die Lebensqualität in der Neustadt »etwas hängen bleiben muss«! Diese Grundhaltung spiegelt sich in dem gut zwei Jahre später fertiggestellten integrierten Handlungskonzept mit mehr als 120 Projekten wider.

4. Schlüsselprojekte

Zweifellos wird eines der wichtigsten Projekte, das voraussichtlich den gesamten Sanierungszeitraum begleiten wird, die *Heranführung des Stadtteils an die Förde* sein. Hierfür ist zunächst die Schaffung eines öffentlichen Platzes direkt am Ufer vorgesehen. An der Stelle ist jedoch zuvor ein fleischverarbeitender Betrieb zu verlagern und Grunderwerb zu tätigen. Über das ehemalige Schlachthof-Gelände soll dieser Platz durch eine neu anzulegende Grünverbindung mit der Neustadt verbunden werden. Verhandlungen darüber sind fast abgeschlossen. Skizzen liegen vor, aber es wird noch ein bis zwei Jahre dauern, bis erste Entwicklungen sichtbar sind.

Dagegen ist ein anderes umfangreiches und impulsgebendes Projekt sehr weit fortgeschritten: die *Umnutzung der ehemaligen Walzenmühle*, die seit Ende der 90er-Jahre leer steht. Sie soll in ein kultur- und medienwirtschaftliches Dienstleistungszentrum umgestaltet werden. Auf etwa 7 000 qm Nutzfläche sind außerdem quartiersbezogene Einzelhandelsflächen im Erdgeschoss und loftartige Wohnungsangebote in den Obergeschossen vorgesehen. Als privates Projekt mit kommunaler Trägerschaft ist die Walzenmühle auch unter Management- und Bündelungsaspekten interessant: Bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund zehn Millionen Euro werden voraussichtlich 2,9 Millionen Euro aus der Regional- und 1,3 Millionen Euro aus der Städtebauförderung finanziert. Es entsteht ein Projekt, das die Neustädter Mischung innovativ ergänzt, indem das Kulturdenkmal des Mühlen-Ensembles erhalten bleibt und etwa 200 neue Arbeitsplätze entstehen.

Zur Sicherung einer stadtteilbezogenen Nahversorgung, des Wohnens und soziokultureller Angebote (z.B. Volkshochschule, Treffpunkte für Vereine) wird das kleinmaßstäbliche gründerzeitliche *Stadtteilzentrum* als »Herz« des gesamten Erneuerungsgebietes in Verbindung mit Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sowie der Gestaltung eines Stadtteilplatzes aufgewertet und entwickelt. Dazu zählen auch die Verbesserung der Erreichbarkeit durch zusätzliche Fuß- und Radwegeverbindungen, Maßnahmen zur Beseitigung von Leerständen und zielgruppenorientierte Beratungsangebote. Die Neugestaltung des öffentlichen Straßenraumes befindet sich seit Ende 2001 in der Durchführung.

Ein städtisches denkmalgeschütztes Gebäude, das früher als Sprachheilgrundschule genutzt wurde, wird zu einem *Jugendprojekthaus* für die langfristige Unterbringung von Gruppen in der Flensburger Neustadt umgebaut, die im sozialen Umfeld mit Kindern und Jugendlichen tätig sind. Seit Anfang 2001 waren die Teilnehmer des Programms »Freiwilliges Soziales Trainingsjahr« (FSTJ) im Gebäude untergebracht. Neben Betriebspraktika, gemeinnützigen kleinen Aktionen im Stadtteil und eigenen Lern- und Qualifizierungsabschnitten haben die mittlerweile etwa 25 Jugendlichen an vorbereitenden Arbeiten zur Sanierung des Gebäudes mitgewirkt. Im Laufe des Jahres wurden jedoch so umfangreiche konstruktive und bauliche Schäden am Gebäude festgestellt, dass das FSTJ im Herbst in ein nahe gelegenes Zwischenquartier umgesiedelt ist. Das Gebäude, dessen Umnutzung sehr stark vom Stadtteilmanagement mit unterstützt wird, ist aber längst zu einem



Der Umbau der Straße Neustadt markiert die neuen Perspektiven des Stadtteilzentrums.

Bildquelle: Stefanie Hagen, Stadt Flensburg

Die zur Zeit leer stehende Walzenmühle soll als kulturwirtschaftliches Zentrum genutzt werden.

Bildquelle: plankontor GmbH, Hamburg



Identifikationsmerkmal des gesamten sozialen Erneuerungsprozesses in der Neustadt geworden.

Der Lokale Aktionsplan, der dank des Programms »Lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie« seit Herbst 2001 für die Neustadt entwickelt wird, bietet die Chance, Jugendliche und junge Erwachsene in die Gestaltung und Entwicklung ihres Stadtteils einzubeziehen. Der Plan ist gleichzeitig ein Vernetzungsprogramm, denn er erfordert eine enge Abstimmung der vorhandenen und geplanten Aktivitäten zwischen Akteuren und Ämtern. Für die Zusammenarbeit wurde ein Netzbüro vom Fachbereich Jugend, Soziales und Gesundheit eingerichtet. Projekte, die von im Stadtteil agierenden Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen bisher geplant wurden, aber aufgrund knapper Ressourcen nicht weiter vorangetrieben wurden, werden über das Budget des lokalen Aktionsplanes unterstützt, neue Projekte auf den Weg gebracht und Impulse gegeben. Es werden insbesondere Projekte und Aktionen unterstützt, die die Belange von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Vordergrund stellen:

- Ziel des Projekts »Musikszene Neustadt« ist die Vernetzung einer Jazz-Band und einer Stadtteilband zur Förderung der Musikszene in der Neustadt. Jugendlichen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, die an Musik interessiert sind, steht eine komplette Musikerausstattung zur Verfügung, und sie haben über Musik die Chance, sich kennen- und verstehen zu lernen.

- »Neustadt: Mein Stadtteil« ist ein Fotoprojekt der Volkshochschule, das unter anderem Jugendliche dazu animiert, sich mit ihrem Stadtteil, den dort lebenden Menschen und der Geschichte des Stadtteils zu beschäftigen. Das Projekt eröffnet andere (liebevolle) Blicke auf die Neustadt und soll zu einer

Stadtteilgalerie oder Kulturwerkstatt für Jugendliche und junge Erwachsene entwickelt werden.

- Der »Offene Sport« mit dem Schwerpunkt Skating im Rahmen des lokalen Aktionsplanes ergänzt die vereinsgebundenen Sportangebote in der Neustadt und soll Jugendlichen, die nicht an Vereinsaktivitäten teilnehmen können (oder wollen), Chancen bieten, sich auszutoben, sich sportlich zu messen und sich sportlich miteinander zu beschäftigen.

- Ein bereits bestehender »Interkultureller Bazar« entspricht der Intention des Lokalen Aktionsplanes, Menschen unterschiedlicher Herkunft und Ethnien zusammenzubringen. Der Bazar soll weiterhin jährlich stattfinden und nun insbesondere Jugendliche als Mitarbeiter, Unterhalter und Besucher einbeziehen.

- Die »Raumbörse« soll alle Interessenten und potenziellen Anbieter von Räumen unter anderem für die Projekte des lokalen Aktionsplanes in der Neustadt vernetzen. Es handelt sich um einen zentralen Projektbaustein, da die Umsetzung vieler Projekte vom Raumangebot im Sinne von Ausstellungs-, Probe- oder Versammlungsräumen abhängt.

Das von der »Kindergarten Adelby GmbH« getragene Projekt »Schutzengel e.V.« ist ein partizipatives Projekt zur Unterstützung von Eltern und Kindern durch Frühförderungsmaßnahmen. Die Arbeit des Fördervereins Schutzengel beruht auf einer Vernetzung von Institutionen und Personen im Stadtteil und wird als Pilotprojekt vom Land Schleswig-Holstein, Jugendministerium, für zwei Jahre gefördert. Der »Schutzengel e.V.« hat sich zum Ziel gesetzt, durch rechtzeitige Hilfestellung Schäden und Behinderungen bei Kindern zu verhindern. Dies wird durch verschiedene Bausteine erreicht:

- Eine Familienhebamme, die an das Diakoniekrankenhaus angebunden ist, unterstützt junge Familien in der Neustadt in der Schwangerschaft sowie nach der Geburt, und zwar weit über die üblichen, durch die Krankenkassen finanzierten Hilfen hinaus. Die Hebamme übernimmt auch die präventive Frühbetreuung.

- Eine Diakonische Hausbetreuerin unterstützt junge Familien in Zusammenarbeit mit der Kirchengemeinde St. Petri bei der Bewältigung ihres Alltags.

- In einem Elterntreffpunkt, der vom Flensburger ArbeiterBauverein umgebaut und zur Verfügung gestellt wird, haben Eltern Gelegenheit, über ihre großen und kleinen Sorgen miteinander zu sprechen, Tipps zur Bewältigung des Alltags, zu Gesundheits- und Erziehungsproblemen zu geben und zu erhalten oder einfach miteinander zu reden.

Im Projekt »Spielraumanalyse« waren Kinder und Jugendliche als »Spielraumforscher«, in der Neustadt unterwegs und haben mit Hilfe der Kinder- und Jugendförderung der Stadt Flensburg ihr Wohngebiet untersucht und Möglichkeiten entdeckt, wo und wie sie sich im öffentlichen Raum aufhalten und spielen können. Vereine, Institutionen und interessierte Gruppen wurden von den »Spielraumforschern« in den Prozess mit einbezogen. Hieraus ergaben sich Aktionsvorschläge für Spielnischen, Spielecken, Spielplätze, Spielstraßen und Spielwege, einen Spielparkplatz, der zeitweise als Spiel- und Bewegungsfläche genutzt werden könnte, einen Pausenhofspielplatz, Spiel-

»Spielraumforscher«
 unterwegs in der Neustadt
 Bildquelle: Sylvia Schröder,
 Stadtteilmanagement
 Flensburg-Neustadt

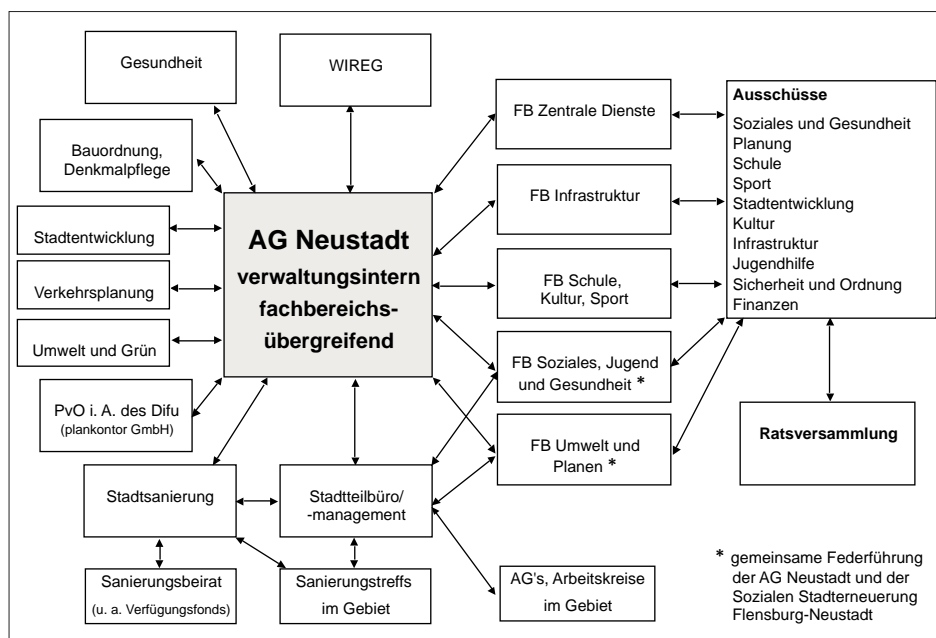


lücken – Baulücken und andere brachliegende Flächen –, die vorübergehend für Freizeitaktivitäten genutzt werden könnten und nicht verplantes, natürliches Spielgelände, Spielwiesen, Spielwald, Spielwasser und Spielstrand sowie Sporträume und spezielle Jugendräume. Die Aktionsvorschläge werden jeweils individuell geprüft und mit dem integrierten Handlungskonzept abgestimmt. Ein erstes Projekt ist am 26.11.2001 eingeweiht worden: Der Spielplatz Michelsenstraße, der lange verwaist war, wurde von Kindern und Jugendlichen unter Moderation einer Planerin in einem Workshop umgeplant. 18 Kinder im Alter von sieben und zwölf Jahren, die in der Umgebung des Spielplatzes wohnen, konnten ihre Vorstellungen für diesen Spielplatz verwirklichen. Während der intensiven Arbeitsphase im Workshop haben die Kinder nicht nur ihre eigenen Ideen einbringen können, sie haben auch gesehen, dass es Spaß macht, gemeinsam an einem Thema zu arbeiten. Sie haben sich im Workshop als sozial kompetent erwiesen und (vielleicht?) neue Freunde gefunden.

5. Organisation und Management

Seit Beginn der Vorbereitenden Untersuchungen im Jahr 1998 wird der Sanierungsprozess in der Neustadt verwaltungsintern durch die *ressortübergreifende AG Neustadt* begleitet, die monatlich tagt. In der AG werden inhaltliche Anforderungen an die soziale Stadterneuerung, die städtebauliche Rahmenplanung und andere Fachbeiträge (z.B. Spielraumanalyse) sowie alle relevanten Einzelprojekte diskutiert. Regelmäßig wird aus der Arbeit des Stadtteilbüros berichtet.

In der zweiten Jahreshälfte 2001 wurde nach ersten Erfahrungen mit dem Programm Soziale Stadt – und nicht zuletzt auch nach intensiver Diskussion über den von der Programmbegleitung-vor-Ort vorgelegten Zwischenbericht – festgelegt, dass in Zukunft die beiden Verwaltungsfachbereiche »Umwelt und Planen« und »Jugend, Soziales, Gesundheit« gemeinsam und gleichberechtigt die Federführung für das Modellprojekt »Soziale Stadt/Flensburg-Neustadt« haben, vertreten durch die Leitung der Fachabteilung Sanierung und eine Stabsstelle zur Koordination von Sozialplanung. Die gemeinsame Federführung beinhaltet auch die Leitung der AG Neustadt, die Finanzpla-



AG Neustadt
 Grafik: plankontor GmbH,
 Hamburg

nung für das Modellgebiet einschließlich der Bemühungen um Ressourcen- und Programmbündelung sowie die Außenvertretung des Gesamtprojektes und die Aufgabenkoordination des Stadtteilmanagements.

Neben der Leitung nehmen an der AG Neustadt kontinuierlich mehrere Fachvertreter aus dem Fachbereich »Umwelt und Planen«, ein Vertreter des Bereichs Gesundheit aus dem Fachbereich Soziales, Jugend und Gesundheit, das Stadtteilmanagement, ein Vertreter der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WIREG) sowie jeweils ein Vertreter der übrigen beteiligten Fachbereiche teil. Je nach Einzelfall kommen weitere Fachvertreter oder auch Akteure aus der Neustadt hinzu.

Für die Steuerung von Einzelprojekten gilt, dass Einzelprojekte in fachbereichseigener Verantwortung und unter Hinzuziehung der jeweils notwendigen Kooperationspartner aus der übrigen Verwaltung vorangetrieben werden, diese jedoch in der AG Neustadt sowie im Sanierungstreff diskutiert werden. Einen besonderen Stellenwert haben diejenigen Projekte, in denen eine bauliche Sanierung und soziale Initiativen zusammengeführt werden, z.B. das Jugendprojekthaus. Hier sind Projektverantwortliche und Stadtteilmanagement gefordert, Bauplanung, Beteiligung und soziale Interessen auf einem neuen Qualitätsniveau derart in Einklang zu bringen, dass die erwünschten positiven Effekte auf den gesamten Erneuerungsprozess der Neustadt auch tatsächlich erreicht werden.

Das Stadtteilmanagement mit seinem Stadtteilbüro bildet die Schnittstelle zwischen Bevölkerung, Eigentümerinnen und Eigentümern, Gewerbetreibenden, sozialen Akteuren und Vereinen sowie der Verwaltung. Die von der Stadt beauftragten Stadtteilmanagerinnen sehen ihre Aufgabe darin, die Bevölkerung über die soziale Stadtteilentwicklung zu informieren, Meinungen, Ideen und Wünsche aufzunehmen und unter anderem in die AG Neustadt



Umplanung des Spielplatzes
Michelsenstraße in einem
Workshop mit Kindern und
Jugendlichen
Bildquelle: Sylvia Schröder,
Stadtteilmanagement
Flensburg-Neustadt

weiterzuleiten, Initiativen zur Weiterentwicklung des Stadtteils aufzugreifen und geplante Projekte in Abstimmung mit den Beteiligten durch Vermittlung von Know-how, Kontakten, Ressourcen und Fördermitteln bis zur Realisierung zu begleiten.

6. Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Die *Aktivierung und Beteiligung* der Quartiersbevölkerung und Stadtteilakteure wird im Wesentlichen von den im Gebiet tätigen und/oder ansässigen sozialen Akteuren, durch die Fachbereiche Umwelt und Planen sowie Soziales, Jugend und Gesundheit der Stadt Flensburg sowie das Stadtteilmanagement initiiert und getragen. Aktivierung und Beteiligung finden auf der informellen wie auch auf der eher formellen Ebene statt.

Auf der informellen Ebene sind seit Beginn der Umsetzung des Programms »Soziale Stadt« Vertrauen gewonnen und Kontakte geknüpft worden, die dazu führen, dass sich Menschen im Rahmen der Sozialen Stadt engagieren. So hat die Teilnahme des Stadtteilmanagements am Neujahrsempfang einer Moschee im Gebiet dazu geführt, dass sich ein interreligiöser Arbeitskreis sowie ein Gesprächskreis muslimischer und evangelischer Frauen mit Alltagsfragen des Zusammenlebens und religiösen Fragen beschäftigten. Stadtteilstefte, Spiel- und Spaßtage und andere Aktionen haben dazu beigetragen, dass insbesondere sozial benachteiligte Menschen eine Chance zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhalten und sich zwanglos über die Soziale Stadt informieren können. **Das** zentral gelegene Stadtteilbüro ist im Rahmen der sozialen Stadtteilentwicklung zu einer rege genutzten Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger geworden. Hier wird über aktuelle Vorhaben und Entwicklungen in der Neustadt informiert, und es finden informelle Gespräche genauso statt wie Einzelfallberatungen. Bürgerinnen und Bürger können ihre Ideen zum Quartier einbringen, hier werden Kontakte zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Gruppen, Vereinen und Initiativen hergestellt, und es wird über soziale und kulturelle Angebote informiert.

Neben dieser eher informellen Aktivierung und Beteiligung hat das im Stadtteilbüro ansässige Stadtteilmanagement eine Reihe von stadtteilweiten, thematisch orientierten Arbeitskreisen ins Leben gerufen: AK Soziales, islamisch-evangelischer Gesprächskreis, türkisch-deutscher Frauenkreis, AK Wohnen und Wohnumfeld, AK Gewerbe. Diese Arbeitskreise sind über das Stadtteilmanagement mit der verwaltungsinternen AG Neustadt verknüpft. Über die AG Neustadt gelangen die Interessen, Vorstellungen und Projektideen der Arbeitskreise im Stadtteil zum Sanierungstreff, zum stadtweiten Sanierungsbeirat sowie zu den politischen Ausschüssen.

Neben den vom Stadtteilmanagement angeregten Arbeitskreisen haben sich bereits vor Beginn der Umsetzung des Programms »Soziale Stadt« die im Gebiet ansässigen Einrichtungen aufgrund drängender sozialer und ökonomischer Fragestellungen und Probleme zum Arbeitskreis Flensburg-Nord (AKFN) zusammengeschlossen. Auch hier wird über Projekte diskutiert, die dem sozialen Leben und der Beteiligung in der Neustadt zum Aufschwung verhelfen.



Das zentral gelegene
Stadtteilbüro: Anlaufstelle für
die Stadtteilbevölkerung
Bildquelle: plankontor GmbH,
Hamburg

Ebenfalls vor Beginn der sozialen Stadterneuerung hatte sich eine Interessengemeinschaft von Geschäftsleuten aus der Straße Neustadt zur IG Neustadt zusammengeschlossen. Sie setzt sich intensiv für eine Verbesserung der Geschäfts- und Arbeitslage in der Neustadt ein.

Alle drei Monate findet der so genannte Sanierungstreff statt. Er wendet sich an die gesamte Bevölkerung der Neustadt. Den Vorsitz führt ein Ratsmitglied, das in der Neustadt wohnt. Es wird dreisprachig (türkisch, griechisch und deutsch) eingeladen. Der Sanierungstreff hat einen informativen Charakter. Es werden keine Beschlüsse gefasst, jedoch ein Meinungsbild erstellt, das über die verwaltungsinterne AG Neustadt an die politischen Ausschüsse weitergeleitet wird. Die relativ hohen Besucherzahlen (teilweise bis 150 Menschen) deuten auf Interesse und Hoffnung auf eine positive Entwicklung des Gebietes hin.

Aktivierende und beteiligende Funktion hat auch der Verfügungsfonds, der zunächst in Höhe von jährlich 15 000 DM für das Modellgebiet eingerichtet wurde. Über den Einsatz der Mittel entscheiden die drei für die Neustadt in den stadtweit tätigen Sanierungsbeirat entsandten Betroffenenvertreter (IG Neustadt, Arbeitskreis Flensburg-Nord, Mieterforum).

Begleitet wird die Aktivierung und Beteiligung durch *Öffentlichkeitsarbeit* wie Pressemitteilungen, Flyer, Rundbriefe, Plakate und die Neustadt-News,

ein Magazin von und für Jugendliche im Stadtteil. Mitte 2002 soll eine Stadtteil-Broschüre veröffentlicht werden, die die Rahmenplanung, die Grundzüge des Integrierten Handlungskonzeptes sowie erste Maßnahmen und Hinweise auf Beteiligungsangebote enthält. Es ist geplant, diese Broschüre dann regelmäßig fortzuschreiben.

7. Fazit: Hier tut sich was!

Unter dem Motto »Flensburg-Neustadt – Hier tut sich was!«, das alle Veranstaltungen im Stadtteil begleitet, ist die soziale Stadterneuerung der Neustadt auf einem sehr guten Weg. Die Bündelung des klassischen Sanierungsprogramms mit dem Programm Soziale Stadt setzt für den mischgenutzten Gründerzeit-Stadtteil mit seinen spezifischen Potenzialen und Chancen wichtige Impulse und wirkt in vieler Hinsicht innovativ. Die Koordinations- und Vernetzungsstrukturen vor Ort sowie die horizontalen und vertikalen Kommunikations- und Entscheidungswege – nicht zuletzt die gemeinsame Federführung der Ressorts Planen/Bauen und Soziales/Jugend/Gesundheit – wirken sich Erfolg versprechend in Richtung einer integrierten und sozialorientierten Stadtteilentwicklung aus.

Auch auf der Projektebene wird dies inzwischen sichtbar und spürbar. Die Umgestaltung des nördlichen Teils der Neustadt, die Umnutzung der Walzenmühle zu einem kultur- und medienwirtschaftlichen Dienstleistungszentrum sowie der ehemaligen Sprachheilgrundschule zu einem Jugendprojekthaus, die Projekte Schutzengel sowie Ergebnisse der Spielraumanalyse und des lokalen Aktionsplans bewirken, dass über die Neustadt inzwischen mit Anerkennung gesprochen wird. Die Wohnungswirtschaft entdeckt die Neustadt als Ort für neue Investitionen. Es besteht eine Nachfrage nach Raum für Handel, Gastronomie und Dienstleistung, die sich stabilisierend und ordnend auswirken wird. Dabei sind ausreichend Potenziale für soziale und gemeinwesenorientierte Projektansätze gegeben, die im Ergebnis bereits zu einer Verbesserung des Images der Neustadt geführt haben. Das Stadtteilbüro hat sich zu einem kommunikativen Dreh- und Angelpunkt im Stadtteil entwickelt.

Zurzeit ist ein großer Teil der finanziellen Mittel an teure, eher klassische investive Sanierungsprojekte gebunden, wie Straßenbau, Grunderwerb und Gebäudeumnutzungen. Dies markiert notwendigerweise den Anfangspunkt der Stadterneuerung. Über den lokalen Aktionsplan oder auch aus stadtteilbezogenen Arbeitskreisen entwickelt sich aber die Notwendigkeit, künftig auch gemeinbedarfsorientierte und kommunikative und weitere den Zielen der Sozialen Stadt entsprechende, nachhaltig wirkende Projekte und Ideen finanziell abzusichern. Bündelung von Ressourcen bedeutet hier nicht nur, Geldströme aus verschiedenen Programmen zu verbinden, sondern auch Personalstunden und Know-how, Ehrenamt und Engagement einzubringen. Um diesen Prozess zu verstetigen, sind weiterhin intensive Diskussionen zwischen allen Beteiligten (auch z.B. mit dem Land Schleswig-Holstein und dem Arbeitsamt) zu führen. Einerseits müssen fachübergreifende Projektansätze

präzise ausformuliert werden, andererseits müssen aber auch bestehende Programme oder Förderrichtlinien angepasst und manchmal neu interpretiert werden.

Für die Neustadt wird ein großer Teil der angesprochenen Projekte in 2002/2003 zum Tragen kommen. Darüber hinaus ist geplant, kurzfristig das Thema »Wohnen in der Neustadt« zu intensivieren. Es bleibt aber festzuhalten, dass bei allen Anstrengungen der Prozess der integrierten Stadterneuerung in der Neustadt gerade erst begonnen hat und spürbar geworden ist. Die Beteiligten haben gelernt zu kooperieren und werden durch erste Erfolge bestätigt.

Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord

Klaus Austermann

Marcelo Ruiz

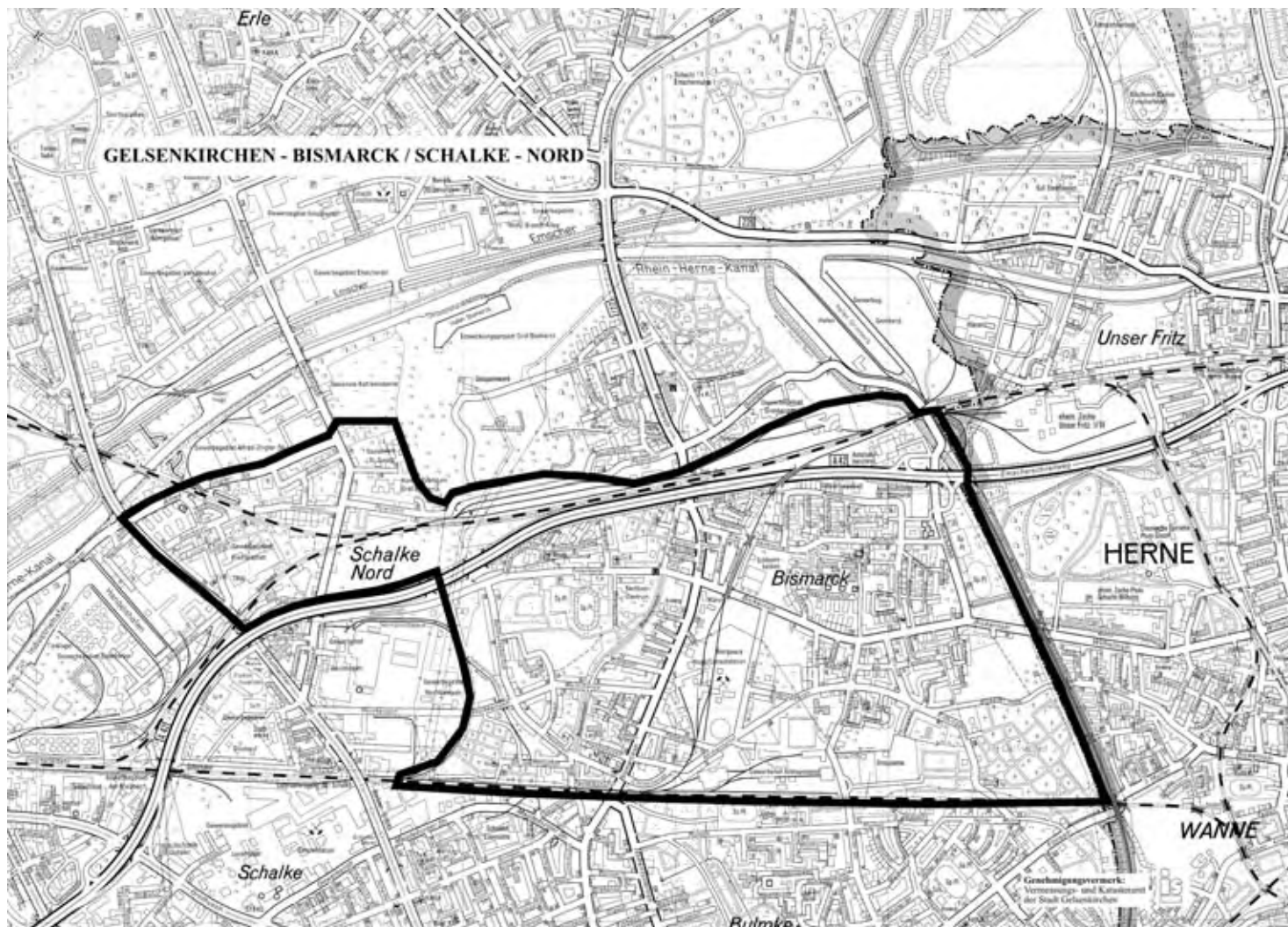
Matthias Sauter

Ende 1994 wurden große Bereiche der benachbarten Gelsenkirchener Ortsteile Bismarck und Schalke-Nord auf Antrag des Rates der Stadt in das ressortübergreifende Handlungsprogramm »Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf« der nordrhein-westfälischen Landesregierung aufgenommen. Seither wurden im Programmgebiet unter Federführung des Stadtplanungsamtes und mit dem 1995 eröffneten Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord vielfältige Erneuerungsaktivitäten initiiert, die darauf abzielen, die ökonomische, soziale und städtebauliche Situation in den beiden Ortsteilen nachhaltig zu verbessern und neue Perspektiven für die dort lebenden Menschen zu schaffen. 1999 wurde Bismarck/Schalke-Nord zudem für das Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« ausgewählt, das inhaltlich-programmatisch eng an das NRW-Handlungsprogramm angelehnt ist und in Nordrhein-Westfalen daher mit diesem quasi synchron realisiert wird. Beide Programme ermöglichen zusammen mit verschiedenen anderen Förderprogrammen von Land, Bund und EU eine zielgerichtete und umfassende Erneuerungsstrategie für Bismarck/Schalke-Nord.

1. Gebietscharakter

Die Ortsteile Bismarck und Schalke-Nord spiegeln in nahezu idealtypischer Weise die wechselvolle Industrie- und Siedlungsgeschichte des nördlichen Ruhrgebiets wider. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich dieser Raum von einer dünn besiedelten Agrarlandschaft in kürzester Zeit zu einem bedeutenden Bergbau- und Stahlstandort. Wichtigste Motoren der Stadtteilentwicklung und zugleich größte Arbeitgeber waren über viele Jahrzehnte hinweg die beiden Bergwerke Consolidation und Graf Bismarck, die 1863 bzw. 1869 gegründet wurden. Mit der Ansiedlung weiterer großer Industriebetriebe entstand der für das Ruhrgebiet typische Verbund von Kohle, Eisen, Chemie und Gas. Mit der Krise der deutschen Montanindustrie ab den 1960er-Jahren wurde das gesamte Ruhrgebiet von einem tief greifenden wirtschaftlichen Strukturwandel erfasst, der Bismarck und Schalke-Nord bis heute prägt und belastet. Den symbolträchtigen Höhepunkt dieser Abwärtsentwicklung bildete 1995 die Stilllegung des Bergwerks Consolidation 3/4/9, durch die rund 4 000 Arbeitsplätze verloren gingen.

Heute ist das Programmgebiet gekennzeichnet durch einen hohen Anteil altindustrieller Brachflächen und ein Nebeneinander kleinteiliger Siedlungsstrukturen mit sehr unterschiedlichen Qualitäten hinsichtlich Baualter, Bauform, Geschoszahl, Wohnstandard, Eigentumsform und Wohnumfeld. Während sich einige vorwiegend aus Reihen-, Ein- oder Zweifamilienhäusern bestehende Wohngebiete in einem zufrieden stellenden Zustand befinden, weisen andere Quartiere, besonders die Bereiche rund um das Zechen-



gelände Consolidation, eine schlechte Wohnqualität und ein mangelhaftes Wohnumfeld auf. Wegen der damit verbundenen relativ geringen Mieten ist in diesen Quartieren eine deutliche Konzentration von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen – unter ihnen viele Migranten – zu verzeichnen (»residenzielle Segregation«).

Das Programmgebiet wird in Ost-West-Richtung von der Autobahn A 42 und einer parallel verlaufenden Schienenstrecke durchschnitten, die zusammen eine funktionsräumliche Trennung der Ortsteile Bismarck und Schalke-Nord bewirken. Nord-südlich am Consolidation-Gelände entlang führt mit der Bismarckstraße (B 227) eine viel befahrene Verkehrsachse, die ebenfalls wie eine Barriere wirkt. Die früher starken Immissionsbelastungen des Gebiets sind durch den Niedergang der Montanindustrie zwar deutlich gesunken. Nach wie vor unterliegen die Wohngebiete jedoch einer relativ starken Schadstoffimmission durch die hohe Verkehrsdichte. Beeinträchtigt wird die Umweltsituation zudem durch Altlasten auf den Industriebrachen, die allerdings mittlerweile zum Teil saniert oder zumindest gesichert wurden.



Schrägluftbild des Zechengeländes Consolidation und umliegender Bereiche Bismarcks vor der Zechenstilllegung im Jahr 1995
Bildquelle: Stadt Gelsenkirchen, Amt für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung



Schrägluftbild des abgeräumten
Zechengeländes Consolidation
Bildquelle: Stadt Gelsenkirchen,
Amt für Stadtentwicklung und
Wirtschaftsförderung



Modellgebiet
im Stadtraum
Grafik:
ILS, Dortmund

2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Zu den zentralen Problemfeldern gehört die seit Jahren anhaltende deutliche Schrumpfung der Einwohnerzahl im Programmgebiet (derzeit 18 600) aufgrund der Deindustrialisierung. Mit 19 Prozent besitzt das Gebiet innerhalb Gelsenkirchens den höchsten Anteil ausländischer Bevölkerung (davon sind etwa 75 Prozent türkischer Herkunft), die im Vergleich zur deutschen Bevölkerung zudem ein deutlich geringeres Altersniveau aufweist. Gerade von den örtlichen Kindertageseinrichtungen und Schulen – in einigen Klassen sind mehr als 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler ausländischer Herkunft – müssen deshalb erhebliche Integrationsleistungen erbracht werden.

Die Schließung großer vor Ort ansässiger Industriebetriebe im Laufe der letzten Jahrzehnte schlägt sich in einer örtlichen Arbeitslosenquote von über 18 Prozent nieder. Dabei ist der Anteil von Langzeit-, nicht deutschen und jugendlichen Erwerbslosen besonders hoch. Ein lange vernachlässigtes Problem sind auch die geringen Erwerbsmöglichkeiten für (allein erziehende) Frauen. Die hohe Arbeitslosigkeit und der damit einhergehende Kaufkraft-rückgang haben zudem zu einer allgemeinen Schwächung des lokalen Gewerbes und Einzelhandels geführt.

Das Zusammenleben der Menschen ist zwar nicht durch offene Konflikte, aber doch häufig durch deutliche Abgrenzungen geprägt. Die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Alteingesessenen und neu Zugezogenen, zwischen deutschen und nicht deutschen Bevölkerungsgruppen, aber auch zwischen den verschiedenen ausländischen Gruppen sind mitunter span-

DEMOGRAPHISCHE UND SOZIALRÄUMLICHE MERKMALE

	Bismarck/Schalke-Nord	Gelsenkirchen
Größe	520 ha	10 500 ha
Einwohnerzahl (2000)	18 600	280 000
Bevölkerungsverlust (1996–2000)	4,4 %	3,9 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,5 Ew. (1999)	2,0 Ew. (2000)
Anzahl der Wohnungen	9 500 (1999)	140 900 (2000)
Leerstand	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Fluktuation	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Anteil der Wohngeldempfänger	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Arbeitslosenquote (2000)	über 18 %	16,1 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (2000)	7,0 %	6,7 %
Anteil der ausländischen Bevölkerung (2000)	19,0 % ¹	13,0 % ²
Anteil der unter 18-Jährigen (2000)	20,6 %	18,4 %
Anteil der über 60-Jährigen (2000)	23,5 %	26,1 %

nungrreich. Dies gilt besonders für einzelne kleinräumige Quartiere mit sehr hohen Anteilen an Migranten aus unterschiedlichen Kulturkreisen. Vor allem die (überwiegend türkischen) Migranten der zweiten und dritten Generation sind außerdem zunehmend durch Sprachprobleme in ihren schulischen und beruflichen Chancen beeinträchtigt.

Entwicklungspotenziale existieren in Bismarck und Schalke-Nord in mehrfacher Hinsicht. Zu nennen sind hier vor allem die großen Industriebrachen, für die derzeit allerdings – auch regional – ein Überangebot vorhanden ist. Insbesondere das Zechengelände Consolidation bietet nach inzwischen erfolgter Altlastensanierung bzw. -sicherung erhebliche Umnutzungsmöglichkeiten im Hinblick auf eine Diversifikation der lokalen Wirtschaftsstruktur. Neuansiedlungen von Unternehmen sind hier ebenso möglich wie die Expansion oder Umsiedlung bestehender Betriebe. Die gut erhaltenen Bergwerksgebäude auf dem Zechengelände bieten zudem Raum für neue kulturwirtschaftliche und soziokulturelle Einrichtungen. Weitere Möglichkeiten, die lokale Ökonomie zu stärken, liegen in der Förderung der kleinen und mittleren Handwerks- und Gewerbebetriebe sowie – mit gewissen Einschränkungen – in der Unterstützung der Bereiche »Dienstleistungen« und »ethnische Ökonomie«.

Ein nicht zu vernachlässigendes Potenzial des Programmgebiets sind seine innenstadtnahe Lage und die gute Verkehrsinfrastruktur sowie die damit verbundenen günstigen Bedingungen als Wohnstandort. Zu erwähnen ist zudem das in den letzten Jahren wesentlich erweiterte Angebot an stadtteilbezogenen sozialen und kulturellen Infrastruktureinrichtungen (z.B. Evange-

1 Der Anteil der türkischen Bevölkerung an der ausländischen Bevölkerung im Modellgebiet beträgt 78 Prozent.

2 Stadtweit beträgt der Anteil der türkischen Bevölkerung an der ausländischen Bevölkerung 60 Prozent.



Umbaumaßnahmen
am Alten Stall des Lahrshofs
Bildquelle: Stadtteilbüro
Bismarck/Schalke-Nord



Spielende Kinder auf dem
neu errichteten Spielplatz am
Gesundheitshaus Lahrshof
Bildquelle: Stadtteilbüro
Bismarck/Schalke-Nord

lische Gesamtschule, Gesundheitshaus Lahrshof, Begegnungsstätte Haverkamp), von denen wichtige Impulse für das Stadtteilleben ausgehen. **Mit** dem 150 Jahre alten, denkmalgeschützten Lahrshof wurde ein bauhistorisch wertvolles Fachwerkensemble erhalten und für soziale Infrastruktureinrichtungen (Gesundheitshaus, Tageseinrichtung für Kinder, Jugendberufshilfeeinrichtung) umgebaut.

3. Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte

Auf Initiative des Stadtplanungsamtes erfolgten Ende 1994 die Auswahl und Abgrenzung des Programmgebiets für das nordrhein-westfälische Landesprogramm »Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf«. Basierend auf Projektvorschlägen mehrerer städtischer Ämter wurde zunächst ein Sofortprogramm aus kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen (unter anderem die Einrichtung des Stadtteilbüros) initiiert. Anfang 1995 folgte dann die Erarbeitung eines Handlungsrahmens und dessen Diskussion in Politik und Verwaltung. Am 30.3.1995 wurde dieses Stadtteilprogramm Bismarck/Schalke-Nord schließlich durch den Rat der Stadt Gelsenkirchen als konzeptionelle Grundlage für die Erneuerungsmaßnahmen der darauf folgenden Jahre beschlossen. Im Laufe des Erneuerungsprozesses wurde das Handlungskonzept von 1995 weiterentwickelt. Dabei wurden die Spielräume, die das Landesprogramm hinsichtlich der Einbeziehung unterschiedlicher Akteursgruppen und der Verknüpfung verschiedener Handlungsfelder gewährt, systematisch genutzt und mit Inhalt gefüllt. **Charakteristische Elemente** des wesentlich auf Bewohnerbeteiligung und Vernetzung der Akteure beruhenden ressortübergreifenden Stadtteilprogramms sind neben der Reaktivierung der Industriebranche Consolidation

ERNEUERUNGS- UND ENTWICKLUNGSZIELE FÜR BISMARCK / SCHALKE-NORD

- Sanierung und Wiedernutzung der Industriebrache Consolidation
- Bau der Evangelischen Gesamtschule
- Förderung der lokalen Ökonomie (Schaffung von Arbeitsplätzen, Ansiedlung neuer und Stabilisierung vorhandener Betriebe)
- Schaffung von zusätzlichen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen (eingebettet in die verschiedenen Projekte des Programms)
- Aufwertung der Bismarckstraße als Einkaufsstraße
- Räumliche Integration von Wohnen und Arbeiten (z.B. auf dem Consolidation-Gelände)
- Verbesserung des Wohnungsbestands und Schaffung neuen Wohnraums
- Aufwertung des Wohnumfelds (unter anderem durch verkehrsberuhigte Zonen, Grünwegeverbindungen, Umbau von Spielplätzen, Schulhöfen usw.)
- Umwandlung der Obdachlosenunterkünfte in reguläre Sozialwohnungen
- Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur und der sozialen Hilfsangebote
- Vernetzung der vorhandenen Aktivitäten und Angebote (unter anderem durch die Öffnung von Schulen, Kindertagesstätten und anderen öffentlichen Einrichtungen sowie durch die Koordination der örtlichen Initiativen und Vereine)
- Bewohneraktivierung durch Nachbarschafts- und aufsuchende Sozialarbeit
- Bewohnerbeteiligung an der Projektplanung und -umsetzung

umfangreiche Stadterneuerungsprojekte unter gezielter Einbindung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Eine wichtige Rolle spielen darüber hinaus die Entwicklung der lokalen Ökonomie, die Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie die koordinierte Umsetzung verschiedener sozial-integrativer Projekte. Statt eines ausformulierten Leitbilds bzw. einer transparenten Strategie liegt der Erneuerung in Bismarck/Schalke-Nord eher eine Art übergreifende Planungsphilosophie der relevanten Projektakteure zugrunde. Diese ist gekennzeichnet durch ein gemeinsames Verständnis von bestimmten Qualitäten und Standards integrierter Stadtteilerneuerung, die bei der Entwicklung der einzelnen Projekte berücksichtigt werden sollen. Danach muss Stadt(teil)entwicklung insbesondere

- in kleinen Schritten und unter Ausnutzung endogener Potenziale erfolgen;
- auf bewohner- und sozialraumorientierten Strategien basieren;
- sich wesentlich am Aufbau lokaler Partnerschaften orientieren.

4. Schlüsselprojekte

Seit 1995 wurde in Bismarck/Schalke-Nord mithilfe umfangreicher öffentlicher und privater Finanzmittel – 126,8 Millionen DM allein zwischen 1995 und 1999 – eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten initiiert. Einen Eindruck davon vermittelt die folgende Übersicht. Drei dieser Projekte haben für das Stadtteilprogramm eine strategische Schlüsselfunktion: die Wiedernutzung des Zechengeländes Consolidation, der Bau und Betrieb der Evangelischen Gesamtschule als Stadtteilschule sowie die Umgestaltung und Aufwertung der Bismarckstraße. Diese »Leitprojekte« werden durch einen Verbund von zahlreichen, oft kleinteiligen Maßnahmen ergänzt, die im

AUSWAHL VON PROJEKTEN IN BISMARCK / SCHALKE - NORD

seit 1995	Umnutzung der ehemaligen Schule Paulstraße zum Projektehaus mit Sitz des Stadtteilbüros (Ausbau zu einem Migrantenzentrum 2001/02)
seit 1995	vielfältige integrierte Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen mit jährlich rund 100–150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern
seit 1995	zahlreiche Stadterneuerungsmaßnahmen mit Bewohnerbeteiligung (unter anderem Haus- und Hofflächenprogramm, Verbesserung der Verkehrssituation in Wohngebieten)
seit 1995	Öffnung von drei städtischen Kindertageseinrichtungen für bewohnergetragene Aktivitäten
seit 1996	Projekt JULIUS B. – Jung sein und leben in unserem Stadtteil Bismarck/Schalke-Nord
seit 1996	beteiligungsorientiertes Schulhofprogramm zur ökologischen Neugestaltung von sechs Schulhöfen
1996–1997	Projekt der IBA Emscher-Park »Einfach und selber bauen« an der Laarstraße mit 28 Selbsthilfe-Häusern
seit 1997	Sprachförderung in Tageseinrichtungen für Kinder und in Grundschulen
seit 1997	beteiligungsorientiertes Spielplatzprogramm zur Umgestaltung von verschiedenen Spielplätzen
1997–2000	Umbau des denkmalgeschützten Fachwerkgebäudes Lahrshof zum Gesundheitshaus Bismarck mit Kindertagesstätte und Jugendberatungsstelle
1997–1999	IBA-Projekt Neubau der Evangelischen Gesamtschule Bismarck
seit 1998	Büro für Wirtschaftsentwicklung (BfW) zur Unterstützung der lokalen Ökonomie
1998–2000	Umbau der städtischen Notunterkunft Adamshof zu regulären Sozialwohnungen
1999	Bau der Begegnungsstätte Haverkamp in ökologischer Bauweise
1999–2000	Bau der ersten Solarsiedlung des Ruhrgebietes an der Bramkampstraße mit 70 Häusern
seit 1999	Umbau der denkmalgeschützten Bestandsgebäude des Bergwerkes Consolidation 3/4/9 für verschiedene Theater- und Kultureinrichtungen
seit 1999	Soziale Arbeit und Einrichtung eines Bewohnertreffs in Schalke-Nord

Wesentlichen baulich-investive, sozial-integrative oder wirtschaftsfördernde Ziele verfolgen. Hinzu kommen Maßnahmen zur Prozesssteuerung, Bewohnerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit, die in erster Linie verfahrensspezifische Aspekte berühren. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor des Stadtteilprogramms liegt darin, dass es im Laufe der Jahre – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Engagements eines breiten Spektrums örtlicher Akteure – eine kontinuierliche Ergänzung und Qualifizierung erfahren hat.

Ein zentraler Ausgangspunkt für das integrierte Handlungskonzept war die geplante Revitalisierung des Bergwerksgeländes Consolidation – eines Großprojekts von erheblicher strukturpolitischer Bedeutung für die Gesamtstadt. Die Realisierung dieses Vorhabens erstreckt sich aufgrund der Größen-dimension und der Vielfalt der zu berücksichtigenden Interessen naturgemäß über einen relativ langen Zeitraum. Mittlerweile ist es jedoch gelungen, die unterschiedlichen Projektideen durch einen aufwändigen Abstimmungsprozess zwischen Stadtplanungsamt und Stadtteilbüro einerseits und Montan Grundstücksgesellschaft (MGG) und Ruhrkohle AG als Eigentümerin der Fläche andererseits in ein tragfähiges Rahmenkonzept münden zu lassen. Vorgesehen ist ein vielfältiges Nutzungsspektrum mit Wohnungsbau, Freizeitmöglichkeiten (Trendsportanlage, Stadtteilpark), Gewerbe, einem Fach- und einem Supermarkt, einer Moschee sowie verschiedenen



kulturellen und kulturwirtschaftlichen Nutzungen. Identifikationsstiftende und denkmalwerte Bauwerke, z.B. der Fördererturm und die Hängebank über Schacht 9, bleiben dabei erhalten.

Das zweite Leitprojekt des Stadtteilprogramms ist der Neubau und Betrieb der Evangelischen Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck. Mit dieser multi-kulturellen und ökologischen Schule wurde ein in mehrfacher Hinsicht innovatives Projekt realisiert. Der 1998 eröffnete Neubau – ein Projekt der IBA Emscher-Park – basiert auf einem architektonischen Konzept, das neueste ökologische Standards ebenso einbezieht wie die Öffnung der Schule für die Stadtteilbevölkerung. So dienen die Räumlichkeiten, die zum Teil unter Beteiligung der Kinder, Eltern und Lehrerschaft geplant und gebaut wurden, auch als kulturelles Zentrum und öffentliche Begegnungsstätte für den Stadtteil.

Im Gegensatz zu den beiden zuvor genannten Leitprojekten hatte die geplante Umgestaltung der Bismarckstraße im bisherigen Erneuerungsprozess nur eine nachgeordnete Bedeutung. Vorgesehen sind neben einer verkehrstechnischen Umgestaltung auch städtebauliche Maßnahmen, die eine Verbindung zwischen den bestehenden Quartieren und dem künftigen Ortsteilzentrum auf dem angrenzenden Zechengelände Consolidation schaffen sollen.

Neben den drei Leitprojekten besitzt die Stärkung der lokalen Ökonomie im Rahmen des Stadtteilprogramms eine herausgehobene Bedeutung. Vor diesem Hintergrund wurde 1998 im Rahmen eines Modellprojektes des Landes NRW das Büro für Wirtschaftsentwicklung (BfW) als eine Außenstelle des Amtes für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung eingerichtet. Im Mit-

Ein Lüftermaschinengebäude der ehemaligen Zeche Consol wurde in Trägerschaft des Vereins »forum kunstverein't« zu einem Kinder- und Jugendtheater mit Restaurant und Café umgebaut.

Bildquelle: Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord

Luftaufnahme der Evangelischen Gesamtschule mit den angrenzenden Wohnungsneubauprojekten »Solarsiedlung Bramkampstraße« und »Einfach und selber bauen« an der Laarstraße

Mit dem Neubau der Evangelischen Gesamtschule konnte ein in vielerlei Hinsicht zukunftsweisendes Projekt verwirklicht werden. Bildquelle: Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord



Das Stadtteilbüro
Bismarck/Schalke-Nord
Bildquelle: Stadtteilbüro
Bismarck/Schalke-Nord

1 Am 1.4.2001 begann mit einer Start- und Erprobungsphase die Vorbereitung auf eine Verwaltungsreform in Gelsenkirchen. Im Zuge der Einführung des »Neuen Steuerungsmodells« erfolgt eine Umstrukturierung von Dezernaten und Ämtern in Vorstandsbereiche, Fachbereiche und Referate. Zur besseren Verständlichkeit werden in diesem Beitrag noch die gewohnten Bezeichnungen »Dezernate« und »Ämter« verwendet.

telpunkt seiner Arbeit stehen neben der niedrig schwelligen Beratung und Unterstützung ansässiger Unternehmen – vor allem klein- und mittelständischer Einzelhandels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe – die Förderung von Existenzgründungen sowie der Aufbau von sich langfristig selbst tragenden Netzwerken und Kooperationen der wirtschaftlichen Akteure.

5. Organisation und Management

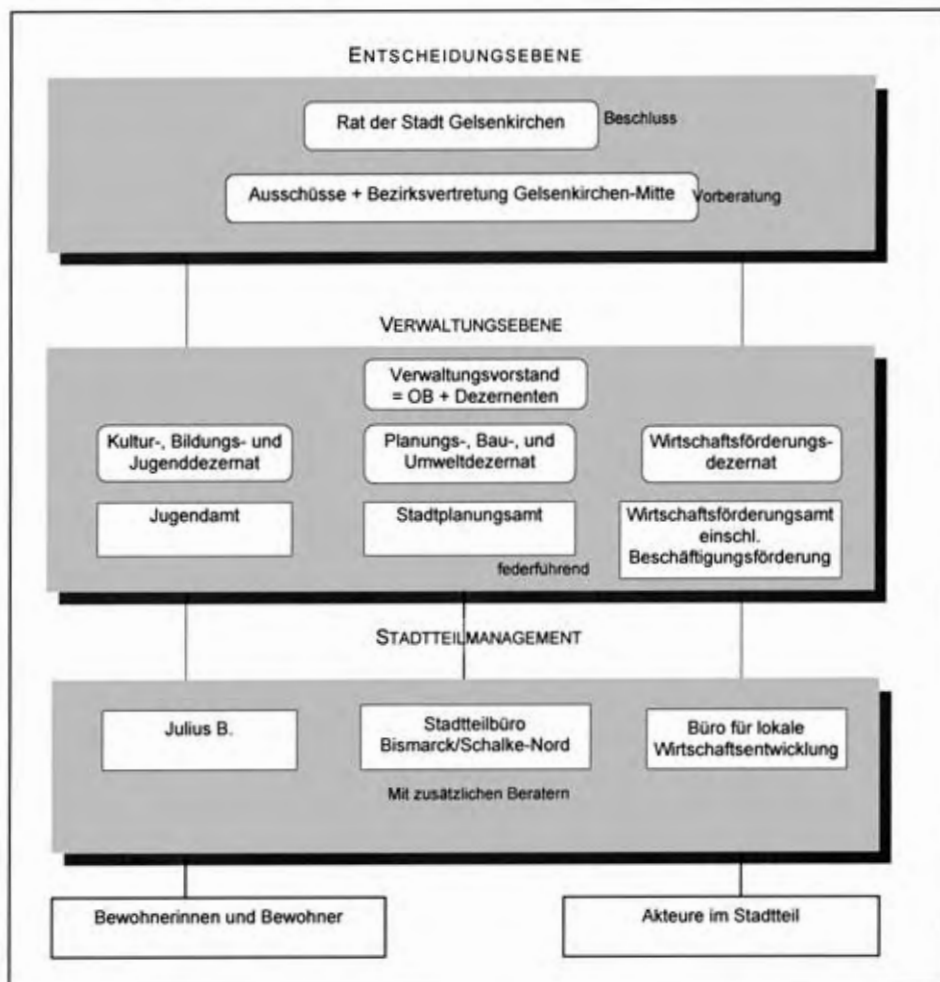
Zentraler Akteur im Programmgebiet ist das im Mai 1995 als ortsnahe Anlauf- und Koordinierungsstelle eingerichtete Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord. Träger der Einrichtung ist das Stadtplanungsamt. Damit wurde eine relativ verwaltungsnaher Lösung für die dezentrale Projektsteuerung gewählt, denkbar wäre schließlich auch eine Trägerschaft durch Wohlfahrtsverbände, Vereine oder andere nicht staatliche Organisationen. Bei der Trägerkonstruktion in Gelsenkirchen wurde gleichwohl darauf geachtet, dem Stadtteilbüro genügend Handlungsautonomie gegenüber den Ressorts der Regelverwaltung einzuräumen, damit Projekte und Ideen im Programmgebiet eigenständig und zeitnah umgesetzt werden können. Im Vergleich zu ähnlichen Einrichtungen ist das Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord zudem durch ein sehr umfassendes Verständnis von Stadtteilmanagement geprägt, denn es kümmert sich neben der Vernetzung der lokalen Akteure und der Beteiligung der Bewohnerschaft auch um die Programmplanung, Projektentwicklung und -koordination sowie die Bewirtschaftung der öffentlichen Fördermittel.

Das Stadtteilbüro arbeitet im Verbund mit zwei weiteren im Programmgebiet tätigen intermediären Akteuren, dem Büro für Wirtschaftsentwicklung (BfW) und dem Projekt Julius B. (»Jung sein und leben in unserem Stadtteil Bismarck/Schalke-Nord«), das vom Bauverein Falkenjugend e.V. getragen wird. Das Hauptaugenmerk von Julius B. liegt auf der sozialen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und der Vernetzung der sozial-integrativen Projekte des Stadtteilprogramms.

Für die gebietsbezogene Strategieplanung in der Verwaltungsspitze sind die jährlichen Projektsteuerungssitzungen von Bedeutung. Dort wird das Stadtteilprogramm zwischen Landes-, Regierungsbezirks- und Stadtebene abgestimmt. Darüber hinaus findet die verwaltungsinterne Abstimmung in einer einmal jährlich tagenden ämterübergreifenden Arbeitsgruppe statt. Alle das Stadtteilprogramm betreffenden Entscheidungen über Handlungsschwerpunkte, Projekte, Finanzen und Verträge werden vom Stadtteilbüro vorbereitet. Die Entscheidungen selbst werden je nach Bedeutung entweder vom zuständigen Dezernenten, vom Verwaltungsvorstand oder von den politischen Gremien der Stadt getroffen. Die jeweiligen Vorlagen zum Handlungskonzept (Förderanträge) werden einmal jährlich von der Bezirksvertretung und den Fachausschüssen des Rates vorberaten und anschließend vom Rat der Stadt beschlossen.

Auf Verwaltungsseite sind eine Reihe von Ämtern bzw. Fachbereichen in die Planung und Umsetzung des Stadtteilprogramms eingebunden¹. Zu nennen sind hier neben dem federführenden Stadtplanungsamt vor allem das Jugendamt und das Amt für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung (ein-

Organisation des Stadtteilprogramms



Quelle: Stadtteilbüro



Das Stadtteilbüro Bismarck/ Schalke-Nord ist Dreh- und Angelpunkt der örtlichen Erneuerungsaktivitäten. Bildquelle: Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord

schließlich der Koordinierungsstelle Beschäftigungsförderung). Hinzu kommen die Ämter für Kultur, Schulverwaltung, Liegenschaften, Grünflächen, Verkehr und Gesundheit, die ebenfalls als Projektentwickler/-träger, Bauherren oder Auftraggeber im Kontext der Erneuerung tätig sind. Darüber hinaus sind verschiedene Verwaltungsakteure je nach Zuständigkeit an themen-, zielgruppen- und quartierbezogenen Arbeitskreisen, Runden Tischen sowie an Projekt- und Baubesprechungen beteiligt. Diese Gesprächsrunden dienen unter anderem zur Abstimmung der verschiedenen Projekte und Maßnahmen mit Vertretern von Bewohnergruppen, Politik, Trägern und sonstigen gesellschaftlichen Gruppen.

Das zentrale gebietsbezogene Gremium, in dem sich die Verwaltung regelmäßig und themenübergreifend mit Stadtteilakteuren bespricht, ist der »Arbeitskreis Bismarck/Schalke-Nord«, der das Programm von Beginn an begleitet hat. In dieser etwa vierteljährlich unter Moderation des Stadtteilbüros ta-

genden Runde sind die freien Träger sozialer Arbeit, Vereine, Stadt- und Bezirksverordnete, die zuständigen Fachabteilungen der Verwaltung sowie weitere relevante Akteure und Institutionen aus den beiden Ortsteilen vertreten. Der Arbeitskreis dient vor allem dem Austausch von Informationen, z.B. über Projekte. Ebenso werden dort die jährlich neu zu beantragenden Stadtteilprogramme vorberaten.

6. Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Zu den wichtigsten Zielen des Stadtteilprogramms »Bismarck/Schalke-Nord« gehören die aktive Einbindung der örtlichen Bevölkerung in den Erneuerungsprozess und der Aufbau bewohner- und akteurgetragener Strukturen. Für die Organisation und Durchführung der verschiedenen Aktivierungs-, Beteiligungs- und Vernetzungsmaßnahmen sowie der gebietsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit ist vorrangig das Stadtteilmanagement zuständig. Dabei lassen sich fünf konzeptionelle Bausteine unterscheiden:

- Organisationen mit einem stadtteilbezogenen Partizipations- und Vernetzungsansatz (vor allem Stadtteilbüro, Projekt Julius B., Büro für Wirtschaftsentwicklung)
- Aktivierung der Nachbarschaft (vor allem »Bewohnertreff Schalke-Nord«, Initiative und Begegnungsstätte »Lebendiger Haverkamp«, Öffnung von Tageseinrichtungen für Kinder)
- Einzelprojekte und Teilprogramme mit umfangreichen Mitwirkungsmöglichkeiten (vor allem Schulhofprogramm, Spielplatzprogramm)
- öffentliche Veranstaltungen mit Informations- und Anhörungscharakter (Bürgerversammlungen usw.)
- kooperative Netzwerke mit Aktivierungs- und Beteiligungsfunktionen (vor allem Arbeitskreis Bismarck/Schalke-Nord, Forum der Vereine bzw. Forum 2000)

Stellvertretend für die genannten Bausteine werden im Folgenden einige Partizipationsansätze vorgestellt, die für die Stadtteilentwicklung besonders bedeutsam sind.

Bereits 1995 startete in Bismarck/Schalke-Nord das damals bundesweit einzigartige Projekt »Öffnung von Tageseinrichtungen für Kinder«, mit dem das Ziel verfolgt wurde, die beteiligten Einrichtungen auch außerhalb der Regelzeiten zu öffnen und damit ein zusätzliches Raum-, Freizeit- und Bildungsangebot für die örtliche Bevölkerung zu schaffen. Zu diesem Zweck wurden in drei städtischen Tageseinrichtungen zusätzliche Honorarkräfte eingestellt, die den Auftrag hatten, offene Nachbarschaftstreffs zu etablieren. In der Folgezeit sind in diesen Treffpunkten – mit jeweils unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten und Nutzergruppen – zahlreiche bewohnerorientierte Aktivitäten entstanden (z.B. Gesprächskreise, Bastelgruppen, Türkischkurse usw.), sodass es gelungen ist, die drei Tageseinrichtungen als Orte der Kommunikation und selbst bestimmten Freizeitgestaltung für das nachbarschaftliche Umfeld zu öffnen. Inzwischen werden die Angebote ohne zusätzliches Personal weitgehend in Eigenregie fortgeführt.



Die Beteiligungsaktionen im Rahmen eines Workshops und einer Spielplatzerneuerung im Stadtteil sind Beispiele für die zahlreichen Formen der Bewohnerbeteiligung in Bismarck/Schalke-Nord.
Bildquelle: Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord



Zu den bedeutenden beteiligungsorientierten Projekten gehört auch das »Schulhofprogramm«. Sein Ziel war es, die Hofflächen von sechs Schulen gestalterisch aufzuwerten und auf diesem Wege soziale Prozesse zu initiieren, die über die Schulen hinaus in den Stadtteil hineinwirken. Zu diesem Zweck wurde 1996 ein Landschaftsarchitekturbüro damit beauftragt, Schulkinder, Lehrerschaft und Eltern in die Planungs- und Baumaßnahmen einzubeziehen, indem für jede Schule maßgeschneiderte Gestaltungspläne für die Flächen entwickelt und auf Schulfesten und anderen gemeinsamen Treffen zur Diskussion gestellt wurden. Von 1997 bis 1999 erfolgte dann der naturnahe Umbau der Schulhöfe mit integrierten Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Im Rahmen von Bau-, Pflanz- und Spielaktionen wurden die Kinder, Lehrer und Eltern auch in dieser Phase aktiv beteiligt.

Zu den wichtigsten bewohnergetragenen Strukturen im Programmgebiet zählt der Dachverein »Forum 2000 Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord e.V.«, der im Jahr 2000 aus dem informellen Netzwerk »Forum der Vereine« hervorgegangen ist. Hauptziel des Forums ist es, die Zusammenarbeit der örtlichen Vereine und Initiativen langfristig zu sichern und auszubauen. Zu den Aufgaben des Forums gehört es, stadtteilbezogene Veranstaltungen und Aktionen durchzuführen, die örtlichen Vereine, Initiativen und Bewohnergruppen zu vernetzen und die Interessen der beiden Ortsteile in die Öffentlichkeit zu transportieren und gegenüber der Stadt aktiv zu vertreten. Das Forum, dem bis Februar 2001 bereits 22 Vereine beigetreten waren, wird gegenwärtig noch vom Stadtteilbüro und von Julius B. organisatorisch unterstützt, soll jedoch zukünftig auf eigenen Beinen stehen.

Zu den bewohnergetragenen Aktivitäten, die den positiven Stimmungswandel im Programmgebiet anschaulich verdeutlichen, zählen zwei große Stadtfeste, die seit 1996 bzw. 1997 alljährlich auf dem Bürgerplatz im Ortsteil Bismarck ausgerichtet werden: der »Internationale Weihnachtsmarkt« und die »Bürgerplatzparty« im Spätsommer. Ziel der beiden Veranstaltungen ist es unter anderem, die Stadtteilidentität zu stärken und Strukturen bürgerschaftlicher Selbstorganisation zu fördern. Für die Planung und Durchführung der Feste ist das Forum 2000 verantwortlich. Unterstützt durch das Stadtteilbüro und Julius B. sowie durch örtliche Einrichtungen organisieren die Forumsmitglieder dabei ein umfangreiches Animations- und Unterhaltungsprogramm, das durchschnittlich 4 000 bis 5 000 Bewohnerinnen und Bewohner aus beiden Ortsteilen erreicht.

7. Fazit: Die erfolgreiche Entwicklung in Bismarck/Schalke-Nord verstetigen!

In den vergangenen Jahren ist es in Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord gelungen, die örtlichen Lebensverhältnisse mithilfe von zahlreichen Maßnahmen und Projekten spürbar zu verbessern und neue Perspektiven für die dort lebenden Menschen zu schaffen. Wesentliche konzeptionelle und finanzielle Grundlagen für diese Erneuerungsaktivitäten bieten das NRW-Handlungsprogramm »Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf« und – seit 1999 – auch »Die So-

ziale Stadt«. Zudem ist es gelungen, in erheblichem Maß auch privates Kapital in die Stadtteilentwicklung einfließen zu lassen: Hier sind z.B. die umfangreichen Investitionen im Wohnungsneubau sowie für das Haus- und Hofflächenprogramm zu nennen. In besonderem Maße beruhen die Erfolge zudem auf dem Engagement und der Kooperationsbereitschaft der lokalen Akteure aus Vereinen, Verbänden, Initiativen, freien Trägern, Verwaltung, öffentlichen Einrichtungen, Kirchengemeinden und Politik. Die Mehrzahl der Aktivitäten, die während der letzten Jahre verwirklicht werden konnten, wäre ohne den Einsatz dieser haupt- und ehrenamtlich Tätigen nicht möglich gewesen.

Bei aller berechtigten Zufriedenheit mit dem Erreichten ist jedoch noch nicht sicher, ob die positiven Entwicklungen auch längerfristig Bestand haben werden. Dies gilt umso mehr, als die Bundes- und Landesförderung für das Stadtteilprogramm aller Voraussicht nach 2004 auslaufen und die zur Verfügung stehenden Fördermittel bis dahin kontinuierlich zurückgefahren werden. Deshalb sollten die verbleibenden Programmjahre vorrangig dazu genutzt werden, politische und organisatorische Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Qualitäten und Erfolge des Erneuerungsprozesses auch nach dem Ausscheiden aus den staatlichen Programmen nachhaltig gesichert werden können. In diesem Zusammenhang ist eine Reihe von wichtigen Fragen zu klären:

- Welche Ziele und Leitbilder werden für die Entwicklung von Bismarck/Schalke-Nord jenseits des Stadtteilprogramms gesehen? (»Entwicklungsperspektiven«)
- Wie lassen sich die bewohnergetragenen Strukturen so stärken, dass wichtige stadtteilbezogene Aktivitäten langfristig von Bewohnergruppen übernommen werden? (»Empowerment«)
- Wie kann es gelingen, die Ressourcen der Regelverwaltung gezielter als bislang zur Stabilisierung und Entwicklung von Bismarck/Schalke-Nord (und anderer benachteiligter Stadtgebiete) zu nutzen? (»Raumorientierung des Verwaltungshandelns«)
- Welche Aktivitäten/Funktionen des Stadtteilmanagements sollten auch nach dem Ende des Stadtteilprogramms aufrecht erhalten werden, um den Erneuerungsprozess zu verstetigen? Welche Organisations- und Finanzierungsformen sind hier denkbar? (»Nachbetreuung des Programmgebietes«)
- Welche Erfahrungen aus Bismarck/Schalke-Nord sollten für künftige Stadtteilprogramme in Gelsenkirchen genutzt werden? (»Erfahrungstransfer«)

Unabhängig von den konkreten Antworten auf diese Fragen muss es in Bismarck/Schalke-Nord – wie auch in den anderen »Stadtteilen mit besonderem Erneuerungs- bzw. Entwicklungsbedarf« – zudem darum gehen, den Ansatz der integrierten Stadtteilentwicklung in den nächsten Jahren aus dem exotischen Zustand eines »Sonderprojekts« in ein dauerhaftes, prioritäres und gesamtstädtisch angelegtes Handlungsfeld von Politik und Verwaltung zu überführen. Nur so kann es gelingen, die gesellschaftliche Integration aller Stadtbewohnerinnen und -bewohner zu gewährleisten und die soziale und räumliche Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen zu verhindern.

Halle – Silberhöhe

Stefan Geiss

Julia Kemper

Marie-Therese Krings-Heckemeier

1. Gebietscharakter

Halle-Silberhöhe ist im Vergleich zu anderen Plattenbausiedlungen in Ostdeutschland eine sehr große, sehr junge und sehr dichte Siedlung. Der 239 Hektar große Stadtteil wurde zwischen 1979 und 1989 in Plattenbauweise für die Beschäftigten der chemischen Kombinate BUNA und LEUNA auf vorwiegend landwirtschaftlich genutzten Flächen am südlichen Stadtrand erbaut. In den über 15 000 Wohnungen lebten zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung 39 000 Menschen. Silberhöhe ist der am dichtesten bebaute Stadtteil Halles.

Durch eine S-Bahn-Trasse von der übrigen Stadt getrennt und in weiten Teilen von Feldfluren und dörflichen Siedlungsbereichen umgeben, ist Silberhöhe ein eigenständiger, wenig mit dem übrigen Stadtgebiet verbundener Stadtteil. Markantes städtebauliches Kennzeichen sind zwei 22-geschossige Punkthochhäuser im nördlichen Teil der Siedlung.

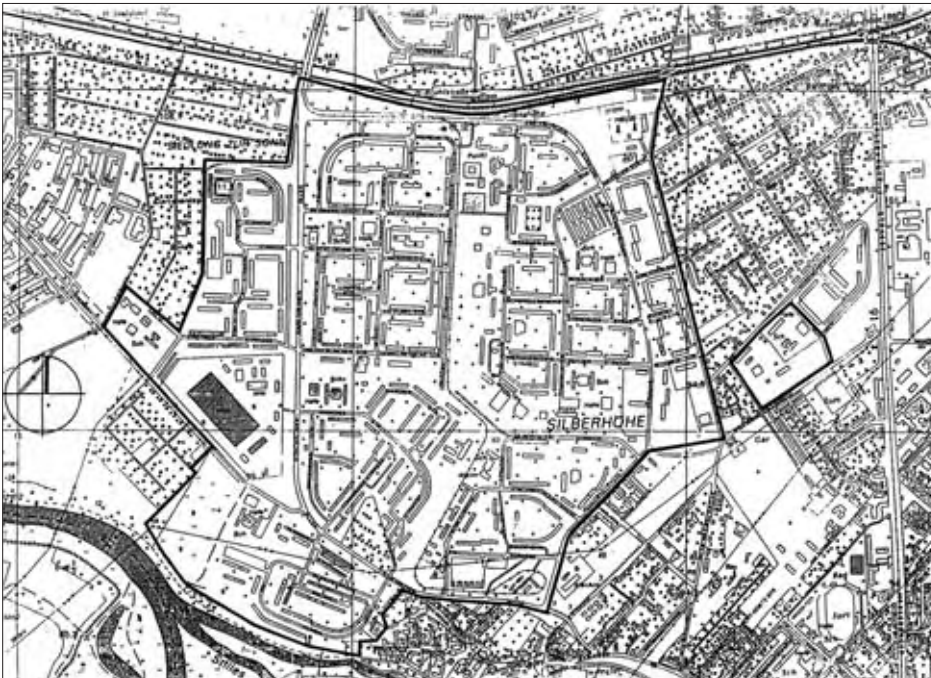
Silberhöhe ist in so genannte Wohnkomplexe unterteilt. Die Bezeichnung »Wohnkomplexe« ist jedoch irreführend, da es sich bei den Bauflächen zwar um durch Grünzüge und Straßen abgegrenzte, jedoch nicht um funktionell eigenständige oder gestalterisch differenzierte Einheiten handelt. Im Wesentlichen können zwei städtebauliche Situationen unterschieden werden: zum einen hochverdichtete Bereiche mit elfgeschossiger Bebauung vorwiegend an den Rändern der Wohnkomplexe, zum anderen weniger dichte und durchgrünte Bereiche mit fünfgeschossigen Gebäude im Inneren der Wohnkomplexe. Gebäude der öffentlichen Infrastruktur sind in die Wohnkomplexe integriert.

Zwar wurde im nördlichen Bereich der Siedlung ein kleineres Stadtteilzentrum mit öffentlichen Plätzen, Ladenzeilen und sonstigen Versorgungseinrichtungen geplant und teilweise gebaut, gemessen an der Größe der Siedlung erfüllt dieses heute – trotz der »Nachrüstung« mit Pavillon ähnlichen Ladengebäuden – seine Funktion nur noch eingeschränkt. Ein wesentlicher Teil der Einzelhandelsversorgung wird durch mehrere großflächige Einzelhandelsstandorte erbracht, die nach der Wende in den Randbereichen des Stadtteils errichtet wurden.

In vielen Quartieren des Stadtteils ist der mittlerweile hohe Wohnungsleerstand deutlich spürbar. Besonders in den höher verdichteten Bereichen stehen Gebäude teilweise komplett leer. Vielfach sind damit Imageverluste einzelner Siedlungsteile sowie der Siedlung insgesamt verbunden. Weniger stark vom Leerstand betroffen sind die modernisierten fünfgeschossigen Gebäude.



Halle-Silberhöhe –
zentraler Grünzug
Bildquelle: Stadt Halle,
Stadtvermessungsamt



Grenzen des Modellgebiets
Bildquelle: empirica, Berlin



Warten auf den Abriss –
leergezogener Elfgeschosser
Bildquelle: empirica, Berlin

Pilotprojekt für den
Gebäudeabbruch
Bildquelle: empirica, Berlin



2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Halle-Silberhöhe ist eine für die neuen Bundesländer typische Großsiedlung. Als Reaktion auf akuten Wohnungsmangel in der Spätphase der DDR errichtet, wies sie bereits zum Entstehungszeitpunkt städtebauliche Mängel auf. Die ursprünglich vorgesehenen Baudichten wurden überschritten. Gleichzeitig wurde der Stadtteil nicht fertig gebaut; z.B. wurde das südliche Zentrum, das einen großen Teil der Einzelhandelsversorgung sicherstellen sollte, nicht vollständig realisiert. Die Monofunktionalität als reine Wohnsiedlung ist in Halle-Silberhöhe bis heute spürbar, ablesbar z.B. an der nicht ausreichenden Infrastruktur – insbesondere in der Einzelhandelsversorgung. Zu DDR-Zeiten waren die Wohnungen in der Silberhöhe – im Vergleich zum Altbaubestand gut ausgestattet und modern – ausgesprochen begehrt. Eine Wohnung im »Neubau« war das erstrebenswerte Ziel vieler Haushalte. Entsprechend »gut« war die soziale Durchmischung des Wohngebiets. Aufgrund des vergleichsweise späten Bezugsdatums (zwischen 1979 und 1989) war die »Bindung« vieler Mieterinnen und Mieter sowie der Genossenschaftsmitglieder an den Stadtteil allerdings gering.

Auch in den ersten Jahren nach der Wende gingen viele Verantwortliche davon aus, dass »die Platte« ihren hohen Stellenwert bei der Wohnungsversorgung behalten würde. Parallel zum sich durch Neubau und Sanierung stark ausweitenden Wohnungsangebot wurde in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre jedoch deutlich, dass die Angebote an neuen Wohnformen und die wirtschaftliche Attraktivität anderer Regionen zu einem erheblichen Fortzug aus Silberhöhe führten. In allen Siedlungen dieses Typus ist der daraus resultierende Wohnungsleerstand das zentrale Problem. Betroffen sind nicht nur die Wohnungseigentümer, die zum Teil um ihre wirtschaftliche Existenz bangen, sondern auch die Bewohnerinnen und Bewohner. Diese müssen sich damit abfinden, in halb leeren Häusern zu wohnen, und sie erleben, wie gerade erst entstandene Versorgungsangebote aufgrund der schwindenden Kaufkraft wieder abgebaut werden.

DEMOGRAPHISCHE UND SOZIALRÄUMLICHE MERKMALE (2000)

	Silberhöhe	Halle
Größe	204 ha	13 499 ha
Einwohnerzahl	22 125	246 450
Bevölkerungsverlust (1995–2000)	37,3 %	12,7 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße	nicht verfügbar	1,98 Pers.
Anzahl der Wohnungen	15 215	151 443
Wohnungsleerstand	22,4 %	nicht verfügbar
Anteil der Wohngeldempfänger	nicht verfügbar	20 016
Arbeitslosenquote	28,0 %	20,9 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger	10,7 %	7,2 %
Anteil der ausländischen Bevölkerung	3,2 %	3,1 %
Anteil der unter 18-Jährigen	18,5 %	16,0 %
Anteil der 60-Jährigen und älter	21,3 %	24,6 %

Zunächst unbemerkt sind durch den Funktions- und Statuswandel Silberhöhes auch massive soziale Veränderungen eingeleitet worden. Die Bevölkerungsverluste waren in Halle-Silberhöhe weitaus größer, als dies an den sinkenden Einwohnerzahlen abzulesen ist. In fast jede zweite leer stehende Wohnung sind neue Mieterinnen und Mieter eingezogen. Sicher ist nicht jeder (neue) Mieter in Silberhöhe wirtschaftlich schwächer als der Durchschnitt in Halle, und sicher ist die Zahl derer, die aufgrund von Arbeitslosigkeit und Entwurzelung zu sozial auffälligem Verhalten neigen, insgesamt gering. Dennoch sind nicht nur die zunehmenden Leerstände und die hohe Fluktuation augenfälliges Merkmal dafür, dass sich Silberhöhe zu einem Problemstadtteil entwickelt hat: Das Haushaltseinkommen ist niedrig, und der Anteil der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger ist der höchste in der Stadt Halle.

Unabhängig von den sozialen Veränderungen in der Bewohnerschaft ist die sinkende Akzeptanz Silberhöhes als Wohnstandort insgesamt zu einem Problem für den Stadtteil geworden. Von den insgesamt 15 215 Wohnungen standen im Juni 2000 3 440 Wohnungen leer. Dies entspricht einer Leerstandsquote von 22,6 Prozent. Die Leerstände konzentrieren sich vornehmlich auf die Elfgeschosser im Typ P2, die aufgrund ihrer unvorteilhaften Grundrisse und der hohen Zahl an Wohnungen pro Aufgang besonders unattraktiv sind. Die Leerstandsproblematik hat eine hoch emotionale gesamtstädtische Diskussion über Rückbau und Abriss in der Stadt ausgelöst.

Mittlerweile sind sich Wohnungsunternehmen, Stadt und Gebietsmanagement einig, dass eine Stabilisierung Halle-Silberhöhes nur erreicht werden kann, wenn ein Teil der nicht mehr benötigten Wohnungsbestände abgerissen wird. Aus Sicht der Akteure besteht nur eine Chance, den Stadtteil insgesamt zu erhalten, wenn eine Neustrukturierung mit geringeren Dichten, ei-

ner insgesamt verringerter Größe und einer Konzentration auf die attraktiveren Bereiche umgesetzt wird. Der Rückbau sollte im Idealfall mit einer attraktiven Nachnutzung der freiwerdenden Flächen einhergehen. Der Stadtteil kann dann stärker als bisher von der landschaftlichen Qualität der Umgebung und der Nähe zur Saale-Elster-Aue profitieren. In einem entsprechenden Pilotprojekt sind im vergangenen Jahr bereits die ersten elfgeschossigen Häuser abgerissen worden.

Im Rahmen der Stadtentwicklungskonzeption »Wohnen« herrscht mittlerweile Konsens über den in Halle-Silberhöhe notwendigen Abriss von zunächst rund 2 200 Wohnungen – ausschließlich in Elfgeschossern in definierten Abbruchgebieten. In der zweiten Phase soll der Abriss weiterer 2 300 Wohnungen erfolgen. Insgesamt sind 4 500 Wohnungen laut Entwicklungskonzept für den Abriss vorgesehen, dies entspricht in etwa einem Drittel des gesamten Wohnungsbestands in Halle-Silberhöhe bzw. etwa zwei Dritteln der bis zum Jahr 2010 prognostizierten Leerstandszahl.

3. Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte

Es herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass Silberhöhe in seiner derzeitigen Größe und Struktur nicht erhalten werden kann, weil die Nachfrage nach Wohnungen insgesamt zu schwach ist. Verschiedene, von der Stadt erstellte Prognosen deuten darauf hin, dass sich das Leerstandsproblem in der Gesamtstadt im Zeitverlauf noch verschärfen wird. Als Ergebnis der gesamtstädtischen Entwicklungsplanung und einer daraus abgeleiteten Einschätzung der Chancen Silberhöhes auf dem gesamtstädtischen Wohnungsmarkt wird davon ausgegangen, dass Silberhöhe aufgrund seiner Standorteigenschaften überdurchschnittlich von Wohnungsleerstand und dementsprechend von Rückbaumaßnahmen betroffen sein wird.

Das Neuordnungskonzept für die bauliche Entwicklung des Stadtteils wird dementsprechend kontinuierlich weiterentwickelt. Die Konzeption umfasst einen Rahmenplan für Halle-Silberhöhe, in dem Leitlinien und *Entwicklungsziele* für die Bereiche Städtebau, Infrastruktur und Reduzierung der Wohnungsüberschüsse (Abriss) festgelegt werden. Definiert wurden folgende Gebietstypen: Vorranggebiete: »Erhalt geht vor Abriss« (unterteilt in Konsolidierungsgebiete und Umstrukturierungsgebiete mit Abbruchmaßnahmen im Einzelfall) und Nachranggebiete: »Abbruch geht vor Erhalt« (unterteilt in Abbruchgebiete und in Gebiete, in denen ein langfristiger Abbruch wahrscheinlich ist).

Die Entwicklung des nördlichen Zentrums gilt als weiterer wichtiger Baustein zur Konsolidierung des Stadtteils. Die Planungen für den Freiraum sind in Auftrag gegeben, für die städtebauliche Entwicklung liegt ebenfalls ein Konzept vor, das gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen umgesetzt werden soll. Aus Sicht der Stadt ist das nördliche Zentrum wie kein anderer Standort geeignet, im Rahmen von Rückbaumaßnahmen das Angebotsspektrum an Wohnungsgrundrissen deutlich zu erhöhen und mit der Differenzierung des Wohnungsangebots vor allem der sozialen Segregation entgegen zu wirken. Diese

Planungen bauen inhaltlich auf dem *Integrierten Handlungskonzept* auf und sind Teil der Gesamtstrategie für den Stadtteil Halle-Silberhöhe. Ein formal rechtlicher Bezug zum integrierten Handlungskonzept besteht nicht.

Ein Umbauprozess, der sich über viele Jahre hinziehen wird, kann nur gemeinsam mit allen wichtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen organisiert und umgesetzt werden. Insbesondere die Stadt und die Wohnungseigentümer haben sich daher relativ frühzeitig in Gremien zusammengeschlossen, in denen entsprechende Strategien diskutiert und vorbereitet werden. Dies gilt sowohl für die Gesamtstadt als auch für den Stadtteil Silberhöhe. Ziel aller Maßnahmen ist es, dem Stadtteil Silberhöhe durch eine Kombination von Rückbau und Aufwertung der verbleibenden Bestände sowie durch eine Verbesserung der Infrastruktur ein neues Image zu geben. Silberhöhe soll (wieder) als attraktiver Wohnstandort von der Bevölkerung wahrgenommen werden.

Es ist schwierig, innerhalb einer solch komplexen Strategie für Halle-Silberhöhe die Felder auszumachen, die explizit auf das Programm »Soziale Stadt« zurückzuführen sind. Dazu sind die Wechselwirkungen zwischen den allgemeinen stadtentwicklungspolitischen Vorstellungen und den wohnungsmarktpolitischen Maßnahmen zu eng. Unstrittig ist jedoch, dass sowohl durch die Arbeit des Gebietsmanagements als auch durch einzelne Projekte, die aus dem Programm »Soziale Stadt« finanziert werden, wichtige Aufgaben bearbeitet werden.

Diese Aufgaben umfassen langfristig die sozialverträgliche Begleitung des Stadtumbauprozesses und kurzfristig die Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil. Defizite sind vor allem in der Versorgung der Bevölkerung im Kinder- und Jugendbereich erkannt worden, sodass hier ein deutlicher Schwerpunkt der Maßnahmen liegt. Insbesondere das Problem der Jugendarbeitslosigkeit stellt kurzfristig einen der Hauptaufgabenbereiche dar.

4. Schlüsselprojekte

Schlüsselprojekte, die über die städtebauliche Erneuerung hinaus eingeleitet wurden und in einem engeren Zusammenhang mit dem Programm »Soziale Stadt« stehen, liegen angesichts des unmittelbaren Handlungsbedarfs vornehmlich im Kinder- und Jugendbereich sowie in der Verbesserung der Infrastruktur. Diese Projekte werden häufig mit der Nachnutzung leer stehender Gebäude gekoppelt.

Ein Beispiel ist der kurz vor der Realisierung stehende »*Jugenderwerbsbetrieb Gastronomie*«. Ein nicht mehr als Jugendclub genutztes Gebäude wird zu einem Café und Restaurant umgebaut, in dem für ein finanziell »schwächeres« Publikum ein preiswertes Angebot geschaffen wird. Der Betrieb der Gaststätte erfolgt durch einen Jugenderwerbsbetrieb, in dem 20 Jugendliche, bevorzugt aus Halle-Silberhöhe, beschäftigt werden, die nach erfolgreicher Berufsausbildung in Gastronomieberufen bisher arbeitslos sind und in diesem Betrieb erste Berufserfahrungen sammeln können. Der Betrieb wird mit Mitteln aus dem Jugendsofortprogramm (JusoPro als Bestandteil des »Job-Aktiv-

Eröffnung des Carisatt-Ladens
im Oktober 2000
Bildquelle: S.T.E.R.N. GmbH,
Berlin



Die Skateranlage – ein neues
Angebot für Jugendliche
im Stadtteil
Bildquelle: S.T.E.R.N. GmbH,
Berlin



Gesetzes») der Bundesregierung gefördert. Die Jugendlichen sollen sich aus ihrer neuen Stelle heraus mit der gewonnenen Berufspraxis auf dem ersten Arbeitsmarkt bewerben, sodass der Jugenderwerbsbetrieb als Sprungbrett dient. **Ein** weiteres Projekt ist die Umnutzung des ehemaligen »Club der Neuerer« zu einem »Carisatt-Laden«. Im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme wurde das ursprünglich für den Abriss vorgesehene Gebäude zu einem Ladengeschäft umgebaut. Dort können Einkaufsberechtigte verbilligte Waren des täglichen Bedarfs einkaufen. Bei den angebotenen Waren handelt es sich um Produkte, die nicht mehr im gängigen Supermarktsortiment angeboten werden können, da sie beispielsweise beim Transport leicht beschädigt wurden. Im Oktober 2000 konnte das Gebäude der Caritas übergeben und der Laden eröffnet werden. **Neben** diesen Schlüsselprojekten wurde in zahlreichen wichtigen kleineren Projekten das Angebot für Kinder- und Jugendliche im Stadtteil erheblich verbessert. Zu nennen sind hier Skateranlagen, Streetballplätze, zwei Schüler-

cafés, die Gestaltung eines offenen Schulhofs sowie die Errichtung von so genannten *Lungerpunkten* als Aufenthaltsorte für Jugendliche.

Einem anderen Ansatz verfolgt das auf Initiative von empirica geplante Kooperationsprojekt zwischen Wohnungsunternehmen, Beschäftigungs- und Bildungsträgern und dem Arbeitsamt. Kernelement des Projekts sind so genannte *Servicestationen*, in denen 15 arbeitslose Jugendliche für das Wohngebiet, die Bewohnerschaft und die Wohnungsunternehmen diverse Dienstleistungen anbieten (zusätzliche Reinigung, Schadenserfassung, kleinere Reparaturen, Einkaufshilfe usw.). Hauptziel des Projekts ist es, durch die durchgeführten Arbeiten das belastete Wohnquartier zu stabilisieren und gleichzeitig den benachteiligten und von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen im Rahmen einer Qualifizierungs-ABM eine berufliche Perspektive zu eröffnen.

5. Organisation und Management

Verwaltungsebene

Die Planungs-, Koordinations- und Umsetzungsleistungen werden vom Stadtplanungsamt in Kooperation mit der S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH erbracht. Eine Mitarbeiterin des Stadtplanungsamtes, die als Landschaftsarchitektin zunächst mit der Verwaltung der städtischen Wohnumfeldprogramme betraut war, übernimmt mittlerweile die Koordinierung innerhalb der Verwaltung. Zusätzlich ist ein großer Teil der Projektkonzeptionsarbeit an dieser Stelle zusammengefasst. Die Aufgaben Antragstellung, Finanzierungsplanung und Erarbeitung von Ausschuss- und Ratsvorlagen zum Programm »Soziale Stadt« sind im Stadtplanungsamt zusammengefasst.

Intermediäre Ebene

Seit 1999 hat die S.T.E.R.N. GmbH Planungs-, Aktivierungs- und Koordinationsaufgaben im Rahmen des Stadtteilmanagements für Silberhöhe übernommen. Sie erarbeitete im Auftrag der Stadt Halle das Handlungskonzept, unterstützt die Stadt bei der Projektinitiierung und -umsetzung und agiert quasi als »Exekutive« des Stadtplanungsamtes. Seit 1999 moderiert und betreut sie den »Arbeitskreis Silberhöhe«, der als Ergebnis der 1. Stadtteilkonferenz vom November 1998 entstanden war. Außerdem moderiert die S.T.E.R.N. GmbH die Steuerungsrunde der Verwaltung.

Der »Arbeitskreis Silberhöhe«, der etwa alle drei bis vier Monate tagt, »ist ein beratender Zusammenschluss von Verwaltungen, Interessengruppen und Institutionen. Er setzt sich das Ziel, die Entwicklung des Stadtteils Silberhöhe aktiv mitzugestalten. Das umfasst die Mitwirkung an der Formulierung und Konkretisierung der Entwicklungsziele ebenso wie an der Abstimmung von Maßnahmenprioritäten für den Stadtteil.« (Auszug aus der Geschäftsordnung) Der Arbeitskreis übernimmt in der Praxis insbesondere Informations- und Vernetzungsfunktionen. Am Arbeitskreis nehmen Vertreterinnen und Vertreter nahezu aller relevanten Akteure teil: von in Silberhöhe tätigen Verbänden, Vereinen, Initiativen, kommerziellen Einrichtungen, Wohnungsun-

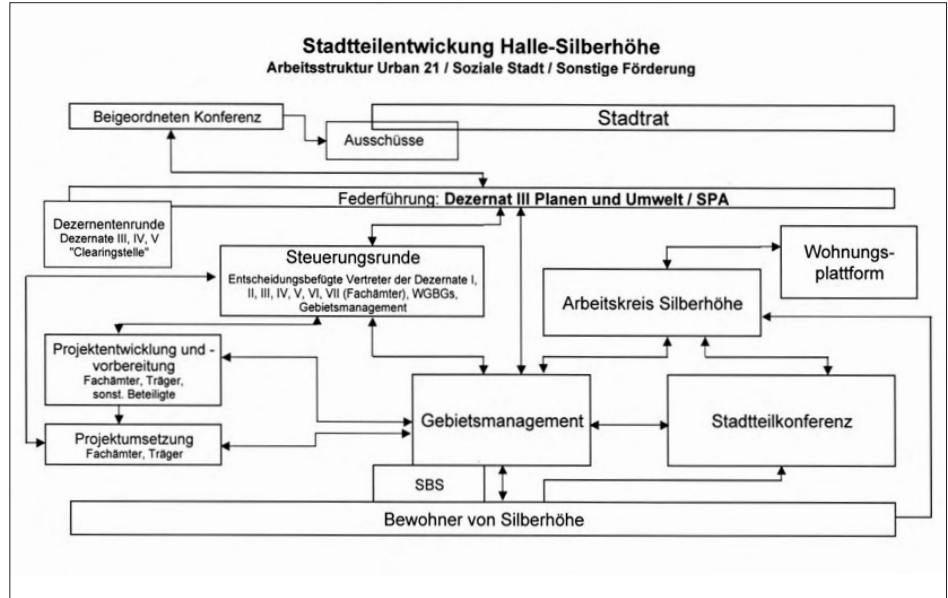


Das Stadtteilbüro

Bildquelle: S.T.E.R.N. GmbH, Berlin

Organisation der Programmumsetzung

Grafik: Integriertes Handlungskonzept URBAN 21, S.T.E.R.N. GmbH, Berlin



ternehmen, Versorgungsbetrieben, des Ministeriums für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, der Parteien, der Fachämter der Ressorts Planen, Umwelt/Kultur, Bildung und Sport, Jugend, Soziales und Gesundheit, des Ordnungs- und Hochbauamtes sowie seit der letzten Sitzung des Amtes für Wirtschaftsförderung; lediglich das Dezernat Finanzen ist nicht beteiligt.

Lokale Ebene

Die große, vom Gebietsmanagement organisierte Stadtteilkonferenz findet ein- bis zweimal jährlich statt. Mit Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Akteuren wird über die Maßnahmen und den aktuellen Planungsstand diskutiert. Die Bürgerinnen und Bürger haben so die Möglichkeit, direkt den Verantwortlichen der Stadt ihre Probleme und Wünsche mitzuteilen. Wie wichtig diese Stadtteilkonferenzen sind, zeigt sich darin, dass auf der letzten Konferenz, an der auch die Oberbürgermeisterin teilgenommen hat, beschlossen wurde, welche Projekte im Stadtteil umgesetzt werden sollen.¹ Die Ergebnisse der Konferenz sind direkt in eine entsprechende Stadtratsvorlage eingeflossen und anschließend durch den Stadtrat beschlossen worden.

Im Stadtteilbüro übernimmt die S.T.E.R.N. GmbH wichtige Informations- und Aktivierungsaufgaben. Seit Februar 2001 ist durch die Stadt eine ABM-Kraft im Stadtteilbüro beschäftigt, sodass das Büro fast täglich geöffnet ist. Sowohl in Einzelfallberatungen als auch in informellen Gesprächsgruppen (offener Bürgerstammtisch, Runde der Gewerbetreibenden, Runde freier Träger) werden einzelne Bewohnerinnen und Bewohner oder Bewohnergruppen bzw. Akteursgruppen in die Stadtteilentwicklung einbezogen. Das Gebietsmanagement organisiert den Dialog zwischen verschiedenen Akteuren, der dazu führt, dass gemeinsam Entwicklungsprioritäten festgelegt werden und alle wichtigen Gruppen in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Das

¹ Im Zuge der Antragsstellung zum Landesprogramm »Urban 21« sind zahlreiche Projektideen für Halle-Silberhöhe entwickelt worden. Aufgrund der Ablehnung des Förderantrags kann jetzt nur ein Bruchteil der Projekte mit den Mittel aus den Programmen »Soziale Stadt« und »Städtebauliche Weiterentwicklung großer Wohngebiete« umgesetzt werden.

Gebietsmanagement betreibt darüber hinaus Öffentlichkeitsarbeit, um bei der Bevölkerung das Verständnis für die Notwendigkeit des Stadtumbaus zu wecken. Außerdem werden erste Erfolge der Stadtteilentwicklung kommuniziert. Die Abstimmung der städtebaulichen Entwicklung zwischen den Wohnungsunternehmen und der Stadt erfolgte (bzw. erfolgt) im Rahmen der von den in Silberhöhe ansässigen Wohnungsunternehmen gegründeten »Arbeitsgruppe Halle-Silberhöhe«, die Bestandteil des Netzwerks »Wohnen in Halle« ist. Dieses Netzwerk entstand 1999 auf Initiative der Wohnungsgenossenschaften bzw. Wohnungsgesellschaften in Halle. Es beschäftigt sich mit unternehmensübergreifenden Fragen zum Wohnungsleerstand und zum notwendigen Stadtumbau. Sein Kernelement bildet die so genannte Wohnungswirtschaftliche Plattform, in der zurzeit zwei kommunale und elf privatwirtschaftliche Wohnungsgenossenschaften vertreten sind. Ausgehend von der Plattform haben sich gebietsbezogene Arbeitsgruppen für die vier großen Neubaugebiete und die Innenstadt Halles gebildet.

6. Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Im Stadtteil Halle-Silberhöhe wird auf mehreren Ebenen versucht, die Bewohnerschaft und die Akteure in den Prozess der Stadtteilentwicklung einzubeziehen (Informationsebene, Vernetzungs-, Koordinations- und Planungsebene, Projektumsetzungsebene).

Informationsebene

Auf der übergeordneten Informationsebene werden zunächst mittels *Öffentlichkeitsarbeit* in Form einer viermal jährlich erscheinenden Stadtteilzeitung, in Pressemitteilungen an die lokale Presse und in diversen thematischen Broschüren (z.B. »Einkaufswegweiser Silberhöhe«, »Verzeichnis der Vereine und Verbände der Silberhöhe«) die Bürgerinnen und Bürger über die Entwicklungen und Planungen im Stadtteil informiert. Ein monatlich erscheinender Veranstaltungskalender macht auf die diversen stadtteilbezogenen Treffen aufmerksam.

Vernetzungs-, Koordinations- und Planungsebene

Die Vernetzung und Koordination der Planungen erfolgt formell und informell durch die Diskussion zwischen den Verantwortlichen der Stadt, dem Gebietsmanagement, den Akteuren und der Bewohnerschaft des Stadtteils in den dafür geschaffenen Organisationsstrukturen.

Projektumsetzung

Auf der konkreten Umsetzungsebene wird versucht, interessierte Bewohnerinnen und Bewohnern in die Projektplanung und Umsetzung zu integrieren. Konkret lassen sich folgende *Aktivierungs- und Beteiligungsformen* im Stadtteil identifizieren:

- **Offener Bürgerstammtisch:** Der offene Bürgerstammtisch ist ein relativ neues Angebot des Gebietsmanagements. Er findet einmal im Monat im Stadtteilbüro statt. In lockerer Atmosphäre können Bewohnerinnen und Be-

Infostand des Gebietsmanagements auf dem Stadtteilstfest

Bildquelle: S.T.E.R.N. GmbH, Berlin



wohner mit den Vertretern des Gebietsmanagements für die Entwicklungen im Stadtteil diskutieren und ihre Anregungen und Bedenken weitergeben.

■ **Stadtteilkonferenzen:** Seit 1998 fanden im Stadtteil Silberhöhe insgesamt vier Stadtteilkonferenzen statt. Dort diskutieren die verschiedenen Akteure des Stadtteils regelmäßig über die aktuellen Probleme im Stadtteil und werden die verschiedenen Aktivitäten im Stadtteil besser aufeinander abgestimmt. Zu jeder öffentlichen Stadtteilkonferenz, auf die jeweils in der lokalen Tagespresse und in der Stadtteilzeitung aufmerksam gemacht wurde, kamen rund 200 interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Halle-Silberhöhe.

■ **Projekt mit einer Schülergruppe:** Im Stadtteil kam es stets zu Konflikten wegen »herumlungernden« Jugendlichen, da es im Stadtteil an Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche fehlt. Auf Initiative der Stadt und des Gebietsmanagements ist die »Schüler-Projektgruppe WK VII« entstanden, die unter Anleitung der Stadt und betreut durch eine Schulsozialpädagogin ein umfangreiches Spiel- und Freizeitkonzept für ihren Wohnkomplex erarbeitet haben. Im Nachhinein stellte sich im Rahmen der gesamtstädtischen Diskussion über Rückbau und Stadtumbau jedoch heraus, dass der WK VII städtebaulich nicht zu den erhaltenswerten Bereichen zählt. Aus diesem Grund wurden nur Teile des von den Jugendlichen erarbeiteten Spiel- und Freizeitkonzeptes umgesetzt.

7. Fazit: »Soziale Stadt« als Motor der Kooperation für die gemeinsame Gestaltung des Stadtumbaus

In Halle-Silberhöhe finden Veränderungen in einem Ausmaß und einer Geschwindigkeit statt, die weit über die bekannten Erfahrungen aus der Vergangenheit und aus anderen Siedlungen hinausgehen. Entsprechend problematisch ist eine Antwort auf die Frage, ob durch das Programm »Soziale Stadt« oder durch die eingeleiteten Strategien insgesamt eine Stabilisierung

der Situation erreicht werden kann. Unstrittig ist jedoch, dass der unter anderem durch den Einsatz des Programms ausgelöste ganzheitliche stadtteilbezogene Ansatz zu einer überdurchschnittlichen Kooperationsbereitschaft zwischen Stadt, Wohnungswirtschaft sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern geführt hat. Sowohl durch die Umstrukturierungsplanungen als auch durch die umgesetzten und geplanten Einzelprojekte konnte ein Klima geschaffen werden, in dem wichtige Akteure gemeinsam an Lösungen für den Stadtteil und seine Bewohnerschaft arbeiten.

Um alle Probleme, die als Folge der sinkenden Akzeptanz des Wohnstandorts und der damit verbundenen Konzentration von Schwierigkeiten bei den Bewohnerinnen und Bewohnern, den Eigentümern, Wirtschaftsunternehmen und öffentlichen Institutionen entstehen, zu lösen, sind sowohl weiter gehende Kooperationen als auch »radikalere« Entscheidungen erforderlich. Noch sind zahlreiche Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Organisation eines Schrumpfungsprozesses – beispielsweise ein angemessener Lastenausgleich zwischen den in unterschiedlichem Maße vom Rückbau betroffenen Wohnungsunternehmen und ein geeignetes Umzugsmanagement für die betroffenen Mieterinnen und Mieter – zu überwinden. Parallel dazu sind die direkte Aktivierung der Bürgerschaft und die Einbindung in Projekte, durch die die zum Teil vorhandene Hoffnungslosigkeit überwunden werden kann, mühsam und nur mit dem Willen aller Beteiligten zu verbessern. Auch für Silberhöhe gilt, dass Schulen, Arbeitsämter, Behörden und Unternehmen noch intensiver als bisher in die stadtteilbezogene Arbeit eingebunden werden können. In der öffentlichen Meinung dominiert noch zu stark die Vorstellung, dass »Soziale Stadt« ein Programm ist, über das die öffentliche Hand einzelne Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur plant und umsetzt. Dies ist nicht zuletzt auf die fehlende Flexibilität des Programmmitteleinsatzes und die häufig langwierigen Mittelbewilligungen zurückzuführen. Insbesondere bei komplexen Maßnahmen und Projekten, bei denen Fördergelder verschiedener Ressorts gebündelt zum Einsatz kommen sollen, ergeben sich zum Teil lähmende Verfahrensweisen, die einen konzentrierten Mitteleinsatz aufs Äußerste erschweren.

Hamburg-Altona – Lurup

Ingrid Breckner
Heike Herrmann

Soziale Stadtentwicklung in Hamburg hat Tradition: Anknüpfend an Stadtentwicklungsprogramme der 70er- und 80er-Jahre wurde Anfang der 90er das »Armutsbekämpfungsprogramm« auf den Weg gebracht. Ihm folgten Länderprogramme der Sozialen Stadtteilentwicklung, die auch in Lurup schon früh, zunächst in Form von einzelnen Projektvorhaben, für eine die Bewohner einbeziehende Quartiersentwicklung sorgten.

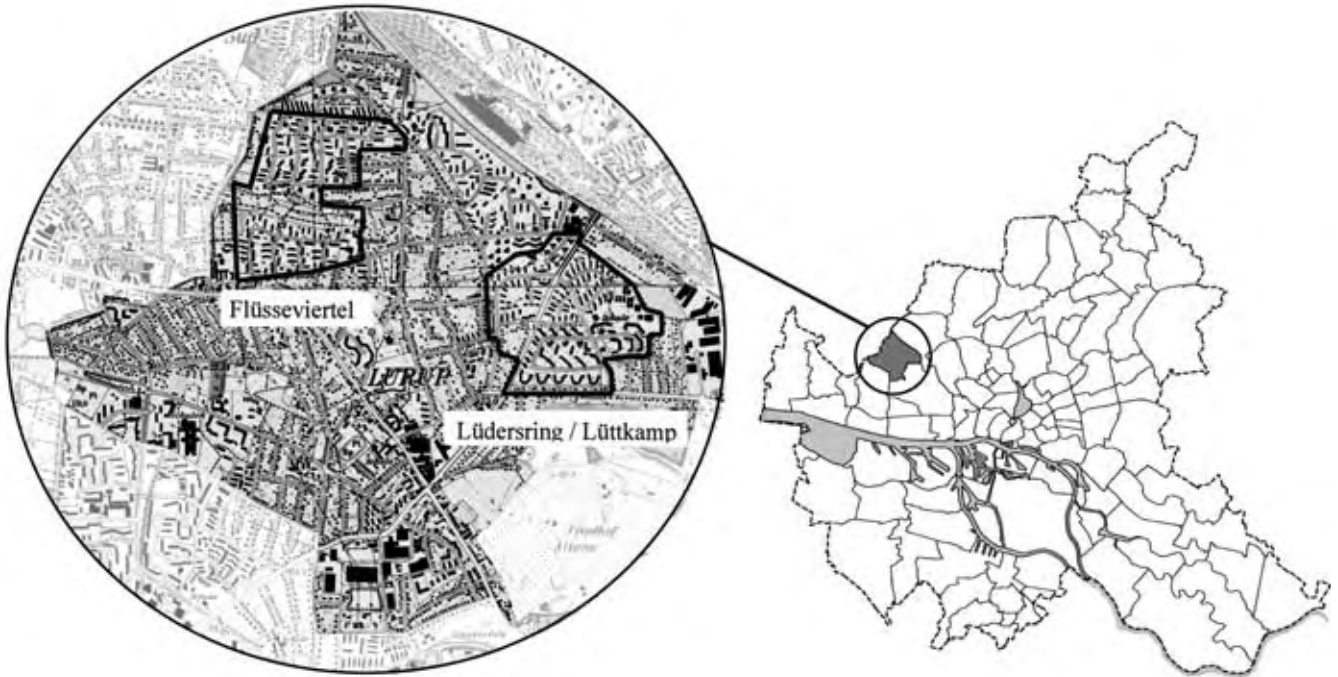
1. Gebietscharakter

Doch wo liegt »Lurup«? Selbst für Hamburger ist diese Frage nicht leicht zu beantworten. Im Nordwesten grenzt der Stadtteil an die schleswig-holsteinische Stadt Schenefeld und ist damit ein Teil der westlichen Hamburger Stadtgrenze¹. Die räumlich voneinander getrennten Luruper Gebiete »Flüsseviertel« und »Lüdersring/Lüttkamp« (beide im Ortsteil 219 des Stadtteils »Lurup« im Bezirk Hamburg-Altona) wurden im Jahr 1998 zu einem Fördergebiet des Hamburgischen Stadterneuerungsprogramms zusammengefasst und sind seit dem Jahr 1999 Modellgebiet im Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt«.

Die städtebauliche Gestaltung setzte in Lurup Mitte der 50er-Jahre mit einem Baustufenplan ein. In den Jahren 1954 bis 1958 entstand die Siedlung »Elbgaustraße« einschließlich der Bebauung des »Lüttkamps«. In den 60er-Jahren erfolgte eine Erweiterung unter anderem durch 10- bis 13-geschossige Wohnhäuser. Zur gleichen Zeit entstand das »Flüsseviertel«, das mit Sozialwohnungen breiten Schichten der Bevölkerung ein Wohnen im Grünen ermöglichen sollte. Wie so häufig in Lurup, beschränkte sich das Grün auch hier nicht auf den Raum direkt am Haus: Mehrere Kleingartenkolonien wurden bereits damals und werden noch heute von den Bewohnern bewirtschaftet. Der jüngste Teil des Modellgebiets am »Lüdersring« datiert schließlich aus den 70er-Jahren: Große Baukörper mit Wohnraum in drei bis zu 13 Geschossen sind auch hier eine Antwort auf die damalige Wohnungsnot. Zwischen diesen Siedlungen befinden sich Einfamilienhäuser mit kleinen Gärten; einige verbliebene Bauernhäuser erinnern an die vorstädtische Geschichte dieses Lebensraums.

Die Eigenheiten der Luruper Gebietsstruktur – das Flüsseviertel mit seinen eher niedrigen Bauten und dem vielen Grün als »Gartenstadt« konzipiert sowie Lüdersring und Lüttkamp eher als viel Wohnraum bietende Großwohnsiedlung gebaut, beide Teilgebiete in der »Nachbarschaft« kleinbürgerlicher Wohnquartiere – erfordern eine differenzierte Raumanalyse. So ergeben sich z.B. bei dem Anteil der ausländischen Bevölkerung erhebliche Unterschiede zwischen den beiden Teilen des Modellgebiets: Während am Lüdersring/Lüttkamp viele Ausländer/innen wohnen, entspricht ihr Anteil im Flüsseviertel dem Hamburger Durchschnitt. Auch sind die Statistiken insofern nur bedingt aussagekräftig, als die in Lurup wohnenden Aussiedler/innen mit deutscher Staatsangehörigkeit hier nicht separat erwähnt sind, insbesondere die Jugendlichen jedoch eine Zielgruppe sozialer Arbeit und sozialer Stadtentwicklung darstellen.

¹ Weitere »Nachbarn« sind Groß-Flottbek und Osdorf im Süden sowie Bahrenfeld und Eidelstedt im Osten.



Das Modellgebiet im räumlichen Kontext

Bildquelle: Deutsche Grundkarte in eigener Bearbeitung

Schräg-Luftbild des Bereiches »Lüdersring/Lüttkamp«, Teil des Modellgebiets

Bildquelle:

Fotograph Gunnar Johannson, Hanseatische Luftfoto GmbH, in: Hamburger Abendblatt (Hrsg.), Unter dem Himmel von Hamburg. Die Stadt aus der Luft, Hamburg 1979, S. 64, – eigene Bearbeitung.



Mahnmal eines Konflikts:
der Rest eines Kinderkarussells,
das nach Protest von älteren
Anwohnern wieder abgebaut
werden musste
Bildquelle: Sabine Tengeler,
Hamburg

Die Lebenslagen und Bedürfnisse im Modellgebiet lassen sich – aufgrund der hohen Anteile junger und älterer Menschen – nach Generationen unterscheiden. Nach Angaben der Wohnungsgesellschaft SAGA, die den überwiegenden Anteil von Wohnraum im Modellgebiet besitzt, wird in Zukunft – aufgrund des anstehenden Generationenwechsels und einer allgemein höheren Mobilität jüngerer Haushalte – mit einer steigenden Fluktuation und einer sinkenden Bindung an das Wohnquartier gerechnet.

2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Das Spektrum der *sozial-räumlichen Problemfelder* im Modellgebiet umfasst neben strukturellen Problemen des Wohnens, des Arbeitens und des Verkehrs *Generationenkonflikte*, Armut und Arbeitslosigkeit sowie räumliche Polarisierung und Stigmatisierung von Problemknoten. Letztere werden in Verbindung mit den genannten strukturellen Problemen virulent.

Generationenkonflikte entstehen zwischen älteren Menschen, die schon lange im Quartier leben, sowie Kindern und Jugendlichen. Den Älteren fällt es schwer, sich auf die Nöte neu hinzuziehender oder im Quartier heranwachsender junger Menschen einzulassen: Sie verstehen nicht deren umfangreichen und kollektiven Aufenthalt im öffentlichen Raum (»Habt ihr denn kein zu Hause?«), fühlen sich durch ausgelassenes Spielen gestört, unterstellen den Jugendlichen kriminelle Absichten oder erleben entsprechende Gefährdungen und fühlen sich durch fremdartige Erscheinungsformen oder Alltagspraktiken provoziert. Generationenkonflikte spielen sich jedoch auch innerhalb der Haushalte zwischen Eltern und ihrem Nachwuchs ab. Mit beiden Formen von Konflikten hat das Quartiersmanagement zu tun, wenn es zum einen versucht die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum für die eine oder andere Gruppe zu verbessern oder ein »Konfliktmanagement« für Nachbarschaften zu organisieren.

Armut und Arbeitslosigkeit paaren sich im Modellgebiet mit dem vorherrschenden niedrigen Bildungs- und Qualifikationsniveau. Der für eine Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt erforderliche Hauptschulabschluss wird auch in Lurup vielfach nicht erreicht (im gesamtstädtischen Durchschnitt verlassen 28 Prozent der Schüler/innen die Hauptschule ohne Abschluss)². Zudem entspricht das gering qualifizierte Arbeitskraftangebot in Lurup nicht der Arbeitskräftenachfrage der Hamburger Wirtschaft. Bei vielen Bewohnern sind schwierige Lebensumstände darüber hinaus mit Mobilitätsbarrieren verbunden, so z.B. bei der in Lurup großen Gruppe der allein erziehenden Mütter mit ihren Familien³. Zudem wiederholt sich in vielen Familien über mehrere Generationen ein Lebensentwurf, der immer wieder in die Sozialhilfeabhängigkeit führt: Die Ablösung vom Elternhaus geschieht bei jungen Mädchen häufig über die Gründung einer eigenen Familie. Fehlende Qualifizierung, nicht in unmittelbarer Nähe gelegene und zeitlich unpassende Möglichkeiten der Kinderbetreuung führen dauerhaft in eine neue finanzielle Abhängigkeit vom Lebensgefährten bzw. vom Staat.

² Quelle: <http://www.zeit-stiftung.de/lernwerk-hh/hauptschule.htm>

³ Rund 25 Prozent aller Haushalte mit Sozialhilfebezug sind Haushalte von allein Erziehenden.

DEMOGRAPHISCHE UND SOZIALRÄUMLICHE MERKMALE

	Flüsseviertel	Lüdersring/ Lüttkamp	Lurup	Altona	Hamburg
Größe ¹	82 ha	100 ha	556 ha	6 303 ha	63 377 ha
Einwohnerzahl (2000)	5 149	6 190	32 089	240 102	1 704 929
Bevölkerungsentwicklung (1995–2000)	+8,1 %	0,0 %	+22,1 %	-0,4 %	-0,6 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (2000)	2,3 Pers. ²	2,4 Pers. ²	2,1 Pers.	1,9 Pers.	1,9 Pers.
Anzahl der Wohnungen (2000)	1 982 ²	1 314 ²	14 286	116 583	852 919
Leerstand (2000)	14 WE ³	2 WE ³	nicht verfügbar	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Anteil der Wohngeldempfänger	nicht verfügbar	nicht verfügbar	nicht verfügbar	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Arbeitslosenquote (2000)	– ⁴	– ⁴	8,0 %	6,5 %	6,1 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (2000)	– ⁴	– ⁴	10,1 %	6,6 %	7,1 %
Anteil ausländische Bevölkerung (1999) ⁵	16,0 %	23,0 %	14,5 %	17,6 %	16,0 %
Anteil der bis 18-Jährigen (2000)	21,8 %	21,0 %	19,8 %	16,5 %	16,1 %
Anteil der 65-Jährigen und älter (2000)	17,2 %	16,2 %	18,3 %	17,0 %	17,0 %

Polarisierung und Stigmatisierung von Problemknoten entstehen in Lurup aus der räumlichen Konzentration des öffentlich geförderten Wohnraums und dessen Belegung. Das bundesgesetzlich festgelegte und viele Jahre nicht an reale Entwicklungen angepasste Niedrigeinkommen als Voraussetzung für den Bezug einer Sozialwohnung sowie die vergleichsweise hohen Mieten in den Luruper Förderjahrgängen des Sozialen Wohnungsbaus erzeugten eine Konzentration von baulichen und sozialen Problemen in bestimmten Häusern, an bestimmten Orten des Stadtteils. Pauschalurteile anderer, wie »da wohnen die Asozialen«, tragen dazu bei, dass das Negativeimage des ansonsten unauffälligen Stadtteils – unter den Lurupern selbst, aber auch unter anderen Bewohnern der Stadt – wächst. Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld als Grundvoraussetzung für gemeinsames Engagement und Konfliktlösungsbereitschaft wird durch solche Stigmatisierung erschwert. Viele Bewohner grenzen sich von ihrer unmittelbaren Nachbarschaft ab. Eine zivile Handhabung von Nachbarschaftsstreitigkeiten, die Eindämmung von Machtkämpfen unter den verschiedenen Jugendgruppen oder die Klärung der oben bereits angesprochenen »Generationenkonflikte« ist den Betroffenen häufig nicht möglich. Sie bedürfen der Unterstützung in der Entwicklung einer Kultur der gegenseitigen Anerkennung, die ohne eine sozial-ökonomische Zukunftsperspektive allerdings kaum realisierbar erscheint.

Als *Entwicklungspotenziale* erweisen sich in Lurup neben seiner heterogenen Raumstruktur und der Chance zur Kombination innovativer Städtebauförderung mit sozialen Maßnahmen existierende Kommunikationsstrukturen und Selbsthilfe-Aktivitäten, traditionelle und neue Netzwerke sowie Institutionen, die sich gezielt auf Belange des Stadtteils einlassen. Im Folgenden gehen wir näher auf soziale Entwicklungspotenziale ein, die seit dem Jahr 2000 entstanden sind und Maßnahmen der Stadterneuerung innovativ ergänzen können.

1 Die Angaben zu den Gebietsflächen enthalten keine Wasserflächen und Verkehrswege.

2 Bezieht sich auf den Wohnungsbestand der Wohnungsbau-gesellschaft SAGA.

3 Bezieht sich ausschließlich auf vermietbare Wohnungen; im Lüdersring/Lüttkamp standen Ende 2001 zusätzlich Wohnungen leer, die zum Zweck der Sanierung »entmietet« wurden.

4 Aus Datenschutzgründen können für die Teile des Modellgebietes keine diesbezüglichen Daten aufgeführt werden.

5 Baublockbezogene Einwohnerdaten des Statistischen Landesamtes Hamburg, Stand 12/1999; Bearbeitung STEG Hamburg mbH 2000.

Der SV Lurup als aktiver Partner im Stadtteil-Netzwerk: In Zusammenarbeit vieler Akteure wurden mit Spenden seit Oktober 2001 ein Sportgeräteverleih und Training vor Ort ermöglicht.

Bildquelle: Sabine Tengeler, Hamburg



Beispiele für Kommunikation und erste Ansätze zur *Selbsthilfe* in »lockeren Zusammenschlüssen« Gleichgesinnter sind die Angelgruppe »Goldi«, der »Soccer-Club« der Jugendlichen sowie der Anfang 2002 mit Hilfe des Quartiersmanagements ins Leben gerufene, jedoch in Selbstorganisation zu betreibende »Jugendcontainer«. Zudem bemühen sich drei Mütter-Initiativen um die Ausstattung und Pflege von Spielplätzen als Orte der Kommunikation. Eine türkische Mutter-Kind-Gruppe sorgt unter anderem für einen interethnischen Austausch im Quartier. Anlässe für Geselligkeit entstehen auf Initiative einer Seniorengruppe und durch generationenübergreifende Angebote der »Flohmarkt-Gruppe«. Das schon im Rahmen der Revitalisierung entstandene »Luruper Forum« fungiert als öffentlicher Kommunikationsort über aktuelle Ereignisse im Stadtteil.

Stadtteilorientierte Netzwerke haben sich in Lurup in traditioneller Form im »Lichtwark-Ausschuss« und – in einer moderneren Variante – in der »Frauenoase Lurup« gebildet. Der als Verein konstituierte »Lichtwark-Ausschuss« lebt vom ehrenamtlichen Engagement lang ansässiger Luruper. Er sammelt Geld bei örtlichen Unternehmen, um Bedürftige im Stadtteil zu unterstützen und führt Aktionen (etwa das jährliche Stadtteilfest) durch, die die Kommunikation zwischen den Lurupern fördern. Netzwerke, wie auch der »SV Lurup«, bündeln vorhandene Beziehungen, Wissen und Kompetenzen⁴. Die »Frauenoase Lurup« konstituierte sich als neues Netzwerk engagierter Frauen zunächst mit dem Ziel der Verwirklichung eines »Hamams«, eines orientalischen Bades. Die Arbeit an der Entwicklung des Projekts verbindet schon jetzt Frauen verschiedenster Herkunft und soll als Attraktion über die Stadt-

⁴ Sie nutzen ihrerseits wiederum das »Luruper Forum« als öffentliches Kommunikationsmedium (vgl. Übersicht »Organisationsstrukturen der Programmumsetzung in Hamburg-Altona-Lurup« in 5. »Organisation und Management«).

teilgrenzen hinaus zudem für Luruper/innen bei Behörden, Vereinen und städtischen Organisationen sowie privaten Spendern, Nutzern und Investoren Aufmerksamkeit wecken.

Die *institutionalisierten Entwicklungspotenziale* liegen in Lurup im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, in schulischen Kontexten, Angeboten der örtlichen Kirchengemeinde, Wohnungsgesellschaften sowie im neu geschaffenen Quartiersmanagement. Ein Beispiel ist das aus einer Selbsthilfe-Initiative hervorgegangene Kinder- und Familienzentrum »KifaZ«, das im Frühjahr 2000 im Flüsseviertel eröffnet wurde. Getragen vom Deutschen Kinderschutzbund hat sich diese neue Einrichtung mit ihrem ungewöhnlichen Konzept schnell zu einem Treffpunkt aller Altersgruppen und zu einem wichtigen Knotenpunkt der Stadtteilkommunikation entwickelt. Im »Offenen Stadtteiltreff« kann gezielt Beratung angefordert werden. Das dreimal wöchentlich geöffnete Café bietet nicht nur günstige Mahlzeiten, sondern auch Ansprechpartner für unterschiedliche soziale Fragen. Eine zunehmend wichtigere Rolle nimmt auch der Luruper Verein »Böverstand« (Böv 38 e.V.) ein, wenn es um die psychische und physische Versorgung im Stadtteil geht. Im Arbeitskreis »Arbeit und Beschäftigung« des »Luruper Forums« engagiert sich eine örtliche Haupt- und Realschule und bemüht sich, über die Schule hinaus, um Möglichkeiten des Berufseinstiegs für Jugendliche. Die Kirchengemeinde vor Ort stellt ihre Räume für private und stadtteilbezogene Feierlichkeiten zur Verfügung. Mitarbeiter der örtlichen Wohnungsgesellschaft SAGA unterstützen die soziale Entwicklung des Stadtteils durch die Verwirklichung baulicher Maßnahmen im Wohnungsbestand und im Wohnumfeld in Kooperation mit dem Amt für Stadterneuerung in der zuständigen Fachbehörde und örtlichen Institutionen. Das Quartiersmanagement vernetzt all diese vielfältigen Potenziale zur gegenseitigen Information, Qualifizierung und Reflexion von Handlungsansätzen für eine gemeinsame Quartiersentwicklung.

3. Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte in der Praxis vor Ort

Anknüpfend an vorhergehende Aktivitäten der Wohnumfeldverbesserung und an das Maßnahmen- und Handlungskonzept aus dem Jahr 1998 orientierte sich der erste Entwurf des Quartiersentwicklungskonzepts von November 2000 an der Zielsetzung einer *Aktivierung, Unterstützung und fruchtbaren Verknüpfung vorhandener lokaler Potenziale mit gesamtstädtischen Ressourcen*. Seit seiner Einrichtung im Frühjahr 2000 unterstützte das Quartiersmanagement das zuvor aus Eigeninitiative entstandene »Bürgerforum«. Der im Juni 2000 eingeweihte Stadtteilladen entwickelte sich sehr rasch zu einer Anlaufstelle und einem zentralen Kommunikationsort im Stadtteil. Entstehendes »Bürgerbewusstsein« bot allmählich eine Grundlage zur Thematisierung vorhandener Konflikte und zur Entwicklung partnerschaftlicher Lösungsstrategien. In der erweiterten Stadtteilzeitung (vgl. 4. »Schlüsselprojekte«) finden diese Kommunikations- und Gestaltungsprozesse ein angemessenes öffentliches Medium, das neben der internen Verständigung auch die Vermittlung über die Grenzen des Stadtteils leistet und somit Unterstützung von außen aktivieren kann.

Der Stadteilladen Lurup:
Präsentation der Broschüre
»Unser Lurup« des Lichtwerk-
Ausschusses und des vom
Quartiersmanagement (STEG)
herausgegebenen »Stadteil-
posters«
Bildquelle: Sabine Tengeler,
Hamburg



Ziel der Quartiersentwicklung ist es auch, »Ausbildung und Beschäftigung« der Luruper/innen zu fördern. Auf Wunsch des Quartiersmanagements und zuständiger Behörden leistete die Programmbegleitung-vor-Ort insbesondere in diesem Schwerpunkt Unterstützung. Ausgehend von offenen Fragen in einem ersten Gespräch vor Ort zwischen Kammern, Arbeitsamt, Handwerksbetrieben und Vertretern von Schulen wurde von der PVO eine explorative Analyse des vorhandenen und auszubildenden Arbeitskräfteangebots sowie der Arbeitskräftenachfrage in nahe gelegenen Betrieben erstellt, die auf der Themenkonferenz »Arbeit und Beschäftigung« im April 2001 Luruper Akteuren und Vertretern der Hamburger Fachöffentlichkeit präsentiert wurde. Dabei erwies sich die Nahtstelle zwischen Schulen und Betrieben als gestaltungsbedürftig. Aufbauend auf vorhandene Potenziale in der bestehenden Nachbarschaftsschule »Veermoor« wurden Kontaktnetze zu Betrieben im Umfeld des Modellgebietes aufgebaut bzw. weiterentwickelt, die Betriebspraktika für Lehrer sowie Praktika und Ausbildungsplätze für Schüler erleichtern. Im Rahmen eines »Berufsinformationstages« Ende November 2001 nahmen mehrere Schulen mit Lehrern und Schülern Kontakte zu den anwesenden Betrieben auf. Ab dem Jahr 2002 wird sich das Quartiersmanagement der Thematik »Schule, Ausbildung und Beschäftigung« gezielt annehmen. Der Schule »Veermoor« wurde vom »Amt für Schule« weitere Unterstützung berufsvorbereitender Initiativen zugesagt.

Ein weiteres Ziel von übergeordneter Bedeutung ist die *Erschließung von Projektideen »aus dem Quartier«*. Unter Zuhilfenahme der unten genannten Beteiligungs- und Aktivierungstechniken geht es darum, über das Quartiersmanagement Ideen aufzugreifen und so zu formulieren, dass sie zunächst vom Forum und dann von den entsprechenden Behörden »verstanden« und gegebenenfalls korrigiert, verworfen oder auch unterstützt werden können. Komplexere Projektideen wie z.B. die »Frauenoase Lurup« werden durch die Ver-

mittlung fachlicher Beratung zur Konzepterstellung unterstützt. Die Umsetzung dieses Ziels der Quartiersentwicklung berührt – entsprechend der Projektideen der Bürger/innen – alle Handlungsfelder der Sozialen Stadtentwicklung in Lurup: »Bürgermitwirkung und Stadtteileben«, »Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung«, »Lokale Wirtschaft und Nahversorgung«, »Gesellschaftliche Infrastruktur«, »Gesundheit«, »Wohnen«, »Wohnumfeld und Freiflächen« sowie »Verkehr und Mobilität« (vgl. QEK 2000).

Die Aktivierung und Beteiligung der Bewohner sowie die Generierung von Projektideen aus dem Stadtteil sollen zur Verbesserung der Lebenssituation verschiedenster Menschen im Quartier beitragen. Hiermit verbindet sich die Hoffnung, durch allmähliche positive Identifikation mit den Bedingungen vor Ort dem Problem des wachsenden Negativimages entgegenzuwirken. Ziele und Umsetzungsstrategien in den Handlungsfeldern der Sozialen Stadtentwicklung werden kontinuierlich überprüft. Veränderte Schwerpunktsetzungen sowie mögliche, die Umsetzung unterstützende »Mitstreiter« werden im jeweils neuen Entwurf eines Quartiersentwicklungskonzepts festgehalten und machen künftige Handlungsoptionen sowie Lernprozesse transparent.

4. Schlüsselprojekte

Aus der in Lurup vorherrschenden Vielfalt von Problemen und Potenzialen lassen sich in der aktuellen Entwicklungsphase zwei Projekte als »Schlüsselprojekte« hervorheben.

Die *Stadtteilzeitung »Lurup im Blick«*⁵ entsteht in der Zusammenarbeit des selbst organisierten Stadtteilbeirates »Luruper Forum« und des Quartiersmanagements. Sie dient der Information und dem Stadtteilmarketing zum Zweck der Imageverbesserung des Gebiets. Weitgehend ehrenamtlich tätige Redakteur/innen leisten Öffentlichkeitsarbeit für Projekte und Aktivitäten im Quartier und damit auch für das Programm »Soziale Stadtentwicklung«. Gleichzeitig enthält die Zeitung die offizielle Einladung und das Protokoll des »Luruper Forums« (Stadtteilbeirat). Hier wird auch zur Mitwirkung und Beteiligung an konkreten Vorhaben, an der Organisation kleiner Veranstaltungen und vielem anderem mehr aufgerufen. Die Beiträge stammen überwiegend von Menschen aus Lurup. Die redaktionelle Überarbeitung in Absprache mit den Autor/innen und unter Berücksichtigung ihrer Ursprünglichkeit und Eigenart ermöglicht es auch weniger versierten Bewohnern, ihre Sichtweisen darzustellen. So knüpft die Berichterstattung an die Alltags- und Lebenswelt der Bewohner an. Zahlreiche Bilder sagen viel, was sich in Sprache allein nicht ausdrücken lässt. Auch für Politik und Verwaltung entsteht auf diese Weise ein anschaulicher Einblick in Entwicklungen vor Ort. Zielgruppen der Zeitung sind neben den Akteuren vor Ort (Bewohner/innen, lokale Wirtschaft, soziale und kulturelle Einrichtungen, Wohnungsgesellschaften u.v.a.) auch Mitarbeiter in bezirklichen und stadtstaatlichen Verwaltungsebenen sowie Angehörige unterschiedlicher politischer Entscheidungsgremien. Als zweites Schlüsselprojekt der Quartiersentwicklung heben wir den »*Job Club Mobil*« hervor. Sein Ziel ist die »Vor-Ort-Beratung« von Jugendlichen und

⁵ Die Zeitung existiert bereits seit Oktober 1998, kann seit April 2001 – aufgrund der Unterstützung des Quartiersmanagements – jährlich häufiger, nämlich mit zehn Ausgaben erscheinen. Finanziert wird die Stadtteilzeitung aus Mitteln des Landes- und Bundesprogramms zur Sozialen Stadtentwicklung sowie aus privaten Mitteln. Die Anschubfinanzierung erfolgte zunächst aus Sondermitteln des Bezirksamts Hamburg-Altona (vgl. Übersicht »Organisationsstrukturen der Programmumsetzung in Hamburg-Altona-Lurup« in 5. »Organisation und Management«).

Im Oktober 2000 baute eine Anwohnergruppe gemeinsam ihre mit Holzdesigner Detlef Duske geplante »Zwergenhütte«.
Bildquelle: Sabine Tengeler, Hamburg



Projekte auf dem Weg zum Ziel:
Auf einem Workshop der Luruper Frauenoase legen Frauen Karten mit Projektideen auf eine große Zielscheibe.
Bildquelle: Sabine Tengeler, Hamburg



Langzeitarbeitslosen. Nach ersten Praxiserfahrungen seit dem Frühjahr 2001 im Stadteylladen und im Kinder- und Familienzentrum verfügt das Projekt ab dem Jahr 2002 über einen eigenen Bus. Hier bieten die Mitarbeiter/innen eines Beschäftigungsträgers ein offenes und niedrigschwelliges Informations- und Beratungsangebot an verschiedenen Orten des Gebiets an. Über die Mobilität des Angebots werden regelmäßig und zuverlässig Jugendliche und Erwachsene erreicht, die zentrale Eingliederungsangebote anderer Träger oder der Behörden meiden. Soziale Beratung wird hier mit beruflichen Hilfen verknüpft und in Kooperation mit bestehenden Einrichtungen im Quartier als facettenreiches, dem Alltag der Menschen entsprechendes Angebot zur »Selbsthilfe« gestaltet.



Das Luruper Forum:
Abstimmung über 2 604 Euro
aus dem Verfügungsfonds für
einen in Selbsthilfe zu
betreibenden Jugend-Container
Bildquelle: Sabine Tengeler,
Hamburg

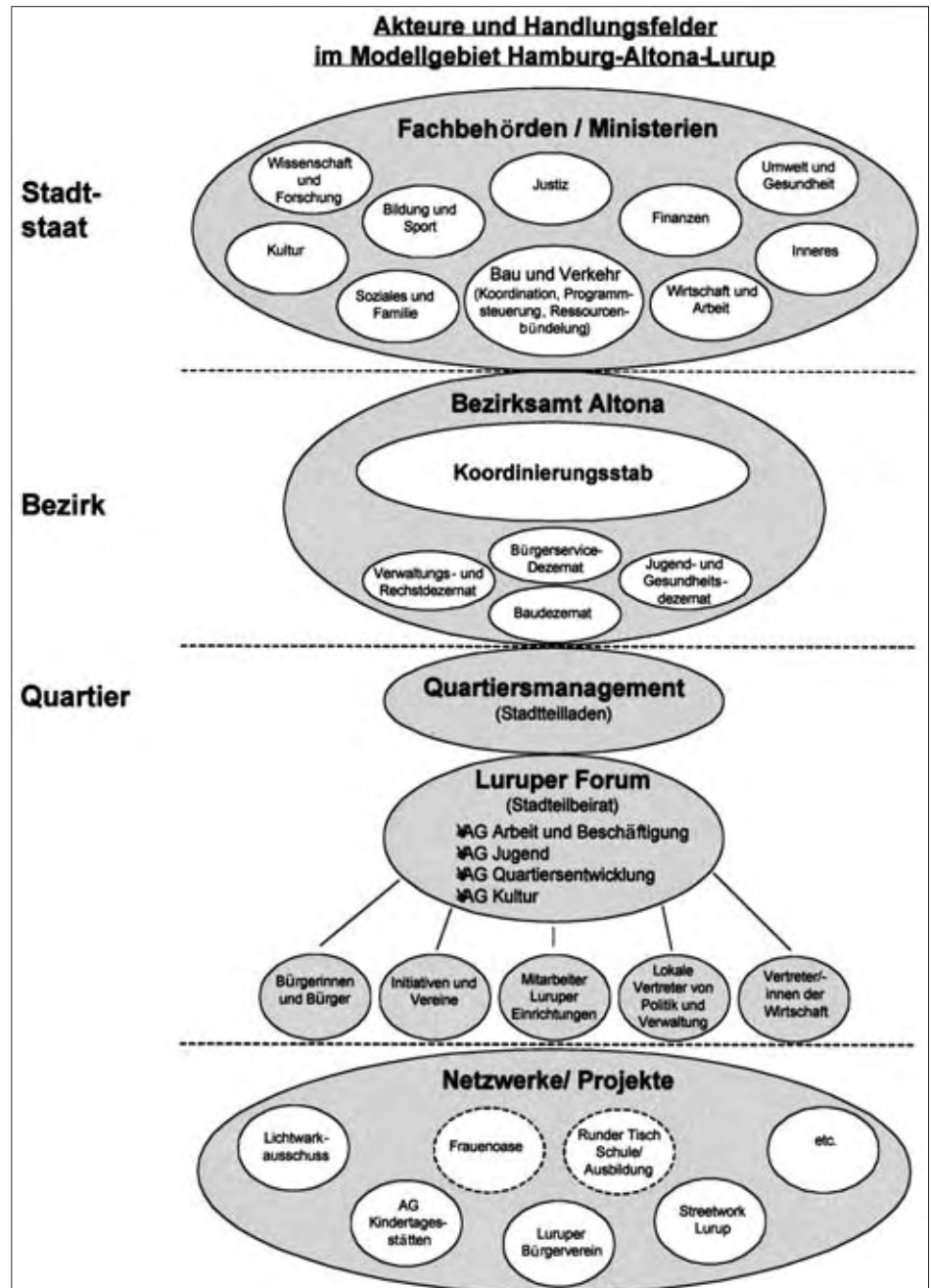
5. Organisation und Management

Schlüsselprojekte und viele der kleineren Maßnahmen im Quartier beziehen eine Vielzahl verschiedenster Akteure in die Umsetzung von Ideen und Konzepten ein. Während das »Luruper Forum« mit seinen monatlichen Treffen an verschiedenen Orten die aktiven Gruppen und Personen im Stadtteil zusammenführt, bietet der Stadteilladen einen festen Ort der Begegnung, eine tägliche Anlaufstelle im Quartier. Hier hat auch das Quartiersmanagement sein Büro, stehen Beratungsangebote verschiedener Träger bereit, wird die Stadtteilzeitung konzipiert, tagen die Arbeitsgruppen u.v.a. Im Stadteilladen wird derzeit in der AG »Quartiersentwicklung« der erste Entwurf des Quartiersentwicklungskonzepts (QEK) unter Federführung des Quartiersmanagements weiterentwickelt. Aufgabe des QEK ist es, eine wirklichkeitsnahe und transparente Planung von Quartiersentwicklung zu ermöglichen. Unterstützt durch Gebietsbeauftragte des Bezirks und der Fachbehörde für Stadtentwicklung ist das Quartiersmanagement die zentrale Verbindung zwischen »Verwaltung und Politik« auf der einen und verschiedenen Akteuren des Quartiers auf der anderen Seite. Neben der Entwicklung des QEK umfasst der Aufgabenbereich des Quartiersmanagements

- die Entwicklung und Abstimmung konkreter Einzelvorhaben im Zusammenwirken mit den lokalen Akteuren und den betroffenen Verwaltungsdienststellen,
- die Sicherung der Umsetzung und laufende Begleitung der Vorhaben,
- die Entwicklung und Umsetzung vorhabensbezogener lokaler Kooperationsformen unter Einbeziehung möglichst großer Teile der betroffenen Bevölkerung,
- die laufende Zusammenarbeit mit allen im Stadtteil tätigen bezirklichen und fachbehördlichen Dienststellen (vgl. Übersicht »Organisationsstrukturen der Programmumsetzung in Hamburg-Altona-Lurup«) sowie beteiligten Trägern öffentlicher Belange und schließlich
- eine lückenlose Berichterstattung gegenüber dem Bezirksamt über den Fortgang der Arbeiten sowie aktive Mitwirkung an den vom Bezirksamt im Einvernehmen mit der Stadtentwicklungsbehörde geforderten Evaluationsmaßnahmen.⁶

⁶ Dem Quartiersmanagement stehen zur Erfüllung dieser Aufgaben rund 158 000 Euro jährlich zur Verfügung.

Organisationsstrukturen der Programmumsetzung in Hamburg-Altona – Lurup



Die Bewohner/innen und Institutionen im Quartier sind über das »Luruper Forum« – seine Zusammensetzung variiert je nach behandelten Themen; die Zahl der Teilnehmer/innen schwankt zwischen 40 und über 100 Personen – auch direkt mit der lokalen Politik verbunden: In der zwölfköpfigen, jährlich gewählten Geschäftsführung des »Luruper Forums« sind neben Bewohner/innen auch lokale Politik, Gewerbetreibende sowie Mitarbeiter/innen der sozialen Einrichtungen, Stadtteilinitiativen und der Wohnungsgesellschaft vertreten. In der Geschäftsführung werden Vorhaben und Projekte, die aus dem Verfügungsfond oder anderen Fördermitteln finanziert werden sollen, vor-

diskutiert, bevor sie dem Forum von den Aktiven selbst zur Abstimmung vortragen werden. So wird ein zu erzielender Konsens vorbereitet, können zentrale Fragen vorab überlegt werden. Die Geschäftsführung des Forums wird von den stimmberechtigten Teilnehmer/innen (alle, die im Quartier leben oder arbeiten und mindestens zweimal am Forum teilgenommen haben) gewählt.

Innerhalb des Bezirks Altona übernimmt ein direkt dem Bezirksamtsleiter unterstellter »Koordinierungsstab« die Koordination der Programmumsetzung. Seine Mitglieder kommunizieren Anknüpfungspunkte, Ziele und Erreichtes in der Quartiersentwicklung innerhalb des Bezirks, das heißt in die verschiedenen Dezernate. Sie informieren, direkt und indirekt über weitere Verwaltungsstellen, die gewählten politischen Vertreter/innen der Bezirksversammlung und beraten mit den durch die Bezirksversammlung gebildeten Fachausschüssen sowie mit untergeordneten Ämtern (wie dem Jugendamt) über die Situation im Gebiet und mögliche Handlungsansätze. Innerhalb der politischen Ausschüsse der Bezirksversammlung liegt die Federführung für das Programm beim Ortsausschuss.

Der Koordinierungsstab und insbesondere die für Lurup zuständige Gebietsbeauftragte stehen in einer engen Arbeitsbeziehung zum Quartiersmanagement. So unterstützen die Mitglieder des Koordinierungsstabs das Quartiersmanagement in der Aufgabe, Anliegen der Sozialen Stadtteilentwicklung an die jeweils zuständigen Fachbehörden heranzutragen und diese frühzeitig für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Dieser kontinuierliche Kommunikations- und Abstimmungsprozess erreicht seine höchste Intensität zu Zeiten, in denen am Quartiersentwicklungskonzept gearbeitet wird, das jeweils Fachbehörden und dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburgs vorgelegt wird.

Mehr als in einem Flächenstaat sind im Stadtstaat Hamburg auch die Fachbehörden in direkter Kommunikation mit den Akteuren der Quartiersentwicklung verbunden. Die fachbehördliche Zuständigkeit für Soziale Stadtteilentwicklung lag in Hamburg zunächst bei der »Stadtentwicklungsbehörde«, die nach der Wahl am 21.9.2001 in die neu konzipierte »Behörde für Bau und Verkehr« integriert worden ist. Über die zuvor stattfindenden einzelnen Abstimmungsrunden hinaus wird unter ihrer Federführung ein Mal im Jahr über die in den Gebieten geplanten und umzusetzenden Maßnahmen/Projekte beraten. Hier haben zehn Fachressorts noch einmal die Gelegenheit, sich einen Überblick über die aktuelle Arbeit in den Hamburger Gebieten der Sozialen Stadtteilentwicklung zu verschaffen und sich konstruktiv, z.B. durch Möglichkeiten der Ressourcenbündelung, zu beteiligen.

6. Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Da die Aktivierung und Beteiligung der lokalen Akteure zu den wesentlichen Zielen der Quartiersentwicklung in Hamburg-Altona-Lurup zählt, werden in unterschiedlicher Intensität fast alle denkbaren Instrumente eingesetzt. Wie in Nordrhein-Westfalen erweist sich dabei der »Stadtteilladen« als

unabdingbare Voraussetzung zur Knüpfung von Kontakten in jeglicher Beziehung: zwischen Quartiersbevölkerung und Stadtteilmanagement, aber auch zwischen den einzelnen »Aktiven« und denen, die aktiv werden wollen. Als äußerst günstig hat sich sein Standort in einer Ladenfläche nahe der S-Bahn-Station innerhalb eines Einkaufszentrums erwiesen, da sie ein unverbindliches »Vorbeischauen« ermöglicht. Der Stadtteilladen ist täglich von 10.00 bis 17.00 Uhr geöffnet. Neben einer Vielzahl von organisierten Angeboten einzelner Projekte und von Einrichtungen/Akteuren innerhalb und außerhalb des Quartiers (Workshops, Zukunftswerkstätten, »Planning for Real«, Fachtagungen und Themenrunden, zielgruppenspezifische Veranstaltungen und Aktionen, Wettbewerbe u.v.a.), die hier ihren Anknüpfungspunkt und Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit finden, trifft man sich im Stadtteilladen, wenn es um kleine und große Anliegen geht.

Kennzeichen der Vorgehensweise des Quartiersmanagements ist Bürgernähe und »Niedrigschwelligkeit«: »Aktivierung« geschieht konkret in fortwährender Kontaktpflege zu möglichst vielen Gruppen/Nachbarschaften des Quartiers, sei es direkt, sei es über so genannte »Schlüsselpersonen«. Vor allem in den ersten beiden Projektjahren hatte die »Tuchföhlung zum Quartier« einen hohen Stellenwert, wobei Vertrauen nicht automatisch zu gewinnen ist. Es hängt von persönlichen Voraussetzungen ab und bedarf steter Pflege. Gelingt kein direkter Kontakt, so vermitteln Schlüsselpersonen wie einzelne Geschäftsleute, eine Kindergartenleiterin oder auch »ganz normale Bürger«, die in einer bestimmten Gruppe über einen hohen Einfluss verfügen. Solche Schlüsselpersonen sind ein wichtiges, eher verborgen existierendes »Potential« des Gebiets. Institutionalisierte Formen der Beteiligung, die einer sich immer wieder verändernden Netzwerkbildung dienen, sind das Forum, Stadtteilkonferenzen der sozialen Einrichtungen, Arbeitskreise und -gruppen, der themenspezifisch gegründete »Runde Tisch« sowie Mieterinitiativen, der Bürgerverein und die Elternbeiräte der Schulen.

Der »Blumenstrauß« der Aktivierungs- und Beteiligungsformen in Lurup ist äußerst bunt, und immer mal wieder kommt eine neue Farbe hinzu; eine andere verwelkt, weil Ziele erreicht wurden oder Kräfte und Neugier schwinden. Gerade in Hinblick auf eben diese Kräfte ist das *Instrument* des »Verfügungsfonds« hervorzuheben: Im Rahmen der »Sozialen Stadtteilentwicklung« in Hamburg werden den Quartieren Mittel in Höhe von bis zu 20 830 Euro jährlich für die direkte und unbürokratische Erschließung von Projektideen und deren Umsetzung zur Verfügung gestellt. Über die Verwendung dieses »Stadtteilbudgets« wird vor Ort, im »Luruper Forum«, entschieden. Bürger übernehmen hierbei finanzielle Verantwortung und setzen – bei Bedarf mit fachlichem Rat – sachliche Prioritäten in demokratischen Abstimmungsprozessen. Über den Verfügungsfonds werden kleinere, in sich abgeschlossene Maßnahmen (z.B. zur Unterstützung von Einzel- und Gruppenaktivitäten, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Anschaffungen und Sachkosten sowie kleinere Investitionen) finanziert. Er lässt rasch konkrete Ergebnisse sichtbar werden – eine unabdingbare Voraussetzung für das Ziel der Aktivierung und Beteiligung.

7. Fazit: Denkpunkte für die Zukunft

- Die strukturellen Mängel der im Modellgebiet ausgeprägten Raumstruktur aus den 50er-, 60er- und der 70er-Jahren können allein mit Mitteln der Quartiersentwicklung nicht bewältigt werden. Eine Fortführung und bedarfsorientierte Konzeption klassischer Städtebauförderung für investive Maßnahmen ist deshalb auch in Zukunft unverzichtbar.
- Niedrige Qualifikationsniveaus, geringes Einkommen und soziale Belastungen durch Migration oder Erziehungsaufgaben binden die Bewohner an ihr vertrautes Lebensumfeld. Dennoch müssen für arbeitslose Luruper/innen zugängliche gewerbliche Milieus außerhalb der Quartiersgrenzen erschlossen, Mobilitätsbarrieren abgebaut und jeweils notwendige Unterstützung von Ausbildung und Beschäftigung verlässlich bereitgestellt werden.
- Projekte und Projektträger entstehen in Lurup wie anderswo nicht von selbst. Der Weg von einer Projektidee über ein Konzept zur Umsetzung bedarf zuverlässiger und konsequenter professioneller Unterstützung. Auch diesbezüglich ist eine Verknüpfung quartiersbezogener mit gesamtstädtischen Ressourcen und Handlungsstrategien erforderlich.
- Lokalen Netzwerken fehlt häufig der geeignete Zugang zu Entscheidungsebenen in zuständigen Fachbehörden. Das Quartiersmanagement kann notwendige Kontakte umso besser vermitteln, je präziser und zeitnäher es über die Angebote der verschiedenen Fachbehörden informiert ist.
- Soziale Stadtentwicklung braucht Entwicklungszeit. Je nach Bedingungen und Vorerfahrungen in einzelnen Gebieten lassen sich unterschiedliche Inhalte und Handlungsdynamiken verwirklichen. Je stabiler und fundierter die ersten Schritte erfolgen, umso eher ist mit einer Entstehung sozialer Strukturen zu rechnen, die sukzessive weniger Unterstützung von außen bedürfen.

Hannover – Vahrenheide-Ost

Heiko Geiling

Thomas Schwarzer

Claudia Heinzelmann

Esther Bartnick

Für das Modellgebiet Hannover-Vahrenheide gilt die Besonderheit, dass es kein Gebiet des Programms »Soziale Stadt« ist. Vahrenheide-Ost wurde bereits 1997, auf der Grundlage des »Aktionsprogramms Integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost« in das Städtebauförderprogramm des Landes Niedersachsen aufgenommen. Dieses gemeinsam von der Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH (GBH) und der Stadt Hannover (Stadtplanungsamt) erarbeitete Sanierungskonzept bildete aufgrund seines neuartigen, integrierten Charakters den Hintergrund, Vahrenheide-Ost als Modellgebiet für Niedersachsen auszuwählen. Den Anlass für die Sanierung stellten dabei nicht primär baulich-städtebauliche Defizite dar, sondern »Problemlagen, die sich aus der benachteiligten Situation der Bevölkerung im Gebiet ergeben« (Sachstandsbericht 2000, S. 11).

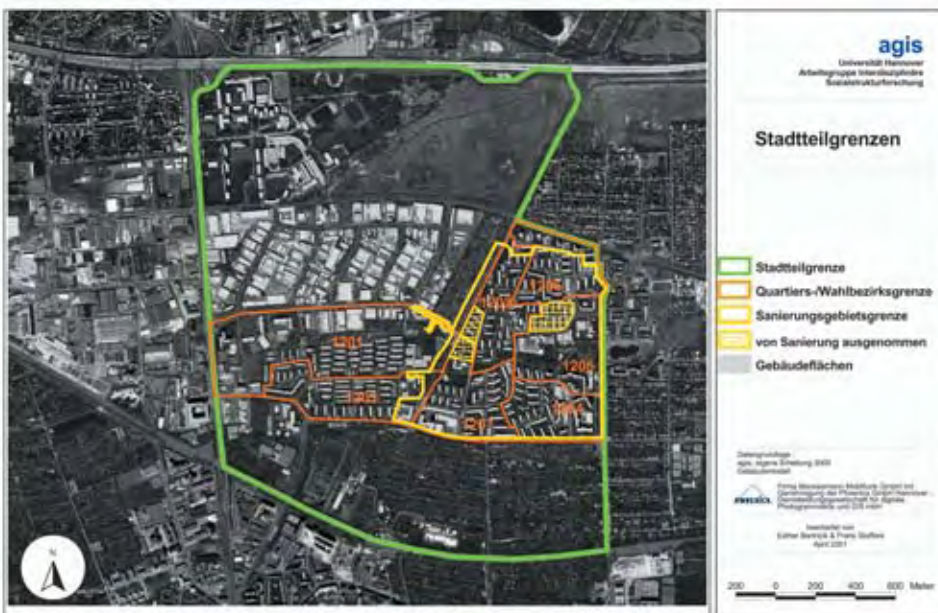
Das Modellgebiet umfasst entsprechend der rechtlichen Vorgaben des Landes lediglich das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet. Diese Einschränkung wird hier zugunsten einer Darstellung des gesamten Stadtteils Vahrenheide aufgehoben, um die tatsächlichen Vernetzungen und Nutzungszusammenhänge zu verdeutlichen.

1. Gebietscharakter

Vahrenheide liegt an der nördlichen Grenze der Landeshauptstadt Hannover rund vier Kilometer Luftlinie vom Stadtzentrum entfernt. Durch eine Straßenbahnlinie ist der Stadtteil verkehrstechnisch gut angebunden. Von den umliegenden Stadtvierteln wird Vahrenheide durch den Mittellandkanal im Süden, eine Autobahn im Norden und stark befahrene Straßen im Osten und Westen getrennt.

Der Stadtteil entstand in der Zeit von 1955 bis 1974 als erste niedersächsische Großwohnsiedlung am Stadtrand. Das reine Wohngebiet ist städtebaulich dreigeteilt. Drei- oder viergeschossige Zeilenbauten mit rund 2 280 Wohnungen nehmen die weitaus größte Fläche ein. In Vahrenheide-West dominiert ein ausgedehntes Einfamilien-Reihenhausgebiet, und lediglich Vahrenheide-Süd-Ost wird von konzentrierter Hochhausbebauung (ca. 600 Wohnungen) mit bis zu 18 Stockwerken geprägt. Da die Bebauung des Stadtteils nicht so weit ausgedehnt wurde, wie ursprünglich vorgesehen war, liegt der als Stadtteilzentrum konzipierte Vahrenheider Markt am Rand des Wohngebiets.

Vahrenheide hatte von Beginn an durch große Kapazitäten an öffentlich finanzierten bzw. subventionierten Wohnungsbeständen die Funktion, Personen bzw. Familien, die nicht aus eigener Kraft die üblichen Mieten finanzieren konnten, mit Wohnraum zu versorgen. Solche öffentlichen Belegrechtswohnungen werden vom Wohnungsamt vergeben, seit kurzem auch direkt von der kommunalen Wohnungsgesellschaft GBH. Da der Anteil an Beleg-



Ansicht des südöstlichen Bereichs von Vahrenheide, im Vordergrund 60er-Jahre-Zeilnbauten, dahinter der Hochhauskomplex Klingenthal
Bildquelle: Franz Fender

Stadtteilgrenzen mit Darstellung des Sanierungsgebietszuschnittes
Bildquelle: agis, Hannover

rechtswohnungen im Sanierungsgebiet mit 87 Prozent fast doppelt so hoch ist wie in vergleichbaren hannoverschen Stadtteilen, kam es zu einer starken räumlichen Konzentration sozial benachteiligter Milieus.

Eine pauschale Charakterisierung als Armutsstadtteil wird der spezifischen Situation jedoch nicht gerecht, obwohl mindestens die Hälfte der EinwohnerInnen in Verhältnissen unterhalb oder nahe der Armutsgrenze leben. Denn trotz dieser schwierigen Lebensumstände bestreiten zwei Drittel der VahrenheiderInnen ihren Alltag unabhängig von staatlichen Transferleistungen. Etwa 20 Prozent leben in relativer materieller Sicherheit (u.a. Wohneigentum), ca. 50 Prozent leben in bescheidenen Soziallagen, wirtschaften aber unabhängig, und etwa 30 Prozent leben mit Sozialhilfe oder Arbeitslosenunterstützung, davon ca. acht Prozent in extremer Unterprivilegierung. Von extremer Unterprivilegierung, das heißt einer Lebenslage, bei der neben die materiellen Schwierigkeiten und Erwerbslosigkeit psychosoziale Problematiken treten (Suchtkrankheiten, zeitweise Nichtsesshaftigkeit, soziale Isolation u.a.), sind vor allem deutsche BewohnerInnen betroffen. Personen mit Migrationshintergrund beziehen zwar mit annähernd 50 Prozent häufiger staatliche Transferleistungen als Deutsche, werden von dieser Gruppe jedoch noch unterschichtet.

Die spezifische Altersstruktur trägt zu dem geringen Erwerbspotenzial bei. In Vahrenheide leben überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche. Dem gesamtgesellschaftlichen Trend entsprechend, ist auch der SeniorInnenanteil relativ hoch. Somit ist lediglich die Hälfte der BewohnerInnen im erwerbsfähigen Alter, von denen wiederum ein überdurchschnittlich großer Teil arbeitslos ist, wegen der Beanspruchung durch Kinderversorgung keiner Erwerbstätigkeit nachgehen kann bzw. von Sozialhilfe lebt. Verjüngt wird die Altersstruktur insbesondere durch den großen Anteil von MigrantInnen.

Eine differenzierte Betrachtung der Fluktuation im Gebiet zeigt, dass die türkische Bevölkerung, die den weitaus größten Anteil von MigrantInnen im Stadtteil stellt, gegenüber der Gesamtbevölkerung eine höhere Wohndauer aufweist. In Vahrenheide-Ost lag der Anteil der Gesamtbevölkerung mit einer Wohndauer von über fünf Jahren bei 34 Prozent, bei der türkischen Bevölkerung bei 46 Prozent (vgl. Janßen 2001). MigrantInnen gehören eher zu den relativ stabilen Bevölkerungsgruppen im Stadtteil.

2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Das zentrale Problem in Vahrenheide ist die Armut und die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen bei vielen der BewohnerInnen. Verschärft wird diese Situation durch die starke räumliche Konzentration von benachteiligten und ethnischen Milieus in den sanierungsbedürftigen Wohnbeständen der GBH. Dies führt im Alltag zu stark überlasteten Nachbarschaften, alltagskulturellen Fremdheiten und Stigmatisierungen, die das Zusammenleben belasten.

Erschwert wird der soziale Zusammenhalt bereits durch die bauliche Monostruktur einer reinen Wohnsiedlung. Es existieren angesichts einer reinen Versorgungsökonomie kaum Beschäftigungsmöglichkeiten oder Anknüp-

DEMOGRAPHISCHE UND SOZIALRÄUMLICHE MERKMALE

	Vahrenheide-Ost ¹	Stadtteil Vahrenheide	Gesamtstadt Hannover
Größe	73 ha	139,8 ha	20 407 ha
Einwohnerzahl (2001)	7 535	9 319	505 648
Bevölkerungsverlust (1995–2000)	9,9 %	9,3 %	1,8 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße	nicht verfügbar	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Anzahl der Wohnungen (1999)	3 300	4 662	281 787
Leerstand (2000)	10,9 % ²	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Anteil der Wohngeldempfänger (1995)	13,6 %	10,6 %	5,7 %
Arbeitslosenquote (2001)	20,3 %	18,6 %	10,1 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (2001)	20,7 %	17,6 %	7,3 %
Anteil ausländische Bevölkerung (2001)	33,9 %	30,9 %	15,0 %
Anteil der bis 18-Jährigen (2001)	23,4 %	21,5 %	15,3 %
Anteil der 65-Jährigen und älter (2001)	24,3 %	26,1 %	25,0 %

fungspunkte in den Erwerbsbereich. Den Alltag prägt außerdem ein Missverhältnis zwischen Innen- und Außenräumen. Beengt sind sowohl die Wohnverhältnisse als auch die Situation in vielen sozialen Einrichtungen. Es fehlen milieuübergreifende Begegnungsmöglichkeiten in Form von Räumen und Strukturen, die Kontakte und soziale Beziehungen ermöglichen. Vor allem für kleinere Kinder fehlen Krabbelstuben, für die älteren Hortplätze, Treffmöglichkeiten sowie lokale Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote. Die gesundheitliche Versorgung ist minimal, und es gibt kaum öffentliche Orte, an denen die Vielzahl der ethnischen Gruppen (58 verschiedene Ethnien) ihre Alltagskultur leben können. Hinzu kommt das negative Image von Vahrenheide, sowohl in der Außenwahrnehmung wie auch innerhalb des Stadtteils, was die Identifikation der BewohnerInnen mit dem Stadtteil erschwert.

Politisch repräsentiert wird nur ein geringer Teil der Stadtteilbevölkerung; z.B. waren bei der Bundestagswahl 1998 lediglich 57 Prozent der BewohnerInnen wahlberechtigt. Von ihrem Wahlrecht machten 73 Prozent Gebrauch, im eigentlichen Sanierungsgebiet lediglich 66 Prozent. Weniger als die Hälfte (41 Prozent) haben somit auf die politische Vertretung Einfluss genommen.

Wichtige Entwicklungspotenziale, die langfristig den Armutstendenzen entgegenwirken können, liegen im Bereich der frühkindlichen Betreuung und der schulischen Bildung. Aufgrund des erheblichen Problemdrucks schon seit vielen Jahren sind die zentralen Kindertagesstätten wie auch die Integrierte Gesamtschule Vahrenheide-Sahlkamp und das Gymnasium Ganztageeinrichtungen. Diese Einrichtungen praktizieren neuartige und engagierte Konzepte, die an den spezifischen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen orientiert sind (z.B. nach Bewegung oder verlässlichen Bezugspersonen). Trotz zusätzlicher Erziehungs- und Betreuungsaufgaben und schlechter

¹ Der Sanierungsgebietszchnitt umfasst den Ostteil des Stadtteils, ausgenommen drei Einfamilienhaus-Gebiete und einige nördlich gelegene Wohnblöcke in Privatbesitz.

² Nur GBH-Bestand.

Teilansicht des Vahrenheider Marktes mit Litfasssäule des »Kulturtreffs« und Sandsteinstelen einer Kreativaktion des Kulturtreffs
Bildquelle: agis, Hannover



räumlicher und materieller Ausstattung leisten z.B. die Schulen eine solide Bildungsarbeit.

Unterstützungen für den sozialen Zusammenhalt bieten auch viele der sozialen Einrichtungen in Vahrenheide. Sie verfügen über langjährige Erfahrungen in der Integration unterprivilegierter Gruppen sowie von MigrantInnen, so z.B. die Nachbarschaftsinitiative e.V., der Spielpark und die Gemeinwesenarbeit. Bei entsprechender Sensibilisierung für diese Problematik und einer verstärkten Öffnung für die Lebensweisen der Jüngeren im Stadtteil könnten auch die traditionellen Sport- und Kulturvereine des Stadtteils dazu beitragen, Distanzen zu überbrücken. In den aus ethnischen Bindungen hervorgegangen Migrantenvereinen (z.B. der Demokratische Kulturverein e.V.) bestehen bereits nachbarschaftliche Netzwerke.

Die kommunale Wohnungsgesellschaft GBH kann durch ihre zentrale Stellung im Stadtteil ebenfalls Entwicklungspotenziale für den Stadtteil bieten. Mittlerweile wurde eine GBH-Geschäftsstelle vor Ort eingerichtet, wodurch die alltägliche Arbeit stärker bewohnerorientiert geworden ist. Außerdem fördert und finanziert die Wohnungsgesellschaft seit einigen Jahren verstärkt Projekte im Bereich der sozialen Arbeit und der Beschäftigung.

3. Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte

Ziel der Sanierung von Vahrenheide-Ost ist eine soziale Stabilisierung des Stadtteils und die Verbesserung der Lebensbedingungen seiner BewohnerInnen (vgl. Wohnungspolitische Leitlinien). Erreicht werden soll dieses Ziel durch eine Verbesserung ihrer Einkommens-, Einfluss- und Erfahrungschancen. Konkretisiert werden diese Ziele im »Aktionsprogramm Integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost« (1997). Davon ausgehend wurden fünf Handlungsschwerpunkte entwickelt und bisher in unterschiedlichem Umfang konkretisiert.

In Hannover ist die lokale »Wohnungspolitik« eng verzahnt mit einem gesamtstädtischen Zielkonzept gegen zunehmende sozialräumliche Segregation (»Aktionsprogramm Wohnen in Hannover«). Priorität in Vahrenheide haben die Veränderung der einseitigen Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (soziale Entflechtung) und die Entwicklung tragfähiger Nachbarschaften. Erreicht werden soll dieses Ziel durch eine Öffnung des Wohnungsangebotes für andere soziale Milieus. Konkret werden bei ca. 70 Prozent der GBH-Wohnungen die Belegrechte zeitlich befristet ausgesetzt und die Wohnungsvergabe an die GBH-Geschäftsstelle im Stadtteil delegiert (vorher Wohnungsamt); 1999 wurden ca. 800 Wohnungen, vor allem in den Hochhäusern, und 2001 ca. 1 000 weitere Wohnungen von rechtlichen Bindungen freigestellt (§ 7 WoBindG). Ein weiteres Instrument ist die Privatisierung: 36 Wohneinheiten im Hochhausbereich wurden im Jahr 2000 an eine neu gegründete Wohnungsgenossenschaft verkauft (VASA), und 2001 folgten weitere 42 Wohnungen aus den 60er-Jahre-Beständen. 136 Wohnungen in einem bis zu neugeschossigen »Terrassenhaus« sollen außerdem an MieterInnen oder SelbstnutzerInnen veräußert werden.

Das zentrale Handlungsfeld ist die städtebauliche Sanierung, vor allem in Form einer Aufwertung der besonders vernachlässigten Teile des Wohnungsbestandes und der Geschäftszentren. Für diese Aktivitäten ist der überwiegende Teil der zur Verfügung stehenden Sanierungsmittel eingeplant. Als übergeordnetes Ziel wird eine stärkere Nutzungsmischung zwischen Wohnen und Arbeiten angestrebt. Eine stärkere Nutzungsmischung soll erreicht werden durch die Umnutzungen bestehender Wohnungen für soziale und gewerbliche Zwecke bzw. für Einrichtungen der BewohnerInnen sowie durch die Ansiedlung von nicht störendem Gewerbe. Durch die Umgestaltung des Wohnumfeldes sollen außerdem bessere Aneignungsmöglichkeiten eröffnet werden. Das erhebliche Arbeitsvolumen für die genannten Sanierungsmaßnahmen soll für die BewohnerInnen zumindest befristete Beschäftigungsangebote eröffnen bzw. Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten bieten.

Für das Handlungsfeld »Soziale und kulturelle Infrastruktur« sollen die bestehenden, zum Teil überlasteten Angebote stabilisiert und um neue Angebote ergänzt werden. Eine wichtige Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche, für die zusätzliche »Treffsituationen« sowie Qualifizierungs- und Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden sollen. Milieuübergreifende Aktivitäten sollen unter anderem durch die räumliche Verlagerung und den Ausbau eines bereits bestehenden Kulturtreffs verbessert werden. Notwendige Maßnahmen wurden in Form eines »Runden Tisches«, zu dem alle im Stadtteil tätigen sozialen und kulturellen Einrichtungen, Träger und Initiativen eingeladen wurden, erörtert und durch eine Befragung erhoben. Geplant ist, durch einen gemeinsamen Kooperationsprozess ein soziales Handlungsprogramm zu entwickeln.

Ausgeführt wird für das Handlungsfeld »Partizipation und Aktivierung zur Eigeninitiative und Selbstorganisation«, dass nur durch eine verstärkte gesell-



Werbeplakat für das
Stadteilfest 2001
Bildquelle: agis, Hannover

Kindertagesstätte
Emmy-Lanzke-Haus der AWO:
Für einen Hort- oder
Kindergartenplatz gibt es
lange Wartelisten.
Bildquelle: agis, Hannover



schaftliche und politische Teilhabe der BewohnerInnen die zentralen Sanierungsziele erreicht werden können. Dies soll auf drei unterschiedlichen Handlungsebenen erreicht werden: Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit soll die BewohnerInnen über Sanierungsvorhaben, Teilhabemöglichkeiten und Handlungschancen informieren; Möglichkeiten zur Partizipation an lokalen Planungs- und Entscheidungsprozessen sollen geschaffen und gestärkt und als wichtigstes Element nachbarschaftliche Kommunikation, Selbsthilfe und Selbstorganisation gefördert werden.

Als Ziel für das Handlungsfeld »Lokale Ökonomie« gilt die Schaffung von befristeten und dauerhaft im Wohnquartier verankerten Beschäftigungsmöglichkeiten. Für die Umsetzung dieser schwierigen Aufgabe in einem reinen Wohngebiet werden insbesondere drei Anknüpfungspunkte genannt: das angrenzende Gewerbegebiet, die beiden Geschäftszentren sowie das Wohnungsbauunternehmen GBH als größter Eigentümer und Investor im Stadtteil. Insbesondere die umfangreichen Investitionen in den Gebäudebestand und in das Wohnumfeld sollen für Arbeits- und Ausbildungsangebote im Stadtteil genutzt werden. Die Schaffung eines lokalen Beschäftigungsträgers soll die Aktivitäten in diesem Handlungsfeld ergänzen und koordinieren sowie informelle Ansätze der Selbsthilfe und der nachbarschaftlichen Unterstützung fördern.

4. Schlüsselprojekte

Der »Sachbericht September 2001« listet 35 verschiedene Projekte sowie fünf Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung auf, die seit Beginn der eigentlichen Arbeit im Sanierungsgebiet (Sommer 1999) entwickelt wurden. Die Projekte und Maßnahmen haben sehr unterschiedliche Wirkungsradien, Laufzeiten



und Finanzvolumina. Hervorgehoben werden Projekte die aufgrund ihrer strategischen Bedeutung für das Erreichen der Sanierungsziele und der dabei eingesetzten Finanzmittel eine zentrale Bedeutung haben.

- Von den wohnungspolitischen Steuerungsversuchen (Verzicht auf Belegrechte, befristete Freistellung von Bindungen, Privatisierung von Wohnungen) wird eine zentrale Wirkung für den Stadtteil und seine sozialen Strukturen erhofft. Diese Maßnahmen zur Öffnung des Wohnungsbestandes für andere Bewohnergruppen zeigten bisher (noch) wenig Wirkungen.

- Aufgrund der hohen symbolischen und der sozialen Bedeutung für den gesamten Stadtteil hat die etwa 13 Mio. DM teure Maßnahme »Rückbau der Großwohnanlage Klingenthal« eine Schlüsselfunktion. Im Kernbereich des derzeit zu über die Hälfte leer stehenden Hochhauskomplexes (560 Wohnungen) sollen 226 Wohneinheiten abgerissen werden. Zuvor eingeholte Umgestaltungsvorschläge wurden aufgrund fehlender finanzieller Mittel der Wohnungsbaugesellschaft und fehlender Fördermöglichkeiten nicht berücksichtigt (die Wohnungen sind modernisiert), obwohl sich ein Teil der MieterInnen deutlich gegen den Abriss ausgesprochen hatte. Mit den verbleibenden MieterInnen wird derzeit ein Sozialplan erarbeitet, nach dessen Grundsätzen ihr Verbleib im Sanierungsgebiet gewährleistet wird (falls gewünscht). Da sich an den Hochhauskomplex Stigmatisierungen knüpfen, die auf den ganzen Stadtteil ausstrahlen, und der Abriss eine weit sichtbare Veränderung des Stadtteilbildes bedeutet, soll diese Maßnahme eine positive Signalwirkung haben.

- Für die dringend erforderlichen Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen im 60er-Jahre-Wohnungsbestand der GBH fließen etwa 14,5 Mio. DM. Die Maßnahmen werden mit den Mieterbeiräten der GBH abgestimmt, und die BewohnerInnen sind bei der konkreten Umsetzung beteiligt.

Ansicht von Teilen des Hochhauskomplexes Klingenthal, die im Zuge der Sanierung rückgebaut werden sollen

Bildquelle: Sanierungszeitung Nr. 15, 7. 6. 2001



Sanierte Fassade im 60er-Jahre-Wohnungsbestand, ein typischer Zeilenbau der GBH

Bildquelle: agis, Hannover

Neu eingerichtete Pförtnerloge in einem Hochhaus des Klingenthal-Komplexes zur Steigerung der Attraktivität des Eingangsbereiches und des Sicherheitsgefühls der BewohnerInnen

Bildquelle: agis, Hannover



■ Ein weiteres wichtiges Projekt ist das »betreute Wohnen in den Sahlkampfhäusern«, da es auf die Unterstützung und Aktivierung der extrem unterprivilegierten Bewohnerschaft zielt. Diese Häuser und ihre überwiegend sehr kleinen Wohnungen haben im Stadtteil das schlechteste Image sowie einen hohen Instandsetzungs- und Modernisierungsbedarf. Bei den MieterInnen handelt es sich vor allem um allein stehende Männer mit vielfältigen sozialen Problemen und häufigen Konflikten auch untereinander. Im Auftrag der Sanierungskommission hat das Sanierungsbüro in Kooperation mit dem Kommunalen Sozialdienst, der Gemeinwesenarbeit, dem Wohnungsamt und einem externen Gutachter ein Konzept zur sozialen Betreuung entwickelt. Das Ziel ist eine soziale Stabilisierung der Bewohnerschaft durch Beratungsangebote. Ein Teil dieser Angebote soll aus Hilfen zur beruflichen Rehabilitation und der Arbeitsplatzsuche bestehen.

■ Ein mehrere Handlungsfelder übergreifendes Schlüsselprojekt ist die Schaffung eines selbstorganisierten Bewohnerzentrums. Die Sanierungskommission erteilte den Auftrag, ein Nutzungskonzept für ein Bewohnerzentrum im derzeitigen Heim für ledige Mütter zu entwickeln. Gemeinsam mit der Nachbarschaftsinitiative, der wichtigsten lokalen Bewohnerorganisation im Stadtteil, dem neugegründeten Trägerverein zur Beschäftigungsförderung »FLAIS e.V.« (Förderverein Leben und Arbeiten im Stadtteil Vahrenheide) und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) initiierte das Sanierungsbüro die Ausarbeitung eines Nutzungskonzeptes. Die Kosten der baulichen Umgestaltung können aus Sanierungsmitteln getragen werden. Die Finanzierung des Betriebs eines solchen Bewohnerzentrums ist derzeit umstritten.



In einer Anfang der 90er-Jahre umgebauten und umgenutzten ehemaligen Hochgarage befindet sich in der unteren Etage das Sanierungsbüro. Darüber liegen die Räume der Gemeinwesenarbeit und eine Geschäftsstelle der Wohnungsgesellschaft GBH.
Bildquelle: agis, Hannover

5. Organisation und Management

Das neuartige, integrierte Sanierungskonzept für Vahrenheide-Ost ruht organisatorisch auf einer über nahezu 30 Jahre gewachsenen Zusammenarbeit zwischen der Stadt Hannover (Stadtplanungsamt) – in ihrer Rolle als Sanierungsträger – und der kommunalen Gesellschaft für Bauen und Wohnen (GBH). Sanierung bedeutete und bedeutet auch in Vahrenheide vor allem Stadteilerneuerung mit Wohnungsbau- und Städtebauförderungsmitteln. Aus dieser Tradition städtischer Sanierungsprozesse stammen zwei bewährte Instrumente:

- Es wird eine Sanierungskommission eingesetzt, die als lokalpolitisches Gremium der Entscheidungsfindung dient. Sie setzt sich aus sechs gewählten VertreterInnen der politischen Parteien zusammen (paritätisch zum Rat der Stadt) sowie aus sechs BürgervertreterInnen, die von der Kommission ausgewählt werden. Diese Kommission bietet die Möglichkeit, maßgebliche Klärungs- und Entscheidungsprozesse lokal vor Ort abzustimmen und den letztendlich entscheidenden Rat der Stadt von der lokalen Detailarbeit zu entlasten. In der Regel folgt der Rat der Stadt den ausgearbeiteten Vorlagen der Sanierungskommission.
- Die Bewohnerschaft wird bei allen Planungs- und Beteiligungsverfahren durch Anwaltsplanung unterstützt. Dieses ursprünglich aus den USA stammende Konzept (advocacy planning) sieht vor, den schwachen Stimmen und vernachlässigten Themen Gehör zu verschaffen, aber auch informierend, verbindend, vernetzend, moderierend, übersetzend und beteiligend zwischen den verschiedenen Akteuren tätig zu sein.

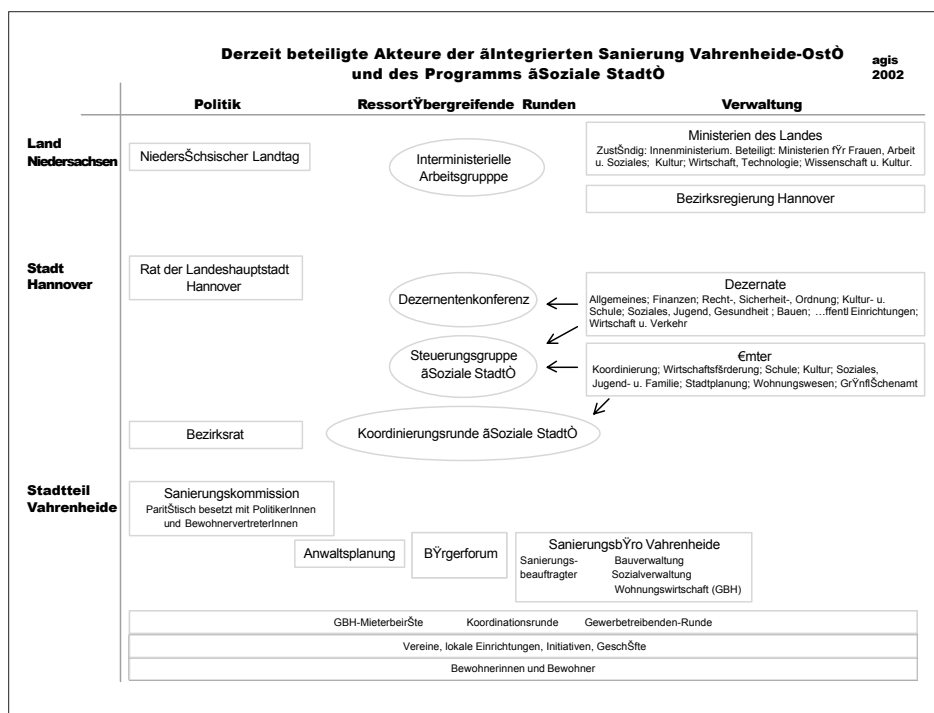
Für die erstmalige Sanierung eines so genannten »sozialen Brennpunktes« mit Hilfe eines integrierten Handlungsprogramms wurden aber auch neue Organisations- und Managementformen erforderlich.



Gründungsversammlung des
Bürgerforums im Juni 1998
Bildquelle: Thomas Oberdorfer,
Hannover

■ Gesteuert wird der Sanierungsprozess durch ein spezifisch zusammengesetztes Sanierungsbüro direkt im Stadtteil. Das Baudezernat hat die Federführung im gesamten Sanierungsprozess und ist »vor Ort« durch einen Stadtplaner vertreten. Dieser arbeitet verwaltungsintern eng mit einem Sozialplaner zusammen sowie mit einem Sanierungskordinator, der aber auch für andere Gebiete zuständig ist. Als Sanierungsbeauftragte der Wohnungsbaugesellschaft GBH ist eine Architektin tätig. Aufgrund des Sanierungsziels einer sozialen Stabilisierung wurde außerdem eine zuvor im Stadtteil tätige Gemeinwesenarbeiterin zur Sanierungsbeauftragten des Sozialdezernates benannt. Koordiniert wird die Arbeit im Sanierungsbüro von einem unabhängigen, erfahrenen Sanierungsbeauftragten. Er ist vermittelnd und aktivierend zwischen den verschiedenen Netzwerken tätig (Stadtteilakteure, lokale Politik, Verwaltung, GBH, Stadtpolitik). Als Arbeitsschwerpunkte wurden definiert: Information und Unterstützung der BewohnerInnen, Koordination und Moderation der Vorhaben aller relevanten Akteure im Stadtteil sowie die Entwicklung von (integrierten) Projekten.

■ Das Sanierungsbüro initiierte die Gründung eines Bürgerforums als zentrales Beteiligungsgremium der Bewohner. Dieses Forum soll die viel zu schmale Basis an aktiver politischer Teilhabe und lokaler Selbstorganisation (Bewohner, Vereine, Initiativen) stärken und die Aktivitäten der vorhandenen Akteure bündeln. Das Bürgerforum tagte zu Beginn alle zwei Wochen, derzeit alle vier Wochen und wird von einem Bewohner bzw. einer Bewohnerin geleitet. Alle geplanten Sanierungsmaßnahmen werden hier vorgestellt, bevor sie in der Sanierungs-



kommission erörtert und entschieden werden. Das Bürgerforum hat außerdem das faktische Recht, über die Vergabe der Mittel des Quartiersfonds in Höhe von jährlich 50 000 DM zu entscheiden.

Neu sind auf der Ebene der gesamtstädtischen Verwaltung die Steuerungsgruppe »Soziale Stadt« und die Koordinationsrunde »Soziale Stadt«. Der Steuerungsgruppe gehören die jeweils zuständigen Dezernenten und Amtsleiter an, die auch die zentralen Entscheidungen treffen und Rahmenbedingungen festlegen. Die Koordinationsrunde ist das organisatorische Zentrum des Programms »Soziale Stadt« und wird von einem Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes koordiniert. Diese Runde ist die Schnittstelle zwischen den jeweils intern verantwortlichen MitarbeiterInnen der Verwaltung und den »vor Ort« Tätigen. Sie sind zuständig für die Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen, koordinieren gebietsübergreifende Projekte, tauschen Informationen aus, diskutieren Konzepte und lösen Probleme auf dem »kleinen Dienstweg«. Die neuen, ressortübergreifenden »Runden« durchbrechen das Muster der vertikalen Trennung zwischen den verschiedenen Ämtern, wobei die Hierarchie der Entscheidungen jedoch unangetastet bleibt.

Für den Sanierungsprozess maßgeblich sind die direkt im Stadtteil neu geschaffenen Organisationen: die Sanierungskommission, das Sanierungsbüro, das Bürgerforum und die Anwaltsplanung. Die Vernetzung zu den BewohnerInnen und ihren Interessen bzw. Anliegen soll vor allem das Bürgerforum ermöglichen und durch die Anwaltsplanung unterstützt werden. Ein die einzelnen Organisationen im Stadtteil übergreifendes Gremium existiert bisher nicht.

6. Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung/Stadtteilakteure

Die Auswahl von Vahrenheide als Sanierungsgebiet und Modellstadtteil erfolgte wegen des überdurchschnittlichen Anteils räumlich konzentrierter BewohnerInnen in schwierigen Lebensumständen (Armut, Arbeitslosigkeit, Zuwanderung, Kinderreichtum). Ihre sozialen Lebenslagen nachhaltig zu verbessern, ist ohne eine erweiterte Teilhabe nicht vorstellbar. Insbesondere benachteiligte Bewohner als Mitwirkende gegenüber professionellen Akteuren der Stadtverwaltung, der Wohnungswirtschaft und der sozialen Arbeit so weit zu stärken, dass Beteiligung zustande kommen kann, ist ein schwieriger, langwieriger Lernprozess. Gerade die gesetzlichen Verfahren und auch viele Instrumente der Bürgerbeteiligung begünstigen gebildete, gut organisierte bzw. durchsetzungsfähige Bewohner(gruppen) und lokale Akteure. Damit die Interessen der sozial benachteiligten Quartiersbevölkerung nicht an den Rand gedrängt werden, bedarf es speziell auf diese Milieus zugeschnittener Methoden der Aktivierung und Teilhabe.

Seit den 80er-Jahren werden vermehrt Aktivierungstechniken wie aufsuchende Stadtteilsozialarbeit (Kirchen, Gemeinwesenarbeit, Kommunaler Sozialdienst, Streetwork), Vernetzungstreffen und zielgruppenspezifische Angebote (offene Jugend- bzw. Bewohnertreffs) in Vahrenheide praktiziert. In Planungen und Wohnumfeldverbesserungen (z.B. Projekt »Grüne Boten«) konnten BewohnerInnen vor allem dann eingebunden werden, wenn sie als direkt Betroffene durch Handzettel in ihren Briefkästen oder durch Klingeln an der Tür angesprochen wurden, Treffen möglichst im Haus oder direkt davor stattfanden und konkret greifbare oder sichtbare Vorschläge zur Auswahl standen. Seit dem Beginn der Sanierung werden die zuletzt genannten niedrig schwelligen Aktivierungstechniken vor allem bei den Wohnungsmodernisierungen und bei Wohnumfeldverbesserungen eingesetzt.

Den Beginn der Sanierung markierte eine Stadtteilkonferenz, die von den zentralen Sanierungsakteuren initiiert und durchgeführt wurde. Dem folgte die Eröffnung eines Sanierungsbüros im Stadtteil, und die neu besetzte Sanierungskommission trat zusammen. BewohnerInnen oder Interessengruppen, die zu Themen der Kommissionsarbeit Wortbeiträge oder Anfragen vorbringen wollen, müssen sich jedoch den formalisierten Umgangsformen der Geschäfts- und Tagesordnung unterwerfen.

Schon bald zeigte sich, dass das neu eingerichtete Bürgerforum aufgrund von zu wenigen Aktiven mit der inhaltlichen und organisatorischen Arbeit eines solchen Forums überlastet war. Einen erheblichen Teil der notwendigen Vorbereitungsarbeiten übernahm daraufhin das Sanierungsbüro. Nicht übernehmen konnte das Sanierungsbüro die erforderliche Funktion eines unterstützenden Anwalts für das Bürgerforum. Die Teilnahme am Bürgerforum gestaltete sich wie üblich sozial stark selektiv. Weder die verschiedenen Einwanderergruppen noch benachteiligte deutsche Milieus oder jüngere BewohnerInnen sind maßgeblich vertreten. Eine größere Bereitschaft zum Engagement im Bürgerforum erwarten die Verantwortlichen durch eine der-

zeit geplante Erhöhung der Mittel für den Quartiersfonds, über deren Verteilung das Bürgerforum mitentscheidet.

Zur weiteren Verbesserung der Situation werden folgende Maßnahmen der Beteiligung praktiziert oder sind in der Planung.

- Die Mieterbeiräte der Wohnungsgesellschaft GBH erhielten mehr Aufmerksamkeit und werden vom Sanierungsbüro unterstützt.
- Derzeit werden Aktive aus der Bewohnerschaft und aus den lokalen Einrichtungen als MultiplikatorInnen der Beteiligung ausgewählt und für diese Tätigkeit geschult. Nicht nur für ihre Arbeit wurde ein umfangreicher »Leitfaden Vahrenheide« entwickelt, der alle Kultur-, Freizeit- und Beratungsangebote im Stadtteil übersichtlich zusammenfasst sowie auf Kontakt bzw. Beteiligungsmöglichkeiten verweist.
- Durch die Unterstützung und Förderung des »Demokratischen Kulturvereins«, soll die Integration der bisher wenig beteiligten Migranten, in diesem Fall der TürkInnen als ethnisch größter Gruppe, verbessert werden.
- Das Sanierungsbüro verstärkte seine Aktivitäten zur Förderung der Selbstorganisation, insbesondere in Form von Bewohnervereinen. Dieser wichtige Bereich soll durch ein derzeit geplantes Büro für Arbeit und lokale Ökonomie unterstützt werden und zukünftig noch mehr Gewicht bekommen.

Die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit organisiert und finanziert die Stadt Hannover als Sanierungsträger gemeinsam mit dem Sanierungsbüro und dafür beauftragten Journalisten. Alle Haushalte erhalten in zweimonatlichem Abstand die »Sanierungszeitung Vahrenheide-Ost«. Informiert wird über zentrale Sanierungsaktivitäten, Termine und Veranstaltungen sowie über Aktivitäten von BewohnerInnen, Initiativen und lokalen Einrichtungen. Wie die Sanierungszeitung erscheinen auch Handzettel und Plakate in deutscher Sprache mit Zusammenfassungen auf türkisch und russisch.

7. Fazit: Aufwertung und »Entflechtung« durch Abriss?

Die Sanierung des Stadtteils Vahrenheide stützt sich auf ein anspruchsvolles, integriertes Konzept. Trotz vielfältiger Aktivitäten und engagierter Projekte auf der lokalen Ebene muss eingestanden werden, dass die angestrebten Ziele, z.B. die Veränderung der einseitigen Zusammensetzung der Wohnbevölkerung durch »Entflechtungsmaßnahmen«, nur in einem langfristigen Prozess zu erreichen sind. Die Privatisierung von Wohnungen in einem nennenswerten Umfang realisiert sich bisher lediglich in gemeinschaftlicher Form, durch den Verkauf einzelner Häuser an eine aus dem Stadtteil heraus entstandene Genossenschaft (VASA). Die Privatisierung durch den Verkauf an Selbstnutzer oder Mieter erweist sich als schwierig. Dadurch fehlen jedoch Finanzmittel für den Ankauf von Belegrechten in anderen Stadtteilen und somit eine wichtige Voraussetzung für die »Entflechtung«.

Es zeigt sich derzeit, dass die zur Verfügung stehenden Sanierungsmittel von 30 Mio. DM angesichts viel zu geringer Investitionen über Jahrzehnte und der besonderen Problemlagen in Vahrenheide nicht ausreichen. Für Stadtteilsanierungen in Hannover standen in der Vergangenheit etwa 200 Mio.

DM zur Verfügung. Die nun in Vahrenheide eingesetzten Mittel ermöglichen lediglich einen nachholenden Ausgleich der gravierendsten Missstände. Eine Aufwertung des Wohnungsangebotes oder gar des Stadtteils insgesamt für »andere Bewohnergruppen« ist in diesem Rahmen kaum zu realisieren, zumal der Abriss von Teilen des Hochhauskomplexes einen erheblichen Teil der Sanierungsmittel bindet und die Investitionsmöglichkeiten der GBH zusätzlich einschränkt.

Die langjährigen Erfahrungen und das Engagement besonders für benachteiligte Bewohnergruppen wurden seit dem Beginn der Sanierung insbesondere für neue Projekte im Bereich der Beschäftigung und der Qualifizierung gebündelt und weiterentwickelt. Dieser Bereich soll durch ein derzeit geplantes Büro für Arbeit und lokale Ökonomie weiter ausgebaut werden. Zur sozialen Stabilisierung tragen außerdem mehrere durch die Sanierung unterstützte bzw. initiierte selbstorganisierte Wohnervereine bei. Als problematisch für diese wichtigen Projekte erweist es sich, dass aufgrund befristeter Fördermöglichkeiten keine kontinuierlichen Perspektiven entstehen. Dies gilt auch für das Schlüsselprojekt des selbstorganisierten Bewohnerzentrums. **U**m eine effektive Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung, Wohnungswirtschaft, lokalen Einrichtungen und BewohnerInnen zu ermöglichen (im Sinne von Koproduzenten), müssen stärker als bisher deren unterschiedliche Mentalitäten, Zeitrhythmen, Durchsetzungsfähigkeiten und Prioritäten berücksichtigt werden. Dazu ist eine ausgleichend wirkende, unabhängige Moderation und eine effektivere Unterstützung der BewohnerInnen notwendig. Als hinderlich für die Kooperation im Stadtteil haben sich in Vahrenheide die getrennt voneinander tätigen Gremien der Interessenartikulation und der Entscheidungsfindung erwiesen: Sanierungskommission (lokale Politik), Bürgerforum (BewohnerInnen), Sanierungsbüro (Verwaltung, Wohnungswirtschaft, unabhängiger Sanierungsbeauftragter), Koordinationsrunde (Professionelle aus den lokalen Einrichtungen). Aufgrund dieser Situation hat das hannoversche Team der Programmbegleitung ein übergreifendes Stadtteilforum angeregt. Über eine Neugestaltung der lokalen Gremien soll eine Stadtteilkonferenz im Frühjahr beraten.

Literatur:

- Aktionsprogramm integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost (= Landeshauptstadt Hannover/GBH Bauen + Wohnen, Aktionsprogramm integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost – Ansätze für eine soziale Stadterneuerungspolitik, Hannover 1997)
- Aktionsprogramm Wohnen in Hannover (= Landeshauptstadt Hannover, Beschlussdrucksache Nr. 2569/99).
- Janßen, Andrea, Segregation der türkischen Bevölkerung in Deutschland am Beispiel der Stadt Hannover, unveröffentl. Diplomarbeit an der Universität Oldenburg, 2001.
- Leitfaden Vahrenheide (= AG Leitfaden (Hrsg.): Leitfaden Vahrenheide. Kultur, Freizeit, Beratung im Überblick, Hannover 2001).
- Sachbericht September 2001 (= Landeshauptstadt Hannover, Stadtplanungsamt (Hrsg.), Sachbericht: Integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost, September 2001).
- Sachstandsbericht 2000 (= Sanierungsbüro Vahrenheide-Ost (Hrsg.), Integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost, Sachstandsbericht Mai 2000, Hannover 2000).
- Wohnungspolitische Leitlinien (= Landeshauptstadt Hannover, Beschlussdrucksache Nr. 2345/98. Wohnungspolitische Leitlinien. Sanierungsgebiet Vahrenheide-Ost).

Kassel – Nordstadt

Christine Mussel

Peter Kreisl

Antonia Vettermann

1. Gebietscharakter

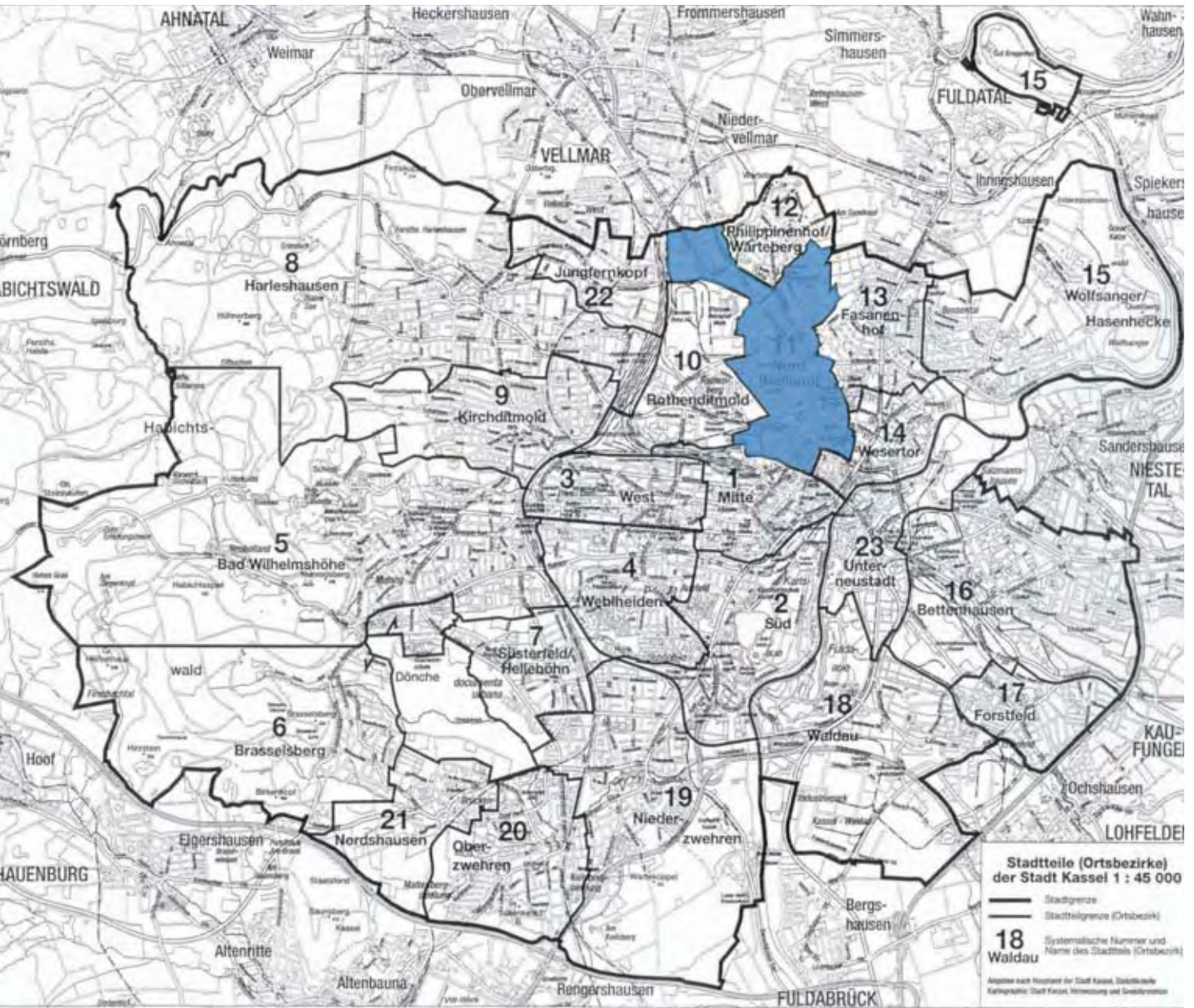
Das Modellgebiet »Kassel-Nordstadt« entspricht dem Typus eines hoch verdichteten, einwohnerstarken Stadtteils im städtischen Raum, der im Hinblick auf seine Sozialstruktur, den baulichen Bestand, das Arbeitsplatzangebot, das Ausbildungsniveau, die Ausstattung mit sozialer und stadtteilkultureller Infrastruktur sowie die Qualität der Wohnungen, des Wohnumfelds und der Umwelt erhebliche Defizite aufweist. Durch selektive Wanderungsprozesse und Desinvestitionen droht dieser Stadtteil ins soziale Abseits zu geraten.

Der Stadtteil Kassel-Nordstadt entstand während der Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhunderts als Industriestandort mit Arbeiterwohnquartieren. Für die steigende Zahl der Industriearbeiterinnen und -arbeiter, z.B. der Henschelwerke, entstanden in den folgenden Jahrzehnten Siedlungen, werkseigene Wohlfahrts- und Bildungseinrichtungen. Die Bombardierung der Rüstungsstadt Kassel 1943 zerstörte neben der Altstadt auch einen großen Teil der Nordstadt. Der Wiederaufbau ab 1945 beschränkte sich im Stadtteil vor allem auf Gewerbe- und Industriebetriebe. Da nur wenige neue Wohnsiedlungen entstanden, waren die Einwohnerzahlen des Stadtteils in den 50er- und 60er-Jahren rückläufig. Der wirtschaftsstrukturelle Wandel löste in den 60er-Jahren eine Welle von Betriebsschließungen und Desinvestitionen aus, innerstädtische Brachen waren die Folge. Der Verkauf ehemaliger Werkswohnungen zog Spekulationen nach sich, und es entstanden soziale Brennpunkte. Die Nordstadt wurde zum Zuzugsgebiet von Migrantinnen und Migranten, sodass der Stadtteil heute absolut und relativ den höchsten Ausländeranteil Kassels aufweist. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen nahm entsprechend überproportional zu. Segregationsprozesse führten zu einem negativen Image des Stadtteils.

Die Bausubstanz des Quartiers stammt aus unterschiedlichen Entstehungszeiten. Neben gründerzeitlicher Blockrandbebauung gibt es Sozialwohnungen und Siedlungen aus den 20er- und 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts sowie der Nachkriegszeit. Die Bausubstanz ist in weiten Teilen instandsetzungs- und sanierungsbedürftig. Die meist größeren ausländischen Familien wohnen häufig beengt in zu kleinen Wohnungen. Die mangelhafte Ausstattung mit Freiflächen und das Fehlen von Sport- und Spielplätzen verschärfen die Situation.

Zwar führte der Ausbau der Universität Kassel auf dem Gelände der ehemaligen Henschelwerke seit 1978 zu einer langsamen Stabilisierung des umliegenden Gebiets, ohne dass es zu den anfangs befürchteten Verdrängungsprozessen kam. Die neu entstandenen Kopier-, Computer-, Buch- und Lebensmittelläden, Cafés und Kneipen und der Zuzug von Studierenden belebten den Stadtteil. Allerdings beschränkten sich die Entwicklungsimpulse kleinräumig auf den vorderen, südlichen Teil der Nordstadt und auf ein ausge-





S. 169: Kassel-Nordstadt
 Bildquelle: Kommunale
 Arbeitsförderung, Stadt Kassel

S. 170: Stadtteil Nordstadt inner-
 halb des Stadtgebiets Kassel
 Bildquelle: Kommunale
 Arbeitsförderung, Stadt Kassel



Blick auf die Nordstadt
Bildquelle: Stadtteilzeitung
NORDWIND

wähltes Segment auf dem Arbeitsmarkt. Für die un- und angelernten Arbeiterinnen und Arbeiter der Nordstadt brachte die Ansiedlung der Universität hingegen kaum Arbeitsplätze.

2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Der Stadtteil weist eine soziale, städtebauliche und ökonomische *Problemverschränkung* auf, die für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf typisch ist. Obwohl die Probleme gravierend sind, bergen sie zum Teil auch *Entwicklungspotenziale*, die jedoch zu ihrer Entfaltung der Intervention von außen bedürfen.



Betriebe von Migrantinnen
und Migranten als
Entwicklungspotenziale
Bildquelle:
Arbeitsgruppe Dialogische
Planung, Universität Kassel

Ausfallstraße B7 mit hoher
Trennwirkung
Bildquelle:
Arbeitsgruppe Dialogische
Planung, Universität Kassel



In mehreren Quartieren der Kasseler Nordstadt konzentrieren sich Migrantenhaushalte, Arbeitslose, Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen und Ausbildungen sowie Haushalte, die auf staatliche Transfereinkommen angewiesen sind. Die registrierte Jugendkriminalität ist hier überdurchschnittlich hoch. Selektive Umzugsbewegungen verstärken die einseitige Sozialstruktur. Diese Entwicklung ist zum Teil durch eine ungünstige Wohnungsstruktur und die mangelhaften Umweltbedingungen mitbedingt, sie resultiert jedoch im Wesentlichen aus dem gesamtgesellschaftlichen Strukturwandel. Die zentrale Herausforderung besteht darin, die »Kultur der Abhängigkeit« zu durchbrechen und insbesondere die Chancen der Kinder und Jugendlichen in diesen Quartieren zu verbessern.

Das dichte Nebeneinander von mit Freiräumen unterversorgten Wohnquartieren und untergenutzten gewerblichen Flächen sowie das Fehlen städtischer räumlicher Qualitäten, besonders entlang von Verkehrsachsen mit starker Trennwirkung, verstärken die soziale Deklassierung der hier lebenden Menschen. Diese seit Jahren benannte städtebauliche Problematik erfordert entsprechende Eingriffe zur Verbesserung der Lebensqualitäten im Stadtteil und zur Minderung der Deklassierung.

Wo der öffentliche Raum Anzeichen von Verwahrlosung aufweist, verbreiten sich im Stadtteil Gefühle der Unsicherheit und Bedrohung. Aus Verwahrlosung im Wohnumfeld und auf Spiel- und Freizeitflächen können jedoch – wie bereits Beispiele zeigen – Bewohneraktivitäten als Potenzial für Mitwirkung und Selbstorganisation erwachsen, wenn dies durch Wohnungsbauträger und andere Akteure unterstützt wird.

Industriebrachen im Stadtteil bilden einerseits ein städtebauliches und ökonomisches Problem. Doch stehen dem Stadtteil hier zugleich interessante Konversionsflächen zur Verbesserung des gewerblichen Flächenangebots oder für andere neue Nutzungsmöglichkeiten zur Verfügung.

DEMOGRAPHISCHE UND SOZIALRÄUMLICHE MERKMALE

	Nordstadt	Kassel
Größe	352 ha	10 677 ha
Einwohnerzahl (2001)	14 250	194 766
Bevölkerungsverlust (2000–2001)	3,9 %	0,7 %
Durchschnittliche Haushaltgröße (1999)	1,96 Pers.	1,94 Pers.
Anzahl der Wohnungen (1999)	7 722	100 510
Leerstand	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Anteil der Wohngeldempfänger	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Arbeitslosenquote (2001)	25,8 %	14,0 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (2001)	23,0 %	9,9 %
Anteil ausländische Bevölkerung (2001)	43,1 %	13,7 %
Anteil der bis 20-Jährigen (2001)	23,7 %	19,0 %
Anteil der 60-Jährigen und älter (2001)	15,9 %	25,4 %

Die zahlreichen Betriebe und Vereinsstrukturen der Migrantinnen und Migranten bieten bei entsprechender Förderung sozialökonomische und kulturelle Entwicklungspotenziale für den Stadtteil.

Schließlich bilden die im Rahmen des Integrierten Handlungskonzepts seit 1997 im Stadtteil aufgebauten Arbeits- und Vernetzungsstrukturen ein Sozialkapital, das zum jetzigen Zeitpunkt erst exemplarisch beschreibbar ist. Hierzu gehören die Universität, die vielfältigen kommunalen Dienstleistungsangebote im Philipp-Scheidemann-Haus, die Qualifikationsmöglichkeiten des Berufschulzentrums, die Angebote des Kulturzentrums Schlachthof e.V. und viele weitere Vereins- und Selbsthilfestrukturen. Das Stadtteilmanagement und der Runde Tisch »Nordstadt-Projekt« bieten eine Organisationsstruktur für bürgerschaftliche Mitwirkung und lokale Partnerschaften im Stadtteil. Es ist bereits jetzt sichtbar, dass Projekte, die im Rahmen des »Nordstadt-Projekts« initiiert werden, als Auslöser für längerfristige und selbstorganisierte Strukturen fungieren können.

3. Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte

Der Anstoß zu einem integrierten Handlungskonzept für die Kasseler Nordstadt ging – anders als in vielen anderen Städten – nicht von der Bauverwaltung, sondern vom Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Gesundheit und Soziales aus. Um der Häufung sozialer und baulich-räumlicher Problemlagen in der Kasseler Nordstadt zu begegnen, forderte die zuständige Dezernentin einen »Paradigmenwechsel in der Stadtpolitik«: Eine amts- und dezernatsübergreifende Arbeitsweise sollte Synergien bewirken, die Verwaltung sollte sich als »Dienstleistungsbetrieb« begreifen. Die Einbeziehung aktiver Bewohnerinnen und Bewohner sowie Kooperationspartner im Stadtteil sollte direkt erlebbare Erfolge bewirken und soziale Ausgrenzungen rückgängig machen. Ein wichtiger Begründungszusammenhang war auch der Anstieg der gesetzlichen Pflichtaufgaben der Stadt¹.

¹ Ilona Caroli, Sozial- und bewohnerorientiertes Stadtteil-Entwicklungskonzept Nordstadt (Magistrat der Stadt Kassel, Dezernat für Soziales, Schule und Gesundheit; unveröffentlicht), 1997.



Logo des Nordstadt-Projekts

Die Handlungsfelder der sozial- und bewohnerorientierten Stadtteilentwicklung im Nordstadt-Projekt sind

- Kinder- und Jugendpolitik,
- Sozialplanung,
- Beschäftigung und Qualifizierung,
- Stadtplanung/Wohnumfeldverbesserung,
- Wirtschaftsförderung,
- Ökologie.

Mit den folgenden Strategien sollen die Ziele in den genannten Handlungsfeldern erreicht werden:

- Verknüpfung von Struktur- und Arbeitsmarktpolitik sowie von Planungs- und Sozialpolitik im Stadtteil,
- Umbau von Verfahrens- und Verwaltungsmanagement der Stadt,
- Koordination von partizipativen Planungs- und Projektmanagementmethoden mit gemeinwesenorientierter Sozialarbeit,
- Vernetzung der verschiedenen lokalen Akteure,
- Stärkung von Selbsthilfe und Selbstinitiative der Bewohnerinnen und Bewohner,
- Förderung der Lokalen Ökonomie.

Betrachtet man die Ergebnisse des Nordstadt-Projekts der letzten vier Jahre, so sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zusammen mit der Gruppe der Migrantinnen und Migranten die vorrangigen Zielgruppen eines Großteils der durchgeführten Projekte und Maßnahmen.

Ein weiterer Schwerpunkt sind Projekte und Maßnahmen im Handlungsfeld Stadtplanung/Wohnumfeldverbesserung zur Verbesserung der Lebensbedingungen in einzelnen Quartieren. Diese werden von der Quartiersbevölkerung unmittelbar wahrgenommen und bieten vielfältige Beteiligungs- und Aktivierungsmöglichkeiten.

Ein Großteil der Projekte in der Nordstadt zielt auf die Verbesserung der Situation des Stadtteils insgesamt, z.B. der Ausbau des Nordstadtparks, die Renaturierung der Ahna, Maßnahmen zu Beschäftigung und Qualifizierung sowie die Erstellung des »Entwicklungskonzepts Niedervellmarer Straße« zur Umnutzung eines Mischgebiets aus Gewerbeflächen und Wohnungen. Diese auf den gesamten Stadtteil ausgerichteten Projekte können dazu beitragen, die Attraktivität des Stadtteils insgesamt zu steigern.

Um eine grundlegende Verbesserung zu erreichen, bedarf es eines längeren Prozesses sowie einer Intensivierung der Arbeit im Handlungsfeld Wirtschaftsförderung, das bisher noch keinen Schwerpunkt im Nordstadtprojekt darstellte. Aus diesem Grund war die Förderung der Lokalen Ökonomie einer der Aktivitätsschwerpunkte der Programmbegleitung-vor-Ort. Im Anschluss an zwei Stadtteilgespräche und eine Themenkonferenz zu diesem Thema wurde im Jahr 2001 gemeinsam mit den wirtschaftsrelevanten Organisationen und Trägern ein Konzept für eine »Servicestelle für Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung« erarbeitet. Beim freien Träger »Kulturzentrum Schlachthof e.V.« wird derzeit mit Mitteln aus der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II ein Projekt zur Betriebsberatung und Fortbildung entwickelt.

4. Schlüsselprojekte

Aus der Vielzahl der Projekte, die in den letzten Jahren in der Kasseler Nordstadt auf den Weg gebracht wurden, soll ein zukunftsweisendes Beispiel für den integrierten Handlungsansatz und den Aufbau lokaler Partnerschaften vorgestellt werden: das Projekt »Stadtteiletage Nord«.

Die »Stadtteiletage Nord« ist ein Gemeinschaftsprojekt städtischer Dezernate, Ämter und freier Träger. Das Projekt steht kurz vor dem Start. Ab Frühjahr 2002 werden das städtische Jugendamt, das »Kulturzentrum Schlachthof e.V.«, der Ausbildungsbetrieb »BuntStift e.V.« und der freie Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit »Internationaler Bund/IB Kassel« in der Stadtteiletage gemeinsam ein Freizeit-, Beratungs-, Qualifikations- und Bildungsangebot für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in den nördlichen Quartieren des Stadtteils anbieten. Die zweite Etage eines ehemaligen Geschäftshauses wird hierfür mit Mitteln aus dem Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« umgebaut und nach dem Umbau Gruppen- und Treffräume, einen EDV-Unterrichtsraum und den Trainingsbereich für das bereits erfolgreiche »Boxcamp« beherbergen. Soziale Dienstleistungen werden das Angebotspektrum weiter ergänzen. Das städtische Jugendamt wird einen Teil seiner Dienste hierher verlagern.

Das städtische Jugendamt und die genannten freien Träger bilden eine Trägergemeinschaft, welche die Stadtteiletage organisieren, die Angebote planen und vernetzen soll. Die Finanzierung und Realisierung des Projekts war nur durch dezernats- und ämterübergreifendes Handeln und die Initiative der freien Träger möglich, mit denen die Stadt nun eng zusammenarbeitet.

An den Um- und Ausbaumaßnahmen beteiligen sich bereits bestehende Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen im Stadtteil (»Galama«, »BuntStift« und »Jafka«). In dieser Phase ist die Zusammenarbeit mit dem Sozialamt der Stadt Kassel, der Kommunalen Arbeitsförderung gGmbH, dem Arbeitsamt sowie den Jugendberufshilfeträgern eng. Für 2001 bis 2006 erhält das Projekt eine weitere Finanzierung aus der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II. Der Einsatz von Finanzmitteln aus dem Bund-Länder-Programm sowie aus URBAN II erfordert Abstimmung zwischen den Dezernaten für Stadtentwicklung und Bauen, Umwelt und Verkehr, dem Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Soziales und Gesundheit und dem Dezernat für Recht und Ordnung, Jugend, Sport. Für die Angebotsplanung ab 2004 bilden die drei freien Träger einen Fonds, in dem sie gemeinsam finanzielle Rückstellungen leisten.

Das Projekt wurde nicht »am grünen Tisch« geplant, sondern ist ein Ergebnis der praktischen Arbeit innerhalb der in den letzten Jahren entwickelten Arbeits- und Vernetzungsstrukturen im Nordstadt-Projekt. Ein zweijähriger Vorlauf und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, auch unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, waren nötig, um das Projekt zu entwickeln.

Die Träger mit ihren geplanten Angeboten in der »Stadtteiletage Nord« im Einzelnen:



Eröffnung des Mobilen
Unterstands für Kinder
und Jugendliche
Bildquelle: Stadtteilzeitung
NORDWIND, Kassel

Box-Camp in der Stadtteil-
etage Nord
Bildquelle: Stadtteilzeitung
NORDWIND, Kassel

Stadt Kassel, Jugendamt:

- Koordination Nordverbund: Entwicklung von bedarfsgerechten Angeboten und Weiterentwicklung der Rahmenkonzeption der Kinder- und Jugendförderung; Dienst- und Fachaufsicht für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; Aufbau und Förderung von Kooperationen mit freien Trägern und anderen Institutionen im Stadtteil
- Mobile Cliquesbetreuung
- Management der Stadtteiletage

Kulturzentrum Schlachthof:

- Xenos-Projekt: Mach Dich fit/Mädchen gegen rechts: Berufsorientierung und -felderkundung; Berufswahlberatung, Bewerbungstraining; PC- und Internet-schulungen; Kreativworkshops; Antirassismus- und Deeskalationstraining

BuntStift:

- FSTJ (Freiwilliges Soziales Trainingsjahr): berufliche Orientierung und Qualifikation von Jugendlichen; Erwerb von Schlüsselqualifikationen; Unterstützung und Beratung

Internationaler Bund (IB):

- Box-Camp: Fitness- und Lauftraining/Boxen; Beratung und Gewaltprävention
- Interkulturelles Stadtteilmanagement im Jugendbereich: Verbesserung der Angebote für Migrantinnen und Migranten; Öffnung des Jugendgemeinschaftswerkes für Jugendliche mit Migrationshintergrund

Einen Überblick über alle im Rahmen des integrierten und bewohnerorientierten Ansatzes in Angriff genommenen Projekte bietet die Übersicht »Projekte und beteiligte Akteure im Nordstadt-Projekt«. Das Stadtteilmanagement der Kommunalen Arbeitsförderung (Dezernat V) ist an allen genannten Projekten beteiligt.

5. Organisation und Management

Die Federführung für das Nordstadt-Projekt auf der *Verwaltungsebene* liegt beim Dezernat V (Arbeitsförderung, Frauen, Soziales und Gesundheit) der Stadt Kassel. Eine dezernatsübergreifende *Steuerungsgruppe* entscheidet über die Prioritäten der einzelnen Projekte anhand der jährlich fortgeschriebenen Zeit- und Mittelplanung. Eingebunden sind hier sämtliche Dezernate und, sofern in den Projekten vertreten, verschiedene Fachämter. Die Steuerungsgruppe berücksichtigt für ihre Entscheidungen die Empfehlungen der *Kommunalen Projektentwicklungsgruppe*, eines Gremiums auf Amtsleitungs- und Fachabteilungenebene. Beide Gremien beziehen in ihre Entscheidungen die Beratungen und Empfehlungen des *Runden Tisches Nordstadt-Projekt* ein. Der Runde Tisch dient dem Informationsaustausch über die geplanten und durchgeführten Aktivitäten und Projekte im Stadtteil und stellt das Bindeglied zwischen den Projekten und Akteuren im Stadtteil dar. Aufgrund seiner Zusammensetzung ist er überwiegend ein Gremium von Fachleuten.

Die Koordinationsstelle für das Nordstadt-Projekt umfasst das Projektmanagement wie auch das Stadtteilmanagement und befindet sich in der Kommunalen Arbeitsförderung gGmbH (KAF), einer Ausgründung des Sozialam-

HAND- LUNGS- FELD	PROJEKTE	AKTEURE													
		Dezernat III	Dezernat V	Dezernat VI	Arbeitsamt	AWO	Kulturzentrum Schlachthof	Internationaler Bund	BuntStift e.V.	Universität Gesamthochschule	Städtische Werke AG	Gemein. Wohnungsges. GWH	Private Wohnungswirtsch.	Wirtsch.-relevante Institutionen	Forsch- und Entw.-ges. Hessen
	Stadtteilmanagement	x	T	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Kinder-, Jugend- und Sozialplanung	Stadtteilladen (Quartiersmanagement/Ältere Migrantinnen/Schuldnerberatung/Hilfe zur Arbeit)					T									
	Mieterbeiräte					T					T				
	Mieterzentrum „Nordpunkt“ Fr.-Wöhler-Siedlung														
	Interkulturelles Stadtteilmanagement im Jugendbereich								T						
	Freiwilliges Soziales Trainingsjahr		x		x				T						
	Mobile Cliquenbetreuung	T	x		x	T					x				
	Stadtteiletage Nord (Jugendangebote)	T	x	x	x		T	T	T						
	Verbesserung der Integration zugewanderter Kinder im Vorschulbereich							T							
	Integration und Toleranz Nordstadt/Rothenditmold	T													
	Interkulturelles Bürgerbüro				x			T							
„Mach Dich fit“ – Mädchennetz gegen Rechts							T								
Bewohnerbeirat Josef-Fischer-Straße													T		
Förderung von Migrantinnen und ihren Kindern im Quartier							T								
Arbeits- förderung Beschäfti- gung Qualifizie- rung	Garten-, Landschaftsbau und Malerhandwerk		T	x	x										
	GALAMA														
	Arbeiten und Lernen für ausländische MitbürgerInnen		T		x										
	Beratungszentrum Arbeit Nord – BEZAN		x		x	T									
	Sprach- und Berufsorientierungsangebote für Migrantinnen								T						
	Interkulturelle Vermittlerin								T						
Stadtplanung/Wohnumfeld- verbesserungen	Wohnumfeld: Spielplatz Fr.-Wöhler-/Keplerstraße		x	T											x
	Wohnumfeld: Spiel- u. Freizeitplätze Wöhler-Siedlung				T										
	Wohnumfeld: Verkehrsberuhigungsmaßnahmen				T										
	Mietergärten im Bestand von Wohnanlagen		x	T		x									
	Freizeitgelände Hegelsberg (inkl. Toilettenanlage)		x	T											
	Entwicklungskonzept Niedervellmarer Straße		x	T											
	Freiflächenkonzept Niedervellm./Fichtner- /Oestmannstr.		x	T			x								
	Infrastruktur für Jugendtreffpunkte (Mobiler Unterstand)	T	x	x						x					
	Sicherheit im Straßenraum: J.-Fischer-Str.				T						x			x	
Sporteinrichtungen im Bestand und in Freiflächen	T		x												
Öffent- lichkeits- arbeit	Beratungsbuss für unterschiedliche Nutzer	x	T	x	x	x	x	x	x						
	Nordstadtprojektspiegel/Zwischenberichte	x	T	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x		
	Stadtteilkonferenz (Nordstadtprojektfest)	x	T	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x		
	Stadtteilzeitung NORDWIND	x	x	x		x	x	x		T					
Wirtsch- förderg.	Entwicklungskonzept für Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung Nordstadt		T		x					x				x	x
	Ökologie		T								T				

Projekte und beteiligte Akteure
im Nordstadt-Projekt

T=Träger; x=Kooperationen

Auskunft zu flankierenden Fördermitteln kann bei den einzelnen Trägern eingeholt werden.

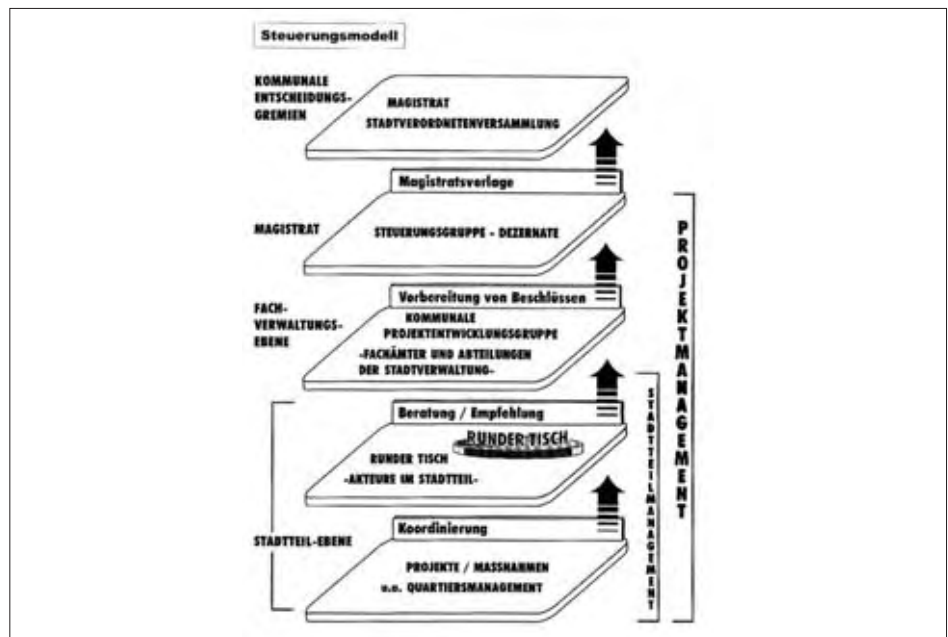
tes. Ansprechpartnerin vor Ort *im Stadtteil* ist eine Quartiersmanagerin der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Stadtteilladen. Mit dieser Konstruktion sind die Aufgaben dessen, wofür der bisher nicht allgemeingültig definierte Begriff »Quartier(s)management« verwendet wird, im Kasseler Nordstadt-Projekt auf drei Ebenen verteilt (vgl. Übersicht »Aufgabenverteilung des Quartiersmanagements im Nordstadt-Projekt«).

Aufgabenverteilung des Quartiersmanagements im Nordstadt-Projekt

Aufgabenverteilung des Quartiersmanagements im Nordstadt-Projekt

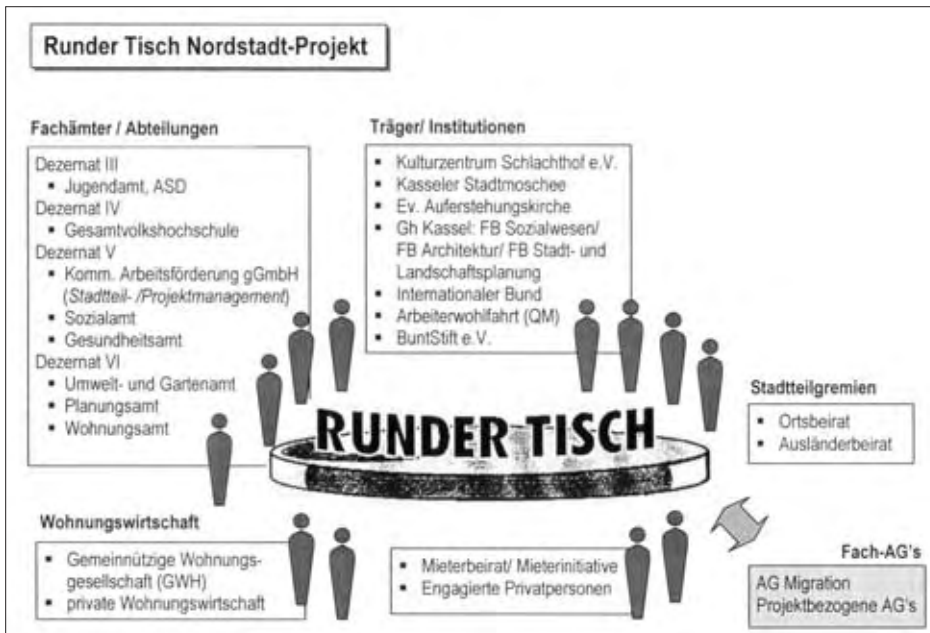
Teilbereich des QM	Träger	Aufgaben
Quartiersmanagement Quartierebene	a u f AWO	<ul style="list-style-type: none"> • Koordinierung und Aktivierung sozialarbeiterischer Angebote im engen sozialräumlichen Bezug • Ansprechpartner vor Ort
Stadtteilmanagement auf Stadtteilebene	KAF	<ul style="list-style-type: none"> • Organisation, Moderation und Dokumentation des Runden Tisches und der AGs • Berichtswesen, Öffentlichkeitsarbeit • Mitteleinwerbung in unterschiedlichen Förderprogrammen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene • Koordination der Projekte im Stadtteil und mit dem Projektmanagement • Sicherstellung der Bürgermitwirkung und -beteiligung • dialogisches und konsensorientiertes Instrument
Projektmanagement auf Verwaltungsebene	KAF	<ul style="list-style-type: none"> • fachpolitische Vorarbeiten für die Kommunale Projektentwicklungsgruppe und die Steuerungsgruppe • Vernetzung und Koordinierung von Projekten auf Stadtteil- und Verwaltungsebene • Einbindung des Nordstadt-Projektes in die Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) und in die Programmbegleitung-vor-Ort durch das Difü

Steuerungsmodell des Nordstadt-Projekts
Grafik: Kommunale Arbeitsförderung, Stadt Kassel



6. Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Die Quartiersbevölkerung in der Nordstadt ist multiethnisch (aus 29 Nationen) und gehört mehrheitlich den unteren sozialen Schichten an. Eine so zusammengesetzte Bevölkerung nimmt Beteiligungsangebote dann wahr, wenn diese auf ihre unmittelbaren Bedürfnisse zugeschnitten, alltagspraktisch und personenvermittelt sind. Aufsuchende Befragung, Einzelfallberatung, Streetwork, überschaubare Aktionen und andere Aktivierungstechni-



Akteure am Runden Tisch Nordstadt-Projekt
 Grafik: Arbeitsgruppe Dialogische Planung, Universität Kassel

ken sind hierfür geeignet. Solche *direkten Formen der Beteiligung und Aktivierung* werden in der Kasseler Nordstadt seit langem vielfältig praktiziert. Ihnen stehen *repräsentative bzw. intermediäre Beteiligungsformen* gegenüber, die ein längerfristiges Engagement, verbale Durchsetzungsfähigkeit und das Interesse an bzw. die Fähigkeit zu der Bearbeitung relativ abstrakter Themen erfordern. Konferenzen, Runde Tische sind Beispiele für solche Beteiligungsformen, die vor allem die Vertreterinnen und Vertreter von Initiativen, Vereinen, freien Trägern und anderen Akteuren vor Ort ansprechen. Auch diese Form der repräsentativen bzw. intermediären Beteiligung gibt es in der Kasseler Nordstadt.

Der konzeptionelle Orientierungsrahmen für die direkte und die repräsentative/intermediäre Beteiligung in der Kasseler Nordstadt ist ein Vier-Stufen-Konzept mit den folgenden Elementen:

- Information durch Öffentlichkeitsarbeit,
- Bürgermitwirkung durch gemeinwesenorientierte Sozial- und Jugendarbeit,
- stadtteilorientierte Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und
- Stadtteilmanagement.

Beteiligung und Aktivierung erfüllen dann ihren Zweck, wenn die Quartiersbevölkerung hierdurch einen Einfluss auf sie betreffende Entscheidungen nehmen kann und/oder darin gestärkt wird, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln.

In dieser Hinsicht ist der Runde Tisch Nordstadt die wichtigste *repräsentative Beteiligungsform*. Der Runde Tisch tagt seit 1997 regelmäßig in vierzehntägigem Abstand und versammelt in erstaunlicher Kontinuität die Vertreterinnen und Vertreter aus Einrichtungen, Trägern und Beiräten. Auch wenn aus Sicht der Mitglieder des Runden Tisches noch längst nicht alle wichtigen Akteure mitarbeiten, erfüllt dieses Gremium doch eine wichtige Funktion bei der Vermittlung von Informationen, bei der Entscheidungsvorbereitung für



Nordstadtprojektfest 2001
 Bildquelle: Arbeitsgruppe
 Dialogische Planung, Universität
 Kassel

Projekte und Maßnahmen im Nordstadtprojekt sowie bei der Vernetzung von Aktivitäten.

Die *direkte* Beteiligung der Bevölkerung, die über die Aktivierung Einzelner hinausgeht, ist zielgruppenspezifisch. Kinder- und Jugendliche beteiligen sich bei der Planung mobiler Cliquentreffs (z.B. März 2001); in einem Film von Univision der Kasseler Universität berichten die Kinder und Jugendlichen über ihre Situation und ihren Anteil an der Realisierung des Unterstands; in einer Zukunftswerkstatt entwickeln andere Kinder und Jugendliche Ideen zum »Nordstadtpark« und hinterlassen schon einmal »Spuren«, um die Autofahrer an eine veränderte Verkehrsführung zu gewöhnen. In einem Quartier der Nordstadt ist inzwischen ein Mieterbeirat aktiv, in einem weiteren hat sich eine Mieterinitiative gebildet. Beide arbeiten am Runden Tisch mit. Ein wichtiges Instrument zur Stärkung der Autonomie und Herausbildung von Strukturen der Selbstorganisation sind die inzwischen vielfältigen Treffs für Jugendliche und Frauen. Sie werden gestützt von gemeinnützigen Trägern, Wohnungsbaugesellschaften und dem Mieterbeirat. Die Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte, das freiwillige Soziale Trainingsjahr und weitere Maßnahmen, welche Jugendliche mit dem Ziel der individuellen Qualifizierung in Peergroup-Zusammenhänge und sinnvolle Projekte einbinden, sind Beispiele für die Beteiligung und Aktivierung Einzelner. Die direkte Beteiligung der Nordstadtbevölkerung bedarf der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den intermediären Einrichtungen und Organisationen. In der Kasseler Nordstadt werden diese mit Erfolg entsprechend aktiv.

Bei der *gebietsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit* wurden inzwischen kontinuierliche Strukturen herausgebildet. Seit 1999 erscheint regelmäßig alle drei Monate ein kostenloses Stadtteilmagazin, der »Nordwind«, herausgegeben von der »Nordstadt-Werkstatt« der Universität Kassel. Mit zahlreichen Beiträgen von Gruppen, Vereinen sowie einzelnen Bewohnerinnen und Bewohnern – zum Teil in türkischer Sprache – hat sich der »Nordwind« zu einem professionell gemachten Stadtteilforum und Werkzeug der Aktivierung entwickelt. Jährlich wird vom Stadtteilmanagement der »Nordstadt-Projekt-Spiegel« herausgegeben, der über den Stand des Projekts und seine Perspektiven informiert. Ebenfalls einmal im Jahr bietet eine Stadtteilkonferenz, inzwischen als »Nordstadtprojektfest« veranstaltet, einen breiten Rahmen für Informationen und Austausch. Ein unterhaltendes und motivierendes Programm ergänzt den informativen Teil. Die *gebietsübergreifende Öffentlichkeitsarbeit* bedient sich vor allem der lokalen Tageszeitung. Eine Auswertung von rund 60 Artikeln über das Nordstadt-Projekt (1997–2001) zeigt, dass die städtische Öffentlichkeit vor allem über einzelne Projekte für die Zielgruppe »Jugend« informiert wird. Dagegen sind Beiträge mit Hintergrundinformationen eher rar. Insgesamt müsste, dies ist auch die Einschätzung von Akteuren im Nordstadt-Projekt, die Öffentlichkeitsarbeit sowohl gebietsintern als auch bezogen auf die gesamtstädtische Öffentlichkeit verstärkt werden.

7. Fazit: Die erste Feuerprobe ist bestanden – der Aufbau selbst tragender Strukturen muss weiterhin Ziel sein

Die Kasseler Nordstadt ist ein Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf vor allem wegen der außerordentlichen Konzentration von sozialen und städtebaulichen Problemlagen in diesem Gebiet. Hierfür stehen unter anderem die Indikatoren Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug, Defizite im Wohnbereich/Wohnumfeld. Die Stadtplanung ist davon abgekommen, für sozialstrukturelle Problemlagen eine Lösung in der Verteilung der Armutsbevölkerung über die Stadt hinweg zu erhoffen (Stichworte »Dispersion« und »soziale Mischung«). Mit Unterstützung von Bund und Ländern müssen Kommunen und freie Träger die Probleme in den Stadtteilen selbst, das heißt kleinräumig mit passgenauen Projekten und Maßnahmen, anpacken. Dazu bedürfen sie der Mithilfe von Akteurinnen und Akteuren vor Ort sowie der Mitarbeit von Betroffenen.

Unter den Zielgruppen von Maßnahmen in der Kasseler Nordstadt sind in erster Linie Kinder und Jugendliche sowie Menschen ohne deutschen Pass und deren Kinder und Enkel zu nennen. Alle diese Gruppen sind überdurchschnittlich in der Kasseler Nordstadt vertreten. Dringend ist die integrative Intervention im Stadtteil auch, um die weitere Segregation durch den hohen Bevölkerungsverlust zu stoppen, da Haushalte mit höherem Einkommen wegziehen und die Ärmeren zurücklassen (Stichwort »selektive Mobilität«).

Eine Zwischenbilanz – um mehr kann es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gehen – zeigt eine starke Konzentration der Projekte und Maßnahmen auf die genannten Zielgruppen. Wir finden Arbeits- und Beteiligungsstrukturen vor, die in vier und zum Teil noch mehr Jahren Tätigkeit bereits die erste Feuerprobe bestanden haben. Dies alles ist positiv. Ist dies genug? Ist es mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein? Die Antwort muss vorerst offen bleiben. So viel lässt sich jedoch sagen: Die Stabilisierung dieses Stadtteils wird ganz wesentlich davon abhängen, ob wir als Gesellschaft anerkennen, dass die Urbanität unserer Städte durch Zuwanderung geprägt ist und viel dafür spricht, dass wir die Zuwanderung von »Fremden« weiterhin brauchen (Stichwort »schrumpfende Stadt«). Auf der Grundlage einer solchen positiven Einstellung lassen sich den Zugewanderten – in der Kasseler Nordstadt den Angehörigen von 29 Nationen und Kulturen – die nötigen Entfaltungsmöglichkeiten zugestehen. Dies ist Voraussetzung für deren Identifikation mit dem Stadtteil und für »unternehmendes« Handeln. Wird ein solcher Weg eingeschlagen, wird sich dies auf das kulturelle, soziale und wirtschaftliche Leben auswirken und sich auch in der Ästhetik des Quartiers ausdrücken. Hier dürfte die größte Herausforderung für alle Beteiligten liegen, denn mit der Anerkennung des »Fremden« verbinden sich vielfältige Ängste und Unannehmlichkeiten. Allerdings kann die Lösung dieser Probleme nicht nur auf der Ebene des Stadtteils selbst stattfinden, sondern bedarf auch des gesamtgesellschaftlichen Diskurses.

Leinefelde – Südstadt

Martina Buhtz

Margit Lindner

Heike Gerth

Rotraut Weeber

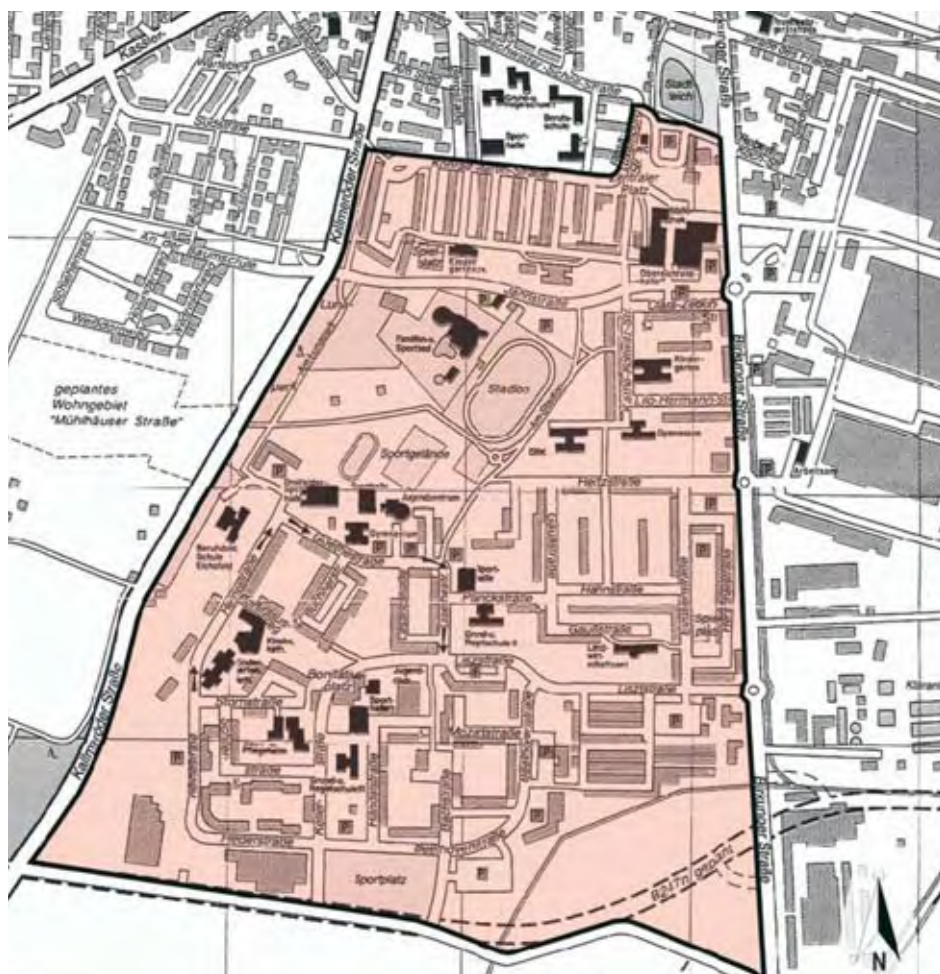
Leinefelde-Südstadt ist seit 1999 Modellgebiet Thüringens im Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« und eine der sieben Programmgemeinden des Freistaats. Von Beginn an wurde in Thüringen die Umsetzung der Ziele des Programms »Soziale Stadt« durch ein praxisorientiertes und ressortübergreifendes Herangehen gefördert. Wesentlich dazu beigetragen hat die unter Federführung des Thüringer Innenministeriums/Städtebauförderung gegründete »Thüringer Arbeitsgemeinschaft Soziale Stadt«. In dieser Arbeitsgemeinschaft sind die Programmgemeinden, Landesministerien (Inneres, Wirtschaft, Kultus, Soziales), Wohnungsunternehmen und Planungsbüros vertreten. In regelmäßigen Zusammenkünften tauschten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft ihre Erfahrungen zum Programmverlauf aus. Eine gemeinsam erarbeitete Übersicht integrierbarer Förderprogramme diente allen am Prozess Beteiligten als wichtige Arbeitshilfe, um geeignete Formen und Möglichkeiten für die Bündelung investiver und nicht investiver Fördermittel für die Stadtteilentwicklung zu erschließen. Im Modellgebiet Leinefelde-Südstadt ist dies in vielen Bereichen gelungen.

1. Gebietscharakter

Leinefelde liegt im nordwestlichen Teil Thüringens, inmitten des landschaftlich reizvollen Eichsfeld und auch fast in der geografischen Mitte Deutschlands. Es ist eine Stadt mit wechselvoller Geschichte. Bis zum Beginn der 60er-Jahre prägten dörfliche Strukturen das Leben der bis dato 2 200 Leinefelder. Die Stadt wuchs um ein Vielfaches, nachdem zwischen 1961 und 1989 im Rahmen des »Eichsfeldplans« eine neue Wirtschaftsstruktur mit 6 000 Arbeitsplätzen in der Textilindustrie, Zementproduktion und im Kalibergbau aufgebaut wurde.

In unmittelbarer Nähe der Baumwollspinnerei entstand ein neuer Stadtteil mit über 4 850 Wohnungen in Block- und Plattenbauweise, das heutige Modellgebiet – die Südstadt. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner von Leinefelde wuchs in wenigen Jahre von 2 300 auf 16 000 an, wobei knapp 90 Prozent in der Südstadt lebten. Leinefelde war und ist also fast gleichzusetzen mit der Südstadt.

Die Südstadt ist ein typisches Plattenbauquartier, das geprägt wird von fünf- und sechsgeschossigen Wohngebäuden. Die Wohnungen haben standardisierte Zuschnitte mit einer heute vergleichsweise geringen Wohnfläche. Vor allem für junge Familien gebaut, überwiegen Wohnungen mit drei, vier und fünf Zimmern. 1995 hatten die Wohnungen eine durchschnittliche Belegungsdichte von 2,4 Personen. Dass Arbeits- und Wohnort nur unweit voneinander entfernt lagen und durch die Infrastruktur ausreichend Kitas und



Das Modellgebiet
Leinefelde-Südstadt
Bildquelle: Stadt Leinefelde

Die räumliche Begrenzung
des Modellgebiets
Leinefelde-Südstadt
Bildquelle: Büro GRAS

Die Südstadt im Wandel: Bevölkerungsrückgang und Wohnungsleerstand machen Abriss und Rückbau notwendig; gleichzeitig werden der verbleibende Wohnungsbestand aufgewertet und das Wohnumfeld neu gestaltet.
Bildquelle: Weeber + Partner, Stuttgart



Schulen bereit standen, zählte zu den Vorzügen der Südstadt, die vor allem junge Familien und allein erziehende Frauen (1995: acht Prozent) schätzten. **Auch** wenn es auf den ersten Blick nicht so scheint: Die Südstadt ist kein homogener Stadtteil. Insbesondere ihre zuletzt gebauten Bereiche haben eine höhere bauliche Dichte, schlechtere Standards und ein nur wenig attraktives Wohnumfeld. Diese strukturellen Mängel und die Monofunktionalität prägten bis in die 90er-Jahre das Image der Südstadt als »Schlafstadt«.

2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Zu den *zentralen Problemfeldern* zählen die wirtschaftliche Monostruktur und deren Folgen. Als die Industrieproduktion nach 1990 zusammenbrach, erwies sich die Monostruktur als Bumerang für die Südstadt. Die bisherige Wirtschaftsstruktur bestimmte das Beschäftigungs- und Qualifikationsprofil der Bewohnerschaft. Über 90 Prozent der erwerbsfähigen Bewohnerinnen und Bewohner waren Arbeiter und Angestellte, vor allem in der Textilindustrie. Von den ehemals 4 500 Arbeitsplätzen in der Baumwollspinnerei konnten jedoch nur 450 erhalten werden. Besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen sind Frauen, die traditionell in dieser Branche beschäftigt waren. Diese Verluste konnten trotz großer politischer Anstrengungen noch nicht kompensiert werden, wenngleich durch Arbeitsmarktförderung ein Teil der Leinefelder wieder eine Beschäftigung fand. Andere wurden zu Arbeitspendlern in die Nachbarregion Kassel-Göttingen.

Leinefelde hatte seit 1994 einen Bevölkerungsrückgang von jährlich rund 500 Einwohnerinnen und Einwohnern durch Abwanderung zu verkraften. Besonders problematisch ist, dass vor allem junge Leute die Stadt verlassen haben. Die größte Abwanderungswelle gab es zwischen 1994 und 1997. Ihren Höhepunkt erreichte die Abwanderung mit jeweils sechs Prozent Ver-

DEMOGRAPHISCHE UND SOZIALRÄUMLICHE MERKMALE (2 0 0 1)

	Südstadt	Leinefelde
Größe	113 ha	700 ha
Einwohnerzahl	7 302	11 227
Bevölkerungsverlust	37 %	25 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße)	2,1 Pers.	2,4 Pers.
Anzahl der Wohnungen	4 766	6 215
Leerstand	26,4 %	20,4 %
Anteil der Wohngeldempfänger	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Arbeitslosenquote ¹	nicht verfügbar	15 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger ¹	nicht verfügbar	2 %
Anteil ausländische Bevölkerung ¹	nicht verfügbar	1,7 %
Anteil der bis 18-Jährigen	20,2 %	19,7 %
Anteil der 60-Jährigen und älter	18,2 %	18,4 %

lust in den Jahren 1996 und 1997. In den letzten Jahren zwei Jahren hat sich dieser Trend abgeschwächt. Neben der Abwanderung hat auch der Geburtenrückgang die Bevölkerungsentwicklung beeinflusst. Nach den Prognosen wird Leinefelde im Jahr 2010 nur noch rund 8 000 Einwohnerinnen und Einwohner haben, etwa halb so viele wie im Jahr 1989. Auf diesem Niveau soll sich dann die Bevölkerungszahl stabilisieren.

Der lokale Wohnungsmarkt befindet sich im Umbruch. Die fehlende Nachfrage aufgrund des Bevölkerungsrückgangs hat die Wohnungsunternehmen in eine schwierige Lage gebracht. Über 1 000 Wohnungen in der Südstadt sind nicht vermietet, wobei der südliche Teilbereich davon besonders betroffen ist.

Die genannten Entwicklungen wirkten sich unmittelbar auf das soziale Gefüge der Südstadt aus. Arbeitslosigkeit, Einkommensverluste und Abwanderung gefährdeten die soziale Stabilität. Nachbarschaften veränderten sich durch Wegzüge und Zuzüge in kurzer Zeit. Besonders im südlichen Bereich des Modellgebiets konzentrierten sich soziale Konfliktpotenziale. Eine Spirale war in Gang gesetzt, die durch zu wenige Möglichkeiten für Kommunikation und soziale Kontakte noch verstärkt wurde. Das Image der Südstadt verschlechterte sich Mitte der 90er-Jahre spürbar.

Das wichtigste Potenzial sind die Bewohnerinnen und Bewohner der Südstadt. Sie am Wohnort zu halten und aktiv in die Stadtteilentwicklung einzubeziehen, ist erklärtes Ziel. Viele sind gut ausgebildet und haben enge Bindungen an Leinefelde. Zahlreiche Vereine, Initiativen und die Kirchen sind im Quartier aktiv und engagieren sich in der Gemeinwesenarbeit.

Die Südstadt verfügt über eine gute soziale Infrastruktur, die in den letzten Jahren weiter ausgebaut und an die veränderten Bedarfe angepasst worden ist. Schulen und Kitas wurden saniert und teilweise auch umgenutzt. Dort

¹ Die Südstadt wird statistisch nicht gesondert erfasst. Da dort jedoch der überwiegende Anteil der Leinefelder Bevölkerung lebt, sind die Daten der Gesamtstadt weitestgehend auf das Modellgebiet übertragbar.

Mehr Wohnqualität brachten umgebaute Wohnungen mit neuen Mieterterrassen (Bild: im Quartier Lessingstraße).
Bildquelle: Weeber + Partner, Stuttgart



sind nun unter anderem Beratungsangebote, ein Seniorentreff und das Frauenzentrum angesiedelt. Das Jugendzentrum, Spiel- und Sportanlagen sowie ein Schwimmbad wurden neu gebaut.

Die bauliche und städtebauliche Struktur der Südstadt und besonders der Wohnungsbestand haben sich seit Mitte der 90er-Jahre spürbar verändert. Im Rahmen von Rückbau, Abriss und Sanierung wurde deutlich, dass die Plattenbauten viele Spielräume bieten, den Bestand an die sich verändernden Wohnbedürfnisse anzupassen und ihn nachhaltig umzugestalten.

Ein ganz besonderes Potenzial hat die Südstadt durch ihre unmittelbare Nähe zum angrenzenden Thüringer Landschaftsraum und die vielen Grün- und Freiflächen in der Siedlung.

Mit dem Ausbau zentraler Verkehrsachsen (Auto/Bahn) sollen die Anbindung verbessert und so der Wirtschaftsstandort Leinefelde gestärkt werden.

3. Entwicklungsziele und Handlungsfelder

Seit Mitte der 90er-Jahre arbeiten Politik, Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger sowie Wohnungsunternehmen unterstützt und gefördert durch den Freistaat Thüringen und den Bund daran, einen tief greifenden Strukturwandel in Leinefelde zu vollziehen. Grundlage dafür bildete der 1995 vom Stadtparlament beschlossene städtebauliche Rahmenplan für die Südstadt. Durch die im Rahmen der EXPO 2000 gegründete »ZukunftsWerkStadt« wurden die strategischen Ziele des Rahmenplans aufgenommen und in einem integrativen Strategiekonzept mit sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und städtebaulichen Handlungsfeldern fortgeschrieben.

Die Auswahl als Modellgebiet des Programms »Soziale Stadt« gab weitere wichtige Impulse für eine soziale, partizipative Stadtteilentwicklung der Südstadt von Leinefelde. Die Ziele und Handlungsschwerpunkte dieses Pro-

gramms sind in das integrative Strategiekonzept der »ZukunftsWerkStadt« eingegangen, das kontinuierlich überprüft und fortgeschrieben wird.

Im Handlungsfeld »Arbeit und Ausbildung« ist die zentrale Aufgabe die Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur, die eine sinnvolle Nachnutzung der Industriegebäude und brachliegenden Freiflächen im Industriegebiet einschließt. Konkret bedeutet dies, Neuansiedlungen am bisherigen Industriestandort zu fördern und schrittweise eine Branchenvielfalt zu erreichen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Stärkung des örtlichen und regionalen Handwerks. Durch Umschulungen und Qualifizierungen sind viele Südstädter auf die veränderten Anforderungen eingestellt. Dennoch wird der Arbeitsmarkt nicht für alle eine Beschäftigung sichern können. Umso wichtiger ist es, die endogenen Potenziale im Stadtteil zu erschließen. Hier sollen auch die Projekte des Programms »Soziale Stadt« greifen. Die Stärkung lokaler Dienstleistungen, die Förderung des örtlichen Gewerbes durch Einbeziehung in die bauliche Umgestaltung, die Ansiedlung eines Gründerinnenzentrums, Ausbildungsbörsen und der Ausbau von Tauschbörsen sind Teil des Handlungskonzepts.

Wichtige Voraussetzung für die Zukunft der Südstadt ist es, jungen Leuten in Leinefelde eine Perspektive zu bieten. Der Umbau einer Schule zum berufsbildenden Zentrum bietet Jugendlichen nun die Chance einer Ausbildung vor Ort. Ein noch engeres Netzwerk zwischen Wirtschaft, Landkreis, Arbeitsamt, Schulen und Stadt zu knüpfen soll dazu beitragen, der Abwanderung junger Leute aus der Südstadt entgegenzuwirken. Die Themenkonferenz im Rahmen des Modellprogramms stand ganz in diesem Zeichen.

Im Handlungsfeld »Wohnen und Wohnumfeld« gilt es für die Südstadt, auf dem Weg zu einem lebendigen und sozial stabilen Wohnort noch so manche Hürde zu nehmen. Strukturelle Defizite und die schwierige Lebenssituation vieler Bewohnerinnen und Bewohner lassen sich nicht in kurzer Zeit verändern. Die baulichen und städtebaulichen Veränderungen haben aber bereits ganz wesentlich dazu beigetragen, die Wohnqualität in der Südstadt zu verbessern. Durch Rückbau und Abriss vor allem im südlichen Teilbereich wird die Wohndichte verringert. Die durch Umbau entstehenden neuen Wohnungszuschnitte bieten mehr Wohnqualität und werden rege nachgefragt. Alle diese Veränderungen werden von vielen Bewohnerinnen und Bewohnern mitgetragen und als positive Signale bewertet, auch wenn sich Teilbereiche der Südstadt nun wieder in eine Baustelle verwandelt haben. Die umfangreichen Abriss- und Rückbaumaßnahmen erfordern ein gutes Umzugsmanagement. Das städtische Wohnungsunternehmen, die WV, hat hierfür in den letzten Jahren beispielhafte Lösungen entwickelt.

Sichtbar verändert sich das Wohnumfeld, wobei besonderes Gewicht auf eine möglichst vielfältige Nutzbarkeit und eine stärkere Differenzierung von privaten, öffentlichen und halböffentlichen Räumen gelegt wird. Schrittweise werden der ruhende Verkehr neu geordnet, das zentrale Wegenetz ausgebaut und Innenhöfe neu gestaltet. Im zentralen Bereich der Südstadt ist der Lunapark entstanden, der vielfältige Möglichkeiten bietet, sich zu erholen,



Das breite Spektrum der Angebote im Jugendzentrum reicht von Tanz über Computerkurse bis hin zu vielfältigen Spiel- und Sportmöglichkeiten im Außenbereich.

Bildquelle: Weeber + Partner, Stuttgart

Sport zu treiben und miteinander ins Gespräch zu kommen. Bei der Aufwertung des Wohnumfelds bringen sich die Bewohnerinnen und Bewohner auf unterschiedliche Weise ein, sei es in der Vorgartenpflege, der Planung oder im Rahmen der Arbeitsgruppe »Barrierefreie Stadt«.

Die hohe städtebauliche und gestalterische Qualität in den um- und neu gebauten Teilbereichen brachte zahlreiche internationale Gäste in die Südstadt – hieraus resultiert nicht zuletzt ein Imagegewinn für die Südstadt.

Für das Handlungsfeld »Soziales Leben und Infrastruktur« ist es von erheblichem Wert, dass ein Großteil der Bewohnerschaft inzwischen schon lange in der Südstadt lebt. In dieser Zeit sind zahlreiche soziale Kontakte und Beziehungen entstanden. Mit viel Engagement und Eigeninitiative gestalten sie auf unterschiedliche Weise das Stadtleben mit, sie sind das »soziale Kapital« der Südstadt.

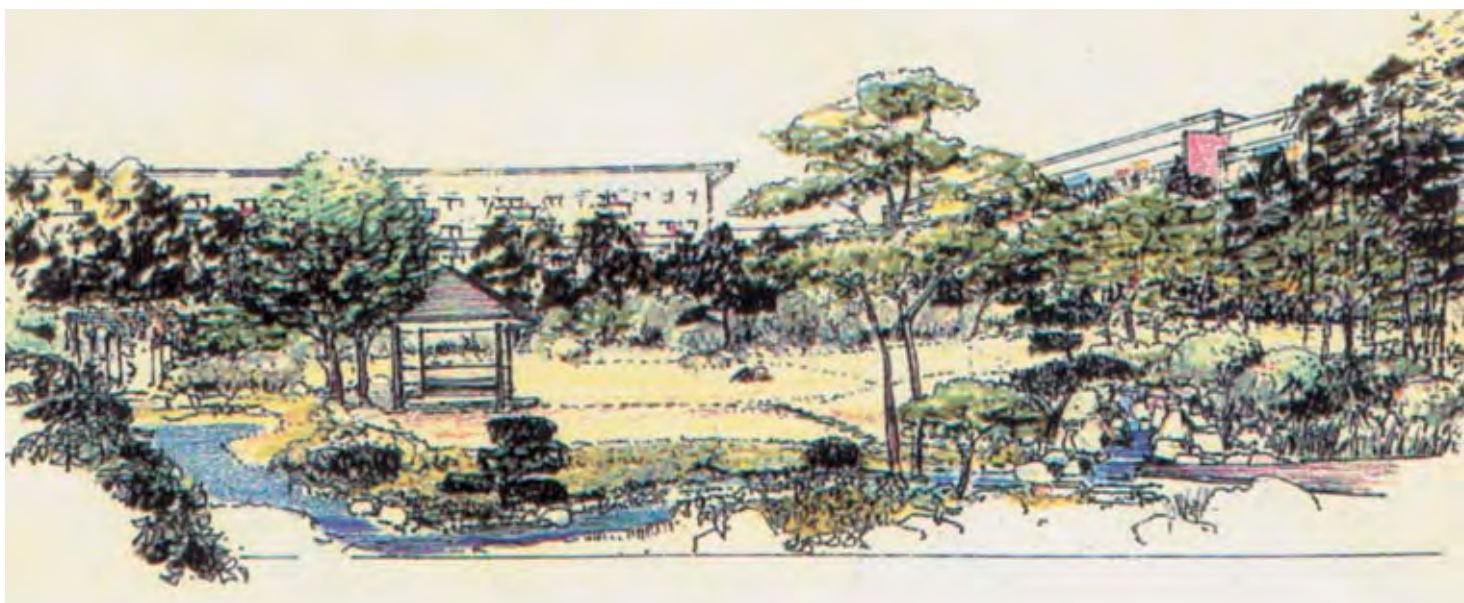
Durch Abwanderung und durch den Zuzug neuer Bewohnerinnen und Bewohner – viele von ihnen Aussiedler – haben sich die unmittelbaren Nachbarschaften und das Zusammenleben verändert, haben Konflikte zugenommen. Besondere Hilfen sind für Menschen in schwierigen Lebenslagen nötig. Verschiedene Träger bieten bereits Beratungen, Hilfe und Unterstützung an. Es ist vor allem Aufgabe des Stadtteilmanagements, die Wirksamkeit dieser Angebote zu fördern und zu helfen, sie noch zielgenauer auszurichten und besser zu vernetzen.

Die Schulen und Kitas in der Südstadt spielen für die Stadtteilentwicklung eine große Rolle. Die Mehrzahl dieser Gebäude ist in den letzten Jahren instand gesetzt und modernisiert worden, einschließlich der dazu gehörenden Freiflächen. Im Rahmen verschiedener Projekte haben sich Schülerinnen und Schüler, Lehrerschaft und Eltern eingebracht, wie beispielsweise bei Schulhofumgestaltungen und dem Computerprojekt zur virtuellen Stadtteilentwicklung. Diese Potenziale gilt es weiter zu stärken.

4. Schlüsselprojekte

In der Südstadt ist ein neues *Jugendzentrum* gebaut worden, das im Oktober 1999 eingeweiht wurde. Das Haus bietet gemeinsam mit den großzügigen Außenanlagen auf insgesamt 1 000 Quadratmetern vielfältige Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Die Kinder und Jugendlichen des Stadtteils waren an der Planung intensiv beteiligt. Vor allem die Spiel-, Sport- und Aufenthaltsbereiche im Außenraum sind nach ihren Vorstellungen entstanden. Die Außenanlagen wurden aus dem Programm »Soziale Stadt« gefördert.

Das Gebäude zeichnet sich durch seine besondere Architektur und ökologische Bauweise aus. Es wurde als Rundbau in einen natürlichen Hang hineingebaut und zur Südseite hin mit einer transparenten Glasfassade sowie mit einer Photovoltaikanlage in der Dachkuppel versehen. Für den energiesparenden Betrieb des Hauses hat die Energie-Spar-Union, ein Leinefelder Betrieb, innovative Lösungen entwickelt. Bei den Außenanlagen wurden Concretelemente verwendet, die aus dem Rückbau von Leinefelder Plattenwohnungen stammen.



Auf der durch Abriss
entstandenen Freifläche nahe
dem Mieterzentrum entsteht
ein japanischer Garten.
Bildquelle: Weeber + Partner,
Stuttgart
Zeichnung: Prof. Kawamura

Das neue Mieterzentrum im Quartier Hahn-/Hertzstraße bietet mehr Service, ausreichend Raum und Möglichkeiten für ein geselliges Miteinander. Bildquelle: Weeber + Partner, Stuttgart



Das Jugendzentrum ist mit anderen Angeboten im Stadtteil vernetzt. Es grenzt an den ebenfalls neu entstandenen Lunapark, in dem sich verschiedene Sportangebote befinden, die sich mit denen des Jugendzentrums gut ergänzen. Das Modellprojekt »Miteinander« ist im Jugendzentrum angesiedelt. Es soll die Integration von Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern unterstützen und wird im Rahmen der Programmplattform »Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten« (E & C) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Das *Mieterbüro* mit dem Mieterzentrum dient dazu, den Service für die Mieterinnen und Mieter zu verbessern und das nachbarschaftliche Zusammenleben zu stärken. Es entstand in einem bis auf eine Etage zurückgebauten, ehemals fünfgeschossigen Plattenbau. Ein angrenzender zweiter Wohnblock ist komplett abgerissen worden. Dadurch wurde die an diesem Standort bis dahin sehr dichte Bebauung aufgelockert.

Die Geschäftsstelle der Wohnungsbau- und Verwaltungs GmbH Leinefelde (WVL) ist an diesen zentralen Standort gezogen und damit für die Mieterschaft jetzt besser zu erreichen. In Zusammenarbeit mit dem Bürgerbüro der Stadtverwaltung sollen hier weitere Dienstleistungen angeboten werden.

Das auch separat zugängliche *Mieterzentrum* ist ein weiterer wichtiger Bestandteil des Gebäudes. Es ist multifunktional und eignet sich für die verschiedensten Veranstaltungen sowie für private Feiern. Dieses Angebot wird stark nachgefragt. Aufgabe des Stadtteilmanagements ist es, das Mieterzentrum noch stärker zu beleben und zu einem Mittelpunkt des Stadtteillebens zu entwickeln.

Auf der durch Abriss brachliegenden Fläche am Mieterzentrum entsteht gegenwärtig der *Japanische Garten*. Die Idee dafür entstand Ende 2000 während des Besuchs einer Delegation japanischer Architekten und Bauingenieure in Leinefelde. Die Grundsteinlegung war im Herbst 2001, und bereits im Mai 2002 soll der Garten fertig gestellt sein. Gefördert wird der Bau unter anderem durch die »Commemorative Association for the Japan World Exposition (1970)«, die weltweit Projekte zur Förderung des japanischen Kulturguts unterstützt, mit umgerechnet 128 000 Euro sowie mit Fördermitteln des Freistaates Thüringen.

Das Areal ist 2 400 Quadratmeter groß. Ein Wasserlauf, ein mit Gehölzen bewachsener Hügel, typisch japanische Bepflanzungen und ein Pavillon sind wichtige Gestaltungselemente. Der Japanische Garten soll zu einem Anziehungspunkt, einem Ort der Begegnung und des Austauschs werden. In Zusammenhang mit dem Mieterzentrum sind hier Veranstaltungen geplant, die auf unterhaltsame und gesellige Weise mit japanischer Kultur bekannt machen. Dazu gehören z.B. Teezeremonien, Ikebana, japanische Kochabende, Vorträge zur Gesundheit und Bonsai-Ausstellungen. Das Stadtteilmanagement initiiert und organisiert diese Veranstaltungen gemeinsam mit interessierten Bewohnerinnen und Bewohnern und Einrichtungen aus dem Stadtteil.

Das *Soziale Zentrum* ist eines der wichtigsten Projekte des Programms »Soziale Stadt«, die in Leinefelde gegenwärtig geplant werden. Eine nicht mehr genutzte Kita soll umgebaut werden und verschiedenen Beratungs- und Hilfeangeboten Platz bieten. Künftig soll hier auch der Seniorentreff des Quartiers angesiedelt sein.

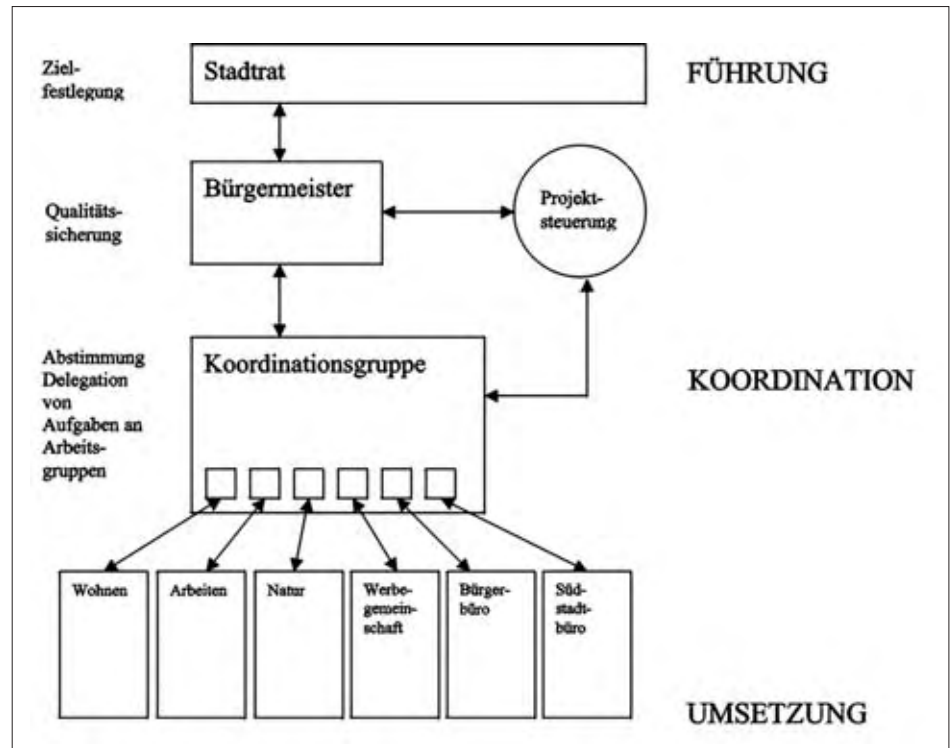
In der Planungsphase ist auch das *Frauenwohn- und Existenzgründerinnenzentrum*. Die Südstadt ist aufgrund ihrer Geschichte auf besondere Weise auch ein Stadtteil der Frauen. Die Mitarbeiterinnen und Nutzerinnen des Frauenzentrums entwickelten die Idee, ein leer stehendes Wohnhaus umzubauen. In den oberen Etagen sollen Angebote für gemeinschaftliches Wohnen entstehen. Die Erdgeschossbereiche dienen der Schaffung von Büro- und Gewerberäumen für Existenzgründerinnen sowie als neuer Standort für das Frauenzentrum. Gegenwärtig laufen die Abstimmungen über die Standortwahl.

5. Organisation und Management

Die Initiative, sich als Modellgebiet für das Programm »Soziale Stadt« zu bewerben, ging von der Stadt Leinefelde aus. Dabei konnte man auf Erfahrungen aus bereits laufenden Projekten aufbauen, besonders jene, die die Stadt als dezentraler Standort für die EXPO 2000 gewonnen hat. Die dabei erprobten Organisationsformen und Steuerungsinstrumente haben sich bewährt und bilden auch den Rahmen für die Planung und Umsetzung der Projekte im Rahmen des Programms »Soziale Stadt«.

Die Federführung für die Programmumsetzung »Soziale Stadt« liegt beim *Bürgermeister* von Leinefelde. Er leitet die regelmäßigen Koordinierungsberatungen mit den Fachämtern der Bereiche Stadtplanung und Soziales sowie

Organisation der
Programmumsetzung
in der Stadt Leinefelde
Grafik: Stadt Leinefelde



dem Stadtteilmanagement und dem Team der Programmbegleitung-vor-Ort zum Stand der Projekte und geplanten Aktionen.

Seit einem Jahr arbeitet das *Stadtteilmanagement* in der Trägerschaft eines Planungsbüros. Die Stadtteilmanagerin war bereits in Vorläuferprojekten tätig. Das im Rahmen des EXPO-Projekts und des Projekts »Öko-soziale Aufwertung verdichteter Wohngebiete« eingerichtete Stadtteilbüro diente der Bewohnerschaft als Informations- und Anlaufstelle und wird nun als Vor-Ort-Büro des Stadtteilmanagements, jedoch mit breiterer inhaltlicher Ausrichtung, fortgeführt.

Eine wichtige Organisationsform für die Konzipierung und Umsetzung der Ziele und Maßnahmen des Programms »Soziale Stadt« ist der *Soziale Runde Tisch* unter Leitung des Bürgermeisters. Ihm gehören Stadträte, Vertreterinnen und Vertreter der sozialen und kulturellen Vereine und Initiativen, Kirchen, sozialen Einrichtungen, Wohnungsunternehmen sowie das Stadtteilmanagement an. Begleitet wird der »Soziale Runde Tisch« durch Arbeitsgruppen (Kinder- und Jugend, Frauen, Barrierefreie Stadt, Arbeit und Beschäftigung).

6. Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Eine zentrale Aufgabe des Stadtteilmanagements ist es, die Bewohnerinnen und Bewohner aktiv in alle Vorhaben einzubeziehen und ihre Selbsthilfepotenziale zu stärken. Nicht immer ist es ganz leicht, die Bewohnerschaft zu er-



reichen. Je nach Thema und Form der Beteiligung war die Resonanz sehr unterschiedlich. In Leinefelde wurden bei der *Aktivierung und Beteiligung* der Bevölkerung verschiedene Formen und Methoden genutzt, unter anderem abhängig vom jeweiligen Stand der Arbeit. So gab es in der Anfangsphase vor allem Planungsdiskussionen in unterschiedlicher Form sowie Stadtteilspaziergänge. Im weiteren Verlauf kamen stärker projektbezogene Veranstaltungen und Aktionen – z.B. die Mitwirkung von Bewohnerinnen und Bewohnern bei konkreten Wohnumfeld-Verbesserungen, Tauschbörsen, kulturelle Veranstaltungen – hinzu. Vor allem diese projektbezogenen Beteiligungsformen haben sich bewährt, weil sie an die unmittelbaren Bedürfnisse der Bewohnerschaft anknüpfen, für sie einen direkten Effekt haben und außerdem viel Spaß machen. Dies wird unter anderem durch das starke Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner am Japanischen Garten und den hier geplanten Veranstaltungen bestätigt.

Sehr bewährt hat sich in diesem Zusammenhang der *Verfügungsfonds* in Höhe von 5 000 Euro, auf den das Stadtteilmanagement schnell und unbürokratisch zugreifen kann, um Beteiligungsaktionen einen Rahmen zu geben, der zum Mitmachen animiert, oder um Bewohnerinitiativen zu unterstützen. Wichtig im Hinblick auf die Erreichbarkeit der Quartiersbevölkerung ist das gute »Funktionieren« der *Netzwerke* im Stadtteil, weil diese Multiplikationseffekte haben. Mit dem »Sozialen Runden Tisch«, an dem alle Einrichtungen und Träger der sozialen Infrastruktur des Stadtteils beteiligt sind, wurde

Im Stadtteilbüro können sich die Bewohnerinnen und Bewohner informieren und ihre Ideen zur künftigen Entwicklung einbringen.

Bildquelle: Stadt Leinefelde

Die Zukunftswerkstatt mit Kindern und Jugendlichen im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« (Frühjahr 2001). Diskutiert wurde über das Leben in der Südstadt, den Schulalltag, die Wohnsituation und die Ausbildungschancen. Bildquelle: Weeber + Partner, Stuttgart



dafür eine wichtige Voraussetzung geschaffen. Besonders bewährt hat sich dieses Netzwerk im Jugendbereich. Die Planungsbeteiligung der Kinder und Jugendlichen beim Bau des Jugendzentrums, eine Zukunftswerkstatt, eine Ausbildungsbörse, ein Kinder- und Jugendkunstwettbewerb, die aktive Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen an der Interkulturellen Woche des Landkreises Eichsfeld kamen vor allem durch Mitwirkung und Zusammenarbeit der Jugendeinrichtungen, Schulen und Kitas des Stadtteils zustande.

Ein unentbehrliches Instrument für die Information und damit auch Voraussetzung für die Beteiligung der Bewohnerschaft ist die *Stadtteilzeitung* »Zukunftswerkstatt Leinefelde«, die es bereits seit 1998 gibt. Sie hat sich fest im Stadtteil etabliert und erscheint zwei- bis dreimonatlich. Der Druck der Zeitung wird durch die Stadt finanziert.

Um gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern eine Zwischenbilanz des bisher Erreichten zu ziehen, weitere Vorhaben zu planen und zu weiterer Mitwirkung zu motivieren, führte das Stadtteilmanagement mit Unterstützung der Stadt eine aktivierende Befragung in der Südstadt durch, an der sich über 700 Haushalte beteiligten. Zu dieser positiven Resonanz trug sicherlich die umfangreiche *Öffentlichkeitsarbeit* bei, mit der diese Aktion begleitet wurde. Neben Hinweisen in der lokalen Presse gab es eine Sendung im »Offenen Kanal« mit dem Bürgermeister und Mitarbeiterinnen des Stadtteilmanagements. Nicht zuletzt förderten attraktive Preise, unter den an der Befragung Teilnehmenden verlost, das Interesse.

7. Fazit: Vom industriellen Wohnort zur lebendigen Stadt

Die Südstadt von Leinefelde ist auf dem Weg zu einem lebendigen und zukunftsfähigen Stadtteil. Zahlreiche Projekte wurden in hoher Qualität umgesetzt und haben zu einer deutlichen Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität der Bewohnerschaft beigetragen. Das Image der Südstadt beginnt sich zu wandeln.

Entscheidend für diese Erfolge war und ist das engagierte und steuernde Handeln der Kommune auf der Grundlage des gemeinsam getragenen integrativen Strategiekonzepts für die Südstadt. Durch das kooperative Zusammenwirken der beteiligten Akteure ist es zunehmend gelungen, investive und nicht investive Mittel auf kommunaler Ebene zu bündeln. Insbesondere Bundes- und Landesförderprogramme konnten mit Unterstützung der Thüringer Landesregierung zusammengeführt und seit 1993 Fördermittel von über sieben Millionen Euro bereitgestellt werden. Im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« förderten der Bund mit rund 1,3 Millionen Euro und der Freistaat Thüringen mit 2,2 Millionen Euro die Planung und Umsetzung baulicher und sozialer Maßnahmen in der Südstadt.

Die bisher erreichten Veränderungen motivieren, verdeutlichen aber auch die großen Herausforderungen bei dem Vorhaben, ein nachhaltiges Gleichgewicht von Wohnen und Arbeiten zu schaffen. Dafür braucht es nicht nur Zeit, sondern vor allem stabile strukturpolitische Rahmenbedingungen und die weitere Unterstützung und Förderung durch den Bund und das Land Thüringen. Mit dem (neuen) Programm zum Stadtumbau Ost bietet sich eine Chance, den eingeleiteten strukturellen Wandel im Sinne einer sozialen Stadtentwicklung gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern von Leinefelde kontinuierlich voranzubringen.

Leipzig – Leipziger Osten

Christa Böhme
Thomas Franke

1. Gebietscharakter

Das 340 Hektar große, aus mehreren Ortsteilen bestehende Modellgebiet liegt östlich des Leipziger Stadtkerns. Das Wohnquartier mit ehemals kleinteiliger Nutzungsmischung ist durch dichte gründerzeitliche Blockstrukturen und einen großen Anteil innerstädtischer Plattenbauten geprägt, wobei die Bausubstanz allgemein eine vergleichsweise geringe Qualität aufweist. Im Leipziger Osten leben etwa 27 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Stadtteil entstand Mitte des 19. Jahrhunderts und entwickelte sich rasch zu einem dichten, stark gemischten Wohn- und Arbeitsort. Der als »grafisches Viertel« bezeichnete gewerbliche und industrielle Schwerpunkt des Gebiets wurde von Verlagen und Druckereien gebildet. Die Wohnbevölkerung bestand überwiegend aus Arbeiterinnen und Arbeitern, weshalb der »Rote Osten« Leipzigs schon immer das Negativeimage eines klassischen Arbeiterstadtteils hatte.

Während des Zweiten Weltkriegs wurde das Gebiet teilweise stark zerstört, wovon sich die grafische Industrie nie wieder richtig erholen konnte. Für Wiederaufbau und Bestandserhaltung standen zu DDR-Zeiten nur wenig Mittel zur Verfügung. Seit Ende der 70er-Jahre wurden innerstädtischer Ersatzwohnungsneubau in industrieller Bauweise errichtet, teilweise auch der gründerzeitliche Bestand modernisiert sowie neue Grünflächen in ehemals dicht bebauten Quartieren geschaffen. Nach der Wende leitete die förmliche Festlegung einiger Sanierungsgebiete in Teilbereichen des Modellgebiets einen weitreichenden Erneuerungsprozess ein, dessen Dynamik allerdings seit Ende der 90er-Jahre aufgrund sich verschlechternder (steuerlicher) Rahmenbedingungen und zurückgehender Nachfrage nach saniertem Wohnraum wieder deutlich abnahm. Dies ließ den ohnehin strukturell schwachen Leipziger Osten in Konkurrenz zu anderen, attraktiveren Stadtteilen wieder zurückfallen. In dem heutigen »Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf« konzentrieren sich soziale, wirtschaftliche, ökologische und städtebauliche Probleme.

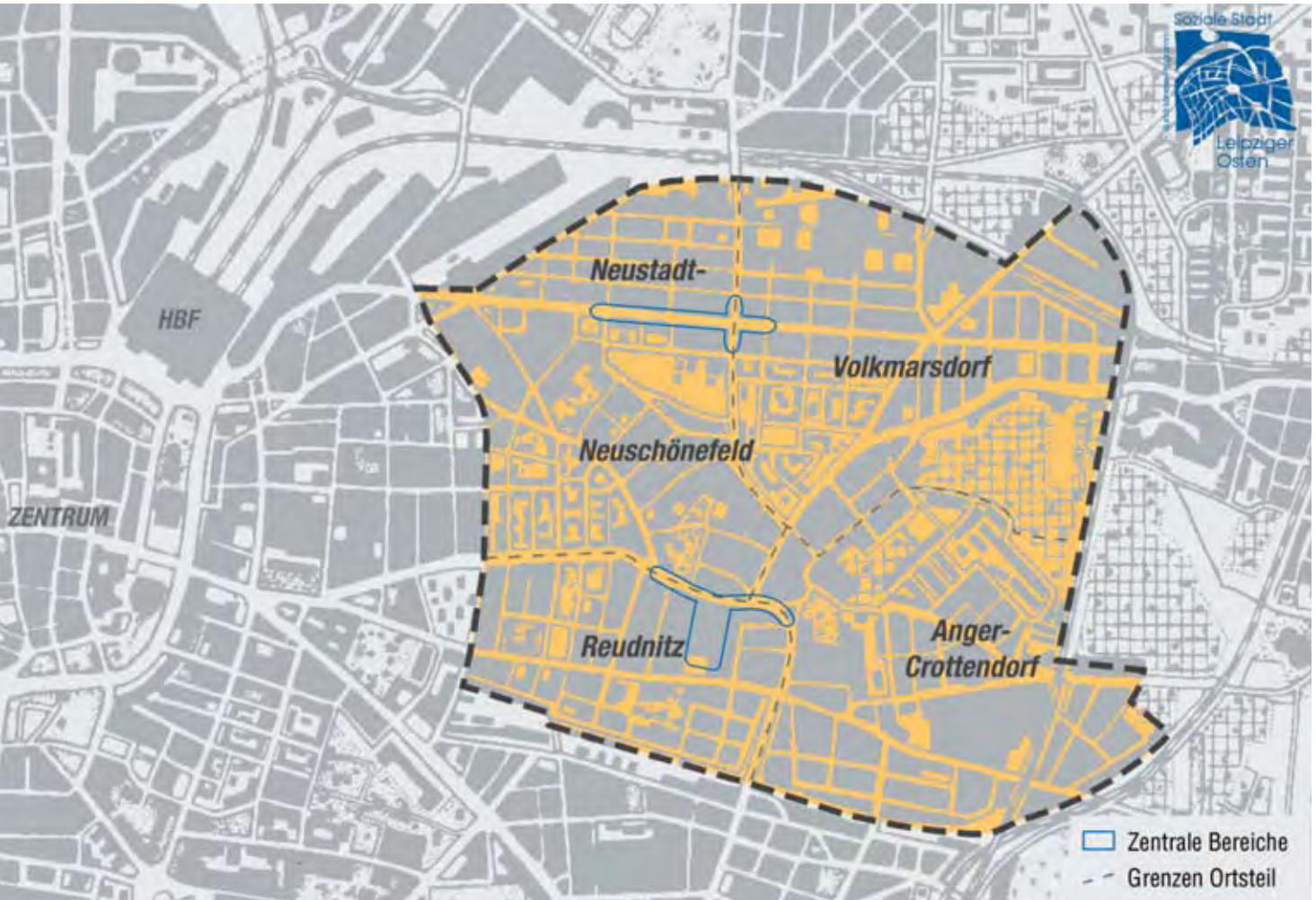
2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Die *zentralen Problemfelder* des Leipziger Ostens ergeben sich aus der Tatsache, dass Leipzig seit der Wende aufgrund starken Geburtenrückgangs, umfangreicher Abwanderungen in die »alten Bundesländer« sowie »nachholender« Suburbanisierungsprozesse eine schrumpfende Stadt ist. Die damit einhergehende Entspannung auf dem Wohnungsmarkt sowie die stadtweit attraktiven Mietkonditionen ermöglichen einen schnellen Wohnungswechsel und verursachen dadurch umfangreiche Segregationsprozesse: Vor allem aus den besonders benachteiligten Teilgebieten des Leipziger Ostens wandern einkommensstärkere »Mittelschichtfamilien« in attraktivere Stadtteile



Das Modellgebiet

Bildquelle: Stadt Leipzig/Mai



Grenzen des Modellgebiets

»Leipziger Osten«

Grafik: Büro Kaufmann, Leipzig



Brachfläche, Modernisierungs-
und Sanierungsmängel
Bildquelle: Büro Kaufmann,
Leipzig

ab, während zugleich einkommensschwächere Haushalte zuziehen. Der Wohnungsleerstand in sanierten wie unsanierten Beständen beträgt im Modellgebiet insgesamt rund 40 Prozent, in Teilgebieten liegt er weit darüber. **Die** demographische Struktur der Stadtteilbevölkerung ist in Teilgebieten durch Überalterung sowie insgesamt durch einen hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen geprägt. Unter den einkommensschwächeren Zuzüglern finden sich vergleichsweise viele Migranten- und Aussiedlerhaushalte; der Migrantenanteil in Teilbereichen des Leipziger Ostens übersteigt den gesamtstädtischen Durchschnitt. Infolge Segregation und sozialer Entmischung weist die heutige Sozialstruktur des Leipziger Ostens – insbesondere in Volkmarisdorf – einige gravierende Probleme auf: Die Anteile von allein Erziehenden und Personen, die Transferleistungen beziehen, übersteigen den gesamtstädtischen Durchschnitt. Gleiches gilt für den Anteil krimineller Jugendlicher sowie die Anzahl von Konsumentinnen und Konsumenten harter Drogen.

Die Arbeitslosenquote im Leipziger Osten liegt ebenfalls über dem gesamtstädtischen Durchschnitt und zeigt weiterhin steigende Tendenz; das Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot im Modellgebiet ist vergleichsweise gering. Als Folge sinkender Kaufkraft erodieren die in erster Linie vom Einzelhandel und Handwerk geprägten lokalen Wirtschaftsstrukturen. Geschäftsschließungen und Leerstand von Ladenlokalen sind Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs.

Der Leipziger Osten besteht überwiegend aus Quartieren mit einem hohen Überbauungs- und Versiegelungsgrad sowie einem unzureichenden Grünflächenangebot. Das Gebiet weist einen überdurchschnittlichen Anteil

brachgefallener Flächen – zum Teil mit verfallender Bausubstanz – auf. Die Wohninfrastruktur entspricht in weiten Teilen nicht heutigen Ansprüchen. Das Erscheinungsbild des öffentlichen Raums ist vor allem in Teilbereichen Volkmarsdorfs wenig ansprechend.

Verschiedene Einrichtungen, Selbsthilfegruppen, Vereine, Organisationen und Initiativen bilden neben Kirchen und Kindertagesstätten die soziale Infrastruktur des Leipziger Ostens. Dennoch nimmt die Angebotsvielfalt teilweise ab: weil Kosten eingespart werden müssen oder die Nachfrage sinkt. Dies betrifft auch die Entwicklung der Bildungsinfrastruktur: Aufgrund rückgehender Einwohnerzahlen werden in ganz Leipzig Schulen geschlossen, so auch das letzte im Nahbereich des Modellgebiets gelegene Gymnasium. Schließlich wird das weitgehende Fehlen bzw. der kontinuierliche Rückgang der kulturellen Infrastruktur inklusive Kneipen- und Kulturszene als wesentlicher Grund für die vergleichsweise geringe Attraktivität des Modellgebiets betrachtet.

Das Zusammenleben im Leipziger Osten wird durch die genannten städtebaulichen und sozialen Probleme sowie teilweise durch Vorurteile der deutschen Bevölkerung gegenüber Migrantinnen und Migranten erschwert. Verschiedene Indikatoren weisen auf das Fehlen eines familiären Zusammenhalts in vielen Haushalten aufgrund von Arbeitslosigkeit, Alkoholismus und der hohen Zahl allein Erziehender hin.

Generell erscheint es schwierig, aufgrund der Größe und Heterogenität des Modellgebiets *Entwicklungspotenziale* für den gesamten Leipziger Osten zu benennen. Erschwert wird die Suche nach »echten« Entwicklungspotenzialen durch rückgehende Einwohnerzahlen und das stark verankerte Negative Image des Gebiets. Dennoch lassen sich Entwicklungsmöglichkeiten in verschiedenen Bereichen identifizieren:

Potenzial Gebietsstruktur: Das Modellgebiet weist neben »Problemgebieten« auch relativ intakte »Inseln« auf, von denen bei entsprechender Förderung positive Ausstrahlungseffekte auf andere Teilgebiete ausgehen können.

Städtebauliche Potenziale: Der Leipziger Osten liegt innenstadtnah mit unmittelbarer Verbindung zum Hauptbahnhof und verfügt über gute ÖPNV- und Autobahnanbindungen. Die kompakten städtebaulichen Strukturen stellen ein weiteres Entwicklungspotenzial dar. Brachflächen, Baulücken und leer stehende Gebäude eignen sich für neue Nutzungen, mit denen unter dem Aspekt »Rückbau« der Mangel vor allem an Grünflächen und Freizeitmöglichkeiten behoben und damit die Lebensqualität im Stadtteil verbessert werden können. Brachflächen eignen sich außerdem für innerstädtischen Einfamilien- und Reihenhausbau, leerstehende Gebäude für flächenintensive »Szenenutzungen« wie Ateliers und Lofts. Das große Angebot an preiswertem Wohnraum im Leipziger Osten kann trotz innerstädtischer Konkurrenz als Potenzial für die Ansiedlung vor allem jüngerer Bevölkerungsgruppen wie z.B. von Studierenden und Kunstschaffenden als »Pionieren« auch für ökonomische Aufwertungsprozesse betrachtet werden. Viele Wohnungen bieten außerdem Möglichkeiten für selbstorganisierte Jugendarbeit.

DEMOGRAPHISCHE UND SOZIALRÄUMLICHE MERKMALE (2000)

	Leipziger Osten	Leipzig
Größe	340 ha	29 754 ha
Einwohnerzahl	ca. 27 000	ca. 493 000
Bevölkerungsverlust (1990–2000)	ca. 30 %	ca. 15 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße	nicht verfügbar	1,9 Pers.
Anzahl der Wohnungen	24 500 ¹	ca. 315 000
Leerstand	40 % ¹	20 %
Anteil der Wohngeldempfänger	ca. 14 %	ca. 10 %
Arbeitslosenquote	nicht verfügbar	18,1 %
Anteil der Sozialhilfempfänger	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Anteil ausländische Bevölkerung	7,2 % ¹	5,5 %
Anteil der unter 18-Jährigen	ca. 17 %	14,6 %
Anteil der über 65-Jährigen	ca. 14,5 %	18,6 %

Potenziale im Bereich Lokale Ökonomie: Einzelhändlerinnen und -händler haben sich aufgrund ihres zum Teil erheblichen Handlungsdrucks zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen und zeigen eine hohe Mitwirkungsbereitschaft bei der Umsetzung von Maßnahmen und Projekten. Abriss-, Sanierungs-, Modernisierungs- und Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen lassen sich mit Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen koppeln, was zugleich benachteiligten Bevölkerungsgruppen und vor Ort ansässigen Handwerks- und Bauunternehmen zugute kommt.

Potenziale im Bereich Bürgerschaftliches Engagement/Gemeinwesen/Soziale Infrastruktur: Die Bewohnerinnen und Bewohner selbst – vor allem Kinder und Jugendliche – stellen ein wichtiges Potenzial »an sich« dar. Trotz problematischer Entwicklungen im Modellgebiet lässt sich in der Bevölkerung eine starke Identifikation mit dem Leipziger Osten beobachten. Im Stadtteil bereits vorhandene Organisationen und Institutionen müssen als Potenziale für soziales Engagement und Bewohnerorganisation/-beteiligung betrachtet werden.

Potenzial Programm »Soziale Stadt«: Durch die im Rahmen des Programms aufgebauten Organisationsstrukturen und verbesserten Finanzierungsmöglichkeiten eröffnen sich neue Handlungsspielräume für die Stadtteilentwicklung.

Viele Akteure betonen die sozialen Probleme im Modellgebiet, wogegen als Entwicklungspotenziale oftmals eher städtebauliche Aspekte genannt werden. Es wird also im Leipziger Osten künftig darum gehen, bei und neben der Erschließung städtebaulicher Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen von Projekten und Maßnahmen zur integrierten Stadtteilerneuerung auch die eher »versteckten« sozialen Potenziale zu berücksichtigen.

1 Ohne Ortsteil
Reudnitz-Thonberg.

Kinder und Jugendliche engagieren sich für ihren Stadtteil.

Bildquelle: Büro Kaufmann, Leipzig



3. Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte

Im Rahmen des Antrags auf Aufnahme in das Programm »Soziale Stadt« wurde Ende 1999 das *Handlungskonzept »Integrierte Stadtteilentwicklung im Leipziger Osten«* auf der Grundlage des gesamtstädtischen »Stadtentwicklungsplans Wohnungsbau und Stadterneuerung (STEP W+S)« verwaltungsintern von der dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe »Soziale Stadt« erstellt. Anfang 2000 nahm die Ratsversammlung der Stadt Leipzig dieses Konzept zur Kenntnis. In diesem Handlungskonzept wird auf eine abschließende Darstellung der Entwicklungsziele für den Leipziger Osten verzichtet, um der angestrebten öffentlichen Diskussion nicht vorzugreifen. Allerdings werden erste Aussagen zu möglichen *Zielen* als Grundlage für eine breitere öffentliche Diskussion getroffen; dazu gehören unter anderem:

- Überwindung des Negativimages;
- Verstärkung der lokalen Identität und Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit respektive Beteiligung im Stadtteil;
- Stabilisierung der Sozialstruktur, Entwicklung von nachbarschaftlichen sozialen Netzen;
- Verbesserung der sozialen Infrastruktur;
- Verbesserung der Wohnqualität insbesondere im Wohnumfeldbereich;
- Erhöhung der Gestaltqualität des öffentlichen Raums;
- Belebung der lokalen Ökonomie mit dem Ziel Beschäftigungs- und Existenzgründerförderung.

Unterhalb der Zielebene wurden bislang keine Handlungsschwerpunkte bestimmt. Die weitere Konkretisierung der Ziele soll vor allem im Forum Leipziger Osten erfolgen. Eine Fortschreibung des Handlungskonzeptes insgesamt ist noch nicht vorgenommen worden. Im Rahmen der Umsetzung des STEP W+S werden zur Vorbereitung und Koordination von integrierten Maßnahmen für die Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil zum einen vorbereitende Untersuchungen nach dem Sanierungsrecht und zum anderen ein »Konzeptioneller Stadtteilplan« für den Leipziger Osten erarbeitet, der die zukünftigen Entwicklungsziele für das Modellgebiet zusammenfasst. Zu dessen Vorbereitung wurde ein kooperatives Gutachterverfahren durchge-

führt, an dem Fachleute aus den Bereichen Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung, Wohnungswirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger beteiligt waren. Der »Konzeptionelle Stadtteilplan« wird ebenfalls in enger Rückkopplung mit dem Forum Leipziger Osten erarbeitet.

4. Schlüsselprojekte

Der Leipziger Osten ist im Bundesvergleich eines der größten Programmgebiete der »Sozialen Stadt«. Das hieraus resultierende Problem, geeignete Raumeinheiten für die Steuerung und die Handlungsebene(n) der Programmumsetzung zu identifizieren, hat die Stadt Leipzig durch die Ausweisung einer vergleichsweise überschaubaren »Kernzone« gelöst. Projekte und Maßnahmen, die hier durchgeführt werden, sollen positiv auf benachbarte Bereiche im Modellgebiet ausstrahlen.

Die Projektlandschaft »Soziale Stadt« wird bisher vor allem von komplexen, aus verschiedenen Einzelmaßnahmen bestehenden »Kernprojekten« geprägt. Diese wurden von der Stadtverwaltung vor Beginn der Programmumsetzung ausgewählt, um in der »Kernzone« erste Impulse zu setzen und auf die stärksten Defizite im Stadtteil zu reagieren. Mit Beginn der Programmumsetzung hat sich die Projektentwicklung zunehmend von der Stadtverwaltung in das Modellgebiet verlagert.

Die folgenden, schwerpunktmäßig im Handlungsfeld Lokale Ökonomie angesiedelten Projekte sind als Schlüsselprojekte der bisherigen integrierten Stadtteilentwicklung im Leipziger Osten anzusehen.

Im Rahmen des Kernprojekts »*Lokale Beschäftigungsentwicklung*« sollen sozial Benachteiligte im Modellgebiet mittels lokal angepasster Beschäftigungsförderungsprojekte in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Hierfür werden lokal basierte Arbeitsvermittlungsformen in Zusammenarbeit mit dem Sozial- und dem Arbeitsamt eingesetzt, wobei die soziokulturellen Besonderheiten des Gebiets und seiner Bewohnerschaft besonders berücksichtigt werden. Parallel dazu wird unter Mitwirkung des Amtes für Wirtschaftsförderung ein Konzept entwickelt, mit dem die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln als Basis für neue Arbeitsplätze verbessert werden sollen.

Ein Beispiel für eine konkrete Maßnahme in diesem Kernprojekt ist die Umsetzung des Beschäftigungsprojekts »*Qualifizierung und Arbeit statt Sozialhilfe (Chemnitzer Modell)*«: Nach einer dreimonatigen, vom Bildungswerk der Sächsischen Wirtschaft e.V. (bsw) betreuten Vorbereitungsphase haben 24 Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger zeitlich befristete, öffentlich geförderte Arbeitsverträge mit lokalen Unternehmen abgeschlossen. Vom bsw wurde ferner eine Befragung von 100 Unternehmen im Modellgebiet durchgeführt, um Probleme und (arbeitsmarktrelevante) Potenziale der lokalen Wirtschaft zu identifizieren und im Rahmen weiterer Maßnahmen zu berücksichtigen.

Seit Frühjahr 2001 koordiniert und vernetzt ein »*Koordinator Arbeit*« alle Beschäftigungsprojekte im Modellgebiet, wodurch auch ein Effekt der Mittelbündelung für den gesamten Bereich beschäftigungswirksamer Maßnahmen



Logo- und Sloganwettbewerb
Bildquelle: Büro Kaufmann,
Leipzig



Stadtteilfest im
Leipziger Osten
Bildquelle: Stadt Leipzig/
Rother

erreicht werden soll. Zu den konkreten Aufgaben des »Koordinators Arbeit« gehören unter anderem die Erarbeitung einer modellgebietsbezogenen Zusammenstellung aller bereits laufenden Beschäftigungsprojekte und ihrer jeweiligen Träger, die Erstellung einer vollständigen Übersicht zu Möglichkeiten der Beschäftigungsförderung im ersten und zweiten Arbeitsmarkt, die Erarbeitung von Empfehlungen für eine optimale Koordinierung/Bündelung der für beschäftigungswirksame Maßnahmen zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen sowie die intensive Kontaktpflege mit Stadtteilmanagement, Ämterrunde und Projektteamtreffen. Darüber hinaus entwickelt er beschäftigungsbezogene Handlungsempfehlungen für die konkrete Projektlandschaft im Leipziger Osten und arbeitet eng mit dem Kernprojekt »Lokale Beschäftigungsentwicklung« zusammen.

Das Kernprojekt »Zentrenentwicklung Eisenbahnstraße« wird von der Industrie- und Handelskammer im Rahmen des Geschäftsstraßenmanagements betreut und entwickelt. Seine Ziele sind die Aufwertung der traditionsreichen Einkaufsstraße zu einem multifunktionalen Identifikations- und Kommunikationsbereich, die Nutzungsverdichtung, die Schaffung wirtschaftlicher Betriebsgrößen, die Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Straßenraum sowie die Neuordnung des ruhenden Verkehrs. Zu den konkreten Umsetzungsstrategien gehören die Einrichtung von projektspezifischen Diskussionsplattformen und Arbeitskreisen, die Unterstützung der Händlerinitiative Eisenbahnstraße, die Gründung von Werbe- und Interessengemeinschaften, die Weiterentwicklung und Umsetzung bereits vorhandener Revitalisierungskonzepte, die Förderung einer gezielten Ansiedlungspolitik sowie kostenlose Schulungen für lokale Unternehmerinnen und Unternehmer.

Im Kernprojekt »Gemeinwesenorientierte Projekte« soll eine Dokumentation von Freizeit- und Kulturangeboten sowie gemeinwesenorientierten Projekten im Modellgebiet die Basis für die Entwicklung weiterer Projekte beziehungs-

weise die Unterstützung lokaler Akteure bei der Erarbeitung und Umsetzung entsprechender Konzepte bilden. Lokale Akteure werden zur Entwicklung gemeinwesenorientierter Projekte in Initiativgruppen und Interessengemeinschaften zusammengeführt, moderiert und unterstützt. Im Rahmen der «Gemeinwesenorientierten Projekte» wurde unter anderem das Stadtteilstadtfest Neustädter Markt veranstaltet. Geplant ist neben anderen Projekten die Einrichtung einer «Kulturmeile» im Modellgebiet. Projektpartner sind das Dezernat Kultur sowie das Dezernat Stadtentwicklung und Bau.

Im Sommer 2001 wurde ein *Wettbewerb* für die Entwicklung eines von allen lokalen und lokal wirksamen Akteuren kostenlos nutzbaren *Logos* und *Slogans* als Mittel zur Identitätsstiftung im Modellgebiet durchgeführt. Nach einer Vorentscheid durch Bewohnerinnen und Bewohner wurden im November 2001 während einer Sitzung des Forums Leipziger Osten das beste Logo und der beste Slogan («Im Osten geht die Sonne auf») gewählt und prämiert.

5. Organisation und Management

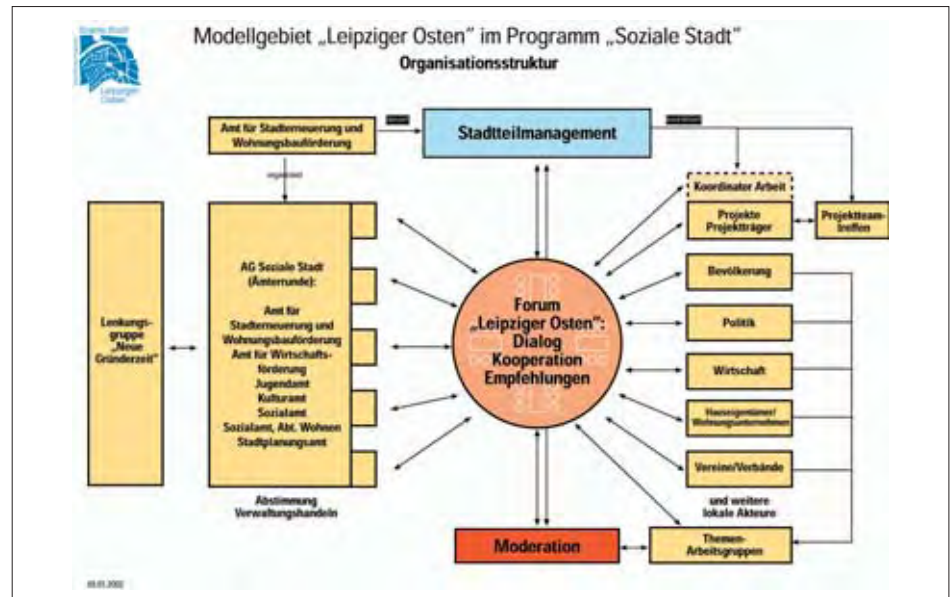
Das Land Sachsen unterscheidet zwischen Stadtteil- und Quartiermanagement, wobei Ersteres für Aufgaben der Projekt- und Prozesssteuerung auf überlokaler Ebene verantwortlich ist, während das Quartiermanagement unmittelbar vor Ort arbeitet und dort unter anderem für die Aktivierung der Quartiersbevölkerung zuständig ist. Analog dieser begrifflichen Unterscheidung wurden von der Stadt Leipzig entsprechende Management- und Organisationsformen für die Programmumsetzung im Modellgebiet Leipziger Osten eingerichtet und benannt.

Verwaltungsebene

Bisher leistete die *Lenkungsgruppe »Neue Gründerzeit«* grundsätzliche dezernatsübergreifende Abstimmungsarbeit auf der Steuerungsebene. Zurzeit wird in der Stadtverwaltung ein *Beirat Integrierte Stadtteilentwicklung* aufgebaut, der unter Vorsitz des Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bau mit Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern von Politik, Vereinen und Verbänden, der Verwaltung und dem Arbeitsamt Empfehlungen für die Umsetzung der Programme »Soziale Stadt«, URBAN sowie »Stadtentwicklung« (EFRE) in allen Leipziger Programmgebieten erörtert.

Das Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung bzw. das Stadtteilmanagement leitet und moderiert die dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe »Soziale Stadt« («Ämterrunde»), in der die Aktivitäten der an der Programmumsetzung im Leipziger Osten beteiligten Ämter auf Sachgebietsleiter-/Sachbearbeiterebene abgestimmt und koordiniert werden. Darüber hinaus entwickelt und diskutiert dieses Gremium neue Projekte und deren Finanzierung, stimmt Fördermöglichkeiten ab und bündelt öffentliche Ressourcen. Die Arbeitsgruppe erstattet der Dienstberatung des Oberbürgermeisters regelmäßig Bericht.

Das *Stadtteilmanagement* besteht aus einer Mitarbeiterin des Amtes für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung in der Quasifunktion einer Ge-



bietsbeauftragten sowie einem externen Mitarbeiter aus einem freien Planungsbüro als Geschäftsführer des »Forums Leipziger Osten«. Das Stadtteilmanagement versteht sich als Geschäftsführung für die Programmumsetzung »Soziale Stadt« im Modellgebiet. Seine Hauptaufgabe sind die Steuerung, Organisation und Weiterentwicklung des gesamten Prozesses im Modellgebiet, die Erarbeitung und Fortschreibung des integrierten Handlungskonzeptes, Akquisition und Bündelung von Fördermitteln sowie Öffentlichkeitsarbeit. Es soll Querbezüge zwischen einzelnen Projekten herstellen (unter anderem Durchführung von »Projektteamtreffen«), durch Kontakt zur Quartiersbevölkerung Handlungsbedarfe aufdecken und eine möglichst breite Öffentlichkeit zur Mitwirkung am Prozess der Stadtteilentwicklung motivieren.

Intermediärer Bereich

Eine zentrale Aufgabe des Stadtteilmanagements ist die Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation des »Forums Leipziger Osten« als Beteiligungs- und Kooperationsgremium zur Diskussion von Entwicklungszielen und für die Erarbeitung von entsprechenden Empfehlungen an Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Es hat die Funktion einer Diskussionsplattform im Sinne eines »Stadtteilparlaments« für das breite Spektrum der lokalen Akteure. Seine Hauptaufgaben sind das Angebot eines dauerhaften und offenen Kommunikationsprozesses zwischen den lokalen Akteuren, der Austausch von Informationen über Entwicklungen, Aktivitäten und Projekte im Leipziger Osten, die Koordination verschiedener Aktivitäten und lokaler Akteure sowie die Entwicklung neuer Projektideen. Das Gremium tagt viermal jährlich im Modellgebiet; seine Beschlüsse haben empfehlenden Charakter. Es hat im Rahmen der Stadtteilentwicklungsplanung besonderes Gewicht, da es im Zusammenhang mit der Erarbeitung des integrierten Handlungskonzeptes die Schwerpunkte der künftigen Arbeit im Leipziger Osten maßgeblich bestimmen soll. Im Rahmen

der Forumssitzungen haben sich Themenarbeitsgruppen gebildet, die heute maßgeblich für die Entwicklung neuer Projekte verantwortlich sind.

Lokale Umsetzungsebene

Das »Quartiersmanagement Volkmarsdorf« im gleichnamigen Ortsteil wird vom Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung getragen. Sein Büro (»Bürgertreff«) stellt die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB) mietfrei zur Verfügung. In der Einrichtung arbeiten fünf Personen mit unterschiedlichen Schwerpunkten, im Jahr 2001 unterstützt von vier ABM-Kräften. Die Finanzierung des Quartiersmanagement Volkmarsdorf entspricht – abgesehen von den ABM-Stellen – knapp zwei Vollzeitstellen.

Das »Quartiersmanagement Volkmarsdorf« konnte zu Beginn seiner Arbeit kaum an bestehende bürgerschaftliche Organisationen und Initiativen anknüpfen; das Gebiet verfügte über nur sehr wenige Gemeinwesenstrukturen. Hauptaufgabe war es daher zunächst, Kontakte im Quartier aufzubauen und den »Bürgertreff« einzurichten. Darauf aufbauend sind die Initiierung und Unterstützung konkreter Projekte sowie die Organisation von Kommunikation und Vernetzung weitere zentrale Aufgaben. Im Leipziger Osten existieren darüber hinaus noch einige andere Einrichtungen, die bereits Teilaufgaben von Quartiermanagement auf der lokalen Umsetzungsebene übernehmen und entsprechend weiter qualifiziert werden könnten.

6. Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Auf der Ebene des gesamten Modellgebiets stellen das »Forum Leipziger Osten« und seine Themengruppen die wichtigsten Beteiligungs- und Kommunikationsmöglichkeiten dar. Darüber hinaus werden gebietsweit Workshops zu verschiedenen Themen angeboten (z.B. »Gemeinwesenorientierte Projekte«, »Haus der Begegnung«, »Wirtschaft und Arbeit«, »Image und Öffentlichkeitsarbeit«). In der »Kernzone« des Modellgebiets ist im Februar 2002 in einem Ladenlokal ein »Infozentrum« als Anlaufstelle für Bewohnerinnen und Bewohner eröffnet worden, dessen Räume von Initiativen, Vereinen und Themenarbeitsgruppen genutzt werden können.

Auf der lokalen Umsetzungsebene werden vom »Quartiersmanagement Volkmarsdorf« verschiedene Beteiligungsformen angeboten und Aktivierungstechniken eingesetzt. Dazu gehört der »Bürgertreff Konradstraße« als ständiger Anlauf- und Kommunikationspunkt für Bürgerinnen und Bürger im Gebiet inklusive Anwohnercafé. Hier ist der lokale Quartiermanager zu bestimmten Sprechzeiten erreichbar, finden regelmäßig Veranstaltungen wie Vorträge, Ausstellungen und Filmvorführungen statt, wird Beratung angeboten und ein kostenloser Internet-Zugang zur Verfügung gestellt.

Weitere wesentliche Aktivitäten des »Quartiersmanagements Volkmarsdorf« sind unter anderem:

- *Gespräche mit Schlüsselpersonen* zur Klärung von Vorstellungen zur Gebietsentwicklung und konkreten Projekten sowie zu Möglichkeiten der Zusammenarbeit (Vernetzung);



Bewohnerinnen und Bewohner
in einer Themenarbeitsgruppe
Bildquelle: Büro Kaufmann,
Leipzig

»Bürgertreff« in Volkmarsdorf
Bildquelle: doppelstipitze, Leipzig



■ *aktivierende Straßenbefragung* zur Identifikation von Problemen im Quartier und zur Sondierung der Mitwirkungsbereitschaft der lokalen Bevölkerung bei der Durchführung konkreter Projekte. Ein mitgeführtes Modell von Volkmarsdorf im Maßstab 1:500 erleichterte die Befragung (*»Planning for Real«*);

■ *Mitarbeit an Stadtteilstesten und »Akteursstammtische«* ergänzen die Aktivierungs-, Beteiligungs- und Vernetzungsarbeit.

Die Aktivierungsarbeit des »Quartiersmanagements Volkmarsdorf« wurde im Jahr 2001 durch einen Verfügungsfonds in Höhe von 30 000 DM unterstützt.

Die modellgebietsbezogene *Öffentlichkeitsarbeit* im Leipziger Osten umfasst ein breites Spektrum: Die Farbbroschüre »Soziale Stadt. Leipziger Osten: ›Jetzt geht's los!‹« wurde von der Stadt Leipzig als Tagungsdokumentation der Starterkonferenz zum Programm »Soziale Stadt« herausgegeben. Auf die Sitzungen des »Forums Leipziger Osten« wird – neben Einladungsschreiben – mit farbigen Flyern, Postkarten und Plakaten aufmerksam gemacht. Das »Interkulturelle Kontaktbüro« gibt in Zusammenarbeit mit dem Stadtteilmanagement sowie anderen Akteuren das »Stadtteilmagazin Leipziger Osten« heraus, in dem unter anderem über die Ergebnisse der Sitzungen des Forums berichtet wird; Adressen von Institutionen und Organisationen im Gebiet sowie ein Veranstaltungskalender weisen auf Beratungs-, Freizeit- und Kulturangebote hin. Das »Quartiersmanagement Volkmarsdorf« gibt einen »Rundbrief« heraus, der an alle Haushalte im Ortsteil verteilt wird, über Projektfortschritte informiert und auf Veranstaltungen im »Bürgertreff« hinweist. Seit Januar 2001 ist unter der Adresse www.volkmarsdorf.de eine ebenfalls vom »Quartiersmanagement Volkmarsdorf« entwickelte und betreute Internet-Seite freigeschaltet, die unter anderem über aktuelle Entwicklungen im Gebiet, Freizeitmöglichkeiten und den lokalen Wohnungsmarkt informiert. Eine weitere Inter-

netseite für das gesamte Modellgebiet ist im Aufbau: www.leipziger-osten.de. Explizit für die Öffentlichkeitsarbeit im und für den Leipziger Osten ist seit Anfang des Jahres 2002 ein Beauftragter der Stadt Leipzig zuständig.

7. Fazit: Integrierte Stadtteilerneuerung im Leipziger Osten – der Grundstein ist gelegt

Im Rahmen der Programmumsetzung »Soziale Stadt« wurde innerhalb kurzer Zeit eine vielfältige Projektlandschaft für den Leipziger Osten entwickelt, die alle wesentlichen Handlungsfelder einer integrierten Stadtteilentwicklung berücksichtigt. Dabei sind allerdings »zwei Geschwindigkeiten« festzustellen: Während von der Verwaltung bereits im Vorfeld der Programmumsetzung »Kernprojekte« entwickelt worden sind, beginnt die Projektentwicklung »von unten« erst allmählich. Nach Auffassung der Programmbegleitung-vor-Ort muss darauf geachtet werden, dass sich diese Ungleichheit nicht verfestigt, weil Zeit- und Output-Vorstellungen der Verwaltung – teilweise bedingt durch Förderrationalitäten – zum Maßstab werden. Letztlich sollte die Projektentwicklung zum Aufbau selbst tragender Strukturen im Modellgebiet beitragen.

Zudem muss aus Sicht der Programmbegleitung-vor-Ort das Integrierte Handlungskonzept für die Programmumsetzung »Soziale Stadt« gegenüber anderen, eher städtebaulichen Konzepten geschärft und gestärkt sowie vom Rat beschlossen werden, damit Projekte, Maßnahmen sowie Organisations- und Managementeinheiten die notwendige »Rückendeckung« durch Politik und Verwaltung erhalten.

Mit Beginn der Programmumsetzung hat die Stadt Leipzig eine Organisations- und Managementstruktur geschaffen, die alle relevanten Ebenen – Verwaltung, intermediären Bereich, Quartier – umfasst. Auf der Quartiersebene existiert bislang jedoch lediglich eine »echte« Quartiermanagement-Einheit in der »Kernzone«, während in den anderen Quartieren des vergleichsweise großen Modellgebiets bisher noch kein Quartiermanagement vor Ort eingerichtet worden ist. Sollten keine weiteren lokalen Quartiermanagements eingerichtet werden, drohen die Quartiersebene und das für das Programm »Soziale Stadt« zentrale Anliegen »Aktivierung der Quartiersbevölkerung« unterrepräsentiert zu bleiben – dies sowohl generell als auch im Vergleich zur Ausprägung der Quartiersmanagement-Organisation auf den Ebenen von Verwaltung und intermediärem Bereich (»Stadtteilmanagement«, Forum).

Eigeninitiative und Organisationsgrad der Quartiersbevölkerung im Leipziger Osten sind vergleichsweise gering. Daher sind vor allem durch das »Quartiersmanagement Volkmarisdorf« verschiedene, überwiegend projektorientierte Beteiligungsangebote eingerichtet sowie Aktivierungsinstrumente eingesetzt worden. Für eine stärkere Aktivierung der Quartiersbevölkerung ist es aus Sicht der Programmbegleitung-vor-Ort allerdings notwendig, die Bereiche projektunspezifischer und/oder aufsuchender Arbeit auszuweiten.

Ludwigshafen – Westend

Delia Schröder

Manfred Werth

1. Gebietscharakter

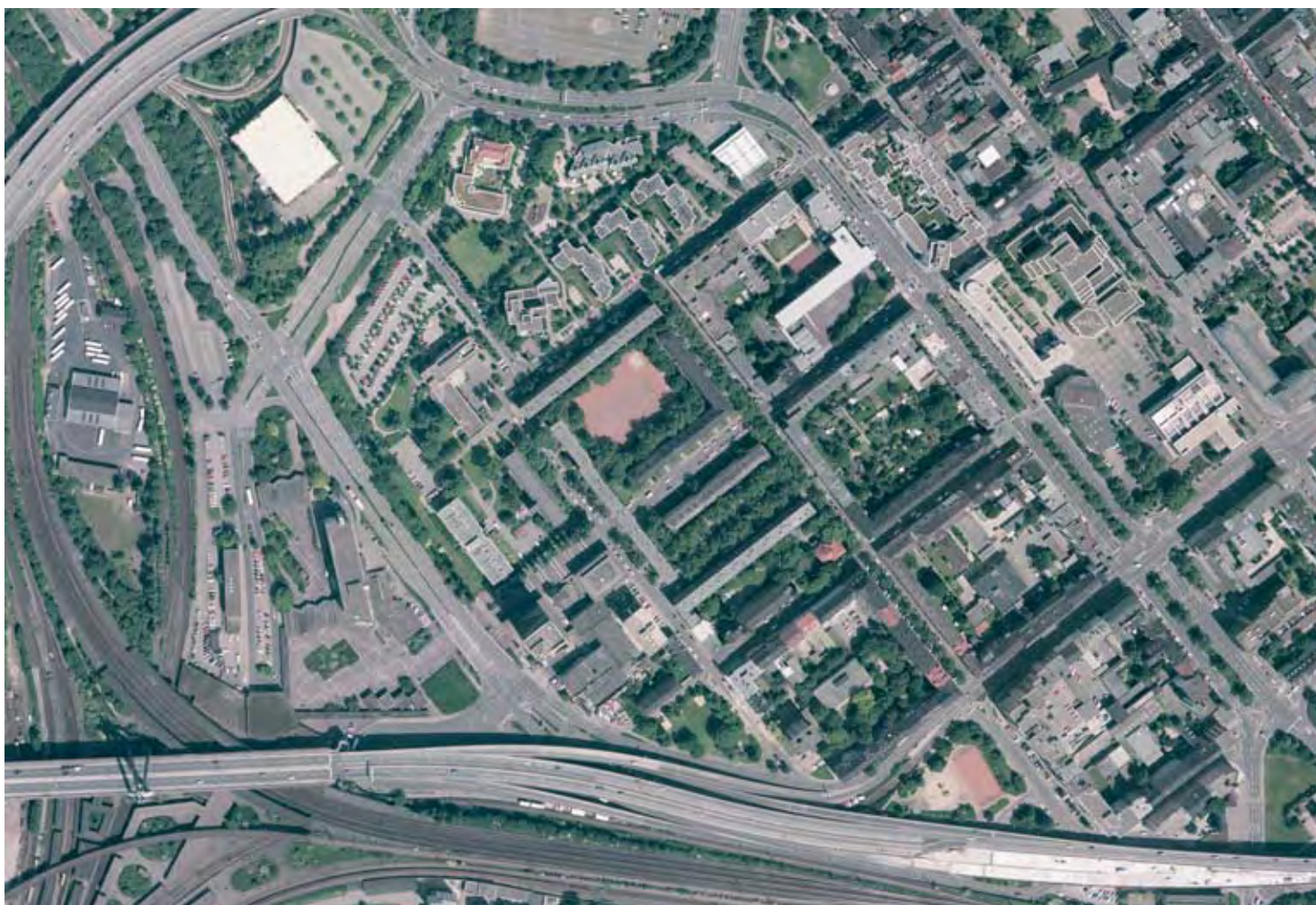
In Rheinland-Pfalz wurde als Modellgebiet für das Programm »Soziale Stadt« das Ludwigshafener Quartier Westend ausgewählt. In diesem rund 30 Hektar großen Gebiet in innerstädtischer Lage leben rund 4 000 Menschen. Das Westend hat eine multikulturelle Bevölkerung mit einem wachsenden Anteil von jungen Migrantinnen und Migranten. Vier von zehn Bewohnerinnen und Bewohnern sind nicht deutscher Herkunft; ihr Anteil ist in den Schulklassen noch höher. Wenngleich die Unter-18-Jährigen im Vergleich zur Gesamtstadt anteilig nur leicht überwiegen, geht der Trend seit einigen Jahren doch deutlich hin zu einer »Verjüngung« – insbesondere unter den Nicht-deutschen. Im Westend leben zunehmend mehr Kinder und Jugendliche. Ebenso sind Bevölkerungsgruppen hier besonders stark vertreten, deren Lebenssituation durch sozioökonomische Zwänge geprägt ist, wie z.B. Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, allein Erziehende, Arbeitslose. Kennzeichnend ist außerdem, dass die Fluktuation unter der Quartiersbewohnerschaft recht hoch ist.

Charakteristisch für das Westend ist die weitgehend aus den 30er-Jahren stammende, meist fünfgeschossige, stark verdichtete Blockrandbebauung in Klinkersteinen mit Ergänzungen aus den 50er-Jahren. Diese so genannte Westendsiedlung, die in einem orthogonalen Schachbrettmuster angelegt wurde, galt als klassisches Arbeiterwohngebiet und bildet den Ursprung des heutigen Quartiers. Die Abkehr von der Blockrandbebauung wurde in den 70er-Jahren im Norden vollzogen. Die Neubautätigkeit seit 1980 brachte rund 40 Prozent aller bestehenden Wohnungen – vornehmlich im südlichen Bereich des Quartiers – hervor, in dem bis zu zwölfgeschossige Wohnblocks und Studentenwohnheime entstanden sind.

Das Westend wird von Hauptverkehrsachsen umringt, die eine große Barrierewirkung haben und das Gebiet vom direkt sich anschließenden Zentrum Ludwigshafens und den übrigen benachbarten Stadtteilen abgrenzen. Der Hauptbahnhof und die Schienenführung bilden zusätzliche »Abriegelungen«.

Die Mehrzahl der Gebäude im Westend wird ausschließlich zu Wohnzwecken genutzt. Rund 830 der insgesamt 2 460 Wohnungen sind im Besitz der städtischen Wohnungsbaugesellschaft »GAG Aktiengesellschaft für Wohnungs-, Gewerbe- und Städtebau« und zum großen Teil Sozialwohnungen. In den Randbereichen des Quartiers findet man auch eine Mischnutzung von Wohnen und Kleingewerbe, eine rein gewerbliche Nutzung von Gebäuden stellt eher die Ausnahme dar. Kleinere Lebensmittelgeschäfte und Dienstleistungsbetriebe spielen für die Versorgungslage der Bevölkerung eine wichtige Rolle.

Die soziale Infrastruktur ist mit drei Kindertagesstätten, einem Hort, einer Grundschule, einem Seniorenwohnheim und mehreren städtischen Einrichtungen



Bildquelle: Stadtverwaltung
Ludwigshafen, Stadtvermessung

Bildquelle: Stadtverwaltung
Ludwigshafen, Stadtvermessung



Überdimensionierter Bahnhofsvorplatz und Hochstraße im Hintergrund: Wer will sich hier wiederfinden?

Bildquelle: Stadt Ludwigshafen

Kinder im Westend: Sie sind die Zukunft.

Bildquelle: Stadt Ludwigshafen



gen ausreichend ausgebaut. Zum Nachteil der Kinder im Quartier sind zwei der vier Spielplätze allerdings in schlechtem Zustand und ungünstiger Lage.

2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Am offensichtlichsten treten Probleme in den Bereichen Städtebau und Umwelt zutage. Im Westend sind dies Gestaltungsdefizite im Wohnumfeld und auf den wenigen Freiflächen sowie mangelnde Sauberkeit im öffentlichen Raum. Besonders zum Tragen kommen in diesem Zusammenhang der Bahnhofsvorplatz und die angrenzenden Flächen, die aufgrund überholter gesamtstädtischer Entwicklungsvorstellungen aus den 70er-Jahren überdimensioniert und städtebaulich ungeordnet sind. Außerdem war auf den Einwohnerversammlungen zur »Sozialen Stadt« immer wieder zu hören, dass viele Bewohnerinnen und Bewohner ein Unsicherheitsgefühl aufgrund von unübersichtlichen und dunklen »Ecken« im Westend empfinden.

Bei allen städtebaulichen Mängeln hat das Westend aber auch einen gewissen »Charme«. Die für die Region sehr untypischen roten Klinkerbauten, Straßengrün und Innenhöfe, die durch die Blockrandbebauung entstanden sind, führen zu einer durchaus angenehmen Atmosphäre und einer entwicklungsfähigen Gesamterscheinung. Hinzu kommt, dass das Quartier sich in einer günstigen Lage zwischen City und Bahnhof befindet und die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sehr gut ist.

Nachteilig auf die Lebensqualität wirken sich wiederum die teilweise nicht mehr zeitgemäßen Zuschnitte und Ausstattungen der Wohnungen aus. Hier zeigt sich ein hoher Sanierungs- und Modernisierungsbedarf, will man Defizite wie Klein- und Niedrigstandardwohnungen oder das Fehlen von Außenflächen beheben. Teilweise trifft der Modernisierungsbedarf auch auf die öffentlichen Einrichtungen zu, so etwa bei der Grundschule.

Probleme im Zusammenleben der Menschen sind in erster Linie auf die sozioökonomischen Belastungen der Bewohnerinnen und Bewohner zurückzu-

DEMOGRAPHISCHE UND SOZIALRÄUMLICHE MERKMALE

	Westend	Ludwigshafen
Größe	30,5 ha	7 700 ha
Einwohnerzahl (2000)	3 969	165 636
Bevölkerungsverlust (1995–2000)	5,6 %	3,3 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße ¹ (1999)	1,6 Pers.	2,0 Pers.
Anzahl der Wohnungen (2000)	2 460	82 210
Leerstand	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Anteil der Wohngeldempfänger (2000)	3,5 %	nicht verfügbar
Arbeitslosenquote (1999)	23,4 %	11,7 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (2000)	9,5 %	4,2 %
Anteil ausländische Bevölkerung (2000)	40,0 %	19,9 %
Anteil der bis 18-Jährigen (2000)	18,8 %	17,8 %
Anteil der 60-Jährigen und älter (2000)	18,0 %	24,0 %

führen. Diese Belastungen finden ihren Ausdruck in einer Arbeitslosenquote, die mit 24 Prozent fast doppelt so hoch ist wie in der Gesamtstadt, einem sehr hohen Anteil an Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern sowie vielen allein Erziehenden mit der »Doppelbelastung« durch Familie und Erwerbstätigkeit. Darüber hinaus bergen Unterschiede in der Alltagskultur der verschiedenen Nationalitäten Spannungspotenziale für das nachbarschaftliche Zusammenleben. Schließlich führt die relativ hohe Fluktuation der Bewohnerschaft dazu, dass sich ein stabiles Gemeinwesen nur schwer ausbilden kann. Für Zuziehende ist die Integration umso schwerer, weil es im Westend an öffentlichem Leben fehlt. Es gibt weder Vereine oder Initiativen noch tradierte Formen des Begegnens im öffentlichen Raum.

Trotzdem wird einem gerade bei einem Gang durch das Quartier deutlich, wo Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung und die Säulen der Zukunft liegen: Es sind die vielen Kinder, die hier zusammen leben und auf dem Schulhof oder in den Kitas zusammenkommen. Sie waren auch bei den bisherigen Aktionen im Rahmen der »Sozialen Stadt« die am meisten begeisterten und motiviertesten Akteure.

3. Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte

Bezug nehmend auf die wichtigsten Problembereiche und Entwicklungspotenziale im Westend wurden in einem ersten dem Stadtrat vorgelegten Handlungskonzept vier *allgemeine Entwicklungsziele* formuliert:

- Vor dem Hintergrund der Konzentration sozial und ökonomisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen im Quartier mit den daraus resultierenden Problemen im Zusammenleben werden eine »Stabilisierung der Bewohner/innen und deren soziale und wirtschaftliche Integration« angestrebt.
- Weitere übergeordnete Ziele sind die »Bewahrung des Quartiers vor weiterer sozialer Abwärtsbewegung und dessen Aufwertung«. Einander bedingen-

¹ Bei der Ermittlung der durchschnittlichen Haushaltsgröße fallen die 1-Personen-Haushalte der Studentenwohnheime stark ins Gewicht.

de und verstärkende Negativentwicklungen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, Armut, schlechten Wohnverhältnissen, Kriminalität usw. prägen nicht nur die Lebensqualität der Bewohnerschaft, sondern auch das Image des Quartiers. Das Programm »Soziale Stadt« soll dazu beitragen, sich selbst verstärkende negative Prozesse aufzuhalten und das Quartier bis auf durchschnittliches städtisches Niveau aufzuwerten.

- Die »Integration des Quartiers in den Stadtteil und das städtische Gesamtgefüge« stellt ein wichtiges Ziel dar, wenn man verhindern will, dass das Quartier zu einem ausgegrenzten und ausgrenzenden Sozialraum wird. Um der Gefahr der Gettoisierung entgegenzuwirken, wird eine konsequente räumliche und entwicklungspolitische Einbindung in den Stadtteil und die Gesamtstadt angestrebt.

- Das Ziel der »Entwicklung eines zukunftsfähigen Gebiets mit adäquater baulicher, infrastruktureller und sozialer Qualität« steht für die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen im Quartier Ludwigshafen-Westend. Damit sollen Defizite im Wohnungsbereich ebenso wie solche bei der infrastrukturellen Ausstattung des Quartiers angegangen werden. Man will bessere Rahmenbedingungen für ein lebendiges und kommunikatives soziales Zusammenleben schaffen und über so genannte weiche Standortfaktoren letztlich auch eine ökonomische Aufwertung in Gang setzen.

Die allgemeine Zielformulierung wurde im Zuge eines städtebaulichen Rahmenplans weiterentwickelt. Aus der städtebaulichen Analyse heraus wurden für vier Bereiche folgende städtebauliche Zielsetzungen formuliert:

- **Baustruktur:** Einbindung der Randbereiche des Quartiers in den städtischen Raum, Erhaltung der Strukturen im Kernbereich mit zusätzlicher Schaffung einer »Mitte« im Quartier;
- **Nutzung:** grundsätzliche Erhaltung der Nutzungsgliederung bei einer Verbesserung des Angebots an Wohnungen und der Standortvoraussetzungen für das örtliche Gewerbe;
- **Verkehr:** Nutzung der Potenziale der »Stadt der kurzen Wege« mit Verbesserung der Verkehrsbedingungen vor allem für Fußgänger, Radfahrer und den Öffentlichen Personennahverkehr;
- **Grün-/Freiflächen:** qualitative Aufwertung vorhandener Grün- und Freiflächen und deren Nutzbarmachung als öffentlicher Aufenthaltsraum bzw. Spielplatz.

Mit der Spezifizierung der städtebaulichen Ziele für das Quartier Westend und der Darstellung von 14 entsprechenden Handlungsfeldern und einer Reihe von Projektvorschlägen ist eine erste Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts erfolgt (vgl. Übersicht nächste Seite).

4. Schlüsselprojekte

Zu den ersten Aktionen im Rahmen der »Sozialen Stadt« im Westend gehörten Einwohnerversammlungen und die Einrichtung des Bürgerbüros. Damit wurden die Weichen gestellt für eine beteiligungsorientierte und bewohnergetragene Umsetzung des Programms. Für die verantwortlichen Akteurin-

Handlungsfelder (HF)	Ausgewählte Vorschläge für Maßnahmen und Projekte
HF Sozialstruktur	- Angebot barrierefreier Wohnungen
	- Angebot von Eigentumswohnungen
	- sozialverträgliche Modernisierung
HF Bau- und Nutzungsstruktur	- Ergänzung der Bebauung
	- Entwicklung des vorhandenen Gebäudebestands
HF Soziale Infrastruktur	- Neugestaltung Schulgelände
	- Verlagerung der Schulsportanlage
	- Freiflächengestaltung (Gelände Westendhaus, Psychologische Beratungsstelle, Kindertagesstätte)
	- Räume für Altentreff
HF Kultur	- Anbindung an das Kulturangebot der City
	- Installation von Kunstobjekten
HF Straßenräume	- Konzeption Straßenraumgestaltung
HF ruhender Verkehr	- Erhöhung der Anzahl privater Stellplätze
	- Parkraumbilanz
HF Öffentlicher Personennahverkehr	- Stadtbahngerechter Ausbau der Haltestelle Bgm.-Kutterer-Straße
	- Aufwertung der Straßenbahnhaltestelle Hauptbahnhof
	- Verlagerung der Abfahrtsstelle Regionalbusse
HF Radverkehr	- Verbesserung der Abstellmöglichkeiten für Fahrräder
HF Fußgängerverkehr	- Verbesserung der Fußwegeverbindung
HF öffentliche Freiflächen	- Erneuerung Spielplätze und Integration in das Umfeld
HF private Freiflächen	- Innenhofbegrünung
	- Kleinkinderspielplätze
HF Umweltschutz	- Gestalterische Einbindung der Wertstoffbehälter
	- Neuordnung der Müllentsorgung der GAG
	- Untersuchung der Altlastenverdachtsflächen und Altstandorte
HF Grundstücke	- Neuordnung der Grundstücksverhältnisse GAG/Stadt
HF Bau- und Planungsrecht	- bau- und planungsrechtliche Absicherung von Projekten/Aufstellung von Bebauungsplänen

nen und Akteure sind gerade die Stimmen der Bevölkerung wichtig, um nicht an den Menschen »vorbeizuplanen«. Neben vielen kleinen Einzelaktionen über das ganze Jahr hinweg gab und gibt es einige Projekte, die vor dem Hintergrund der speziellen Situation im Westend von besonderer Tragweite sind und die eine nachhaltige Wirkung erwarten lassen.

Da wäre z.B. die *Schulhofumgestaltung der Erich Kästner-Grundschule*. Dieser Baumaßnahme, durch die der Schulhof zu einer attraktiven Spielfläche geworden ist und die zu einer erheblichen Aufwertung der Spielflächenqualität im Westend insgesamt beigetragen hat, ging im Jahr 2000 eine *Kinderkonferenz* mit 400 »kleinen« Teilnehmerinnen und Teilnehmern voraus. Die Veranstalter führten zusammen mit den Kindern Workshops zu verschiedenen stadtteilbezogenen Themen durch, wie z.B. Gymnastik, Spiel und Tanz für Senioren und Kinder, Exkursionen mit Kindern durch das Westendviertel, eine Mal- und Zeichenaktion zur Quartiergestaltung. Im Mittelpunkt stand jedoch der Workshop zur Schulhofgestaltung, dessen Ergebnisse – wie auch die der anderen Workshops – bei der großen Konferenz in der Turnhal-

Quelle: isoplan



Balkonprogramm
Endlich Frischluft –
deutlicher Gewinn an
Lebensqualität
Bildquelle:
Stadt Ludwigshafen

Neue Schulhofgestaltung:
großer Pausenspaß
Bildquelle:
Stadt Ludwigshafen

le vorgestellt wurden. Die Kinder diskutierten ihre Vorschläge mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt. Heute kann ein Ergebnis der Konferenz be-
sichtigt werden: der neue Schulhof, der im Dezember 2001 eingeweiht wurde.
Zu sehen sind auch die ersten Modernisierungsmaßnahmen an den Ge-
bäuden der Wohnungsbaugesellschaft GAG, die für eine deutliche Anhe-
bung des Wohnstandards und eine Aufwertung des Gebiets sorgen. Neben
der Sanierung und Zusammenlegung von Wohnungen findet vor allem das
»Balkonprogramm« großen Zuspruch in der Bevölkerung. Mit dem Anbau von
modernen Balkonen in Stahl- oder Aluminiumkonstruktion an GAG-Gebäu-
den soll eine schnelle und spürbare Verbesserung der Wohnqualität erreicht
werden. Positiv hervorzuheben ist dabei auch die Tatsache, dass die GAG das
Prinzip der Beteiligung mitträgt und an die Auswahl der Balkone und der
Gebäudefronten Informations- und Abstimmungsprozesse mit den Bewohne-
rinnen und Bewohnern gekoppelt hatte.

Ein sehr wichtiger Akzent wurde außerdem mit dem *Straßenfest 2001* im
Westend gesetzt. Zum ersten Mal, solange sich die »Westendler« zurückerin-
nern können, gab es auf den Straßen ein buntes Treiben, an dem sich viele
Bewohnerinnen und Bewohner, Geschäftsleute und viele Einrichtungen aktiv
beteiligten. Neben zahlreichen Angeboten für Kinder und Jugendliche boten
einige Hobby-Folklore-Gruppen auf der Bühne ein multikulturelles Pro-
gramm. Das Fest hatte vor allem deshalb einen so hohen Stellenwert, weil es
viele Akteurinnen und Akteure bei der Planung und Organisation und viele
Bewohnerinnen und Bewohner beim Feiern zusammenbrachte und dem
recht unbeteiligten Nebeneinander im Westend etwas entgegengesetzt wurde,
das in dieser Form in den nächsten Jahren fortgeführt werden soll.

Auf die hohen Belastungen der Bevölkerung durch Arbeitslosigkeit reagier-
ten die Akteurinnen und Akteure der »Sozialen Stadt« mit *lokalen Beschäfti-*



gungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. So existiert eine Anlaufstelle »JOB XXL«, die das Freiwillige Soziale Trainingsjahr mit Jugendlichen aus und in dem Quartier durchführt, sowie eine Maßnahme für Langzeitarbeitslose. Neben dem Ziel, die betroffenen Personen (wieder) in den Arbeitsmarkt zu integrieren bzw. ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen, wird versucht, einen Bezug zum Quartier herzustellen. Immer wenn sich bei Projekten und Aktionen im Westend eine sinnvolle Gelegenheit bietet, werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer miteinbezogen. So sind sie mittlerweile schon als »nette Helfer« bei den Bewohnerinnen und Bewohnern bekannt.

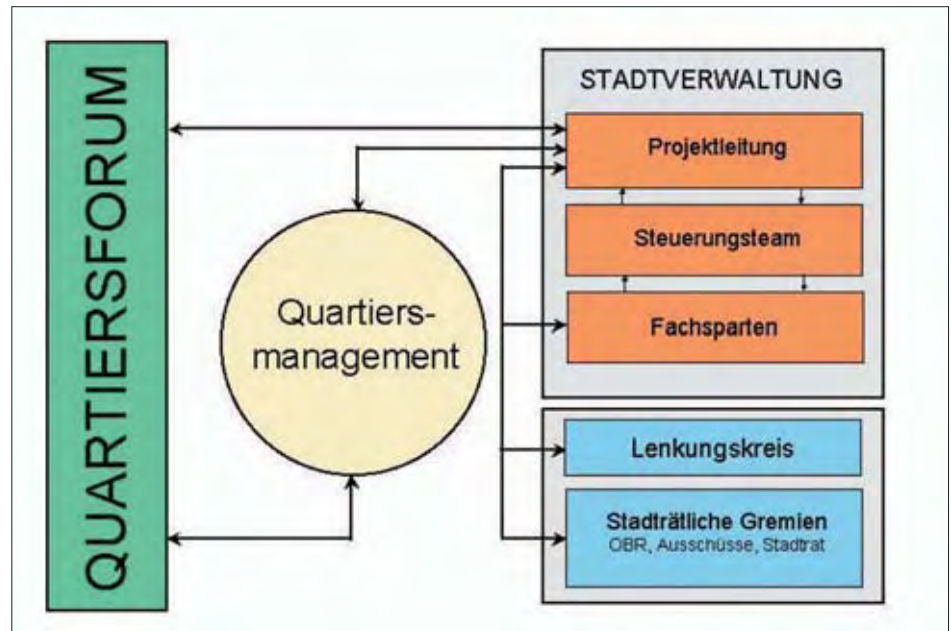
Die geplante *Neugestaltung der Bahnhofstraße*, der Verbindungachse zwischen Hauptbahnhof und Innenstadt, sieht die Begrünung, die Einrichtung von Aufenthalts- und Treffpunkten und eine optische Aufwertung vor.

5. Organisation und Management

Die koordinierende, ressortübergreifende Arbeitsweise bei der Umsetzung des Programms »Soziale Stadt« wird dadurch sichergestellt, dass verschiedene Bereiche der Verwaltung gemeinsam mit externen Partnern in einer übergreifenden Projektstruktur zusammengefasst werden. Um die Bürgermitwirkung weiter zu verbessern, sollen die bisher stattfindenden Einwohnerversammlungen und die projektbezogenen Planungs- und Informationsgespräche in Zukunft zu (themenbezogenen) Quartiersforen weiterentwickelt werden.

Das *Quartiersforum* wird als eine Arbeitsgruppe verstanden, der neben der Projektleitung, dem Quartiermanagement und dem Ortsvorsteher auch andere Institutionen sowie Akteurinnen und Akteure aus dem Gebiet angehören sollen. Interessierte Bürgerinnen und Bürger treten bei den Einwohnerversammlungen dem Forum bei. Das Quartiersforum sollte mehrmals im

Folklore auf dem Straßenfest
Bildquelle: Stadt Ludwigshafen



Jahr zusammenkommen, über mögliche und bereits geplante Maßnahmen im Quartier beraten und sich an der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen beteiligen.

Hat das Quartiersforum Projektideen entwickelt und ausgearbeitet, so sollen diese in den Lenkungskreis, dem die Fraktionsvertreterinnen und -vertreter aus dem Stadtrat und die Ortsvorsteher angehören, eingebracht werden. Der *Lenkungskreis* berät über die Projekte und gibt sie gegebenenfalls mit seiner Empfehlung weiter an die zuständigen Gremien der Stadtverwaltung, die gemeinsam mit dem Quartiermanagement für die Projektvorbereitung und -umsetzung zuständig sind.

Die für die Umsetzung des Programms »Soziale Stadt« zuständigen Stellen der *Stadtverwaltung* sind:

- die in der »Stabsstelle Dezernatsübergreifende Planungsaufgaben« angesiedelte Projektleitung; sie ist verantwortlich für die Antragstellung und die Verwaltung des Programms, bringt sich auch koordinierend in die Maßnahmenumsetzung ein und arbeitet eng mit dem Quartiermanagement zusammen;
- das Steuerungsteam, als fach- und spartenübergreifendes Kommunikationsgremium, das grundsätzliche Sachverhalte und Entwicklungsziele für das Soziale-Stadt-Gebiet diskutiert und die verwaltungsinterne Vorgehensweise vorbereitet;
- die verschiedenen Fachsparten der Stadtverwaltung, die von der Initiierung bis zur Umsetzung der Maßnahmen in den Prozess miteingebunden sind; sie sollen am Mitwirkungsprozess im Quartiersforum teilnehmen – bis hin zur eigenverantwortlichen Umsetzung der Projekte.

Dem Stadtrat obliegt die Entscheidung, ob Projekte tatsächlich realisiert werden, das heißt, die zuständigen Ausschüsse empfehlen die Umsetzung von

Einzelmaßnahmen. Der Hauptausschuss stimmt einmal im Jahr einem Maßnahmenkatalog für das laufende Programmjahr zu. Änderungswünsche werden an die zuständigen Fachsparten zur Modifizierung und Wiedervorlage weitergeleitet.

Das *Quartiermanagement* hat als Schnittstelle zwischen Programmverwaltung und Bevölkerung im Gebiet wichtige Aufgaben, wie Präsenz vor Ort zu zeigen, die Bürgerbeteiligung zu initiieren und zu koordinieren sowie Projekte vorzubereiten und durchzuführen. Andere Aufgabenbereiche sind die quartierbezogene Öffentlichkeitsarbeit sowie die Organisation und Moderation von Versammlungen bzw. des Quartiersforums. Die Quartiermanagerin nimmt außerdem an verwaltungsinternen Gremien teil.

6. Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

In dem Integrierten Handlungskonzept für das Programmgebiet Ludwigshafen-Westend sind die Bürgerbeteiligung und die Kooperation aller relevanten Akteurinnen und Akteure vor Ort als zentrale Grundsätze für die Planungs- und Umsetzungsphase verankert. Grundlegende und langfristige Veränderungen sind nur möglich, »wenn die Bürgerinnen und Bürger dies mittragen und bereit sind, sich zu engagieren. Dies bedeutet aber auch, dass sie umfassend informiert und in die Prozesse miteingebunden werden. Ebenso müssen alle gesellschaftlichen Kräfte vor Ort wie soziale Institutionen, Kirchen, Wohnungsbaugesellschaften etc. miteinbezogen und ihre Ressourcen genutzt werden«, heißt es in dem Konzept.

Bei der Umsetzung des Programms steht den Akteurinnen und Akteuren gemäß dieses formulierten Anspruchs eine Reihe verschiedener Aktivierungs- und Beteiligungsformen sowie öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zur Verfügung.

Aktivierungstechniken werden vor allem von der Quartiermanagerin eingesetzt, die über informelle Gespräche mit Bewohnerinnen und Bewohnern, Gewebetreibenden sowie sonstigen Akteurinnen und Akteuren versucht, »Mitstreiterinnen und Mitstreiter« für das Programm »Soziale Stadt« im Westend zu gewinnen. Eine sehr wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang auch so genannte Multiplikatoren, also z.B. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kindertagesstätten und Schulen, der Jugend- und Frauentreffs, Geistliche usw. Der ständige Kontakt und die Zusammenarbeit mit diesen Akteurinnen und Akteuren ermöglicht es, mehr über die Wünsche und Bedürfnisse in der Quartiersbewohnerschaft zu erfahren und umgekehrt die Ideen der »Sozialen Stadt« an sie heranzutragen. Punktuell wurden auch Quartier-Begehungen als Aktivierungstechnik eingesetzt, so unter anderem zum Thema »Sicherheit«.

Als *Beteiligungsformen* haben sich Stadtteilkonferenzen und Arbeitskreise bewährt. Diese kommen immer dann zum Einsatz, wenn zu einem bestimmten Thema ein Projekt entwickelt werden soll. Die Arbeitsgruppen, die gebildet wurden, um z.B. das Straßenfest oder Kunstprojekte auf den Weg zu bringen, setzten sich aus einer Reihe von Akteurinnen und Akteuren zusammen,



Bürgerbüro WestendTreff:

Hier ist jede/r willkommen.

Bildquelle: Stadt Ludwigshafen

Fahnenprojekt: Kinder
(be)malen ihre Welt.
Bildquelle: Stadt Ludwigshafen



die die Vorbereitung und Organisation verantwortlich übernahmen. Diese Methode hat sich in der Vergangenheit sehr bewährt. Nicht bewährt hatte sich mangels Interesse dagegen eine Zukunfts- bzw. Planungswerkstatt mit Jugendlichen zur Gestaltung von Freiflächen im Quartier. Als unmittelbar beteiligungsorientierte Aktivitäten sind beispielsweise die Kinderkonferenz oder auch die Aktion »Sauberes Westend« zu nennen.

Die Öffentlichkeitsarbeit zum Programm »Soziale Stadt« zählt zu den zentralen Aufgaben des Quartiermanagements. Sie übernimmt im Hinblick auf die Transparenz der Planung und Umsetzung wie auch zur Aktivierung der Bevölkerung eine wichtige Funktion. Die größte Rolle spielt die Zeitung »Im Westend zu Haus«. Sie wird seit August 2000 von der Stadt Ludwigshafen alle zwei Monate mit einer Auflage von 3 000 Exemplaren herausgegeben und an alle Haushalte im Westend verteilt. Die Bewohnerinnen und Bewohner können sich über den aktuellen Stand der Programmumsetzung, einzelne Aktionen und Veranstaltungen oder über die Geschichte ihres Quartiers informieren und auch selbst darüber berichten. Neben dieser dauerhaften Maßnahme zur Information der Bewohnerschaft im Westend finden auch kleinere, einmalige und dennoch sehr öffentlichkeitswirksame Aktionen statt. So umfasst der »Kunstweg« mehrere Einzelprojekte, die über den gesamten Zeitraum des Programms »Soziale Stadt« zur Belebung und Verschö-

nerung des öffentlichen Straßenraums beitragen sollen. Bei dem »Fahnenprojekt« bemalten Kinder aus dem Westend zusammen mit einem Künstler Stoffbahnen und zogen am 7.9.2001, einem Aktionstag von UNICEF, mit den Fahnen zum Rathaus. Danach wehten die buntbemalten Tücher – mit einer kleinen »Winterpause« – vor der städtischen Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern im Westend.

7. Fazit: Öffentlichkeit herstellen, Strukturen aufbauen – das Westend auf dem Weg zu einem (er)lebbar Quartier

Das Westend ist ein Quartier, das einen sehr eigenen Charakter hat – man darf gespannt sein, wie es sich in der Zukunft entwickeln wird. Die Potenziale liegen in der Quartiersgestalt und in der lebendigen Mischung der Bewohnerschaft. Mit dem Blick nach vorne können auch die vorhandenen Schwierigkeiten besser angepackt werden. Das Programm »Soziale Stadt« hat hier bereits wichtige Akzente gesetzt. Mit der Verbesserung der Wohnsituation durch Modernisierungsmaßnahmen trifft man den »Nerv« der Bevölkerung und knüpft an deren unmittelbare Bedürfnisse an. Außerdem haben die durchgeführten Projekte allesamt dazu beigetragen, dass das Gebiet für die Menschen »erlebbar« wird. Endlich hat man das Gefühl, dass »sich etwas bewegt«. Die Akteurinnen und Akteure der »Sozialen Stadt« fühlen sich aufgrund der Resonanz auf die bisher durchgeführten Projekte weitgehend bestätigt. In Zukunft sollen zusätzliche Themenbereiche belegt werden, wie z.B. »Kriminalitätsprävention« und »Lokale Ökonomie«. Was die Verwaltung und Organisation des Programms anbelangt, hat man mit der aktuellen Struktur bereits auf eine neue Situation reagiert, nämlich dass nunmehr drei weitere Gebiete in Ludwigshafen zu Programmgebieten der »Sozialen Stadt« erklärt wurden. In Zukunft wird es also auch darum gehen, im gesamtstädtischen Rahmen Projekte, Maßnahmen und Aktivitäten sinnvoll zu koordinieren und voneinander zu lernen.

Neunkirchen – Innenstadt

Sabine Herz
Andreas Jacob
Sonja Mazak
Martina Pauly

Im Sommer 2000 wurde mit dem Landesprogramm »Stadt-Vision-Saar – Integriertes Stadtentwicklungsprogramm für städtische Problemgebiete im Saarland« ein landesspezifisches Stadtentwicklungsprogramm zur Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« geschaffen. Das Landesprogramm bereitet den Weg für eine enge Verzahnung der »EU-Ziel-2-Förderung« für Gebiete mit Strukturproblemen und der Bundesförderung im Rahmen des Programms »Soziale Stadt«. Diese besonderen Rahmenbedingungen eröffnen für das saarländische Modellgebiet »Innenstadt Neunkirchen« einerseits große Chancen zur Bündelung von Fördermitteln, führen andererseits aber auch zu Mehraufwand bei der Bearbeitung.

1. Gebietscharakter

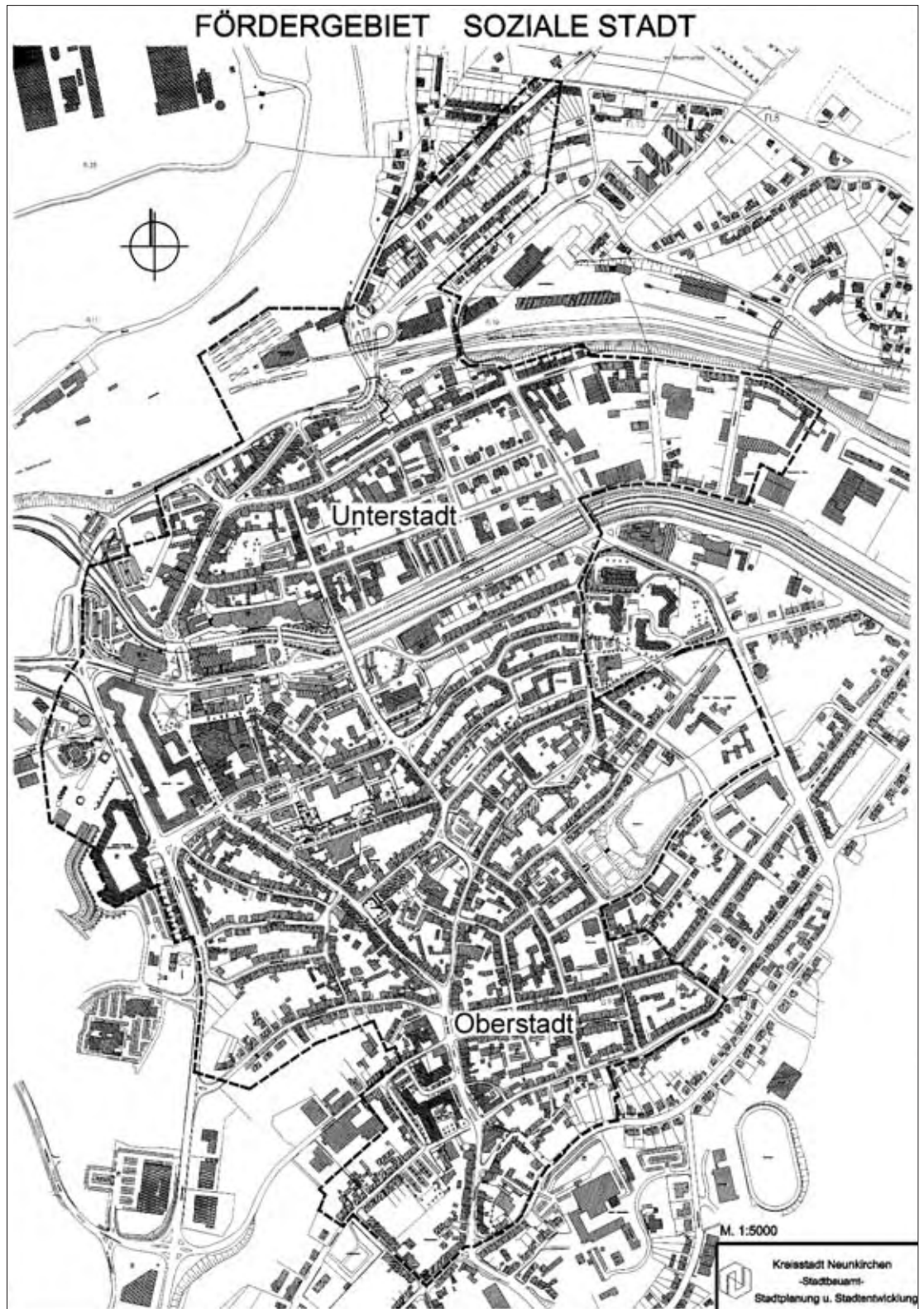
Das rund 107 Hektar große Modellgebiet umfasst nahezu den gesamten Innenstadtbereich Neunkirchens, das bis in die 70er-Jahre wirtschaftlich von der Stahlindustrie geprägt war. Der Siedlungskern – und somit auch das heutige Modellgebiet – schloss unmittelbar an die Werksanlagen der Eisenhütte an. Hierdurch entstand eine für Städte dieser Größenordnung einzigartige Gemengelage. Nur 100 Meter vom Stadtzentrum entfernt wurde in Hochöfen Eisen erschmolzen. So standen die städtebaulichen und sozialen Strukturen im Modellgebiet unter dem Einfluss der Hütte und der dort Beschäftigten. Die weltweite Krise in der Montanindustrie zwischen 1978 und 1982 führte in Neunkirchen zu einem radikalen Kapazitätsabbau, mit dessen Folgen die Stadt noch heute zu kämpfen hat.

Nach weitgehendem Abriss der Werksanlagen war eine begrenzte Stadtkernerweiterung möglich. Zwischen 1984 und 1989 wurden die Innenstadt umgebaut und erste städtebauliche Maßnahmen im jetzigen Modellgebiet durchgeführt. So entstand z.B. das heutige Geschäftszentrum mit einem innerstädtischen Einkaufszentrum (»Saarpark-Center«) im östlichen Teil des Modellgebiets auf frei werdenden Industrieflächen des historischen Hüttenareals. Das Gebiet um die City dient hauptsächlich der Wohnnutzung. Darüber hinaus befinden sich hier einige öffentliche Einrichtungen wie Rathaus, Bahnhof, Finanzamt und eine kleinere Industriebrache am Westrand. Neben Arbeitervierteln mit traditioneller Blockstruktur, verdichteter Bauweise und mehrgeschossigem Mietwohnungsbau liegen im Modellgebiet auch ehemals gehobene Wohnviertel mit teils unter Denkmalschutz stehenden Jugendstilvillen. Der überwiegende Teil der Bausubstanz entstand um die Jahrhundertwende.

Im Modellgebiet bestehen Höhenunterschiede von bis zu 70 Metern. Das starke Gefälle mit einer Hangneigung von zum Teil 20 Prozent trennt das



Das Modellgebiet (Darstellung auf der Grundlage von digitalen Luftbilddaten;
mit Erlaubnis des Landesamtes für Kataster-, Vermessungs- und Kartenwesen, Lizenz-Nr. D-95/01 vom 13.12.2001)



Modellgebiet »Innenstadt Neunkirchen«

Bildquelle: Kreisstadt Neunkirchen

Modellgebiet in Ober- und Unterstadt und wirkt als Barriere, über die hinweg soziale Kontakte nur eingeschränkt gepflegt werden.

Die demographischen und sozialräumlichen Merkmale deuten die Problemlage des Modellgebiets bereits an: Die Bevölkerungsstruktur ist – wie sich besonders im Vergleich mit der Gesamtstadt zeigt – durch eine hohe Konzentration von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Arbeitslosen, Sozialhilfe-, Wohngeldempfängerinnen und -empfängern, ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gekennzeichnet. Insgesamt stellt sich die Situation im Modellgebiet allerdings heterogen dar, das heißt, sozial intakte Gebiete wechseln auf engem Raum mit solchen, die bereits erhebliche Defizite aufweisen. Die sozialen Brennpunkte liegen insbesondere in der Unterstadt sowie im Gebiet um den Oberen Markt/Oberstadt. Hier erreichen z.B. die Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger Anteilswerte von 30 Prozent, in einigen Straßenzügen sogar bis zu 45 Prozent.

Aufgrund großer sozialer und städtebaulicher Probleme hat das Modellgebiet ein negatives Image entwickelt. Die niedrige Wohndauer ist ein deutliches Anzeichen für eine geringe Bindung der Bewohnerinnen und Bewohner an ihren Stadtteil.

2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Zentrale Problemfelder des Modellgebiets liegen sowohl im städtebaulichen als auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich.

Große Teile des Wohnungsbestands sind durch stark überalterte Bausubstanz, geringen Ausstattungsstandard und städtebauliche Missstände wie Mängel im unmittelbaren Wohnumfeld geprägt. Dazu zählen z.B. ungeordnete, unattraktive Innenhöfe, Gemengelagen von emittierendem Gewerbe und Wohnen, das Fehlen von Freiflächen sowie eine geringe Aufenthaltsqualität. Aufgrund eines sehr niedrigen Mietpreisniveaus und damit verbundenen geringen Mieteinnahmen besteht ein eingegrenzter finanzieller Spielraum für neue Investitionen zur Renovierung von Gebäuden. Dies führt im Ergebnis in weiten Teilen des Modellgebiets zu einem erheblichen Modernisierungstau. So entsteht ein Teufelskreis aus niedrigen Mieten, »sozial schwachen« Mietern, dem Fehlen von Mieteinnahmen und einem Mangel an Sanierungsfähigkeit.

Aufgrund der Wechselwirkung zwischen Bevölkerungszusammensetzung und städtebaulichen Problemen ergeben sich besonders in den Brennpunkten Unterstadt und Oberer Markt zunehmend soziale Probleme. Häufig zieht man in das Quartier, weil es die wirtschaftliche Situation erfordert, und man zieht wieder weg, wenn sich diese verbessert. Dies spiegelt sich auch in einer geringen Bindung an das Quartier und einer kurzen Wohndauer wider. 1997 lebte über ein Drittel der Bevölkerung seit weniger als drei Jahren in der Innenstadt, im Bereich der Unterstadt sind dies sogar über 50 Prozent. Als besonders schwierig gestaltet sich in diesem Zusammenhang auch die Ausländerintegration, da die Wohndauer bei dieser Bevölkerungsgruppe in der Regel besonders kurz ist. Die sozialen Brennpunkte tragen auch im Bewusstsein der Bewohnerschaft zu einer verminderten Attraktivität des Modellgebiets bei.



Städtebauliche Misstände im sozialen Brennpunkt Unterstadt
Bildquelle: FIRU mbH,
Kaiserslautern



Ladenleerstand in der ehemaligen Haupteinkaufsstraße
Bildquelle: FIRU mbH,
Kaiserslautern

Besondere Defizite kennzeichnen auch das nachbarschaftliche Zusammenleben. Unterentwickelte soziale Bindungen führen dazu, dass häufig kaum Kontakte mit Nachbarn gepflegt werden. Das geringe Interesse der Quartiersbevölkerung am gesellschaftlichen und politischen Geschehen zeigt sich unter anderem an der mit unter 30 Prozent sehr geringen Wahlbeteiligung. Insbesondere für Jugendliche fehlen quartierbezogene Kommunikationseinrichtungen, die als Treffpunkte und zur Freizeitgestaltung dienen können. Ein besonderes, in enger Verbindung mit der historischen Vergangenheit Neunkirchens stehendes Problemfeld stellt der Funktionsverlust der ehemaligen Haupteinkaufsstraße dar: Zahlreiche Ladenlokale stehen dort leer.

Darüber hinaus ist das Modellgebiet durch eine hohe Arbeitslosenquote, eine geringe Arbeitsplatzdichte sowie ein niedriges Ausbildungs- und Qualifizierungsniveau der Bewohnerinnen und Bewohner gekennzeichnet. Insgesamt löst die Kumulation von Problemen eine »sich selbst verstärkende Spirale der Abwärtsentwicklung« aus.

Trotz der festgestellten Problempunkte sind im Modellgebiet Stärken festzustellen, die Anknüpfungspunkte für die Entwicklung im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« darstellen. Ein wichtiges *Entwicklungspotenzial* ist die im Modellgebiet gelegene City mit Fußgängerzone, die bereits durch Sanierungsmaßnahmen aufgewertet wurde. Mit dem »Saarpark-Center« existiert zudem ein Einkaufszentrum, das sich positiv auf das Stadtimage auswirkt und einen Einzugsbereich weit über die Stadt Neunkirchen hinaus hat. Bereits Anfang der 90er-Jahre wurde eine Imagekampagne gestartet. Die vorhandenen Geschäfte ermöglichen für die im Modellgebiet gelegenen Wohngebiete eine vergleichsweise gute Nahversorgung, dazu kommt die Nähe zu öffentlichen Einrichtungen wie z.B. Rathaus und Schulen.

DEMOGRAPHISCHE UND SOZIALRÄUMLICHE MERKMALE

	Innenstadt	Neunkirchen
Größe	107 ha	7 503 ha
Einwohnerzahl (2000)	10 531	52 854
Bevölkerungsverlust (1995–2000)	nicht verfügbar	0,35 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (2000)	1,8 Pers.	1,8 Pers.
Anzahl der Wohnungen (2000)	6 070	25 294
Leerstand	nicht verfügbar	nicht verfügbar
Anteil der Wohngeldempfänger (2000)	8,3 %	2,5 %
Arbeitslosenquote (2000)	23,0 %	16,9 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (1999)	24,0 %	8,0 %
Anteil ausländische Bevölkerung (2000)	23,0 %	9,3 %
Anteil der bis 18-Jährigen (2000)	21,1 %	17,9 %
Anteil der 60-Jährigen und älter (2000)	19,7 %	25,5 %

Die vorhandene zum Teil historische Bausubstanz und die im Rahmen einer Bürgerbefragung grundsätzlich festgestellte Bereitschaft zur Wohnungsmodernisierung ermöglichen die Aufwertung des Modellgebiets und die Schaffung von Standorten für hochwertiges Wohnen.

Durch das Zusammenleben vieler ethnischer und sozialer Gruppen entsteht im Modellgebiet eine kulturelle Vielfalt. Da zwar Integrationsprobleme, jedoch keine offenkundige Fremdenfeindlichkeit festzustellen ist, erhält das Modellgebiet dadurch einen multikulturellen Charakter. Besondere Bedeutung für die zukünftige Entwicklung haben auch die zahlreichen im Modellgebiet bereits aktiven Organisationen, die eine hohe Bereitschaft zur Mitwirkung signalisieren und eine breite Palette an Projekten, Angeboten und Aktivitäten aufweisen. Ein weiterer wichtiger Anknüpfungspunkt ergibt sich durch das im Rahmen einer Bürgerbefragung festgestellte hohe Aktivierungspotenzial in der Bewohnerschaft.

3. Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte

Im Landesprogramm »Stadt-Vision-Saar« wird die Erstellung von Integrierten Handlungskonzepten in den Soziale-Stadt-Gebieten als Fördervoraussetzung formuliert. Die Stadt Neunkirchen hat ein solches Konzept für das Modellgebiet erarbeitet. Es wurde zwar nicht förmlich beschlossen, bildet jedoch die Grundlage für die Durchführung des Programms »Soziale Stadt«.

Im *Integrierten Handlungskonzept* werden im Rahmen einer Analyse zunächst die Ausgangslage und die Charakteristik des Fördergebiets im städtebaulichen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereich beschrieben. Die hierauf aufbauende Entwicklungsstrategie ist darauf ausgerichtet, das Modellgebiet durch gezielte Fördermaßnahmen in diesen Bereichen nachhaltig zu stabilisieren.

Multikulturelles Zusammenleben
in Neunkirchen

Bildquelle: Stadtteilbüro,
Neunkirchen



Der Rahmen für die zukunftsfähige Entwicklung des Modellgebiets wird durch verschiedene *Ziele* definiert. Die Wiederherstellung einer ausgewogenen Sozialstruktur wird durch die Entwicklung sozial durchmischter Quartiere und die Entschärfung der sozialen Brennpunkte angestrebt. Als bedeutender Aspekt wird in diesem Zusammenhang die Wechselwirkung zwischen Qualität des Wohnungsangebots und der Sozialstruktur der Bevölkerung gesehen. Ziel ist es deshalb, eine deutliche qualitative Verbesserung des Wohnungsbestands und des Wohnumfelds zu erreichen. Hierzu gehören neben Wohnungsmodernisierung und energetischer Nachbesserung auch die Entflechtung vorhandener Gemengelagen, die Stadtbildpflege und die Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum.

Durch den Aufbau sozio-kultureller Netzwerke sollen vor allem jene informellen Hilfsnetze gestärkt werden, die insbesondere sozial benachteiligte Gruppen unterstützen und den teilweise spürbaren Abschottungstendenzen (z.B. bei Migrantinnen und Migranten) entgegenwirken. Ziel ist es zunächst, die zahlreichen Aktivitäten und Angebote sozialer Organisationen aufeinander abzustimmen. Im Angebot noch punktuell vorhandene Engpässe und Lücken sollen durch die Initiierung entsprechender Hilfsdienste oder -angebote behoben werden. Eng damit verbunden ist der Ausbau der öffentlichen und sozialen Infrastruktur, z.B. durch die Bereitstellung neuer Gemeinschaftseinrichtungen (Kommunikation, Freizeit usw.) und eine personelle Betreuung.

Ein weiteres wesentliches Ziel ist die Verbesserung des Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebots. Dazu sollen die Quartiere als Standorte für Einzelhandel, Dienstleistung und Kleingewerbe wieder attraktiv gemacht und die lokale Wirtschaft gestärkt werden. Hierzu gehört auch eine aktive Arbeits-



Angebote sozialer Organisationen zum Malen und Basteln für Kinder
Bildquelle: Stadtteilbüro, Neunkirchen

marktpolitik besonders für Jugendliche, allein Erziehende und Langzeitarbeitslose. Darüber hinaus werden vor allem quartierbezogene Qualifizierungsmaßnahmen vorgesehen, die zudem in engem Zusammenhang mit ökologischen und stadtgestalterischen Schwerpunkten stehen.

Des Weiteren setzt das Konzept auf die Aktivierung der Quartiersbevölkerung, indem die im Quartier vorhandenen Potenziale genutzt und die Bewohnerinnen und Bewohner dabei unterstützt werden, durch Hilfe zur Selbsthilfe wieder ein funktionsfähiges Stadtleben aufzubauen.

Zum Erreichen der Ziele sind Maßnahmen und Projekte in den vier *Handlungsfeldern* »Städtebau und Ökologie«, »Gemeinwesenarbeit«, »Lokale Wirtschaft und Beschäftigung« sowie »Stadtteilmanagement und Beteiligung« vorgesehen. Im Rahmen der im Saarland geforderten jährlichen Fortschreibung des Handlungskonzepts sollen diese Projekte vor allem unter Berücksichtigung von Ideen und Vorschlägen der örtlichen Akteure ergänzt und konkretisiert werden. Darüber hinaus wird im Handlungskonzept die vorgesehene Organisationsstruktur beschrieben, es enthält außerdem eine Projekt- und Finanzierungsübersicht.

Da die Neunkircher Innenstadt bislang nicht Gegenstand breit angelegter Förder- oder Forschungsprogramme war, mussten die notwendigen Organisationsstrukturen erst geschaffen und die ressort- bzw. akteursübergreifende Zusammenarbeit eingeübt werden. Die Umsetzung des Integrierten Handlungskonzepts ist aus diesem Grund in Neunkirchen vergleichsweise langsam angelaufen. Erste – vor allem bauliche – Projekte wurden bereits in den Jahren 2000 und 2001 umgesetzt, viele Projekte befinden sich jedoch erst in der Planungsphase.



Neu gebautes multifunktionales Spiel- und Sportfeld in der Unterstadt
Bildquelle: FIRU mbH, Kaiserslautern

Gemeinsam mit der Stadtverwaltung versuchen die Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Vereine, Verbände und Einrichtungen eine Lösung für das Stadtteilzentrum an der Bachschule zu finden.
Bildquelle: FIRU mbH, Kaiserslautern



4. Schlüsselprojekte

Im Rahmen der bisherigen Laufzeit des Programms »Soziale Stadt« in Neunkirchen wurden einzelne Projekte, die aus der Problemanalyse entwickelt wurden und sich in die Programmstrategie einpassen, umgesetzt. Für das Erreichen der Programmziele war insbesondere die Schaffung eines *multifunktionalen Spiel- und Sportfeldes für Jugendliche* im Bereich des sozialen Brennpunktes Unterstadt von großer Bedeutung, da vor allem hier ein Mangel an Kommunikations- und Freizeiteinrichtungen festgestellt wurde. Nach dessen baulicher Fertigstellung wurden durch den Werkhof Wiebelskirchen über einen Zeitraum von sechs Wochen an insgesamt 14 Terminen Spiel- und Sportanimationen für Jugendliche angeboten. Den Höhepunkt bildete ein Fußballspiel zwischen Stadtverwaltung und Jugendlichen. »Das Abschlussspiel gegen die Mannschaft der Stadtverwaltung kam bei den Jungs sehr gut an! Etliche von ihnen zweifelten nämlich im Vorfeld daran, ›dass da einer kommt...‹, die meisten fanden es aber ›cool‹ und ›krass‹. Hinterher waren alle begeistert – dass sie verloren hatten, spielte absolut keine Rolle«, heißt es im »Erfahrungsbericht Multifunktionales Sportfeld Bachschule« des Werkhofs Wiebelskirchen (Neunkirchen 2001).

Über diese Aktivitäten hinaus wurde das Spielfeld zu fast allen Tageszeiten beobachtet, um im Sinne einer Evaluierung Aussagen über Frequentierung, Alter und Geschlecht der Besucherinnen und Besucher, Art der Nutzung (Fußball, Basketball usw.), Sozial- und Gruppenverhalten der Jugendlichen sowie Akzeptanz des Spielfeldes zu gewinnen. Im Ergebnis kann das Sportfeld als eine Bereicherung des Stadtteils bewertet werden. Das Angebot von »betreutem Sport« hat sich in wenigen Tagen herumgesprochen, das Spielfeld als Treffpunkt für Jugendliche etabliert. In der kurzen Zeit der Betreuung stabilisierte sich das Gruppenverhalten der Jugendlichen, die Notwendigkeit

der Rücksichtnahme auf Kleinere, Ungeübtere oder Schwächere wurde erkannt. Es hat sich jedoch auch herausgestellt, dass gezielte Angebote für Mädchen notwendig sind, da diese bislang häufig nur als Zuschauerinnen agieren.

Mit diesem Projekt wurde ein wichtiger Akzent zur Entschärfung des sozialen Brennpunkts in der Unterstadt gesetzt. Er kann durch die Fortführung der Betreuung sogar auf Dauer verstärkt werden, da sich eventuell anbahnende Konflikte oder Veränderungen der Besucherstrukturen so frühzeitig erkannt werden können. Ergebnisse der Beobachtung können dazu genutzt werden, weitere bedarfsgerechte Projekte im Modellgebiet zu konzipieren.

Besondere Bedeutung erlangt auch das noch in Planung befindliche Projekt der Schaffung von attraktiven Räumlichkeiten für Versammlungen und Kommunikation in der Unterstadt. Verschiedene Einrichtungen, Vereine und Verbände bemühen sich gemeinsam mit der Stadtverwaltung, gegen die Probleme der Integration und gegen die mangelnde Kommunikation in der Unterstadt anzukämpfen. Im Sinne eines *Stadtteilzentrums* sollen verschiedene Freizeit- und Kommunikationsangebote gebündelt werden; unter Umständen soll hier auch das Stadtteilbüro für die Unterstadt angesiedelt werden. All dies soll in einem engen räumlichen Zusammenhang zur Bachschule, einer Grundschule im Mittelpunkt der Unterstadt, entstehen. Die Bachschule bemüht sich schon seit Jahren darum, außerschulische Aktivitäten zu installieren, die der Kommunikation unter den Kindern und der Verringerung von Gewalt und Problemen dienen und bietet gute Voraussetzungen, als Anlaufstelle und Treffpunkt zu fungieren. Das Konzept wird unter intensiver Beteiligung der zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer erarbeitet. In Gesprächsrunden mit der »Interessengemeinschaft Bachschule« wurden bereits Möglichkeiten zum Ausbau des Gebäudes diskutiert. Anfang 2002 fand ein Planungsworkshop statt, um die konkreten Nutzungsansprüche der verschiedenen Gruppierungen zu eruieren und aufeinander abzustimmen. Unter Einbeziehung der Ergebnisse dieses Workshops steht als nächster Schritt die Erstellung eines architektonischen Feinkonzepts an. Im Sinne eines Schlüsselprojekts wird durch die gemeinsame Planung und die Bündelung verschiedener Angebote im Zentrum der Unterstadt in direkter Anbindung an die Schule eine deutliche integrierende Wirkung erwartet.

Ein weiteres Schlüsselprojekt stellt die so genannte *sozialraumorientierte budgetierte Jugendhilfe* dar. Seit Anfang 2000 arbeiten in einem Trägerverbund sechs karitative Träger im Bereich der Jugendhilfe mit dem Jugendamt des Landkreises zusammen. Der Trägerverbund nimmt die Aufgaben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) wahr und ist dem Kreis als Träger der Jugendhilfe verpflichtet. Ziel ist es, ein gemeinsames Jugendhilfeprogramm zu entwickeln, das sich am Lebens- und Sozialraum der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien orientiert. Durch diese Neuorganisation der Jugendhilfe können die Angebote der Träger gebündelt und auf den Einzelfall zugeschnitten zur Verfügung gestellt werden. Der Landkreis stellt für diese Arbeit ein bestimmtes Budget zur Verfügung. Wird dieses nicht vollständig ausge-

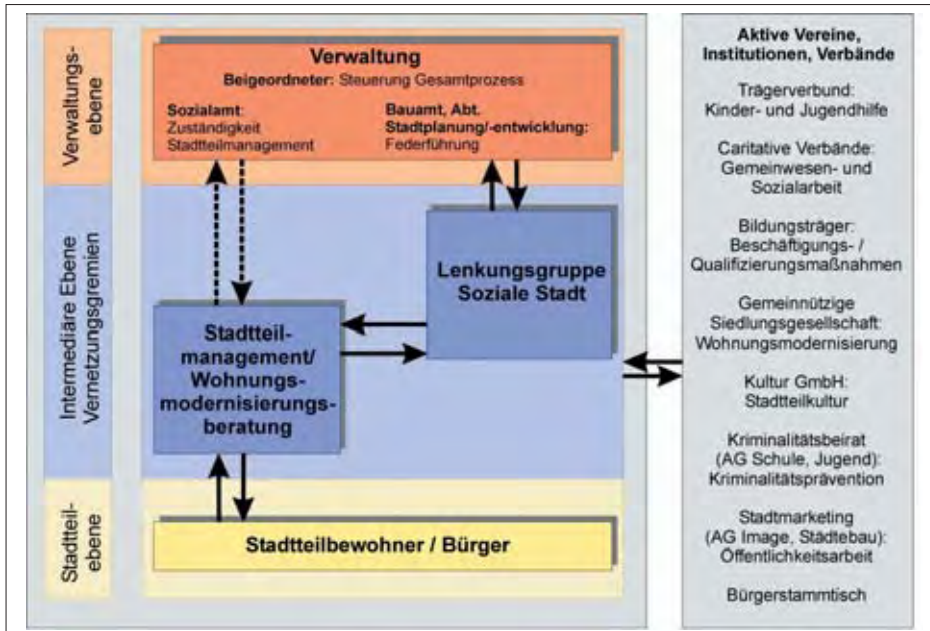
schöpft, kann der Trägerverbund das Geld für andere Projekte im Bereich der Jugendhilfe verwenden. Aus solchen Geldern wird derzeit ein Sozialraumteam finanziert, das seinen Wirkungsbereich im Modellgebiet hat und vor Ort als schnelle »Eingreiftruppe« auf Probleme im Bereich Kinder und Jugendliche reagieren kann. Vier teilzeitbeschäftigte Fachkräfte sollen als »Kontaktsozialarbeiterinnen« im Alltag vor Ort unmittelbar auf Hilfebedarfe reagieren. Der Dialog mit den Eltern, die Organisation von Hausaufgabenhilfe, Tipps zur Selbsthilfe und die stärkere Einbindung von Ehrenamtlichen kann durch dieses Team noch schneller in die Tat umgesetzt werden.

5. Organisation und Management

Steuerung, Projektleitung sowie Verantwortung für strategische Planung und Bündelung der Fördermittel liegen bei der *Stadtverwaltung*. Hier wird auch das Integrierte Handlungskonzept erstellt. Die Steuerung des Gesamtprozesses erfolgt durch den Beigeordneten der Stadt Neunkirchen. Innerhalb der Verwaltung liegt die Federführung beim Bauamt, Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung, die fachliche Zuständigkeit für das Stadtteilbüro liegt beim Sozialamt. Weitere Fachämter werden je nach Bedarf eingebunden. Die Akteure auf Verwaltungsebene sind die Entscheidungsträger und haben die Rolle der Gesamtverantwortlichen für den komplexen Umsetzungsprozess des Programms.

Leitgedanke ist es jedoch, die im Gebiet vorhandenen Ressourcen zu nutzen und die Arbeit auf möglichst viele Schultern zu verteilen. Aus diesem Grund werden im Modellgebiet bereits tätige Institutionen, Verbände und Vereine mit einbezogen. Als Vernetzungsgremium auf der *intermediären Ebene* wurde die »Lenkungsgruppe Soziale Stadt« vorgesehen. Sie setzt sich ämter- und dezentatsübergreifend zusammen, insbesondere nehmen die genannten Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung teil. Im Sinne der Vernetzung gehören ihr als externe Mitglieder das Stadtteilmanagement, die Geschäftsführung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Organisationen, darunter des Trägerverbundes und des Bürgerstammtisches, an. Der Teilnehmerkreis ist entsprechend der zu diskutierenden Problemlage flexibel. So werden fallweise auch Mitglieder der Polizei, des Kriminalitätsbeirats usw. einbezogen. Die Lenkungsgruppe tagt in regelmäßigen Abständen und soll eine akteurs- und themenübergreifende Abstimmung zwischen der Verwaltungs- und Stadtebene gewährleisten. Wesentliche Aufgaben sind die Gesamtkoordination und Abstimmung der geplanten Projekte und Aktionen.

Als weiteres wichtiges Vernetzungsgremium des Programms »Soziale Stadt« wurde das Stadtteilmanagement konzipiert. Ziel ist es, mithilfe des Stadtteilmanagements die Wohn- und Lebensbedingungen in den sozialen Brennpunkten zu verbessern, die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Quartier zu stärken sowie bürgerschaftliches Engagement und Eigeninitiative zu fördern. Das Stadtteilmanagement ist ein zentrales Vorhaben im Bereich Gemeinwesenarbeit. Zu seiner Umsetzung kooperiert die Stadt



Das Stadtteilbüro, wichtigste Anlaufstelle in der Unterstadt
Bildquelle: FIRU mbH, Kaiserslautern

Organisationsstrukturen im Modellgebiet »Innenstadt Neunkirchen«
Grafik: FIRU mbH, Kaiserslautern

Neunkirchen mit einem sozialen Träger aus dem Gebiet. Dieser ist auch Träger des Stadtteilbüros in der Unterstadt. Aufgrund der Größe und Heterogenität des Modellgebiets ist ein zweites Stadtteilbüro für den Bereich Oberstadt vorgesehen. Der Stadtteilmanager nimmt an den Lenkungsgruppensitzungen teil und steht über Arbeitssitzungen in regelmäßigem Kontakt zur Verwaltung. Das Stadtteilmanagement steht für eine innovative Quartiersentwicklung, die sich an den Grundsätzen der Bewohneraktivierung und an der Vernetzung lokaler Akteure orientiert.

Weitere formelle, aber themenbezogene Vernetzungsstrukturen bestehen durch verschiedene mit der Stadt geschlossene Kooperationsverträge. So ergänzt z.B. eine Beratung im Bereich Wohnungsmodernisierung durch die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft die Funktion des Stadtteilmanagements.

6. Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Der Schwerpunkt der Aktivierung und Beteiligung von Quartiersbevölkerung und Stadtteilakteuren lag in Neunkirchen bis zum Start des ersten Stadtteilbüros im Mai 2001 im Bereich der Programmplanung. Im Rahmen der Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzepts fanden verschiedene Vorbereitungsseminare und Gesprächsrunden mit lokalen Akteuren sowie eine aktivierende Befragung der Quartiersbevölkerung statt. Die Veranstaltungen wurden ausführlich dokumentiert.

Mit dem Start des Stadtteilbüros wurden die Akzente neu gesetzt. Der Schwerpunkt liegt zunächst im Bereich der *Öffentlichkeitsarbeit* und Bekanntmachung der Arbeit des Stadtteilbüros (z.B. durch Flyer, Berichte in Lokalblättern, persönliche Ansprache) sowie im Bereich der Aktivierung der Quartiersbevölkerung durch Gespräche, das Angebot von Beratungen sowie durch die Organisation verschiedener Veranstaltungen (z.B. Bürgerstamm-

Kinderspiele im Rahmen des
Stadtteilfestes der Unterstadt
Bildquelle: Stadtteilbüro,
Neunkirchen



tisch). Eine intensive Beteiligung der Bewohnerschaft erfolgt erst bei der Umsetzung von konkreten Projekten und ist z.B. bei der Planung des Stadtteilzentrums für die Unterstadt in Form von Diskussionsrunden und Planungswerkstätten vorgesehen.

Gemessen an der vergleichsweise kurzen Wirkungszeit im Modellgebiet hat das Stadtteilbüro, das mit einer Vollzeitstelle besetzt ist, schon beachtlich zur *Aktivierung* der Bevölkerung beigetragen – dies obwohl kein Stadtteilbudget oder Verfügungsfonds für kurzfristige und spontane Aktionen zur Verfügung steht. Die Effektivität der Arbeit wird sich erst nach einer längeren Wirkungszeit fundiert beurteilen lassen. Um nachhaltige Erfolge im vergleichsweise großen und heterogenen Modellgebiet zu erreichen, soll möglichst zeitnah ein zweites Stadtteilbüro mit einer weiteren Vollzeitstelle in der Oberstadt eröffnet werden. Eine besondere Herausforderung stellt für die Zukunft die enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Lenkungsgruppe und Stadtteilbüro dar.

7. Fazit: Das Programm gewinnt an Fahrt

Im Gegensatz zu zahlreichen anderen »Soziale-Stadt-Gebieten« war das Modellgebiet Neunkirchen-Innenstadt bislang noch nicht Gegenstand breit angelegter Förder- oder Forschungsprogramme. Es konnte daher nicht auf vorhandene, erprobte Strukturen zurückgegriffen werden. Inzwischen stellt sich – trotz verschiedener noch zu lösender Probleme in Einzelbereichen – eine entsprechende Routine und Praxis im Umgang mit den neuen Instrumenten und Arbeitsweisen ein.

Als nächster Schritt der Umsetzung des Programms ist eine Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts vorgesehen – in enger Rückkoppelung mit den Ansprüchen und Wünschen der Bevölkerung aus dem Modellgebiet. Darüber hinaus stehen die Planung und Umsetzung von Projekten an, bei

denen die Quartiersbevölkerung stärker als bisher einbezogen wird. Besonders hohen Stellenwert hat auch der Start des zweiten Stadtteilbüros im Bereich der Oberstadt.

Chancen für die weitere Entwicklung liegen in der noch stärkeren Einbeziehung der vorhandenen Potenziale im Modellgebiet. Dazu können die Aktivitäten und Initiativen der Gruppen und Gruppierungen noch intensiver als bisher einbezogen und aufeinander abgestimmt werden. Dabei übernehmen die Stadtteilbüros eine wichtige Funktion.

Um den Zielen und Ansprüchen des Programms »Soziale Stadt« gerecht zu werden, wird – wie sich zeigt – der Arbeits-, Abstimmungs- und verwaltungstechnische Aufwand (z.B. bezogen auf die Mittelbündelung) für die beteiligten Akteure vor Ort immer höher. Restriktionen können sich zukünftig dadurch ergeben, dass dieser Aufwand für die zentralen Akteure auf Dauer eine hohe Belastung darstellt und ihre Kapazitäten eventuell sogar übersteigt. Für die weitere Arbeit des Stadtteilbüros könnte sich als Hemmnis erweisen, dass in Neunkirchen bislang kein Verfügungsfonds bereitsteht und so die Handlungsmöglichkeiten auf Dauer eingeengt sind.

Nürnberg – Galgenhof-Steinbühl

Cathy Cramer

Wolf-Christian Strauss

Der Freistaat Bayern hat für die effektive Umsetzung des Programms »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« positive Rahmenbedingungen geschaffen. So wurde im Jahr 2000 unter Federführung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Ministerium des Innern eine Interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, um dem integrativen Grundprinzip des Programms gerecht zu werden. Auch auf der Ebene der Regierungen der Regierungsbezirke wurden und werden ressortübergreifende Arbeitsgruppen etabliert, so im Sommer 2001 bei der Regierung von Mittelfranken. Zur Unterstützung der Kommunen und Akteure wurde eine Arbeitshilfe zum Programm »Soziale Stadt« veröffentlicht (Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern [Hrsg.], Soziale Stadt – Wege zu einer intakten Nachbarschaft, München 2000). Eine Broschüre über die einsetzbaren Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für die Programmgebiete der »Sozialen Stadt« wird folgen. Für den Mitteleinsatz gelten in Bayern jedoch weiterhin die Städtebauförderungsrichtlinien (StBauFR). Diesen gemäß ist die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebiets Voraussetzung für die Aufnahme in das Programm. Der Freistaat Bayern empfiehlt seinen »Soziale Stadt«-Gemeinden die Einrichtung eines Verfügungsfonds für kleinere soziale und bauliche Maßnahmen aus den Mitteln des Programms.

Das Selbstverständnis der Stadt Nürnberg hinsichtlich der Stadterneuerung fußt auf Grundsätzen, die die Stadt bereits 1985 zu Beginn des Projekts »Ökologische Stadterneuerung Gostenhof-Ost« durch Stadtratsbeschluss beschlossen hat. Mit einer »ganzheitlichen Betrachtung aller Lebenszusammenhänge im Stadtteil« und der Erweiterung der »traditionellen« Handlungsfelder um die Bereiche Bildung, Kultur und Freizeit, Haushalt und Verbraucherverhalten, soziale Beziehungen usw., dem Bemühen um Vorsorge und nicht nur Nachsorge, der Stärkung immaterieller Werte (wie Identifikation mit dem Stadtteil), dem Ausprobieren neuer Formen der Beteiligung und Mitwirkung, neuen Formen verwaltungsinterner Zusammenarbeit sowie neuen Kooperationsformen mit externen fachlichen Partnern und Akteuren des Stadtteils wurden bereits damals Wege beschritten, die heute zum anerkannten Leitbild der »Sozialen Stadt« gehören.

Im Jahr 1994 wurden für Galgenhof/Steinbühl Vorbereitende Untersuchungen nach dem Baugesetzbuch durchgeführt. Seit 1996 ist der Stadtteil als Sanierungsgebiet förmlich festgelegt. 1998 folgte die Veröffentlichung des städtebaulichen Rahmenplans sowie des Programmplans und 1999 die Aufnahme in das Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt«. Galgenhof/Steinbühl ist Teil des Nürnberger EU-Ziel-2-Fördergebiets; dieses umfasst die Südstadt mit 60 000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie einen Verbindungskorridor zum EU-Ziel-2-Fördergebiet der Stadt Fürth, der von 9 000 Menschen bewohnt wird.



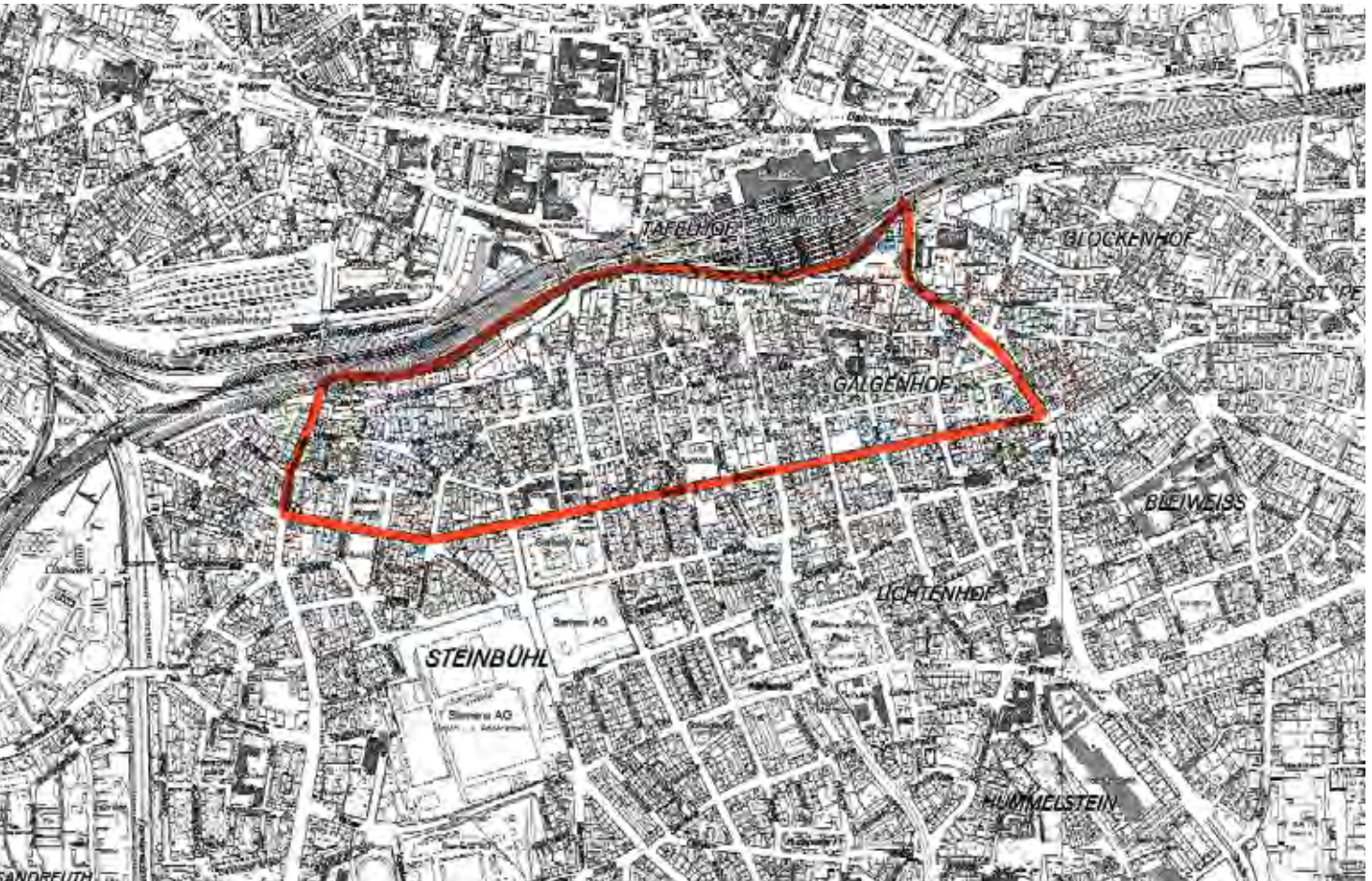
Das Modellgebiet

Galgenhof/Steinbühl

Bildquelle:

Bischof + Broel KG, Nürnberg

Luftbild-Nr. 2001-902-CR-B-43



Grenzen des Modellgebiets

Galgenhof/Steinbühl

Bildquelle: Stadt Nürnberg

1. Gebietscharakter

Das rund 61 Hektar große Modellgebiet Galgenhof/Steinbühl liegt südlich der Nürnberger Altstadt und ist Teil der Südstadt. Es wird durch die Bahnanlagen des Hauptbahnhofs im Norden, die stark frequentierten Straßenzügen der Gibitzenhofstraße im Westen, die Allersberger Straße im Osten und die Landgraben-/Wölckernstraße im Süden begrenzt. Die Bebauungsstruktur des Arbeiterwohnquartiers ist geprägt durch eine weitgehend geschlossene Blockrandbebauung, die zu mehr als zwei Dritteln aus der Nachkriegszeit stammt, und eingestreute gewerbliche Nutzungen. Mit einer Bevölkerungsdichte von 182 Einwohnern je Hektar gehört Galgenhof/Steinbühl zu den am dichtesten besiedelten Gebieten Nürnbergs.

Aufgrund des günstigen Baulands ließen sich Ende des 19. Jahrhunderts in der Südstadt große Industriebetriebe (Elektrizitätswerke, Siemens-Schuckert-Werke und andere) nieder, die das Gebiet zu Nürnbergs wichtigstem Industrie- und Gewerbestandort machten. Die Bedeutung des Standorts führte im Zweiten Weltkrieg zu umfangreichen Zerstörungen durch Luftangriffe. In Galgenhof/Steinbühl wurden mehr als zwei Drittel der Wohnbebauung zerstört und im Rahmen des Wiederaufbaus der 50er- und 60er-Jahre neu errichtet.

Für – 1984 aufgegebenen – Verkehrsplanungen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden große Flächen entlang der Gleisanlagen freigehalten. Sie liegen heute brach oder werden temporär genutzt. Die Bahnanlagen am nördlichen Rand des Gebietes bilden durch ihre enorme Breite (Hauptbahnhof sowie zusätzliche Gleisanlagen) eine starke räumliche Barriere, durch die das Gebiet von der Innenstadt isoliert wird.

2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Unter den *zentralen Problemfeldern* im Stadtteil rangiert der in den vergangenen Jahren eingetretene massive Arbeitsplatzabbau im produzierenden Sektor verbunden mit einer Reihe von Werksschließungen ganz vorne. Auch im Handel ist die Zahl der Arbeitsplätze im Vergleich zur Gesamtstadt stärker zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit liegt mit rund 10,3 Prozent deutlich höher als in der Gesamtstadt (rund 7,1 Prozent). Migrantinnen und Migranten stellen mit 48,5 Prozent fast die Hälfte aller Arbeitslosen (zum Vergleich: nur 33 Prozent in der Gesamtstadt). Der Anteil der Frauen an der Arbeitslosenquote beträgt rund 40 Prozent. Langzeitarbeitslos (mehr als ein Jahr) sind rund 29 Prozent. Darüber hinaus ist die Zahl an gering bezahlten und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen besonders hoch: Rund 20 Prozent der im Rahmen einer Sozialuntersuchung der Universität Erlangen-Nürnberg Befragten machten entsprechende Angaben, darunter vor allem die der Gruppe der 14- bis 25-Jährigen sowie Befragte nicht deutscher Herkunft; auf türkische Migrantinnen und Migranten trifft dies allerdings weniger stark zu. Im Verhältnis zur Gesamtstadt ist auch das Niveau der Bildungsabschlüsse deutlich niedriger, und es ist ein hoher Anteil an nicht oder schlecht ausgebildeten ausländischen Jugendlichen zu verzeichnen.



Blockrandbebauung,
kaum straßenbegleitendes
Grün sowie eine hohe
Verkehrsbelastung
Bildquelle: Wolf-Christian
Strauss, Berlin

Mit dem Aufseßplatz verfügt das Modellgebiet zwar über ein eigenes Einkaufs- und Versorgungszentrum mit überörtlicher Bedeutung. Das in Galgenhof/Steinbühl im Vergleich zur Gesamtstadt um etwa 20 Prozent niedrigere durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen schlägt sich jedoch auch hier zunehmend nieder: Ladenlokale werden vermehrt von Discountketten angemietet oder stehen leer.

Zu den zentralen Hemmnissen für die Modernisierung des Wohnungsbestands, für Hofbegrünungen und Umgestaltungen im Rahmen einer integrativen Stadtteilentwicklung gehören die sehr heterogene Eigentumsstruktur und der Umstand, dass ein Großteil der Hauseigentümer nicht im Gebiet wohnt. Viele Wohnungen im Gebäudebestand der Nachkriegszeit sind klein und entsprechen kaum heutigen Anforderungen. Der Sanierungs- und Modernisierungsbedarf ist groß. Die schlichte Fassadengestaltung und das Fehlen von Grün im Straßenraum führen in weiten Teilen des Quartiers zu einem monotonen Stadtbild.

Die Umweltqualität im Gebiet ist durch hohes Verkehrsaufkommen, Lärmbelastung, Schadstoffemissionen (Autoabgase, Hausbrand), veraltete Heizungsanlagen, unzureichende Wärmedämmung stark beeinträchtigt. Die sehr hohe Bebauungsdichte mit Wohngebäuden, Garagen, Stellflächen und anderen Innenhofnutzungen bedingt einen hohen Versiegelungsgrad. Der Mangel an Grün- und Freiflächen sowie an Möglichkeiten zur Blockdurch-

DEMOGRAPHISCHE UND SOZIALRÄUMLICHE MERKMALE

	Galgenhof/Steinbühl	Nürnberg
Größe	61 ha	18 640 ha
Einwohnerzahl (1999)	11 138	486 628
Bevölkerungsverlust in % (1995–2000)	2,7 %	0,9 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,7 Pers. (2000)	2,0 Pers. (1997)
Anzahl der Wohnungen (1999)	6 534	254 012
Leerstand	nicht relevant	nicht relevant
Anteil der Wohngeldempfänger (1999)	nicht verfügbar	34 623
Arbeitslosenquote (2000)	10,3 %	7,1 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (2000)	9,0 %	5,3 %
Anteil ausländische Bevölkerung (1999)	33,5 %	18,1 %
Anteil der bis 15-Jährigen (1999)	11,7 %	12,7 %
Anteil der 65-Jährigen und älter (1999)	14,0 %	17,7 %

lüftung beeinflusst das Mikroklima und die Luftqualität im Stadtteil zusätzlich negativ.

Der Gesundheitszustand von Kindern ist in Galgenhof/Steinbühl – wie im Rahmen von Schuleingangsuntersuchungen gezeigt werden konnte – deutlich schlechter als in der Gesamtstadt, z.B. im Hinblick auf Übergewichtigkeit, Haltungsschäden, Schäden im Gebiss, Atemwegserkrankungen (Asthma, Bronchitis) sowie Allergien (Neurodermitis).

Obwohl es in Galgenhof/Steinbühl und der weiteren Umgebung rund 100 soziale und kulturelle Einrichtungen gibt, ist die Versorgung des Stadtteils in einigen Infrastrukturfeldern defizitär: Zum Beispiel sind Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren räumlich konzentriert und somit für viele ältere Menschen im Gebiet nur begrenzt erreichbar.

Den Problemen stehen zahlreiche *Entwicklungspotenziale* gegenüber, die zur Verbesserung und Stabilisierung der Lebensverhältnisse in Galgenhof/Steinbühl genutzt werden können. Eines dieser Potenziale ist die zentrale innenstadtnahe Lage. Hinzu kommt die sehr gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln aus allen Teilen der Stadt. Die Blockinnenbereiche bieten große Flächen zur Entsiegelung, Teilentkernung und Gestaltung. Temporäre Nutzungen sind auf Brachflächen realisierbar.

Die Interessengemeinschaften der Einzelhändler im Gebiet entwickeln Ideen für eine Erweiterung des Südstadtfestes und die Durchführung eines »Einkaufsfestes«. Die Nutzungsveränderung von Gewerbestandorten in der Südstadt eröffnet Potenziale für die gewerbliche Innenentwicklung, Um- und Nachnutzung, Ansiedlung kleiner Gewerbebetriebe und gastronomischer Einrichtungen sowie die Etablierung einer freien (Kultur-)Szene.

Ein großes Potenzial stellen die Mitwirkungsbereitschaft der Bevölkerung von Galgenhof/Steinbühl und die zahlreichen engagierten Einrichtungen, In-

Große Flächenpotenziale bestehen durch Entsiegelung der Blockinnenbereiche.
Bildquelle: Wolf-Christian Strauss, Berlin



stitutionen und Organisationen dar. Bei Jugendlichen ist vor allem projektbezogenes Engagement groß. Laut der aktuellen Befragung von Bewohnerschaft und Einrichtungen sind auch die Migrantinnen und Migranten bereit, mitzuarbeiten und sich zu engagieren.

Darüber hinaus besteht die Chance, Bewohnerinnen und Bewohner an den Stadtteil zu binden, die Fluktuation zu reduzieren und die Identifikation mit dem Stadtteil zu erhöhen; es lässt sich nämlich eine recht hohe Zufriedenheit mit der Wohnsituation im Modellgebiet feststellen. Besonders Senioren und Jugendliche fühlen sich mit dem Stadtteil verbunden und leben gerne dort.

3. Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte

Erste Entwicklungsziele für die seit 1996 begonnene Stadterneuerung wurden in den Vorbereitenden Untersuchungen festgelegt. Sie bezogen sich vorwiegend auf (städte-)bauliche Handlungsfelder und wurden in das 1996 bis 1998 überarbeitete Entwicklungskonzept »Südstadt« übernommen. 1997/98 wurde dann der Programm- und Rahmenplan mit ergänzenden Handlungsfeldern erarbeitet.

Nach Umsetzung verschiedener Maßnahmen in Galgenhof/Steinbühl und der Überleitung in das Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« wurden im Winter 2000/2001 die Ergebnisse der Vorbereitenden Untersuchungen aktualisiert und durch eine aktivierende Befragung von Bewohnerschaft und Initiativen ergänzt (unter anderem Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, Mietentwicklung, Ansprüche an und Wünsche für die zukunftsfähige Entwicklung des Gebiets).

Die Handlungsfelder und Ziele der Stadterneuerung wurden überarbeitet und um zusätzliche Handlungsfelder, unter anderem »Integration« und »Imageverbesserung«, sowie Entwicklungsziele erweitert. Ein Integriertes

H A N D L U N G S F E L D E R U N D H A N D L U N G S Z I E L E

Handlungsfelder	Handlungsziele »Soziale Stadt«
Lokale Arbeit/Qualifizierung	■ Verbesserung der Chancen für Jugendliche und Arbeitslose
	■ Wohnortnahe Ausbildungs- und Arbeitsplätze
Einzelhandel und Gewerbe	■ Stärkung des Einzelhandels
	■ Sicherung der kleinteiligen Gewerbestruktur
	■ Lösen von Konflikten mit Wohnnutzung
Gesundheit	■ Präventive Maßnahmen
	■ Verbesserung des Gesundheitswissens
	■ Förderung von Gesundheitsprojekten
Kultur und Freizeit	■ Reduktion gesundheitlicher Belastungsfaktoren (gewerblicher Emissionen)
	■ Förderung des Zusammenlebens der unterschiedlichen Kulturen
	■ Entwicklung von Angeboten für unterschiedliche Zielgruppen
	■ Erweiterung der Kulturangebote (stadtteilbezogene Veranstaltungen)
Integration	■ Verbesserung der Angebote für Freizeit, Sport und Spiel
	■ Unterstützung und Integration von ausländischen Familien
Familien	■ Beratung von ausländischen Familien in schwierigen Lebenssituationen
	■ Unterstützung und Beratung von Familien und Alleinerziehenden
Senioren	■ Hilfen für Familien in schwierigen Lebenssituationen
	■ Verbesserung der Kontaktmöglichkeiten
Kinder und Jugend	■ Verbesserung der Versorgung
	■ Allgemeine Förderung von Kindern und Jugendlichen
	■ Schulförderung
	■ Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen
Wohnen und Wohnumfeld	■ Minderung des Defizits an Kindertagesstätten
	■ Fassadengestaltung und -begrünung
	■ Bestandssicherung und sozialverträgliche Mieten
	■ Erhalt preiswerten Wohnraums
	■ Umstellung alter Heizungssysteme
	■ Begrünung von Höfen
Grün- und Freiflächen	■ Blockrandschließung, bauliche Arrondierungen
	■ Bebauung mindergenutzter Grundstücke
	■ Minderung des Grün- und Spielflächendefizits
	■ Bessere Gestaltung bestehender Anlagen
	■ Vernetzung bestehender Anlagen
Verkehr	■ Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf Straßen und Plätzen
	■ Neuordnung und Begrünung von Blockinnenbereichen
	■ Neuanlage von Sportflächen
	■ Erweiterung der Parkplätze/Quartiersgaragen
	■ Verbesserung und Ergänzung der Fuß- und Radwegeverbindungen
Verkehr	■ Sicherung der Schulwege
	■ Ordnung des ruhenden Verkehrs
	■ Aufwertung des Straßenraumes durch Begrünung und Platzgestaltung

Handlungsfelder	Handlungsziele »Soziale Stadt«
Imageverbesserung	<ul style="list-style-type: none"> ■ Stärkung der Identität mit dem Wohngebiet ■ Aufwertung des Stadtteils
Bürgerbeteiligung, Kommunikation und Stadtteilarbeit	<ul style="list-style-type: none"> ■ Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen und Vernetzung der Akteure ■ Motivation der Bewohner ■ Stärkung der Selbstorganisation und Selbsthilfe



Die umgestalteten Spielhöfe werden gut angenommen (Schule Hummelsteiner Weg).
Bildquelle: Wolf-Christian Strauss, Berlin

Handlungskonzept liegt derzeit noch nicht vor. Seine Erarbeitung ist eine der Aufgaben der Stadt und des im Herbst 2001 etablierten Quartiermanagements.

Die gebietsspezifischen Ziele wurden für die Umsetzung des Programms »Soziale Stadt« um folgende Leitziele ergänzt:

- Das Gebiet soll ganzheitlich betrachtet werden;
- auf Nachhaltigkeit ist zu achten;
- neue Handlungsfelder und neue Akteure sollen mobilisiert werden;
- Öffentlichkeitsarbeit und Bürgermitwirkung sind zu verstärken;
- es soll auch auf externe Kompetenz und Kooperation gesetzt werden;
- Handlungsbedarf wird gesehen hinsichtlich Verwaltungsorganisation, Bündelung der Ressourcen und Management im Quartier.

4. Schlüsselprojekte

Folgende Projekte und Maßnahmen werden aufgrund ihrer Bedeutung für die positive Entwicklung des Zusammenlebens im Stadtteil gleichberechtigt als Schlüsselprojekte der integrierten Stadtteilentwicklung in Galgenhof/Steinbühl angesehen:

Das Konzept für das Projekt »Grün-Offensive-Südstadt« sieht vor, entlang einer Nord-Süd-Achse und einer Ost-West-Achse Grün- und Freiflächen zusammenhängend zu gestalten und zu erweitern. Integriert in das Konzept sind öffentliche Plätze und Parks, Spielplätze und Spielhöfe von Schulen sowie die Begrünung von Straßenzügen. Es wird eng mit der Arbeitsgruppe »Grüne Bänder« kooperiert. Bei allen Um- und Neugestaltungen ist die Beteiligung von Nutzerinnen und Nutzern vorgesehen.

Von 1996 bis 2000 wurde die Umgestaltung eines brachliegenden Areals nahe des Hauptbahnhofs zu dem 11 900 Quadratmeter großen *Südstadtpark* realisiert. Integriert sind unter anderem ein Spielplatz und ein Brunnen am Karl-Bröger-Platz, für den ein künstlerischer Wettbewerb durchgeführt wurde.

Zur Verringerung des Spielplatzdefizits in Galgenhof/Steinbühl wurden in den Jahren 1997 und 1998 die Schulhöfe der Schule Hummelsteiner Weg und der Wiesenschule unter Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Lehrkräften und Eltern zu »Spielhöfen« umgestaltet. Die Widmung als »Spielhof« ermöglicht die Nutzung der Spielflächen auch außerhalb des Schulbetriebs. **Aufgrund** seines Stellenwerts für die Südstadt soll der Aufseßplatz neu gestaltet werden. Dazu wurde im Herbst 2001 ein *Wettbewerb* durchgeführt. In der



Einweihung des Spielplatzes
im Südstadtpark
Bildquelle: Barbara Schatz,
Amt für Wohnen und
Stadterneuerung/Stadt Nürnberg



Projekt CAMP
Bildquellen:
Barbara Schatz, Amt für
Wohnen und Stadterneuerung/
Stadt Nürnberg
Heike Wolff, Jugendamt
Stadt Nürnberg



Jury des Wettbewerbs war der Stadtteil durch zwei Mitglieder des »Meinungsträgerkreises« Galgenhof/Steinbühl vertreten. Realisiert werden soll der prämierte Entwurf ab 2002.

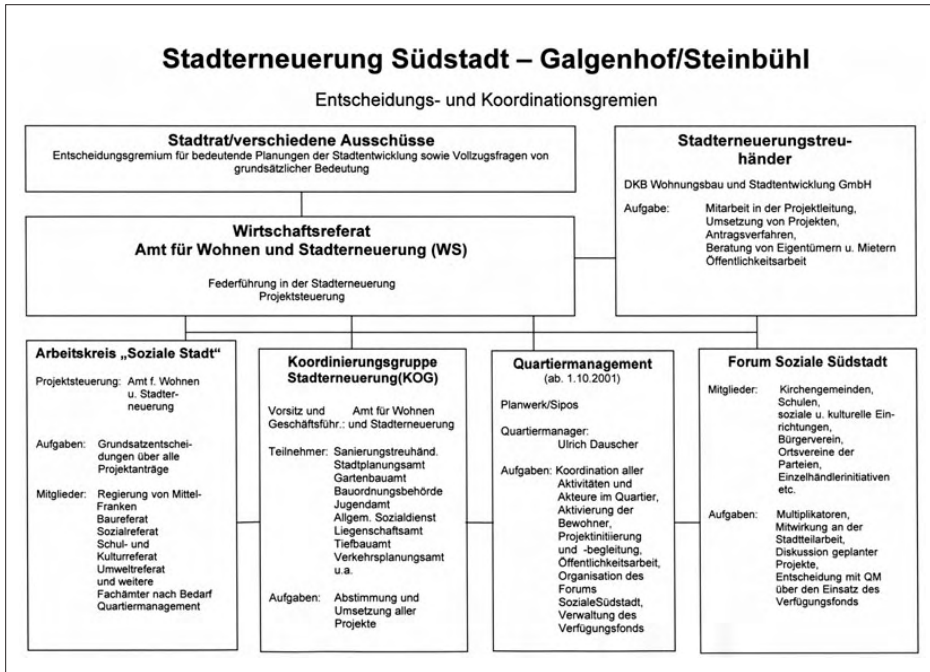
Elf schon länger arbeitslose Jugendliche (davon zwei Mädchen) mit geringem Ausbildungsniveau werden im Rahmen des »Freiwilligen Sozialen Trainingsjahrs« im *Qualifizierungsbüro »Job-Lokal«* der Noris Arbeit gGmbH (NoA) weiterqualifiziert. Letztere ist die gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft der Stadt Nürnberg und vor Ort Trägerin der Programmplattform »Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten«.

Das »Südstadtforum Service und Soziales« ist als Einrichtung für niedrigschwellige Angebote im Quartier geplant. In den Räumen einer ehemaligen Eisenhandlung im Viertel zwischen Peter-Henlein-Straße, Siebenkeesstraße und Bogenstraße sind neben dem im Frühjahr 2001 eingerichteten Stadteilladen als Sitz des Quartiermanagements ein Bürgerversamlungsraum, der Sitz der NoA mit Fundbüro, Gebrauchtmöbelladen und Fahrradwerkstatt als Beschäftigungsprojekt für Sozialhilfeempfänger sowie das Qualifizierungsbüro »Job-Lokal« des »Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres« entstanden. Das etwa 3 000 qm große Areal soll gekauft und um weitere Aktivitäten, wie eine Teilnutzung durch das geplante »Interkulturelle Südstadtzentrum« der Arbeiterwohlfahrt, ein Internetcafe und eine Beratungsstelle für Aussiedler ausgebaut werden.

An der Wiesenschule wird durch Ausbau der bisher wenig genutzten Pausenhalle ein *sozialpädagogisches Beratungsbüro* eingerichtet. Dort soll unter Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schule und des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) ein interdisziplinäres Team von Fachleuten (Beratungslehrer, Schulpsychologe, Bezirkssozialpädagoge, Spezialdienste) an mindestens vier Tagen der Woche für die Beratung von Kindern, Jugendlichen und Eltern zur Verfügung stehen. Der Wirkungskreis soll über die Wiesenschule hinausreichen und den gesamten Stadtteil umfassen. Zusätzlich bietet die Pausenhalle Platz für die Einrichtung einer Mittagsbetreuung für die Kinder.

Im Projekt »Südstadtkids« erstellen Jugendliche der Hauptschule Hummelsteiner Weg Radiobeiträge wie Interviews, Reportagen, Kommentare oder Features für das unabhängige Lokalradio Südpol e.V. in Kooperation mit dem Alternativsender Radio Z. Dabei berichten sie über Aktivitäten und Geschehnisse in der Südstadt und im Stadtteil Galgenhof/Steinbühl.

Ziel des Projekts »Sonnentaler« ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Kindern und Jugendlichen. Diese übernehmen Dienste wie Babysitting, Nachhilfe, Einkaufen für ältere Menschen und erhalten dafür eine Anerkennung in Form von »Sonnentalern«, die sie gegen Angebote der Sonnentaler-Börse eintauschen können (z.B. Computerkurse, Fitnesstraining). Das im April 2000 gestartete und bereits mit zwei Preisen ausgezeichnete Projekt wurde Anfang 2001 in Kooperation mit der Hauptschule Hummelsteiner Weg auf das Modellgebiet ausgedehnt. Bisher wurde das Projekt ehrenamtlich von einer Mitarbeiterin des Kreisjugendwerks der AWO betreut. Nun soll es neu organisiert und durch zwei Stellen sowie Unterstützung aus dem Programm »Soziale Stadt« auf eine neue Basis gestellt werden.



Koordination der Stadterneuerung im Modellgebiet Galgenhof/Steinbühl
Grafik: Amt für Wohnen und Stadterneuerung/
Stadt Nürnberg

5. Organisation und Management

Vor Aufnahme in das Programm »Soziale Stadt« bestanden auf *Verwaltungsebene* für den Sanierungsprozess bereits zwei Koordinierungsgremien unter Geschäftsführung des Amtes für Wohnen und Stadterneuerung: erstens die Projektgruppe Wohnen und Stadterneuerung, in der die bau- und stadterneuerungsbezogenen Ämter (Planungsstab für Stadtentwicklung, Sozialreferat, Baureferat, Bauordnungsbehörde, Liegenschaftsamt, Stadtplanungsamt, Vermessungsamt, Umweltamt, Amt für Statistik und Stadtforschung) vertreten sind, in der Grundsatzfragen der Stadtentwicklung erörtert werden; zweitens die Koordinierungsgruppe Stadterneuerung (KOG), die zusätzlich Vertreterinnen und Vertreter der umsetzungsrelevanten Ämter (Gartenbauamt, Jugendamt, Hochbauamt, Tiefbauamt, Treuhänder, Amt für Kultur und Freizeit, Allgemeiner Sozialdienst, Gesundheitsamt, Seniorenamt) umfasst. Im Frühjahr 2001 wurde der Arbeitskreis »Soziale Stadt« (AK) für alle Nürnberger Programmgebiete unter Federführung des Amtes für Wohnen und Stadterneuerung eingerichtet. In den monatlichen Sitzungen sind auch die Regierung von Mittelfranken, die Wohnungsbaugesellschaft als einziger Eigentümer im Gebiet Nordostbahnhof, das Quartiermanagement der Programmgebiete und die Programmbegleitung-vor-Ort des Difu vertreten. In diesem Arbeitskreis werden alle neuen Projekte diskutiert und beschlossen. Deren Umsetzung wird von der KOG koordiniert.

Für die Projektkonzeption und Finanzmittelverwaltung wurde im Amt für Wohnen und Stadterneuerung eine Projektleitung eingesetzt. Diese wird unterstützt durch den Sanierungstreuhänder, zu dessen Aufgaben vor allem die Umsetzung von Stadterneuerungsaufgaben im Modellgebiet gehört.

Stadtteilladen und Sitz
des Quartiermanagements in
der Peter-Henlein-Straße
Bildquelle: Wolf-Christian
Strauss, Berlin



Der *intermediäre Bereich* wird durch den »Meinungsträgerkreis« gebildet; dieser wurde 1996 zur Begleitung der traditionellen Stadterneuerung ins Leben gerufen und besteht aus 15 bis 25 Persönlichkeiten aus dem Stadtteil. Ihm gehören auch einige Mitglieder des Stadtrates und der Ortsvereine auf Quartiersebene als Vertreter der Parteien im Stadtrat an. Da das Programm »Soziale Stadt« weitergehende Ansprüche an Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft stellt, regte das Amt für Wohnen und Stadterneuerung Ende 2000 die Erweiterung des »Meinungsträgerkreises« (unter anderem durch Vertreterinnen und Vertreter der Eltern, Senioren, Bewohner verschiedener Nationalitäten, Mitglieder von Sportvereinen) zum Stadtteilarbeitskreis mit zusätzlichen Einflussmöglichkeiten an. Im Frühjahr 2002 findet ein erster Workshop des ehemaligen »Meinungsträgerkreises« (jetzt »Forum soziale Südstadt«) mit dem Quartiermanagement statt, in dem neue Ziele und Aufgaben des Gremiums erarbeitet werden.

Im Oktober 2001 wurde für Galgenhof/Steinbühl ein *Quartiermanagement* eingerichtet. Zu dessen Aufgaben gehören die Koordination aller Aktivitäten und Akteure im Quartier, die Entwicklung geeigneter Strategien zur Aktivierung der Bewohnerschaft, Projektinitiierung und -begleitung, Öffentlichkeitsarbeit, die Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzepts, die Organisation des »Meinungsträgerkreises« sowie die Verwaltung des Verfügungsfonds. Das Quartiermanagement hat seinen Sitz in dem im Mai 2001 eröffneten Stadtteilladen an der Peter-Henlein-Straße. Dieser löst die in der ersten Phase der Stadterneuerung 1997 bis 2001 am Südstadtpark eingerichtete Informations- und Anlaufstelle »InfoBox« ab. Die Räume werden zusätzlich vom »Forum soziale Südstadt« genutzt und stehen Projektgruppen zur Verfügung.

Darüber hinaus ist der etwas außerhalb des Modellgebiets liegende Kulturladen »Südstadtladen« seit über einem Jahrzehnt Kontakt- und Integrations-

punkt für die Bürgerschaft. Als Außenstelle des Amtes für Kultur und Freizeit werden dort erfolgreich Aktivitäten in der Südstadt wie die Südstadtgespräche und das seit 20 Jahren veranstaltete Südstadtfest am Annapark organisiert.

6. Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem Start der Programmumsetzung »Soziale Stadt« 1999 wurden die Bemühungen um Aktivierung und Beteiligung verstärkt.

Die wichtigsten in Galgenhof/Steinbühl bisher eingesetzten Strategien der *Aktivierung* umfassen Angebote an Gruppen und Initiativen zur Raumnutzung im Stadteilladen, Unterstützung von Bewohneraktivitäten, -vertretungen und -initiativen, die Schaffung dauerhafter Kooperationen durch das Quartiermanagement, Aufsuchende Arbeit und Offene Jugendarbeit der Sozial- und Jugendeinrichtungen der städtischen Ämter und der freien Träger, eine von der Universität Erlangen-Nürnberg durchgeführte Befragung der Bewohnerschaft und der Einrichtungen im Quartier, Informationsveranstaltungen für Multiplikatoren über das Programm »Soziale Stadt« und die Stadterneuerung in Galgenhof/Steinbühl sowie das Angebot an die Bewohnerinnen und Bewohner, sich an den Projektumsetzungen zu beteiligen.

Besondere Bedeutung für die Aktivierung kommt dem Verfügungsfonds in Höhe von rund 25 500 Euro jährlich für das Modellgebiet zu. Über die Verwendung entscheidet das »Forum soziale Südstadt« zusammen mit dem Quartiermanagement.

Zu den wichtigsten Angeboten zur *Beteiligung* gehören Bürgerveranstaltungen zur Information und Mitarbeit an geplanten Projekten (z.B. dem Wettbewerb zur Umgestaltung des Aufseßplatzes und Umgestaltungen der Schulhöfe zu Spielhöfen), die Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse der aktuellen Befragung von Bewohnerschaft und Einrichtungen sowie Präsentationen im Rahmen des Südstadtfestes oder auf dem Aufseßplatz. Zwei erfolgreiche Zukunftskonferenzen mit jeweils rund 200 Teilnehmenden sowie eine Reihe weiterer Veranstaltungen mit Beteiligungsangeboten fanden zusätzlich im Rahmen des EU-Ziel-2-Prozesses statt.

Von der Akteuren im Stadterneuerungsprozess werden neben den bisherigen als positiv eingeschätzten Beteiligungsmöglichkeiten weitere stärker »bottom-up« orientierte Formen sowie eine deutlichere Aktivierung im Gebiet gewünscht. Hoffnung wird in diesem Zusammenhang in die weitere Arbeit des Quartiermanagements gesetzt.

Die vielfältige modellgebietsbezogene *Öffentlichkeitsarbeit* der Stadt Nürnberg umfasst mehrere gedruckte Informationsangebote: umfangreiche Farbbroschüren, darunter das »Entwicklungskonzept Südstadt«, den »Städtebaulichen Rahmenplan und Programmplan«, die »Ergänzenden Vorbereitenden Untersuchungen, Soziale Stadt« sowie die zweijährlich erscheinende Broschüre zur Stadterneuerung. Zu Einzelprojekten sowie Veranstaltungen werden zum Teil mehrsprachige Informationsblätter und Dokumentationen mit einem für alle Nürnberger Stadterneuerungsgebiete einheitlichen Layout und

Engagierte Bürgerinnen und Bürger bei der Veranstaltung »Leben in Galgenhof/Steinbühl – wo liegt die Zukunft des Stadtteils?« im April 2001
Bildquelle: Wolf-Christian Strauss, Berlin



einem gemeinsamen Logo als Erkennungsmerkmal herausgegeben. Außerdem hat die Stadt Nürnberg im Rahmen des EU-Ziel-2-Prozesses eine Reihe von Publikationen zum Programm und zu Veranstaltungen veröffentlicht. Im Jahr 2000 wurde der eigene Internetauftritt (www.suedstadt.nuernberg.de) realisiert, im Herbst 2001 das eigene Logo »Zukunft Südstadt« entwickelt. Darüber hinaus gibt es Online-Informationen auch unter www.wohnen.nuernberg.de.

7. Fazit: Auf in den Süden

Seit Beginn des Programms »Soziale Stadt« haben sich bei neu entstandenen Projekten im Modellgebiet die Handlungsschwerpunkte von baulichen Maßnahmen in Richtung Mehrzielprojekte ausgeweitet. Hierzu beigetragen haben insbesondere das frühe Engagement der zwei Schulen im Gebiet und deren Projektideen. Ein nächster wichtiger Schritt für die zeitliche und inhaltliche Transparenz des Prozesses sowie die Akzeptanz der Ziele und Maßnahmen in der Bewohnerschaft, bei Initiativen und der lokalen Wirtschaft ist die Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzepts, d.h. die Weiterentwicklung der in den Vorbereitenden Untersuchungen aufgezeigten Ziele und Handlungsperspektiven. Dabei sollen auch die bisher noch wenig beachteten Handlungsfelder und Zielgruppen wie Gesundheit und Senioren berücksichtigt werden.

Die Einrichtung des Stadtteilbüros hat sich bewährt; es fungiert nicht nur als Anlauf- und Beratungsstelle sowie Sitz des Quartiermanagements, sondern stellt auch einen wichtigen Impuls für die Bewohnerbeteiligung dar. Außerdem wird mit dem Quartiermanagement ein deutliches Zeichen für die Förderung der Bürgerbeteiligung gesetzt.

Die Erweiterung des »Meinungsträgerkreises« zum »Forum soziale Südstadt« ist für die Koordination und Effizienz der Arbeit aller Akteure ebenso hilfreich wie für die Ausrichtung der Aktivitäten des Einzelnen auf die vereinbarten Ziele. Förderlich für ein längerfristiges Engagement der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist die Einbindung in die Konzeption von Projekten und in die Vorbereitung entsprechender Beschlüsse für den Stadtrat.

Die ergänzenden Vorbereitenden Untersuchungen zeigten ein großes Potenzial an Personen auf, die sich für die zukunftsfähige Entwicklung des Stadtteils engagieren möchten. Es wird Aufgabe des Quartiermanagements sein, diese interessierten Bewohnerinnen und Bewohner in die Projektarbeit aktiv einzubinden, ebenso die Entwicklungen und Erfolge der Stadtteilentwicklung verstärkt zu kommunizieren und zu würdigen. Die Unterstützung durch die Politik übt dabei eine starke motivierende Funktion aus.

Schwerin – Neu Zippendorf

Cathy Cramer

Ulla-Kristina Schuleri-Hartje

1. Gebietscharakter

Ab 1971 erfuhr Schwerin durch die Errichtung des Industriegebiets »Schwerin-Süd« und die damit verbundene Stadterweiterung durch die drei Neubaugebiete Großer Dreesch, Neu Zippendorf und Mueßer Holz einen Entwicklungsschub. Die drei Stadtteile gehören zu den größten zusammenhängenden Neubaustadtteilen in industrieller Bauweise in Mecklenburg-Vorpommern. Sie befinden sich einige Kilometer vom Stadtzentrum entfernt im Südosten der Stadt, zwischen Wald und See.

Der Stadtteil Neu Zippendorf wurde, wie die beiden anderen Großwohnsiedlungen, als »reines Wohngebiet« mit guter Infrastrukturausstattung geplant und gebaut. Der Bau begann 1976 nach der Errichtung des Stadtteils Großer Dreesch. Die letzten Wohngebäude in Neu Zippendorf wurden 1980 gebaut. Von den ehemals 5 300 industriell errichteten Wohnungen liegen 25 Prozent in elfgeschossigen Hochhäusern. Eigentümer des Wohnungsbestands sind zwei Wohnungsunternehmen.

Bereits 1974 wurde der Straßenbahnbetrieb vom Stadtzentrum bis zum Berliner Platz aufgenommen. Er verbindet Neu Zippendorf mit der Innenstadt und den anderen Neubausiedlungen auf dem Dreesch. Die Straßenbahntrasse und eine vierspurige Hauptstraße zerschneiden das Gebiet in drei Quartiere. Seit der Wende ist Neu Zippendorf durch einen starken Bevölkerungsrückgang geprägt. Zukünftig wird mit einem weiteren Bevölkerungsverlust im Gebiet durch Geburtenrückgang und Abwanderung sowohl innerhalb Schwerins als auch über die Stadtgrenze hinaus zu rechnen sein. Der mit dieser Entwicklung verbundene Leerstand wird trotz Abriss und Rückbau im Zuge des neuen Förderprogramms zum Stadtumbau weiter bestehen.

2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Die *zentralen Problemfelder* in Neu Zippendorf stehen in engem Zusammenhang mit den demographischen und sozial-strukturellen Veränderungen seit der Wende. Befördert durch die städtische Belegungspolitik zogen vor allem sozial schlechter gestellte Haushalte, Ausländerinnen und Ausländer, Russlanddeutsche und jüdische Migrantinnen und Migranten überwiegend aus Osteuropa in das Gebiet. Neben einer hohen Fluktuation sind auch starke Veränderungen in der Sozial- und Altersstruktur der Bewohnerschaft zu beobachten; so wird die Überalterung weiter zunehmen. Indizien für eine negative Veränderung der Sozialstruktur sind unter anderem ein steigender Bedarf an Hilfen zur Erziehung, die zunehmende Zahl von Schulverweigerungen, eine unzureichende familiäre Fürsorge und die Zunahme der Mietschuldner. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen liegt unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt und ist auch etwas niedriger als in den angrenzenden Neubaugebieten Großer Dreesch und Mueßer Holz.



Das Neubaugebiet
Neu Zippendorf zwischen
Wald und Schweriner See
Bildquelle: Stadt Schwerin



Die Lage der Gebiete Großer
Dreesch, Neu Zippendorf und
Mueßer Holz (v.l.n.r.)
Bildquelle: Stadt Schwerin

Die Außenanlagen des Jugendclubs Deja Vu müssen saniert und neu gestaltet werden.

Bildquelle: Cathy Cramer, Berlin



Der Wochenmarkt am Berliner Platz wird rege aufgesucht.

Bildquelle: Stadt Schwerin



Die aufgezeigten Entwicklungen belasten das Zusammenleben im Modellgebiet. Die verschiedenen Bewohner- und Altersgruppen haben unterschiedliche Lebensstile und Vorstellungen zur Gebietsnutzung. Sprachprobleme der Migrantinnen und Migranten erschweren die Verständigung mit der alteingesessenen Bevölkerung, damit auch die Integration. Die wenigen Integrationsangebote, Freizeiteinrichtungen und Begegnungsstätten reichen nicht aus. Obwohl dem Stadtteil Neu Zippendorf eine Zentrumsfunktion zuge-dacht war, fehlt es an entsprechenden Angeboten speziell im Kultur- und Bildungsbereich.

Bauliche und wirtschaftliche Probleme zeigen sich besonders rund um den Berliner Platz. Dieser war ursprünglich als Zentrum für alle drei Bauabschnitte vorgesehen. Durch den Bau von Stadtteilzentren in den beiden benachbarten Stadtteilen Mitte der 90er-Jahre hat der Platz seine Zentrums-

DEMOGRAPHISCHE UND SOZIALRÄUMLICHE MERKMALE

	Neu Zippendorf	Schwerin
Größe	70 ha	13 033 ha
Einwohnerzahl (2000)	8 019	103 084
Bevölkerungsverlust (1993–2000)	40 %	20 %
Durchschnittliche Haushaltsgröße (2000)	2,0 Pers.	2,2 Pers.
Anzahl der Wohnungen (2001)	4 497	59 046
Leerstand (2001)	14 %	13,7 %
Anteil der Wohngeldempfänger (1999)	nicht verfügbar	11 %
Arbeitslosenquote (2000)	23,6 %	16,3 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger (1999)	4,5 %	2,7 %
Anteil ausländische Bevölkerung (2000)	8,9 %	3,3 %
Anteil der bis 20-Jährigen (2000)	20,5 %	19,8 %
Anteil der 60-Jährigen und älter (2000)	24,9 %	23,4 %

funktion weitgehend verloren. Das Angebot in Läden und auf dem Wochenmarkt wurde teilweise auf Billigwaren verlagert, Qualität und Vielfalt gastronomischer Einrichtungen sanken, und Ladenleerstände nahmen zu. Die Gestaltung des Platzes weist überdies ästhetische und funktionale Mängel auf. **N**egativ wirkt sich auch aus, dass Modernisierung und Sanierung in Neu Zippendorf nicht so weit fortgeschritten sind wie in den beiden anderen Stadtteilen.

Große Teile der Bewohnerschaft und der Gewerbetreibenden sehen das Image des Stadtteils beschädigt: durch die auch im äußeren Erscheinungsbild wahrnehmbare Zunahme von sozial schwachen Bevölkerungsgruppen, durch die Veränderungen in Einzelhandel und Gastronomie sowie durch leer stehende Wohnungen und Infrastruktureinrichtungen.

Zu den *Entwicklungspotenzialen* Neu Zippendorfs gehören dessen räumliche Lage zwischen Wald und See, die gute Verkehrsanbindung an die Innenstadt, Flächenpotenziale durch Abriss und Umnutzung von Gebäuden, ausreichende Einkaufsmöglichkeiten sowie die bereits vorhandenen sozialen und freizeitbezogenen Infrastrukturangebote. Der Stadtteil ist mit zwei Alten- und Pflegeheimen außerdem ein wichtiger Standort für stationäre Alteinrichtungen. Weitere Einrichtungen der offenen Altenhilfe, wie etwa der Seniorenclub, wirken sich positiv auf den sozialen Austausch zwischen den älteren Bewohnerinnen und Bewohnern aus. Anfang 2001 wurde vom Verein »Hand in Hand e.V.« in Zusammenarbeit mit der Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft e.G. ein Nachbarschaftstreff eingerichtet, der von einem Bewohnerbeirat verwaltet wird.

Viele Bewohnerinnen und Bewohner leben schon lange im Modellgebiet und identifizieren sich mit dem Stadtteil, sie pflegen Nachbarschaften und beteiligten sich bereits sehr engagiert an der Rahmenplanung. Bei den zugezogenen Migrantengruppen sind häufig intakte Familienstrukturen vorhan-

den, die zur sozialen Stabilisierung im Gebiet beitragen können. Durch diesen Zuzug wurde der Leerstand gemildert.

Laut einer Umfrage unter den Gewerbetreibenden am Berliner Platz bekunden trotz schlechter Umsatzlage über 70 Prozent der Befragten eine hohe Standortbindung – eine gute Grundlage für die geplante Entwicklung eines lokalökonomischen Konzeptes mit den Gewerbetreibenden.

3. Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte

Im Zusammenhang mit der Aufnahme Neu Zippendorfs in das Programm »Weiterentwicklung großer Neubaugebiete – Wohnumfeldverbesserungsprogramm« wurde 1998 bis 2000 ein Rahmenplan (städtebaulicher und sozialkommunikativer Teil) mit Bewohnerbeteiligung erstellt und dabei auch ein Leitbild für den Stadtteil entwickelt: »Neu Zippendorf: Attraktives Wohnen zwischen Wald und See«.

Aufgrund der Analyse der Probleme und Potenziale im Gebiet wurden im Rahmenplan folgende Ziele formuliert:

- Imageaufwertung des Stadtteils;
- Erhöhung der Bedeutung Neu Zippendorfs für die drei Neubaugebiete und die Gesamtstadt;
- Stärkung der Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen;
- Förderung der Qualifizierung im Gebiet;
- Entwicklung von Flächenpotenzialen;
- Stabilisierung von Nachbarschaften;
- Verbesserung von Freizeit- und Kulturangeboten für alle Altersklassen und Bewohnergruppen;
- Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit im Stadtteil; behindertengerechte Gestaltung des Wohnumfelds.

Weitere Ziele wurden von den im Rahmen der Stadtteilkonferenz entstandenen Arbeitsgruppen und dem Lenkungskreis auf Stadtteilebene entwickelt und in der Stadtteilkonferenz bestätigt:

- Integration von Ausländern und Spätaussiedlern;
- Verbesserung der Angebote für Kinder der Altersklassen 6–10 Jahre und 10–14 Jahre;
- Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit.

Die wichtigsten Handlungsschwerpunkte bislang sind:

- Schaffung eines Stadtteilzentrums am Berliner Platz, verbunden mit einer gestalterischen Aufwertung;
- Sanierung der Astrid-Lindgren-Schule und deren Erweiterung zu einem Kommunikations- und Veranstaltungsort für den gesamten Dreesch;
- zusätzliche Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche;
- interkulturelle Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten;
- Rückbau und Abriss von Wohngebäuden, Infrastruktureinrichtungen;
- Umnutzung von Brachflächen und Infrastruktureinrichtungen;
- Abstimmung und Vernetzung von Angeboten der Initiativen und freien Träger im Gebiet.

Ein integriertes Handlungskonzept liegt noch nicht vor, soll aber prozessbegleitend entwickelt werden. Zur Antragstellung akzeptierte das Land die Rahmenplanung als ersten Baustein.

Der Schwerpunkt der Handlungsfelder und Projekte hat sich seit Beginn des Programms »Soziale Stadt« verlagert: weg von der Sanierung und Modernisierung der Wohnungen, hin zur Stärkung von sozialen Aktivitäten und zu Maßnahmen, die das Zusammenleben fördern.

4. Schlüsselprojekte

Seit Beginn der Umsetzung des Programms »Soziale Stadt« wurden verstärkt Projekte im Bereich der sozialen Infrastruktur und des Zusammenlebens entwickelt. Nachstehende Projekte sind für die Weiterentwicklung und Stabilisierung des Modellgebiets von besonderer Bedeutung und werden als Schlüsselprojekte für die Gebietsentwicklung angesehen.

Im Rahmen des Projekts *Freiwilliges Soziales Trainingsjahr* werden benachteiligten Jugendlichen arbeitsweltliche und soziale Kompetenzen vermittelt. Träger dieser auf drei Jahre angelegten Qualifizierungsmaßnahme ist der Internationale Bund, die Jugendlichen werden von vier Sozialpädagogen betreut. Das Projekt ist ein Baustein der bundesweiten Programmplattform »Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten« (E & C) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Für die Durchführung der Qualifizierungsmaßnahme wurden ehemalige Gewerbeflächen umgebaut, neben einem Büro entstand als Treffpunkt für die Jugendlichen ein Café.

Erste größere Maßnahme im Jahr 2000 war die Einrichtung des *Nachbarschaftstreffs Tallinner Straße* in Zusammenarbeit mit der Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft e.G. (SWG) und dem Verein »Hand in Hand e.V.«. Dadurch ist ein wohnungsnaher, nichtkommerzieller Freizeittreff mit vielfältigen Angeboten für alle Altersgruppen im Stadtteil entstanden. Ein Bewohnerbeirat zeichnet für das Programm verantwortlich. Betreut wird der Treff durch eine Wohngebietbetreuerin aus dem Team, das in den Nachbarschaftstreffs der SWG tätig ist, sowie durch eine Mitarbeiterin aus der Nachbarschaftsagentur Neu Zippendorf/Mueßer Holz. Ihre Aufgabe umfasst die mieternahe Beratung, die Förderung von Nachbarschaften und das Angebot gemeinwohlorientierter Dienstleistungen. Die Wohngebietsbetreuer sollen Ansprechpartner in Mietangelegenheiten sein, aber auch als Vertrauensperson im Hinblick auf soziale und finanzielle Probleme der Bewohnerschaft beratend tätig werden. Der Nachbarschaftstreff trägt durch dieses Konzept zur Stärkung und Förderung des Zusammenlebens und der Gemeinschaft bei. Er wurde Ende Januar 2001 eröffnet.

Die *Astrid-Lindgren-Schule* soll saniert und zu einem *kulturellen Veranstaltungszentrum* erweitert werden. Aufgrund ihrer zentralen Lage für alle drei Stadtteile ist die Schule geeignet, sozial-kulturelles Zentrum des gesamten Dreeschs zu werden. Das Konzept umfasst neben der Sanierung drei Hauptelemente:



Die Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter des
Nachbarschaftstreffs
Bildquelle: Stadt Schwerin

Astrid-Lindgren-Schule mit
geplantem Anbau und neuer Fas-
sadengestaltung
Grafik: Stadt Schwerin



- Verlagerung der Stadtteilbibliothek vom Großen Dreesch nach Neu Zippendorf und damit Verbesserung der Erreichbarkeit für die Bewohnerschaft des gesamten Neubaugebiets. Die Schule erhält hierfür einen Anbau;
- Überdachung des Innenhofs der Schule und damit Schaffung eines multifunktionalen Veranstaltungsorts;
- Doppelnutzung der Schulräume z.B. durch die Volkshochschule und das Konservatorium.

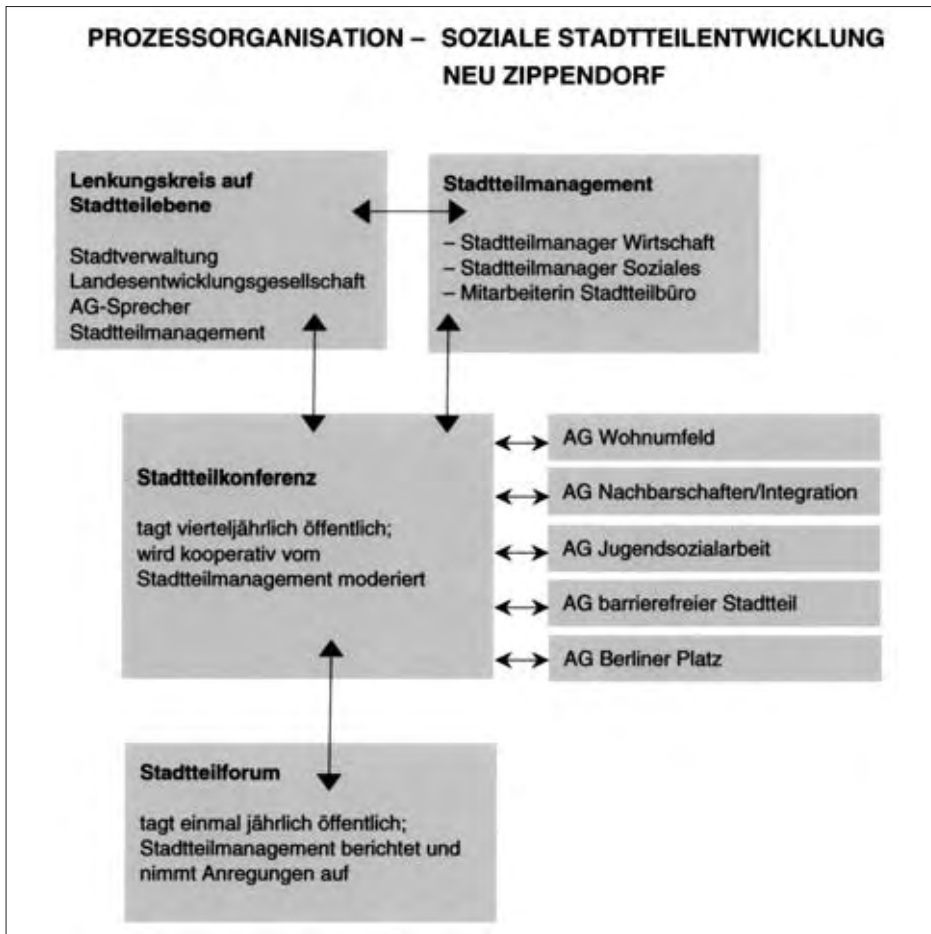
Wegen der Bedeutung der Maßnahme erfolgte über die Durchführung des Projekts ein Grundsatzbeschluss in den Ausschüssen und in der Stadtvertretung. Baubeginn war im Herbst 2001, die Maßnahme wird voraussichtlich im Frühjahr 2003 beendet sein.

Der Umbau des Berliner Platzes umfasst die Modernisierung der Straßenbahnhaltestelle, die Sanierung und Wiedererrichtung des Brunnens sowie Verbesserungen in der ästhetischen und funktionalen Gestaltung. Die ersten beiden Maßnahmen wurden 2001 realisiert. Für die neue Platzgestaltung wurde eine Bewohner-AG gegründet, die ihre Ideen, z.B. für einen behindertengerechten Umbau, zur Verbesserung der Beleuchtung und Sauberkeit, aktiv in die Planung einbringt.

5. Organisation und Management

Organisations- und Managementformen aus der Rahmenplanung

Bereits im Zuge der Rahmenplanung wurden eigens organisatorische Strukturen auf Verwaltungsebene, intermediärer Ebene und der Umsetzungsebene im Stadtteil aufgebaut. Auf Verwaltungsebene wurde ein Lenkungskreis eingerichtet, in dem unter Leitung des Baudezernenten der Leiter und Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes und Vertreter weiterer Ämter sowie die Ge-



schäftsführer der beiden Wohnungsunternehmen übergeordnete Themen abstimmen. Die Arbeitsgruppe »Weiterbau Neu Zippendorf« – auch sie mit Vertreterinnen und Vertretern der direkt beteiligten Ämter – stimmte unter der Leitung des Stadtplanungsamtes die Rahmenplanung mit den verschiedenen Fachämtern und Wohnungsgesellschaften ab.

Im Stadtplanungsamt ist seit Beginn der Erneuerung ein Mitarbeiter für die Steuerung des Weiterbaus im gesamten Dreesch zuständig. Er wird von einer Mitarbeiterin der Landesentwicklungsgesellschaft Schleswig-Holstein unterstützt, die seit 1997 als Sanierungsträger fungiert und mit der treuhänderischen Verwaltung der Fördermittel durch die Landeshauptstadt beauftragt wurde. Zu den Planungs- und Umsetzungsschritten der Rahmenplanung, die in temporären Bewohnerarbeitsgruppen entwickelt wurden, sind vier Stadtteilforen veranstaltet worden.

Neue Organisations- und Managementformen zur Umsetzung des Programms »Soziale Stadt«

Um dem integrativen Ansatz des neuen Förderprogramms besser entsprechen zu können, wurde die Organisationsstruktur für die Umsetzung der »Sozialen Stadt« erweitert.

Wesentliche Änderung ist die Erweiterung des oben genannten Lenkungs-kreises auf Verwaltungsebene um weitere relevante Ämter. Der Verwaltungs-Lenkungskreis soll die ressortübergreifende Zusammenarbeit und die Verknüpfung von Ressourcen (Finanzen und Know-how) der Verwaltung, der Wohnungsunternehmen, der Landesentwicklungsgesellschaft und des Stadtteilmanagements sicherstellen. Der für die Erneuerung im gesamten Dreesch zuständige Mitarbeiter im Stadtplanungsamt ist auch für die Umsetzung des Programms »Soziale Stadt« im Modellgebiet zuständig.

Im intermediären Bereich wurde zusätzlich zu den Stadtteilforen eine Stadtteilkonferenz eingerichtet, die viermal jährlich stattfinden soll. Deren Organisation obliegt der Leiterin des Regionalbüros 3 (Amt für Jugend, Soziales und Wohnen), das unter anderem für Neu Zippendorf zuständig ist, in Zusammenarbeit mit dem Stadtteilmanagement »Soziales«. Aufgabe der Stadtteilkonferenz ist es, Beschlussvorlagen zu Maßnahmen im Gebiet mit vorzubereiten. Aus ihrer Mitte sind Arbeitsgruppen entstanden, die regelmäßig tagen. Deren Ergebnisse werden in der Konferenz öffentlich beraten, Empfehlungen dazu ausgesprochen und auf die politische Ebene, in die Ämter, Organisationen und Initiativen vor Ort, transportiert. Daher ist es ein wichtiges Ziel, Politikerinnen und Politiker für die Arbeit in der Stadtteilkonferenz zu gewinnen.

Das Stadtteilforum bleibt als Organisationsform auch künftig erhalten und soll einmal jährlich stattfinden, um Interessierte aus der Bewohnerschaft, die sich nicht regelmäßig im Rahmen der Stadtteilkonferenz engagieren können oder möchten, über die Stadtteilentwicklung zu informieren.

Auf der lokalen Umsetzungsebene war zu Beginn des Programms »Soziale Stadt« die »Arbeitsgruppe Stadtteilmanagement« initiiert worden. Sie sollte Schlüsselpersonen aus Ämtern und Vor-Ort-Einrichtungen einbinden, die bereits während der Rahmenplanung zentrale Funktionen im Gebiet wahrgenommen hatten. Der Arbeitsgruppe gehörten an die Leiterin des Regionalbüros 3, die Stadtteilkoordinatorin Jugendhilfe, die Projektleiterin E & C des Internationalen Bundes, eine Mitarbeiterin des Stadtteilbüros, der zuständige Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes und die Programmbegleitung vor Ort. Die Arbeitsgruppe hatte die Aufgaben, adäquate Strukturen zur Umsetzung des Programms »Soziale Stadt« zu schaffen, gemeinwesenorientierte Arbeit anzustoßen und zu befördern sowie Probleme darzustellen und in die verschiedenen Gremien einzubringen.

Die »Arbeitsgruppe Stadtteilmanagement« ging Ende 2001 im »Lenkungs-kreis Neu Zippendorf« (Lenkungskreis auf Stadtteilebene) auf, der auch über die Vergabe der Gelder aus dem Verfügungsfonds entscheidet. Dem Gremium gehören neben den Mitgliedern der ehemaligen »Arbeitsgruppe Stadtteilmanagement« die neu eingestellten Stadtteilmanager »Wirtschaft« und »Soziales« sowie die Leiter der im Rahmen der Stadtteilkonferenz entstandenen Arbeitsgruppen an. Getagt wird einmal im Monat, die Sitzungen werden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtteilbüros organisiert und dokumentiert.



Das Stadtteilbüro am
Berliner Platz
Bildquelle: Stadt Schwerin

Seit Dezember 2001 wird die Gebietsentwicklung durch einen neu eingestellten *Stadtteilmanager* »Wirtschaft« und seit März 2002 durch zwei zusätzliche *Stadtteilmanager* »Soziales« unterstützt. Neben der Mitarbeit im Lenkungskreis auf Stadtteilebene ist es ihre Aufgabe, Projekte in den Bereichen »Lokale Ökonomie«, »Soziale Aktivitäten«, »Infrastruktur«, »Integration«, »Beteiligung und Aktivierung« sowie »Öffentlichkeitsarbeit« zu fördern und zu unterstützen. Zu ihren Sprechzeiten stehen sie für die Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteilbüro zur Verfügung.

Das *Stadtteilbüro* in Neu Zippendorf wurde 1999 eingerichtet. Es befindet sich in zentraler Lage am Berliner Platz und besteht aus einem Büro für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie einem Vorraum, in dem für interessierte Bewohnerinnen und Bewohner sowie Gewerbetreibende Pläne ausgestellt sind und Informationen zur Stadtteilentwicklung bereitliegen. Als Ansprechpartner stehen drei Mitarbeiterinnen zur Verfügung, zwei davon sind auch in den beiden anderen Stadtteilbüros im Großen Dreesch und im Mueßer Holz im Wechsel präsent. Zu regelmäßigen Sprechzeiten wird im Stadtteilbüro zusätzlich eine Schuldnerberatung angeboten. Ein weiterer Raum steht für Gespräche oder Gruppentreffen zur Verfügung. Hier tagt auch der Lenkungskreis auf Stadtteilebene.

6. Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Die Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerschaft und anderen stadtteilbezogenen Akteuren sowie die gebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit für Neu Zippendorf sind Aufgaben des Stadtteilmanagements. Dieses wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtteilbüros unterstützt.

Wesentliche Bedeutung für die *Aktivierung* der Bewohnerinnen und Bewohner kommt dem vom Land Mecklenburg-Vorpommern Mitte 2001 bewillig-

Die Starterkonferenz zum
Programmauftakt
»Soziale Stadt« weckte
großes Interesse.
Bildquelle: Wolf-Christian
Strauss, Berlin



Eröffnung des
Nachbarschaftstreffs
»Nebenan«
(rechts im Bild:
Oberbürgermeister
Johannes Kwaschik)
Bildquelle: Stadt Schwerin



ten Verfügungsfonds in Höhe von jährlich 10 000 Euro zu. Er soll »dem verantwortlichen, selbstbestimmten Handeln vor Ort zur Realisierung kurzfristig umsetzbarer kleinerer Projekte« dienen. Mittel dieses Fonds können zur flexiblen Förderung von nachbarschaftlichen Aktivitäten, von Veranstaltungen zur Belebung des Stadtteillebens, zur Unterstützung finanziell Bedürftiger mit dem Ziel der Teilnahme am sozialen Leben, zur Qualifizierung im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten, zur Erstellung von Informationsmaterial usw. eingesetzt werden. Über die Mittelvergabe entscheidet der Lenkungskreis auf Stadtteilebene, die Stadtteilkonferenz erhält regelmäßig Kenntnis. Voraussetzung für die Förderung ist das Einbringen eines mindestens zehnpromzentigen Eigenanteils, der auch in Form von Sachmitteln und/oder Eigenarbeit erbracht werden kann. Die Höhe der Förderung soll pro Antrag 1 250 Euro nicht überschreiten.

Schon in der Vorbereitungsphase und der Rahmenplanung selbst wurden Elemente einer dialogorientierten und aktivierenden *Bürgerbeteiligung* eingerichtet und umgesetzt. Hierzu zählen auf der Quartiersebene das Stadtteilbüro, die Bewohnerarbeitsgruppen und die öffentlichen Stadtteilforen. Diese Beteiligungsformen werden im Rahmen der Umsetzung des Programms »Soziale Stadt« weitergeführt und auf der intermediären Ebene um die Stadtteilkonferenz und neue, themenbezogene Arbeitsgruppen ergänzt. Im Gegensatz zu den Stadtteilforen, die ein Informationsgremium sind, werden in der Stadtteilkonferenz die von den Arbeitsgruppen konzipierten Maßnahmenvorschläge in einem größeren Bewohnerkreis diskutiert und hierzu Empfehlungen ausgesprochen. Es haben sich bisher Arbeitsgruppen zu den Themen »Stabilisierung von Nachbarschaften, Integration der Zuwanderer«, »Aufwertung des Stadtteilzentrums Berliner Platz«, »Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit, Verbesserung der Freizeit- und Kulturangebote« und »Aufwertung des Wohnumfeldes, Erhöhung der Sauberkeit und Sicherheit« gebildet. Diese Arbeitsgruppen ermöglichen eine direkte Beteiligung der Bewohnerschaft.

Zu einzelnen Themen werden zusätzlich öffentliche Foren veranstaltet, zu denen breit eingeladen wird und die auch über die Presse bekannt gemacht werden. 2001 waren dies ein Wohnforum und ein Workshop über »Soziale und räumliche Probleme in Großwohnsiedlungen«. Hier hat die Bevölkerung die Möglichkeit, mit der Verwaltung Probleme im Gebiet zu diskutieren und Lösungen anzuregen. Weitere Beteiligungsformen für unterschiedliche Zielgruppen sind im Rahmen der intensivierten Öffentlichkeitsarbeit geplant.

Dem Stadtteilbüro kommt bei der gebietsbezogenen *Öffentlichkeitsarbeit* durch das Stadtteilmanagement eine tragende Rolle zu. Dort hängen Pläne aus, werden Modelle ausgestellt und Interessierten die Möglichkeit geboten, sich laufend über den Planungsstand, Termine und durchgeführte Projekte zu informieren. Das Stadtteilbüro hat für seine Arbeit ein gebietsbezogenes Logo entwickelt. Vorgesehen sind auch eine Stadtteilzeitung sowie eine Broschüre über Angebote im Stadtteil für Alt und Jung – Letztere auch zur Veröffentlichung im Internet.

7. Fazit: Auf den Weg gebracht

Der Schwerpunkt der Handlungsfelder und Projekte im Rahmen der Stadtteilentwicklung Neu Zippendorfs hat sich seit Beginn der Umsetzung des Programms »Soziale Stadt« verändert: weg von (städte-)baulich dominierten Maßnahmen, hin zu sozial- und gemeinwesenorientierten Projekten, die das Zusammenleben der Bewohnergruppen fördern. Dazu beigetragen haben der kombinierte Einsatz von Mitteln aus dem Programm »Soziale Stadt« und solchen aus anderen Ressorts, ebenso die Einrichtung eines Verfügungsfonds. Ein integriertes Handlungskonzept für das Gebiet, das auch die gesamtstädtische Entwicklung mit einbezieht, ist bisher allerdings nicht erarbeitet worden.

Die Handlungsfelder »Beschäftigung«, »Qualifizierung« und »Ausbildung« sowie »Wirtschaftsentwicklung« sind zwar schon im Rahmenplan analysiert und die Stärkung der Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen im Gebiet als ein Ziel herausgearbeitet worden. Ein Konzept zur lokalen Ökonomie wird aber erst von dem Stadtteilmanager »Wirtschaft« in Zusammenarbeit mit vielen lokalen Akteuren erstellt; dabei erweist es sich im Einzelfall als durchaus mühsam, Gewerbetreibende aus dem Gebiet, potenzielle Existenzgründer, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer und das Arbeitsamt zu beteiligen.

Unterstützend für die Stadtteilentwicklung in Neu Zippendorf wirkt sich die Einrichtung der Stadtteilkonferenz und der ihr angegliederten Arbeitsgruppen aus, auch wenn sich die Vertreterinnen und Vertreter der Politik dort bisher noch nicht engagieren. Die ämterübergreifende Beteiligung der Verwaltung an der Stadtteilkonferenz ist formal nicht geregelt, allerdings sind verschiedene Ämter über die themenbezogene Mitarbeit in den Arbeitsgruppen in die Stadtteilkonferenz eingebunden.

Mit dem Stadtteilbüro wurde frühzeitig eine wichtige Anlaufstelle für die Bewohnerschaft vor Ort geschaffen. Durch die Einbindung von freien Trägern und des Regionalbüros in den Lenkungsreis auf Stadtteilebene ist ein dauerhaftes Kooperationsgremium geschaffen worden. Die drei zeitlich befristeten Stadtteilmanager unterstützen den Stadtteilentwicklungsprozess zusätzlich durch verstärkte gebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit, Bewohneraktivierung und -beteiligung sowie Projektentwicklung in den Bereichen »Lokale Ökonomie« und »Soziale Aktivitäten/Zusammenleben im Stadtteil«.

Die Beteiligung der Bewohnerschaft gelang vor allem bei der Planung und Umsetzung konkreter Projekte. Bisher nicht oder nur in Ansätzen angesprochen und erreicht wurden nicht deutsch sprechende Bevölkerungsgruppen. Hier haben die beiden Stadtteilmanager »Soziales« ein wichtiges Betätigungsfeld: durch aufsuchende Arbeit und Aktivierungsstrategien die Beteiligung der Bewohnerschaft zu verstärken und deren Engagement zu fördern. Gleichzeitig haben sie die Aufgabe, die vielen Aktivitäten der freien Träger im Gebiet abzustimmen und zu vernetzen. Gemeinwesenarbeit muss mehr im Vordergrund stehen.

Die Öffentlichkeitsarbeit wird künftig zu intensivieren sein, da viele Bewohnerinnen und Bewohner Veränderungen im Gebiet nicht oder nur bruch-

stückhaft wahrnehmen. Verstärkte gebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit ist schon deshalb notwendig, um breiter über die Planungs- und Umsetzungsschritte zu informieren und damit das Gebietsimage aufzuwerten. Hier ist der Einsatz der Stadtteilmanager gefragt, sie werden zusammen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern ein Öffentlichkeitskonzept erarbeiten, um deren Informationsbedürfnissen Rechnung zu tragen und sie zur Mitarbeit zu motivieren.

Mit dem neuen Bundesförderprogramm »Stadtumbau« ergibt sich im Modellgebiet die Möglichkeit, durch Rückbau und Abriss den Leerstand zu reduzieren. Dazu wird bis Ende Juli 2002 von der Stadt in Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen ein gesamtstädtisches Stadtumbauprogramm erstellt, in dem die Entwicklung Neu Zippendorfs eine wichtige Rolle spielen wird.

Ab 2002 ist das Fördergebiet Neu Zippendorf um den Stadtteil Mueßer Holz erweitert worden, die Stadtteilmanager »Soziales« sind nun für beide Stadtteile zuständig. Dies kommt sicher der Koordination und Vernetzung der Aktivitäten in beiden Stadtteilen zugute.

Singen – Langenrain

Stefan Geiss

Meike Heckenroth

Marie-Therese Krings-Heckemeier

In Baden-Württemberg ist die Umsetzung des Programms »Soziale Stadt« im Vergleich zu anderen Bundesländern durch die vom Land gesetzten Rahmenbedingungen stärker eingeschränkt. Hier wird das Bund-Länder-Programm so ausgelegt, dass die Mittel »grundsätzlich nur für investive städtebauliche Maßnahmen in räumlich abgegrenzten Gebieten eingesetzt werden«¹ können. Eine solche Vorgabe erschwert die notwendigen Managementleistungen zur ressortübergreifenden Mittelbündelung und Koordinierung der verschiedenen Akteure.

1. Gebietscharakter

Das Modellgebiet Singen-Langenrain ist ein reines Wohngebiet. Die insgesamt rund 350 Wohneinheiten entstanden zwischen 1960 und 1976, mit der Ausnahme von zwei Mehrfamilienhäusern des sozialen Wohnungsbaus (und einem Kinderhaus), die 1991 bezugsfertig wurden. Die städtische Wohnungsbau-gesellschaft (GVV Singen mbH) und eine Baugenossenschaft (Baugenossenschaft Hegau eG) teilen sich den überwiegenden Teil des Wohnungsbestands. Zwölf Werkwohnungen sind in der Zwischenzeit im Eigentum der Mieterinnen und Mieter (überwiegend türkische Bewohnerinnen und Bewohner).

Bei den 30 Gebäuden des Modellgebietes handelt es sich ausschließlich um viergeschossige Punkthäuser und Zeilenbauten. Ursprünglich war hier der Bau von frei stehenden Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern geplant. Ende der 50er-Jahre wurde diese Planung verworfen. Es wurden Mehrfamilienhäuser in einfacher Bauweise realisiert, um Flüchtlingen und der Bevölkerungsgruppe der Jenischen (ehemalige Landfahrer), die vorher in Baracken in direkter Nachbarschaft untergebracht waren, ein Zuhause zu bieten. Ende 1999, als die Siedlung Langenrain in das Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« aufgenommen wurde, waren zwei Gebäude zur Unterbringung von Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen und Spätaussiedlern an das Landratsamt vermietet.

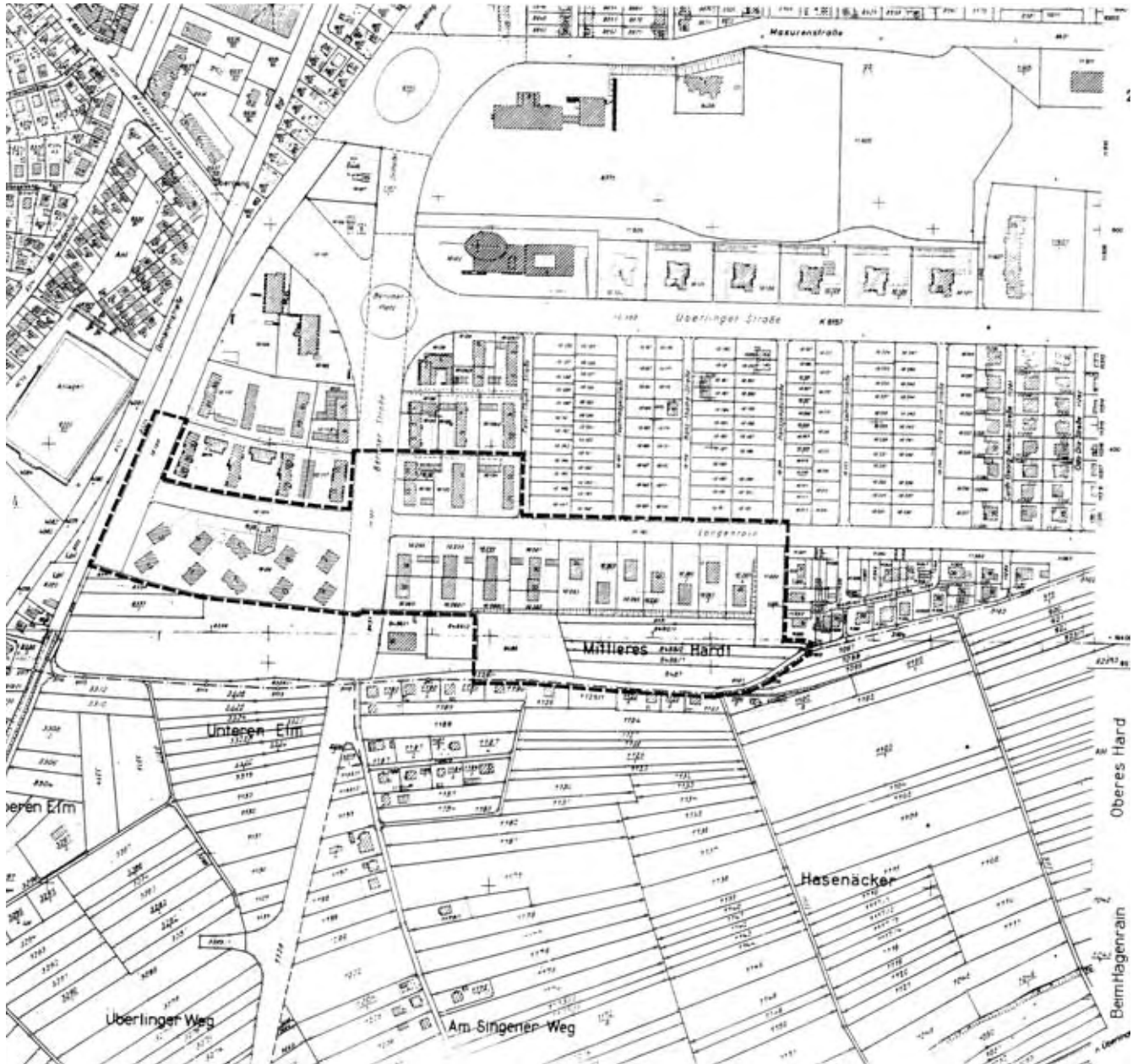
Der Langenrain liegt in der Singener Südstadt, zwei Kilometer von der Innenstadt entfernt, und bildet die Siedlungskante der Stadt im Übergang zur offenen Flur. An das Modellgebiet selbst grenzt eine Wohnbebauung, die infolge der Entwicklung eines umfangreichen Gewerbegebiets (800 Meter breiter Gewerbe-/Industriebereich zwischen Singener Südstadt und Innenstadt) überwiegend in den 60er- und 70er-Jahren realisiert wurde (in den 80er- und 90er-Jahren Erweiterung der Wohnbebauung durch Einfamilienhäuser).

Die Bewohnerstruktur in den benachbarten Einfamilien-, Doppel-, Reihenhäusern und modernisierten Mietwohnungen (oft im privaten Eigentum der Bewohnerinnen und Bewohner) ist sozial stabil. Im Unterschied dazu wohnen im eigentlichen Modellgebiet von jeher – aus der historischen Entwick-

¹ Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums über die im Jahr 2002 vorgesehenen Programme für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung, Absatz 4: Bund-Länder-Programm »Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt« (21.5.2001, Az.: 6-2521.2-02/1).



Singen-Süd
Bildquelle: Stadt Singen



Grenzen des Modellgebiets

Bildquelle: Stadt Singen

lung begründet (sehr einfache Ausstattung der Häuser der städtischen Wohnungsbaugesellschaft und günstige Mieten) – sozial schwache Haushalte. Das Image ist dementsprechend traditionell negativ. Die Abweichungen des Langenrain in einigen relevanten Aspekten vom sonstigen Singen sind erheblich, wie einige demographische und sozialräumliche Merkmale zeigen.

2. Zentrale Problemfelder und Entwicklungspotenziale

Der Singener Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren entspannt, weil die Bevölkerung in den 90er-Jahren erstmals stagnierte (im Unterschied zu einem rasanten Wachstum nach dem Zweiten Weltkrieg: Verdoppelung der Bevölkerung von 1945 bis 1990). Ende der 90er-Jahre waren die Bevölkerungszahlen sogar rückläufig. Zurzeit zeigt sich wieder ein leichter Anstieg. Der entspannte Wohnungsmarkt führte dazu, dass sozial stabile Haushalte, die eine Wahlmöglichkeit auf dem Wohnungsmarkt haben, aus dem Langenrain weggezogen sind. Aufgrund der Schlichtbauweise (zum größten Teil keine Heizung, schlechte Isolierung, hohe Zahl sehr kleiner Wohnungen usw.) zogen besonders »problematische« Haushalte zu. Mit Ausnahme der zwei neuen Mehrfamilienhäuser des sozialen Wohnungsbaus und einigen wenigen Wohnungen der Genossenschaft sind die Wohnungen nicht mehr in der Bindung und werden auch nicht durch die Stadt belegt.

Zu den zentralen Problemfeldern gehört auch, dass sich mit dem Wegzug »alt-eingesessener« Bewohner(-Familien) das nachbarschaftliche Leben im Langenrain verschlechtert hat. Durch den Zuzug von neuen, »problematischen« Haushalten ist das »beschützende« Milieu, das sich durch ein langes Zusammenwohnen über Jahre entwickelt hatte, zerfallen. Es entstand ein Wohnquartier voll innerer Spannungen und auch Aggressionen. Kinder und Jugendliche leben hier in einer Nachbarschaft, deren ökonomische und gesellschaftliche Beziehungsnetze schwach sind. Es entfalten sich mitunter kriminelle »Karrieren«. Im Jahr 1999 sind 30 Prozent der Jugendlichen und Heranwachsenden aus dem Langenrain straffällig geworden (in Singen insgesamt zehn Prozent).

Die offene Gestaltung der wohnungsnahen Freiflächen (asphaltierte Abstandsflächen bis an die Wohngebäude ohne schützende Pufferzonen) führt bei den Bewohnerinnen und Bewohnern zu einem Gefühl der Unsicherheit und trägt zu einer geringen Verantwortlichkeit bei. Dementsprechend war das Wohnumfeld am Beginn des Programms »Soziale Stadt« sehr verwahrlost. Auf dem Abstandsgrün und an den Straßen (von allen Seiten einsehbar) standen alte Möbel, sonstiger Sperrmüll und überfüllte Mülltonnen (mit Ausnahme der direkt an die Gebäude der Wohnungsgenossenschaft angrenzenden Bereiche). Dadurch hat sich das Außenimage erheblich verschlechtert. Die Stigmatisierung führt dazu, dass Jugendliche, die sich um eine Lehrstelle bemühen, oder erwachsene Arbeitslose, die einen Arbeitsplatz suchen, allein schon wegen der Adresse auf strikte Ablehnung stoßen.

Trotz der von Bewohnerinnen und Bewohnern aus dem Langenrain und aus den angrenzenden Wohngebieten im Rahmen der Starterkonferenz und bei

Abstandsflächen ohne
schützende Pufferzone
Bildquelle: empirica, Berlin



Attraktive Lage im Übergang
zur offenen Flur
Bildquelle: empirica, Berlin



vielen Einzelgesprächen vorgetragenen Kritik wird der Wohnstandort als solcher positiv bewertet. Daneben zählt zu den Potenzialen des Gebietes in erster Linie dessen attraktive Lage. Die weite Sicht in die freie Landschaft, die Freizeitqualitäten aufgrund der Nähe zu Wiesen, Feldern und Wäldern und die Nachbarschaft zu einer sozial stabilen Bevölkerungsstruktur sind auch die Gründe für die prinzipiell positive Einschätzung.

3. Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte

Aufgrund der Standortqualitäten, die auch die Bürgerinnen und Bürger im Singener Süden (über das Modellgebiet hinaus) schätzen, hat sich die »Lenkungsgruppe« (vgl. 5. »Organisation und Management«) für eine durchgreifende Aufwertungsstrategie entschieden. *Entwicklungsziel* ist es, der Stigmatisierung entgegenzuwirken und mittel- bis langfristig die Tendenz zur »Ghettoisierung« umzukehren. Neben der stärkeren sozialen »Durchmischung« der Bewohnerschaft liegen die *Handlungsschwerpunkte* der Aufwertungsstrategie in der Modernisierung, der Privatisierung im Bestand (Eigentumswohnungen für Mieterinnen und Mieter) und dem Abriss von Teilbereichen, um zu-

DEMOGRAPHISCHE UND SOZIALRÄUMLICHE MERKMALE (2000)

	Langenrain	Singen
Größe	5,2 ha	6 177 ha
Einwohnerzahl	– ¹	43 932
Bevölkerungsverlust	– ²	– ³
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,9 Pers.	2,3 Pers.
Anzahl der Wohnungen	350 ⁴	nicht verfügbar
Leerstand	– ⁵	nicht verfügbar
Anteil der Wohngeldempfänger	nicht verfügbar	3,1 %
Arbeitslosenquote	nicht verfügbar	11,9 %
Anteil der Sozialhilfeempfänger	17 %	5,9 %
Anteil ausländische Bevölkerung	46 %	17 %
Anteil der bis 18-Jährigen	29 %	19 %
Anteil der 60-Jährigen und älter	14 %	27 %

sätzlich kostengünstige Wohnangebote für den Eigentumserwerb realisieren zu können. Durch die Modernisierung und die neuen Wohnangebote sollen sozial stabile Haushalte gehalten oder neu gewonnen werden.

Da die geplante Aufwertung nur gelingen kann, wenn parallel eine soziale Stabilisierung erreicht wird, gibt es einen zweiten Handlungsschwerpunkt: Initiiert und begleitet durch die »Lenkungsgruppe« (ressortübergreifende Entscheidungen und Unterstützungen) werden in Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren (Schulen, Kinderschutzbund, Arbeitsamt, Team der Programmbegleitung-vor-Ort) Maßnahmen umgesetzt, die die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Bewohnerinnen und Bewohner zumindest zu lindern versuchen und deren Kompetenzen mobilisieren.

Diese Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte sind als Rahmenplanung zu verstehen, die im Laufe des Verfahrens konkretisiert und fortgeschrieben wurden. Noch bevor das Modellgebiet in das Programm »Soziale Stadt« aufgenommen wurde, hat die städtische Wohnungsgesellschaft eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die sich mit der Problemsituation im Wohnquartier und möglichen Lösungsansätzen auseinander gesetzt hat (Stärken-Schwächen-Analyse, 1999 von empirica durchgeführt). Im Ergebnis wurden drei Entwicklungsszenarien skizziert, wobei das Aufwertungsszenario mit »teilweise neuer Bewohnerstruktur« vom Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft favorisiert wurde.

Mit Beginn der Aufnahme in das Programm »Soziale Stadt« hat die Stadt Singen die städtische Wohnungsbaugesellschaft als Sanierungsträgerin mit der Erstellung einer vorbereitenden Untersuchung beauftragt. Die vorbereitende Untersuchung hat die Ergebnisse der Stärken-Schwächen-Analyse aufgegriffen und konkretisiert (Festlegung, welche Häuser modernisiert bzw. abgerissen werden; erste Vorschläge für soziale Maßnahmen usw.). Parallel zur Einrichtung der »Lenkungsgruppe« wurde die Erarbeitung einer städtebauli-

1 Der Langenrain hatte, bevor das Gebiet in das Programm Soziale Stadt aufgenommen wurde, knapp 1 000 Bewohner (ohne die Heime, weil diese Häuser wegen der hohen Fluktuation in den Vergleichen immer gesondert aufgeführt werden). Wegen der beabsichtigten Modernisierung und des Teilabrisses wurden bewusst Wohnungen leer gezogen, sodass zurzeit 531 Bewohner (ohne die Heime) hier leben.

2 Ein (vorübergehender) Bevölkerungsverlust im Modellgebiet ist durch die Planung bedingt (vgl. FN 1).

3 Die Bevölkerungszahlen in Singen waren Ende der 90er-Jahre rückläufig und sind zurzeit stagnierend bzw. leicht ansteigend.

4 Zurzeit maßnahmebedingte Verringerung der Wohneinheiten (Abriss und später Neubau).

5 Seit Beginn der Verbesserungsmaßnahmen gab es maßnahmebedingten Leerstand (Modernisierung im Gang).

chen Rahmenplanung mit offenem Planungsverfahren in Auftrag gegeben (Auftraggeber: Stadt Singen, Auftragnehmer: Büro Both). Die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchung wurden in der »Lenkungsgruppe« als *Integriertes Handlungskonzept* fortgeschrieben (Verantwortung bei dem Quartiersmanager). Die Umsetzung des Integrierten Handlungskonzepts ist so angelegt, dass über das Überprüfen der konkreten Nachfrage letztlich entschieden wird, wie viele Häuser modernisiert bzw. abgerissen werden. Durch dieses prozesshafte Vorgehen konnte eine Fehllenkung von Kapital verhindert werden (keine Subventionen in die Modernisierung von Wohnungen, die keine Nachfrage finden). Ursprünglich war nur der Abriss von zwei Wohngebäuden und die Modernisierung der restlichen Gebäude vorgesehen. Nach der Modernisierung der ersten Gebäude hat sich herausgestellt, dass trotz der moderaten Miete von 8,50 DM/Quadratmeter die Nachfrage sehr zögerlich ist. Aus diesem Grund werden jetzt zwei weitere Gebäude abgerissen statt modernisiert.

In der »Lenkungsgruppe« hat man sich darauf geeinigt, dass auf den frei werdenden Grundstücken kostengünstige Eigenheime für Bewohnerinnen und Bewohner, die heute im Langenrain und angrenzenden Wohngebieten leben und ohne günstige Angebote kein Eigentum erwerben könnten, realisiert werden sollen. Um die Kosten für die Eigenheime möglichst niedrig zu halten, hat die »Lenkungsgruppe« (unter Hinzuziehung fachlicher Beratung) eine Argumentation zur Verhinderung eines Ausgleichsbetrags nach § 155 (4) als Stadtratvorlage erarbeitet. Darüber hinaus wird aktuell geprüft (Recherche bei anderen Projekten), inwieweit durch »professionell« gesteuerte Gruppenleistungen die Kosten verringert werden können (Ersatz für den Eigenkapitalanteil).

4. Schlüsselprojekte

Die *behutsame Modernisierung von Wohngebäuden* hat zum Ziel, den Substandard abzubauen (energetische Modernisierung, Sanitäranlagen, Balkone und Wohnumfeld) und Familienwohnungen anzubieten (Zusammenlegung von kleinen Wohnungen zu familiengerechten Wohnungen). Bisher wurden alle Bewohnerinnen und Bewohner der Häuser, die modernisiert wurden, persönlich aufgesucht (statt »Sprechstundenmanagement«) und zur Bedarfssituation, den Wünschen und den finanziellen Möglichkeiten befragt. Für die Zeit der Modernisierung werden ihnen alternative Wohnungen angeboten, und sie haben die Option, zurückzuziehen; »Sanierungsflüchtlinge« sollen vermieden werden. Bisher konnten alle Mieterinnen und Mieter im Bestand der Wohnungsbaugesellschaft an anderen Standorten untergebracht werden, und die meisten möchten nicht zurückziehen.

Ziel der »Werkstatt« für *Integration und Vermittlung* ist es, den verschiedenen Bewohnergruppen mit besonderen Benachteiligungen den Zugang zu den »normalen« Angeboten (Ausbildung und Arbeitsmarkt) zu erleichtern. Im Einzelnen geht es um die Befähigung zur Bewältigung von Alltags- und Lebensproblemen:



Modernisierung
im Bestand
Bildquelle: empirica, Berlin



»Behutsamer«
Abriss
Bildquelle: empirica, Berlin

- Kinder und Jugendliche, die noch zur Schule gehen, sollen bei Tätigkeiten, die sie persönlich interessieren, z.B. Fahrräder reparieren, einfachste Alltagsqualifikationen erlernen (Pünktlichkeit, Ausdauer) mit dem Ziel der Stabilisierung einer Lebensperspektive, deren integraler Bestandteil Erwerbsfähigkeit ist. Zielgruppe sind Jugendliche aus Familien, die in mehreren Generationen von Transferleistungen leben. Familien aus den Gruppen Jenische, Sinti und Roma sind in aller Regel in ihre sozialen Netze fest eingebunden und haben keinen Kontakt zum »normalen« Arbeitsmarkt.
- Jugendliche ohne Lehrstelle, die aufgrund ihrer isolierten Welterfahrung keinen Anreiz sehen, eine Lehrstelle zu suchen, oder Schwierigkeiten haben,

Verbesserungsmaßnahmen
am Kinderhaus

Bildquelle: empirica, Berlin



sie »durchzustehen«, sollen im Rahmen einer sinnvollen Beschäftigung/Qualifikation motiviert werden. Sie sollen unter Anleitung (Handwerker, Sozialpädagoge) und individueller Begleitung Alltagsqualifikationen erlernen, um den Weg aus der Armutsfalle zu finden. Im Vordergrund stehen die Identifikation mit dem Stadtteil (sinnvolle Tätigkeiten in Absprache mit den Wohnungsunternehmen) und die Hinführung zum Arbeitsmarkt durch gezielte Persönlichkeitsbildung (Berufsmaturität), die sowohl den Erwerb sozialer und berufsrelevanter Kompetenzen als auch die spielerische Aneignung von Bildung (Internet, EDV usw.) umfasst.

■ Allein erziehende Mütter, die bei der Organisation des Alltags überfordert sind (z.B. ihre Kinder mit gesundem Essen zu versorgen, mit Geld zu wirtschaften) sollen mittelfristig in das Projekt »Werkstatt« integriert werden. Alltagsfähigkeiten sollten nicht über eine theoretische Qualifizierung, sondern über eine praktische Tätigkeit erlernt werden. Hier bietet sich an, Essen für die Kinder aus dem Kinderhaus und eventuell auch für die Jugendlichen, die in der »Werkstatt« arbeiten, zuzubereiten (Verbindung mit wirtschaftlicher Planung und Einkaufen).

Es ist geplant, die investiven Maßnahmen der »Werkstatt« über das Programm »Soziale Stadt« zu fördern. Für die Anschubfinanzierung der nicht investiven Maßnahmen (vor allem Personal) wird zurzeit in Kooperation mit dem Arbeitsamt die Kombination mit anderen Förderprogrammen geprüft. Mit Jugendlichen, die keine Aufenthaltsmöglichkeiten im Wohnquartier haben, wurden unter Anleitung eines Künstlers Verbesserungsmaßnahmen am Kinderhaus durchgeführt. Mittel- bis langfristig soll das Kinderhaus erweitert

werden: Dort sollen Unterstützung bei Hausaufgaben und dem Einüben von Sozialverhalten angeboten und eine offene Jugendarbeit initiiert werden. Im Einzelnen geht es um folgende Maßnahmen:

- Am Rande des Wohngebiets sollen Container als »überdachter« Treff für »problematische« Cliques Jugendlicher in den Wintermonaten aufgestellt werden (später: Integration in geplante »Werkstatt«).
- Geplant ist die Einrichtung einer Fahrradwerkstatt (in Kombination mit der geplanten »Werkstatt«).
- Angeboten werden eine Einzelberatung für Jugendliche sowie das gemeinsame Aufsuchen von Ausbildungs- und Beschäftigungseinrichtungen, um »Vorurteile« und Hemmnisse abzubauen.
- Ausflüge mit Jugendlichen sollen organisiert werden (Finanzierung über Sponsoring).

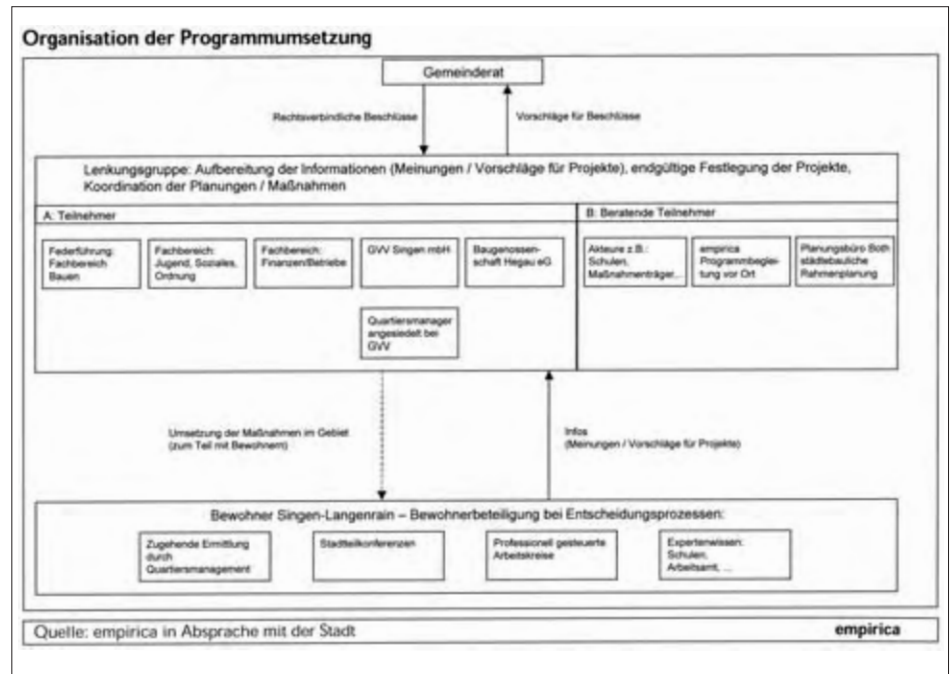
5. Organisation und Management

Die für den Langenrain geplante Nachbarschaftsentwicklung, die nicht nur eine Stabilisierung sondern eine mittel- bis langfristig durchgreifende Aufwertung des Wohnquartiers zum Ziel hat, kann nicht als ein kommunales Entwicklungsprojekt unter anderen vorangetrieben werden. Aus diesem Grund wurde eine »Lenkungsgruppe« eingerichtet. Zu deren festen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gehören: Fachbereich Bauen; Fachbereich Jugend, Soziales, Ordnung; Fachbereich Finanzen; Betriebe; die beiden Wohnungsunternehmen; der Quartiersmanager, der bei der städtischen Wohnungsgesellschaft angesiedelt ist. Ziel der »Lenkungsgruppe« ist es, die einzelnen Maßnahmen (inklusive Finanzierung) vorzubereiten und zu koordinieren. Sie erarbeitet Vorschläge für rechtsverbindliche Beschlüsse, die im Gemeinderat entschieden werden. Die Maßnahmen, die die Lenkungsgruppe vorbereitet und koordiniert, sind am Bedarf vor Ort orientiert.

Neben Bürgerversammlungen und verschiedenen Arbeitskreisen mit Bewohnerinnen und Bewohnern ist der »Quartiersmanager« der Vermittler zwischen dem Wohngebiet und der »Lenkungsgruppe«. Er steht in ständigem Kontakt mit der Bewohnerschaft (regelmäßiges Aufsuchen aller Haushalte und informelle Gespräche mit den Bewohnerinnen und Bewohnern).

Von Zeit zu Zeit treffen sich Vertreterinnen und Vertreter verschiedener *institutioneller Akteure* (z.B. soziale Dienste, Schulen) im Rahmen von Stadtteilkonferenzen und erarbeiten Vorschläge (Projekte, Maßnahmen) für die »Lenkungsgruppe« (beratende Teilnahme dieser Akteure). Der Prozess wird begleitet von mit Bewohnerinnen und Bewohnern bzw. Experten (z.B. Grünplanern) durchgeführten Arbeitskreisen zu den jeweiligen Handlungsschwerpunkten.

Es sind erhebliche *Probleme bei den nicht investiven Maßnahmen* zu konstatieren. Beispielsweise soll der Quartiersmanager – so die Auslegung des Bundesländer-Programms in Baden-Württemberg – Kontakt mit der Bewohnerschaft nur immer im Zusammenhang mit baulichen Maßnahmen (Modernisierung und Umzug) aufnehmen. Die soziale Stabilisierung kann überwiegend nur durch nicht investive Maßnahmen erfolgen. Da diese in Baden-



Württemberg nicht über das Programm »Soziale Stadt« gefördert werden und auch keine Anschubfinanzierung möglich ist, gibt es erhebliche Hemmnisse, die nur mit einem besonderen Einsatz aller Akteure überwunden werden können: durch »ehrenamtliche« Recherchen und Mitarbeit; indem Träger gefunden werden, denen es nicht nur um die Finanzierung ihres Personals und ihrer Infrastruktur geht, sondern die sich für einen integrierten Ansatz, der sich an der Zielgruppe orientiert, engagieren (erheblich höherer Arbeitsaufwand ohne finanzielle Zusatzförderung).²

In der Zwischenzeit hat sich durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Verantwortlichen in der »Lenkungsgruppe« ein Gefühl der Gesamtverantwortung entwickelt, und es werden nach und nach andere Dienstleister (insbesondere Schulen) und Akteure mit ihrem entsprechenden Expertenwissen zu der »Lenkungsgruppe« hinzugezogen.

6. Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

In Singen wurde die Verbesserung als eine Strategie »von unten nach oben« verstanden und praktiziert:

Aktivierung und Beteiligung im Entscheidungsprozess

Im Rahmen der Stärken-Schwächen-Analyse (informelle Einzel-/Gruppen-gespräche und Gebietsbegehungen) und der vorbereitenden Untersuchung wurden vor Ort Informationen zum Handlungsbedarf gesammelt und durch statistische Analysen sowie durch »aufsuchende Recherchen« (persönliche Interviews in den Wohnungen) seitens des Quartiersmanagers und des PvO-Teams die auffälligen Konflikte, Probleme und Ressourcen im Wohnquartier identifiziert. Die Vor-Ort-Ermittlungen werden regelmäßig durch

² In Singen konnte dieses Man-ko durch den »Zufall« kompensiert werden, dass für das Modellgebiet eine Projektbegleitung-vor-Ort eingerichtet wurde, die unter anderem Aufgaben des Quartiermanagements übernehmen konnte (Aufgaben der PvO: Projektsteuerung und Dokumentation).

das PvO-Team und den Quartiersmanager aktualisiert. Parallel zur Ermittlung der Bedarfssituation aus Sicht der Bewohnerschaft wurde Expertenwissen herangezogen. Dabei wurden mit allen Akteuren, die im Gebiet selbst tätig sind, sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der wichtigsten Institutionen, die für das Quartier eine Rolle spielen, Gespräche geführt wurden.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Stärken-Schwächen-Analyse wurden die strategischen Ziele und Handlungsschwerpunkte festgelegt (»Lenkungsgruppe«) und eine Starterkonferenz durchgeführt (Integration der Bewohnerschaft in den Entscheidungsprozess). An dieser Starterkonferenz nahmen etwa 200 Bewohnerinnen und Bewohner teil. Unter Beteiligung aller involvierten Akteure wie Wohnungsunternehmen, Verwaltung, Schulen, Kindereinrichtungen usw. wurden mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gemeinsam Projektideen erörtert. Jugendliche haben im Rahmen dieser Veranstaltung die Problemsituation aus ihrer Sicht (Vorbereitung durch »Cliques-Gespräche«) dargestellt. Die Ergebnisse der Starterkonferenz wurden in der »Lenkungsgruppe« ressortübergreifend vertieft, konkretisiert und auf ihre Machbarkeit hin überprüft (rechtliche Fragen, Finanzierbarkeit). Im Anschluss an die Starterkonferenz wurden drei professionell gesteuerte Arbeitskreis-Treffen (offene Bürgerbeteiligung zum »Städtebaulichen Rahmenplan« mit jeweils zwischen elf und 27 Interessierten) durchgeführt; ihre Themen: »Siedlung/Grün- und Freiräume«, »Verkehr/Mobilität/Einkauf/Arbeiten/Gewerbe«, »Kultur/Soziales/Infrastruktur«.

Im Rahmen einer Themenkonferenz im Februar 2002 wurden die konkretisierten und auf ihre Machbarkeit hin überprüften Einzelprojekte mit den Bürgerinnen und Bürgern (persönliche Einladung aller im Modellgebiet Wohnenden sowie jener aus den angrenzenden Wohnquartieren) sowie verschiedenen Akteuren diskutiert. Jugendliche aus dem Quartier bereicherten die Themenkonferenz durch eine musikalische Darbietung.

Angesichts der Zusammensetzung der Bevölkerung im Langenrain geht es weniger um die Beteiligung der Bewohnerschaft an einzelnen Aktionen; vielmehr gilt es Rahmenbedingungen zu schaffen, die bei den Betroffenen – statt einer Betreuung und Unterstützung durch Sozialstaatsleistungen – mittel- bis langfristig die Befähigung entstehen lassen, das eigene Leben ohne fremde Hilfe zu meistern. Zwei typische Beispiele zur Erreichung dieses Anliegens sind 1. die Bemühungen um »niedrigschwellige« Integrations- und Vermittlungsmaßnahmen sowie 2. die Ausrichtung des Rahmenplans für die Wohnumfeldgestaltung weniger nach städtebaulichen »Qualitäten« als nach sozialräumlichen Kriterien (nachhaltige und konfliktfreie Nutzung des Wohnumfelds). Hierzu wurden Erfahrungen aus anderen Städten recherchiert und im Rahmen eines Workshops mit den Grünplanern, dem Planungsamt und den Wohnungsunternehmen auf ihre Übertragbarkeit (hier insbesondere: nachhaltige Akzeptanz durch die Bewohnerschaft) hin erörtert. Als Nächstes sind konkrete Umsetzungsmaßnahmen mit Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner geplant.



Starterkonferenz

Bildquelle: empirica, Berlin

Öffentlichkeitsarbeit

Aktionen wie die Starterkonferenz, die Themenkonferenz, Stadtteilkonferenzen, Workshops, der Einzug der Bewohnerinnen und Bewohner in das modernisierte Gebäude wurden mit schriftlichen Informationen für die Presse verbunden, zum Teil wurden Journalistinnen und Journalisten persönlich eingeladen. Im Unterschied zur öffentlichen Stigmatisierung in der Vergangenheit hat sich in der Zwischenzeit eine positive Zusammenarbeit mit den Medien entwickelt. So wurde im Zeitraum von Ende 2000 bis Anfang 2002 insgesamt etwa 40 mal positiv über das Modellgebiet und das Programm »Soziale Stadt« berichtet. In den Titeln der Pressemeldungen kommt schon die beabsichtigte und in Gang gesetzte Aufwertung des Quartiers zum Ausdruck.

7. Fazit: Durchgreifende Aufwertung nur durch weit greifende Kooperationen

Durch das Baden-Württemberger Verfahren, im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« nur investive Maßnahmen zu finanzieren, sind das ressortübergreifende Arbeiten und das Erreichen von Synergieeffekten durch Bündelung der Mittel erschwert. Hier wird mehr einem additiven und weniger einem integrativen Ansatz Rechnung getragen.

Trotz dieser vergleichsweise schlechten Rahmenbedingungen ist bisher die Kooperation zwischen sehr heterogenen Akteuren gelungen. So ist z.B. in der »Lenkungsgruppe« ansatzweise die Aufspaltung der Verwaltung überwunden. Um eine Gesamtstrategie zu entwickeln und in die Praxis umsetzen zu können, wird zurzeit die Kooperation zwischen den kommunalen Ämtern ausgedehnt: Kooperation mit Schulen und Arbeitsamt.

Es ist gelungen, nicht nur – wie oft üblich – »Hobbyprojekte« der Verwaltung und Maßnahmen, die den Wünschen artikulationsstarker Bewohnerinnen und Bewohner entsprechen, zu starten. Die Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte orientieren sich an der Stärken-Schwächen-Analyse, und die Maßnahmen beschränken sich nicht nur auf optische und direkt erfahrbare Verbesserungen (z.B. Verschönerung des Wohnumfelds, saubere Spielplätze, neue Spielmöglichkeiten, Räume für Müttertreffs usw.): Durch eine durchgreifende Aufwertungsstrategie sollen mittel- bis langfristig die Tendenz zur »Ghettoisierung« umgekehrt und eine soziale Mischung im Modellgebiet hergestellt werden. Und mit dem Projekt »Werkstatt für Integration und Vermittlung« ist geplant, die im Modellgebiet verbreitete Abhängigkeit von Sozialstaatsleistungen zu überwinden.

Die Ressourcen und Konzepte des Programms »Soziale Stadt« reichen (noch) nicht aus, um die Qualität öffentlicher Leistungen durchgreifend aufzuwerten. Schulen sowie andere Einrichtungen (z.B. Kinderhaus) in einem Wohngebiet mit einem extrem hohen Ausländeranteil (in Langenrain 50 Prozent) benötigen größere Kapazitäten und ein breiter angelegtes Leistungsangebot. Eine Schule in einer solchen Nachbarschaft muss ein »anderes« Produkt oder eine »andere« Produktkombination anbieten als etwa eine Schule in einem Villenviertel. Standardisierte »Massengüter« reichen nicht aus. Im Zeitalter der Einwanderung und der Differenzierungen in der Berufswelt mit ihren Anforderungen gilt es auch für den Staat, »lokaler« und deutlich »angepasster« an örtliche Bedingungen zu agieren. Durch das Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« wurden Türen aufgestoßen; jetzt müssen die dahinter liegenden Räume mit neuen Inhalten gefüllt werden.

Offene Stadt – ein amerikanisches





Projekt

3



Stadt in Angst oder Offene Stadt?

John Friedmann

John Friedmann ist Professor Emeritus der University of California Los Angeles und Honorarprofessor der School of Community and Regional Planning der Universität British Columbia in Vancouver. Sein jüngstes Buch ist *The Prospect of Cities*, Minneapolis, MN (University of Minnesota Press), 2002.

Wir Amerikaner leben heute in Angst. Wir mussten erleben, wie sich Kriminalität, Drogenhandel und Straßengangs in unseren Städten ausbreiteten; wir sind mit immer neuen Wellen transnationaler Migranten und ihren fremdartigen kulturellen Bräuchen konfrontiert worden, und wir haben unsere eigenen, einheimischen Terroristen hervorgebracht – Amok laufende Schüler, Timothy McVeigh, fanatische Abtreibungsgegner, Neonazis. Jeder Einzelne von uns muss mit den wachsenden Risiken von Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und dem Abbau öffentlich vorgehaltener Sicherheitsnetze leben. Und nun haben selbsternannte islamische Krieger unsere Städte ins Visier genommen. Zum ersten Mal in unserer Geschichte steht uns ein unsichtbarer, namenloser Feind gegenüber, der unter dem Banner einer Ideologie zu kaltblütig geplanten Massakern fähig ist. Anscheinend hat er sich zwei Ziele gesetzt, erstens die Vereinigten Staaten zu demütigen und zweitens Volksaufstände in islamischen Ländern auszulösen, um bisher säkulare Regierungen durch Regimes zu ersetzen, die sich auf das islamische Recht stützen. Damit, so glaubt er, wird den haltlos in der modernen Welt treibenden Gesellschaften ein moralisches Zentrum zurückgegeben (Lemann 2001; Lewis 2001; Sivan 1985).

Unsere erste, instinktive Reaktion auf die von ausländischen Geldgebern finanzierten terroristischen Akte gegen unsere Städte bestand darin, dem Terrorismus weltweit den Krieg zu erklären, afghanische Städte und Bastionen der Taliban zu bombardieren und alles daran zu setzen, um mit Osama bin Laden den Führer des weltweit agierenden Terroristennetzwerks Al Qaida gefangen zu nehmen oder zu töten. Doch als Nation sind wir beunruhigt und verstört. Angesichts der mannigfachen Gefahren für unsere Sicherheit, von denen der aus dem Ausland operierende Terrorismus lediglich die jüngste Manifestation darstellt, wünschen wir uns Unverwundbarkeit. Wir wollen in einer Sicherheitszone leben, hinter elektronischen Schutzschilden, die das Böse von uns fern halten. Wir haben ganze Armeen von privaten Wachleuten angestellt, um unseren Besitz zu sichern. Wir suchen Zuflucht in ummauerten Wohnanlagen (Caldeira 1999), und nach wie vor fliehen wir aus den Innenstädten in grüne Vororte, in der Hoffnung, den Schreckgespenstern unserer eigenen Phantasie zu entkommen. Doch tief in unserem Innern wissen wir: Wenn wir die Welt aussperren und die Stadt abriegeln, dann schließen wir uns im Gefängnis unserer eigenen Ängste ein.

Dieser verständlichen Neigung, sich hinter Mauern zu verschanzen und die Zugbrücke hinter sich hochzuziehen, möchte ich etwas entgegen setzen: die herausfordernde Idee der Offenen Stadt; einer Stadt, die sich dem Leben öffnet, die Menschen auch dann willkommen heißt, wenn sie nicht so sind wie wir, die unsere gemeinsame Menschlichkeit anerkennt und alle Vorzüge eines Lebens in städtischer Vielfalt bietet. Ich möchte dazu beitragen, dass wir die Angst überwinden, die uns derzeit lähmt.

Der vorliegende Artikel ist für meine Planerkollegen geschrieben, damit wir zusammen an die Realisierung der Vision von der Offenen Stadt gehen kön-

nen. Ich bin fest davon überzeugt, dass Städte und Stadtregionen die besten Möglichkeiten bieten, den vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen. Natürlich sind auch andere Regierungsebenen zu berücksichtigen, so die Bundesstaaten, die Bundesregierung oder internationale Organisationen. Doch vor allem in den Städten und Stadtregionen sind wir den Alltagsproblemen ausgesetzt, auf die wir reagieren müssen. Hier ist der Ort, an dem es die Offene Stadt zu verwirklichen gilt.

Im Folgenden werde ich mich mit vier Themen befassen, die ich für integrale Bestandteile dieser Vision halte: mit der Verringerung des ökologischen Fußabdrucks der Städte, der Formulierung einer Charta der Stadtbürgerschaft, der Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse und dem Entwurf neuer städtischer und regionaler Verwaltungs- und Steuerungsformen.

Verringerung des ökologischen Fußabdrucks

Das Konzept der Offenen Stadt setzt an ihrer materiellen Basis an. Studien zum so genannten ökologischen Fußabdruck – ein Indikator für die ökologischen Auswirkungen des urbanen Lebens – haben gezeigt, dass die Städte in den industrialisierten Ländern weit überproportionale Anteile an den weltweiten Ressourcen beanspruchen und es somit anderen Ländern erschweren, den Lebensstandard ihrer bisher in tiefer Armut lebenden Bevölkerungen zu erhöhen (Rees/Wackernagel 1994; von Weizsäcker u.a. 1997, S. 220–222).¹ Konflikte um die Verteilung der zunehmend kostbarer werdenden Ressourcen Öl und Wasser sowie anderer begehrter Bodenschätze sind die Folge. Einige dieser Auseinandersetzungen, darunter die verheerenden Bürgerkriege in Teilen Afrikas, toben bereits seit Jahrzehnten. Der Golfkrieg und nun der Krieg in Afghanistan sind auch mit der Frage gekoppelt, wie sich die Vereinigten Staaten ihren Zugang zu den Gas- und Ölreserven der Region sichern können.

Allgemein gesprochen, läge eine gerechte Lösung dieser Konflikte darin, den Ressourcenverbrauch in Relation zu den jeweiligen Bevölkerungszahlen zu reduzieren, vor allem in den US-amerikanischen Städten, die geradezu unersättliche Konsumenten sind. Internationale Abkommen und nationale Politik mögen nützliche Instrumente auf diesem Weg sein, doch letztlich liegt die Verantwortung für die Entwicklung größerer Nachhaltigkeit und eines geringeren ökologischen Fußabdrucks bei den Städten und Stadtregionen, und wenn wir sichtbare Erfolge erzielen wollen, müssen alle in das Vorhaben einbezogen werden: Bürger, Unternehmen, Planer, Politiker. Wir brauchen spezifische Strategien, um den Wasserverbrauch und alle Formen des Energieverbrauchs, insbesondere den Einsatz fossiler Brennstoffe, zu drosseln, wir müssen unsere Ernährungsgewohnheiten verändern und lokal erzeugten Lebensmitteln den Vorzug vor Importen aus anderen Regionen geben, und wir müssen ständig effizientere Methoden zur Wiederaufbereitung flüssiger wie fester Abfälle entwickeln. Natürlich fällt es schwer, alte Gewohnheiten aufzugeben, doch wenn wir in einer friedlichen Welt leben wollen, bleibt uns nichts anderes übrig, als Lebensstile zu entwickeln, die

uns einerseits neue Quellen der persönlichen Befriedigung erschließen und andererseits die legitimen Ansprüche der Menschen in anderen Teilen dieser Welt nicht beschneiden.

Die Forderung, den Verbrauch der natürlichen Ressourcen mit globaler Verantwortlichkeit zu handhaben, mag zunächst utopisch klingen. Doch wir leben in einer zunehmend interdependenten Welt. In den islamischen Ländern, einer Zone, die sich von Indonesien über den Mittleren Osten bis hin zu den Wüstenregionen Nordafrikas erstreckt und die uns gegenwärtig so sehr beunruhigt, lebt der größte Teil der Bevölkerung in unvorstellbarer Armut. Ihr Anteil am Verbrauch der weltweiten Ressourcen beträgt nur einen winzigen Bruchteil des unseren. Und in eben diesen Not leidenden Ländern entsteht die soziale Basis für die terroristische Bedrohung unserer Städte. Ich will damit nicht behaupten, dass wir als Nation unmittelbar verantwortlich für dieses Elend seien. Doch das Modell der verschwenderischen Entwicklung, das unsere Städte repräsentieren, unser Desinteresse an den Lebensbedingungen der Entrechteten und Machtlosen in den islamischen Ländern, unsere Unterstützung für die korrupten und tyrannischen Regime, die über sie herrschen, und unser Beharren auf uneingeschränktem Zugang zu ihren Ressourcen, um die Befriedigung unserer Bedürfnisse sicherzustellen, haben eine Situation erzeugt, in der die Identifikation der Hegemonialmacht USA mit dem »großen Satan« bereitwillig aufgenommen wird (Lewis 2001, S. 54). Eine Verringerung des ökologischen Fußabdrucks unserer Städte bedeutet noch nicht, dass andere Völker aus ihrer Armut erlöst werden. Doch vielleicht können wir damit ein Zeichen setzen und der Welt zu verstehen geben, dass wir nicht nur Endlichkeit und Unteilbarkeit unserer Umwelt anerkennen, sondern auch gewillt sind, die Ressourcen dieser Erde nach einem gerechteren Modell zu teilen. Das ist die materielle Grundlage der Vision von der Offenen Stadt.

Die Charta der Stadtbürgerschaft

Von dieser Grundlage ausgehend, würde einer der ersten konkreten Schritte darin bestehen, eine umfassende Stadtbürgerschaft (*local citizenship*) mit den entsprechenden Rechten und Pflichten zu formulieren und in einer Charta der Stadtbürgerschaft niederzulegen.

Die Idee der Stadtbürgerschaft wird in den USA bisher nicht sonderlich ernst genommen. Im Gegensatz zu anderen Ländern, so zum Beispiel Australien, ist die Teilnahme an Wahlen in den Vereinigten Staaten freiwillig, und die Beteiligung an kommunalen Wahlen fällt meist erschütternd gering aus. Kommunale Steuern werden, wenn auch widerstrebend, gezahlt, doch die Vereinigungen der Steuerzahler kämpfen ständig um Steuersenkungen. Der Einberufung in ein Schöffengericht wird oft Widerstand entgegengesetzt, und viele Bürger versuchen sich dieser Pflicht gänzlich zu entziehen. Trotz alledem muss die Idee einer Stadtbürgerschaft, die ausschließlich auf Ansässigkeit beruht, keineswegs ohne Resonanz bleiben. Sie wird zum Beispiel von den Bewohnern der brasilianischen *favelas* in ihrem Kampf um angemessene

Wohnungen gefordert (Holston 1999); sie wurde kürzlich von Dorothy J. Solinger (1999) als Grundlage ihrer eindrucksvollen Beschreibung der Integration ruraler Migranten in den Küstenstädten Chinas verwendet; und Bürger aus Ländern der Europäischen Union können in jedem beliebigen Mitgliedsstaat an Kommunalwahlen teilnehmen, wenn sie dort ihren ständigen Wohnsitz haben.

Staatsbürger einer liberalen Demokratie und damit zugleich Bürger einer kommunalen Einheit zu sein, heisst, einer territorial geschlossenen, politisch aber offenen Gemeinschaft anzugehören. Diese Mitgliedschaft bringt bestimmte Rechte oder Berechtigungen ebenso wie reziproke Pflichten mit sich. Wir können uns die Stadtbürgerschaft als einen *Vertrag* zwischen der Stadt (als politische Gemeinschaft konstituiert) und ihren Bürgerinnen und Bürgern vorstellen.

Die Kriterien der Mitgliedschaft müssten gesetzlich geregelt werden. Im Falle der Stadtbürgerschaft wäre das Kriterium die Ansässigkeit im Sinne der jeweiligen Meldegesetze und für eine bestimmte Mindestdauer. Eigentliche Staatsbürgerschaft sowie jedes andere persönliche Merkmal wären in diesem Kontext irrelevant. Die grundsätzliche Bedeutung der Stadtbürgerschaft würde in einer Charta niedergelegt und diese allen neu Zuziehenden bekannt gemacht.

Die wichtigste Berechtigung einer umfassenden Stadtbürgerschaft liegt im Recht auf volle Partizipation am politischen Leben der Stadt, einschließlich des Rechts, ein Amt zu bekleiden. Davon leitet sich wiederum das Recht auf uneingeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum der Stadt ab. Stadtbürger wären ebenfalls im vollen Besitz der staatsbürgerlichen Rechte, die in entsprechenden Gesetzen in Übereinstimmung mit den verfassungsrechtlichen Bestimmungen niedergelegt werden müssten. Sie hätten das gleiche Recht auf sämtliche öffentlichen Dienstleistungen wie andere Bürger. Und letztlich, wie ich weiter unten noch ausführen werde, hätten alle Stadtbürger ein Recht auf öffentliche Unterstützung, wenn ihr Lebensstandard exakt quantifizierte Niveaus der Befriedigung einzeln aufgeführter menschlicher Grundbedürfnisse unterschreitet.

Diese Rechte sind zum größten Teil unstrittig. Über die Frage jedoch, was zu den reziproken Pflichten gehört, herrscht weit weniger Einigkeit. In der Tat übergeht die Literatur zur Staatsbürgerschaft diesen Punkt weitgehend mit Schweigen. Auf eine bemerkenswerte Ausnahme soll hier näher eingegangen werden. Vor einigen Jahren gab ein Parlamentarischer Ausschuss des Commonwealth of Australia eine Studie in Auftrag, um den Sinngehalt der nationalen Staatsbürgerschaft zu präzisieren (Parliament 1995). Der daraus hervorgegangene Bericht unterstreicht die Bedeutung *aktiver Partizipation* an einer politischen Gemeinschaft auf der Grundlage von *Gerechtigkeit und gegenseitiger Unterstützung* und nennt *Pflichten ebenso wie Rechte*, die sich auch auf die Bereiche Kultur und Umwelt erstrecken. Mit diesem ganzheitlichen Ansatz versuchen die Autoren den von ihnen so genannten »Auswüchsen der ökonomischen Rationalität und des schlanken Staates« entgegenzuwirken sowie die »Bedeutung kommunitaristischer Werte« gegen die »offizi-

elle Rhetorik vom individuellen Wettbewerb« zu verteidigen (Parliament 1995, S. 45). Zum Begriff »Ethik der Verantwortung« führen die Autoren Folgendes aus:

Entscheidend ist der ethische Gehalt der Staatsbürgerschaft, also das Motiv der bürgerlichen Pflicht. Ohne Individuen und Organisationen, die bereit sind, zu partizipieren und Verantwortung zu übernehmen, ohne ein Konzept des öffentlichen Interesses, ohne die Werte von Toleranz und Anteilnahme und ohne ein Gefühl der Solidarität und Zugehörigkeit wäre die Staatsbürgerschaft unmöglich, würden »Demokratien schwer regierbar, möglicherweise sogar instabil« (Parliament 1995, S. 69).

Um zu illustrieren, wie die Autoren erstens den erweiterten Staatsbürgerschaftsbegriff fassen, zweitens den Bürgern einen Sinn für das Gemeinwohl im alltäglichen Leben zurückgeben wollen, sind im Folgenden sechs der achtzehn Punkte aufgeführt, die im Bericht die »Pflichten des guten Staatsbürgers« genannt werden².

Gute Staatsbürger sollen demnach

- für ihre Kinder sorgen, sie liebevoll aufziehen und ihnen eine Ausbildung gewähren;
- ihre persönlichen Ansprüche und ihren persönlichen Konsum im Interesse der Gemeinschaft mäßigen;
- auf der Grundlage einer gerechten Steuerveranlagung ihre Steuern zahlen und sich dieser Pflicht nicht durch zweifelhafte Manipulationen entziehen;
- sich an Wahlen beteiligen;
- die Umwelt schonend behandeln;
- den Unterschieden innerhalb der Gesellschaft mit Toleranz begegnen.

Dies sind im Grunde genommen bürgerliche Pflichten, und wenn nicht eine besondere Gesetzgebung Sanktionen vorsieht, können sie nicht rechtlich erzwungen werden. In der obigen knappen Darstellung bleiben sie zudem außerordentlich vage. Dennoch bin ich der Ansicht, dass eine breite öffentliche Debatte über öffentliche und private Bürgertugenden sehr hilfreich wäre. Sie würde nämlich einerseits die Identifikation der Einwohner mit ihrer Stadt fördern und andererseits das ganze Spektrum der Standpunkte zu Wesen und Gehalt der Stadtbürgerschaft entfalten. Trotz vieler Differenzen, so glaube ich, werden im Laufe einer solchen Debatte beträchtliche Übereinstimmungen in Hinsicht sowohl auf die Pflichten wie auf die Rechte zutage treten. Alle Punkte, in denen Übereinstimmung über die Bedeutung der Stadtbürgerschaft erzielt wird, sollten in der Charta niedergelegt werden³. Die Charta selbst müsste vom Stadtrat ratifiziert werden und die Möglichkeit der periodischen Ergänzung gegeben sein. Und um ihre symbolische Bedeutung zu stärken, könnte ein jährlicher »Tag der Charta« als Stadtfest begangen werden.

Die Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse

Die Offene Stadt ist eine integrative Vision, die allen Ortsansässigen die Stadtbürgerschaft auf der Grundlage von Gleichheit gewährt. Unsere Städte

sind jedoch berüchtigt für die Ungleichheit, die in ihnen herrscht, und städtische Armut ist ein weit verbreitetes Phänomen. 50 Millionen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger – vielleicht auch mehr – sind noch immer, wie Franklin Delano Roosevelt es vor 70 Jahren ausdrückte, »unzulänglich untergebracht, gekleidet und ernährt«⁴. Dass die Stadtbürgerschaft für diese 20 Prozent unserer Bevölkerung in jeder lebenswichtigen Hinsicht bisher keinerlei Bedeutung hat, heißt nichts anderes, als ihnen das Recht auf uneingeschränkte menschliche Entwicklung (*human flourishing*) zu verweigern.

In den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts versuchte die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Office, ILO) in Genf die vorherrschende Auffassung über den ökonomischen Entwicklungsprozess zu korrigieren, indem sie die Frage nach der Qualität des Wirtschaftswachstums und insbesondere den Vorschlag, die Befriedigung bestimmter menschlicher Bedürfnisse in die nationalen Entwicklungsziele zu integrieren, ins Zentrum einer groß angelegten Kampagne rückte.⁵ Trotz langer Diskussionen und einer Weltkonferenz zu diesem Thema erwies sich der Vorstoß der ILO letztlich als fruchtlos, denn am Ende des Jahrzehnts wandten sich die internationalen Akteure dem Neoliberalismus zu und lenkten die Weltwirtschaft in eine Bahn des exportorientierten Wachstums und globalen Wettbewerbs. Gute Ideen verschwinden jedoch nicht einfach; es mag eine Weile still um sie werden, doch wenn der richtige Moment gekommen ist, erwachen sie zu neuem Leben. Ich bin der Überzeugung, dass ein solcher geeigneter Zeitpunkt gekommen ist.

Was sind menschliche Grundbedürfnisse? Vor 30 Jahren wurde endlos über diese Frage debattiert. Wer sollte bestimmen, welche so genannten Bedürfnisse »grundlegende« sind, und an welchem Punkt sollte es zur öffentlichen Verantwortung werden, sie zu befriedigen, sollten sie zu einem Anrecht, einem Bürgerrecht werden? Trotz dieser erkenntnistheoretischen und politischen Schwierigkeiten ist es nicht unmöglich, bestimmte *Kernbedürfnisse* zu definieren. Da unfreiwillige Obdachlosigkeit die Menschen ihrer elementarsten Ansprüche auf Würde und Sicherheit der Person beraubt, wird angemessener Wohnraum sicherlich zu den höchsten Prioritäten gehören. Das Recht auf angemessene Ernährung, insbesondere für Kinder, das Recht auf medizinische Grundversorgung (einschließlich der geistigen Gesundheit) und das Recht auf Bildung und Ausbildung, die für das Leben in der gegenwärtigen Welt rüsten, wären die nächsten Anwärter auf die Kategorie »Kernbedürfnisse«.

Eine Strategie der Stadtentwicklung, die der Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse Rechnung trägt, zielt in erster Linie darauf ab, die Barrieren der sozialen Ausgrenzung beseitigen und damit die Grundlage für die volle politische Partizipation des Individuums zu schaffen. Wenn auch die Mittel der Bedürfnisbefriedigung von Stadt zu Stadt variieren werden, müssen wir beginnen, diese neuen Anrechte einzuführen, und zwar nicht um der Wohltätigkeit willen, sondern weil sie integraler Bestandteil einer Konzeption der Stadtbürgerschaft sind, der die uneingeschränkte menschliche

Entwicklung (*human flourishing*) als höchstes Gut gilt. Um in den vollen Besitz dieses Gutes zu gelangen, müssen Individuen Zugang zu angemessenem Wohnraum, guter Ernährung, ausreichender medizinischer Versorgung und der notwendigen Ausbildung haben. Doch es gibt noch weitere Grundbedürfnisse, zu denen als wichtigstes möglicherweise die Autonomie durch produktive Arbeit zählt.⁶

Menschliche Grundbedürfnisse, darunter der Wunsch nach produktiver Arbeit, können nur dann befriedigt werden, wenn die Gesamtentwicklung von Städten und Regionen ständig für quantitative und qualitative Verbesserungen sorgt. Solange sie nicht in eine Entwicklungsstrategie integriert sind, werden alle Bemühungen, die Grundbedürfnisse zu erfüllen, lediglich wie eine Einkommensumverteilung von den Wohlhabenden zu den Armen erscheinen und folglich auf erbitterten Widerstand stoßen. Im Kontext einer sich ständig fortentwickelnden regionalen Ökonomie dagegen wird der Abbau der Barrieren, die zu sozialer Ausgrenzung führen, vermutlich eher als Teil eines umfassenderen Katalogs politischer Strategien akzeptiert, von denen letztlich die gesamte Bevölkerung profitiert.

Dies ist nicht der Ort für eine Debatte zur lokalen ökonomischen Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Doch eines sollte festgehalten werden: Städten und Regionen, die sich der Investition in ihr endogenes Potenzial dauerhaft verweigern, wird es nicht gelingen, externe Investoren anzuziehen,⁷ und damit besiegen sie ihren eigenen Niedergang.

Neue Formen gemeinsamer Selbstverwaltung (*Governance*) von Stadt und Region

Die Idee der Offenen Stadt entwirft eine unabhängige, jedoch nicht autarke Stadt, die mit ihren nächsten Nachbarn in regionalen Zusammenschlüssen und mit den weiter entfernten Nachbarn in kooperativen Netzwerken verbunden ist. Bisher sehen sich die US-amerikanischen Städte dagegen eher als in ein Nullsummenspiel um externes Kapital verwickelte Rivalen. Doch, wie ich im vorangegangenen Abschnitt ausgeführt habe, wird externes Kapital eher von solchen Orten angezogen, die in ihre eigenen Stärken investieren. Interkommunale Kooperation ist also eine weit sinnvollere Strategie auf dem Weg zur Offenen Stadt als angstbesetzte Konkurrenz.

Diese allgemeinen Feststellungen lassen sich anhand von Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union belegen (Friedmann 2001; Keating 2001). Zwar waren europäische Städte in Hinsicht auf die Bildung regionaler Regierungen nicht erfolgreicher als die amerikanischen (Lefèvre 1998), sie haben jedoch bereitwilliger nach Kooperationsmöglichkeiten gesucht. Insgesamt gesehen ist der »lokale Staat« in Europa heute stärker ausgebildet und einheitlicher, als es in den USA der Fall ist; darüber hinaus hat er nun in Brüssel einen Partner, der auf den politischen Druck von Städten und Regionen aus der gesamten EU reagieren muss.

Die fragmentierten Lokalverwaltungen in den USA müssen theoretisch, aber auch praktisch neu konzipiert werden. Vielleicht wird es auch eine Folge des

11. September sein, dass wir in unserem Bemühen, neue Lösungen zu finden und unsere Angst zu bewältigen, endlich zu einer solchen kritischen Bewertung fähig sind und neue Formen lokaler und regionaler Selbstverwaltung zu entwickeln beginnen. Wir können uns nicht allein auf die Märkte oder auf freiwillige, von Privatunternehmen ins Leben gerufene Initiativen wie das Joint Venture des Silicon Valley (Henton 2001) verlassen. Planung auf der regionalen Ebene ist unverzichtbar geworden, seit sich die Städte weiter und weiter ausdehnen, seit sich extensive und intensive räumliche Nutzungen vielfältig miteinander verflechten und es zu einer drängenden Notwendigkeit geworden ist, den ökologischen Fußabdruck der Städte zu verringern, Stadtbürgerschaften zu entwerfen und menschlichen Grundbedürfnissen gerecht zu werden (Orfield 1997). Dennoch sind regionale Formen der Selbstverwaltung in den USA bisher recht selten anzutreffen.

Ich möchte kurz auf zwei Aspekte einer gemeinsamen Selbstverwaltung von Stadt und Region⁸ eingehen, und zwar erstens die Bildung regionaler Städtekoalitionen und zweitens die Notwendigkeit, die aktive Beteiligung einer aufgeklärten Bürgergesellschaft an der städtischen Selbstverwaltung zu stärken und zu vertiefen. Ungeachtet wiederholter Vorstöße in diese Richtung scheint es in den Vereinigten Staaten wenig Enthusiasmus für die Errichtung regionaler Verwaltungen zu geben. Offenbar ziehen wir Kommunalverwaltungen vor, die klein, leicht zugänglich und schwach sind. Diese Vorliebe sorgt geradezu dafür, dass die städtischen Verwaltungen dem Druck unterschiedlichster Partikularinteressen nachgeben. Obwohl die Vernunft für eine effektive Planung auf regionaler Ebene plädiert, sind wir also in den meisten Fällen nicht in der Lage oder nicht gewillt gewesen, die angemessene institutionelle Regelung dafür zu finden.⁹

Es gibt durchaus Möglichkeiten, einige der befürchteten Nachteile regionaler Verwaltungen zu vermeiden, so zum Beispiel die Bildung regionaler Koalitionen von Kommunalverwaltungen. Auf diese Weise bleibt die kommunale Autonomie erhalten, und dennoch können regionale Probleme aufgegriffen, untersucht und kooperativ gelöst werden. Tatsächlich unterscheidet sich dies kaum von dem bereits vorhandenen Rahmen, den die seit mehreren Jahrzehnten existierenden Regionalräte (*councils of government*) geschaffen haben. Wo diese Rahmenstruktur schon vorhanden ist, braucht es nicht mehr, als die Regionalräte mit neuem Leben zu erfüllen und an den Erfordernissen der Offenen Stadt zu orientieren, wie sie weiter oben ausgeführt wurden.

Die Idee einer Charta der Stadtbürgerschaft wird jedoch nur dann Bedeutung gewinnen, wenn die bürgerlichen Pflichten ernst genommen werden, und das wiederum kann nur geschehen, wenn die Bürger überzeugt sind, dass sie tatsächlich Einfluss auf Entscheidungsprozesse ausüben können. Die Gründung von Foren der Offenen Stadt, zunächst auf Nachbarschaftsebene etabliert, wäre vielleicht ein Ausgangspunkt, um die Alltagsprobleme der Einwohner anzugehen. Sie könnten insofern einen Lernprozess in Gang setzen, als die Menschen entdecken würden, dass nicht alle lokalen Probleme

auch auf lokaler Ebene gelöst werden können, sondern häufig die Auseinandersetzung mit einer Reihe von Sachverhalten erfordern, für die höhere Verwaltungsebenen zuständig sind. Ein Grund für die traditionelle Schwäche und die unterschiedlichen Erfolgsbilanzen der Regionalräte liegt in ihrem relativ undemokratischen Charakter, ihrer Unfähigkeit, Bürger aus dem gesamten Spektrum der lokalen Gemeinschaften in ihre Arbeit einzubeziehen. Zweifellos ist das eine schwierige Aufgabe, doch sicherlich kein unüberwindliches Hindernis.

Das Projekt der Offenen Stadt

Ich habe mich in diesem Beitrag absichtlich auf die kommunale und die regionale Ebene beschränkt, und zwar nicht, weil sie die einzigen Bereiche möglichen Handelns darstellen, sondern weil es die Ebenen sind, mit denen sich Stadtplaner befassen müssen. Laut einer UN-Studie (1998) gibt es in den Vereinigten Staaten 78 städtische Agglomerationen mit mehr als 500 000 Einwohnern. Zusammen genommen machen sie 61 Prozent der städtischen und 42 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes aus. Nach Regionen berechnet fällt der prozentuale Anteil dieser urbanen Gebiete an der Gesamtbevölkerung noch weit höher aus. Jede einzelne dieser Ballungen ist eine Herausforderung, bestimmte, letztlich gesellschaftliche Experimente durchzuführen, um die Grundlagen für die Planung der Offenen Stadt zu präzisieren.

Diese Experimente lassen sich in drei Phasen gliedern, in denen die Planer jeweils spezifische politische Auseinandersetzungen führen sollten. Die erste, vorbereitende Phase eröffnet den lokalen Diskurs zur Offenen Stadt und den verschiedenen Möglichkeiten, dieses Projekt zu voranzutreiben. Die zweite befasst sich mit der strategischen Planung und ist auf einen Zeitraum von etwa 20 Jahren angelegt, in dem alternative Szenarien zur öffentlichen Debatte gestellt werden. Die dritte, programmatische Phase umfasst konkrete Schritte der Realisierung derjenigen Teile des strategischen Plans, die als politisch realisierbar erscheinen. In jeder einzelnen Phase werden sich die Gründe sowohl für Opposition als auch für Zustimmung zeigen.

An diesem Punkt stehen den Planern verschiedene Optionen offen. Eine würde darin bestehen, »mit dem Strom zu schwimmen«, also den Weg des geringsten Widerstands einzuschlagen und alle die Szenarien aufzugeben, die vermutlich auf politischen Widerstand träfen. Oder sie könnten sich mit den bereits mobilisierten Teilen der Bürgergesellschaft verbünden, die bereit sind, das eine oder andere Szenario der Offenen Stadt oder bestimmte Aspekte eines Szenarios zu unterstützen. Als dritte Option bietet sich an, in einer Reihe von Verhandlungen zwischen Gegnern und Befürwortern zu vermitteln und einen politischen Kompromiss herzustellen.

In jedem urbanen Verdichtungsraum werden die Planer aller Wahrscheinlichkeit nach Unterstützung für solche Szenarien finden, die mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit, verbesserten Umweltschutz sowie weniger Ausgrenzung versprechen. Fortschrittliche Planer werden Verbündete für das

Konzept der Offenen Stadt zum Beispiel in religiösen Organisationen finden, die verschiedene Glaubensrichtungen vertreten, bei politischen Gruppierungen wie den Grünen, bei Gruppen, die ehrenamtliche Arbeit mit Immigranten leisten, sowie bei afroamerikanischen Gemeinschaften. Und da die Szenarien zur Offenen Stadt sich mit zentralen Themen des städtischen Lebens befassen, werden möglicherweise sogar die Massenmedien über diese Aktivitäten berichten und sie unterstützen.

Bent Flyvbjerg (2001) hat kürzlich in einer Antwort an seiner Kritiker festgestellt, dass »Hoffnung der Fluch unserer Profession« ist (S. 292). Er bestärkt uns in dem Gedanken, unsere Hoffnungen durch Macht zu unterstützen. Er weiß, ebenso wie wir auch, dass jegliche Abweichung von den eingefahrenen Routineabläufen der Planung nur mit realer Macht durchgesetzt werden kann. Und im Gegensatz zum weit verbreiteten Glauben sind Planer alles andere als machtlos. Abgesehen von den vielfältigen Möglichkeiten des Planungsrechts besitzen sie die Macht, Ja oder Nein zu sagen. Sie haben die Macht, Informationen weiterzuleiten oder zurückzuhalten. Sie haben die Macht, einen öffentlichen Diskurs über die Stadt zu initiieren. Sie haben die Macht, die Öffentlichkeit einzubeziehen und so die Einwohner zum Voneinander-Lernen zu bewegen. Sie haben die Macht, die politische Tagesordnung zu bestimmen. Und sie haben die Macht, Positionen zu verteidigen, die sorgfältig entwickelt wurden, sowohl in ethischer wie in praktischer Hinsicht. Diese Macht darf man nicht unterschätzen, und sie sollte genutzt werden, um das Projekt der Offenen Stadt voranzutreiben.

Ich habe mich auf die amerikanischen Städte konzentriert, doch meine Vorstellungen gehen über unsere nationalen Grenzen hinaus. Die Offene Stadt als Projekt hat beträchtliche Bedeutung für die übrige Welt. Aller Augen, auch aus den abgelegensten Dörfern, richten sich auf uns in den Vereinigten Staaten; was immer wir tun, wird genauestens beobachtet und sorgfältig analysiert. Manche verurteilen und hassen uns sogar für das, was sie zu sehen glauben, aber an anderen Orten wird vieles nachgeahmt, was wir tun, selbst wenn der spezifische historische Kontext nicht immer verstanden wird. Unsere Städte jedoch werden von anderen nicht als Modell herangezogen. Sie werden als potenzielle Märkte angesehen, doch keinesfalls als Beispiel, wie man Städte nach menschlichem Maß baut, selbstregulierte und nachhaltig wirtschaftende Gebilde, die wahrhaft Städte für Bürger sind (Douglass/Friedmann 1998). Vielleicht ist für uns alle, Planer eingeschlossen, der Zeitpunkt gekommen, Amerikas Städte aus dem Griff derer zu befreien, die George Soros (1998) als Marktfundamentalisten bezeichnet, um sie dann neu zu gestalten, und diesmal als Vorbilder für die ganze Welt.

Danksagung: Ich danke Rebecca Abers, Bob Beauregard, Neil Brenner, Tony Dorcey und Leonie Sandercock für ihre Diskussion einer früheren Fassung dieses Beitrags.

Anmerkungen

1 Ein knapper Vergleich soll das Problem illustrieren. Auf die 5 Prozent der Weltbevölkerung, die in Nordamerika (den USA und Kanada) leben, entfallen 28 Prozent des weltweiten gewerblichen Energieverbrauchs. Wenn wir Europa und Ozeanien – beide charakterisiert durch hohen Energiekonsum – aus unserer Berechnung ausschließen, verbraucht Nordamerika mit nur 6 Prozent Bevölkerung, bezogen auf diese Populationsbasis, sogar 41 Prozent der gewerblich genutzten Energie. Der gewerbliche Energieverbrauch Nordamerikas pro Kopf der Bevölkerung beträgt das 25fache des Verbrauchs in Afrika, das 2,2fache des europäischen und das 9fache des Verbrauchs auf dem asiatischen Kontinent (The World Resources Institute u.a. 1998). Da der größte Teil der Energien aus nicht regenerierbaren Ressourcen stammt, kommen die langfristigen Ungerechtigkeiten der gegenwärtigen Verbrauchsmuster in diesem Vergleich dramatisch zum Ausdruck. 2 Zwar veröffentlichte der Ausschuss die Studie; sie wurde jedoch nicht handlungsleitend. Für die Ansichten eines amerikanischen Politologen zur Frage der Staatsbürgerpflichten, die er in die vier Kategorien gesetzliche, politische, soziale und partizipatorische Pflichten unterteilt, siehe Janoski (1998), insbesondere Kap. 3. 3 Die Frage der bürgerlichen Pflichten erfordert eine angemessene politische Theorie. Als wichtigste theoretische Arbeit zu diesem Thema erscheint mir Carole Patemans (1979) Theorie der relationalen Demokratie, wie sie in der folgenden Passage zusammengefasst ist: Die Vorstellung »politischer« Pflichten als horizontale Beziehung zwischen Bürgern ... lässt sich nur mit einem revidierten Demokratiekonzept [der liberalen Theorie] vereinbaren und setzt eine substaatliche politische Gemeinschaft als politischen Verband oder als Vielzahl politischer Verbände voraus. Die Mitglieder der Gemeinschaft sind Bürger vieler politischer Verbände, die durch horizontale und vielseitige Beziehungen miteinander verflochten sind, wie sie aus freiwillig übernommenen politischen Pflichten erwachsen. Wesentliches Merkmal des »Politischen« ist, dass es nicht länger vom Alltagsleben abgetrennt existiert. Die politische Sphäre ist eine Dimension, nämlich die kollektive Dimension, des gesellschaftlichen Lebens als Ganzes. Sie ist der Bereich der gesellschaftlichen Existenz, in dem Bürger freiwillig miteinander kooperieren und ihr gemeinsames Leben sowie ihr gemeinsames Projekt erhalten und weiterführen. (S. 174) · In anderen Worten, auf einen Katalog der bürgerschaftlichen Pflichten kann man sich nur in intensiven öffentlichen Debatten über den akzeptablen Mindeststandard im Verhalten einigen, der für Bürger einer gegebenen politischen Gemeinschaft, wie einer Stadt oder einer Stadtregion, bindend sein soll. Bereits die öffentliche Debatte über dieses Thema würde dazu beitragen, die Umrisse eines »gemeinsamen Lebens und Projektes« zu skizzieren sowie die entsprechenden Praktiken zu definieren, die entweder dem individuellen Gewissen überlassen bleiben oder auch von kleineren politischen Verbänden als der politischen Gesamtgemeinschaft sanktioniert werden. 4 Die ärmsten 20 Prozent der US-Bevölkerung leben von \$ 5 800 KKP (Kaufkraftparität) pro Kopf. Zum Vergleich: In Deutschland beträgt dieser Wert \$ 6 594 und in Schweden \$ 7 160. Etwa 19,1 Prozent der US-amerikanischen Bevölkerung leben unterhalb einer Armutsschwelle, die auf 50 Prozent des Median-Einkommens der Gesamtbevölkerung festgesetzt ist. Für Deutschland beträgt der entsprechende Wert 5,9 Prozent, für Schweden 6,7 Prozent. Schließlich sind 20,7 Prozent der US-Bevölkerung funktionale Analphabeten, während deren Anteil in Deutschland 14,4 Prozent und in Schweden 7,5 Prozent beträgt. Alle Daten stammen aus jüngeren Erhebungen. Siehe United Nations Development Programme 1999, Tabelle 5. 5 Für eine allgemeine Diskussion siehe Friedmann 1992, Kap. 4. 6 Diese Formulierung wirft die Frage auf, welche Arbeit als »produktiv« anzusehen ist. So könnte zum Beispiel die Arbeit der Kindererziehung von der Geburt bis zum Schulalter als

gesellschaftlich produktive Arbeit bewertet werden, die vom Staat in Form eines Familienzuschusses entlohnt werden könnte. ⁷ Investitionen in sieben miteinander verflochtene Ressourcenkomplexe werden die regionale Entwicklung stimulieren und neue Arbeitsplätze schaffen:

- Humankapital; dazu gehört alles, was wir benötigen, um zu gesunden und produktiven Menschen heranzuwachsen: gute Ernährung, gute Wohnungen und lebensfähige Nachbarschaften, Gesundheitsversorgung, Bildung und Ausbildung.
- Soziales Kapital, das als eine robuste, sich selbst verwaltende bürgerliche Gesellschaft zu verstehen ist, die sich intensiv mit dem Alltagsleben ihrer Gemeinschaften befasst.
- Kulturelles Kapital oder das bauliche Erbe der Stadtregion sowie die Unverwechselbarkeit und Dynamik ihres kulturellen Lebens.
- Intellektuelles Kapital, darunter die Qualität der Universitäten und Forschungseinrichtungen der Region und die in Japan so genannten »lebendigen menschlichen Schätze«: Künstler, Intellektuelle und Wissenschaftler, die das kreative Potenzial der Stadt verkörpern.
- Umweltkapital, zu dem alle Qualitäten der physischen Umgebung gehören, die essentiell für den Erhalt des Lebens selbst sind, also die Luft, die wir atmen, das Wasser, das wir trinken, und die Kapazität des Landes, eine dauerhafte menschliche Besiedlung zu ermöglichen.
- Natürliches Kapital oder die natürlichen Ressourcen einer Region, zum Beispiel ihr Land, ihre Landschaften, Strände, Wälder, Fischereizonen und Bodenschätze, deren Nutzung sowohl Produktionszwecken als auch dem reinen Vergnügen dienen soll.
- Urbanes Kapital, üblicherweise als städtische Infrastruktur bezeichnet, also Einrichtungen und Ausrüstungen für Transport und Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Abwasseraufbereitung und Müllentsorgung oder, in allgemeinerem Sinne, die gebaute Umgebung (Friedmann 1992, Kapitel 2).

⁸ Der Autor verwendet hier den Begriff »governance«. »Für den aus dem Englischen übernommenen vieldeutigen Begriff existiert im Deutschen keine eindeutige Entsprechung. Am ehesten lässt sich ›Governance‹ mit Steuerung, Leitung übersetzen. Dabei wird überall dort in Staat, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von ›Governance‹ gesprochen, wo individuelle Interaktionen und soziale Transaktionen systematischen Handlungsmustern und Regeln folgen. Während ›Government‹ formelles, durch Recht, Gesetz und Verfassung bestimmtes Handeln umschreibt, zielt ›Governance‹ auf Mechanismen informellen und nichtinstitutionalisierten Handelns.« (Der aktuelle Begriff, Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 2, 22.01.2001) – (Anmerkung der Übersetzerin).

⁹ Eine bemerkenswerte Ausnahme stellt Portland Metro dar, ein regionaler Planungsverband, der 1978 gegründet wurde und aus einer direkt wählbaren Exekutive und einem Rat besteht. Die Region Portland, Oregon, hat sehr erfolgreich eine »kompakte Metropole« aufgebaut und städtische mit Umweltinteressen zu vereinbaren verstanden.

Literatur

- Abbott, Carl J. (2000), The Capital of Good Planning. Metropolitan Portland since 1970, in: Robert Fishman (Hrsg.), *The American Planning Tradition. Culture and Policy*, Washington, DC., S. 241–261. ■ Caldeira, Teresa P.R. (1999), Fortified Enclaves. The New Urban Segregation, in: James Holston (Hrsg.), *Cities and Citizenship*, Durham, NC, S. 114–138. ■ Douglass, Mike, und John Friedmann (Hrsg.) (1998), *Cities for Citizens. Planning and the Rise of Civil Society in a Global Age*, Chichester (U.K.). ■ Flyvbjerg, Bent (2001), *Making Social Science Matter. Why Social Inquiry Fails and How It Can Succeed Again*, Oxford, New York, NY. ■ Friedmann, John (1992), *Empowerment. The Politics of Alternative Development*, Cambridge, MA. ■ Friedmann, John (1998), The New Political Economy of Planning. The Rise of Civil Society in a Global Age, in: Mike Douglass und John Friedmann (Hrsg.), *Cities for Citizens. Planning and the Rise of Civil Society in a Global Age*, Chichester (U.K.), S. 119–138. ■ Friedmann, John (2001), Intercity Networks in a Globalizing Era, in: Allen John Scott (Hrsg.), *Global City-regions. Trends, Theory, Policy*, New York, NY, S. 119–138. ■ Friedmann, John (2002), *The Prospect of Cities*, Minneapolis, MN. ■ Henton, Douglas (2001), Lessons from Silicon Valley. Governance in a Global City-region, in: Allen John Scott (Hrsg.), *Global City-regions. Trends, Theory, Policy*, New York, NY, S. 391–400. ■ Holston, James (1999), Spaces of Insurgent Citizenship, in: James Holston (Hrsg.), *Cities and Citizenship*, Durham, NC, S. 155–173. ■ Janoski, Thomas (1998), *Citizenship and Civil Society*, New York, NY. ■ Keating, Michael (2001), Governing Cities and Regions. Territorial Restructuring in a Global Age, in: Allen John Scott (Hrsg.), *Global City-regions. Trends, Theory, Policy*, New York, NY, S. 371–390. ■ Lefèvre, Christian (1998), Metropolitan Government and Governance in Western Countries. A Critical Review, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 22 (1), S. 9–25. ■ Lemann, Nicholas (21.10.2001), What Terrorists Want, in: *The New Yorker*, S. 36–41. ■ Lewis, Bernard (19.11.2001), The Revolt of Islam, in: *The New Yorker*, S. 50–63. ■ Orfield, Myron (1997), *Metropolitics. A Regional Agenda for Community and Stability*, Cambridge, MA. ■ Parliament of the Commonwealth of Australia (1995), Discussion Paper on a System of National Citizenship Indicators, Canberra (Senate Legal and Constitutional Reference Committee). ■ Pateman, Carole (1979), *The Problem of Political Obligation. A Critical Analysis of Liberal Theory*, Chichester. ■ Rees, William E., und Mathis Wackernagel (1994), Ecological Footprints and Appropriated Carrying Capacity. Measuring the Natural Capital Requirements of the Human Economy, in: Ann-Marie Jansson und Herman E. Daly (Hrsg.), *Investing in Natural Capital. The Ecological Economics Approach to Sustainability*, Washington, DC, S. 362–390. ■ Sivan, Emmanuel (1985), *Radical Islam. Medieval Theology and Modern Politics*, New Haven, CT. ■ Solinger, Dorothy J. (1999), Contesting Citizenship in Urban China. Peasant Migrants, the State, and the Logic of the Market, Berkeley, CA. ■ Soros, George (1998), *The Crisis of Global Capitalism*, London. ■ The World Resources Institute, The United Nations Environmental Programme, The United Nations Development Programme, The World Bank (1998), *World Resources 1998–1999*, New York, NY. ■ United Nations (1998), *World Urbanization Prospects. The 1996 Revision*. New York, NY. ■ United Nations Development Programme (1999), *Human Development Report 1999*, New York, NY. ■ von Weizsäcker, Ernst Ulrich, Amory B. Lovins und L. Hunter Lovins (1995), Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch, *Der neue Bericht an den Club of Rome*, München.

Hinweis der Redaktion

Der Beitrag von John Friedmann wurde unter dem Titel »City of Fear or Open City« für das »Journal of American Planning Association – JAPA« (Ausgabe Sommer 2002) verfasst.

Mit freundlicher Genehmigung von JAPA wurde der Beitrag für diese Veröffentlichung aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt (Übersetzerin: Gisela Schillings). Die Verantwortung für die Übersetzung liegt beim Deutschen Institut für Urbanistik.

Internationale Erfahrungen



4



Europäische und amerikanische Erfahrungen mit der sozialen Stadtteilentwicklung

Robert Sander

Einführung

Das 1999 gestartete Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« basiert mit seinem Anspruch und seinen Zielsetzungen in weiten Teilen auf Vorläuferprogrammen, die im europäischen oder nationalen Rahmen entstanden sind. Die umfangreichsten Erfahrungen liegen aus Großbritannien, den Niederlanden und Frankreich vor. In diesen Ländern wurden bereits seit Ende der 70er-/Anfang der 80er-Jahre integrierte Handlungsprogramme für die Revitalisierung benachteiligter Stadtquartiere implementiert, mehrfach fortgeschrieben und modifiziert. Schließlich waren es auf der europäischen Ebene vor allem die EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN I von 1994 sowie deren Fortsetzung mit URBAN II im Jahr 2000, die Maßstäbe für integrierte quartiersbezogene Programme setzten. Inzwischen gibt es in nahezu allen europäischen Ländern integrative Programme für Stadtteilerneuerung oder zumindest Einzelprogramme, die auf eine Revitalisierung städtischer Quartiere ausgerichtet sind. Nicht zuletzt angesichts einer weltweiten Hinwendung zu städtischen Problemen als einer der wichtigsten globalen Zukunftsaufgaben (z.B. UN-Gipfel zur Sozialen Entwicklung in Kopenhagen 1995; HABITAT II in Istanbul 1996; Weltkonferenz URBAN 21 in Berlin 2000) wird der städtischen Entwicklung auf nationaler Ebene hohe Priorität eingeräumt. Neben den hier ausführlicher behandelten Programmen bestehen ähnliche Programmansätze unter anderem in Portugal, Spanien, Italien, Belgien, Luxemburg, Dänemark und Griechenland (European Commission 1997).

Im Folgenden sollen synoptisch Programmansätze derjenigen europäischen Staaten dargestellt werden, die bereits über mehrjährige Erfahrungen und fortgeschriebene Programme verfügen. Hierbei handelt es sich um die Niederlande (»Großstadtpolitik« und »stedelijk beheer«) Großbritannien (»New Deal for the Communities« und »Single Regeneration Budget«) und Frankreich (»contrats de ville« und »Développement Social des Quartiers«) sowie übergreifend um die Europäische Union (»Gemeinschaftsinitiative URBAN I und II«). Im Kontext dieser Programme und vor dem Hintergrund, Hinweise für eine Fortschreibung des deutschen Bund-Länder-Programms »Soziale Stadt« zu erhalten, ist Folgendes von besonderem Interesse:

- Zielsetzungen und erwartete Wirkungen;
- Ressourcenbündelung und Finanzierung;
- Handlungsfelder und Maßnahmenschwerpunkte;
- Bürgeraktivierung und -mitwirkung;
- Organisations- und Kooperationsstrukturen;
- Monitoring und Evaluierung.

In einem Exkurs soll schließlich ein Blick auf aktuelle Strategieansätze in den USA geworfen werden, wo es einerseits widersprüchliche Ansätze und Erfahrungen gibt, andererseits aber auch lokale Selbsthilfe- und Selbstorga-

nisationsstrukturen, die ebenfalls für das deutsche Programm von Interesse sein können.

1. Anlässe – Zielsetzungen – Strategien

Anlässe für die Implementation von Programmen zur Revitalisierung städtischer Quartiere auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene sind weitgehend ähnlich komplexe Ursachenzusammenhänge und deutlich wahrnehmbare politische, gesellschaftliche, ökonomische und soziale Phänomene in vielen städtischen Quartieren nahezu aller großen europäischen Städte. Überall wird ein sozioökonomischer und sozialräumlicher Strukturwandel konstatiert, der keineswegs nur auf einen schlechten Zustand von Häusern und Wohnungen zurückzuführen ist, sondern seine Ursachen in den wirtschaftlichen Veränderungen seit Ende der 60er-Jahre hat, damit ein gesamtstaatliches und gesamtgesellschaftliches Phänomen darstellt und nicht der einzelnen Stadt, dem einzelnen Stadtquartier anzulasten ist (Häußermann, 2000, S. 13 ff.). Als Indikatoren dieses Strukturwandels werden in nahezu allen Programmen vor allem folgende aufgeführt:

- städtebauliche Defizite,
- hohe Arbeitslosigkeit,
- Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen,
- Einkommensarmut,
- Defizite in der baulichen und sozialen Infrastruktur,
- hohe Umweltbelastungen,
- defizitäre Freiflächensituation und desolate öffentliche Räume,
- soziale Spannungen,
- Migrantenkonzentrationen,
- mangelnde Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungschancen.

Diese europaweit zu beobachtenden Entwicklungstendenzen waren auch für die EU Anlass, im Jahr 1994 die EU-Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete (URBAN) auf den Weg zu bringen. Die EU-Strukturpolitik wurde damit erstmals dezidiert auf städtische Gebiete bezogen. Ausgehend von der Erkenntnis, dass etwa 80 Prozent der europäischen Bevölkerung in städtischen Gebieten leben und einige der »gravierendsten Probleme der Gemeinschaft im Zusammenhang mit mangelnden wirtschaftlichen Perspektiven, niedrigen Einkommen und einer allgemein schlechten Lebensqualität« auf städtische Gebiete konzentriert sind und dass »zunehmende Spannungen innerhalb der europäischen Gesellschaft sich vor allem an sozialer Ausgrenzung in den Innenstädten und Stadtrandzonen« zeigen, wurde 1996 sogar eine Erweiterung der Gemeinschaftsinitiative beschlossen (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2000, S. 2).

Bei weitgehend ähnlichen Ausgangsvoraussetzungen lassen sich dennoch im Einzelnen sowohl zeitliche und sozialräumliche Unterschiede als auch unterschiedliche Problemschwerpunkte darstellen, die Einfluss auf die jeweiligen Programmformulierungen hatten. Ökonomischer, technologischer und sozialer Wandel vollzogen sich national und regional in unterschiedlicher Dra-

matik und zeitlicher Abfolge; Zuwanderungspolitik und die räumliche Konzentration von Migrantinnen und Migranten sind in vielen europäischen Städten unterschiedlich ausgeprägt.

Die Programme der 70er- und 80er-Jahre in Großbritannien und Frankreich, aber auch in den Niederlanden, waren zunächst wenig erfolgreich, da sie auf der Basis von Einzelprogrammen vor allem auf die bauliche Erneuerung und die Marktkräfte ausgerichtet waren. Erst in den Nachfolgeprogrammen wird verstärkt auf integrierte strategische Ansätze und Handlungskonzepte gesetzt. Zentrales Element ist nunmehr zum einen eine sozialräumliche Ausrichtung der Programme und Handlungsstrategien, die eine Überwindung enger Ressort- und einer je spezifischen Förderpolitik bedeutet. Zum anderen sind integrative Handlungsansätze und Vorgehensstrategien erforderlich und damit eine Querschnittsorientierung, um der Vielschichtigkeit der Problemsituationen in diesen Quartieren gerecht zu werden. Schließlich spielt der Aspekt der Nachhaltigkeit im Sinne einer langfristigen Tragfähigkeit der Ziele und Maßnahmen eine entscheidende Rolle: Hilfe zur Selbsthilfe, fördern und fordern sind wesentliche Programmelemente. Von strategischer Bedeutung schließlich ist die Forderung nach einer Ressourcenbündelung, die ebenfalls in fast allen Programmen enthalten ist. In der Bündelung von Mitteln, Maßnahmen und Aktivitäten wird eine zentrale Voraussetzung dafür gesehen, um eine positive Entwicklungsdynamik nicht nur in den Quartieren selbst auszulösen, sondern auch bei den lokalen Entscheidungsträgern. Als strategisches Umsetzungsinstrument, mit dem gleichermaßen Aktivitäten initiiert, Entwicklungsprozesse gesteuert, Maßnahmen und Mittel gebündelt und Entscheidungsfindungen auf einzelnen Akteursebenen moderiert werden sollen, wird ein in den Quartieren verankertes Stadtteil- oder Quartiermanagement («neighbourhood-management») als wichtig angesehen.

Bei der Festlegung und Abgrenzung von Stadtquartieren im Rahmen der unterschiedlichen Revitalisierungsprogramme gehen die Länder ähnlich vor, während es für die Aufnahme einzelner Quartiere in die Programme unterschiedliche Verfahren gibt. Generell wird versucht, die Quartiere anhand sozialer, ökonomischer und städtebaulicher Indikatoren abzugrenzen, wobei häufig auch gesamtstädtische Durchschnittsgrößen als Bezugsgrößen herangezogen werden. Da kleinräumliche Sozialdaten nur selten zur Verfügung stehen und die Gebiete nicht mit den statistischen Raumeinheiten korrespondieren, wird in aller Regel auch auf qualitative Problembeschreibungen zurückgegriffen und das gleichzeitige Vorliegen mehrerer negativer Faktoren als Auswahlkriterium genommen. Generell gilt, dass sich die negativen Entwicklungstrends in diesen Quartieren für eine Aufnahme ins Programm deutlich von der gesamtstädtischen Entwicklung abheben müssen.

Ein sehr ausdifferenziertes System zur Festlegung von kleinräumlichen »deprivation-areas« wird in Großbritannien angewandt, das gleichzeitig auch als ein gutes Beispiel im Sinne eines Monitorings der Entwicklung von Stadt-

quartieren angesehen werden kann. Auf der Basis einer sehr kleinräumlichen Statistik (räumliche Einheit ist der Wahlbezirk) wurden Hauptindikatorbereiche (Einkommen, Beschäftigte, Gesundheit, Bildung, Wohnen und Infrastruktur) mit je spezifischen Einzelindikatoren erstellt. Die Hauptindikatoren werden sodann gewichtet, und es wurde für das Jahr 2000 auf dieser Basis der »Index of Multiple Deprivation 2000« errechnet. Hierdurch war es nicht nur möglich, ein sehr genaues Bild einzelner Gebiete zu erhalten, sondern auch ein Ranking der Gebiete untereinander und damit Prioritätensetzungen vorzunehmen. Dieses Verfahren wird vor allem im aktuellen Programm des »New Deal for the Communities« zur Bestimmung von »deprived areas« eingesetzt (empirica 2001, S. 12 ff.). Die Aufnahme der Quartiere in das Programm erfolgt über Wettbewerbsverfahren, an denen sich die Städte beteiligen können.

Der französische Ansatz zur Bestimmung und Abgrenzung von Stadtquartieren ist insofern von besonderem Interesse, als dort »Stadtverträge« überwiegend auf der Basis interkommunaler Stadtteilabgrenzungen geschlossen werden, begründet auch durch die Lage vieler Problemgebiete am Stadtrand. Die bisher bestehenden 247 Stadtverträge wurden mit mehr als 1000 Gemeinden geschlossen (Délégation Interministérielle à la Ville 2000, S. 17). Als Begründung hierfür gilt, dass sich einzelne Maßnahmen und Aktivitäten nicht nur auf eng begrenzte Gebiete beziehen dürfen, sondern einen weiteren, funktionalen Zusammenhang berücksichtigen müssen.

2. Ressourcenbündelung und Finanzierung

In allen Programmen und Programmfortschreibungen sowohl in den Niederlanden, in Großbritannien und Frankreich als auch in den EU-Gemeinschaftsinitiativen wird der Ressourcenbündelung eine zentrale Bedeutung für den Erfolg dieser Programme beigemessen. Angesichts der starken Ressortorientierung gestaltet sich eine solche Bündelung ausgesprochen schwierig. Finanzierung und Finanzausstattung von Programmen auf nationaler Ebene sind uneinheitlich und haben sich immer wieder geändert; Bündelungseffekte werden nur mühsam erzielt. Eingesetzt werden sowohl Mittel aus übergreifenden Stadterneuerungsprogrammen als auch Mittel aus unterschiedlichen Sozial- und Arbeitsbeschaffungsprogrammen sowie aus sozialräumlich ausgerichteten Programmen. Schließlich wird auch – wie etwa in Großbritannien – mit Globalzuweisungen gearbeitet. Die Laufzeiten einzelner Programme sind sehr unterschiedlich. So haben vor allem Großbritannien, Frankreich und die Niederlande ihre Programme immer wieder fortgeschrieben oder ganz neue Programme aufgelegt. Generell wird erkennbar, dass sich die einzelnen Regierungen auf längere Laufzeiten (von mindestens zehn Jahren) einstellen, und es wird diskutiert, ob solche Programme angesichts der Problemdimensionen nicht zur Daueraufgabe werden müssten. Den breitesten Förderansatz verfolgt die EU im Rahmen der URBAN-I- und URBAN-II-Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete. Im Folgenden wird dazu ein kurzgefasster Überblick gegeben.

Niederlande

Die niederländischen Bündelungsansätze haben mehrere Modifikationen im Rahmen der unterschiedlichen Programme erfahren. Im Rahmen des »PCG-beleid« gab es neben den Programm-Mitteln einzelner Ministerien auch die Bündelung von Fördermitteln mehrerer Ministerien, ohne dass der Finanzrahmen insgesamt erhöht worden wäre. Grundlage hierfür bildeten so genannte Gebietspläne der Gemeinden mit Kostenschätzungen, auf deren Basis Verwaltungsvereinbarungen geschlossen und die staatlichen Zusagen als »claims« aufgenommen wurden, die jedoch noch nicht vollständig gedeckt waren. Dieses Prinzip funktionierte allerdings nur unzureichend, da die Ministerien ihre Zusagen nicht immer einhielten (Froessler 1994, S. 92 f.). Bei der Fortführung des »PCG-beleid« im Rahmen der Politik der Sozialen Erneuerung wurden Förderprogramme einzelner Ministerien, die nach ihren Zielsetzungen und Aufgabenbereichen in die Soziale Erneuerung involviert waren, in einem »Fonds Soziale Erneuerung« zusammengefasst. Aus diesem Fonds konnte ein breites Spektrum unterschiedlichster Maßnahmen gefördert werden, ohne Berücksichtigung je spezifischer Fachressortgrenzen. Das Verfahren für den Abschluss von Verwaltungsvereinbarungen mit der Regierung blieb insgesamt gegenüber dem Vorläuferprogramm weitgehend dasselbe. Von Bedeutung war nunmehr allerdings, dass sich die Gemeinden zu integrierten Handlungsansätzen verpflichten mussten, um die horizontale Kooperation vor Ort zu stärken (Schmals/Kemper 2000, S. 28 ff.). Die aktuelle »Großstadtpolitik« als Fortsetzung der Politik der sozialen Erneuerung ist wieder stärker auf größere Städte konzentriert und ressortiert in einem eigenen »Ministerium für große Städte und Minderheitenpolitik«, das auf Regierungsebene die Ministerien und Mittel koordinieren soll. Auch in den Niederlanden spielen Entwicklungspläne eine wichtige Rolle, die als Voraussetzung für die gebietsorientierten Mittelzuweisungen erstellt werden müssen (Schmals/Kemper 2000, S. 29 f.). Im Rahmen dieses Programms, an dem 25 Städte beteiligt sind, stehen für einzelne Aktionsfelder zwischen 1995 und 2002 rund 17 Mrd. Gulden/7,7 Mrd. Euro zur Verfügung (Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit; Arbeitsvermittlung; Stadtökonomie, Lebensqualität und Sicherheit; Bekämpfung der Jugendkriminalität).

Großbritannien

Im »City-Challenge«-Programm wurden Mittel aus unterschiedlichen Programmen zusammengezogen, die in den Wettbewerbsquartieren eingesetzt wurden. Die Kommunen mussten außerdem weitere Mittel akquirieren (zum Beispiel von Wohnungsunternehmen, freien Trägern und der Privatwirtschaft), die in die Bewertung ihrer Anträge eingingen. Eine weitgehende Ressourcenbündelung war im Rahmen der Wettbewerbsverfahren so bereits Voraussetzung für die Aufnahme in das »Challenge«-Programm. Diese Verfahren wurden aber vor allem auf kommunaler Ebene auch kritisiert, da Bewilligung und Vergabe von Projekten weitgehend staatlich kontrolliert wurden und den Kommunen oder lokalen Initiativen wenig Spielräume blieben (Froessler/Wagner 1994, S. 17 f.).

Mit dem »Single Regeneration Budget« wurde das Bündelungsprinzip noch gestärkt. Die Einrichtung des »Budget« bedeutete die Bereitstellung von Mitteln aus 20 unterschiedlichen »grants« der Ministerien, die in einem gesonderten Budget zusammengefasst und von den neu eingerichteten »Government Offices of the Regions« verwaltet und koordiniert wurden. Damit war ein Fonds geschaffen, aus dem investive und nicht investive Maßnahmen finanziert werden konnten. Bis dahin bestehende Einzelprogramme mit je spezifischen räumlich- und subjektorientierten Förderstrukturen und engen Zweckbindungen wurden aufgelöst zugunsten von größeren Gestaltungsspielräumen für die Kommunen und einzelne Projektinitiativen. Haushaltsrechtlich bedeutete diese Vorgehensweise ein deutliches Abweichen gegenüber bisheriger ressortorientierter Politik (empirica 2001, S. 3). Insgesamt kann dieses Modell – auch im Vergleich zu anderen Ländern, wie etwa Deutschland – als ein sehr weitgehender Ansatz für Ressourcenbündelung angesehen werden.

Eine nochmalige Änderung brachte der Handlungsansatz des »New Deal for the Communities«. Eine Bündelung der politischen Aktivitäten erfolgt nunmehr direkt beim Premierminister durch zentrale Arbeitsteams. Durch einen Wandel der Programmphilosophie weg von den Fach- und hin zu Gebietsprogrammen soll eine noch bessere Bündelung von Mitteln und Maßnahmen erreicht werden. Interministerielle »Power Action Teams« erarbeiten zu übergreifenden Themen Berichte (»Getting the people to work«; »Getting the place to work«; »Building a future for young people«; »Access to services«; »Making the Government work better«), die Grundlage für die Finanzierung und Umsetzung darstellen sollen (empirica 2001, S. 9). Das Programm sieht eine Förderung von zunächst 17 »Pathfinder«-Projekten über einen Zeitraum von zehn Jahren vor. Beginnend mit dem Zeitraum 1999/2000 wurden zunächst 270 Mio. DM/138 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, für die Jahre 2000/2001 675 Mio. DM/345 Mio. Euro und für den Zeitraum 2001/2002 sind 1,21 Mrd. DM/621 Mio. Euro vorgesehen, so dass sich eine Gesamtsumme von rund 2,16 Mrd. DM/1,10 Mrd. Euro ergibt.

Frankreich

Im Rahmen der Politik des »Développement Social des Quartiers« erfolgte die Ressourcenbündelung zunächst durch ein interministerielles Gremium, das letztlich der Weisung des Premierministers untersteht. Aus der Erkenntnis, dass bisherige Fachpolitiken weitgehend isoliert voneinander betrieben wurden und Einzelmaßnahmen nicht zu den erhofften Effekten führten, sollte nunmehr durch eine Kombination der einzelnen ministeriellen Budgets eine wirkungsvollere Politik betrieben werden. Allerdings sollten die Herkunft der einzelnen Fördergelder und die jeweilige Fachpolitik erkennbar bleiben.

Mit der neuen Generation der Stadtverträge (»contrats de ville«) ist ein zentrales Bündelungsinstrument geschaffen worden, mit dessen Hilfe alle Mittel verwaltet und in die Stadtquartiere geleitet werden. Im Rahmen der Vertragsverhandlungen zwischen den zentralstaatlichen Instanzen und den

Kommunen unter dem Dach des XII. Wirtschaftsplans (in dem bereits die Mittel für gebietsbezogene Maßnahmen übergreifend festgelegt wurden) wird die Bündelung der Ressourcen für eine Laufzeit von sieben Jahren sichergestellt (Schmals/Kemper 2000, S. 66 ff.; Frey 2000). Das Budget des Stadtministers beträgt 1,7 Mrd. FF, die zu 90 Prozent den Départements für Infrastrukturmaßnahmen und für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bewohner in den Stadtquartieren zur Verfügung stehen. Die Bündelung der Ressourcen aus anderen Ministerien erbringt etwa 31,9 Mrd. FF für Maßnahmen in den Stadtquartieren sowie 1,4 Mrd. FF aus EU-Förderprogrammen (Délégation Interministérielle à la Ville 2000, S. 17; Frey 2000; Fraaz/Walter 2000, S. 11).

Das französische Finanzierungssystem für benachteiligte Quartiere enthält unter dem Dach der Stadtverträge eine Vielzahl unterschiedlicher Fördermöglichkeiten, die von Zinsverbilligungsprogrammen über eine Kombination ministerieller und interministerieller Fördertöpfe, Partnerschaftsfonds und Fonds für Sofortmaßnahmen bis zu Steuerbefreiungen in unterschiedlichen städtischen Gebietstypen reichen (»zones franches urbaines«, »städtische Redynamisierungszonen«, »sensible Stadtzonen«, »städtische Freizonen«, »große Stadtprojekte«), wobei die »zones franches urbaines« die höchste und die »Redynamisierungszonen« die zweithöchste Förderung erhalten. Diese Vielfalt ermöglicht die breite Förderung sehr unterschiedlicher Projekte, macht aber angesichts der Komplexität einige Probleme bei der Beantragung und Ausschöpfung dieser Möglichkeiten im Rahmen der Stadtverträge, da sich zudem einzelne Zonen in ihrem räumlichen Umgriff auch überschneiden können.

EU-Strukturpolitik

Im Rahmen der EU-Strukturpolitik hat in den vergangenen Jahren eine stärkere Konzentration auf die Förderung integrierter städtischer Entwicklungsmaßnahmen stattgefunden. Bei mehreren Gemeinschaftsinitiativen und Strukturfondsaktivitäten werden Finanzmittel für städtische Problemgebiete zur Verfügung gestellt, die auf nationaler Ebene gegenfinanziert werden müssen. Neben dem abgelaufenen Programm zur Förderung »städtischer Pilotprojekte« nach Art. 10 EFRE-Verordnung werden aktuell über die europäische Gemeinschaftsinitiative URBAN I und URBAN II zur Förderung städtischer Problemgebiete 174 städtische Gebiete in der EU (darunter 21 deutsche Städte) mit einem Finanzvolumen von insgesamt 1,6 Mrd. Euro und einer Laufzeit von 1994 bis 1999 und 2000 bis 2006 aus dem Europäischen Fonds zur Regionalen Entwicklung (EFRE) sowie dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert.

Insgesamt sind vor allem jene Ansätze erfolgversprechend, bei denen die Bewilligung von Mitteln an das Vorhandensein von verbindlichen Entwicklungskonzepten, strategischen Partnerschaften mit Zielvereinbarungen, Ergebnisorientierung und Ergebnisverantwortung (und am Ende auch Controlling) auf kommunaler Ebene geknüpft ist.

3. Handlungsfelder und Maßnahmenschwerpunkte

Aus allen Programmansätzen und Programmfortschreibungen wird deutlich, dass es sich bei der sozialorientierten Stadterneuerungspolitik um eine Querschnittsaufgabe handelt, die eine Vielzahl unterschiedlicher Fachpolitiken und Aufgaben integrieren muss. Im Vordergrund nahezu aller Programme stehen Maßnahmen

- zur baulich-räumlichen Aufwertung der städtebaulichen Situation in den Quartieren (Wohnen, Wohnumfeld, öffentliche Räume),
- zur Verbesserung der Versorgung in den Quartieren (soziale Einrichtungen, Handel und Dienstleistungen),
- zur Erhöhung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus in den Quartieren, um damit bessere Chancen für Beschäftigung zu schaffen,
- zur Stärkung der lokalen Wirtschaft sowie von Arbeit und Beschäftigung (lokale Ökonomie), Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen vor allem für arbeitslose Jugendliche,
- zur Stabilisierung und Attraktivitätssteigerung der Quartierzentren,
- zur Erweiterung des kulturellen Angebots,
- zur Förderung der Mitwirkungsbereitschaft und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Quartierbevölkerung sowie der lokalen Akteure,
- zur Verbesserung der kleinräumlichen Umweltsituation in den Quartieren sowie
- Maßnahmen zur Verbesserung der Integration ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen, vor allem von Migrantinnen und Migranten.

Zentral sind die Vernetzung unterschiedlicher Maßnahmen und die Realisierung von »Mehrzielprojekten«. Als weiterführend kann außerdem der URBAN-Ansatz der EU angesehen werden, nach dem auch Maßnahmen sowie Aktivitäten zur Verbesserung des Stadtmanagements und die Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen wichtige Handlungsfelder sein können (Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2000) 1100 – DE, S. 4).

Einer der Hauptunterschiede bei den Maßnahmentypen liegt in deren Differenzierung nach investiven und nicht investiven Maßnahmen. Investive Maßnahmen zielen überwiegend auf bauliche Maßnahmen an Wohngebäuden, Wohnungen und im Wohnumfeld sowie auf Infrastruktureinrichtungen (Schulen, Sozialeinrichtungen usw.) und Verkehrsprojekte. Während derartige Maßnahmen eindeutige konkrete Zielsetzungen verfolgen und auch öffentlich wahrnehmbar sind, ist dies bei nicht investiven Maßnahmenbeispielen schwieriger, und deren »Erfolg« ist weniger schnell und nicht gleichermaßen offensichtlich nachzuweisen. Dennoch kommt gerade den Letzteren für eine langfristige Revitalisierung zentrale Bedeutung zu. Umsetzungserfahrungen aus Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden lassen erkennen, dass Einzelprojekte zwar durchaus erfolgreich realisiert wurden, dass die Situation insgesamt sich in diesen Quartieren jedoch kaum verbessert hat, eine Aufwertung oder ein Imagewandel nicht stattgefunden haben und zentrale Indikatoren (z.B. Arbeitslosenquote, Quote der Schulabbrecher, der Sozialhilfeempfänger und die Kriminalitätsrate) nach wie vor hohe Werte zeigen (empirica 2001, S. 4; Froessler 1999, S. 1 ff.).

4. Bürgeraktivierung und Bürgermitwirkung

Mit Programmen zur sozialintegrativen Stadterneuerung sollen nicht nur bestehende Defizite in den unterschiedlichen Problembereichen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf verringert, sondern auch die vorhandenen Potenziale und Ressourcen (räumlich, städtebaulich, ökonomisch, sozial, human) aktiviert und entwickelt bzw. genutzt werden. Wesentliches »Kapital« wird hierbei in den Humanressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner und anderer lokaler Akteure im Quartier gesehen. Hilfe zur Selbsthilfe ist daher einer der zentralen Programmansätze. Gerade hier haben die bereits über längere Zeiträume laufenden Programme in anderen europäischen Ländern bisher kaum nachhaltige Erfolge erzielen können. Mobilisierung und Aktivierung der Bürgerschaft als Voraussetzung für das Gelingen quartierorientierter Politikansätze werden damit im Rahmen der sozialintegrativen Stadterneuerung zu einem eigenen zentralen Handlungsfeld und Maßnahmenswerpunkt. Ansatzpunkte für Aktivierung und Mitwirkung ergeben sich dabei projekt- und themenspezifisch (Beispiel: Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte im Rahmen der lokalen Ökonomie), zielgruppenspezifisch (Beispiel: Migranten, Jugendliche, alte Menschen) und quartierbezogen (Beispiel: Runde Tische, Stadtteilkonferenzen) (ILS 2000, S. 46).

Während es in den Niederlanden eine lange Tradition der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Stadterneuerung gibt und auch auf der Basis der kommunalen Selbstverwaltung ein entwickeltes Bewusstsein für Beteiligungsverfahren vorhanden ist, war für Großbritannien und Frankreich in der Vergangenheit eine viel stärkere staatliche Durchgriffsverwaltung bis auf die kommunale Ebene kennzeichnend. Angesichts der bisher eher geringen Erfolge, einen grundlegenden Wandel in den benachteiligten Stadtquartieren herbeizuführen, wurden vor allem die englischen und französischen Programme und deren Fortschreibungen immer stärker auf Aktivierung und strategisch-partnerschaftliche Entwicklungsstrategien ausgerichtet. So wird im aktuellen englischen Programm des »New Deal for the Communities« die Bedeutung lokaler strategischer Partnerschaften zur Aktivierung von Humanressourcen in den Quartieren und von Kooperationen zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen, einzelnen Bewohnern und Bewohnergruppen sowie sozialen Organisationen betont. Als Konkretisierung und Handlungsanleitung hat die britische Regierung hierzu einen »Action Plan« erarbeitet, der neben einer Problem- und Ursachenanalyse auch Visionen, Ziele und Strategien für die Erneuerung von Nachbarschaften (»neighbourhood renewal«) aufzeigt (Cabinet Office 2001). In den französischen »Stadtverträgen« wird die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner zur Voraussetzung für die Mittelvergabe gemacht, wenngleich hier angesichts der Vielzahl zu beteiligender Akteure, komplexer Abstimmungsverfahren und letztlich wenig transparenter staatlicher Entscheidungsstrukturen die Mobilisierungseffekte in den Quartieren (noch) gering sind (Délégation Interministérielle à la Ville, S. 12 f.; Schmals/Kemper 2000, S. 68 ff.).

5. Organisations- und Kooperationsstrukturen

Die Umsetzung der anspruchsvollen Programme zur sozialintegrativen Stadterneuerung erfordert auf gesamtstaatlicher Ebene organisatorische Koordinations- und Bündelungsstrukturen und bedarf auf lokaler Ebene geeigneter Organisationsstrukturen. Letztere sollen gleichermaßen auf die Initiierung von Aktivierungsprozessen bei der Bürgerschaft ausgerichtet sein, Steuerungs- und Moderationsfunktionen vorsehen sowie einen Rahmen bilden, in dem gemeinsam mit der Quartierbevölkerung und den lokalen Verwaltungsakteuren Entwicklungsstrategien für die Quartiere formuliert werden. Auf Defizite bei der Kooperation und Koordination nicht nur auf der lokalen Ebene, sondern auch zwischen den unterschiedlichen Akteursebenen bezog sich einer der zentralen Kritikpunkte bei der Überprüfung der Umsetzung von Programmen in Großbritannien und Frankreich. So stellte die von New Labour 1998 eingesetzte Regierungskommission »Social Exclusion Unit« fest, dass es in den bis dahin realisierten Programmen (vor allem »City Challenge«) keine abgestimmte Politik auf nationaler Ebene gegeben habe, dass Problemlösungen von außen »eingeflogen« statt in Kooperation mit der lokalen Gemeinschaft gesucht worden seien und es auf der Ebene der Nachbarschaften keine integrierten und abgestimmten Aktivitäten gegeben habe (Atkinson/Larson 2000, S. 18). Dieser Mangel an Zusammenarbeit und Mangel an Koordination gelten als Schlüsselproblem und Ursache für die in der Vergangenheit eher geringen Erfolge trotz des starken finanziellen Engagements der Regierungen (empirica 2001, S. 16; Froessler 1999, S. 4 ff.; Frey 2000).

Im Rahmen der oben beschriebenen Anforderungen haben sich in den hier betrachteten europäischen Ländern Strukturen herausgebildet, die im weitesten Sinne ähnlich aufgebaut sind oder sich über längere Erfahrungszeiträume hinweg angeglichen haben und unter dem ebenfalls weiten Begriff des »Quartier- oder Stadtteilmanagement« (»neighbourhood-management«) subsumiert werden können. Was jedoch die Ausstattung (personell, fachlich, finanziell), die Kompetenzen und die Arbeitsweise betrifft, gibt es – auch in Abhängigkeit von der Quartiergröße – deutliche Unterschiede.

In den Niederlanden bestehen stark dezentralisierte und flexible Organisationsstrukturen, die auf der Basis »maßgeschneiderter« Ansätze sowohl weitgehend bewohnergetragene Management-Einrichtungen umfassen als auch weitgefaste (räumlich, Zahl der beteiligten Akteure und Einrichtungen) professionelle Quartiermanagement-Einrichtungen mit eigenen Verfügungsfonds.

In Großbritannien erwiesen sich in der Vergangenheit die von der Regierung eingesetzten und mit großen Etats ausgestatteten, sehr professionell agierenden »Regional Development Agencies« als wichtige Umsetzungsmotoren. Aus der Defizitanalyse wurde im Rahmen des »New Deal for the Communities« jedoch ein erweiterter Strategieansatz mit dem Ziel der Herausbildung effizienterer Kooperationsstrukturen entwickelt. Danach sollen zukünftig multisektorale Partnerschaften eine größere Rolle bei der Umsetzung auf lokaler Ebene spielen. Durch eine engere Kooperation mit der und auf der

kommunalen Ebene soll diese selbst gestärkt werden. Um an dem Programm teilnehmen zu können, müssen auf lokaler Ebene »Local Strategic Partnerships« gebildet werden. Diese werden von der lokalen Verwaltung initiiert und stellen einen Zusammenschluss lokaler Vertreter aus Verwaltung, öffentlichen und privaten Organisationen sowie staatlichen Stellen dar. Vor der Beantragung von Programmmitteln entwickelt diese lokale strategische Partnerschaft eine Strategie, die den gemeinsamen und fachübergreifenden Handlungsrahmen für das Quartier darstellt. Wichtige Punkte sind dabei die Definition der Problemlagen und eine Verständigung über Zielsetzungen und Prioritäten, die Analyse bereits bestehender und möglicher weiterer Ressourcen, das Zusammenbringen der Anbieter bestimmter Dienstleistungen mit den potenziellen Nutzern und eine Verständigung darüber, wer was machen kann (und auch macht) und wie die einzelnen Akteure in das Gesamtkonzept eingebunden sind. Wichtig erscheint hierbei, dass Zielvereinbarungen getroffen werden. Als Antragsteller müssen die lokalen Partnerschaften glaubhaft machen, dass die Ziele mit den beantragten Mitteln erreichbar sind. Der Zeithorizont wird dabei auf zehn Jahre festgelegt. (Cabinet Office, Government UK 2001, Kap. 3, S. 5 f.; Atkinson/Larson 2000, S. 29 ff.; empirica 2001, S. 16 ff.).

In Frankreich ist die von der Zentralregierung eingesetzte »Délégation Interministérielle à la Ville« von zentraler Bedeutung, die im Einzelnen die Stadtverträge verhandelt, Netzwerke knüpft, koordiniert und die Umsetzung der Stadtverträge überwacht (Délégation Interministérielle à la Ville, S. 5). Beteiligte Akteursgruppen sind die Bewohner und ihnen zugeordnete Interessenvertretungen, die Vertreter der unterschiedlichen staatlichen Ebenen und die Umsetzungsakteure der lokalen Ebene. Organisatorisch arbeiten diese unter der Leitung eines Projektchefs (»chef de projet«) in unterschiedlichen Gremien (Pilotkomitee; Umsetzungsgruppe; Lokalkommission) (Schmals/Kemper 2000, S. 68 f.; Froessler 1999, S. 8).

6. Monitoring und Evaluierung

Dem Monitoring und der Evaluierung der Programme im Sinne einer Wirkungskontrolle wird in allen Programmen große Bedeutung beigemessen. Sie sind in diesem Prozess Instrumente des Nachsteuerens und der flexiblen Anpassung und können gleichermaßen als Instrument der Feinsteuerung für das Quartiermanagement selbst eingesetzt werden, wie sie der Politik Entscheidungsgrundlagen zur Fortführung des Programms liefern. Darüber hinaus sind die Ergebnisse von prozessbegleitenden Evaluationen geeignet, auch Hinweise für die Optimierung von Verwaltungsstrukturen und -abläufen zu liefern. Häufig ungeklärt ist allerdings, wer die Kosten für den methodischen Aufwand tragen soll.

Von den hier untersuchten Ländern bestehen in Großbritannien und in den Niederlanden gut ausgebaute kleinräumliche Monitoring-Systeme, die für differenzierte Problemanalysen, zielgenaue Gebietsabgrenzungen und Maßnahmenbestimmungen herangezogen wurden. In den Niederlanden beruht

der Begriff der lokalen »Maßarbeit« wesentlich auf dem Vorhandensein dieser kleinräumlichen Beobachtungssysteme. Beispielhaft können einige Ergebnisse von Evaluierungen für das englische »City-Challenge«-Programm und für die französische Politik des »Développement Social des Quartiers« dargestellt werden, die auf wichtige Problemzusammenhänge und Anforderungen an die Umsetzung hinweisen.

Aus den Erfahrungen mit dem »City-Challenge«-Programm wurden mehrere politisch-strategische Erkenntnisse abgeleitet, die für die weitere Umsetzungspolitik von Bedeutung sind (Department of the Environment, Transport and the Regions 1999, S. 1 ff.). Lokale Strategien, die auf einem genauen Verständnis der Problemsituation und deren Ursachen aufbauen, erfordern Zeit; zehn bis 15 Jahre oder mehr sollten berücksichtigt werden. Außerdem braucht man für das Programm hochqualifizierte Führungskräfte mit Durchsetzungsvermögen. Die lokale Bevölkerung muss befähigt werden, an den strategischen Partnerschaften teilzunehmen. Das Regenerationsprogramm ist als solches unwirksam, wenn es nicht gelingt, andere Politiken und Programme (Bildung, Gesundheit, Beschäftigung, Sicherheit) in die lokalen Partnerschaften einzubeziehen. Schließlich müssen die Beteiligten stärker die Wirkung (»outcome«) von Strategien und Projekten in den Blick nehmen als die reinen Quantitäten und Aktivitäten (»output«).

Als Erfolg wird verbucht, dass die staatlichen Mittel in Höhe von 1,14 Mrd. Pfund zu einem Gesamtinvestment von 7,58 Mrd. Pfund geführt haben; der Einsatz eines Pfundes führte danach zu weiteren 3,78 Pfund des privaten Sektors und 1,45 Pfund anderer Partner des öffentlichen Sektors (Department of the Environment, Transport and the Regions 1999, S. 7). Trotz dieser Erfolgsbilanz wird aber konstatiert, dass noch kein grundlegender Wandel in diesen Quartieren stattgefunden habe. Kritisiert wurde vor allem, dass es sich um ein eher reaktives Programm handele, das zu wenig auf präventive Strategien und Maßnahmen ausgerichtet sei. Mit dem fortgeschriebenen Programm des »New Deal for the Communities« und der Erklärung dieser Politik zur Chefsache des Premierministers soll eine neue Dynamik für die Umsetzung des Programms erzeugt werden.

Die in Frankreich seit 1981 bestehende und immer wieder fortgeschriebene Politik des »Développement Social des Quartiers« ist fortlaufend evaluiert worden. Wichtiges Ergebnis war in der ersten Phase die Erkenntnis, dass die Problemkumulation in den Quartieren größer war als angenommen, die Kosten für die Finanzierung von Maßnahmen viel zu gering angesetzt waren, die Komplexität administrativer und finanzieller Verfahren unterschätzt worden war und die Zeithorizonte für das Greifen der Maßnahmen weiter entfernt lagen als angenommen. Als Erfolg der ersten Phase wurde dagegen verbucht, dass es in den Quartieren nicht zu neuen Gewaltausbrüchen gekommen war, dass die Bewohner aktiviert und die Gemeinden dank der Regionalisierungspolitik der Regierung als lokale Akteure in die Entwicklung eingebunden werden konnten (Lang/Froessler/Thomas 1994, S. 163 ff.). Trotz dieser Erfolge im Einzelnen wurde aber auch konstatiert, dass ein Ausgleich so-

zialer Disparitäten in diese Quartieren tatsächlich nicht stattgefunden hatte. Trotz einer kontinuierlichen Politik des Abbaus von Disparitäten und Segregation, der Bekämpfung von Kriminalität und Arbeitslosigkeit hatten sich diese Problemsituationen letztlich weiter verschärft (Froessler 1999, S. 3). Auf der Basis der unterschiedlichen Evaluationen wurden zahlreiche Änderungsvorschläge gemacht, die vor allem auf eine größere Bürgernähe und mehr Bürgermitwirkung, auf eine Stärkung lokaler Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen sowie auf eine bessere Bündelung der Ressourcen hinausliefen. Mit der neuen Generation der »Stadtverträge«, durch die den lokalen Akteuren mehr Gestaltungsspielräume und Entscheidungsbefugnisse für quartierbezogene Lösungsansätze eingeräumt werden, sollen wesentliche Ergebnisse der Evaluationen berücksichtigt werden.

7. Entwicklungstrends

Die hier im Überblick dargestellten unterschiedlichen Programmansätze einer sozialintegrativen Stadterneuerungs- und Revitalisierungspolitik stellen neue, sozialräumlich orientierte Politikansätze dar. Nicht mehr isolierte fachliche Förderprogramme, die »von oben« administriert werden, stehen im Vordergrund, sondern integrierte und aktivierende Handlungskonzepte, durch welche Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf in die Lage versetzt werden sollen, negative Entwicklungstrends zu brechen, endogene Potenziale zu aktivieren und langfristige, sich weitgehend selbst tragende Entwicklungsstrukturen zu schaffen. Zentrale Elemente dieses Politikansatzes sind Hilfe zur Selbsthilfe durch Bündelung von Ressourcen, Mobilisierung und Aktivierung von Potenzialen, Mitbestimmung und Mitentscheidung vor Ort sowie die Etablierung dezentraler Organisations- und Managementstrukturen für Begleitung, Hilfestellung und Moderation der Quartierentwicklung. Dieser Ansatz stellt zum Teil völlig andere Anforderungen an alle beteiligten Akteure aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Nicht-Regierungsorganisationen sowie Bewohnerinnen und Bewohner in den Stadtquartieren, als dies Stadterneuerungs- und Sozialförderprogramme in der Vergangenheit getan haben. Die Umsetzung dieses neuen Politikansatzes ist daher für die hier betrachteten Länder gleichermaßen schwierig und mühsam – dies lassen die verschiedenen Programmänderungen und -anpassungen gut erkennen. Die bisher eher geringen nachhaltigen Erfolge deuten darauf hin, dass sowohl die Strategie- und Maßnahmenansätze selbst als auch die Organisations- und Verwaltungsstrukturen sowie die Zeithorizonte auf ihre Effizienz und ihren Realitätsbezug hin überprüft und angepasst werden müssen. In einem Querblick sollen entsprechende Entwicklungslinien dargestellt werden.

Von der baulichen zur sozialen Stadtteilerneuerungspolitik

Die erste »Generation« der Programme für Stadtquartiere mit Entwicklungsbedarf in den hier untersuchten Ländern war in ihren Zielrichtungen zwar bereits auf eine umfassende Revitalisierung benachteiligter Stadtquartiere

ausgerichtet. Tatsächlich konzentrierten sich die Umsetzungsstrategien und Maßnahmenkonzepte jedoch ganz überwiegend auf baulich-investitive Maßnahmen sowie auf rein ökonomische Einzelaspekte. Einzelne Programmaktivitäten waren in aller Regel weder vernetzt, noch basierten sie auf einem integrativen Gesamtkonzept für die Quartiere, noch waren sie von den Betroffenen selbst auf den Weg gebracht worden. Hier hat es inzwischen über mehrere Anpassungsschritte einen deutlichen Wandel bei allen Programmen gegeben: sozialintegrative, quartierbezogene Handlungskonzepte mit Schwerpunkt auf nicht investiven Maßnahmen und Aktivitäten der Bürgeraktivierung und mit der Mobilisierung von Humanressourcen bei gleichzeitig verstärkter Betonung von Eigeninitiativen und der Hilfe zur Selbsthilfe. Vor allem der »englische Weg« ist durch ernüchternde Erfahrungen geringer Erfolge geprägt und hat zu mehr oder weniger radikalen Umsteuerungen von stark ökonomisch und baulich-investiven zu sozial-integrativen, auf die Entwicklung und Förderung von Humanressourcen ausgerichteten Politikansätzen geführt.

Staatlicher Durchgriff, Wettbewerb und lokale Maßarbeit

Ausgehend von einem weitgehend gleichen Problemverständnis und ähnlichen Zielsetzungen wurden in Frankreich, den Niederlanden und in Großbritannien unterschiedliche Umsetzungsstrategien und -verfahren entwickelt mit je spezifischen Vor- und Nachteilen, die zum Teil erst in der längeren Anwendungspraxis deutlich werden. So bestanden die größten Defizite der bisherigen französischen Politik in einer sehr starken zentralstaatlichen Orientierung bei der Programmumsetzung, in einer unzureichenden lokalen Verankerung und in den geringen dezentralen Mitentscheidungsmöglichkeiten sowie in der starken politischen Einflussnahme der unterschiedlichen staatlichen Ebenen. Außerdem erschwerte ein ausgeprägtes Ressortdenken die Bündelung von Ressourcen und deren zielgenauen Einsatz vor Ort. Die niederländischen Ansätze des »stedelijk beheer« und der »Großstadtpolitik« stellen hierzu ein Kontrastprogramm dar. Mit dem zentralen Anspruch der lokalen »Maßarbeit«, den Möglichkeiten eines effizienten kleinräumlichen Monitoring-Systems und den weitgehend dezentralen Entscheidungsstrukturen sind Strukturen geschaffen worden, die die Chancen für problemadäquate Lösungen erhöhen und Langfristperspektiven eröffnen.

Der zentrale Ansatz in Großbritannien, öffentliche Mittel für Problemquartiere über Wettbewerbsverfahren zu vergeben, besticht durch die zu erfüllenden Voraussetzungen im Vorfeld, die zu höherer Zielgenauigkeit der Vorüberlegungen, zu konkreten Finanzierungskonzepten und zu stärkerer Ergebnisorientierung sowie einem frühen Zusammenschluss von Kooperationspartnern zu strategischen Partnerschaften zwingen. Dies ermöglicht ein klares Konzept und eine erfolgreichere Umsetzung von Anfang an. Die – ähnlich wie in den Niederlanden – bestehenden kleinräumlichen Monitoringsysteme sind für die zielgenauen Quartierkonzepte ein wichtiges Instrument, das auch der prozessbegleitenden Evaluierung und permanenten

Rückkoppelung dient. Schließlich erfordern derartige Wettbewerbsverfahren eine hohe Professionalität der lokalen Akteure und sichern damit eine effiziente Umsetzung.

Kontinuität

In den europäischen Ländern mit langjährigen Erfahrungen hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass mit zeitlich befristeten, in der Verantwortung einzelner zuständiger Ministerien entwickelten Programme die gravierenden Probleme in vielen Stadtquartieren weder kurzfristig noch im »Alleingang« gelöst werden können. Die hohen Erwartungen der Vergangenheit wurden enttäuscht, und der Politik wurde Versagen vorgeworfen. In allen diesen Ländern hat über die Jahre und mit den einzelnen Fortschreibungen und Neuauflagen von Programmen ein Paradigmenwechsel stattgefunden, in den Niederlanden schon sehr früh, in Großbritannien sehr aktuell, in Deutschland zeichnet er sich ab: Sozialintegrative Stadterneuerung ist keine einmalige »Veranstaltung«, sondern eine nationale Daueraufgabe. Die in den Quartieren sich manifestierenden Probleme haben ihre Ursachen vielfach in den Veränderungen der ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen auf gesamtstaatlicher und internationaler Ebene, aber auch in den erstarrten administrativen Strukturen auf allen Ebenen – sie sind nicht den einzelnen Stadtquartieren »anzulasten«. In Großbritannien, aber auch ansatzweise in Frankreich, hat dies dazu geführt, sozialintegrative Stadterneuerung als gesamtstaatliche Aufgabe (Chefsache) zu betrachten, auch die einzelnen staatlichen Verwaltungen zu evaluieren und im Sinne dezentraler Verantwortungsgestaltung zu modernisieren.

Zentrale Aufgaben – dezentrale Organisation und Verantwortlichkeiten

Bei den unterschiedlichen Evaluierungen vor allem der französischen und britischen Programme wurde immer wieder als Defizit konstatiert, dass Mittel und Maßnahmen zu wenig dort ankamen, wo sie gebraucht wurden, oder dass ihre Wirkung verpuffte, da sie zu sehr »von außen« und »oben« kamen, ohne lokal abgesprochen zu sein, und damit wenig zielgenau waren. Mit den Fortschreibungen sind nunmehr die dezentralen Strukturen und Verantwortlichkeiten gestärkt worden: durch die Implementierung strategischer lokaler Partnerschaften, durch lokale Verfügungsfonds, »neighbourhood management« und die Stärkung lokaler Mitwirkung und Mitentscheidung. Dieser Prozess scheint in Frankreich und Großbritannien noch nicht abgeschlossen zu sein, während in den Niederlanden hier schon weitgehend optimierte und bewährte Verfahren bestehen.

Steuern und nachsteuern – lernfähige Programmstrukturen

Die Erfahrungen in den genannten europäischen Ländern haben dazu geführt, dass eine kontinuierliche Anpassung der Programme entsprechend veränderten Anforderungen und Umsetzungserkenntnissen erfolgen muss. Steuern und Nachsteuern werden damit zu wichtigen Elementen der Pro-

gramme selbst. Die Implementierung von Programmen zur sozialintegrativen Stadterneuerung wird nicht als ein zeitlich begrenzter Vorgang verstanden. Verfahren und Instrumente werden permanent verfeinert und ergänzt, näher an den Problemen ausgerichtet. Lernfähige Programmstrukturen sind allerdings ohne die Begleitinstrumente des Monitoring und der prozessbegleitenden Evaluierung nicht realisierbar, so dass an ihnen und ihrer systematischen Anwendung kein Weg vorbeiführt.

Exkurs: Aktuelle Erfahrungen und Ansätze integrierter Stadtteilerneuerung in den USA

In den USA war und ist die Situation in benachteiligten Stadtquartieren durch viel schärfere soziale, bauliche und infrastrukturelle Gegensätze gekennzeichnet als in europäischen, vor allem aber in deutschen Städten. Es gibt dort eine lange Tradition der stadtteilorientierten Erneuerungs- und Sozialpolitik, die bereits in den 60er- und 70er-Jahren wesentlich durch Community Development Corporations (CDCs) geleistet wurde und stark auf bauliche und beschäftigungspolitische Ziele ausgerichtet war. Ausgangspunkt für tiefgreifende Veränderungen in den Städten waren – ähnlich wie in Europa – die in den 70er- und 80er-Jahren gravierenden ökonomischen Umstrukturierungsprozesse durch Abbau der Industriearbeitsplätze, das Entstehen einer neuen Armut und die Abwanderung der besserverdienenden Bevölkerung in die Suburbs (Mayer 1999, S. 9). Nach Bemühungen der Bundesregierung, durch einzelne Förderprogramme (zum Beispiel Model Cities-Programme, Community Action-Programme und Empowerment-Zone/Enterprise-Zones Communities Act) eine gezielte Stadtteilerneuerungspolitik zu betreiben, ist die aktuelle Politik in den USA vor allem durch einen gravierenden Wandel im Aufgabenverständnis hinsichtlich sozial- und stadtpolitischer Aktivitäten der amerikanischen Regierung gekennzeichnet. Ausgeprägter als in Europa sind Professionalität der intermediären Organisationen, deren Einbindung in bundesweite Netzwerke mit Know-how und politischem Einfluss, die strategische und langfristig angelegte Marktorientierung, die über zeitlich begrenzte Förderprogramme hinausgeht, sowie – vor allem im Vergleich zu Deutschland – Selbstmobilisierung und -organisation. Schließlich genießen diese intermediären Organisationen hohe Akzeptanz in den Stadtteilen, bei den lokalen Verwaltungen, aber auch bei den öffentlichen und privaten Finanzgebern. Es entwickeln sich neue, offenere lokale Governance-Strukturen, die auch eine neue Gemeinwirtschaft (»social economy«) entstehen lassen, welche sich zwar einerseits einer ausschließlichen Marktorientierung widersetzt, sich andererseits aber von unternehmerischen Prinzipien leiten lässt (Mayer 1999, S. 16).

Empowerment-Zones

Die Einrichtung von Empowerment-Zones auf der Basis des Empowerment-Zones/Enterprise Communities Act von 1993 war eines der wenigen städtisch orientierten Förderprogramme der amerikanischen Bundesregierung in den

90er-Jahren. In den Jahren zuvor waren bereits in vielen Bundesstaaten eigene Programme zur Einrichtung von Enterprise-Zones aufgelegt worden. Während diese jedoch vorrangig bis ausschließlich durch Steuernachlässe, Investitionsbeihilfen und Ähnliches ökonomisch ausgerichtet waren, war das Bundesprogramm breiter angelegt und zielte auf die Revitalisierung von Stadtquartieren insgesamt. Im Vordergrund steht die Verbesserung wirtschaftlicher Betätigungsmöglichkeiten, die neben der Schaffung von Arbeitsplätzen gleichzeitig der baulichen, Umwelt- und Gemeinschaftsentwicklung zugute kommen müssen und die die Bildung lokaler Partnerschaften sowie die Kooperation aller vor Ort relevanten Akteure zur Voraussetzung haben. Die Gemeinden sind damit zur Mobilisierung sämtlicher »stakeholders« einschließlich der Bewohnerschaft gezwungen (Mayer 1999, S. 11). Als wichtige Aktivitätsfelder, die gefördert werden sollten, gelten die Entwicklung von Nachbarschaften, Kinderbetreuung, Jugendfreizeit, Beschäftigungsqualifizierung, Hilfen für Hauseigentümer und Gemeinwesenarbeit. Angesichts der Erfahrungen mit Vorläuferprogrammen wie dem Modellstädte-Programm (Demonstration Cities and Metropolitan Development Act von 1966) war der Empowerment-Ansatz deutlich als ganzheitliche »bottom-up«-Strategie angelegt, die bei den Bewohnern ansetzen und das gesamte Spektrum quartierrelevanter Handlungsfelder umfassen muss, wenn der Ansatz erfolgreich und nachhaltig sein soll (Boyle/Eisinger 2001, S. 3 f.). Die Empowerment-Zones sollten über einen Zeitraum von zehn Jahren mit jeweils 100 Mio. US-Dollar gefördert und damit Projekte in Zusammenarbeit mit den Bewohnern initiiert und realisiert werden. Insgesamt wurden seit 1995 rund 80 Städte in das Programm aufgenommen.

Die bisherigen Erfahrungen mit Empowerment-Zones (bezogen auf einen Zeitraum von fünf Jahren) sind eher gemischt. Trotz der Erfolge bei einzelnen spektakulären Projekten (z.B. in Detroit im Zusammenhang mit der Automobilindustrie) werden bei Betrachtung einzelner Gebiete (z.B. in Detroit) vor allem zwei Defizite grundsätzlicher Art hervorgehoben: Zum einen wurden einzelne Aktivitäten – trotz eines integrierten Gesamtansatzes – zu isoliert vorgenommen, wobei die Trennlinien vor allem zwischen den stärker ökonomisch ausgerichteten und den eher sozialorientierten Aktivitäten und Akteuren verliefen und wo es nicht gelang, die Akteure zu integrierten Vorgehensweisen und Projektarbeit zu bewegen. Zum anderen war man nicht damit erfolgreich, bürokratische Hemmnisse auf lokaler Ebene, aber auch im Rahmen der Antragsverfahren und Fördermittelakquirierung abzubauen, so dass viele Aktivitäten bereits hieran scheiterten und Programmmittel nicht abgerufen werden konnten. Schließlich war die lokale Verwaltungsebene nicht in der Lage, sich auf die neuen Programmstrukturen einzustellen und ein verändertes und angepasstes Verwaltungsmanagement zu etablieren, das diesem neuen, integrierten Programmansatz gerecht wurde (Boyle/Eisinger 2001, S. 5 ff. und S. 14 f., sowie Keating 2001, S. 9). Als Erfolg wird es (in Detroit) angesehen, dass es dennoch gelungen ist, in großem Umfang öffentliche und private Investitionen anzustoßen, vor allem durch die Tätigkeit

eines eigens für diese Zone gegründeten Financial Institutions Consortium und umfangreiche Investitionen ortsansässiger Betriebe und Firmen in ihre eigenen Anlagen. Unklar bleibt hierbei allerdings, ob die Investitionen nicht in jedem Fall getätigt worden wären (Boyle/Eisinger 2001, S. 9 f.). Die Wirksamkeit dieses Programms wurde außerdem eingeschränkt durch den gleichzeitigen Abbau anderer »entitlement«-Programme (Berechtigungsprogramme) auf Bundesebene für Arme und soziale Dienstleistungseinrichtungen (Mayer 1999, S. 10).

Vom Welfare- zum Workfare-Ansatz

Mit der Reform der Sozial- und Wohlfahrtspolitik der US-Regierung Mitte der 90er-Jahre wird ein Paradigmenwechsel erkennbar, der auch erhebliche Auswirkungen auf die Stadtteilerneuerungspolitik hat. Zentrales Ziel des neuen Politikansatzes ist es, den Menschen einen Übergang von der Fürsorge zur Arbeit zu ermöglichen. Das entsprechende Gesetz (Personal Responsibility and Work Opportunity Reconciliation Act) von 1996 enthält allerdings eher restriktive Rahmenbedingungen und eröffnet nur wenig Möglichkeiten und Instrumente für mehr Beschäftigung (Mayer 1999, S. 10 f.). Die vier zentralen Zielrichtungen sind folgende:

- eine zeitliche Befristung von Transferleistungen, z.B. für die Unterstützung von Kindern aus bedürftigen Familien oder die Fürsorgeunterstützung Erwachsener;
- Ausschluss bestimmter Gruppen aus Hilfsprogrammen, wie z.B. aus der Familienfürsorge, der Krankenfürsorge und der Behinderten- und Altenhilfe bei Vorliegen bestimmter Kriterien;
- Dezentralisierung der Verantwortlichkeit für Sozialprogramme auf die Einzelstaaten sowie auf die Counties, die nunmehr selbst die Kriterien für die Anspruchsberechtigung festlegen können, wobei jedoch Zielgrößen z.B. über zu schaffende Beschäftigungsverhältnisse vorgegeben werden;
- eine Pauschalierung der Sozialbudgets (»block grants«), die nicht mehr nach der Anzahl der Bedürftigen ausgerichtet werden, sondern den Einzelstaaten zur freien Verfügung gestellt werden, aber an die Durchführung arbeitsmarktpolitischer Programme gebunden sind.

Als negative Auswirkung dieser Reform wird kritisiert, dass die Anzahl der gering bezahlten Beschäftigten (»working poor«) steigt, das Lohnniveau gedrückt wird und die Schattenwirtschaft an Bedeutung gewinnt (Mayer 1999, S. 11). Wenn auch diese Reform nicht allein auf städtische Gebiete bezogen ist, so schlägt sie sich dennoch gerade in den Problemgebieten besonders nieder, weil davon zentrale Elemente stadtteilorientierter Arbeit betroffen sind.

Integrierte Handlungsansätze und Stadtteilagenturen

In dem Maße, in dem staatliche Förderprogramme und Transferleistungen reduziert werden, gewinnen stadtteilorientierte Initiativen, intermediäre Organisationen und Stadtteilagenturen an Bedeutung. Stadtteilorientierte Ent-

wicklungs- und Selbsthilfeorganisationen haben in den USA – anders als in Europa und speziell in Deutschland – eine lange Tradition und spielen eine zentrale Rolle in der amerikanischen Stadtteilerneuerungspolitik. Geringere staatliche Präsenz und Fürsorglichkeit, eine größere Vielfalt und ein größeres Engagement von Hilfsorganisationen und Stiftungen sowie ein pragmatischeres und gleichzeitig professionelleres Verständnis von Selbstorganisation sind wesentliche Rahmenbedingungen der stadtteilorientierten Arbeit in amerikanischen Städten. Kennzeichen wichtiger intermediärer Organisationen sind vor allem folgende (Staubach 1999, S. 44 f.; Mayer 1999, S. 13):

- Einbindung in nationale Netzwerke, die zum Teil bis in die Regierungsarbeit hineinwirken und Lobbyarbeit leisten (z.B. National Civic League; Neighbourhood Reinvestment Corporation; Enterprise Foundation);
- breites Spektrum der Tätigkeiten und Engagements, die von sehr marktorientierten Ansätzen (z.B. Community-Banking) bis zu bewohnerorientierten »non-profit«-Initiativen reichen;
- finanzielle Unterstützung durch nationale Stiftungen und Gruppen (Ford; Rockefeller und andere), aber auch durch lokale Firmen und philanthropische Organisationen;
- professionelles Management der Aktivitäten und der eigenen Organisation mit geringen Berührungspunkten gegenüber marktorientierten Organisationen, Instrumenten und Kooperationen, bis hin zu kostenlosen Beratungs- und Dienstleistungen von Planern, Architekten, Juristen und Managern im Sinne eines Sozialsponsoring;
- bundesweiter Know-how-Transfer durch Beratungs- und Trainingsinstitute;
- starke Orientierung an mess- und zählbaren Erfolgen durch ein weit entwickeltes Controlling- und Evaluierungsinstrumentarium, das zu sehr pragmatischen Vorgehensweisen und Konzepten führt.

Vor dem Hintergrund langjähriger Erfahrungen, veränderter Förderkriterien von Stiftungen und anderen Fördereinrichtungen sowie angesichts veränderter Förderstrategien der amerikanischen Bundesregierung und einzelner Staaten hat sich in den vergangenen Jahren ein deutlicher Wandel in den Strategien der intermediären Organisationen und Agenturen vollzogen. Nunmehr werden integrierte Handlungskonzepte (Comprehensive Revitalisation Plans) zur Voraussetzung für Förderung und Finanzierung von Stadtteilaktivitäten gemacht. Betont wird ein ganzheitlicher Ansatz, wie er schon im Konzept der Empowerment-Zones und im National Urban Policy Report von 1995 als Holistic Approach angelegt war (Staubach 1999, S. 45; Mayer 1999, S. 13). Neben einem umfassenden (integrierten) Handlungsansatz sind die Konzepte strategisch auszurichten, das heißt, auf der Basis von Stärken-Schwächen-Analysen werden strategische Planungen erstellt, die auf langfristige Veränderungen setzen und weniger kurzfristiges Reagieren auf mögliche staatliche Programme nahe legen. Die Konzepte müssen außerdem auf die Zusammenarbeit unterschiedlicher relevanter Akteure des öffentlichen und privaten Sektors, von Staat, gesellschaftlichen Organisationen, Privatwirtschaft, Stiftungen und Bewohnerschaft ausgelegt sein. Schließlich soll

die Umsetzung der Konzepte zu marktnahen Bedingungen erfolgen und auch nicht als isolierte Stadtteil-Sonderlösung betrieben werden (Mayer 1999, S. 13). Unter den vielen unterschiedlichen Initiativen und Organisationen stellen die Community Development Corporations – CDCs – eine weit verbreitete und wirksame stadtteilorientierte Einrichtung dar. Die CDCs sind bereits seit den 60er-Jahren im Rahmen unterschiedlicher Programme tätig (Gray Areas Project; War on Poverty; Model Cities-Programme; Community Action Programme) und haben sich von eher wohnungspolitisch orientierten Einrichtungen immer stärker zu multisektoralen, integrativen Stadtteilorganisationen entwickelt (Mayer 1999, S. 13; Bockmeyer 1999, S. 20 ff.). Die Community Development Corporations gelten als gut organisierte und effizient arbeitende Stadtteilagenturen, indem sie unter anderem auch als »wirksame Vermittlungskanäle für staatliche *community development funds* agieren« (Mayer 1999, S. 14). Im Zusammenhang mit dem Aufgaben- und Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats, der Verlagerung von Aufgaben auf dezentrale Ebenen bis hin zur Privatisierung und Auslagerung sozialer Dienstleistungen gewinnen intermediäre Organisationen wie die Community Development Corporations zunehmend an Bedeutung als geeignete Trägerorganisationen für die Vermittlung von Dienstleistungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (»deprived urban areas«). Aufgrund ihrer Professionalität und Akzeptanz wird ihnen in besonderem Maße zugetraut, zentrale Handlungsfelder einer neuen Stadterneuerungspolitik zu besetzen und zu vermitteln sowie entsprechende Prozesse zu initiieren und zu organisieren: Leistungen und Produkte wie Sicherheit, Arbeits- und Ausbildungsvermittlung, Aktivierung des sozialen Kapitals; Marktorientierung und Effizienz. Die Entwicklung geht aktuell dahin, dass diese intermediären Organisationen immer stärker in die lokalen administrativen Strukturen eingebunden bzw. von den lokalen Verwaltungen als wichtige Partner akzeptiert werden und so neue Formen einer »local governance« entstehen (Mayer 1999, S. 14).

8. Denkanstöße

Erfahrungen, wie sie in dem hier vorgenommenen Überblick über die Situation in anderen europäischen Ländern dargestellt wurden, lassen sich zwar nicht ohne weiteres auf deutsche Verhältnisse übertragen, können aber wichtige Anregungen liefern. Die folgenden Hinweise verstehen sich in erster Linie als Denkanstöße, die weiter diskutiert werden sollten, und nicht als abschließend formulierte Empfehlungen. Die Hinweise sind nicht danach differenziert, ob sie eher Bundes- oder eher Länderangelegenheiten betreffen, sondern sie werden hier im Sinne einer ganzheitlichen und problemorientierten Betrachtung gegeben.

»Soziale Stadt« als Daueraufgabe

Die sozialintegrative Stadterneuerungspolitik, wie sie mit dem Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« gestartet wurde, sollte als zeitlich unbefristete Daueraufgabe gestaltet werden. Vor allem die Erfahrungen in anderen eu-

europäischen Ländern mit einer längeren Tradition in diesem Politikfeld machen deutlich, dass die in vielen Stadtquartieren diagnostizierten Problemkonzentrationen nicht durch zeitlich befristete Programme in überschaubaren Zeiträumen gelöst werden können. (Dies zeichnet sich auch nach fast zehnjährigen Erfahrungen mit dem integrierten Handlungsprogramm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf in Nordrhein-Westfalen und dem Hamburger Armutsbekämpfungsprogramm und auch mit dem Nachfolgeprogramm Soziale Stadtteilentwicklung ab.) Als unbefristete Daueraufgabe und bei entsprechender Finanzierung lassen sich die in vielen Problembereichen erforderlichen Langfriskonzeptionen (zum Beispiel zur Entwicklung einer lokalen Ökonomie oder zur Integration von Migrantinnen und Migranten) besser planen und entsprechende Zielkonzeptionen darauf beziehen.

Stärkung und Bündelung nicht investiver Maßnahmen

In allen Programmen wird die Bedeutung von Mobilisierung und Förderung der Humanressourcen betont; alle Programme und Aktivitäten in anderen europäischen Ländern und in den USA sind im Lauf der Jahre in diese Richtung fortentwickelt worden. Mit der Anbindung des deutschen Programms an die Städtebauförderung wird in der kommunalen Praxis noch zu sehr der investive Ansatz betont. Die nicht investiven Aktivitäten im Rahmen der Ressourcenbündelung werden von den anderen Akteuren zwar erhofft, ohne dass jedoch verbindliche Strukturen hierfür geschaffen worden wären. Die Einbindung anderer, nicht investiver Förder- und Maßnahmenbereiche sollte auf Bundes- und Länderebene verbindlicher geregelt werden (Beispiele Großbritannien, Frankreich, Niederlande). Die Koppelung von Gebietsausweisungen im Sinne des Programms »Soziale Stadt« an die Festsetzung von Sanierungsgebieten führt eher zu engen Gebietszuschnitten (Konzentration auf »städtebauliche Missstände«) und vernachlässigt den Sozialraumbezug.

Öffentliche Dienstleistungen konzentrieren

Die Zersplitterung der Anbieter öffentlicher Dienstleistungen sollte eingedämmt und die Verpflichtung zu einer besseren Fokussierung, Koordination und Kooperation im Hinblick auf Quartiere mit Problemkonzentrationen verstärkt werden. Hierfür sind vor allem politische Entscheidungen erforderlich, aber auch Verwaltungsvereinbarungen zwischen einzelnen Ressorts und den lokalen Verwaltungsstellen. Denkbar ist, dass diese Anbieter – ähnlich wie in Großbritannien – stärker in »strategische Partnerschaften« eingebunden werden. Diskutiert werden sollte auch, ob nicht zumindest jeweils Teilbudgets einzelner öffentlicher Dienstleister räumlich auf die Gebietskulisen der »Sozialen Stadt« konzentriert werden können (Beispiel Großbritannien und Frankreich).

Wettbewerb fördern

Die Einführung des Wettbewerbsprinzip bei der Auswahl neuer Gebiete für das Programm sollte diskutiert werden. Wettbewerbsverfahren können zu

stringenteren, stärker zielorientierten und somit effizienteren und realistischeren Handlungs- und Umsetzungskonzepten führen. Hierfür müsste ein entsprechender Kriterienkatalog für die Bewerber entwickelt werden. In diesem Zusammenhang sollte auch über das Prinzip der Bildung von lokalen strategischen Partnerschaften als Voraussetzung für die Aufnahme in ein Programm nachgedacht werden (Beispiel Großbritannien). Derartige Verfahren und Prinzipien können von Beginn an zu mehr Professionalität bei Problemanalyse, Zielformulierung, Konzeptionierung, Umsetzung, Mitteleinsatz, Zielerreichung und Erfolgskontrolle beitragen.

Dezentralisierung und Professionalisierung stärken

Dezentrale Mitwirkung und Entscheidung sollten verstärkt auf- und ausgebaut werden, entsprechende Strategien und Verfahren der Qualifizierung lokaler Akteure hierfür besonders gefördert werden (Beispiel USA). Es sollte vorrangig darum gehen, entsprechende Traditionen zu entwickeln, die vor allem mittel- und langfristig ihre Wirkung im Sinne der Schaffung tragfähiger Entwicklungsstrukturen in den Quartieren entfalten (Beispiel Niederlande). Rolle, Funktion und Perspektiven des in vielen Quartieren eingesetzten Quartier- oder Stadtteilmanagements müssen konkretisiert werden (zum Beispiel zeitlich befristet oder Dauereinrichtung; Finanzierung, Qualifizierung; Professionalisierung). Die Ausstattung mit kompetentem Personal und Verfügungsfonds sowie Managementqualitäten der Akteure sind wichtige Voraussetzungen für die Schaffung langfristig besserer Entwicklungsmöglichkeiten (Beispiel Großbritannien, Niederlande).

Monitoring und Evaluation gewährleisten

Prozessbegleitende Monitoring- und Evaluierungsverfahren sollten systematischer auf- und ausgebaut werden und obligatorisch sein. Es sollte diskutiert werden, wie und wo der hierfür erforderliche methodische und finanzielle Aufwand geleistet werden kann und wie hierfür möglichst verbindliche Aussagen in das Programm aufgenommen werden könnten. Auf mittlere und längere Sicht sind derartige Instrumente unverzichtbar, da sie zum einen für kleinräumliche Problemanalysen von Bedeutung sind (Monitoring) und Wirkungskontrollen ermöglichen, zum anderen langfristig im Sinne eines Frühwarnsystems eingesetzt werden können und damit zentrale Steuerungsinstrumente darstellen (Beispiel Großbritannien, Niederlande).

Partizipatorisches Stadtmanagement implementieren

Mit der Vergabe von Mitteln sollte auch der Nachweis für einen organisatorischen und administrativen Wandel und ein nachhaltig partizipatorisches Stadtmanagement auf lokaler Ebene verbunden werden (EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II). Lokale Verwaltungen sind häufig noch zu sehr fachspezifisch organisiert; die mit dem Programm »Soziale Stadt« verbundenen Zielvorstellungen und die Problemkonstellationen in den Stadtquartieren erfordern auf Dauer jedoch ein stärker abgestimmtes Verwaltungshandeln. »Local

governance«-Ansätze, wie sie in den USA entstehen, sollten näher untersucht und ihre Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse geprüft werden.

Experimentierklauseln einführen

Durch die Einführung von Experimentierklauseln könnten vielfach bestehende rechtliche, administrative und haushaltsrechtliche Restriktionen zum Vorteil von Entwicklung und Erprobung innovativer Modelle zumindest für bestimmte Erprobungsphasen aufgehoben werden (Beispiel Frankreich mit der Einführung von Sonderzonen; USA mit Empowerment-Zonen). Derartige Modelle könnten gesondert beobachtet und begleitet werden, um ihre Wirksamkeit und Übertragbarkeit zu beurteilen.

Insgesamt sollten die Anforderungsprofile der Programme im Sinne der Problemstrukturierung, Lösungsorientierung und Zielerreichung eine möglichst hohe Verbindlichkeit aufweisen, ohne flexible, innovative Problemlösungen und Korrekturen im laufenden Prozess zu verhindern.

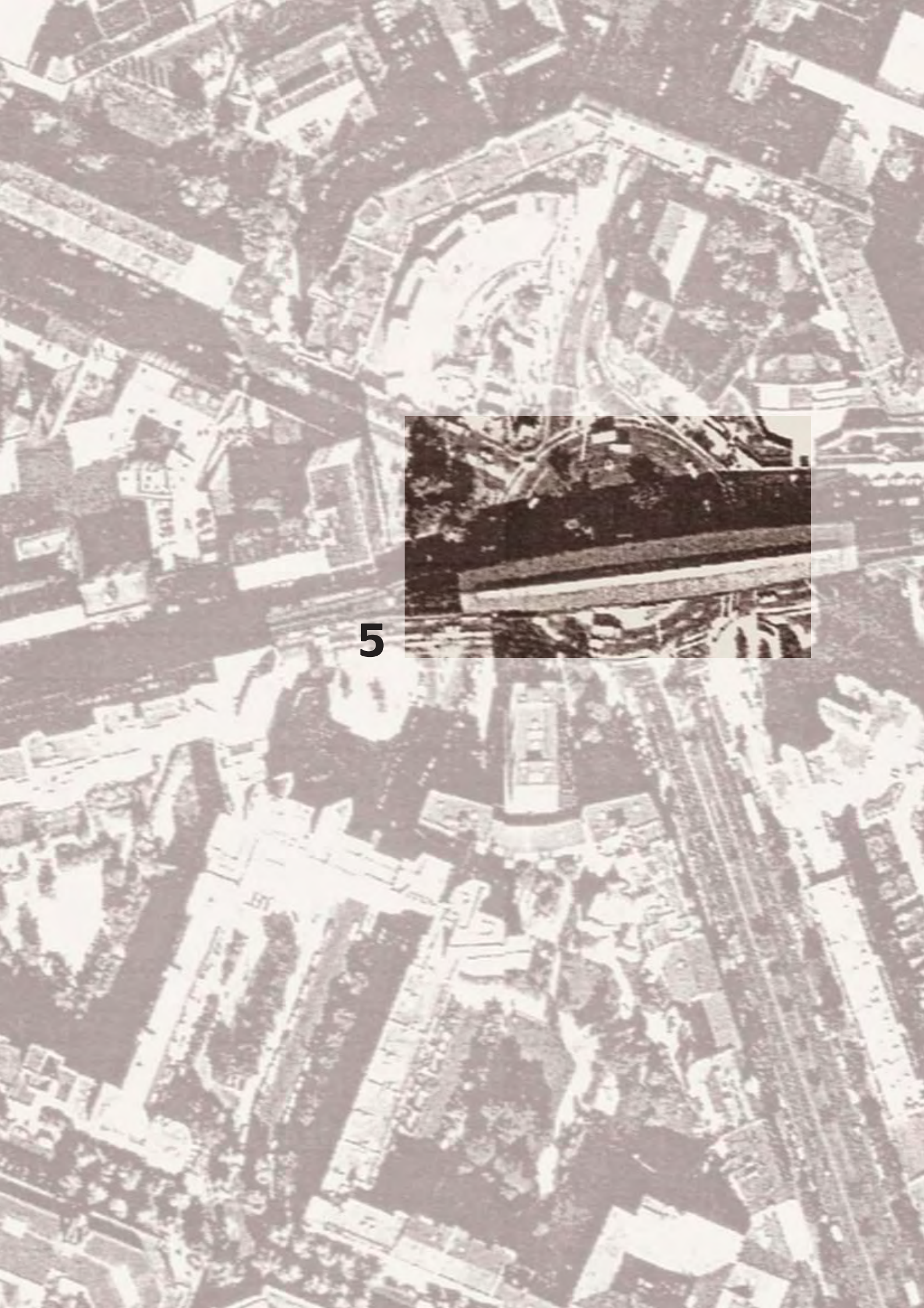
Literatur

- Altes, Willem Korthals und Gerard Metselaar, Introduction into an European comparative policy analysis on recent approaches to urban regeneration as seen from The Netherlands, Vortragmanuskript, o.O., o.J. ■ Atkinson, Rob (2000), Narratives of Policy: The Construction of Urban Problems and Urban Policy in the Official Discourse of British Government 1968–1998, in Critical Social Policy, London. ■ Atkinson, Rob (2000 a), Development in Policies to Adress Disadvantaged Urban Areas: the case of English and Danish Urban Regeneration Policies, paper presented at the conference »Stockholm – Berlin – Helsinki. 3 European Capitals Facing the Future«, Stockholm, September 2000. ■ Atkinson, Rob and Jacob Norvig Larson, The Developing EU Urban Policy: Lessons from Kvaterloft and SRB, Department of Regional & Urban Planning, University College Dublin, Dublin 2000. ■ Van Boxtel, R. H. L. M. (1999), Politik der sozialen Erneuerung in den Niederlanden, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Auftaktveranstaltung zum Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt«, Berlin. ■ Bockmeyer, Janice (1999), Stadteilerneuerung und Bewohneraktivierung: Partizipationsstile in deutschen und amerikanischen Erneuerungsgebieten; in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Integrierte Stadteilerneuerung und Bewohneraktivierung in den USA, Dortmund (ILS-Schriften, Nr. 142). ■ Boyle, Robin und Peter Eisinger, The U.S. Empowerment Zone Program. The Evolution of a National Urban Program and the Failure of Local Implementation in Detroit, Michigan; Tagungspapier zur EURA Conference, Kopenhagen, Mai 2001. ■ Byfornyelsesselskabet Danmark and Byfornyelsesselskabet Kobenhavn (Hrsg.), Integrated Urban Regeneration. International experience; o.O., o.J. (wahrscheinlich Kopenhagen 2000). ■ Cabinet Office, Government UK (Hrsg.), A New Commitment to Neighbourhood Renewal: National Strategy Action Plan; www.cabinet-office.gov.uk/seu/2001/Action%20Plan. ■ Délégation Interministérielle à la Ville (Hrsg.) (2000), The French Urban Regeneration Programme. A New Objective for Towns and Cities, Paris. ■ Department of the Environment, Transport and the Regions (Hrsg.) (1999), Regeneration Research Summary City Challenge – Final National Evaluation, Number 27, www.regeneration.detr.gov.uk/rs/02799/index.htm. ■ Department of the Environment, Transport and the Regions (Hrsg.) (2000), Co-ordination of Area-Based Initiatives. Research working paper, London. ■ Department of the Environment, Transport and the Regions (o.J.), New Deal for Communities: An Overview, www.regeneration.dtlr.gov.uk/ndc/overview/index.htm.

■ Department of the Environment, Transport and the Regions (o.J.), New Deal for Communities. Monitoring, Review and Evaluation, www.regeneration.dtlr.gov.uk/ndc/monitoring/01.htm. ■ Department of the Environment, Transport and the Regions (o.J.), Urban Regeneration Companies: A Process Evaluation, www.regeneration.dtlr.gov.uk/research/companies/o1.htm. ■ Eltges, Markus (2000), Europäische Strukturpolitik. Handlungsoptionen für die Raum- und Stadtplanung durch die AGENDA 2000, in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 2, S. 93–101. ■ empirica (2001), Best Practice in überforderten Nachbarschaften: Strategien und Maßnahmen in Großbritannien, unveröffentlichtes Manuskript, o.O., März 2001. ■ European Commission, Office for Official Publications of the European Communities (Hrsg.) (1997), Regional development studies. Community involvement in urban regeneration: added value and changing values; Luxembourg. ■ Fraaz, Klaus und Kurt Walter (2000), Stadterneuerungspolitik in Europa. Neue programmatische Ansätze in europäischen Nachbarstaaten und in Deutschland, unveröffentlichtes Manuskript, Bonn. ■ Frey, Oliver (2000), Die soziale Stadtpolitik in Frankreich, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin. ■ Froessler, Rolf (1994), Die integrierte Erneuerung benachteiligter Stadtquartiere in den Niederlanden, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) (Hrsg.), Stadtviertel in der Krise, Materialienband 1: Niederlande, Dortmund (ILS-Schriften, Nr. 87a). ■ Froessler, Rolf (1999), Der Blick über den Zaun: Erfahrungen von Nachbarn – Anstöße für die Praxis in Deutschland, unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, Kassel. ■ Froessler, Rolf und Jeanette Wagner (1994), Die integrierte Erneuerung benachteiligter Stadtquartiere in Großbritannien, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) (Hrsg.), Stadtviertel in der Krise, Materialienband 3: Großbritannien, Dortmund (ILS-Schriften Nr. 87c). ■ Häußermann, Hartmut (2000), Die Krise der »sozialen Stadt«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 10–11/2000, S. 13–21. ■ Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (Hrsg.) (2000), Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund. ■ Keating, W. Dennis, Cleveland, Ohio (USA): The Tale of Supplementary Empowerment Zone; Tagungspapier zur EURA Conference, Kopenhagen, Mai 2001. ■ Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1994), Mitteilungen an die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von ihnen zu erstellenden Operationellen Programme im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete (URBAN). Abl. der EG C 200 vom 1.7.1994, S. 6–9. ■ Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) (2000), Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 28. 4. 2000, URBAN II, Brüssel. ■ Lang, Markus, Rolf Froessler und Ralf Thomas (1994), Die Politik der Sozialen Stadtteilentwicklung in Frankreich, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) (Hrsg.), Stadtviertel in der Krise, Materialienband 2: Frankreich, Dortmund (ILS-Schriften, Nr. 87b). ■ Mayer, Margit (1999), Sozialpolitischer Kontext amerikanischer Programme und Initiativen; in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Integrierte Stadtteilerneuerung und Bewohneraktivierung in den USA, Dortmund, S. 9–16 (ILS-Schriften, Nr. 142). ■ Meale, Alan (1999), New Deal Programm, Sure Start Programm und Single Regeneration Budget in Großbritannien, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Auftaktveranstaltung zum Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt«, Berlin. ■ Schmals, Klaus M. und Stephan Kemper (2000), Steuerungsinstrumente der sozialintegrativen Stadtentwicklung, unveröffentlichtes Manuskript, Dortmund. ■ Staubach, Reiner (1999), Bürgerschaftliche Selbsthilfe und Planungsbeteiligung in der US-amerikanischen Stadtteilerneuerung; in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Integrierte Stadtteilerneuerung und Bewohneraktivierung in den USA, Dortmund (ILS-Schriften, Nr. 142). ■ Wilson, Simon (2000), The British Experience. Background paper, Schader-Kolloquium, Darmstadt, Juni 2000.

Anhang





5

Ansprechpartnerinnen und -partner auf Länderebene

BADEN-WÜRTTEMBERG

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg
Referat 54: Städtebauliche Erneuerung
Theodor-Heuss-Straße 4, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711/123-0

- Ministerialrat Heinz Naudé,
Telefon: 0711/123-2084,
Telefax: 0711/123-2474,
E-Mail: heinz.naude@wm.bwl.de
- Regierungsdirektor Peter Schäfer,
Telefon: 0711/123-2085,
Telefax: 0711/123-2474,
E-Mail: peter.schaefer@wm.bwl.de
- Oberamtsrat Anton Pfauth,
Telefon: 0711/123-2086,
Telefax: 0711/123-2474,
E-Mail: anton.pfauth@wm.bwl.de

FREISTAAT BAYERN

Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern
Franz-Josef-Strauß-Ring 4, 80530 München
Telefon: 089/2192-0

- Ministerialrat Andreas Distler,
Telefon: 089/2192-3478,
Telefax: 089/2192-13678,
E-Mail: andreas.distler@stmi.bayern.de

BERLIN

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Referat »Soziale Stadt«
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
Telefon: 030/9012-0

- Monica Schümer-Strucksberg, Referatsleiterin,
Telefon: 030/9012-7588,
Telefax: 030/9012-3189,
E-Mail: monica.schuemer-strucksberg@senstadt.verwalt-berlin.de
- Holger Hübner, Öffentlichkeitsarbeit
»Soziale Stadt«,
Telefon: 030/9012-4523,
Telefax: 030/9012-3189,
E-Mail: holger.huebner@senstadt.verwalt-berlin.de

BRANDENBURG

Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
Referat 25: Integrierte Programme und Projekte
Henning-von-Treskow-Straße 2-8, 14467 Potsdam
Telefon: 0331/866-0

- Ministerialrätin Ingrid Even-Pröpper, Referatsleiterin,
Telefon: 0331/866-8150,
Telefax: 0331/866-8363,
E-Mail: ingrid.even-proepper@msvw.brandenburg.de
- Baudirektor Stefan Krapp, Referent,
Telefon: 0331/866-8151,
Telefax: 0331/866-8363,
E-Mail: stefan.krapp@msvw.brandenburg.de
- Dipl.-Ing. Petra Dribbisch,
Telefon: 0331/866-8154,
Telefax: 0331/866-8363,
E-Mail: petra.dribbisch@msvw.brandenburg.de

BREMEN

Senator für Bau und Umwelt
Amt für Wohnung und Städtebauförderung
Ansgaritorstraße 2, 28195 Bremen
Telefon: 0421/361-0

- Baudirektor Volker Schweser,
Telefon: 0421/361-4335,
Telefax: 0421/361-4033,
E-Mail: vschweser@aws.bremen.de
- Regierungsrat Rainer Klapper,
Telefon: 0421/361-4025,
Telefax: 0421/361-4033,
E-Mail: rklapper@aws.bremen.de

HAMBURG

Behörde für Bau und Verkehr
Amt für Stadterneuerung und Bodenordnung
Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg
Telefon: 040/42841-11

- Ltd. Baudirektor Dieter Polkowski,
Telefon: 040/42841-3476,
Telefax: 040/42841-3461,
E-Mail: dieter.polkowski@steb.hamburg.de

HESSEN

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und
Landesentwicklung

Abteilung VII, Referat Städtebau und
Städtebauförderung

Kaiser-Friedrich-Ring 75, 65185 Wiesbaden
Telefon: 0611/815-0

■ Ltd. Ministerialrat Rudolf Raabe, Referatsleiter,
Telefon: 0611/815-2960,
Telefax: 0611/815-2219,

E-Mail: R.Raabe@wirtschaft.hessen.de

■ Oberamtsrätin Silvia Munsch-Werle,
Telefon: 0611/815-2965,
Telefax: 0611/815-2219,

E-Mail: S.Munsch-Werle@wirtschaft.hessen.de

■ Amtsrätin Gabriele Enk,
Telefon: 0611/815-2966,
Telefax: 0611/815-2219,
E-Mail: G.Enk@wirtschaft.hessen.de

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Ministerium für Arbeit und Bau
Referat für Städtebauförderung
Schloßstraße 6-8, 19053 Schwerin
Telefon: 0385/588-0

■ Roland Kutzki, Referatsleiter,
Telefon: 0385/588-3730,
Telefax: 0385/588-3072,
E-Mail: roland.kutzki@am.mv-regierung.de

■ Baudirektor Rudolf Schlömann-Vagedes,
Referent,
Telefon: 0385/588-3731,
Telefax: 0385/588-3072,
E-Mail:

rudolf.schloemann-vagedes@am.mv-regierung.de

■ Anvera Scharenberg,
Telefon: 0385/588-3735,
Telefax: 0385/588-3072,
E-Mail:

ansvera.scharenberg@am.mv-regierung.de

NIEDERSACHSEN

Niedersächsisches Innenministerium
Lavesallee 6, 30169 Hannover
Telefon: 0511/120-0

■ Ministerialrat Dr. Fokke Schomburg,
Telefon: 0511/120-3113,
Telefax: 0511/120-3093,
E-Mail: fokke.schomburg@mi.niedersachsen.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

Ministerium für Städtebau und Wohnen,
Kultur und Sport
Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf
Telefon: 0211/3843-0

■ Ltd. Ministerialrat Karl Jasper,
Telefon: 0211/3843-289,
Telefax: 0211/3843-651,
E-Mail: karl.jasper@mswks.nrw.de

■ Regierungsbaudirektor Kay Noell,
Telefon: 0211/3843-583,
Telefax: 0211/3843-651,
E-Mail: kay.noell@mswks.nrw.de

RHEINLAND-PFALZ

Ministerium des Innern und für Sport
Referat: Kommunale Entwicklung und
Konversion
Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz
Telefon: 06131/16-0

■ Ltd. Ministerialrat Jürgen Hiller, Referatsleiter,
Telefon: 06131/16-3308,
Telefax: 06131/16-3345,
E-Mail: Juergen.Hiller@ism.rlp.de

■ Fred Opitz, Referent,
Telefon: 06131/16-3651,
Telefax: 06131/16-3345,
E-Mail: Fred.Opitz@ism.rlp.de

SAARLAND

Ministerium für Umwelt

Referat: Grundsatzangelegenheiten,
Stadtentwicklung, Bauleitplanung
Keplerstraße 18, 66117 Saarbrücken

Telefon: 0681/501-00

■ Baudirektor Klaus Müller-Zick, Referatsleiter,

Telefon: 0681/501-4614,

Telefax: 0681/501-4601,

E-Mail: k.mueller-zick@umwelt.saarland.de

■ Bauoberrat Hans-Joachim Schu,

stellvertretender Referatsleiter,

Telefon: 0681/501-4620,

Telefax: 0681/501-4601,

E-Mail: h.schu@umwelt.saarland.de

FREISTAAT SACHSEN

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Referat 54: Städte- und Wohnungsbau-
förderung

Wilhelm-Buck-Straße 2, 01097 Dresden

Telefon: 0351/564-0

■ Ministerialrat Dietrich Gökelmann, Referats-
leiter,

Telefon: 0351/564-3540,

Telefax: 0351/564-3509,

E-Mail: dietrich.goekelmann@SMI.sachsen.de

SACHSEN-ANHALT

Ministerium für Wohnungswesen, Städtebau
und Verkehr

Referat für Städtebauförderung

Tessenowstraße 10, 39114 Magdeburg

Telefon: 0391/567-01

■ Ministerialrat Joachim Stappenbeck,

Telefon: 0391/567-7466,

Telefax: 0391/567-7529,

E-Mail: stappenbeck@mww.lsa-net.de

■ Carla Hoffmeister,

Telefon: 0391/567-7473,

Telefax: 0391/567-7529,

E-Mail: hoffmeister@mww.lsa-net.de

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Innenministerium

Abteilung 5, Referat Städtebauförderung
Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel

Telefon: 0431/988-0

■ Prof. Dr.-Ing. Eckart Güldenbergh,
Abteilungsleiter,

Telefon: 0431/988-2705,

Telefax: 0431/988-3241,

E-Mail: eckart.gueldenberg@im.landsh.de

■ Ministerialrätin Bärbel Pook,

Referatsleiterin,

Telefon: 0431/988-2754,

Telefax: 0431/988-3241,

E-Mail: baerbel.pook@im.landsh.de

■ Sabine Kling,

Telefon: 0431/988-3231,

Telefax: 0431/988-3241,

E-Mail: sabine.kling@im.landsh.de

■ Oberamtsrätin Ingrid Harder,

Telefon: 0431/988-3234,

Telefax: 0431/988-3241,

E-Mail: ingrid.harder@im.landsh.de

FREISTAAT THÜRINGEN

Thüringer Innenministerium

Bauabteilung

Steigerstraße 24, 99096 Erfurt

Telefon: 0361/3790-0

■ Ministerialrat Konrad Ballheim,

RL Städtebau/Städtebauförderung

Telefon: 0361/3793-022,

Telefax: 0361/3793-048,

E-Mail: poststelle@TIM.thueringen.de

Teams der Programmbegleitung-vor-Ort (PvO)

Berlin-Kreuzberg – Kottbusser

Tor

Stadtforschung + Sozialplanung,
Kurfürstendamm 123, 10711 Berlin

■ Dr. Ingeborg Beer,
Telefon: 030/8915453,
Telefax: 030/8851545,
E-Mail: info@ingeborg-beer.de

Musch Unternehmensberatung,
Kurhausstraße 13, 13467 Berlin

■ Dr. Reinfried Musch,
Telefon: 030/44057290,
Telefax: 030/44057290,
E-Mail: r.musch@web.de

Bremen – Gröpelingen

Deutsches Institut für Urbanistik,
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin

■ Dipl.-Geogr. Thomas Franke,
Telefon: 030/39001-107,
Telefax: 030/39001-269,
E-Mail: franke@difu.de

■ Dipl.-Ing. Ulrike Meyer,
Telefon: 030/39001-270,
Telefax: 030/39001-269,
E-Mail: meyer@difu.de

Cottbus – Sachsendorf-Madlow

Institut für Regionalentwicklung und
Strukturplanung (IRS),
Flakenstraße 28-31, 15537 Erkner

■ Dipl.-Ing. Kerstin Jahnke,
Telefon: 03362/793-253,
Telefax: 03362/793-111,
E-Mail: JahnkeK@irs-net.de

■ Thomas Knorr-Siedow M.A.,
Telefon: 03362/793-235,
Telefax: 03362/793-111,
E-Mail: Knorr-ST@irs-net.de

■ Dipl.-Geogr. Britta Trostdorff,
Telefon: 03362/793-245,
Telefax: 03362/793-111,
E-Mail: Trostorb@irs-net.de

Flensburg – Neustadt

plankontor GmbH,
Am Born 6B, 22765 Hamburg

■ Dipl.-Ing. Matthias Frinken,
Telefon: 040/391769,
Telefax: 040/391770,
E-Mail: plankontor.hamburg@snaflu.de

■ Helga Rake,
Telefon: 040/391769,
Telefax: 040/391770,
E-Mail: plankontor.hamburg@snaflu.de

Gelsenkirchen – Bismarck/- Schalke-Nord

Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung (AGB)
am Institut für Raumplanung (IRPUD)
der Universität Dortmund, 44221 Dortmund

■ Dipl.-Ing. Marcelo Ruiz,
Telefon: 0231/755-2430,
Telefax: 0231/755-4788,
E-Mail: agb@irpud.rp.uni-dortmund.de

■ Dipl.-Ing. Matthias Sauter,
Telefon: 0231/755-2430,
Telefax: 0231/755-4788,
E-Mail: agb@irpud.rp.uni-dortmund.de

Institut für Landes- und Stadtentwicklungs-
forschung des Landes Nordrhein-Westfalen
(ILS), Deutsche Straße 5, 44339 Dortmund

■ Dipl.-Ing. Klaus Austermann,
Telefon: 0231/9051-184,
Telefax: 0231/9051-155,
E-Mail: klaus.austermann@ils.nrw.de

Halle – Silberhöhe

empirica GmbH,
Kurfürstendamm 234, 10719 Berlin

■ Dipl.-Biol. Stefan Geiss,
Telefon: 030/884795-15;
Telefax: 030/884795-17,
E-Mail: stefan.geiss@empirica-institut.de

■ Dipl.-Geogr. Julia Kemper,
Telefon: 030/884795-84,
Telefax: 030/884795-17,
E-Mail: julia.kemper@empirica-institut.de

■ Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier,
Telefon: 030/884795-0,
Telefax: 030/884795-17,
E-Mail: mtk@empirica-institut.de

Hamburg-Altona – Lurup

Technische Universität Hamburg-Harburg,
Arbeitsbereich 1-06, Stadt- und Regionalsociologie,
Woellmerstraße 1, 21071 Hamburg

■ Prof. Dr. Ingrid Breckner,
Telefon: 040/42878-3010,
Telefax: 040/42878-2794,
E-Mail: breckner@tu-harburg.de

■ Dipl.-Soz. Toralf Gonzalez,
Telefon: 040/42878-3427,
Telefax: 040/42878-2794

■ Dr. Heike Herrmann,
Telefon: 040/42878-3427,
Telefax: 040/42878-2794,
E-Mail: h.herrmann@tu-harburg.de

■ Prof. Dr. Dieter Läßle,
Telefon: 040/42878-3110,
Telefax: 040/42878-2794,
E-Mail: laepple@tu-harburg.de

Hannover – Vahrenheide-Ost

Arbeitsgruppe für interdisziplinäre Sozial-
strukturforschung der Universität Hannover
(agis),

An der Christuskirche 18, 30167 Hannover

■ Dipl.-Geogr. Esther Bartnick,
Telefon: 0511/762-4098,
Telefax: 0511/762-4099,
E-Mail: esther.bartnick@stud.uni-hannover.de

■ Prof. Dr. Heiko Geiling,
Telefon: 0511/762-19069,
Telefax: 0511/762-4099,
E-Mail: h.geiling@agis.uni-hannover.de

■ Dipl.-Sozialwiss. Claudia Heinzelmann,
Telefon: 0511/762-4098,
Telefax: 0511/762-4099,
E-Mail: heinzelmann@agis.uni-hannover.de

■ Thomas Schwarzer M.A.,
Telefon: 0511/762-19069,
Telefax: 0511/762-4099,
E-Mail: t.schwarzer@agis.uni-hannover.de

Kassel – Nordstadt

Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft
Hessen mbH (FEH),
Abraham-Lincoln-Straße 38-42,
65189 Wiesbaden

■ Dipl.-Ing. Peter Kreisl,
Telefon: 0611/774-495,
Telefax: 0611/774-323,
E-Mail: Peter.Kreisl@FEH-Hessen.de

Arbeitsgruppe Dialogische Planung,
Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung,
Universität Gesamthochschule Kassel,
Henschelstraße 2, 34127 Kassel

■ Dr. Christine Mussel,
Telefon: 0561/804-6283,
Telefax: 0561/804-6282,
E-Mail:
mussel@uni-kassel.de; agdialog@uni-kassel.de

■ Antonia Vettermann,
Telefon: 0561/804-6283,
Telefax: 0561/804-6282,
E-Mail: agdialog@uni-kassel.de

Leinefelde – Südstadt

Weeber + Partner Institut für Stadtplanung
und Sozialforschung,
Emser Straße 18, 10719 Berlin;
Mühlrain 9, 70180 Stuttgart

■ Dr. Martina Buhtz,
Telefon: 030/8616424,

Telefax: 030/8616630,

E-Mail: wpberlin@weeberpartner.de

■ Dr. Heike Gerth,

Telefon: 030/8616424,

Telefax: 030/8616630,

E-Mail: wpberlin@weeberpartner.de

■ Dr. Margit Lindner,

Telefon: 030/8616424,

Telefax: 030/8616630,

E-Mail: wpberlin@weeberpartner.de

■ Dr. Rotraut Weeber,

Telefon: 0711/620093-60,

Telefax: 0711/620093-89,

E-Mail: wpstuttgart@weeberpartner.de

Leipzig – Leipziger Osten

Deutsches Institut für Urbanistik,
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin

■ Dipl.-Ing. Christa Böhme,

Telefon: 030/39001-291,

Telefax: 030/39001-269,

E-Mail: boehme@difu.de

■ Dipl.-Geogr. Thomas Franke,

Telefon: 030/39001-107,

Telefax: 030/39001-269,

E-Mail: franke@difu.de

Ludwigshafen – Westend

Institut für Entwicklungsforschung,
Wirtschafts- und Sozialplanung (isoplan),
Martin-Luther-Straße 20, 66111 Saarbrücken

■ Dipl.-Soz. Delia Schröder,

Telefon: 0681/93646-16,

Telefax: 0681/93646-11,

E-Mail: schroeder@isoplan.de

■ Dr. Manfred Werth,

Telefon: 0681/93646-16,

Telefax: 0681/93646-11,

E-Mail: werth@isoplan.de

Neunkirchen – Innenstadt

Forschungs- und Informations-Gesellschaft
für Fach- und Rechtsfragen der Raum- und
Umweltplanung mbH (FIRU),
Karl-Marx-Straße 27B, 67665 Kaiserslautern

■ Dipl.-Ing. Sabine Herz,

Telefon: 0631/36245-23,

Telefax: 0631/36245-99,

E-Mail: s.herz@firu-mbh.de

■ Dipl.-Ing. Andreas Jacob,

Telefon: 0631/36245-20,

Telefax: 0631/36245-99,

E-Mail: a.jacob@firu-mbh.de

■ Dipl.-Ing. Sonja Mazak,

Telefon: 0631/36245-24,

Telefax: 0631/36245-99,

E-Mail: s.mazak@firu-mbh.de

■ Dipl.-Ing. Martina Pauly,

Telefon: 0631/36245-24,

Telefax: 0631/36245-99,

E-Mail: m.pauly@firu-mbh.de

Nürnberg – Galgenhof-Steinbühl

Deutsches Institut für Urbanistik,
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin

■ Dipl.-Geogr. Cathy Cramer,

Telefon: 030/39001-106,

Telefax: 030/39001-269,

E-Mail: cramer@difu.de

■ Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss,

Telefon: 030/39001-296,

Telefax: 030/39001-269,

E-Mail: strauss@difu.de

Schwerin – Neu Zippendorf

Deutsches Institut für Urbanistik,
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin

■ Dipl.-Geogr. Cathy Cramer,

Telefon: 030/39001-106,

Telefax: 030/39001-269,

E-Mail: cramer@difu.de

■ Dipl.-Volksw. Ulla-Kristina Schuleri-Hartje,

Telefon: 030/39001-234,

Telefax: 030/39001-269,

E-Mail: schuleri-hartje@difu.de

Singen – Langenrain

empirica GmbH,
Kurfürstendamm 234, 10719 Berlin

■ Dipl.-Biol. Stefan Geiss,

Telefon: 030/884795-15,

Telefax: 030/884795-17,

E-Mail: stefan.geiss@empirica-institut.de

■ Dipl.-Geogr. Meike Heckenroth,

Telefon: 0228/91489-10,

Telefax: 0228/217410,

E-Mail: meike.heckenroth@empirica-institut.de

■ Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier,

Telefon: 030/884795-0,

Telefax: 030/884795-17,

E-Mail: mtk@empirica-institut.de

Ansprechpartnerinnen und -partner in den Modellgebieten

Berlin-Kreuzberg – Kottbusser Tor

Kommunale Ansprechpartnerin:
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Referat »Soziale Stadt«
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
Monica Schümer-Strucksberg
Telefon: 030/9012-7588,
Telefax: 030/9012-3189,
E-Mail: monica.schuemer-strucksberg@sen-stadt.verwalt-berlin.de

Ansprechpartnerinnen auf Gebietsebene:
Quartiersmanagement Kottbusser Tor/KonTor
Stiftung SPI (Sozialpädagogisches Institut Berlin)
Reichenberger Straße 177, Galerie West,
10999 Berlin
Sylvia Kahle, Ingrid Sander
Telefon: 030/6123040,
Telefax: 030/6122000,
E-Mail: spi-qm-kottbusser-tor@t-online.de

Bremen – Gröpelingen

Kommunaler Ansprechpartner:
Amt für Wohnung und Städtebauförderung
Breitenweg 24-28, 28195 Bremen
Volker Schweser
Telefon: 0421/361-4335,
Telefax: 0421/361-4033,
E-Mail: vschweser@aws.bremen.de

Ansprechpartner auf Gebietsebene:
Amt für Wohnung und Städtebauförderung
Breitenweg 24-28, 28195 Bremen
Siegfried Staud
Telefon: 0421/361-2558,
Telefax: 0421/361-4033,
E-Mail: sstaud@aws.bremen.de

Quartiersmanagement Gröpelingen
im Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße
Amt für Soziale Dienste Bremen
Schiffbauerweg 4, 28237 Bremen

Dieter Sevecke
Telefon: 0421/361-9313, -8546, -9320,
Telefax: 0421/361-8304,
E-Mail: hh.k.borchers@gmx.net

Cottbus – Sachsendorf-Madlow

Kommunale Ansprechpartnerin:
Bauverwaltungsamt
Postfach, 03046 Cottbus
Karin Bröske
Telefon: 0355/6122640,
Telefax: 0355/6122653,
E-Mail: bauverwaltungsamt.stadt@cottbus.de

Ansprechpartner auf Gebietsebene:
Stadtteilmanagement
StadtBüro Hunger
Zimmerstraße 11, 10969 Berlin
Kai Reichelt
Telefon: 030/2512516,
Telefax: 030/2515201,
E-Mail: StadtBueroHunger@t-online.de

Flensburg – Neustadt

Kommunale Ansprechpartner:
Fachbereich 4/Umwelt und Planen
Postfach 27 42, 24917 Flensburg
Dr. Peter Schroeders
Telefon: 0461/85-2216,
Telefax: 0461/85-1675,
E-Mail: stadtplanung@flensburg.de
Frank Rolfes
Telefon: 0461/85-2842,
Telefax: 0461/85-1675,
E-Mail: sanierung@flensburg.de

Fachbereich 2/Jugend, Soziales, Gesundheit
Stabsstelle Jugendhilfe und Sozialplanung
Postfach 27 42, 24917 Flensburg
Dr. Wolfgang Börstinghaus
Telefon: 0461/85-2177,
Telefax: 0461/85-1764,
E-Mail: soziales@flensburg.de

Ansprechpartnerinnen auf Gebietsebene:

Stadtteilbüro der Stadt Flensburg
Schulgasse 10, 24939 Flensburg
Helene Luig-Arlt, Sylvia Schröder
Telefon: 0461/85-1270, -71,
Telefax: 0461/85-1272,
E-Mail: neustadtbuero@flensburg.de

Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord

Kommunale Ansprechpartner:

Stadtplanungsamt 61/3
45875 Gelsenkirchen
Wolfram Schneider
Telefon: 0209/169-4531,
Telefax: 0209/169-4803,
E-Mail: wolfram.schneider@gelsenkirchen.de
Stefan Rommelfanger
Telefon: 0209/169-4438,
Telefax: 0209/169-4803,
E-Mail: stefan.rommelfanger@gelsenkirchen.de

Ansprechpartner/-in auf Gebietsebene:

Stadtteilbüro Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord
Laarstraße 41, 45889 Gelsenkirchen
Johannes Mehlmann, Irmgard Schiller
Telefon: 0209/82163,
Telefax: 0209/82179,
E-Mail: stadtteilbuero-bismarck@gelsen-net.de

Halle – Silberhöhe

Kommunale Ansprechpartnerin:

Stadtplanungsamt
Hansering 15, 06100 Halle/Saale
Ulrike Neubert
Telefon: 0345/221-6273,
Telefax: 0345/221-6277,
E-Mail: ulrike.neubert@halle.de

Ansprechpartner/-in auf Gebietsebene:

S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen
Stadterneuerung mbH
Schwedter Straße 263, 10119 Berlin
Dr. Elke Bahrs-Discher, Christoph Speckmann
Telefon: 030/443636-66,
Telefax: 030/443636-77,
E-Mail: bahrs-discher@stern-berlin.de
speckmann@stern-berlin.de

Stadtteilbüro Halle:

Jessener Straße 9, 06132 Halle/Saale
Telefon (vor Ort): 0345/7757193,
Telefax (vor Ort): 0345/7757193,
Telefon (Büro Berlin): 030/443636-66,
Telefax (Büro Berlin): 030/443636-77

Hamburg-Altona – Lurup

Kommunale Ansprechpartnerin:

Bezirksamt Hamburg-Altona
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg
Jonna Schmoock
Telefon: 040/42811-3130,
Telefax: 040/42811-2579,
E-Mail: jonna.schmoock@altona.hamburg.de

Ansprechpartner auf Gebietsebene:

STEG Hamburg mbH
Stadtteil-Laden Lurup
Elbgaustraße 118, 22547 Hamburg
Ludger Schmitz
Telefon: 040/84050247,
Telefax: 040/84050249,
E-Mail: steg-lurup@steg-hh.de

Hannover – Vahrenheide-Ost

Kommunale Ansprechpartner/-in:

Stadtplanungsamt

Rudolf-Hillebrecht-Platz 1, 30159 Hannover

Gerhard Kier

Telefon: 0511/168-46470,

Telefax: 0511/168-41390,

E-Mail: gerhard.kier.61@hannover-stadt.de

Matthias Fabich

Telefon: 0511/168-44483,

Telefax: 0511/168-42418,

E-Mail: matthias.fabich.61@hannover-stadt.de

Gesundheits-, Jugend- und Sozialdezernat

Rathaus, Trammplatz 2, 30159 Hannover

Elke Saueremann

Telefon: 0511/168-46459,

Telefax: 0511/168-49835,

E-Mail: elke.saueremann.Dez.D@hannover-stadt.de

Ansprechpartner/-innen auf Gebietsebene:

Sanierungsbüro Vahrenheide

Plauener Straße 12 A, 30179 Hannover

Karl Schuchert (Stadtplanungsamt)

Telefon: 0511/168-44958,

Telefax: 0511/168-42049,

E-Mail: karl.schuchert.61@hannover-stadt.de

Ingrid Ravers (Sozialdezernat)

Telefon: 0511/168-48468,

Telefax: 0511/168-48479,

E-Mail: ingrid.ravers.51@hannover-stadt.de

Ingrid Weinreich (Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH),

Telefon: 0511/64674617,

Telefax: 0511/64674680,

E-Mail: ingrid.weinreich@gbh-hannover.de

Kassel – Nordstadt

Kommunale Ansprechpartnerin:

Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Gesundheit und Soziales

Obere Königsstraße 8, 34112 Kassel

Stadträtin Ilona Caroli

Telefon: 0561/787-1276,

Telefax: 0561/787-2215,

E-Mail: ilona.caroli@rathaus.kassel.de

Ansprechpartner/-in auf Gebietsebene:

Stadtteilmanagement Kassel-Nordstadt

Kommunale Arbeitsförderung gGmbH

Obere Königsstraße 8, 34112 Kassel

Gabriela Pohle

Telefon: 0561/787-7138,

Telefax: 0561/787-4093,

E-Mail: g.pohle@rathaus.kassel.de

Stadtteilladen im Nordstadt-Verbund

Holländische Straße 74, 34127 Kassel

Karen Evers

Telefon: 0561/8615510,

Telefax: 0561/8615512,

E-Mail: bezan@awo-kassel.de

Leinefelde – Südstadt

Kommunale Ansprechpartner/-in:

Bürgermeister

Triftstraße 2-4, 37327 Leinefelde

Gerd Reinhardt

Telefon: 03605/50-5122,

Telefax: 03605/50-5199,

E-Mail: buergermeister@leinefelde.de

Bauamt Leinefelde

Bahnhofstraße 13, 37327 Leinefelde

Roland Senft

Telefon: 03605/50-5213,

Telefax: 03605/50-5299,

E-Mail: bauamt@leinefelde.de

Hauptamt

Triftstraße 2-4, 37327 Leinefelde

Ute Heinemann

Telefon: 03605/50-5118,

Telefax: 03605/50-5199,

E-Mail: hauptamt@leinefelde.de

Ansprechpartner/-in auf Gebietsebene:
Stadtteilmanagement
Bonifatiusplatz 8, 37327 Leinefelde
Petra Franke
Telefon: 03605/519787,
Telefax: 03605/502101,
E-Mail: Suedstadtbuero_Leinefelde@web.de

Wohnungsbau- und Verwaltungs GmbH
Leinefelde
Hahnstraße 2, 37327 Leinefelde
Ernst Bode
Telefon: 03605/559311,
Telefax: 03605/559328,
E-Mail: gf@wvleinefelde.de

Leinefelder Wohnungsbau-Genossenschaft eG
Konrad-Martin-Straße 18, 37327 Leinefelde
Paul Schmidt
Telefon: 03605/543131,
Telefax: 03605/502101,
E-Mail: info@lwgeg.de

Leipzig – Leipziger Osten

Kommunaler Ansprechpartner:
Amt für Stadterneuerung und Wohnungs-
bauförderung
Prager Straße 26, 04092 Leipzig
Karsten Gerkens
Telefon: 0341/123-5419,
Telefax: 0341/123-5412,
E-Mail: kgerkens@leipzig.de

Ansprechpartner/-in auf Gebietsebene:
Stadtteilmanagement und Programm-
steuerung
Amt für Stadterneuerung und Wohnungs-
bauförderung
Prager Straße 26, 04092 Leipzig
Petra Hochtritt
Telefon: 0341/123-5454,
Telefax: 0341/123-5444,
E-Mail: phochtri@leipzig.de

Stadtteilmanagement
Büro Kaufmann
Spinnereistraße 7, 04179 Leipzig
Andreas Kaufmann
Telefon: 0341/4772105,
Telefax: 0341/4772106,
E-Mail: info@buero-kaufmann.de

Quartiersmanagement Volkmarsdorf
Bürgertreff Volkmarsdorf
Konradstraße 60a, 04315 Leipzig
Matthias Schirmer
Telefon: 0341/6888940,
Telefax: 0341/6888942,
E-Mail: volkmarsdorf@gmx.de

Ludwigshafen – Westend

Kommunale Ansprechpartnerin:
Stabstelle Dezernatsübergreifende
Planungsaufgaben
Rathausplatz 20, 67059 Ludwigshafen
Claudia Möller
Telefon: 0621/504-2348,
Telefax: 0621/504-3078,
E-Mail: claudia.moeller@ludwigshafen.de

Ansprechpartnerin auf Gebietsebene:
Bürgerbüro WestendTreff
Bahnhofstraße 87, 67059 Ludwigshafen
Margrita Helmling
Telefon: 0621/62901-86,
Telefax: 0621/62901-97,
E-Mail: margrita.helmling@t-online.de

Neunkirchen – Innenstadt

Kommunale Ansprechpartner:
Beigeordneter
Oberer Markt 16, 66538 Neunkirchen
Manfred Hörth
Telefon: 06821/202-110,
Telefax: 06821/202-109,
E-Mail: edv@neunkirchen.de

Stadtplanungsamt
Oberer Markt 16, 66538 Neunkirchen
Jürgen Detemple
Telefon: 06821/202-730,
Telefax: 06821/21530,
E-Mail: edv@neunkirchen.de

Sozialamt
Oberer Markt 16, 66538 Neunkirchen
Gerhard Müller
Telefon: 06821/202-147,
Telefax: 06821/202-240,
E-Mail: edv@neunkirchen.de

Ansprechpartner/-in auf Gebietsebene:
Stadtteilbüro Unterstadt
Wilhelmstraße 20, 66583 Neunkirchen
Petra Jung, Karl Falk
Telefon: 06821/9192-32,
Telefax: 06821/9192-33,

Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft
Oberer Markt 12, 66538 Neunkirchen
Karsten Ulrich
Telefon: 06821/913743,
Telefax: 06821/923899

Nürnberg – Galgenhof-Steinbühl

Kommunaler Ansprechpartner:
Amt für Wohnen und Stadterneuerung
Marienstraße 6, 90317 Nürnberg
Hans-Joachim Schlöbl
Telefon: 0911/231-2210,
Telefax: 0911/231-2215,
E-Mail: Hans-Joachim_Schloessl@ws.stadt.nuernberg.de

Ansprechpartner/-innen auf Gebietsebene:
Amt für Wohnen und Stadterneuerung
Marienstraße 6, 90317 Nürnberg
Barbara Schatz
Telefon: 0911/231-2157,
Telefax: 0911/231-7245,
E-Mail: Barbara_Schatz@ws.stadt.nuernberg.de

DKB Wohnungsbau und Stadtentwicklung
GmbH
Himpfelshofstraße 13, 90429 Nürnberg
Nathalie Weber
Telefon: 0911/92629-432,
Telefax: 0911/92629-415,
E-Mail: Nathalie.Weber@lws.de

Quartiermanagement Galgenhof/Steinbühl
Büro PLANWERK
Winzelbürgstraße 3, 90491 Nürnberg
Ulrich Dauscher
Telefon: 0911/476404,
Telefax: 0911/471632,
E-Mail: ulrich.dauscher@dauscher-training.de

Stadtteilladen Galgenhof/Steinbühl
Peter-Henlein-Straße 51, 90459 Nürnberg
Ulrich Dauscher
Telefon: 0911/4467210,
Telefax: 0911/4467273,
E-Mail: dauscher@planwerk.de

Schwerin – Neu Zippendorf

Kommunaler Ansprechpartner:
Dezernat IV, Bauverwaltung,
Stadtentwicklung und Umwelt
Stadtplanungsamt
Am Packhof 2-6, 19053 Schwerin
Reinhard Huß
Telefon: 0385/545-2657,
Telefax: 0385/545-2609,
E-Mail: RHuss@Schwerin.de

Ansprechpartner/-innen auf Gebietsebene:
Stadtteilmanagement Soziales
Verein für alternatives Jugendwohnen AJW
Anne-Frank-Straße 31, 19061 Schwerin
Elke Maier
Telefon: 0385/3260068,
Telefax: 0385/3260067,
E-Mail: maier@ajv-schwerin.de

Stadtteilmanagement Soziales
Internationaler Bund
Keplerstraße 23, 19063 Schwerin
Anne Ulrich
Telefon: 0385/2082421,
Telefax: 0385/2082430,
E-Mail: KJHZ-Schwerin@internationaler-
bund.de

Stadtteilmanagement Wirtschaft
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern
mbH
Lindenallee 2a, 19067 Leezen
Günter Scharf
Telefon: 03866/404146,
Telefax: 03866/404490,
E-Mail: Gunter.Scharf@lgmv.de

Stadtteilbüro
Rostocker Str. 5, 19063 Schwerin
Monika Bohms
Telefon: 0385/3260443

Singen – Langenrain

Kommunale Ansprechpartner:
Abteilung Stadtplanung
Julius-Bührer-Straße 2, 78224 Singen
Tilo Brügel
Telefon: 07731/85-340,
Telefax: 07731/85-363,
E-Mail: info@singen.de

GVV Städtische Wohnbaugesellschaft Singen
mbH
Julius-Bührer-Straße 4, 78224 Singen
Roland Grundler
Telefon: 07731/9066-10,
Telefax: 07731/9066-99,
gvv-singen@t-online.de

Ansprechpartner auf Gebietsebene:
Quartiersmanagement
Langenrain 44, 78224 Singen
Manfred Dötschel
Telefon: 07731/794802,
Telefax: 07731/794802,
E-Mail: gvv-singen@t-online.de

Baugenossenschaft HEGAU eG
Worblinger Straße 51, 78224 Singen
Axel Nieburg
Telefon: 07731/9324-0,
Telefax: 07731/9324-11,
E-Mail: info@hegau.de

Veröffentlichungen zu den Modellgebieten (Auswahl)

Berlin-Kreuzberg – Kottbusser Tor

Beer, Ingeborg, Berlin-Kreuzberg: Kinderkonferenz »Kids im Kiez«, in: Soziale Stadt info, Nr. 7 (2002), S. 15–17. ■ Hübner, Holger, Was das Quartiersmanagement mit Kultur bewirkt, in: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.), Foyer. Journal für Stadtentwicklung, Nr. 48 (2001). ■ Kahle, Sylvia, Sozialer Brennpunkt Berlin-Kreuzberg. Quartiersmanagement im Sanierungsgebiet Kottbusser Tor, in: Bundesbaublatt, H. 6 (2000), S. 34 ff. ■ Lambeck, Silke, Gepflegte Dahlien. Am Kottbusser Tor zeigen sich Chancen und Grenzen des Quartiersmanagements, in: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.), Foyer. Journal für Stadtentwicklung, Nr. 5 (2000), S. 13–14. ■ Lang, Barbara, Mythos Kreuzberg. Ethnographie eines Stadtteils 1961–1995, Frankfurt/Main 1998. ■ Schümer-Strucksberg, Monica, Quartiersmanagement. Ein Praxisbericht aus Berlin, in: Forum Wohneigentum, Nr. 7 (2000), S. 256–258. ■ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie Berlin (Hrsg.), Sozialorientierte Stadtentwicklung, Berlin 1998 (Bearbeitung: Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH und S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH). ■ Strieder, Peter, Soziale Stadt als Standortfaktor. Von der Subventionspolitik zum Markenzeichen moderner Urbanität, in: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.), Foyer. Journal für Stadtentwicklung, Nr. 5 (2000), S. 4–7. ■ Winters, Theo, Neues Kreuzberger Zentrum, in: Arbeitsgruppe Stadterneuerung (Hrsg.): Stadterneuerung in Berlin-West, Berlin 1989, S. 77 ff. ■ Zentrum Kreuzberg (Hrsg.), Wettbewerb für einen Kinderspielplatz im Zentrum Kreuzberg, Berlin 2000.

Bremen – Gröpelingen

Arbeiterwohlfahrt Bremen, Interkulturelles Stadtteil-Management (Hrsg.), Jugendliche in Gröpelingen, Angebote und Erwartungen, Bestandsaufnahme des Interkulturellen Stadtteil-

Managements 2000 – ein Projekt der AWO Bremen, Bremen, März 2001. ■ Bremische Bürgerschaft, Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln, Mitteilung des Senats vom 18. April 2000. ■ Bremische Bürgerschaft, Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln, Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 1998. ■ Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH (Hrsg.), DAS MAGAZIN (regelmäßig erscheinende Stadtteilzeitung). ■ Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH mit Unterstützung von Kultur vor Ort e.V. (Hrsg.), Kultur und wirtschaftliche Entwicklungen in benachteiligten Gebieten, Tagungsbericht der europäischen Konferenz am 14. und 15. Juni 2001 im Lichthaus Bremen, Bremen o.J. ■ Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH, Kultur vor Ort e.V. (Hrsg.), unterstützt von Senator für Bau und Umweltschutz, Senator für Wirtschaft und Häfen, Senator für Inneres, Kultur und Sport, Gemeinschaftsinitiative URBAN der Europäischen Union, 13 x Gröpelingen. Streifzüge durch einen Stadtteil im Aufbruch, Bremen 2000. ■ Deutsches Institut für Urbanistik, »Gröpelingen macht sich – weiter so!«, in: Soziale Stadt info, Nr. 4 (2001), S. 5–6. ■ Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Bau und Umwelt, Bericht der Verwaltung für die Deputation für Bau (Stadt) – »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt«, Einsatz der Bundesfinanzmittel und Komplementärmittel der Gemeinde, Bremen Juli 2000. ■ Freie Hansestadt Bremen, Senator für Bau und Umwelt, Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Handlungsprogramm »Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln«, Grundlagen, Organisationsstrukturen und Arbeitsebenen, Erste Einschätzungen und Bewertungen zur Anlaufphase des Programms 99, Bremen, 12. August 1999. ■ Gerlach,

Gunther (Hrsg.), gefördert vom Senator für Wirtschaft und Häfen, Bremen, Europäische Initiative URBAN, unterstützt von Bremische Gesellschaft für Stadtentwicklung und Stadterneuerung, Senator für Inneres, Kultur und Sport, Bremen, Kultur vor Ort, Bremen, Licht-hais Verwaltungs GmbH, Bremen, ÜBER RÄU-ME. Künstler reagieren auf den Wandel im Stadtteil Gröpelingen, Bremen 2001. ■ Kultur-laden Gröpelingen (Hrsg.), Von Istanbul nach Gröpelingen. Alltag in der Lindenhofstraße, Bremen 1992. ■ Kultur vor Ort e.V. (Hrsg.), Moje Weer (regelmäßig erscheinende Stadtteilzeitung).

Cottbus – Sachsendorf-Madlow

Bürgerhaus für Sachsendorf-Madlow, in: SEE – Das Magazin der Internationalen Bauausstellung Fürst-Pückler-Land, H. 1 (2001), S. 4. ■ Eröffnung IBA-Stadtpfad Sachsendorf-Madlow, in: SEE – Das Magazin der Internationalen Bauausstellung Fürst-Pückler-Land, H. 7 (2002). Gemeinwesenkonferenzen, in: SEE – Das Magazin der Internationalen Bauausstellung Fürst-Pückler-Land, H. 1 (2001), S. 2. ■ IBA-Stadtpfad durch Sachsendorf-Madlow, in: SEE – Das Magazin der Internationalen Bauausstellung Fürst-Pückler-Land, H. 2 (2001), S. 2. ■ Jahnke, Kerstin, und Thomas Knorr-Siedow, »Soziale Stadt« zwischen Abriss und Neubeginn; in: IRS aktuell, H. 32 (2001), S. 9. ■ Knorr-Siedow, Thomas, Kerstin Jahnke und Britta Trostorff, Die Soziale Stadt zwischen Abriss und Neubeginn. Auftaktveranstaltung im Modellgebiet Cottbus Sachsendorf-Madlow, in: Soziale Stadt info, Nr. 5 (2001), S. 12. ■ Sachsendorf-Madlow: IBA nun vor Ort, in: SEE – Das Magazin der Internationalen Bauausstellung Fürst-Pückler-Land, H. 1 (2001), S. 2. ■ »Der Sachsendorfer« (regelmäßig erscheinende Stadtteilzeitung). ■ StadtBüro Hunger und Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH (DSK), Ergebnisbericht der Vorbereitenden Untersuchungen, 2001. ■ StadtBüro Hunger und Deutsche Stadt- und

Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH (DSK), Integriertes Handlungskonzept, 2000. ■ StadtBüro Hunger und Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH (DSK), Städtebauliches Um- und Rückbaukonzept, 2000. ■ StadtBüro Hunger und Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH (DSK), Sozialstudie, 1999. ■ StadtBüro Hunger und Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH (DSK), Städtebauliche Rahmenplanung, 1998. ■ Stadtteile brauchen starke Zentren, in: SEE – Das Magazin der Internationalen Bauausstellung Fürst-Pückler-Land, H. 2 (2001), S. 2. ■ Zweites Leben für Platten, in: SEE – Das Magazin der Internationalen Bauausstellung Fürst-Pückler-Land, H. 2 (2001), S. 3.

Flensburg – Neustadt

Flensburger Stadtarchiv, Broder Schwensen, 200 Jahre Flensburg-Neustadt, Vortrag, 1. Februar 1996. ■ Frinken, Matthias, Helga Rake und Susanne Schreck, Neue Ansätze für Arbeit und Beschäftigung. Themenworkshop in Flensburg-Neustadt, in: Soziale Stadt info, Nr. 4 (2001), S. 8–9. ■ Luig-Arlt, Helene L., Stadtteilmanagement in Flensburg-Neustadt – ein Erfahrungsbericht, in: Soziale Stadt info, Nr. 2 (2000), S. 6–8. ■ Rake, Helga, Der Engel der Neustadt. Das Schutzengel-Projekt in Flensburg, in: Soziale Stadt info, Nr. 7 (2002), S. 15. ■ Stadt Flensburg, Fachbereich Jugend, Soziales und Gesundheit, Jugendhilfeplanung/Kinder- und Jugendförderung, Claus Hinrichs und Ralph Richter, Bewegung für die Neustadt. Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie, Flensburg-Neustadt. Projektdokumentation, Flensburg 2002. ■ Stadt Flensburg, Fachbereich Umwelt und Planen, Stadtsanierung, Vorbereitende Untersuchungen zur Sanierung der Neustadt, Flensburg, Mai 1999.

Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord

Austermann, Klaus, Marcelo Ruiz und Matthias Sauter, »Die Stadtteilentwicklung verstetigen«. Themenkonferenz zu den Perspektiven für eine dauerhafte Stadtteilentwicklung in Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord, in: Soziale Stadt info, Nr. 5 (2001), S. 14. ■ G.I.B. – Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung, Mehr Arbeitsplätze – mehr Lebensqualität in Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord, Bottrop 2000. ■ ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Handlungskonzept Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord, Materialien. Dortmund 1997. ■ Stadt Gelsenkirchen, Auf dem Weg zu einer integrierten Stadtteilentwicklung, Projekte des Stadtteilprogramms Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord, Gelsenkirchen 2001. ■ Stadt Gelsenkirchen, Sprachförderung als Chance interkultureller Erziehung, Gelsenkirchen 2000. ■ Stadt Gelsenkirchen, Unter einem Dach. »Multifunktionale Nutzung der Städtischen Tageseinrichtungen für Kinder« in Bismarck und Schalke-Nord, Gelsenkirchen 2000. ■ Stadtteilbüro Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord, Das Schulhofprogramm Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord, Gelsenkirchen 2001.

Halle – Silberhöhe

Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Sachsen-Anhalt (Hrsg.), »Vom Fall zum Feld«, Gemeinwesenarbeit in Projekten der Programme »Soziale Stadt« und »Urban 21«, Magdeburg 1999. ■ Architektur- und Planungsbüro Blendemann, Halle-Silberhöhe, Umgestaltung des nördlichen Zentrums, Halle/Saale 2001 (im Auftrag der Stadt Halle). ■ Architektur- und Planungsbüro Blendemann, Entwicklungskonzeption Halle-Silberhöhe, Halle/Saale 2000 (im Auftrag der Stadt Halle). ■ Architektur- und Planungsbüro Blendemann, Pilotprojekt für den Gebäudeabbruch Halle-Silberhöhe – Dokumentation, Halle/Saale 2000 (im Auftrag der

Stadt Halle). ■ Institut für Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Leipzig, Wohnungsmarktprognose für die Stadt Halle (Saale) bis zum Jahr 2012, Halle/Saale 1999 (im Auftrag der Stadt Halle). ■ Sozialer Beratungsdienst Silberhöhe, »Wie die Silberhöhe zu ihrem Namen kam.« Halle/Saale 2001. ■ SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft (Hrsg.), Expertise für das Bundesland Sachsen-Anhalt, Erfassung vorhandener Netzwerke und Kooperationsstrukturen in der Kinder- und Jugendhilfe unter Berücksichtigung der Gebiete Soziale Stadt und E & C, Magdeburg 2001. ■ S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung, Landesinitiative URBAN 21, Handlungskonzept für den Stadtteil Silberhöhe, Halle/Saale 2000 (im Auftrag der Stadt Halle).

Hamburg-Altona – Lurup

Breckner, Ingrid, Dieter Läßle, Toralf Gonzalez und Heike Herrmann, Dokumentation der Themenkonferenz »Arbeit und Beschäftigung in Lurup«, www.tu-harburg.de/stadtforschung/ib/ib.htm, 2001. ■ Gonzalez, Toralf, und Heike Herrmann, Soziale Stadtentwicklung in Hamburg-Altona-Lurup. Voraussetzungen und Handlungsperspektiven in einer Großwohnsiedlung am Rande der Stadt, in: Arbeitskreis Stadterneuerung (Hrsg.), Jahrbuch Stadterneuerung 2001, Berlin 2001. ■ Herrmann, Heike, und Toralf Gonzalez, Neue Handlungsansätze zur lokal-ökonomischen Entwicklung. Themenkonferenz »Arbeit und Beschäftigung« in Hamburg-Altona-Lurup, in: Soziale Stadt info, Nr. 5 (2001), S. 8–9. ■ Luruper Forum und STEG Hamburg mbH, Lurup im Blick (regelmäßig erscheinende Stadtteilzeitung). ■ STEG Hamburg mbH, Quartiersentwicklungskonzept für die Luruper Gebiete Lüdersring/Lüttkamp, Flüsseviertel. Erster Entwurf, Hamburg 2000.

Hannover – Vahrenheide-Ost

agis (Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung), Bewohneraktivitäten in Hannover-Vahrenheide – Ein Erfahrungsaustausch, in: Soziale Stadt info, Nr. 7 (2002), S. 9–10. ■ argeplan Hannover, Stadtplaner und Architekten, Stadt Hannover Vahrenheide-Ost. Bericht über das Ergebnis der vorbereitenden Untersuchungen, Hannover 1990. ■ Bartnick, Esther, und Thomas Schwarzer, »Bei uns ist in den letzten Jahren vieles schöner geworden«, in: Soziale Stadt info 4 (2001), S. 11–12. ■ Buitkamp, Martin, Sozialräumliche Segregation in Hannover. Armutslagen und soziodemographische Strukturen in den Quartieren der Stadt, agis Texte 23, Hannover 2001. ■ Fabich, Matthias, und Jan Kuhnert, Mieterprivatisierung, ein Baustein in einem städtischen Sanierungskonzept. Das Modell »Integrierte Sanierung Hannover Vahrenheide-Ost«, in: FoWo, H. 5 (2000), S. 174–178. ■ GBH Bauen+Wohnen Hannover (Hrsg.), Betreutes Wohnen in Vahrenheide-Ost, Sahlkamphäuser, Sahlkamp 81–87, Hannover 1999. ■ GBH Bauen+Wohnen Hannover, GBH 2010. Konzept zur Sozialen Stabilisierung besonders belasteter Wohnbereiche, September 1999. ■ Geiling, Heiko, Thomas Schwarzer, Claudia Heinzelmänn und Esther Bartnick, Stadtteilanalyse Hannover-Vahrenheide. Sozialräumliche Strukturen, Lebenswelten und Milieus, agis Texte 24, Hannover 2001. ■ Geiling, Heiko, und Thomas Schwarzer, Abgrenzung und Zusammenhalt – Zur Analyse sozialer Milieus in Stadtteilen Hannovers, agis Texte 20, Hannover 1999. ■ Heinzelmänn, Claudia, Armutslagen bei Kindern und Jugendlichen am Beispiel eines benachteiligten Stadtteils, in: Eva Schumacher und Jutta Mägdefrau (Hrsg.), Pädagogik und soziale Ungleichheit, Klinkhardt (im Erscheinen). ■ Heinzelmänn, Claudia, Sozialräumliche Strukturen, Lebenswelten und Milieus in Hannover-Vahrenheide, in: agis Info Nr. 12 (2001), S. 13–19. ■ Jordan, Werner, und Marlies Giesche, Nachbarschaftsinitiative

in Vahrenheide e.V. Entstehung – Entwicklung – Zukunftsperspektiven, Hannover 1998. ■ Kindertagesstätte des Caritasverbandes Hannover e.V. Carl-Sonnenschein-Haus (Hrsg.), Gratwanderung. Die Pädagogische Arbeit in der Kindertagesstätte Carl-Sonnenschein-Haus, Hannover 1997. ■ Kuhnert, Jan, Die Großsiedlung der Zukunft als »solidarische Stadt«. Integrierte Sanierung von Stadtteilen in Hannover, in: der städtetag, H. 8 (2000), S. 32–36. ■ Landeshauptstadt Hannover, Beschlussdrucksache Nr. 2511/2000, Sanierungsgebiet Vahrenheide-Ost, Einkaufszentrum Vahrenheider Markt. ■ Landeshauptstadt Hannover, Beschlussdrucksache vom 15.5.2000, Veräußerungsgrundsätze. ■ Landeshauptstadt Hannover, Beschlussdrucksache Nr.2569/99, Aktionsprogramm Wohnen in Hannover. ■ Landeshauptstadt Hannover, Beschlussdrucksache Nr. 2345/98, Wohnungspolitische Leitlinien zum Sanierungsgebiet Vahrenheide-Ost. ■ Landeshauptstadt Hannover, Informationsdrucksache vom 13.9.1999, Grundsätze für den Sozialplan für das Sanierungsgebiet Vahrenheide-Ost. ■ Landeshauptstadt Hannover, Informationsdrucksache vom 7.7.1999, Belegungssteuerung für das Sanierungsgebiet Vahrenheide-Ost. ■ Landeshauptstadt Hannover und GBH Bauen+Wohnen Hannover (Hrsg.), Aktionsprogramm Integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost. Ansätze für eine soziale Stadterneuerungspolitik, Hannover 1997. ■ Sanierungsbüro Vahrenheide-Ost (Hrsg.), Integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost, Sachstandsbericht Mai 2000, Hannover. ■ Schwarzer, Thomas, Aus Problemgebieten sollen lebensfähige und lebenswerte Stadtteile werden, in: agis Info Nr. 11 (2001), S. 1–7. ■ Stadtteildialog Region Nord-Ost (Hrsg.), »Wir sind auch noch da« – Zukunftswerkstatt mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den Straßenzügen Klingenthal und Plauener Straße Hannover Vahrenheide-Ost, Hannover 1999. ■ Zimmermann, Helmut, Vahrenheide – Ein junger Stadtteil mit Geschichte, Hannover, o.J.

Kassel – Nordstadt

Caroli, Ilona, Sozial- und bewohnerorientiertes Stadtteil-Entwicklungskonzept Nordstadt. Magistrat der Stadt Kassel, Dezernat für Soziales, Schule und Gesundheit, 1997 (unveröffentlicht). ■ Kreisl, Peter, Analyse lokaler Immigrantenkulturen und ihr Beitrag zur Stadtentwicklung am Beispiel der lokalen Ökonomie in Kassel, Diplomarbeit am Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung der Universität Gesamthochschule Kassel, 1997. ■ Magistrat der Stadt Kassel, Kinder- und Jugendbüro (Hrsg.), Kinder verändern Kassel. Kinder und Jugendbeteiligungsprojekte in Kassel 2000, 2000. ■ Mussel, Christine, Lokale Ökonomie. Themenkonferenz im Modellgebiet Kassel-Nordstadt, in: Soziale Stadt info, Nr. 5 (2001), S. 9–10. ■ Mussel, Christine, bürger, macht. Eine Ausstellung zum Auftakt der PVo in Kassel-Nordstadt, in: Soziale Stadt info, Nr. 4 (2001), S. 10. ■ Nordstadt-Werkstatt der UGHK (Hrsg.), Nordwind – Das Nordstadtmagazin. ■ Nordstadt-Werkstatt der UGHK (Hrsg.), Nordstadt-Kompass 2000. Ein Wegweiser durch unseren Stadtteil. Kassel 2000. ■ Stadt Kassel, Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Soziales und Gesundheit (Hrsg.), Nordstadt-Projekt-Spiegel 2000. Kassel 2000. ■ Stadt Kassel, Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Soziales und Gesundheit (Hrsg.), Nordstadt-Projekt-Spiegel 1999. Kassel 1999. ■ Stadt Kassel, Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Soziales und Gesundheit (Hrsg.), Siebter Zwischenbericht zum Nordstadt-Projekt. Nordstadtberichte 7. Kassel 2000.

Leinefelde – Südstadt

Buhtz, Martina, und Heike Gerth, In Leinefelde im Mittelpunkt: die Jugendlichen. Themenkonferenz »Und was kommt nach der Schule«, in: Soziale Stadt info, Nr. 5 (2001), S. 13. ■ Energie-Spar-Union, Gesellschaft für energieoptimiertes Bauen mbH, Informationen zum »Sollargebäude Leinefelde 2000«, Leinefelde 1996. ■ Freistaat Thüringen, Ministerium für Wirt-

schaft und Infrastruktur, Arbeitsblätter zur Städtebauförderung 2, Städtebauliche Weiterentwicklung großer Neubaugebiete in Thüringen seit 1993, 1998. ■ Freistaat Thüringen, Thüringer Innenministerium und Stadt Leinefelde, Arbeitsblätter zur Städtebauförderung 6, Drei Städtebauliche »Weltweite Projekte« zur EXPO 2000 in Thüringen, 2000. ■ GRAS, Gruppe Architektur & Stadtplanung, Rahmenplan Südstadt Leinefelde. Aktualisierte Städtebauliche Entwicklungskonzeption, Darmstadt und Dresden 1999. ■ Haarhoff, Heike, Unternehmen Abriss Ost, in: Deutsches Architektenblatt, H. 4 (2001). ■ Kleefisch-Jobst, Ursula, »ZukunftsWerkStadt« Plattenbau. Sanierung zweier Quartiere in Leinefelde – Südstadt, in: Bauwelt, H. 17 (2000). ■ Perspektiven für die Platte. Demonstrationsprojekt für die EXPO 2000 – Umbau in Leinefelde/Thüringen, in: Deutsches Architektenblatt, H. 1 (2000). ■ Stadt Leinefelde, ZukunftsWerkStadt Leinefelde. Innovation und Initiativen. Praktizierter Strukturwandel. Teil 5, Bearbeitung: GRAS, Gruppe Architektur und Stadtplanung, 1999. ■ Stadt Leinefelde, ZukunftsWerkStadt Leinefelde. Die ehemalige sozialistische Musterstadt als dezentrales Projekt. EXPO 2000, Bearbeitung: GRAS, Gruppe Architektur und Stadtplanung, 1996. ■ Stadt Leinefelde, ZukunftsWerkStadt Leinefelde. Leinefelde Südstadt. Städtebauliche Entwicklungskonzeption. Rahmenplan, Bearbeitung: GRAS, Gruppe Architektur und Stadtplanung, 1996. ■ Stadt Leinefelde, ZukunftsWerkStadt Leinefelde. Innovation und Initiativen. Praktizierter Strukturwandel, Teil 1 und 2, Bearbeitung: GRAS, Gruppe Architektur und Stadtplanung, 1996. ■ Stadt Leinefelde, ZukunftsWerkStadt Leinefelde. Eine Stadt hilft sich selbst. Das neue Gleichgewicht Arbeiten und Wohnen, Bearbeitung: GRAS, Gruppe Architektur und Stadtplanung, 1996. ■ Stadt Leinefelde, ZukunftsWerkStadt Leinefelde. Strategien zur Wirtschaftsentwicklung. Arbeiten, Bearbeitung: GRAS, Gruppe Architektur und Stadtplanung, 1996.

■ Verband Thüringer Wohnungswirtschaft e.V., Für ein wohnliches Zuhause. Die unternehmerische Wohnungswirtschaft mit Kompetenz und sozialer Verantwortung, Erfurt 1999.

■ Verband Thüringer Wohnungswirtschaft e.V., Wohnen und Bauen in Thüringen 2000. Entwicklungen und Tendenzen in der Thüringer Wohnungswirtschaft, Merseburg 2000.

■ Weeber und Partner, Gutachten zur Sozialplanung Leinefelde – Südstadt, Berlin 1995.

■ Umweltakademie Nordthüringen e.V., Projektbüro Südstadt (Hrsg.), ZukunftsWerkStadt Leinefelde (ZWS). Umwelt, Kultur, Soziales und Sport zwischen Ohne und Leine, Leinefelde, Ausgaben 0/1998–5/2000.

Leipzig – Leipziger Osten

Arbeit und Leben Berufs- und Weiterbildungszentrum GmbH, Ermittlung der Bedürfnislage von Jugendlichen im Stadtgebiet »Leipziger Osten« im Rahmen des Projektes »Soziale Stadt« Altersgruppe der Jugendlichen von 16–25 Jahren, 2001.

■ B.&S.U. Beratungs- und Service-Gesellschaft Umwelt mbH, Prozessbegleitende Evaluierung des Quartiersmanagements in Leipzig, Zwischenberichte, April 2000 und Oktober 2001.

■ Bildungswerk der Sächsischen Wirtschaft e.V., Regionalzentrum Leipzig, Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt«, Kernprojekt »Lokale Beschäftigungsentwicklung«, Eine wirtschaftsanalytische Befragung von 100 Unternehmen im Projektgebiet, Auswertungsstand März 2001.

■ Deutsches Institut für Urbanistik, Jetzt geht's los – Auftaktveranstaltung »Soziale Stadt im Leipziger Osten«, in: Soziale Stadt info, Nr. 3 (2000), S. 8.

■ doppelstipitze – Agentur für kooperative Planung, Beratung und Moderation, Quartiersmanagement Volkmarsdorf, Zwischenberichte, Mai und August 2000.

■ Gabi, Stefan, Das neue Förderprogramm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt«, in: Stadt Leipzig, Dezernat für Soziales und Gesundheit (Hrsg.), Sozialreport Nr. 1, Leipzig 2000, S. 13–24 (Reihe Beiträge zur Sozi-

alplanung und Sozialberichterstattung).

■ Gerkens, Karsten, Quartiersmanagement spielt in Leipzig wichtige Rolle. Keine kleinräumigen Insellösungen, in: der städtetag, Soziale Stadt soll lebenswert für alle sein, H. 8 (2000), S. 27–31.

■ Kaufmann Andreas, und Petra Hochtritt, Stadtteilmanagement im Rahmen des Projekts »Integrierte Stadtteilentwicklung im »Leipziger Osten«, in: Soziale Stadt info, Nr. 2 (2000), S. 8–10.

■ Projekt »Neue Methoden präventiver Sozialberatung« (Hrsg.), Sozialräumliche Analysen zum Fördergebiet Soziale Stadt im Leipziger Osten, 1. Aufl., August 2001.

■ Schirmer, Matthias, Quartiersmanagement – Was ist das? Oder: Mein Leben als Stadtteilmoderator in Leipzig-Volkmarsdorf, in: Soziale Stadt info, Nr. 2 (2000), S. 11.

■ Soziale Stadt. Stadtteilmagazin Leipziger Osten (regelmäßig erscheinende Stadtteilzeitung).

■ Stadt Leipzig (Hrsg.), Rund um die Eisenbahnstraße. Stadtteilführer, Juni 2001.

■ Stadt Leipzig (Hrsg.), Soziale Stadt im Leipziger Osten, Leipzig, Januar 2001.

■ Stadt Leipzig, Arbeitsgruppe Soziale Stadtteilentwicklung, Integrierte Stadtteilentwicklung im »Leipziger Osten«. Handlungskonzept zur Bewerbung um Mittel aus dem Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt«, November 1999.

■ Weber, Christiane, Bürgerbefragung zum Programm »Soziale Stadt« im Leipziger Osten. Juli/August 2001, Abschlussbericht, August 2001.

Ludwigshafen – Westend

Stadt Ludwigshafen am Rhein (Hrsg.), Das Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« in Ludwigshafen-Westend – eine Akzeptanzanalyse, Berichte zur Stadtentwicklung B 8/2001, Ludwigshafen 2001.

■ Schröder, Delia, Wie kann das Miteinander im Quartier positiv gestaltet werden? Themenkonferenz im Ludwigshafener Westend, in: Soziale Stadt info, Nr. 7 (2002), S. 12–13.

■ Schröder, Delia, Viel Grün, buntes Treiben. Erstes Stadtteilfest im Modellgebiet Ludwigshafen-Westend, in: Soziale Stadt info, Nr. 5 (2001), S. 15.

Neunkirchen – Innenstadt

Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V., CJD Neunkirchen, Freiwilliges Soziales Trainingsjahr Neunkirchen, Zwischenbericht 01.08.00 bis 31.05.01, unveröffentlicht. ■ isoplan, Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH, Innenstadt Neunkirchen, Anlage zum Integrierten Handlungskonzept, Stand Januar 2001, unveröffentlicht. ■ isoplan, Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH, Innenstadt Neunkirchen, Bericht zum zweiten Seminar Soziale Stadt am 29.11.2000, Saarbrücken Dezember 2000, unveröffentlicht. ■ isoplan, Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH, Innenstadt Neunkirchen, Bericht zum Vorbereitungsseminar Soziale Stadt am 30. Mai 2000, Saarbrücken Juni 2000, unveröffentlicht. ■ isoplan, Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH, Innenstadt Neunkirchen, Grundlagen zur Erarbeitung eines Handlungskonzeptes, Bürgerbefragung, Saarbrücken, Februar 2000, unveröffentlicht. ■ Kreisstadt Neunkirchen, Stadtbauamt, Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung, Modellgebiet Innenstadt Neunkirchen, Integriertes Handlungskonzept, Neunkirchen, November 2000, unveröffentlicht. ■ Ministerium für Umwelt des Saarlandes, »Stadt-Vision-Saar« – Integriertes Stadtentwicklungsprogramm für städtische Problemgebiete im Saarland, 1999. ■ Schröder, Delia, Innenstadtexploration, Eine Studie zu einem innerstädtischen Quartier von Neunkirchen (Saar), 1997, unveröffentlicht. ■ Stadtteilbüro Unterstadt Neunkirchen, Bericht über die Arbeit des Stadtteilbüros für die Unterstadt von Juni bis Dezember 2001, unveröffentlicht. ■ Werkhof Wiebelskirchen e.V., Erfahrungsbericht Multifunktionales Sportfeld Bach-Schule, Neunkirchen, 2001, unveröffentlicht.

Nürnberg – Galgenhof-Steinbühl

Bacher, Johann, und Claudia Wenzig, Leben in Galgenhof/Steinbühl. Ergebnisse der Bewohnerbefragung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum (SFZ) der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Soziologie (Hrsg.), Nürnberg 2001. ■ Bacher, Johann, Rossano Della Ripa und Claudia Wenzig, Galgenhof/Steinbühl aus der Sicht von sozialen, kulturellen, politischen, bildungs- und freizeitbezogenen Einrichtungen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum (SFZ) der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Soziologie (Hrsg.), Nürnberg 2001. ■ Deutsches Institut für Urbanistik, Galgenhof/Steinbühl. Kräftiger Schub für die Stadtteilenerneuerung im Nürnberger Modellgebiet, in: Soziale Stadt info, Nr. 5 (2001), S. 11. ■ Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern und Stadt Nürnberg, Amt für Wohnen und Stadterneuerung (Hrsg.), Sanierung von Städten und Dörfern. Ökologische Stadterneuerung in Nürnberg, Nürnberg 1994 (Städtebauförderung in Bayern Nr. 10). ■ Stadt Nürnberg, Amt für kulturelle Freizeitgestaltung (Hrsg.), Kennen Sie Steinbühl? Ein Stadtteilspaziergang in die Vergangenheit nach Erzählungen von Bewohnern aus Steinbühl und Rabus, H. 1 (1984), H. 2 (1985), H. 3 (1989). ■ Stadt Nürnberg, Jugendamt und Projektgruppe KIDS (Hrsg.), Das KIDS-Projekt der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nürnberg, Nürnberg 2000. ■ Stadt Nürnberg, Lenkungsausschuss Südstadt (Hrsg.), Entwicklungskonzept Südstadt, Maßnahmenprogramm und Projektempfehlungen, Nürnberg 1998. ■ Stadt Nürnberg, Stadtplanungsamt und Amt für Wohnen und Stadterneuerung (Hrsg.), Stadterneuerung Galgenhof/Steinbühl. Ergänzende Vorbereitende Untersuchungen »Soziale Stadt«, Nürnberg 2001. ■ Stadt Nürnberg, Wirtschaftsreferat, Lenkungsausschuss

Südstadt (Hrsg.), Maßnahmenprogramm und Projektempfehlungen. Entwicklungskonzept Südstadt, Nürnberg o.J. ■ Stadt Nürnberg, Wirtschaftsreferat, Stab Regionale Kooperation und Projekte (Hrsg.), Dokumentation zur Zukunftskonferenz II, Bildungs- und Qualifizierungsoffensive, »Zukunft Südstadt« 16.11.–17.11.2002, Nürnberg o.J. ■ Stadt Nürnberg, Wirtschaftsreferat, Stab Regionale Kooperation und Projekte (Hrsg.), Dokumentation Zukunftskonferenz Nürnberg-Südstadt, »Die Kraft des Südens« 30.6.–1.7.2000, Nürnberg o.J.

■ Strauss, Wolf-Christian, »Die Kraft des Südens« – Zukunftskonferenz Nürnberg-Südstadt, in: Soziale Stadt info, Nr. 2 (2000), S. 13–14.

Schwerin – Neu Zippendorf

Deutsches Institut für Urbanistik, Starterkonferenz im Modellgebiet Schwerin – Neu Zippendorf, in: Soziale Stadt info, Nr. 1 (2000), S. 4–5.

■ Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum (InWIS) (Hrsg.), Die Landeshauptstadt Schwerin und ihre Stadtteile – Wohnungsversorgung, Nachfragepotentiale, Wohnqualitäten und neue Wohnformen. Ergebnisse der repräsentativen Haushaltsbefragung 2000. Vergleich 1997 und 2000. Folienbericht, Bochum 2000 (im Auftrag der Landeshauptstadt Schwerin). ■ Landeshauptstadt Schwerin, Dezernat Bauverwaltung, Stadtentwicklung und Umwelt, Stadtplanungsamt (Hrsg.), Neu Zippendorf. Attraktives Wohnen zwischen Wald und See. Rahmenplan Neu Zippendorf. Zusammenfassung, Schwerin Dezember 2000. ■ Landeshauptstadt Schwerin, Dezernat Bauverwaltung, Stadtentwicklung und Umwelt, Stadtplanungsamt (Hrsg.), Rahmenplan Neu Zippendorf. Zwischenbericht, Schwerin 1999. ■ Ministerium für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Werkstattbericht. Die städtebauliche Weiterentwicklung und Wohnumfeldverbesserung der Großwohnsiedlungen, Schwerin 1999. ■ Ministerium für Bau, Landesentwick-

lung und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Plattenbausiedlungen in Mecklenburg-Vorpommern. Perspektiven und Probleme der sozialen Entwicklung. Kurzfassung, Schwerin 1998. ■ Wohnumfeldverbesserung im Rahmen des Projektes zum Weiterbau Großer Dreesch in Schwerin, in: Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen, »Unser Wohnumfeld«, Schwerin 1996. ■ Wüstenrot Stiftung, Deutscher Eigenheimverein e.V., Kommunales Wohnkonzept Schwerin, Ludwigsburg.

Singen – Langenrain

Büro Both, »Stadt Singen (Hohentwiel): Städtebauliche Rahmenplanung Gebiet »Singen Langenrain«, Öhningen/Bodensee, September/Oktober 2001. ■ Krings-Heckemeier, Marie-Therese, und Meike Heckenroth, Offizieller Programmstart im Langenrain, in: Soziale Stadt info, Nr. 4 (2001), S. 6–7.

Themenhefte und Sammelbände zur Sozialen Stadt

Themenhefte zur Sozialen Stadt

»Soziale Stadt – ein Auslaufmodell?«: Alternative Kommunalpolitik, H. 6 (1999). ■ »Die soziale Stadt«: Die alte Stadt, H. 2 (2000). ■ »Die soziale Stadt. Berlin entwickelt seine Potentiale«: Foyer. Journal für Stadtentwicklung, Nr. 5 (2000). ■ Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10–11 (2000). ■ »Soziale Stadt soll lebenswert für alle sein«: der städtetag, H. 8 (2000). ■ »Gemeinwesenarbeit zwischen Sozialplanung und Sozialer Arbeit – neue Ansätze zur Stadtteilentwicklung«: Zeitschrift für Sozialreform, H. 7 (2000). ■ »Lokale Ökonomie«: Blätter der Wohlfahrtspflege, H. 5+6 (2001). ■ »Im Dickicht der Städte«: Soziale Praxis, H. 22 (2001). ■ »Schwerpunkt Soziale Stadt«: vhw Forum Wohneigentum, H. 2 (2001). ■ »Info-Spezial: Soziale Stadt«: wohnbund-informationen, H. 2 (2001)

Sammelbände zur Sozialen Stadt

Alisch, Monika (Hrsg.), Sozial – Gesund – Nachhaltig. Vom Leitbild zu verträglichen Entscheidungen in der Stadt des 21. Jahrhunderts, Opladen 2001. ■ Alisch, Monika (Hrsg.), Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, 2. Aufl., Opladen 2001. ■ Bruhns, Kirsten, und Wolfgang Mack (Hrsg.), Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen, Opladen 2001. ■ Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Institut für Städtebau und Wohnungswesen – ISW (Hrsg.), Soziale Stadt: Sozialorientierte Stadtentwicklung – neue Impulse für eine urbane Entwicklungsstrategie durch Stadtteilplanung, München 2000 (ISW Veröffentlichungen; 11/2000). ■ Gesundheitsakademie e.V. (Hrsg.), Gesundheit gemeinsam gestalten – Allianz für Gesundheitsförderung, Frankfurt/M. 2001. ■ Holl, Christian (Hrsg.), Soziale Stadt. Ein politisches Programm in der Diskussion, Stuttgart und München 2002. ■ Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen

(Hrsg.), Lokale sozio-ökonomische Strategien in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Local Socio-Economic Strategies in Disadvantaged Urban Areas. Report on the European Conference on March 30th and 31st 2000 in Dortmund, 1. Aufl. Dortmund 2001. ■ Mirbach, Thomas (Hrsg.), Entwürfe für eine soziale Stadt, Amsterdam 1999 (Europäische Urbanität – Politik der Städte; 5). ■ Schader-Stiftung (Hrsg.), Politische Steuerung der Stadtentwicklung. Das Programm »Die soziale Stadt« in der Diskussion, Darmstadt 2001. ■ Technische Universität Dresden, Institut für Allgemeine Wirtschafts- und Sozialgeographie und Südost WObA-Dresden (Hrsg.), Soziale Stadt. Betrachtungen zu einem integrierten Handlungsansatz für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf, Dresden 2000. ■ Verein für Kommunalwissenschaften e.V. (Hrsg.), Auf dem Weg zur solidarischen Stadt – Kooperation von Stadtentwicklung und Jugendhilfe, Dokumentation der Fachtagung am 10. und 11. Mai 2001 in Berlin, Berlin 2001 (Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe; 31). ■ Verein für Kommunalwissenschaften e.V. (Hrsg.), Sozialarbeit im sozialen Raum, Dokumentation der Fachtagung am 21. und 22. September 2000 in Berlin, Berlin 2001 (Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe; 27).

Veröffentlichungsreihen des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) zur Sozialen Stadt

Reihe »Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt«

Bd. 1: Vorbereitungspapiere zum Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt«, Berlin 1999. ■ Bd. 2: Auftaktveranstaltung zum Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt«. Beiträge der Referenten, Berlin 1999. ■ Bd. 3: Programmgrundlagen, Berlin 2000. ■ Bd. 4: Dokumentation der Starterkonferenz, Berlin 2000. ■ Bd. 5: Impulskongress Quartiermanagement. Dokumentation, Berlin 2000. ■ Bd. 6: Impulskongress Integratives Handeln für die soziale Stadtteilentwicklung. Dokumentation, in Vorbereitung (Mai 2002). ■ Bd. 7: Wirtschaften im Quartier. Dokumentation, in Vorbereitung (Mai/Juni 2002).

Reihe »Soziale Stadt info – Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt«

info 1, Juli 2000. ■ info 2, Schwerpunktthema: Quartiermanagement, September 2000. ■ info 3, Dezember 2000. ■ info 4, März 2001. ■ info 5, Schwerpunktthema: Lokale Ökonomie, Juli 2001. ■ info 6, Schwerpunktthema: Integriertes Handlungskonzept, Oktober 2001. ■ info 7, Schwerpunktthema: Aktivierung und Beteiligung, Februar 2002. ■ info 8, Schwerpunktthema: Zusammenleben im Stadtteil, Mai 2002.

Arbeitsgruppe Soziale Stadt des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu)

Dr.-Ing. Heidede Becker (Projektleitung)

Dipl.-Ing. Christa Böhme

Dipl.-Geogr. Cathy Cramer

Dipl.-Geogr. Thomas Franke

Dr. jur. Rolf-Peter Löhner

Dipl.-Ing. Ulrike Meyer

Dipl.-Psych. Klaus Mittag

Dipl.-Pol. Verena Rösner

Dipl.-Soz. Robert Sander

Dipl.-Volksw. Ulla-Kristina Schuleri-Hartje

Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss

Dipl.-Geogr. Luise Willen

Redaktion:

Klaus-Dieter Beißwenger

Doris Reichel, M.A.

Anne Wispler, M.A.

Sekretariat:

Susanna Mayer

Renate Schulz

Pressekontakte:

Sybille Wenke-Thiem